

### Protest der Physiker: Die "Göttinger Erklärung" von 1957

Lorenz, Robert

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
transcript Verlag

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lorenz, R. (2011). *Protest der Physiker: Die "Göttinger Erklärung" von 1957*. (Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, 3). Bielefeld: transcript Verlag.  
<https://doi.org/10.14361/transcript.9783839418529>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Robert Lorenz

---

# Protest der Physiker

Die »Göttinger Erklärung«  
von 1957

Robert Lorenz  
Protest der Physiker

**Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte  
politischer und gesellschaftlicher Kontroversen**  
Herausgegeben von Franz Walter | Band 3

**Robert Lorenz** (Dr. disc. pol.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Bei transcript erschien zuletzt sein mit Johanna Klatt herausgegebener Band »Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells« (2010).

ROBERT LORENZ

# **Protest der Physiker**

**Die »Göttinger Erklärung« von 1957**

**[transcript]**



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an [rights@transcript-verlag.de](mailto:rights@transcript-verlag.de)

© 2011 transcript Verlag, Bielefeld

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat: Katharina Rahlf

Satz: Robert Lorenz

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-1852-5

PDF-ISBN 978-3-8394-1852-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: [info@transcript-verlag.de](mailto:info@transcript-verlag.de)

# Inhalt

---

## **1 Einleitung | 7**

- 1.1 Prolog | 7
- 1.2 Zum Forschungsstand | 10
- 1.3 Anliegen und Ziele der Untersuchung | 16

## **Das Göttinger Manifest der 18 Atomwissenschaftler vom 12. April 1957 | 31**

## **2 Das Manifest | 33**

- 2.1 Der politische Kontext | 33
- 2.2 Von der Mainau nach Göttingen: das Vorgängermanifest | 44
- 2.3 Der Weg zum Manifest | 46
- 2.4 Ein Rhetorik-Fauxpas als Auslöser:  
Adenauer und die „erweiterte Artillerie“ | 52
- 2.5 Adenauers Konfliktmanagement | 55
- 2.6 Die Manifestanten | 64
- 2.7 Die Folgen des Manifests | 81
- 2.8 Wirkungsbedingungen des Manifests | 121
- 2.9 Unterscheidungsmerkmale gegenüber ähnlichen Aktionen | 155
- 2.10 Göttinger Professoren-Proteste: Parallelen | 157
- 2.11 Versuch einer kritischen Bewertung | 166

## **3 Die Motive | 173**

- 3.1 Verantwortung | 173
- 3.2 Public Relations: das Manifest als  
kernphysikalische PR-Maßnahme | 188
- 3.3 Atomwissenschaftliche Politikverdrossenheit | 219
- 3.4 Elite ohne Repräsentanz in der Regierung | 242
- 3.5 Der Deutsche Forschungsrat und die Göttinger Erklärung | 244
- 3.6 Personenspezifische Motive | 251
- 3.7 Die Göttinger Achtzehn: eine blockierte Elite | 289
- 3.8 Exkurs: Werner Heisenberg und Otto Hahn | 303

**4 Fazit | 333**

4.1 Einheit in der Aktion, Verschiedenheit im Motiv | 334

4.2 Die Göttinger Erklärung als ein politisches Manifest | 346

**Literaturverzeichnis | 365**

Monografien, Biografien und Aufsätze | 365

Presseerzeugnisse | 387

Online-Publikationen | 391

**Kurzbiografien der Göttinger Achtzehn | 393**

**Dank | 399**



# 1 Einleitung

---

## 1.1 PROLOG

Konrad Adenauer tobte innerlich. Der deutsche Bundeskanzler erregte sich über einen „Aufstand“, der einen „Schwall von zum Teil wenig angenehmen Dingen“<sup>1</sup> und „in der deutschen Öffentlichkeit einen Sturm schärfster Proteste“<sup>2</sup> hervorgebracht hätte. Dies ereignete sich im April 1957, fünf Monate vor den dritten Bundestagswahlen der noch jungen Republik. Was in aller Welt hatte den seit über sieben Jahren amtierenden Kanzler, der nur kurze Zeit später im Herbst 1957 mit 50,2 Prozent der Zweitstimmen den wohl spektakulärsten Wahlsieg der deutschen Geschichte erringen sollte, derart in Rage, aber auch Panik versetzt? Es waren keine linksradikalen Horden, keine sozialistischen Revolutionäre, nicht einmal sozialdemokratische Oppositionspolitiker, die den deutschen Regierungschef aufschrecken ließen. Nein, am 12. April 1957 veröffentlichten achtzehn namhafte Professoren der Physik und Chemie über westdeutsche Tageszeitungen einen Aufruf, der als die „Göttinger Erklärung“ in die Geschichte einging.<sup>3</sup> In ihm kritisierten sie eine von Bundeskanzler Konrad Adenauer in der Öffentlichkeit kommunizierte Verharmlosung von Atombomben und forderten von der

---

1 Beide Zitate aus: Brief Adenauer an Heuss vom 17.04.1957, abgedruckt in: Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer. Briefe 1955-1957, Berlin 1998, S. 319.

2 Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1967, S. 297.

3 Diese waren: Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Pauli, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker und Karl Wirtz.

Bundesregierung einen Verzicht auf die Herstellung und den Besitz nuklearer Waffen.

Erst kürzlich wurde feierlich der fünfzigjährige Jubiläumstag jener Aktion begangen.<sup>4</sup> Wann immer die Göttinger Erklärung zur Sprache kommt, ist auch die Rede von ihren Unterzeichnern als gleichsam zivilgesellschaftlich couragierten Helden, die sich ebenso furchtlos wie besonnen ihrer Verantwortung als Wissenschaftler gestellt haben. Die Göttinger Erklärung markiert den verdienstvollen Ausgangspunkt einer kritischen Auseinandersetzung von Wissenschaftlern mit politischen Konzeptionen, zu der etwa nach 1957 neue Waffensysteme und Raketenstationierungen immer wieder Anlass gaben.<sup>5</sup> Jubiläumsschriften erkennen den Achtzehn verlässlich ein „verantwortungsethisches Anliegen“<sup>6</sup> zu, wie überhaupt Stellungnahmen und Kommentare verschiedenster Art dem Manifest die Urheberschaft am noch heute gültigen Atomwaffenverzicht der Bundesrepublik bescheinigen.<sup>7</sup>

Der Tenor jedenfalls ist ziemlich eindeutig von lobenden Worten bestimmt. Im Zusammenhang mit diesem vorbildlichen und selbstlosen Handeln der Göttinger<sup>8</sup> Professoren wird gelegentlich im Gegenzug auch die Politik gerügt. Während diese ihre Entscheidungen opportun dem Primat des kurzfristig Nützlichen – bedauerlicherweise nicht immer zum allgemeinen Wohl der Gesellschaft – unterordne, behielten die Wissenschaftler weise die langfristigen Ziele im Auge.<sup>9</sup>

---

4 Vgl. beispielhaft Deutsche Physikalische Gesellschaft e.V.: Verzicht auf Atomwaffen: 50 Jahre „Göttinger Erklärung“, in: Pressemitteilung 6/2007, 09.03.2007, online einsehbar unter: <http://www.dpg-physik.de/presse/pressemit/2007/pdf/dpg-pm-2007-006.pdf> [eingesehen am 02.01.2008].

5 Vgl. Hauswedell, Corinna: Keine Kenntnis von den Erkenntnissen? 30 Jahre „Göttinger Erklärung“, in: Wissenschaft und Frieden, H. 2/1987.

6 Hauswedell, Corinna: Die „Göttinger 18“ und das friedenspolitische Engagement von Wissenschaftlern heute, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier Nr. 25, H. 2/1997.

7 Vgl. exemplarisch die Aussagen des Präsidenten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Göttinger Erklärung: Bentele, Ulrich: „Wir sind dem Risiko entgangen, Atommacht zu werden“ (Interview mit Eberhard Umbach vom 11.04.2007), in: tagesschau.de, <http://www.tagesschau.de/inland/meldung41502.html> [eingesehen am 02.01.2008].

8 Auch wenn nur wenige der „Achtzehn“ in Göttingen lehrten, forschten oder lebten, so sind hier mit den „Göttinger Professoren“ die achtzehn Unterzeichner der Göttinger Erklärung gemeint.

9 So etwa Becker, Hellmut: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, in: Meyer-Abich, Klaus Michael (Hg.): Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für Carl

Natürlich: Festredner verwenden üblicherweise kaum kritische Worte auf Jubilare. Geht es hier doch in erster Linie um eine möglichst große Aufwertung des zu gedenkenden Ereignisses. Dass dieses dadurch zum Teil auch überhöht werden kann, ist kaum zu verhindern und mitunter dem Gedenkmoment durchaus angemessen. Die Folge aber kann eine Mythenbildung sein, die lediglich eine verzerrte Sichtweise gewährt, möglicherweise ein unvollständiges Bild vermittelt. Kaum verwunderlich, dass bislang nur selten der Gedanke aufkam,<sup>10</sup> ob außer des dargebotenen Motivs der Gewissensnot nicht auch noch andere, persönlichere Beweggründe die achtzehn Gelehrten im April 1957 zu ihrem bemerkenswerten Schritt veranlasst haben könnten. War die Göttinger Erklärung wirklich ausschließlich ein „vom Gewissen diktiert<sup>11</sup>er öffentlicher Akt“, als den sie einst Hedwig Born lobte? Als Forscher jedenfalls wird man bei einer solch allzu bruchlosen Deutung hellhörig und fühlt sich angespornt, den Mythos erneut und mit forschend-kritischem Auge in den Blick zu nehmen, um bislang eventuell vernachlässigte oder unerkannt gebliebene Aspekte, die unter Umständen auch der gängigen Interpretation zuwiderlaufen, aufzuspüren.

Und noch etwas erscheint interessant: Der Bekanntheitsgrad der Göttinger Erklärung stellt alle anderen vergleichbaren, zu derselben Thematik Stellung beziehenden Manifeste in den Schatten. Der Mainauer Kundgebung bspw., ein 1955 an die Politik gerichteter Appell ähnlichen Inhalts, verfasst von teilweise denselben Wissenschaftlern, widmete so gut wie niemand einen Gedenkartikel, wohingegen zum fünfzigjährigen Erscheinungstag der Göttinger Erklärung in beinahe sämtlichen Tageszeitungen von Rang Jubiläumsschriften erschienen.<sup>12</sup>

---

Friedrich von Weizsäcker zum 70. Geburtstag, München/Wien 1982, S. 377-388, hier S. 385.

10 Nach Schwarz handelte es sich um „keine apolitischen Wissenschaftler, die hier protestierten, auch wenn sie sich nun so“ gaben; Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 334; vgl. außerdem Rese, Alexandra: Wirkung politischer Stellungnahmen von Wissenschaftlern am Beispiel der Göttinger Erklärung zur atomaren Bewaffnung, Frankfurt am Main u.a. 1999, S. 205 und Walter, Franz: Aufstand der Atomforscher, in: Spiegel Online, 10.04.2007, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,476288,00.html> [eingesehen am 30.07.2007].

11 Born, Hedwig/Born, Max: Der Luxus des Gewissens. Erlebnisse und Einsichten im Atomzeitalter, München 1969, S. 179.

12 Vgl. Hermann, Armin: Atombombe, nein danke!, in: Berliner Zeitung, 12.04.2007; Karisch, Karl-Heinz: Die Rebellion der Physiker, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2007; Klinge, Frauke: Kampf dem Atomtod, 12.04.2007; o.V.: Weltweit beach-

Zwei Jahre nur liegen zwischen diesen beiden Protestnoten, die sich in vielerlei Hinsicht ähnelten, sich in puncto Wirkkraft und Reaktionen aber grundsätzlich unterschieden. Die eine verhallte sang- und klanglos, die andere erzielte eine bis heute andauernde Aufmerksamkeit. Wie aber kommt das – wie lässt sich dieser eklatante Unterschied in der öffentlichen Wahrnehmung erklären?

## 1.2 ZUM FORSCHUNGSSTAND

### 1.2.1 Die Göttinger Erklärung

Trotz ihrer historischen Resonanz gehört die Göttinger Erklärung mit ihrer Entstehungs- und Wirkungsgeschichte beileibe nicht unbedingt zu den besterforschten Kapiteln der deutschen Geschichtsschreibung. Gänzlich unbesehen ist sie aber eben auch nicht. Am häufigsten findet sie Beachtung als biografische Episode beteiligter Akteure oder in der kompakten Darstellung als politisches Einzelereignis innerhalb der Geschichte der Bundesrepublik. Von Elisabeth Kraus existiert seit Kurzem eine Monografie, in der die Göttinger Erklärung im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Verantwortungsübernahme auf Basis einer bemerkenswerten Materialfülle thematisiert wird,<sup>13</sup> allerdings ist diese Darstellung stellenweise auf eine teils unkritische Zusammenschau von Eigenaussagen der dort behandelten Akteure Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich v. Weizsäcker verkürzt und lässt darüber hinausreichende Gesichtspunkte außer Acht.<sup>14</sup> Die Autorin stellt die Wahrnehmung von Verantwortung als leitendes

---

teter Forscher-Protest gegen atomare Bewaffnung, in: Agence France Presse, 11.04.2007; o.V.: „Wir können nicht schweigen“ – 50 Jahre Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2007; o.V.: Göttinger Erklärung wird 50, in: Süddeutsche Zeitung, 14.04.2007; Paul, Reimar: Das Manifest der Physiker, in: die tageszeitung, 12.04.2007; Walter, Franz: Spaltung des Bürgertums. Warum die „Erklärung der Göttinger Achtzehn“ vor 50 Jahren historische Folgen hatte, in: Die Welt, 12.04.2007. Oder auch im Rundfunk: Rumpf, Matthias: Politischer Paukenschlag, in: Deutschlandfunk, 12.04.2007, online einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kalenderblatt/610050/> [eingesehen am 30.07.2008].

13 Kraus, Elisabeth: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001.

14 Vgl. auch die Rezension von Walker, Mark: Die drei von der Uranstelle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.02.2002.

Motiv der Manifest-Urheber dar und filtert insgesamt drei Verantwortungstypen heraus: humanitär (personifiziert durch Hahn), fachwissenschaftlich (Heisenberg) und politisch (v. Weizsäcker). Alexandra Rese hingegen bietet eine tiefer blickende Auseinandersetzung mit dem Thema „Göttinger Erklärung“ und benennt neben dem Gewissen auch das Bestreben, nach dem Zweiten Weltkrieg nicht noch einmal „in den Verdacht der Kollaboration bei einer deutschen Atomrüstung zu geraten“<sup>15</sup>, als eine weitere Triebkraft. Diese beiden gegenwärtig umfangreichsten Publikationen unmittelbar zur Göttinger Erklärung geben dennoch dazu Anlass, nach weiteren Beweggründen Ausschau zu halten und die diagnostizierten kritisch zu überprüfen. Denn für die Analyse von Protest ist es wichtig, die diesem ursächliche Motivlage möglichst umfassend zu ergründen.

Zudem erwecken die bisherigen Darstellungen den Eindruck, als habe es sich bei der Manifestation der Göttinger Achtzehn um eine spektakuläre Einzelaktion gehandelt, die in keinem über die Atomwaffenkontroverse des Jahres 1957 hinausweisenden Kontext steht. Auch diese Vermutung reizt, sie mit einem Blick in die Zeit vor 1957 zu hinterfragen.

Schließlich die beteiligten Personen: Die Protagonisten der Göttinger Erklärung – Hahn, Heisenberg, Gerlach etwa – gelten vor allem als Charaktere von besonderer Moralität. Diese unzweifelhaft großen Namen der Wissenschaft vom Atom allerdings ausschließlich als vorbildliche Träger eines außergewöhnlichen Verantwortungsbewusstseins zu betrachten, mutet nicht nur einseitig an, sondern wird außerdem den komplexen Persönlichkeiten nicht gerecht. Von Personen getätigte Aussagen mögen zwar in ehrlicher Absicht geäußert worden sein, jedoch lässt sich aus der Perspektive des Wissenschaftlers „zusätzlich kritisch [...] fragen, was an weiteren oder an eigentlichen Motiven dahinter steckt“<sup>16</sup>, da – bewusst oder unbewusst – hinter schriftlichen oder verbalen Äußerungen noch andere Interessen versteckt zum Ausdruck kommen können. Obgleich einige der Manifest-Unterzeichner wie Hahn, v. Weizsäcker oder Heisenberg oft porträtiert wurden und Gegenstand einiger Abhandlungen waren, erscheint es daher lohnenswert, den biografischen Werdegang und die Karriereverläufe der Beteiligten neu zu begutachten, noch einmal genauer im Hinblick auf ihre Verwicklung in die Manifestation des Jahres 1957 zu beleuchten, um so auch auf den ersten Blick möglicherweise verborgenen Motiven und Antriebsmustern auf die Spur zu kommen. Hierzu kann auf eine Reihe von Arbeiten zurückgegriffen werden, die sich mit dem Verhalten einiger der Unterzeichner in der Zeit vor der Grün-

---

15 Rese 1999, S. 206.

16 Bellers, Jürgen: Methoden der Sozialwissenschaften: Kritik und Alternativen, Siegen 2005, S. 65.

dung der Bundesrepublik befassen. Von keiner Arbeit ist die Göttinger Erklärung allerdings bislang in ihrer Rolle als politisches Manifest betrachtet worden. Die vorliegende Analyse fokussiert daher zwar auch Personen und Kontexte, stellt jedoch erstmals das Manifest selbst in den Mittelpunkt der Betrachtung, macht es vom Neben- zum Hauptdarsteller.

### 1.2.2 Politische Manifeste

Lässt man einen geschichtlich interessierten Blick durch die Historie der vergangenen zweihundert Jahre schweifen, so begegnet man ihnen immer wieder: Manifesten. Politische Manifeste sind sogar relativ verlässlich zu historisch brisanten Daten anzutreffen. Schließlich „haften an den Höhen und Niederungen der Weltgeschichte“ häufig auch die „mitreißenden Manifeste und Proklamationen“, welche von den „dramatischen oder demagogischen Affekten ihrer Zeit erfüllt“ waren.<sup>17</sup> Vor allem dann, sobald es um gesellschaftlichen Umsturz, verbrecherischen Krieg oder gar drohende Vernichtung der Menschheit geht – man denke nur an das „Kommunistische Manifest“ 1848, den Aufruf „An die Kulturwelt“ 1914, den Appell anlässlich des Volksentscheids zur Fürstenenteignung 1926, die „Göttinger Erklärung“ 1957 oder „What we’re fighting for“ mitsamt der Reaktion aus Deutschland anlässlich des US-amerikanischen „Anti-Terrorkriegs“ im Jahr 2002. Insoweit scheinen Manifeste bevorzugt in Phasen gesellschaftlicher Bewegung, politischen Konflikts, instabiler Verhältnisse aufzutauchen. Wie eine ausgiebige Beobachtung gezeigt hat, „massieren sich die Manifeste quantitativ während politischer Krisen“<sup>18</sup> und sind dadurch ein historiografisch auffälliges Phänomen.

Umso auffälliger ist, wie wenig sich die Wissenschaft bislang um politische Manifeste gekümmert hat. Zwar differenziert sie in literarische, künstlerische und politische Manifeste. Gleichwohl ist vorwiegend zu den ersten beiden Gattungen geforscht worden; zu letzterer liegen hingegen kaum systematische Betrachtungen vor. Vielmehr ermangelt es der Wissenschaft bislang einer analytischen Auseinandersetzung mit politischen Manifesten als einem gesellschaftlich relevanten Phänomen der deutschen Geschichte. Auch ist der Begriff „Manifest“ noch unscharf und bedarf einer präzisen Definition.<sup>19</sup> Dies erstaunt umso mehr,

---

17 Peter, Karl Heinrich (Hg.): Proklamationen und Manifeste, Stuttgart u.a. 1964, S. 15 f.

18 Malsch, Friedrich Wilhelm: Künstlermanifeste. Studien zu einem Aspekt moderner Kunst am Beispiel des italienischen Futurismus, Weimar 1997, S. 71.

19 Der wohl simpelsten Definition zufolge zeichnen sich politische Manifeste dadurch aus, dass „mehr oder weniger bedeutende Personen öffentlich in schriftlicher Form zu

sobald man berücksichtigt, dass der historische Ursprungsort von Manifesten doch gerade in der Politik liegt.<sup>20</sup> Diese urtümliche Herkunft aus dem politischen Leben ist es, die eine eingehende Untersuchung politischer Manifeste nicht nur angebracht, sondern politikwissenschaftlich reizvoll erscheinen lässt – begegnet einem diese Ausdrucksform schließlich nicht notorisch bei der Lektüre in jedem zweiten Politik-Lehrbuch.

Lediglich die historische Metamorphose des politischen Manifests, das im Verlauf mehrerer hundert Jahre seinen Charakter als öffentliches Artikulationsinstrument verändert hat, kann als ausreichend erforscht gelten. Denn Manifeste haben eine lange Tradition. Im feudalen Zeitalter waren sie nichts weiter als ein Medium, über das sich die politischen Akteure vor den Augen der Öffentlichkeit unterhielten und austauschten,<sup>21</sup> im Grunde ein Surrogat des späteren Zeitungswesens. Dadurch war es „bereits in den ersten Phasen seiner Existenz“ in den „allgemeinen Prozess gesellschaftlicher Auseinandersetzung“ integriert, in dem es „eine wichtige kommunikative Rolle [spielte], die fast institutionelle Ausmaße annahm“.<sup>22</sup> Im ausgehenden 16. Jahrhundert dienten politische Manifeste in einer Zeit vermehrter Nationalstaatsbildung dann in erster Linie der Veröffentlichung herrschaftlichen Willens, der sich „in Form von Verordnungen, Gesetzen, Erklärungen, Erlassen und Proklamationen“<sup>23</sup> zu artikulieren pflegte. Dies war die Anfangszeit politischer Manifeste, in der sie „Forum der Kommunikation im weitesten Sinne“ waren, mit dem Zweck, in einem „offenen oder schwelenden Konflikt eine breite Öffentlichkeit über die eigenen Ansichten zu informieren, mit dem eigenen politischen Programm zu konfrontieren und auf diese Weise zu agitieren“.<sup>24</sup> Jedoch fungierten sie exklusiv als obrigkeitsstaatliches „Instrument der Information und öffentlicher Legitimierung königlicher Machtpolitik“. Mit Manifesten unterrichteten politische Autoritäten ihre Untertanen über längst vollzogene Entscheidungen, über abgeschlossene Prozesse.

---

einem politischen Ereignis, bzw. zu politisch-sozialen Zuständen Stellung beziehen“; Schultz, Joachim: Literarische Manifeste der „Belle Epoque“. Frankreich 1886-1909. Versuch einer Gattungsbestimmung, Frankfurt am Main/Bern 1981, S. 30. Allerdings jüngst erschienen: Klatt, Johanna/Lorenz, Robert (Hg.): Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011.

20 Vgl. Malsch 1997, S. 114.

21 Vgl. ebd., S. 49.

22 Ebd., S. 57.

23 Ebd., S. 32.

24 Hier und folgend ebd., S. 49.

Im 17. Jahrhundert vollzog sich, avantgardistisch in Frankreich, ein erster Wandel.<sup>25</sup> Das aufkommende Zeitungswesen und der damit verbundene Zuwachs konkurrierender Informationsträger trugen zur Emanzipation des französischen Königshofs vom Medium des Manifests bei. Der König unterhielt nunmehr ein Zeitungsmonopol, mit dem er die Macht des gedruckten Worts erheblich umfänglicher kontrollieren und ausüben konnte. Doch das für die monarchische Herrschaftspraxis obsolet gewordene Medium bewies eine erstaunliche Überlebensfähigkeit. Unter der Bedingung ihres plötzlichen Bedeutungsverlusts prägten Manifeste neue Merkmale aus und bewahrten sich somit durch Wandel ihre gesellschaftliche Funktion: Erstens waren sie programmatisch nunmehr auf eine längere Sicht angelegt, insofern keine situativen Stellungnahmen mehr; zweitens drückte sich dadurch eine politische Position der Verfasser aus, die hinter dem Manifest standen; drittens schließlich wandelte sich das Manifest von einem Verkündungs- zu einem Propagandainstrument absolutistischer Herrschaft, die damit ihre Machtstellung zu konsolidieren suchte.

Im Frankreich der frühen Revolutionsjahre endete also die „Zeit des Manifestes als Forum legislativer und legitimierender hoheitlicher Akte“<sup>26</sup>. Im krassen Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Macht forderte damals die gestürzte, aber zur Konterrevolution bereite Monarchie die revoltierende Bevölkerung mit Manifesten zur Aufgabe ihres Kampfes und Wiedereinsetzung des Königs auf. Diese Aufforderung wie auch die Androhung drakonischer Strafen entsprach allerdings nicht mehr dem programmatischen, vollziehenden Charakter vorheriger Herrschermanifeste. Im Gegenteil entbehrte dieser Akt der Verzweiflung jeglicher politischer Autorität – das Manifest war durch die Bindung an seinen traditionellen Nutzer, den Adelsstand, nunmehr zum Medium der Opposition, der Minorität geworden. Es wandelte sich damit erneut: Erstmals waren Manifeste zu einem profanen „Instrument des Meinungskrieges, zum Sprachrohr oppositioneller und marginaler Interessengruppen“<sup>27</sup> herabgesunken, wodurch sie letztlich auch die „machtpolitische Marginalität“<sup>28</sup> ihrer Urheber signalisierten. In jenen Tagen des französischen Bürgerkriegs erhielt das politische Manifest – ausgerechnet in der Hülle seiner klassischen Funktion als Herrscherpostulat, das lediglich einen beschlossenen Hoheitsakt kommuniziert – eine gesellschaftliche Rolle, die noch in der Gegenwart ausgeübt wird. Es trug jetzt „zur Klärung der Interessenlage“ im öffentlichen Meinungsstreit bei und schuf in der Politik „mittelbar Vorausset-

---

25 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 50 u. S. 60-65.

26 Ebd., S. 61.

27 Ebd.

28 Ebd., S. 67.



zungen zu praktischen Lösungen“. Des Weiteren wiesen sich die Urheber des Manifests neuerdings durch die am Ende des Textes platzierte Unterschrift aus, wohingegen das Herrschermanifest die offizielle Autorenschaft bereits im Titel bekannt hatte. Kurzum: Politische Manifeste hatten zum Ende des 18. Jahrhunderts die Gestalt eines massenmedialen Kommunikationsträgers angenommen. In der Zeit der Französischen Revolution, der politischen Krise also, avancierten Manifeste zur „Domäne revolutionärer politischer Bewegungen, die in der Regel außerhalb des politischen Systems stehen“<sup>29</sup>. Sie wurden „parteiisch“, verloren „den kommunikativen Charakter früherer Zeiten“ und zählten als „Organ minoritärer Interessengruppen“<sup>30</sup> fortan zu den „propagandistischen Waffe[n] im Meinungskrieg der Öffentlichkeit“<sup>31</sup>.

Auf dieser Basis entwickelte das politische Manifest während des 19. Jahrhunderts seine modernen Grundcharakteristika, reifte zu einem Medium der Dissidenz, auch der Subversion, kurzum: der Opposition und bildete „seine Funktion als Sprachrohr partikularer und marginaler Interessen und Überzeugungen gattungshaft“<sup>32</sup> aus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts z.B. dienten Manifeste der politischen Linken „zur Mobilisierung der Arbeiterschaft, der Förderung ihres Zusammengehörigkeitsgefühls und damit verbunden der Etablierung einheitlicher Sprachregelungen“; auch zur Austragung ideologischer Flügelkämpfe und als „Versuch, die politisch-theoretischen Positionen zu klären und zu erklären“<sup>33</sup>. In Manifesten wurde – vielfach durch superlativische Wortwahl – zwischen „eigener und gegnerischer Anschauung scharf getrennt, der eigene Standpunkt wird zum Dogma erhoben, der gegnerische Standpunkt wird scharf kritisiert“<sup>34</sup>. „Postulieren, Proklamieren, die Verkündung von Vorstellungen, die Vermittlung von Autorintentionen“<sup>35</sup> kennzeichnen Manifeste ebenso wie der „Transport von Intentionsäußerungen, die öffentliche Darlegung programmatischer Zielsetzungen“. Der Leser wird „mehr oder weniger massiv dazu

---

29 Hier und folgend ebd.

30 Ebd., S. 239.

31 Ebd., S. 67.

32 Ebd., S. 84.

33 Ebd., S. 72.

34 Schultz 1981, S. 171. Der Gebrauch von „Kampfmetaphern“, die deutlich machen: „man kämpft für etwas und man kämpft gegen etwas“, verleiht Manifesten gelegentlich eine martialische Note; ebd., S. 185.

35 Berg, Hubert v. d.: Das Manifest – eine Gattung? Zur historiographischen Problematik einer deskriptiven Hilfskonstruktion, in: ders./Grüttemeier, Ralf (Hg.): Manifeste: Intentionalität, Amsterdam/Atlanta 1998, S. 193-225, hier S. 199.

aufgefordert, die verkündeten Tendenzen zu akzeptieren und andere Tendenzen abzulehnen“<sup>36</sup>. Auch boten Manifeste sozialen Minderheiten nun die Chance, mit der Mehrheitsgesellschaft in Kontakt zu treten.<sup>37</sup> Künstlern waren sie ein „Medium der Selbstdarstellung und Selbstreklame“, mit dem ein Publikum erreicht werden wollte, das „mit genuin künstlerischen Formen im Normalfall nicht erreichbar ist“.<sup>38</sup> Manifeste dienten sich Gruppen und Personen an, die nicht hauptberuflich Politik betrieben, sich dennoch für Politik interessierten, politisch rätionierten und von Zeit zu Zeit auch nach politischer Intervention strebten. Seit Émile Zola besteht der „Königsweg des Intellektuellen“ in der „Eroberung der nationalen Öffentlichkeit durch den gezielten Gebrauch der allgemein zuständigen Medien“.<sup>39</sup> Für die „Aktivitäten der kommunistischen, sozialistischen, anarchistischen und syndikalistischen Gruppen“ gerieten politische Manifeste im 19. Jahrhundert jedenfalls zu einem „unentbehrlichen Mittel, um politische Ziele zu verkünden und durchzusetzen, die zuvor in der Gruppe erarbeitet und diskutiert worden waren“<sup>40</sup>. Aller Wandlungen zum Trotz behielten Manifeste aber ihre urtümliche Funktion bei: Ein Medium zu sein, „dessen sich die gesellschaftlichen Interessenparteien zur Darstellung und Durchsetzung ihrer Vorstellungen bedienen“<sup>41</sup>.

## 1.3 ANLIEGEN UND ZIELE DER UNTERSUCHUNG

### 1.3.1 Die Göttinger Erklärung als politisches Manifest

Wie aber untersucht man unter der Voraussetzung einer bislang fehlenden Definition und Systematik ein politisches Manifest, nach welchen Kriterien lässt sich

---

36 Schultz 1981, S. 36.

37 Siehe dazu Achinstein, Sharon: Women on Top in the Pamphlet Literature of the English Revolution, in: Women's Studies, Jg. 24 (1994) H. 1-2, S. 131-163; Newman, Richard/Rael, Patrick/Lapsansky, Philip (Hg.): Pamphlets of Protest. An Anthology of Early African-American Protest Literature, 1790-1860, New York/London 2001.

38 Eisenhuber, Günther: Manifeste des Dadaismus. Analysen zu Programmatik, Form und Inhalt, Berlin 2006, S. 166.

39 Abrosimov, Kirill: Die Genese des Intellektuellen im Prozess der Kommunikation. Friedrich Melchior Grimms „Correspondance littéraire“, Voltaire und die Affäre Calas, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 33 (2007) H. 2, S. 163-197, hier S. 196.

40 Schultz 1981, S. 227 f.

41 Malsch 1997, S. 74.

ein solches überhaupt identifizieren? Wie gesagt, findet sich in der Forschungsliteratur gegenwärtig keine politikwissenschaftlich verwertbare Vorstellung von „politischen Manifesten“; auch fehlt ein theoretisches Konzept, das bspw. typische Verlaufsmuster oder günstige Faktorenkonstellationen politischer Manifestation benennt. Solange dieses Defizit besteht, müssen also provisorische Kriterien aufgestellt werden. Im Folgenden wird daher ein Versuch unternommen, die Erscheinung des politischen Manifests für die weitere Forschung greifbar zu machen, diese „Terra incognita“ anhand des Einzelfallbeispiels „Göttinger Erklärung“ gleichsam zu kartografieren und zu veranschaulichen.

Zunächst: Was weiß man eigentlich über die Herkunft des Manifest-Begriffs? Sein erratischer Entwicklungsverlauf spiegelt sich in dessen Etymologie wider. Neben des kaufmännischen Begriffs für einen Ladungsbrief im Handel oder des nautischen Wortgebrauchs im Seerecht als „beglaubigtes Zertifikat über geladene Güter“<sup>42</sup> setzte sich „Manifest“ historisch „als Bezeichnung einer gewichtigen, feierlich-öffentlichen Erklärung in einer wichtigen Angelegenheit“ durch. Mit der Zeit erfuhr es eine Begriffsausdehnung: „Während ‚Manifest‘ zunächst die Erklärung eines Fürsten oder einer Staatsregierung bezeichnet, in welcher zu einer wichtigen Angelegenheit, insbesondere zu (bevorstehenden) Kriegsakten, Stellung bezogen wird, sei es als öffentliche Verlautbarung oder im diplomatischen Verkehr, findet die Bezeichnung ‚Manifest‘ in der Folgezeit außerdem Anwendung als Umschreibung einer politischen Stellungnahme, die von anderen Personen oder Gruppierungen ausgeht“<sup>43</sup>. Auch die Definitionen in Wörterbüchern unterlagen einem ständigen Wandel: So stand „Manifest“ noch in der 1979er Fassung des *Brockhaus* für „die öffentl. Erklärung, z.B. einer Regierung (→ Proklamation) oder einer Partei (Wahl-M.)“ und wandelte sich 2006 schließlich zu „Grundsatzerklärung, öffentlich dargelegtes Programm einer Kunst- oder Literaturrichtung, einer polit. Partei, Gruppe o.Ä.“<sup>44</sup>. Die ursprüng-

---

42 Hier und folgend zitiert nach Fähnders, Walter: „Vielleicht ein Manifest“. Zur Entwicklung des avantgardistischen Manifestes, in: Asholt, Wolfgang/ders. (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“: Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 18-38, hier S. 19.

43 Berg, Hubert v. d./Grüttemeier, Ralf: Interpretation, Funktionalität, Strategie. Versuch einer intentionalen Bestimmung des Manifests, in: dies. (Hg.) 1998, S. 7-38, hier S. 21.

44 Siehe Brockhaus, 18. Auflage 1979 sowie Brockhaus, 21. Auflage 2006; vgl. zu diesem Abs. auch Berg, Hubert v. d.: Zwischen Totalitarismus und Subversion. Anmerkungen zur politischen Dimension des avantgardistischen Manifests, in: Asholt/Fähnders (Hg.) 1997, S. 58-80, hier S. 59 f.

liche Wortbedeutung hingegen ergibt sich aus dem lateinischen „manifestare“, was dem deutschen Verb „offenbaren“ entspricht.<sup>45</sup>

Für Aktionen mit dem Gattungsscharakter eines Manifests existieren angesichts dieses diffusen Begriffsverständnisses erwartungsgemäß mannigfaltige Begriffsvariationen. Anhand der offiziellen, von den Autoren gewählten Selbstbezeichnung der Schriften lässt sich der politische Manifest-Charakter nicht recht bestimmen.<sup>46</sup> Denn in den seltensten Fällen erschienen Manifeste unter ihrer Selbstbezeichnung, sondern firmierten ganz oft als Thesen, Credos, Appelle, Erklärungen, Pamphlete, Proklamationen oder Deklarationen, bis hin zu offenen Briefen. Auch kommt der Manifest-Begriff vielfach erst rezeptionshistorisch zur Anwendung: So ist der 1914 von deutschen Gelehrten verfasste Aufruf „An die Kulturwelt“ erst in der Nachbetrachtung als „Manifest der 93“ in die Geschichte eingegangen. Verschafft man sich einen spontanen Eindruck von der vielseitigen Verwendung des Manifest-Begriffs, so kommt man nicht umhin zu glauben, beinahe willkürlich lasse sich alles Mögliche als Manifest etikettieren.<sup>47</sup> Der Manifest-Begriff ist also häufiger eine Fremddeutung statt eine Selbsttitulierung. Demgegenüber gibt es wohl eine ungeahnte Anzahl von Texten, die man – trugen sie nicht den Namen „Manifest“ – mitnichten dieser besonderen Gattung zuordnen würde.<sup>48</sup> Als Definitionskriterium eignet sich die ursprüngliche Benennung folglich nicht.

Eine allumfassende, allzeit gültige Definition ist allein in Anbetracht des geschichtlich dynamischen und facettenreichen, keineswegs statischen und monotonen Charakters von Manifesten wohl auch gar nicht sinnvoll. Wie Claude Abastado so trefflich resümiert: „Le manifeste n'existe pas dans l'absolu“<sup>49</sup>. Dadurch freilich können sich beliebige Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit mit dem hochtrabenden und Wichtigkeit verheißenden Attribut des Manifests dekorieren. Und daraus erklärt sich wohl auch die ungeheure Zahl an Schriften mit der Eigenbezeichnung „Manifest“.

Drei Aspekte sollen dennoch den Versuch wagen, den Komplex des politischen Manifests zu erhellen und für die Untersuchung der Göttinger Erklärung als Grundlage einer Definition zu dienen. Erstens war die Göttinger Erklärung an die Öffentlichkeit adressiert und formulierte an die Politik eine *Aufforderung*.

---

45 Beziehungsweise „manifestatio“ als lateinischem Begriff für die Offenbarung eines Willens.

46 Vgl. hier und folgend Fähnders 1997, S. 19-22.

47 Vgl. auch v.d. Berg/Grüttemeier 1998, S. 17.

48 Vgl. Fähnders 1997, S. 33.

49 Zitiert nach ebd., S. 27.

Insoweit lässt sie sich der Kategorie einer politischen Stellungnahme zuordnen. Des Weiteren versuchte sie – zweitens – einen *potenziell brisanten Sachverhalt von möglicherweise existenzieller Bedeutung* für die deutsche Bevölkerung – die Aufrüstung der Bundeswehr mit Nuklearwaffen, die „im Falle des Versagens“ der Politik tödlichen Ausgang nehmen könne – „manifest“ zu machen. Und drittens handelte es sich um *keine für die Manifestanten alltägliche Darstellungs- und Artikulationsform*, unterschied diese sich von den gewohnten Arbeits- und Kommunikationsroutinen von – in diesem Fall – Wissenschaftlern. Diese drei Gesichtspunkte sollen der vorliegenden Arbeit als provisorische Definitionsmerkmale eines politischen Manifests zur Seite stehen.

Für Manifeste aus dem Literaturbereich konnte bereits festgestellt werden, dass sie weniger an ihren äußeren Merkmalen als an ihrer Funktion zu identifizieren sind,<sup>50</sup> nämlich die pointierte öffentliche Artikulation von Meinung, mit der die Teilnehmer der Öffentlichkeit im Sinne der Manifest-Autoren beeinflusst werden sollen. In Abgrenzung etwa zu professionellen Journalisten, die für ihre Zeitung im Rahmen eines regulären Beschäftigungsverhältnisses arbeiten, oder zu einer als wissenschaftliche Facharbeit erkennbaren Analyse, geben sich politische Manifeste als eine nicht alltägliche, unkonventionelle Darstellungs- und Artikulationsform zu erkennen, die vor allem auch den Kommunikationsgewohnheiten der Manifestanten weitgehend fremd ist. Sie sind nicht Ergebnis berufsmäßiger Journalistenproduktion, kommen nicht im kryptischen Gewande eines wissenschaftlichen Traktats daher; sie liegen außerhalb gewohnter Arbeits- und Kommunikationsroutinen der Manifestanten, stellen eine exotische Publikationsvariante dar; sie sind nicht formaler Bestandteil deren normaler Berufsausübung; sie kommen unter eigeninitiativer Verwendung unüblicher Ausdrucksmittel zustande, sind keine Folge eines kommerziellen Auftrags durch die Medien. Als einmalige, außergewöhnliche Aktion sind politische Manifeste aus der Sicht ihrer Urheber folglich eine berufs- und professionsuntypische Ausdrucksform. Politische Manifeste zeichnen sich der hier vorliegenden Definition zufolge überdies durch eine pointierte Forderung aus, die sich vor allem in der kämpferischen Sprachcodierung ausdrückt.<sup>51</sup> Der Duktus ist nicht selten feierlich, pathetisch, instruktiv oder in ernster Sorge gehalten und von einem appellierenden

---

50 Vgl. Schultz 1981, S. 228 f.

51 Die folgenden Überlegungen verdanken sich auch der Inspiration durch Schwitalla, Johannes: Deutsche Flugschriften 1460-1525. Textsortengeschichtliche Studien, Tübingen 1983, S. 19 ff.; überdies wurden Kriterien literarischer Manifeste adaptiert, vgl. dazu Schultz 1981, S. 36 sowie S. 185-197.

Impetus befeuert; der Stil ist oftmals ein „imperativer und apodiktischer“<sup>52</sup>, der Streitbarkeit signalisiert. „Postulieren, Proklamieren, die Verkündung von Vorstellungen, die Vermittlung von Autorintentionen“<sup>53</sup> kennzeichnen Manifeste ebenso wie der „Transport von Intensionsäußerungen, die öffentliche Darlegung programmatischer Zielsetzungen“. Politische Manifeste widmen sich hinsichtlich ihres Kommunikationszwecks keinen „poetischen Vertextungsabsichten“<sup>54</sup>; somit zählt weniger die literarisch-rhetorische Konzeption des Textes als „eine pragmatische Funktion, die sich in etwa als die Vermittlung von Intentionen, die öffentliche Darlegung programmatischer Überlegungen umschreiben lässt“<sup>55</sup>.

Die vorliegende Untersuchung, welche die Göttinger Erklärung als ein mutmaßlich erkenntnisreiches Fallbeispiel betrachtet, will versuchen, über das wenig erforschte Phänomen „politisches Manifest“ möglichst viel Aufschluss zu geben. Hierfür erscheinen nun einige Untersuchungsdimensionen plausibel.

Eine erste Analysekategorie bilden die Unterzeichner des Manifests, im Folgenden als die Manifestantenschaft bzw. die Manifestanten bezeichnet. Wie hat sich eine so stattliche Gruppe von achtzehn Persönlichkeiten eigentlich zusammengefunden, wie verlief also die Konstituierung bzw. Rekrutierung der Manifestantenschaft? Und inwiefern waren die einzelnen Manifestanten im Hinblick auf ihre Person für das Manifest von Belang – welche Restriktionen oder welche Ressourcen ergaben sich aus ihrer Beteiligung, aus dem individuellen Kapital ihrer Persönlichkeit wie bspw. Prominenz, Wissen oder auch Ämterfülle? Umgekehrt ließe sich fragen, welche Effekte die Manifest-Aktion auf ihre namentlichen Träger zeitigte. Wie steht es also eigentlich um die Wechselwirkung zwischen Manifest und Manifestanten – ergaben sich für sie aus ihrem Engagement Vor- oder Nachteile?

Schließlich das Manifest selbst: Welchen Aufbau besaß es, wie sah die literarische und argumentative Struktur aus? Lassen sich aus der Autopsie der Manifest-Schrift eventuell Schlüsse auf ihre Wirkung ziehen? Wie ist der Text bei einem offiziellen Engagement von nicht weniger als achtzehn Professoren überhaupt zustande gekommen; ging dessen Niederschrift eine intensive Diskussion voraus oder zeigte sich die Mehrheit mit einem Diktat einer Minderheit einverstanden? Außerdem wäre es interessant zu ergründen, wie eine solche Maßnahme – die politische Manifestation – in der Praxis eigentlich abläuft. Wie sieht der

---

52 Schultz 1981, S. 228.

53 Van d. Berg 1998, S. 199.

54 Der Begriff ist entlehnt aus Schwitalla 1983, S. 26 f.

55 Van d. Berg/Grüttemeier 1998, S. 17.

Entstehungszusammenhang aus, welche Voraussetzungen mussten gegeben sein – lässt sich gleichsam eine Logistik des Manifestierens nachvollziehen?

Über die konkrete Umsetzung des Konzepts einer öffentlichen Stellungnahme hinaus sollte das Manifest nicht losgelöst vom Kolorit der geschichtlichen Epoche – vom gesellschaftlichen Umfeld und der spezifischen politischen Situation – betrachtet werden. Das Manifest erschien kurz vor Beginn eines Bundestagswahlkampfes, somit in einer politisch brisanten Situation. Für die Regierung, die naturgemäß um ihre Wiederwahl bangte, musste jede oppositionelle Aktion, die in den Medien Erwähnung fand, automatisch eine größere Gefahr darstellen als etwa inmitten einer Legislaturperiode, fern von einem Urnengang der Bürger. Es lässt sich daher vermuten, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein besonders großes Gelegenheitsfenster existierte, ein einmaliger Chancenraum für eine oppositionelle Aktion gegen die amtierende Bundesregierung. Darüber hinaus sprach die Göttinger Erklärung ein Thema an, das in den 1950er Jahren noch nicht klassischer Gegenstand der Politik war, sondern sich erst zunehmend politische Relevanz erkämpfen musste. Erst zwei Jahre vor der Göttinger Erklärung war die Atompolitik 1955 in Gestalt des Atomministers Franz Josef Strauß mit einer ministeriellen Repräsentanz innerhalb der Bundesregierung institutionalisiert worden. Und nur kurze Zeit zuvor war im Sommer 1945 mit der Atombombe erstmals eine funktionierende – zumal militärische – Anwendung von Nuklearenergie bewerkstelligt worden. Zum Zeitpunkt des Göttinger Manifests befand sich die deutsche Atompolitik wie auch die Atomwirtschaft daher in einer turbulenten Aufbruchs- und Aufbauphase. Gleichzeitig veränderten die Vereinigten Staaten in ihrer Rolle als atomare Schutzmacht Westeuropas Mitte der 1950er Jahre ihre Militärstrategie durch die Ablösung herkömmlicher Waffensysteme zugunsten einer forcierten Nuklearbewaffnung auf westdeutschem Gebiet. Dies erforderte von der Bundesrepublik, die sich zudem noch im problematischen Anfangsstadium der Wiederbewaffnung befand, ein sicherheitspolitisches Umdenken. Programmatisch befand sich die Bundesregierung infolgedessen im April 1957 gerade in Bewegung. Doch besonders in einem solchen Moment sind Regierungen, die sich noch dazu im politischen Wettbewerb mit starken Herausforderern befinden, verletzlich und angreifbar. Der Ungarn-Aufstand und die Suez-Krise hatten überdies im Vorjahr der bundesrepublikanischen Bevölkerung eindrucksvoll die Gefahr eines neuerlichen Weltkriegs vor Augen geführt und eine unterschwellige Kriegsangst geschürt. In welches gesellschaftliche und historische Biotop, so ist folglich zu fragen, pflanzten achtzehn Professoren der Naturwissenschaft ein politisches Statement ein?

Sodann stellt sich die Frage des Erfolgs. Vieles spricht dafür, dass die Göttinger Erklärung ein „erfolgreiches“ Manifest war. Im Gegensatz zur Mainauer

Kundgebung oder anderen Protestaktionen gegen Atomwaffen findet sie häufig Erwähnung in historischen Darstellungen, erinnert man sich ihrer anlässlich von Jubiläen. Obzwar Erfolg schwer zu messen ist und ihm bestimmte Faktoren nicht mit Gewissheit zugeordnet werden können, lassen sich doch begründete Vermutungen über ihn anstellen. Die Regierung Adenauer drohte mit der Göttinger Erklärung in eine politische Krise zu schlitern, denn eine solche tritt immer dann mit besonderer Wahrscheinlichkeit auf, wenn es um eine „Forderung (und mögliche Realisierung) *bedeutsamer* [Herv. i. O.] Änderungen in der Politik“<sup>56</sup> geht. Dieses Kriterium war mit der Atombewaffnung des Bundesheeres durchaus erfüllt. Inwieweit geriet die Bundesregierung ins Taumeln, welchen Druck entfaltete das Manifest der Göttinger Achtzehn auf die staatliche Exekutive und welche politischen Maßnahmen wurden ergriffen? Es soll deshalb auch untersucht werden, auf welche öffentliche Resonanz die achtzehn Wissenschaftler mit ihrem Protestschritt gestoßen waren. Dies betrifft sowohl die Aufnahme und Verarbeitung durch die Medien als auch die Reaktion politischer und gesellschaftlicher Akteure. Gelang es der Göttinger Erklärung Impulse zu erzeugen oder blieb sie ohne jegliche Konsequenz? Erfolgreich könnte das Manifest z.B. inhaltlich bzw. politisch sein, wenn es sich mit bestimmten politischen Entscheidungen, die im Einklang mit seinen Forderungen stehen, in Zusammenhang bringen lässt; medialer Erfolg lässt sich an der Präsenz beispielsweise in Tages- und Wochenzeitungen messen; und ein historischer Erfolg ließe sich anhand der Art und Weise, wie man sich der Göttinger Erklärung erinnert hat, beurteilen. Kurzum: Welche Aussagen lassen sich über Formen und Ursachen der Wirkung des Göttinger Manifests treffen?

In demokratietheoretischer Perspektive mutet überdies die Frage nach dem gesellschaftlichen Wert der Göttinger Erklärung interessant an. Als öffentlich ausgesprochene Botschaft von Professoren war sie eine bestimmte Variante von Kommunikation zwischen der Wissenschaft und der Öffentlichkeit. Die „historische Beschreibung der Vermittlungssysteme für Wissenschaft an bestimmte Schichten der Öffentlichkeit“ wird gegenwärtig als „Forschungsproblem“ beschrieben.<sup>57</sup> Auch vor diesem Hintergrund lohnt deshalb der Blick auf die Göttinger Erklärung als politisches Manifest.

---

56 Zimmermann, Ekkart: Krisen, Staatsstreiche und Revolutionen. Theorien, Daten und neuere Forschungsansätze, Opladen 1981, S. 24.

57 Schirrmacher, Arne: Nach der Popularisierung. Zur Relation von Wissenschaft und Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 34 (2008) H. 1, S. 73-95, hier S. 95.



### 1.3.2 Die Göttinger Erklärung in mythologischer Verwendung

1957 war außerdem nicht das erste Mal, dass Göttingen zum Namensgeber und Referenzpunkt einer aufsehenerregenden Protestaktion wurde. Bereits im 19. Jahrhundert stand die Universitätsstadt Pate, als es darum ging, der Auflehnung gegen Unrecht, das man seitens mächtiger Autoritäten erfuhr, einen einprägsamen Namen zu verleihen. Jedes Mal, wenn die Protestation der „Göttinger Sieben“ aus dem Jahr 1837 wieder ein weiteres Jubiläum ereilt, darf sie sich der Jubelarien zahlreicher Honoratioren gewiss sein. Ganz besonders rühmt sich ihrer die Göttinger Georg-August-Universität; sie hat eine Gedenktafel aufgestellt, der zentrale Campus trägt den Namen „Platz der Göttinger Sieben“, Doktoranden wird nach Abschluss des Promotionsverfahrens eine Schrift ausgehändigt, die einst Jacob Grimm als einer der Sieben 1838 zu seiner Verteidigung verfasst hatte<sup>58</sup> – wie überhaupt der Aktion in der Universitätsgeschichte nicht ohne Stolz ein herausgehobener Platz eingeräumt wird. Ähnlich verhält es sich inzwischen auch mit den 120 Jahre später formierten Göttinger Achtzehn, denen anlässlich ihres fünfzigsten Jahrestags erst kürzlich in einer aufwändigen Veranstaltung der Universität öffentlich gedacht wurde.<sup>59</sup>

Die Rechtswissenschaftlerin Miriam Saage-Maaß hat für die Göttinger Sieben festgestellt, dass je nach Anlass, Epoche und Intention der Darstellung und Interpretation deren Protests andere Aspekte der Geschehnisse in den Mittelpunkt gerückt wurden. Das Interesse an diesem historischen Ereignis stand in Abhängigkeit von gerade aktuellen Belangen. Mal wurde der Verfassungseid betont, mal der Verfassungsbruch; mal waren die sieben Professoren Vorkämpfer eines selbstbewussten Bürgertums, mal waren sie zu revolutionären Umwälzungen unfähige Zauderer. Die Darstellungsweise geriet stets selektiv: Während einige Gesichtspunkte besonders herausgestellt wurden, verschwieg man andere.<sup>60</sup> Die Protestation der Göttinger Sieben ist ein prominentes Beispiel dafür,

---

58 Vgl. See, Klaus v.: Die Göttinger Sieben. Kritik einer Legende, Heidelberg 1997, S. 37.

59 Siehe Einladung und Programm der Veranstaltung „50 Jahre »Göttinger Erklärung«“ vom 12.04.2007, online einsehbar unter: [http://www.uni-goettingen.de/en/document/download/cc07ccea0ce38072078c2379f9ad71ef/GT\\_Erklaerung\\_end.pdf](http://www.uni-goettingen.de/en/document/download/cc07ccea0ce38072078c2379f9ad71ef/GT_Erklaerung_end.pdf) [eingesehen am 25.10.2009].

60 Vgl. dazu Saage-Maaß, Miriam: Die Göttinger Sieben – demokratische Vorkämpfer oder nationale Helden? Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur in der Rezeption des Hannoverschen Verfassungskonfliktes, Göttingen 2007, S. 201-204.

wie eine von ihrer Profession nach unpolitischen Wissenschaftlern unternommene politische Aktion nach Belieben und situativer Angemessenheit instrumentalisiert werden kann. Denn über die Göttinger Sieben wurde lange Zeit fast nur Positives berichtet, wurden ihre moralische Integrität gerühmt, darüber hinaus aber kaum tiefergehende Forschungen nach weiteren Motiven angestellt. Ähnlich der Göttinger Erklärung wurde die 1837er Protestation als „unpolitische und sittlich begründete ‚Tat bedrängter Gewissen‘“ gewertet, wurden ihre sieben Urheber zu Vertretern einer „zur ‚religiösen Kraft‘ gesteigerten ‚national-demokratischen Rechtsidee‘“ emporgehoben.<sup>61</sup> Ende der 1990er Jahre „stellte man sich nun ganz selbstbewusst in die Nachfolge der Göttinger Sieben. Sie wurden als Vorkämpfer all jener Ideale gedeutet, die man in der Bundesrepublik inzwischen verwirklicht sah: Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, demokratische Protestkultur und Zivilcourage.“<sup>62</sup> Es sei die Gewissensbindung an die Verfassung gewesen, welche die Göttinger Sieben letztlich zu ihrem außergewöhnlichen Schritt befähigt habe.

Besonders anerkennende Worte fand anlässlich des 150. Jubiläums im Jahr 1987 der politische Laudator Edzard Blanke, seines Zeichens damaliger Präsident des niedersächsischen Landtags. Die Göttinger Sieben hätten erreicht, dass zu den Aufgaben von Professoren fortan nicht mehr nur die Leistung für das *Wissen* des Volks, sondern auch für dessen *Gewissen* gezählt wurde.<sup>63</sup> Mit Bewunderung erfülle einen vor allem „das entschlossene Eintreten ausgewiesener Wissenschaftler für ein lauter und unabhängig gewonnenes Urteil über eine öffentliche Angelegenheit“<sup>64</sup>, weshalb es die Rückschau anlässlich des Jubiläums dankbar und stolz vorzunehmen gelte. Doch gibt die wissenschaftliche Forschung inzwischen zu bedenken, dass das Gewissen nicht die alleinige Triebkraft der Sieben war, das sich auch auf andere Motive schließen lässt.<sup>65</sup>

---

61 Ebd., S. 202.

62 Ebd., S. 203.

63 Vgl. hier und folgend Blanke, Edzard: Das politische Vermächtnis der Göttinger Sieben, in: ders./Kamp, Norbert/Schöne, Albrecht/Sellert, Wolfgang/Thadden, Rudolf v./Wellenreuther, Hermann (Hg.): Die Göttinger Sieben. Ansprachen und Reden anlässlich der 150. Wiederkehr ihrer Protestation, Göttingen 1988, S. 15-21, hier S. 16-19.

64 Ebd., S. 18.

65 Vgl. hierfür insgesamt v. See 1997. Auch Hunger, Ulrich: Die Georgia Augusta als hannoversche Landesuniversität. Von ihrer Gründung bis zum Ende des Königreichs, in: Böhme, Ernst/Vierhaus, Rudolf (Hg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Anschluss an Preußen – Der Wiederaufstieg als Universitätsstadt (1648-1866), Göttingen 2002, S. 139-213, hier S. 196:

Der Jurist Eduard Albrecht z.B. handelte mit seiner Protestbeteiligung nach einer von ihm vertretenen Staatsrechtstheorie, nach welcher der Monarch als Staatsorgan an eine Verfassung gebunden sei. Wie er selbst unmittelbar nach der Protestation bekannte, seien seine Motive „der Hauptsache nach rein juristischer Art“<sup>66</sup> gewesen. Auch Friedrich Christoph Dahlmann bewog ein persönliches Interesse, hatte er doch intensiv an der von Ernst August kurzerhand annullierten Verfassung mitgewirkt. Und Jacob Grimm habe sich als Märtyrer inszenieren wollen, habe gar „mit Verbissenheit die Sache der Protestation allein um ihrer selbst willen“<sup>67</sup> betrieben, das „Göttinger Ereignis in die Sphäre eines quasi-religiösen Bekenntums zu überhöhen“<sup>68</sup> gesucht. Den Eid, auf den er sich berief, hatte er nicht auf die Verfassung des Jahres 1833, sondern auf die des Jahres 1819 geleistet. Lediglich war dieser Eid einseitig durch die Regierung auf die neue Verfassung ausgedehnt worden – genauso wie der König 1837 einseitig wieder die alte Verfassung von 1819 in Kraft setzte. Einige der Göttinger Sieben bereuten überdies im Anschluss an ihre Amtsenthebung ihre Unterschrift und bemühten sich nur kurze Zeit nach ihrem Protestakt am Hannoveraner Königshof um ihre Rehabilitation. Ihre moralische Entschlossenheit schien daher Grenzen zu kennen, in den Jahren nach 1837 fügten sich bspw. Wilhelm Weber und Heinrich Ewald weniger aus Überzeugung denn aus Gruppenzwang in ihre Rolle als Angehörige der Göttinger Sieben. „Märtyrer“, so eine Forschungsmeinung, „waren die ‚Sieben‘ also nicht – schon deshalb nicht, weil sie nicht im Bewusstsein eines Risikos, nicht in Kenntnis und Erwartung irgendwelcher Folgen handelten“.<sup>69</sup> Ihre Attacke auf den Regenten stieß bei aufstiegswilligen Sozialgruppen wie etwa dem Bildungsbürgertum auf Sympathie, dort also, wo ohnehin große Unzufriedenheit mit den aristokratischen Herrschaftsprinzipien existierte. Die Landbevölkerung aber zeigte sich mit Ernst Augusts Regentschaft eher zufrieden und interessierte sich für die Bewahrung des Staatsgrundgesetzes nur wenig.

Das Beispiel der Göttinger Sieben zeigt folglich, wie eine Manifest-Aktion das Wertesystem einer Gesellschaft legitimieren, wie man mit ihr Tradition sug-

---

„[...] ohne Zweifel ist der Protest der sieben Professoren gegenüber dem König nicht allein als spontane Reaktion auf dessen Verfassungsbruch vom Himmel gefallen, sondern besaß eine Vorgeschichte [...]“

66 Zitiert nach ebd., S. 54.

67 Ebd., S. 56.

68 Ebd., S. 34 f.

69 Ebd., S. 58.

gerieren und wie aus ihr eine tugendhafte Vorbildrolle erwachsen kann.<sup>70</sup> Nicht zuletzt aufgrund solcher Aufladungen, die sogar unabhängig von politischem System und politischer Kultur vorgenommen werden, erscheint es geboten, Manifest-Aktionen mit Vorsicht zu betrachten, zumindest möglichst umfassend über all ihre Facetten im Bilde zu sein. Denn allein der Besitz tieferreichender Kenntnis schützt vor übereilten Wertungen und plötzlichen Mythenbildungen. Aus diesem Grunde gilt es, die Eignungsfähigkeit politischer Manifeste als Vorbild demokratischer Kultur einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen.

Eine solch differenzierte Analyse steht im Fall der Göttinger Erklärung allerdings noch aus. Die Aktion der Göttinger Achtzehn wird bislang vergleichsweise monoton intoniert, mehrheitlich kommen Aspekte des verantwortungsbewussten Protests gegen eine gefährliche Sache – die Atombombe – zur Sprache. Es überrascht deshalb nicht, dass die Göttinger Erklärung in die Tradition der Göttinger Sieben gerückt wurde – schon allein indem *Der Spiegel* von der Manifestantenschaft als den „Göttinger Achtzehn“ sprach und auch die Göttinger Universität in den Darstellungen ihrer Historie eine solche Kontinuität suggeriert. Auch die Achtzehn hätten, wie vorgeblich die sieben Wissenschaftler 120 Jahre vor ihnen, couragiert gegen eine autoritäre Staatsmacht opponiert und damit den „Geist der Göttinger Sieben revitalisiert“<sup>71</sup>. Bei der Göttinger Erklärung wiederholte sich so mit dem unkritischen Besehen längst vergangener, aber nicht hinreichend analysierter Geschehnisse eine letztlich oberflächliche, jedenfalls nicht vollkommen befriedigende Deutung der Manifestanten.

Diese Arbeit verfolgt daher den Anspruch, die Göttinger Erklärung und ihre Urheber ausgiebig zu beleuchten, dabei vor allem Intentionen und Motive kritisch zu hinterfragen. Denn bislang überwiegt hinsichtlich der Göttinger Achtzehn eine weitgehend kritiklose Erinnerungskultur. Die Internetrepräsentanz der Göttinger Georg-August-Universität bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Hahn, Heisenberg und v. Weizsäcker, heißt es da, hätten 1957 zusammen mit den fünfzehn übrigen Manifestanten an das Beispiel der Göttinger Sieben „für die Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung an[geknüpft], indem sie sich von Göttingen aus entschieden gegen jede deutsche Beteiligung an Bau und Nutzung von Atomwaffen aussprachen“<sup>72</sup>. Die jährlich ausgerichtete „Göttinger Universitätsrede“ steht zudem unter dem Motto „Wissenschaft und Verantwortung“ und verweise laut der zugehörigen Erläuterung auf „den mit dem Namen der Universität Göttingen unauflöslich verbundenen Zusammenhang von Wissen

---

70 Vgl. Blanke 1988, S. 202.

71 Zitiert nach ebd., S. 139.

72 Siehe <http://www.uni-goettingen.de/de/30731.html> [eingesehen am 22.09.2008].

und Gewissen“<sup>73</sup>. Zweifellos wird hier, auf der Homepage der Universität Göttingen, mit dem Verweis auf die Proteste der sieben Professoren im Jahr 1837 und der achtzehn 1957 eine historische Kontinuität von wissenschaftlicher Gewissensfolge konstruiert.

Die Göttinger Erklärung ist – neben der Protestation der Göttinger Sieben – zudem eines von sieben explizit genannten Ereignissen der Universitätsgeschichte,<sup>74</sup> über welche die Universitäts-Pressestelle eine eigene Website betreibt. Zu dieser Ereignisfolge zählt auch die „Schlüter-Affäre“ des Jahres 1955.<sup>75</sup> Dabei protestierte die Göttinger Universitätsleitung vehement gegen die Berufung des nachweislich rechtsradikalen FDP-Politikers Leonhard Schlüter zum niedersächsischen Kultusminister Ende Mai 1955 und erreichte durch die Empörung einer nationalen wie internationalen Öffentlichkeit binnen kurzer Zeit dessen Rücktritt. Auch in diesem Fall erlebte die Öffentlichkeit die Göttinger Universität als eine Institution, deren Angehörige politisch fragwürdige Entscheidungen mit moralischem Impetus kritisierten und ihrem Standpunkt durch persönliches Engagement – Rektor, Senat und Dekane traten von ihren Ämtern zurück – Nachdruck verliehen. Göttingen erscheint mit dieser Tradition als historischer Ort besonderer Zivilität, die ihre Kraft der Universität verdankt – als eine Stadt, deren Luft „immer wieder den frischen Wind des Tagesgeschehens in die akademische Klausur getragen und zur Stellungnahme gezwungen“<sup>76</sup> habe.

Angesichts dieser ereignisreichen Vergangenheit Göttingens als Ort vielbeachteten Protests drängt sich umso mehr die Frage auf, ob im Fall der Göttinger Erklärung das Gewissen allein überhaupt die ihm zugeschriebene zentrale Rolle gespielt hat, ja spielen konnte. Zweifel am alleinigen Motiv der Verantwortung klangen schließlich bereits im Fall der Göttinger Sieben an, von denen einige von anderen Gründen bewegt worden seien.<sup>77</sup> Wenn sich eine Institution – eine zu differenziertem Denken angehaltene wie die Universität noch dazu – derart mit einem Ereignis identifiziert, sollte sie nicht genauestens über dessen Entstehungsgeschichte informiert sein? Sollte sie nicht auch wissen, um welche Persönlichkeiten mit welchen jeweiligen Beweggründen und Mentalitäten es sich handelt? Bevor man Menschen Ovationen erteilt, sollte man doch deren eigentli-

---

73 Siehe <http://www.uni-goettingen.de/de/30507.html> [eingesehen am 22.09.2008].

74 Siehe <http://www.uni-goettingen.de/de/52652.html> [eingesehen am 22.09.2008].

75 Vgl. hierzu ausführlich Marten, Heinz-Georg: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.

76 O.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957.

77 Vgl. hierzu allgemein v. See 1997.

che Beweggründe so genau wie möglich kennen. Und greift es nicht zu kurz, bei einer Gruppe von beinahe zwanzig Personen, eine homogene Motivation zu unterstellen? Zumal es sich hier um profilierte Wissenschaftler mit unterschiedlicher biografischer Herkunft, verschiedenen Karriereverläufen und so vermutlich auch spezifischen Ambitionen handelt. Man muss das Bild verantwortungsbewusster Wissenschaftler, die sich wider ihre eigentliche Profession zum Wohle der Gesellschaft politisch betätigen, nicht gleich demontieren, doch hinterfragen sollte man es schon. Denn in Anbetracht des Einflusses, der Gegenwartspräsenz und Vorbildrolle, die von der Göttinger Erklärung und ihrer Achtzehn Unterzeichner ausgehen, ist es wichtig, von dem Sachverhalt ein differenziertes, nicht nur einseitig positives Bild zu gewinnen. Gerade die historische Forschung ermöglicht einen verantwortungsvoll-kritischen Blick in die Vergangenheit, um sich auf Geschehnisse einzulassen, die das moralische Grundverständnis der Gegenwart tangieren.<sup>78</sup> Insofern: Eine Visitation der Göttinger Erklärung erscheint nicht unangebracht.

Alles in allem verfolgt die vorliegende Arbeit das Ziel, die Anatomie eines politischen Manifests in der Ära Adenauer wissenschaftlich zu sezieren. Im Verlauf der Analyse sollen möglichst viele Facetten freigelegt und sowohl im Hinblick auf das Manifest im Einzelnen als auch auf eine noch ausstehende Theorie politischer Manifeste im Allgemeinen untersucht werden. Eine solche umfassende Betrachtung bietet sich methodisch insbesondere für Bereiche an, zu denen noch wenig Informationen vorliegen<sup>79</sup> – so wie im Fall politischer Manifeste. Bereits aus der intensiven Musterung eines einzelnen Fallbeispiels lassen sich diverse Erkenntnisse gewinnen, die unscharfen Begriffen wie dem politischen Manifest klare Konturen verleihen können. Die Analyse folgt dabei einem interaktionistischen Ansatz, der das Untersuchungsobjekt aus dem wechselseitigen Zusammenspiel von Personen, politisch-gesellschaftlich-historischem Umfeld und dem strukturellen Rahmen der Handelnden heraus zu verstehen sucht. Die folgende Darstellung unterteilt sich in zwei Hauptabschnitte und schließt mit einem Fazit. Sie widmet sich zunächst möglichst detailliert der Komplexität des

---

78 Vgl. Zimmermann, Rolf: *Moral als Macht. Eine Philosophie der historischen Erfahrung*, Reinbek bei Hamburg 2008, S. 186 f.

79 Vgl. hierzu Aydelotte, William O.: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): *Geschichte und Soziologie*, Königstein im Taunus 1984, S. 259-282, hier S. 275 f.; Hughes, H. Stuart: *Historiker und Sozialwissenschaftler*, in: ebd., S. 216-242, hier S. 227; Garceau, Oliver: *Forschung über den politischen Prozeß*, in: Schmidt, Robert H. (Hg.): *Methoden der Politologie*, Darmstadt 1967, S. 34-64.

Manifests – dabei vor allem seinem Entstehungskontext, seinem Inhalt und seiner Wirkung in unterschiedlichen Bereichen; im zweiten Teil soll ausführlich auf das Spektrum der unterschiedlichen Motive der Manifestanten eingegangen werden, um zu überprüfen, ob die Wahrnehmung von Verantwortung tatsächlich die handlungsleitende Kraft gewesen ist, wie bislang behauptet wurde. Da in aktuell zugänglichen Darstellungen die Göttinger Erklärung immer bloß auf bestimmte Punkte hin besehen wurde, dabei viele Aspekte zudem nur gestreift oder unvollkommen ausgedeutet wurden, versucht diese – sich gleichsam als Porträt verstehende – Arbeit, dem geschilderten Nachholbedarf gerecht zu werden.





*Den beiden Hauptabschnitten sei an dieser Stelle der Originaltext der Göttinger Erklärung vorangestellt:<sup>1</sup>*

## **DAS GÖTTINGER MANIFEST DER 18 ATOMWISSENSCHAFTLER VOM 12. APRIL 1957**

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichnenden Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist eine Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichnenden fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als „taktisch“ bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als „klein“ bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten „strategischen“ Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich schon heute ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasser-

---

1 Online einsehbar unter: [http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest\\_erklaerungGoettingerErklaerung/index.html](http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_erklaerungGoettingerErklaerung/index.html) sowie <http://www.uni-goettingen.de/de/54320.html> [jeweils eingesehen am 02.01.2008]; abgedruckt u.a. in: Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Bewußtseinswandel, München/Wien 1988, S. 384 ff.

stoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich. Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichnenden bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Karl Wirtz

## 2 Das Manifest

---

### 2.1 DER POLITISCHE KONTEXT

Um die politische Brisanz der Göttinger Erklärung einschätzen und ihren historischen Hintergrund verstehen zu können, bedarf es einer kurzen Darstellung ihrer Kontextbedingungen, in die sie im April 1957 hineinfiel. Die Bundesrepublik war damals seit knapp zwei Jahren aus der Besatzungsherrschaft der Alliierten in Richtung nationaler Souveränität entlassen und in das westliche Verteidigungsbündnis der NATO aufgenommen worden. Im Zuge dieses bedeutsamen Einschnitts hatte seit dem Sommer 1955 der Prozess der militärischen Wiederbewaffnung Westdeutschlands begonnen.<sup>1</sup> Im Oktober 1956 war der aufwärtsstrebende Nachwuchspolitiker aus den Reihen der CSU, Franz Josef Strauß, von Adenauer zum Verteidigungsminister berufen worden. Er sollte den politisch heiklen und administrativ komplizierten Vorgang des Aufbaus der Bundeswehr leiten, nachdem sich sein Vorgänger Theodor Blank darin relativ erfolglos versucht und zum Leidwesen des Bundeskanzlers das öffentliche Ansehen der Regierung gemindert hatte. Die meisten der Wissenschaftler, die das Göttinger Manifest unterzeichneten, hatte Strauß im Rahmen von Beratungstätigkeiten allerdings schon im Oktober 1955 als Bundesminister für Atomfragen kennengelernt. Obzwar das Manifest relativ anonym von „den zuständigen Bundesministern“<sup>2</sup> sprach, denen man die Bedenken bereits „vor mehreren Monaten“ mitgeteilt habe, und eine vage politische Empfehlung für „die Bundesrepublik“ abgab, auf den Besitz von Atomwaffen zu verzichten, waren damit konkret der Regierungschef, Bundeskanzler Konrad Adenauer, und der Bundesminister der Verteidi-

---

1 Vgl. dazu Rese 1999, S. 17-25.

2 Anscheinend waren mit dieser Formulierung der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) und der Bundesminister für Atomfragen Siegfried Balke (CSU) gemeint.

gung, Franz Josef Strauß, gemeint. Denn deren politischen Pläne und Handlungen waren der zentrale Gegenstand der Kritik der Göttinger Achtzehn. Daher seien diese kurz geschildert.

### **2.1.1 Als Atom- und Verteidigungsminister auf dem Weg zu Atomwaffen**

Wäre es allein nach Franz Josef Strauß gegangen, so wäre die Bundesrepublik schon 1955 in den Besitz von Nuklearwaffen gelangt. Strauß wollte auf außenpolitischem Parkett, in internationalen Verhandlungen, die Augenhöhe mit anderen Staaten erreichen, doch Atomkraftwerke genügten für diese von ihm erstrebte Gleichrangigkeit mit größeren Mächten des Globus nicht.<sup>3</sup> Ohne Atomwaffen – dies war Strauß' entschiedene Auffassung – würde die Bundesrepublik nach dem Vollzug der Aufstellung der Bundeswehr auf halbem Wege stehen bleiben und in den zwischenstaatlichen Machthierarchien in die Zweit- bis Drittklassigkeit abgleiten. Auch wollte Strauß militärische Unabhängigkeit, wollte sein Land nicht den Gefahren einer sowjetischen Invasion aus dem Osten aussetzen und es in permanenter Schutzbedürftigkeit sehen. Sein Vorbild war Großbritannien, das seinerzeit versuchte, sich durch eigene Atomwaffen gegen das Abrutschen in eine niedere Rangstufe zu stemmen. Es imponierte ihm, dass die Briten „weder von der Hilfsbereitschaft des einen noch von der Gnade des anderen leben“<sup>4</sup> wollten. In Washington und Moskau sollten die politischen und militärischen Entscheidungsträger auch der Bundesrepublik Respekt zollen und keine weittragenden Entschlüsse treffen können, ohne deren Interessen zu berücksichtigen. Strauß trachtete folglich danach, zu verhindern, dass man ein atomwaffenfreies Deutschland als nachrangige Macht einstufte. Der Besitz von bzw. die Verfügung über Atomwaffen waren in seinem Verständnis von Außenpolitik und

---

3 Vgl. hierzu und folgend Fischer, Peter: Atomenergie und staatliches Interesse: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Baden-Baden 1994, S. 262 f. u. S. 281 f.; Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung in der BRD, Köln 1980, Fußnote 143/S. 39 f.; Sagenschneider, Marie (Interview mit Hans-Peter Dürr): Kernphysiker: Atomkraft ist nicht beherrschbar, in: Kulturinterview (Deutschlandradio Kultur), 12.04.2007; Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 231 f. u. S. 328.

4 Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 16 vom 20.09.1956, abgedruckt in: Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, Düsseldorf 1990, S. 1081.

Diplomatie – im Grunde nicht anders als der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad zu Beginn des 21. Jahrhunderts<sup>5</sup> – höchst bedeutsam für den Status einer mit anderen Ländern ebenbürtigen Nation.

Nach seiner Kür zum ersten bundesdeutschen Atomminister agierte Strauß daher nicht überraschend als engagierter Förderer der zivilen Kernforschung und drängte auf eine erhöhte Geldzuweisung für kernphysikalische Arbeiten sowie den Aufbau eines produktiven Kooperationsnetzes zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Denn der Aufbau einer zivilen Kernenergieinfrastruktur bot die komfortable Option, jederzeit auch auf die militärische Schiene einzubiegen. Diesen Nebenweg hielt sich Strauß bewusst offen. Zu seinem Amtsantritt bestätigte er zwar die fortbestehende Gültigkeit des von Adenauer erklärten ABC-Waffenverzichts der Bundesrepublik,<sup>6</sup> nicht allerdings ohne zu betonen, dass davon die Bereitstellung von Atomwaffen durch ausländische Bündnispartner prinzipiell unberührt bliebe.<sup>7</sup> Noch in seinen Memoiren tat er seine Ablehnung des westdeutschen Beitritts zum Atomwaffensperrvertrag Ende 1969, den er als „Super-Versailles“<sup>8</sup> dämonisierte, kund. Damit befand er sich übrigens in bester Gesellschaft mit dem zweiten Fürsprecher einer bundesrepublikanischen Atombewaffnung – Konrad Adenauer –, der dieses Vertragswerk der damaligen Atommächte USA, UK, UdSSR, Frankreich und VR China abschätzig mit der Häme vom „Morgenthau-Plan im Quadrat“<sup>9</sup> kommentierte. Mit Strauß saß demnach ein Mann an der Spitze erst des Atom-, dann des Verteidigungsministeriums, der bei erster Gelegenheit im Zuge einer sich verändernden außenpolitischen Lage augenblicklich auf bundesdeutsche Atomwaffenarsenale hinarbeiten

---

5 Siehe Dueck, Colin/Takeyh, Ray: Iran's Nuclear Challenge, in: Political Science Quarterly, Jg. 122 (2007) H. 2, S. 189-205, hier S. 195; Richter, Nicolas/Avenarius, Tomas/Zekri, Sonja: Das Geheimnis der Kuppel, in: Süddeutsche Zeitung, 15./16.11.2008.

6 1954 hatte Adenauer die Produktion von atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln – kurz: ABC-Waffen – auf dem Territorium der Bundesrepublik für ausgeschlossen erklärt.

7 Vgl. Fischer 1994, S. 285 f.; Görlich, Ina: Zum ethischen Problem der Atomdiskussion. Verlauf der Atomdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Darstellung der durch sie aufbrechenden ethischen Probleme, Freiburg 1965, S. 28; Strauß 1989, S. 238.

8 Strauß 1989, S. 266.

9 Zitiert nach Zank, Wolfgang: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: Die Zeit, 26.07.1996.

würde – und der daran mehrfach in Aussagen und Stellungnahmen auch gar keine Zweifel ließ.

Zu Strauß' Beweggründen zählten aber noch andere Aspekte als jene, die sich auch als chauvinistische Großmachtgebärden verstehen ließen. Strauß, der eigentlich erster bundesdeutscher Verteidigungsminister hatte werden wollen, machte sich ernsthafte Sorgen um die Zuverlässigkeit des US-amerikanischen Schutzes im Falle einer Invasion durch Streitkräfte des Ostblocks.<sup>10</sup> Im „Kalten Krieg“ versprach man sich in Bonn von den US-amerikanischen und britischen Besatzungstruppen im Ernstfall eines „heißen“ Konflikts militärischen Beistand, wenn nicht gar vollständige Deckung. Die Eisenhower-Regierung begann jedoch Mitte der 1950er Jahre ihre militärstrategischen Verteidigungspläne umzustellen.<sup>11</sup> Das Geld war zu knapp geworden, um dauerhaft große Kontingente von Truppen und Kriegsmaterial auf dem europäischen Kontinent unterhalten zu können. Atomwaffen aber boten nach der Devise „Qualität ersetzt Quantität“ eine geeignete Möglichkeit, massiv Kosten einzusparen. Der Ex-Militär Dwight D. Eisenhower hatte erkannt, dass man mit einem opulenten Atomwaffenarsenal kein gewaltiges stehendes Heer mehr benötigte. Gleichzeitig war der Eisenhower-Administration auch bewusst, dass sich ein zukünftiger Konflikt zwischen zwei Atommächten durch die neue Dimension von Vernichtungskraft fatal für die Weltbevölkerung auswirken konnte.<sup>12</sup> Mit dem Aufkommen von (wirklichen) Langstreckenflugzeugen und Fernraketen, die eine vormals ungeahnte Zahl von Kilometern zurücklegen konnten, ließen sich die Waffen aus größter Entfernung zielgenau einsetzen. Die Raketen- und Düsenantriebstechnologie ermöglichten neuerdings eine Überwindung enormer geografischer Distanz; niemand war mehr sicher. Da man gleichzeitig im Zuge von Ausgabenkürzungen im Rüstungsbereich aber einen Rangplatzverlust gegenüber der Sowjetunion tunlichst vermeiden wollte, plante man, die verbündeten Staaten – insbesondere jene in Europa – systematisch in ein Defensivsystem der nuklearen Abschreckung einzubinden.

---

10 Vgl. Fischer 1994, S. 260 u. S. 287; Görlich 1965, S. 29; Lindner, Konrad: Carl Friedrich von Weizsäckers Wanderung ins Atomzeitalter. Ein dialogisches Selbstporträt, Paderborn 2002, S. 118; Rupp 1980, Fußnote 139/S. 39.

11 Vgl. Borch, Herbert v.: Radford und der Schrecken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.11.1953; Gnad, Oliver: Konfrontation und Kooperation im Kalten Krieg. Amerikanische Sicherheitspolitik 1950 bis 1956, Wiesbaden 1997, S. 335.

12 Vgl. folgend ebd., S. 69 f.

Schnell wurde die Strategie der USA auch die der von ihr dominierten NATO.<sup>13</sup> Diese grundlegend veränderte Militärstrategie blieb der deutschen Regierung nicht verborgen. Im Sommer 1956 wurde durch Indiskretion der „Radford-Plan“ bekannt, in dem der gleichnamige US-Admiral eine massive Reduzierung US-amerikanischer Truppen vorschlug. „Manpower“ sollte durch „firepower“ ersetzt werden.<sup>14</sup> Dieses Konzept eines „New Look“ und der massiven Vergeltung,<sup>15</sup> das den zuverlässigen Schutz Westdeutschlands durch die USA schlagartig in Frage stellte, barg für die Bundesrepublik freilich einige unangenehme Risiken: Im Falle eines Angriffs der Roten Armee, mit dem man zu damaligen Zeiten in der Tat rechnen musste, boten die zahlenmäßig geringen US-Truppen mit ihren rein konventionellen Panzern, Soldaten und Sprengbomben bei Weitem keinen ausreichenden Schutz mehr. Zudem war ein tatsächlicher Einsatz von US-Atomwaffen höchst fraglich, da er einen Vergeltungsschlag sowjetischer Interkontinentalraketen auf das Territorium der Vereinigten Staaten herausgefordert hätte. Mit dem neuen Verteidigungsentwurf der US-Strategen konnte man in Bonn folglich nicht zufrieden sein. Mehr noch, musste er als eine mittlere Katastrophe betrachtet werden. Die Bundesregierung sah sich durch die veränderte NATO-Verteidigungskonzeption zu einer politischen Reaktion genötigt. Strauß erblickte die Lösung all dieser Probleme in eigenen Kernwaffen. Mit ihnen wollte er die hoffnungslose Unterlegenheit der NATO-Truppen in Europa gegenüber der an konventionellen Streitkräften hochgerüsteten Roten Armee kompensieren und vermittels eigener Verfügungsmacht über den Einsatz derartiger Waffen sich der genannten Unwägbarkeiten entledigen. Ihm schwebte daher in einer langfristigen Perspektive ein autonomes westeuropäisches Verteidigungsbündnis, vor allem mit Frankreich, vor. In diesem wollte er für die Bundesrepublik aber keine Mittel-, sondern eine Führungsposition beanspruchen können. Eine solchermaßen privilegierte Stellung war seiner Meinung nach allerdings wiederum nicht ohne Atomwaffen möglich.

### 2.1.2 Der Atombewaffnungskanzler

Auch der Bundeskanzler dachte nicht erst im April 1957 an den Besitz von Kernwaffen. Zwar war sein bayerischer Atom- und anschließender Verteidigungsminister ein deutlich eifrigerer Atomwaffenapologet, doch kündigte Ade-

---

13 Vgl. Bald, Detlef: Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994, S. 13-22.

14 Vgl. Gnad 1997, S. 332 f.

15 Vgl. dazu Rese 1999, S. 32 f.

nauer seinem Kabinett im Oktober 1956 an, den gerade in ein neues Stadium tretenden Europäisierungsprozess ausnutzen zu wollen, um über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)<sup>16</sup> auf schnellstem Wege in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen.<sup>17</sup> Denn Adenauer wusste um das große Sicherheitsbedürfnis seiner Wähler. Und dieses hatte sich im Zeichen außenpolitischer Ereignisse – wie dem Ungarn-Aufstand und der Suez-Krise sowie der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes – seinerzeit nochmals gesteigert. Diesem nachzukommen, der westdeutschen Bevölkerung zuverlässigen Schutz zu bieten, war daher aus der Sicht des Kanzlers eine vordringliche Aufgabe seiner Politik. Dazu musste er aber im Bündnissystem des Westens für die Bundesrepublik eine hinsichtlich militärischer Sicherheit möglichst günstige Position herauschlagen. Der Bundeskanzler sah sich unversehens unter Zugzwang gesetzt, mit seiner Sicherheitspolitik dem Sekuritätsverlangen seiner potenziellen Wähler gerecht zu werden. Denn gerade im Krisenjahr 1956 hatte sich die beklagenswerte Unzulänglichkeit der westdeutschen Selbstverteidigungsfähigkeit offenbart.<sup>18</sup> Kaum etwas bot einen vergleichbar schnellen Ausweg aus dieser Verlegenheit wie Atomwaffen. Dass nukleare Sprengköpfe das Risiko einer sich selbst vernichtenden Menschheit steigerten, war dabei zweitrangig.

---

16 Die EURATOM war ein 1957 von Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern und der Bundesrepublik im Rahmen der „Römischen Verträge“ eingegangener Zusammenschluss mit der Zielsetzung einer gemeinschaftlichen Förderung der Kernenergieverwertung und wurde später neben Montanunion sowie Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft eine Säule der Europäischen Gemeinschaft.

17 Vgl. zu diesem Abs. Adenauer 1967, S. 296-300; Fischer 1994, S. 287 f.; Görlich 1965, S. 25-30; Radkau, Joachim: Der atomare Ursprung der Forschungspolitik des Bundes, in: Weingart, Peter/Taubert, Niels C. (Hg.): Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006, S. 33-63, hier S. 34 u. S. 50; Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer 1949-1957, Stuttgart 1981, S. 356 ff.; ders.: Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 4, S. 567-593, hier S. 577 f. u. S. 584 ff.; ders. 1991, S. 330-335; Zank, Wolfgang: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: Die Zeit, 26.07.1996.

18 Vgl. Thoß, Bruno: Die Doppelkrise von Suez und Budapest in ihren Auswirkungen auf Adenauers Sicherheits- und Europapolitik 1956/57, in: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 574-588, hier S. 583 ff.



Im Herbst 1956 – die Manifest-Aktion war geistig bereits in Vorbereitung<sup>19</sup> – ließ Adenauer mit Frankreich und Italien Geheimverhandlungen über eine mögliche nukleare Rüstungszusammenarbeit führen. Ob Werner Heisenberg, der dank zahlreicher Kontakte und Gremienzugehörigkeiten vielerorts über hellhörige Ohren verfügte, von diesen Gesprächen wusste, ist nicht bekannt. Doch bezeugen sie immerhin, dass sich das spätere Manifest nicht gegen eine bloß virtuell existierende, künstlich von übermäßig Besorgten erzeugte Gefahr richtete. Im Gegenteil: Die Göttinger Erklärung berührte eine höchst empfindliche Stelle der politischen Tätigkeit der Bundesregierung. Der Kanzler hatte im Kabinett bereits im Dezember 1956 die unmissverständliche Devise ausgegeben, dass die Bundesrepublik dringend selbst taktische Atomwaffen benötige.<sup>20</sup> Wann immer Adenauer also im Zusammenhang mit der Göttinger Erklärung beteuerte, die Regierung plane keine eigenen Atomwaffen für die Bundesrepublik anzuschaffen, war dies schlichtweg eine Lüge.

Für das Ziel einer atomaren Bewaffnung westdeutscher Streitkräfte hatte Adenauer drei Gründe. Wie Strauß war auch er von der erodierenden Beschützerrolle der Vereinigten Staaten alarmiert worden – nur eben etwas später als sein Minister. Hatte sich der Kanzler noch lange Zeit gegen die Abkehr von einer rein konventionellen, nicht atomaren Rüstung der Bundeswehr gestellt, hielt im Sommer 1956 nach Bekanntwerden des Radford-Plans nun auch er eine Revision des bisherigen Wiederbewaffnungsschemas für unumgänglich. Wie Strauß war sich nun auch Adenauer der Unzuverlässigkeit des US-amerikanischen Schutzschirms und der Notwendigkeit einer stärkeren militärischen Autonomie gewahr geworden. Eine waffentechnisch bloß konventionell gerüstete Bundeswehr würde, so befürchtete Adenauer, einen leichten Gegner – „Schlachtvieh“<sup>21</sup>, wie der Kanzler zu sagen pflegte – abgeben. Denn in der Bundeswehr rechnete man damit, dass es im Ernstfall anstelle des „großen“ Atomwaffenkriegs einen „kleinen“ geben würde, in dem sich die Kontrahenten mit „taktischen“ Atomwaffen bekämpfen würden.<sup>22</sup> Dieser Vorstellung zufolge war ein Krieg unter Einsatz von Atomwaffen durchaus wahrscheinlich; dieser aber würde nicht auf der Stelle zur Vernichtung der Welt, sondern lediglich zu begrenzten Kampfeinsätzen und regional begrenzter Zerstörung führen. Adenauer misstraute

---

19 Siehe Kap. 3.2 dieser Arbeit.

20 Vgl. Protokoll der 164. Kabinettsitzung am 19. Dezember 1956, in: Hüllbüsch, Ursula (Bearbeiterin): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9. 1956, in: „Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online“.

21 Schwarz 1991, S. 331.

22 Vgl. Bald 1994, S. 40.

– dies also war sein erster Grund – der Zuverlässigkeit des militärischen Schutzes durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Er wollte die Bundesrepublik mittels einer eigenen Verfügungsgewalt über atomare Waffen von dieser Unwägbarkeit emanzipieren. Und gerade die Krise bot die Chance, sich an Großbritannien und Frankreich anzunähern, die ebenfalls aus der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten auszubrechen suchten.<sup>23</sup> Beide, Strauß und Adenauer, legten ihrem Atomwaffenanspruch übrigens dieselben Motive zugrunde, die später auch andere Staaten in die Liga der Kernwaffenmächte streben ließ: die Unwägbarkeit einer in der Vergangenheit ausgesprochenen Sicherheitsgarantie durch einen Protektor, die erfahrungsgemäße Vergänglichkeit von Schutzversprechen und Allianzen.<sup>24</sup>

Die Option des Kernwaffenbesitzes eignete sich nach Adenauers Ansicht jedoch nicht bloß für eine sicherheitspolitische Kurskorrektur, sondern wurde darüber hinaus – und hier findet sich der zweite Grund – als ein hervorragendes Verhandlungsobjekt für diplomatische Gespräche mit der Sowjetunion in den Fragen allgemeine Abrüstung und deutsch-deutsche Teilung gesehen. Erst mit ihr konnte man Adenauers Kalkül zufolge aus der westdeutschen Position der militärischen Unterlegenheit den Sowjets am Konferenztisch Zugeständnisse abtrotzen. In gewisser Weise handelte es sich dabei um ein Paradoxon: Der Bundeskanzler wollte durch atomare Aufrüstung atomare Abrüstung erzwingen. Wenn neben den USA, so die Logik, noch weitere Weststaaten in den Aufrüstungsprozess einstiegen, würde die UdSSR durch fortwährende Rüstungsanstrengungen überfordert werden und irgendwann Verhandlungen zustimmen müssen. In seinen Memoiren drückte Adenauer dieses Kalkül freilich etwas drastischer aus: Er habe verhindern wollen, dass „wir uns freiwillig und ohne Gegenleistung des Ostens selbst amputierten“.<sup>25</sup> Auch würde man auf der Basis einer Rüstungsabsprache dann unter Umständen endlich in der stagnierenden Frage der Wiedervereinigung verhandeln können – so überlegte es sich jedenfalls Adenauer.

Als dritter Grund für einen Anspruch auf Atomwaffen zählte für Adenauer die Ranggleichheit mit Frankreich und Großbritannien – auch darin stimmte er also mit Strauß überein. Die Bundesrepublik drohte gegenüber diesen Ländern in

---

23 Vgl. Thoß 1999, S. 581.

24 Vgl. Müller, Harald: Zwischen Macht und Gerechtigkeit. Zustand und Perspektiven des nuklearen Nichtverbreitungsregimes, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 425-437, hier S. 426 f. Denn: „Kernwaffen werden in erster Linie aus Sicherheitsgründen beschafft.“ In: ebd., S. 426.

25 Adenauer 1967, S. 300.

Sachen politischen Einflusses noch weiter zurückzufallen. Von den Briten war bekannt, dass sie bereits an der Wasserstoffbombe werkten, und im Februar 1957 erfuhr Adenauer vom französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet, dass man in Frankreich binnen der nächsten fünf Jahre ebenfalls über nukleare Bomben verfügen würde.<sup>26</sup> Die bislang vorherrschende Exklusivität von militärischer Nukleartechnologie, die überschaubar in den Händen zweier Regierungschefs in Washington und Moskau lag, drohte damit in rascher Abfolge verloren zu gehen, die Bundesrepublik aber von diesem Prozess abgekoppelt zu werden. An die Stelle des US-amerikanisch-sowjetischen Oligopols begann eine neue Rüstungsdynamik zu treten. Doch kernwaffenfreie Zone umgeben von kernwaffenbesitzenden Staaten zu sein, lehnte Adenauer kategorisch ab, betrachtete einen solchen Zustand gar als größte Gefahr für die Bundesrepublik. Adenauer wollte überdies gar nicht einsehen, warum ausschließlich zwei Mächte über das Weltgeschicksal befinden dürften.<sup>27</sup> Ihm ging es stets um die Gleichstellung mit anderen Ländern. Dies war so bei der Wiederbewaffnung gewesen und nun galt es eben für den Besitz eigener Atomraketen. Für ihn waren Atomwaffen ein Statussymbol, das die Zugehörigkeit zur Liga der mächtigsten Nationen ausdrückte: „Wir dürfen nicht den Zustand erreichen, dass man sagt, die Kolonialvölker sind die Infanteristen, die konventionelle Konflikte ausfechten müssen“.<sup>28</sup> Eine atomare Bewaffnung passte jedenfalls in Adenauers Vorhaben, die Bundesrepublik schrittweise in den Kreis der europäischen Mächte von Rang einzugliedern.<sup>29</sup> Dazu musste er aber mit den Modernisierungsmaßnahmen der Armeen anderer Länder Schritt halten; für die Bundeswehr bedeutete dieser Maßstab jedoch spätestens ab 1956 eine Ausstattung mit nuklearen Waffensystemen.

Im Hinblick auf diese drei Beweggründe der Regierungspolitik muss man den Überlegungen Adenauers einen gewissen gedanklichen Tiefgang zuerkennen. Seine Absicht, Atomwaffen anzuschaffen, in der Öffentlichkeit zumindest mit dieser Eventualität zu spielen, war keinesfalls von Leichtsinnigkeit und Naivität getrieben. Sie entsprang auch nicht einer spontanen Laune, sondern war Teil einer sicherheitspolitischen Konzeption. Adenauer hatte sich überdies für einen Regierungschef reichliche Informationen über den Entwicklungsstand mi-

---

26 Vgl. Karisch, Karl-Heinz: Die Rebellion der Physiker, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2007; o.V.: A-Bomben muß man haben, in: Der Spiegel, 02.01.1957; Schwarz 1991, S. 332.

27 Vgl. Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 20.09.1956, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1029.

28 Zitiert nach Schwarz 1991, S. 330.

29 Vgl. Bald 1994, S. 72 f.; Schwarz 1981, S. 356; Strauß 1989, S. 224.

litärischer Kernenergieverwendung eingeholt. Wie Strauß wäre wohl auch er ab dem Herbst 1956 willens gewesen, die Bundeswehr mit atomaren Sprengköpfen auszustatten, wenn sich entsprechende Möglichkeiten geboten hätten.<sup>30</sup>

Im Übrigen betrachtete Adenauer eine Entscheidung in der Frage nach der Kernwaffenausrüstung deutscher Truppen im Frühjahr 1957, zum Zeitpunkt des Göttinger Manifests, überhaupt nicht als eine augenblicklich anstehende; vielmehr hielt er sie in Ermangelung konkreter Beschlüsse und Termine im April 1957 sogar eher für hypothetisch. Rückblickend äußerte Adenauer, dass die Erklärung in seiner Pressekonferenz „nur die Haltung zu einer in der Zukunft an uns herantretenden Frage [betraf], und mit großer Wahrscheinlichkeit würde diese Frage für uns gar nicht akut werden“<sup>31</sup>. Die heftige Reaktion der Göttinger Achtzehn verblüffte ihn daher umso mehr. Dem situativ<sup>32</sup> denkenden Politiker Adenauer, der sich immer wieder neu auf gewandelte Lagen einstellte und sich äußerst sensibel gegenüber Reaktionen und Veränderungen seines Umfelds zeigte, leuchtete nicht ein, warum sich Wissenschaftler öffentlich über eine Frage erregten, deren Entscheidung vermutlich erst in zwei, drei, vielleicht vier Jahren anstand. Dass aber außerhalb der Tagespolitik stehende Personen, die via persönliche Prominenz und wissenschaftlicher Expertenstatus über Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Medien verfügten, in der Presse die von Adenauer lediglich anlässlich einer Routineveranstaltung angesprochene Thematik als brennend aktuell darstellten, war ihm unbegreiflich. Überhaupt die Wissenschaftler: In den Augen des professionellen Politikers Adenauer pochten sie penetrant auf ihren Sachverstand in kernphysikalischen Fragen und wiesen obendrein in ihrem Manifest eine politische Kompetenz weit von sich. Doch für genau einer solchen – eben einer politischen Handlungsanweisung – folgend hielt Adenauer die Göttinger Erklärung. Und die Frage nach einer Atomwaffenausrüstung war für ihn erst recht ein Politikum und keine Angelegenheit wissenschaftlicher Erkenntnis oder Beweisführung. „Es war eine Frage, für die die politische Führung des deutschen Volkes und die politischen Parteien verantwortlich waren“<sup>33</sup>, rügte er auch noch viele Jahre später. Dass zivilgesellschaftlicher Protest derart erfolgreich in seinem Revier der Regierungspolitik wilderte, missfiel dem Kanzler außerordentlich. Schaut man allein aufs Kanzleramt, so ist der Hader mit der Aktion der Göttinger Achtzehn demzufolge leicht zu erklären. Adenauer sprach den

---

30 Zu diesem Aspekt vgl. Bald 1994, S. 66-78.

31 Adenauer 1967, S. 297.

32 Buchheim, Hans: Konrad Adenauer oder was Politik ist und wie sie gemacht wird, in: Kohl, Helmut (Hg.): Konrad Adenauer 1876/1976, Stuttgart/Zürich 1976, S. 68-75.

33 Adenauer 1967, S. 298.

Wissenschaftlern schlichtweg eine Zuständigkeit in dieser Angelegenheit ab, da sie hochpolitische Sachverhalte berührten, ohne dabei über politische Kenntnis noch demokratische Legitimation zu verfügen. Noch mehr ärgerte ihn die Ignoranz gegenüber dem außenpolitischen Schachspiel, der diplomatischen Ranküne, die er seinerseits so gerne betrieb. Noch 1967 schrieb Adenauer in seinen „Erinnerungen“ verächtlich über das politische Dilettantentum der Manifestanten, die scheinbar nicht erkannt hätten, dass man „die Bereitschaft der Russen abzurüsten nicht dadurch stärkte, dass man uns einfach von Kampfmitteln entblöbte“<sup>34</sup>. Er überschlug sich darüber hinaus in aufgeregten Prognosen über die Konsequenzen eines Akts, wie ihn die Atomwissenschaftler forderten. Ein Verzicht bedeutete in den Augen des Kanzlers nicht nur eine Diskriminierung deutscher gegenüber verbündeten Soldaten, sondern musste geradezu die Auflösung der gesamten NATO zur Folge haben. Diese Reaktion Adenauers war keine speziell auf die Göttinger Achtzehn gemünzte. Sie gründete stattdessen auf einem typischen Einstellungsmuster des Kanzlers. Schon 1955 hatte er die moralischen Bedenken vor einem durch die Wiederbewaffnung erstarkenden Deutschland höflich, aber bestimmt beiseite gekehrt. Auf das Terrain der Außenpolitik solle man sich nicht wagen, „wenn man nur ein lauterer Herz hat“, denn „lautere Herzen werden dort nicht sehr hoch diskontiert“. In der Außenpolitik „hilft nur eine sehr realistische Betrachtungsweise und sonst gar nichts“<sup>35</sup> – so jedenfalls hatte es Adenauer für sich beschlossen.

Des Weiteren fand sich der Kanzler düpiert, weil ihn kein einziger der Atomforscher, trotz einzelner persönlicher Bekanntschaften,<sup>36</sup> im Vorhinein des Ganges an die Öffentlichkeit konsultiert oder zumindest vorgewarnt hatte. Dass Strauß ihm ein unzutreffendes Bild der von den Atomphysikern ausgehenden Gefahr vermittelt und Heisenberg mit seinem Intimus v. Weizsäcker einen Schlag gegen die Regierung geplant hatte, konnte er am Tag der Manifest-Veröffentlichung in den Zeitungen natürlich nicht ahnen.<sup>37</sup>

Eine Sache erscheint in diesem Zusammenhang noch erwähnenswert: Nur ein Jahr nach der Göttinger Erklärung war es ausgerechnet deren führender

---

34 Ebd.

35 Adenauer sprach diese Sätze in einer CDU-Vorstandssitzung im Februar 1955. Zitiert nach Bald 1994, S. 86.

36 Bspw. mit Hahn und Heisenberg.

37 Strauß war über die Beunruhigung der Atomwissenschaftler und die Gefahr eines öffentlichen Schritts schon Monate zuvor informiert worden, vgl. dazu Kap. 2.3 dieser Arbeit. Zu Heisenbergs und v. Weizsäckers bereits längst geplanter Aktion vgl. Kap. 3.2 dieser Arbeit.

Kopf, der Adenauers Standpunkt nachträglich akzeptierte und sich dessen Positionen weitgehend selbst zu eigen machte. Es war Carl Friedrich v. Weizsäcker, der im Rahmen einer Reise in die USA neue Ansichten gewonnen hatte; während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten hatte er sich nämlich ausgiebig über die Logik der US-amerikanischen Atomwaffenstrategie informiert. Dabei kam er zu dem Schluss, dass die gegenseitige Abschreckung mit Atomwaffen jenseits des utopischen Ideals einer völlig von Krieg und Atomwaffen erlösten Welt im Grunde den einzig probaten Modus vivendi darstellt.<sup>38</sup> Damit übernahm er ziemlich genau den Standpunkt Adenauers, gegen den sich die Göttinger Erklärung noch kurz zuvor so energisch und überzeugt gestellt hatte. Auf denselben Informationsstand wie der Regierungschef gelangt, hatte der Wissenschaftler nunmehr dessen Position als die realpolitisch am wenigsten nachteilhafte übernommen, damit aber zumindest indirekt einen teilweisen Irrtum eingestanden.

## **2.2 VON DER MAINAU NACH GÖTTINGEN: DAS VORGÄNGERMANIFEST**

Die Göttinger Erklärung wird gemeinhin als ein außergewöhnliches Einschreiten von Wissenschaftlern in den politischen Entscheidungsprozess, schlechterdings als das Parade- und Pioniermanifest naturwissenschaftlicher Forscher geachtet. Man verbindet mit ihr den Beginn einer neuen Gewissenhaftigkeit, in deren Folge Forscher einer Verantwortung für die – politisch reglementierbare – technische Anwendung ihrer Erkenntnisse nachkommen. Doch muss man dies relativieren, denn die Aktion der Göttinger Achtzehn besaß in der Erklärung von der Mainau ein Vorgängermanifest, sie war also ein Epigone. Bereits am 15. Juli 1955 hatten achtzehn Nobelpreisträger in einer „Kundgebung“ von der malerischen Blumeninsel im Bodensee an die Strategen der Weltpolitik appelliert, sich doch endlich der besonderen Gefahr von atomarem Kriegsgerät bewusst zu werden.<sup>39</sup> Die Mainauer Kundgebung getaufte Eingabe an die Politik folgte übrigens den gleichen Prinzipien, die später dem Göttinger Manifest zugrunde lagen: Eine stattliche Anzahl honoriger Persönlichkeiten richtet im öffentlich zugänglichen

---

38 Vgl. Daniel, Jens: Philosophus Manssises, in: Der Spiegel, 16.07.1958; o.V.: Ich zweifle, ich glaube, in: Der Spiegel, 16.07.1958.

39 Die Mainauer Kundgebung ist als Faksimile abgedruckt in: Kraus 2001, S. 162. Am Ende kamen in der Unterschriftenliste über fünfzig Nobelpreisträger zusammen.

Raum eine konkrete Aufforderung an die Politik, der qua Expertenstatus eine besondere Legitimation und Ernsthaftigkeit verliehen wird.

Vor allem aber war das Mainauer Manifest von wesentlichen Akteuren der Göttinger Erklärung erdacht, organisiert und getragen worden.<sup>40</sup> Die Idee für eine Nobelpreisträgerkundgebung stammte allem Anschein nach von Max Born, der sie Otto Hahn vorschlug.<sup>41</sup> Die beiden Grandseigneurs der deutschen Wissenschaftsprominenz wollten die Politik vermittels einer politischen Manifestation mithilfe der Öffentlichkeit unter Druck setzen. Ihnen schwebte ein „Massenangriff“ einer großen Zahl führender Physiker, Chemiker, Physiologen etc.<sup>42</sup> vor. Born und Hahn traten dabei zusammen mit Werner Heisenberg als die drei prominentesten deutschen Physiker, die zugleich einen Nobelpreistitel trugen, gegenüber ihren in- und ausländischen Kollegen als die Initiatoren des Aufrufs auf. Carl Friedrich v. Weizsäcker agierte damals noch zurückgezogen im Hintergrund und war wohl insgeheim der Autor der finalen Textversion.<sup>43</sup>

Im Unterschied zur zwei Jahre später erfolgten Göttinger Erklärung war „Mainau“ ein internationales, über den westdeutschen Kontext hinausgehendes Unterfangen. Die unterzeichnenden Manifestanten waren unterschiedlicher Nationalität, der Appell war an keine bestimmte Regierung adressiert und erschien polyglott in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache. Inhaltlich unterschied er sich obendrein nur geringfügig von dem 1957er Manifest. Er warnte vor den Gefahren eines Atomkriegs, die anscheinend nicht ausreichend bekannt wären und zudem alle Nationen betreffen, da der atomare Verseuchungstod unterschiedslos Neutrale wie Kriegführende treffe. Er schloss mit der leicht pathetischen Forderung, alle Nationen müssten im Zeitalter der Atom- und Wasserstoffbombe „zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten“, ansonsten würden sie „aufhören zu existieren“.

Doch über „Mainau“ verliert im historischen Rückblick meist niemand ein Wort, wohingegen die Göttinger Erklärung häufig Erwähnung und Lobpreisungen erfährt, sich insofern als *das* Manifest der Anti-Atomwaffenfraktion im kollektiven Gedächtnis eingebrannt hat. Auch v. Weizsäcker und Hahn stuften die

---

40 Vgl. hierzu ebd., S. 159-165.

41 Vgl. zu diesem Abs. ebd., S. 167 f.

42 Zitiert nach Kant, Horst: Otto Hahn and the Declarations of Mainau and Göttingen, als enthaltenes Werk in: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Preprint 203, Berlin 2002, S. 21-40, hier S. 27.

43 Vgl. ebd., S. 27 f.

Wirkung der Mainauer Kundgebung erkennbar enttäuscht als gering ein.<sup>44</sup> Die Manifestanten erreichten 1955 zwar postalisch einige Sympathiebekundungen, aber politische Konsequenzen zeitigte ihre Aktion bemerkenswerter Weise überhaupt keine. Es stellt sich also die Frage, warum ein inhaltlich beinahe identischer Text, noch dazu von einer weitaus spektakuläreren Ansammlung von Personen unterzeichnet, in einer gleichwertig riskanten Situation auf eine ganz und gar andere Resonanz stieß. Da sich beide Manifeste thematisch stark ähnelten, muss es also noch andere Faktoren gegeben haben, welche die sich eklatant voneinander unterscheidenden Wirkungen erklären können. Diese aufzuspüren, ist die Absicht der folgenden Darstellung.

## **2.3 DER WEG ZUM MANIFEST**

### **2.3.1 Vom Informellen ins Öffentliche: die Entstehung der Göttinger Erklärung**

Das Manifest der Göttinger Achtzehn nahm seinen Verlauf nicht erst im Jahr 1957, schon gar nicht in der Woche nach Adenauers folgenschwerer Pressekonferenz Mitte April.<sup>45</sup> Bereits im Sommer 1956 wollten Heisenberg und v. Weizsäcker einen verbindlichen Atomwaffenverzicht seitens der Bundesregierung erwirken – aufgrund der Unwägbarkeit, dass aus einem im Bundeskanzleramt geplanten ersten deutschen Kernforschungszentrum in Karlsruhe eventuell eine heimliche Militärforschungsstätte werden könnte.<sup>46</sup> Der Enttäuschung über die wirkungslose Mainauer Erklärung sollte sich in einem zweiten Versuch mithilfe einer leicht modifizierten Aufrufvariante diesmal ein durchschlagender Erfolg anschließen. Als sich diese Idee zwischen Heisenberg und v. Weizsäcker entspann, stand ihrer Umsetzung allerdings noch eine Wegstrecke von mehreren Monaten bevor. Was sich in diesem Zeitraum tat und welche Etappen dem politischen Manifest vorangingen, soll Gegenstand der folgenden Passagen sein.

---

44 Vgl. Kraus 2001, S. 164; o.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981, München 1984, S. 34.

45 Zum Hergang der letzten Monate vor der Göttinger Erklärung aus der Sicht v. Weizsäckers vgl. Lindner 2002, S. 116-119.

46 Vgl. Heisenberg, Werner: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1976, S. 260 sowie Kap. 3.2 dieser Arbeit.



Die Haltung der Atomphysiker zu Atomminister Strauß war ambivalent. Schon früh nach der Gründung des Atomministeriums gewann Strauß durch seine effektive Arbeit und den schnellen Erwerb stattlichen Fachwissens die Bewunderung seiner wissenschaftlichen Berater und trug sich unter diesen das Etikett eines hochintellektuellen Mannes ein.<sup>47</sup> Ebenso schnell offenbarte sich allerdings eine andere Seite des jungen Ministers, die den Wissenschaftlern Unbehagen bereitete. Mit von zahlreichen Weinen gelockerter Zunge begann Strauß abends in geselliger Runde von Atomwaffen zu schwadronieren, die er gerne für die Bundeswehr bekommen würde. Dies erschien den Atomwissenschaftlern einigermmaßen unheimlich; und so kannten sie den späteren CSU-Chef schon früh als dezidierten Atomwaffenfreund. Da zum Zeitpunkt der Ministeriumsgründung angesichts des kaum zehn Jahre zurückliegenden Weltkriegs ein Atomwaffenarsenal der Bundesrepublik noch hinreichend unreal, wenn nicht sogar undenkbar erschien, Strauß zudem innerhalb der Bundesregierung noch als Nachwuchspolitiker anzusehen und bloß ein Nebenressortleiter war, sahen die Physiker jedoch mangels akuter Gefahr trotz der besorgniserregenden Ansichten des für sie zuständigen Politikers erst einmal keinen Grund, weitere Schritte zu veranlassen.

Mit der Ernennung Strauß' zum Bundesverteidigungsminister im Jahr 1956 und einer sicherheitspolitischen Lage innerhalb des NATO-Bündnisses, die eine westdeutsche Atombewaffnung keinesfalls mehr illusionär anmuten ließ, stellte sich jedoch eine völlig neue Situation ein. Der Wechsel des Bayern in die Ermeikalkaserne alarmierte die Atomwissenschaftler. Strauß hatte nun innerhalb des Kabinetts an politischem Gewicht deutlich zugelegt. Sein Ministerium organisierte damals die Wiederbewaffnung, welche die öffentliche Wahrnehmung der Bundesregierung maßgeblich beeinflusste. Zudem gestattete die veränderte Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses und der NATO der Bundesregierung neue Spielräume in Sachen Atomrüstung – es eröffneten sich gewissermaßen nuklear-militärische Optionen. Kurzum: Strauß war dem zügelnden Einfluss des ministeriellen Beraterkreises „Kernphysik“, in dem führende deutsche Atomforscher Platz genommen hatten, unversehens entglitten und befand sich nunmehr in einer für die Kernwaffenbeschaffung aussichtsreichen Exekutivfunktion. Die Mitglieder des Arbeitskreises „Kernphysik“, der im Hinblick auf die spätere Göttinger Erklärung gleichsam die Keimzelle der Manifestantenschaft bildete, versammelten sich sogleich, um die neue Lage zu sondieren.<sup>48</sup> Die Atomphysi-

---

47 Vgl. hier und im Folgenden Lindner 2002, S. 116 u. S. 123; Strauß 1989, S. 236; v. Weizsäcker 1984, S. 192 f.

48 Zu Treffen und Brief vgl. Besser, Joachim: Die Rebellion des Gewissens, in: Die Welt, 17.04.1957; Heisenberg 1976, S. 262 f.; Herbig, Jost: Kettenreaktion. Das Dra-

ker vermuteten hinter den westdeutschen Bewaffnungsbestrebungen unzweifelhaft den neuen Verteidigungsminister. Adenauer unterstellten sie hingegen allenfalls senile Indifferenz oder naive Unwissenheit. Sie unterschätzten dessen Machtstellung und Triebkraft in Sachen Atombewaffnung immens.<sup>49</sup> Einig in der Meinung, schrieben sie daher Strauß einen Brief (der neue Atomminister Siegfried Balke erhielt lediglich eine Durchschrift), der wesentliche Passagen des späteren Manifests enthielt und in dem sie die politische Berücksichtigung ihrer gegenüber für das Bundesheer zu beschaffenden Atomwaffen vorgebrachten Bedenken einforderten. Falls die Regierung die Atomrüstungspläne verwirklichen wollte, so lautete ihre Drohung, würden sie den Gang in die Öffentlichkeit wagen. Unterzeichnet war der Brief von den Atomwissenschaftlern Bopp, Bothe, Gentner, Hahn, Haxel, Heisenberg, Jenschke, Kopfermann, Maier-Leibnitz, Mattauch, Riezler, Walcher und v. Weizsäcker – also von ganzen zehn der späteren Achtzehn.

Erst nach einigem Zögern, das nicht gerade zur Beruhigung der Absender beitrug, lud Strauß Ende Januar 1957 eine Delegation der Forscher in sein Ministerium ein. Dem temperamentvollen Minister missriet jedoch das Krisenmanagement völlig. Strauß versuchte den vorangegangenen Brief zu entkräften, indem er – mit einer Lautstärke, die v. Weizsäcker noch über vierzig Jahre später in den Ohren schallte – klar stellte, dass nicht deutsche, sondern „europäische“ – im multinationalen Militärbund gefertigte – Atomwaffen das Ziel seiner Politik seien. Dies rechtfertigte er mit externen Entwicklungen. Hintergrund sei der von der US-Regierung geplante Abzug von (konventionellen) Truppen aus Europa, wodurch man in der Zukunft gegenüber den atombewaffneten Sowjets schutzlos wäre. Strauß gab also als Motiv das Konzept einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft vor. Indem er glaubwürdig klarstellte, dass die Bundesregierung Atomwaffen unter nationaler Souveränität, über die der Kanzler also vom Palais Schaumburg aus quasi frei würde verfügen können, gar nicht anstrebe, gelang ihm bloß eine geringfügige Beschwichtigung der aufgeschreckten Wissenschaftler. Denn im gleichen Zug löste Strauß durch sein unumwundenes Ein-

---

ma der Atomphysiker, München/Wien 1976, S. 463; Kant 2002, S. 31; Lindner 2002, S. 117 f.; Rese 1999, S. 50 ff.; Rupp 1980, S. 77 und die dortige Fußnote 374; Sonntag, Philipp: Der Streit um die atomare Bewaffnung. Argumente der Ära Adenauer, Schriftenreihe Militärpolitik-Dokumentation, Jg. 6 (1982) H. 25, Frankfurt am Main 1982, S. 43 u. S. 45 f.; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München/Wien 1977, S. 573; ders. 1984, S. 192 f.

49 Vgl. Schwarz 1991, S. 335.

verständnis mit einer groß angelegten NATO-Atomrüstung in Europa abermals Beunruhigung aus.<sup>50</sup> Zwar verzichteten die Wissenschaftler nach dem Treffen mit Strauß auf den angedrohten und eigentlich auch bereits beabsichtigten Gang in die Öffentlichkeit, doch führte das Gespräch auch zu keiner Einigung; die Spannung zwischen den beiden Kontrahenten konnte zwar für kurze Zeit gemindert, aber keineswegs aufgelöst werden. Oder wie v. Weizsäcker es später beschrieb: „Wir verließen den Minister, zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt.“<sup>51</sup> Darüber hinaus führte Strauß das Gespräch wohl „in sehr unangenehmen Formen“<sup>52</sup> und belehrendem Tonfall. Jedenfalls scheiterte der Minister in seinem Unterfangen, die Krise mit seinem ehemaligen Beraterkreis zu bewältigen; stattdessen beraubte er diesen lediglich eines aktuellen Anlasses für öffentliche Widerworte, entschärfte also bloß den akuten Moment. Denn mit seinen ausweichenden Stellungnahmen gab Strauß den zu einem öffentlichen Protest längst bereiten Forschern keinen konkreten Ansatzpunkt mehr, um in Aktion zu treten. Man kann sagen, dass ab dem Januar-Treffen der Gang der Wissenschaftler in die Öffentlichkeit nur noch eine Frage der Zeit war. Die Verzögerung bis Mitte April 1957 erklärt sich folglich allein aus der fehlenden Gelegenheit.

Diese freilich ließ nicht lange auf sich warten. Zwischenzeitlich hielten diverse Aussagen des Verteidigungsministers die Aktualität und Berechtigung der Besorgnisse aufrecht. Nichts schien für eine Revision seines politischen Kurses zu sprechen. Im Februar 1957 ließ Strauß bei Hahn durchblicken, dass die Beschaffung von Kernwaffen für die Bundeswehr Druck auf die Sowjetunion ausüben sollte. Außerdem könne man der Roten Armee im Ernstfall ja nicht bloß mit „Pfeil und Bogen“<sup>53</sup> bewaffnet entgegentreten. Für die Forscher war dadurch spätestens zu diesem Zeitpunkt klar: Die Kernwaffen, die sie einerseits als größte Gefahr für die Existenz der Menschheit begriffen, andererseits als größte Gefahr für ihre Forschung, waren Gegenstand einer banalen politischen Schachpartie geworden. Einigen von ihnen war es unbegreiflich, dass die Bundesregierung zum Zwecke politischer Strategie mit einem derartigen Risiko zu spielen schien.<sup>54</sup>

Den konkreten Ausschlag für die Veröffentlichung des bereits weitgehend fertig in den Schubladen liegenden Manifests gab eine folgenschwere Sentenz

---

50 Vgl. Rupp 1980, S. 77.

51 Von Weizsäcker 1984, S. 36.

52 Ebd., S. 193.

53 Zitiert nach Herbig 1976, S. 464.

54 Vgl. Müller, Wolfgang D.: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart 1990, S. 553.

Adenauers. In einer am 5. April 1957 abgehaltenen Pressekonferenz im Bundeshaus verharmloste das Regierungsoberhaupt das grausame Massenvernichtungsmittel Atomwaffe als bloße „Weiterentwicklung der Artillerie“.<sup>55</sup> Überdies glaube er nicht, so Adenauer, dass „der Besitz solcher Waffen uns der Gefahr einer atomaren Vergeltung aussetzen würde“.<sup>56</sup> Offenbar schockierten diese Sätze des Bundeskanzlers innerhalb der späteren Manifestantenschaft auch die letzten Zweifler an dem Protestvorhaben, sodass diese ihre – wohl primär politischen – Bedenken zurückstellten und dem gewagten Schritt zustimmten.<sup>57</sup> Adenauer hatte mit seinen unvorsichtigen Worten im Lager der noch zaudernden Forscher mit einem Mal Geschlossenheit bewirkt. Als v. Weizsäcker und Gerlach, die gerade zusammen einer Tagung beiwohnten, beim gemeinsamen Frühstück in der Zeitung von Adenauers prekärem Ausspruch lasen, erkannten sie sofort die sich ihnen einmalig bietende Gelegenheit<sup>58</sup> und fassten spontan den Beschluss zum sofortigen Handeln. Dieses erfolgte in Form einer öffentlichen Erklärung, die Zeugnis von der kompromisslosen Ablehnung einer persönlichen Beteiligung an der Kernwaffenentwicklung ablegen sowie Aufklärung über die dreiste Verharmlosung von Atombomben betreiben sollte.<sup>59</sup> Umgehend begannen sie, ihre Kollegen für eine schlagkräftige Kollektivaktion zu mobilisieren. Gerlach und v. Weizsäcker telefonierte, schrieben hastig Briefe und reisten weiter nach Bad Nauheim, wo gerade die Deutsche Physikalische Gesellschaft mit einem Großteil ihrer Kommissionsfreunde tagte. Dort besprach man sich am 11. April 1957 mit weiteren Kollegen und einigte sich auf den Text, den sie schließlich telefonisch an Otto Hahns Büro in Göttingen übermittelten, von dem aus es anschließend an die Presse erging. In Südhessen entschieden sich also die

---

55 Zu der Pressekonferenz vgl. Adenauer 1967, S. 296 f.; Schwarz 1991, S. 333; Görlich 1965, S. 31 f.; ein stenografischer Auszug aus der Erklärung Adenauers findet sich in: Der Spiegel, 17.04.1957, S. 8.

56 Zitiert nach Adenauer 1967, S. 296 f.

57 Vgl. Kraus 2001, S. 200-212; Lindner 2002, S. 122; Rupp 1980, S. 77; Sonntag 1982, S. 46.

58 Vgl. auch v. Weizsäcker, der davon sprach, dass ihm erst „eine leichtfertige Äußerung Adenauers“ die „Gelegenheit“ zur Manifest-Aktion verschaffte, in: ders. 1984, S. 193; auch ders. 1977, S. 573; und Görlich, die das Presseinterview als einen der „Angelpunkte der Atomdiskussion“ bezeichnete, in: dies. 1965, S. 31.

59 Vgl. hier und folgend Heinrich, Rudolf/Bachmann, Hans-Reinhard: Walther Gerlach. Physiker – Lehrer – Organisator. Dokumente aus seinem Nachlaß, München 1989, S. 141 sowie ebd. Brief Gerlach an Brill vom 24.10.1977, Dokument Nr. 237, S. 147; Herbig 1976, S. 465; Lindner 2002, S. 114-119; Rupp 1980 S. 77 f.

letzten Schritte, insofern hätte man eigentlich von der „Bad Nauheimer Erklärung“ sprechen müssen.

Noch einmal: Heisenberg und v. Weizsäcker planten spätestens seit dem Sommer 1956, kurze Zeit nach „Mainau“, ein weiteres Vorhaben, das die Bundesregierung zu einer öffentlich proklamierten, verbindlichen Verzichtserklärung hinsichtlich der Herstellung und des Besitzes atomarer Waffen nötigen sollte.<sup>60</sup> Im Winter 1956/57 hatte der Gang der Atomwissenschaftler in die Öffentlichkeit schon einmal kurz bevor gestanden, doch fehlte damals noch der Anlass. Erst Adenauers Pressekonferenz öffnete das Fenster der Gelegenheit, bot einen Bezugspunkt für eine öffentliche Stellungnahme.

### 2.3.2 Konsens durch Provokation: die Manifestantenschaft

Wie aber brachte man nun ausgerechnet achtzehn Personen dazu, sich per Unterschrift mit dem Inhalt des Manifest-Textes zu identifizieren? In ihren politischen Ansichten strebten die Göttinger Achtzehn nämlich auseinander, befanden sich jedenfalls nicht kollektiv auf derselben Position. „Lange, lange“<sup>61</sup> habe man über die Folgen eines derartigen Schritts diskutiert und es ist wohl anzunehmen, dass eine derart geschlossene Aktion ohne die Provokation durch Adenauer nicht zustande gekommen wäre. Dass ein Konsens nicht leicht zu erzielen war, gestand, allerdings nicht ohne pathetische Ummantelung, v. Weizsäcker später ein: In der Erklärung sei es für einen kurzen Augenblick gelungen, „heterogene, je in ihrem Horizont konsequente Motive zu einer widerspruchsfreien Einheit zu bringen“<sup>62</sup>. Sogar Adenauer wunderte sich bei dem späteren Treffen im Kanzleramt mit den Delegierten der Manifestantenschaft, wie heillos verschieden deren Meinungen waren.<sup>63</sup> Offenbar handelte es sich bei der einhelligen Ablehnung einer nationalen Atomrüstung der Bundesrepublik um den kleinsten gemeinsamen Nenner der Manifestantenschaft.<sup>64</sup> Aber selbst in diesem Punkt war man zwar zur gleichen

---

60 Vgl. hierzu auch Kraus 2001, S. 230 f.

61 Von Weizsäcker 1984, S. 35.

62 Ebd., S. 194.

63 Von „den Herren hatte jeder seine eigene Meinung“; Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1232; siehe auch Kap. 2.5.1 dieser Arbeit.

64 Vgl. hier und im Folgenden Fleischmann, Rudolf: Erinnerungen eines Zeitzeugen, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 47-50, hier S. 48 f.; Hattrup, Dieter: Carl Friedrich von Weizsäcker. Physiker und Philosoph, Darmstadt

Auffassung gelangt, nicht aber als Folge übereinstimmender Motive.<sup>65</sup> Denn die Motivlage der Göttinger Achtzehn war stark fragmentiert, jedenfalls alles andere als einmütig.

## **2.4 EIN RHETORIK-FAUXPAS ALS AUSLÖSER: ADENAUER UND DIE „ERWEITERTE ARTILLERIE“**

Mit nur wenigen Worten hatte der Bundeskanzler die Göttinger Manifestation – man kann es wohl so sagen – ermöglicht. Denn diese gaben den Ausschlag, stellten den entscheidenden Impuls dar, der dem Manifest-Organisator v. Weizsäcker das Einwerben der Unterschriften spielend einfach machte. Vor der Presse verharmloste Adenauer die beabsichtigte Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Geschossen offenkundig als eine völlig normale, unspektakuläre, zu keinerlei Bedenken Anlass gebende Maßnahme. Atomwaffen, so der Kanzler, ließen sich in „taktische“ und „strategische“ Typen unterscheiden, wovon erstere „nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie“ seien. Und im Übrigen sei es „selbstverständlich, dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik“ nicht darauf verzichtet werden könne, auch die Bundeswehr mit den „neuesten Typen“ auszustatten.<sup>66</sup> Von einem Verzicht, der allein von der Bundesrepublik geübt würde, erwartete Adenauer hingegen keinen Beitrag für eine „Entspannung“ des Wettrüstens, davon sei er „felsenfest überzeugt“. Die Göttinger Achtzehn gaben später vor, sich von Adenauers Euphemismen provoziert gefühlt zu haben, gegen diese in ihren Augen zynische Bagatellisierung vorgehen zu müssen.<sup>67</sup> Adenauers Biograf Hans-Peter Schwarz kreidet diese Wortwahl dem ansonsten in politischer Führung sehr bewanderten Bundeskanzler deshalb auch als einen „bemerkenswerte[n] Missgriff“ an, der „die erste große Atomdiskussion in der Geschichte der Bundesrepublik“<sup>68</sup> eröffnet habe.

---

2004, S. 173; Brief Gerlach an Jungk vom 22.01.1958, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument 236, S. 147; Lindner 2002, S. 117; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München/Wien 1976, S. 206.

65 Vgl. dazu Kap. 3 „Die Motive“ bzw. die Ausführungen im Schlussteil.

66 Die betreffende Passage der Presseerklärung ist abgedruckt in: Der Spiegel, 17.04.1957, S. 8.

67 Vgl. Fleischmann 1996, S. 48 f.

68 Beide Zitate aus Schwarz 1991, S. 333.

Adenauer hatte diese Äußerung in internen Gesprächen schon viel früher und häufiger kundgetan. Dennoch beschwor sie, nunmehr öffentlich ausgesprochen, auch eine Debatte über die politische Zurechnungsfähigkeit des amtierenden Bundeskanzlers, des damals bereits 81-jährigen „Alten“ aus Rhöndorf, herauf.<sup>69</sup> Doch wenngleich sich das Statement glänzend zur Erregung in öffentlichen Foren eignete und den sicherheitspolitischen Kritikern der Bundesregierung reichlich Gelegenheit zur verbalen Attacke bot, so bedarf das Ausmaß von Adenauers politischem Fauxpas fairerweise doch einer gewissen Abschwächung. Denn die von ihm gebrauchte Differenzierung von Atombomben in „taktische“ und „strategische“ entsprach einer durchaus gängigen Militärterminologie,<sup>70</sup> war darum sogar äußerst fachmännisch gewählt. In militärischen und politischen Kreisen redete man ganz selbstverständlich von einer „Atom-Artillerie“. Auch US-Präsident Eisenhower sprach bei Atomwaffen von „another kind of ammunition“<sup>71</sup> und meinte, sie könnten wie Gewehrkugeln eingesetzt werden. Und der US-Außenminister John Foster Dulles wertete die vermeintliche Fähigkeit des Militärs, Atomwaffen als konventionelle Waffen zu verwenden, zu einer grundlegenden Voraussetzung zur Verteidigung des Westens auf.<sup>72</sup> Adenauer stimmte somit lediglich in einen Tenor US-amerikanischer Politiker und Militärs ein, die erreichen wollten, dass die Bevölkerung atomare Waffen als völlig normales Kriegsgerät sieht. Adenauers Aussagen in diversen Sitzungen des CDU-Bundesvorstands Jahre vor der Göttinger Erklärung zeigen überdies, dass sich der Bundeskanzler über die unmittelbare Zerstörungskraft von „taktischen“ Kernwaffen wie auch ihrer radioaktiven Nachwirkungen keine Illusionen machte, sich ihnen sogar sehr wohl bewusst war. Naiv bei Adenauers Äußerung war folglich keineswegs sein genereller Umgang mit der Atomwaffenproblematik, sondern allenfalls seine Erwartung, damit die Öffentlichkeit beruhigen und in Sicherheit wiegen zu können.

Und selbst einer der Göttinger Achtzehn, kein geringerer als der Nobelpreisträger Werner Heisenberg, war seinerseits nicht vor Verharmlosungen in Sachen Atomtechnologie gefeit. Sobald er für sein Hauptanliegen, die zivile Atomenergieentwicklung, warb, griff er aus Eigeninteresse gleichfalls zu einem nicht minder bagatellisierenden Vergleich: Die Atomindustrie sei seiner Meinung nach „nicht gefährlicher ... als irgendeine andere industrielle Entwicklung“<sup>73</sup>. Ja, er

---

69 Vgl. ebd., S. 332 f.

70 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 123/S. 36.

71 Zitiert nach Gnad 1997, S. 340.

72 Vgl. hier und im Folgenden Bald 1994, S. 23 f. u. S. 76 f.

73 Zitiert nach Kraus 2001, S. 182.

bezeichnete sie sogar als „einfach eine Weiterentwicklung der chemischen Industrie“<sup>74</sup> – womit er sich rhetorisch im Niveau beschönigender Untertreibung nicht unweit von Adenauers „Weiterentwicklung der Artillerie“ aufhielt. Gefahrenpotenziale nuklearer Technologien, mit deren Kenntnis Heisenberg ja später seine Empörung über die Atomwaffen rechtfertigte, blendete also auch er aus, sobald dies im Sinne seiner eigenen Zielverfolgung lag. Die Authentizität von Heisenbergs Kritik an der euphemistischen Wortwahl des Kanzlers gehört folglich relativiert, erscheint gekünstelt und somit auch ein Stückweit kalkuliert. Auch ihm ließ sich unterstellen, die Öffentlichkeit aus persönlichen Interessen in die Irre zu führen.

Den Atomwissenschaftlern boten Adenauers Worte nichtsdestotrotz eine Steilvorlage für das Einleiten ihrer Aktion, der bis dahin lediglich ein günstiger Anlass gefehlt hatte. Sie nutzten die wenigen Sätze des Bundeskanzlers gezielt und effizient zur medienwirksamen Skandalisierung. Heisenberg bot sich, nachdem er schon 1955 in der Öffentlichkeit über Adenauers angeblich fehlgeleitete Atompolitik gewütet hatte,<sup>75</sup> eine neuerliche Gelegenheit, über die Regierung mit empörenden Kommentaren herzufallen. „Eine solche Darstellung schien uns das Maß des Erträglichen weit zu überschreiten“<sup>76</sup>, gab er bspw. bekannt. In Wirklichkeit fiel Heisenberg und dem Organisator des Manifests, v. Weizsäcker, nun unversehens ein glücklicher Ansatzpunkt für eine Aktion in die Hände, die schon seit längerer Zeit auf ihrer Handlungsagenda gestanden hatte. Von Weizsäcker gab Jahrzehnte danach sogar unumwunden zu: „Es ging [...] ein kleines Schmunzeln über mein Gesicht, indem ich mir sagte: ‚Jetzt kriege ich meine öffentliche Erklärung!‘“<sup>77</sup> Die Pressekonferenz Adenauers – sie war wohl für nicht wenige der Göttinger Achtzehn ein Glücksfall.

---

74 Zitiert nach ebd., S. 132.

75 Vgl. dazu Kap. 3.6.1 dieser Arbeit.

76 Heisenberg 1976, S. 265.

77 Lindner 2002, S. 118 f.



## 2.5 ADENAUERS KONFLIKTMANAGEMENT

### 2.5.1 Hühnchenessen im Kanzleramt: die Konferenz mit den Manifestanten<sup>78</sup>

Die Bundesregierung, die Gegenstand der Kritik des Manifests war, namentlich Strauß und Adenauer, reagierte anfänglich nicht sonderlich geschickt. Da ihr rechtsstaatliches Handlungsinstrumentarium im Gegensatz etwa zu Monarchien und Diktaturen keine Repression im Sinne von Pressezensur oder Personenverhaftungen gestattete, beantwortete sie die Göttinger Erklärung zunächst mit einer aggressiven Diskreditierung der Manifestantenschaft. Sie versuchte, den Göttinger Achtzehn ein öffentliches Image der politischen Einfältigkeit und Inkompetenz anzuhängen. So sprach Strauß von einem „leichtfertigen Experiment“ und zieht die Professoren der politisch unverantwortlichen „Dienstleistung für den Kommunismus“<sup>79</sup>. Die achtzehn gegen die Regierungspolitik Stellung beziehenden Forscher hätten schlechterdings die weltpolitische Lage verkannt und sich stattdessen Rat bei Adenauer einholen sollen, der als „verantwortlicher politischer Leiter“ schließlich über neueste Erkenntnisse der Strahlenschutzentwicklung verfüge.<sup>80</sup> Strauß und Adenauer bezichtigten die Atomwissenschaftler einhellig der politischen Naivität, sprachen ihnen in dieser genuin politischen Frage die Verantwortung ab und stilisierten sie zu unfreiwilligen Handlangern der Sowjetregierung.<sup>81</sup>

Doch was sollten ausgebuffte Profipolitiker vom Schlage Adenauers und Strauß' auch schon anderes von dem Schritt der Professoren halten? Schließlich handelte es sich um einen Text, der die Aufrechterhaltung des Friedens anvisierte, ja an die rationale Einsicht der Politik appellierte – der Politik! Diese – das

---

78 Zu diesem Gespräch vgl. allgemein Herbig 1976, S. 466 f.; o.V.: Kanzler und Atomforscher dringen auf Abrüstung, in: Die Welt, 18.04.1957; Rupp 1980, S. 79 f.; Sonntag 1982, S. 42-47; v. Weizsäcker 1977, S. 574.

79 Die beiden Zitate finden sich bei Rupp 1980 auf den Seiten 78 und 79.

80 Vgl. o.V.: Scharfe Spannung nach der Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.04.1957; o.V.: Die Superbombe, in: Der Spiegel, 24.04.1957.

81 Vgl. Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Lehren der „Göttinger Erklärung“, in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, Jg. 34 (1987) H. 11, S. 1012-1016, hier S. 1013; Görlich 1965, S. 33; Heisenberg 1976, S. 266 ff.; o.V.: Adenauer: „Atomare Aufrüstung bedrückt mich“, in: dpa, 13.04.1957; o.V.: Bitte um Vertrauen, in: dpa, 13.04.1957; Rese 1999, S. 60 ff.; Rupp 1980, S. 78; Schwarz 1991, S. 335 f.

wussten Adenauer und Strauß natürlich – würde sich doch nicht ohne Weiteres von einem Papier westdeutscher Wissenschaftler beeindrucken lassen; jedenfalls nicht die Herren im Kreml und Weißen Haus. Verhält sich die Politik doch aus der Sicht außerpolitischer Akteure wie den Atomforschern häufig genug irrational, zählen in ihr Machtkalküle mindestens so viel wie eine sachgerechte Lösung und gilt es darüber hinaus, Gesichter zu wahren. Es war klar, dass ein ohnehin impulsiver Charakter wie Strauß bei so etwas keine Contenance bewahren würde. Ferner ärgerte sich Adenauer über den Schritt der Achtzehn, weil Strauß ihm zuvor den Eindruck vermittelt hatte, die Wissenschaftler würden ohne Vorankündigung keinen Gang in die Öffentlichkeit wagen, von ihnen würde im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf folglich auch keine Gefahr ausgehen.<sup>82</sup> Strauß aber hatte die Lage falsch eingeschätzt. Doch der darüber aufgebrachte Kanzler, offenbar auch von seinen Beratern gemahnt,<sup>83</sup> musste seinen Zorn zurücknehmen. Denn wie sich schnell zeigte, lagen die Protestler allem Anschein nach konform zur Bevölkerungsstimmung und öffentlichen Meinung, brachen doch selbst die Kommentatoren notorisch regierungsfreundlicher Zeitungen den Achtzehn eine Lanze.

Mehr noch: Die bürgerlich-konservative Presse verbeugte sich mit pathetischen Worten „vor dem Mute dieser 18 Professoren, die es wagten, gegen eine Welt, in der sich die Staatsmänner und Strategen in der Logik des Schreckens bewegen und die Massen den Kopf in den Sand stecken, vom Gewissen her Stellung zu nehmen“.<sup>84</sup> Mit respektvollen Elogen wurde das Manifest als ein „ergreifendes Dokument“ gewürdigt und man sei „von Dankbarkeit erfüllt, dass die auf diesem Gebiet erfahrensten Fachleute sich zutiefst der Verantwortung bewusst“<sup>85</sup> seien. Derlei Kommentare konnte man in den Tagen nach der Göttinger Erklärung in der westdeutschen Medienlandschaft allerorten antreffen. Die achtzehn Professoren selbst wurden in der Presse als die „unsichtbaren Helden des Tages“<sup>86</sup> gefeiert und fanden in zahlreichen Medienbeiträgen lobende Erwähnung.<sup>87</sup>

---

82 Vgl. Brief Adenauer an Heuss vom 17.04.1957, in: Morsey/Schwarz (Hg.) 1998, S. 319.

83 Von Eckardt reagierte gemäßigter indem er der Stellungnahme der Achtzehn Respekt entgegen brachte und ihnen keine unlauteren Motive unterstellte. Vgl. Rupp 1980, S. 79; o.V.: Bundeskanzler wurde informiert, in: dpa, 15.04.1957.

84 Zehrer, Hans: Atomwaffen – ja oder nein?, in: Die Welt, 15.04.1957.

85 Beide Zitate aus o.V.: Die Bombe, in: Die Welt, 13.04.1957.

86 Friedmann, Werner: Das Risiko des Irrtums, in: Süddeutsche Zeitung, 11.05.1957.

87 Vgl. Beinhauer, E./Blank, W. (Hg.): Presse- und Funkbericht, 11.05.1957.

Während die Öffentlichkeit den Protestakt demzufolge als moralisch mutig würdigte, zollte der Bundeskanzler der Tat der Achtzehn keinerlei Respekt und verwehrte ihr jedwede Anerkennung. Hier erwies sich, dass die anfängliche Empörung der verantwortlichen Politiker über die Aktion vermeintlicher Politiklaien ungeeignet war, die medialen Wogen zu glätten. Ein klassisches Reaktionsmuster der Politik hatte augenscheinlich versagt und Adenauer musste diesem Faktum nunmehr in seiner taktischen Vorgehensweise Rechnung tragen. Dies zeigt aber auch die enorme Abhängigkeit des Manifests von der Resonanz der Medien, der öffentlichen Meinung. Ohne die Unterstützung der Manifestanten durch Pressekommentatoren und Nachrichtenagenturen, ohne die Wirksamkeit von Schlagzeilenlettern, hätte Adenauer der Aktion der Professoren nach anfänglicher Verärgerung höchstwahrscheinlich keine Bedeutung mehr beigemessen, den Ansichten der Manifestanten keine weitere Beachtung geschenkt.

Die öffentliche Reaktion ließ den Kanzler, der mit einem wachen Auge für demoskopische Messungen stets äußerst sensibel auf die öffentliche Meinung blickte, aufhorchen. Er kam zu dem Schluss, dass sich ein Diskusstreffen mit den Achtzehn nun nicht mehr vermeiden ließ, den einzigen Ausweg aus einer verfahrenen Situation bot. Adenauer witterte die Gefahr eines anhaltenden, für die Regierung nachteiligen Meinungsumschwungs in der Bevölkerung, da Experten für gewöhnlich in der Sachfrage höhere Glaubwürdigkeit und Autorität genießen als Politiker. Außerdem schien die anfangs hysterische Reaktion der verantwortlichen Politiker das öffentliche Interesse an dem Thema nur noch zu steigern. Aus diesen Gründen entschloss sich Adenauer, als Regierungschef mit einigen Repräsentanten der Protestgruppe in direkte Kommunikation zu treten, mit dem Ziel, sie vor den weit geöffneten Augen der Öffentlichkeit wieder auf die Regierungsseite zu ziehen.<sup>88</sup> Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Manifests ging Adenauer nun also doch auf die nicht mehr zu leugnende Problemlage ein, kündigte an, Bundestag und Regierung zu einem weltweiten Abrüstungsappell bewegen zu wollen.<sup>89</sup> Eine solche Wechselwirkung zwischen Medienberichterstattung und Personenhandeln, wie man sie im Falle Adenauers beobachten konnte, bezeichnet die Kommunikationswissenschaft als „reziproken Effekt“.<sup>90</sup>

---

88 Vgl. Kitzinger, Uwe W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960, S. 54; Schwarz 1991, S. 336.

89 Vgl. o.V.: Die Regierung plant Appell zur atomaren Abrüstung, in: Die Welt, 17.04.1957.

90 Vgl. dazu Kepplinger, Hans Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg im Breisgau/München 1998, S. 146.

In der zweiten Runde schlug sich die Regierung allerdings deutlich besser als zum Auftakt des Konflikts. Indem sie sich zu einer Korrektur ihrer Verhaltensweise bereitgefunden hatte, gewann sie die Initiative zurück. Was Adenauer und sein Regierungssprecher wie auch enger Berater Felix v. Eckardt, der in Krisensituationen schon oft die Nerven behalten hatte,<sup>91</sup> nun ergriffen, war eine „Taktik der Beruhigung“<sup>92</sup>, die der Sondersituation des Wahljahres geschuldet und aus der Sicht politischer Führung angemessen war. Denn wenige Monate vor der Eröffnung der Wahllokale ließ sich ein derartiges Ereignis nicht einfach aussitzen. Als vermeintliche Sprachrohre der Bevölkerungsmeinung – das hatte Adenauer eingesehen – waren die Achtzehn nicht zurückzuweisen. Der Kanzler lud deshalb eine Delegation der Manifestanten zwecks gemeinsamer Aussprache direkt ins Kanzleramt. Dies waren Gerlach, Hahn, Riezler, v. Laue und v. Weizsäcker; Heisenberg hingegen verweigerte sich einem Treffen mit Adenauer, da er ob des Regierungshandelns<sup>93</sup> in der jüngsten Vergangenheit noch verstimmt war. Für Gerlachs Einladung hatte Hahn gesorgt.<sup>94</sup> Kein Wunder, schließlich hatte Gerlach als Beauftragter des „Reichsmarschalls“ für Kernphysik vor 1945 schon mit Göring, Himmler und anderen Funktionsträgern des „Dritten Reichs“ Konversation gehalten und Korrespondenz gepflegt, war mit hochrangigen Politikern bereits unter ganz anderen Umständen zusammengetroffen. Mit seiner Erfahrung war er insoweit von allen Achtzehn mit einer solchen Situation am ehesten vertraut. Ein Mann, der noch am 22. März 1945 im schwer umkämpften Berlin, lange vor seinem Besuch im Palais Schaumburg 1957, den Führerbunker zur Unterredung mit Hitlers Adlatus Martin Bormann aufgesucht hatte,<sup>95</sup> würde sich aller Voraussicht nach von einem Adenauer nicht schrecken lassen.

Doch auch Adenauer und v. Eckardt überließen nichts dem Zufall. Schon die Sitzordnung am ovalen Konferenztisch war von Seiten des Kanzleramts genau kalkuliert worden und ließ an dem Konfrontationscharakter des Treffens keinen Zweifel. Die fünf Manifestanten saßen Strauß, Adenauer sowie den Staatssekretären Walter Hallstein und Hans Globke direkt gegenüber, zu ihren Flanken waren drei weitere Staatsvertreter drapiert worden, die sie einrahmten. Alles war

---

91 Vgl. Müller, Kay/Walter, Franz: Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2004, S. 30.

92 Rupp 1980, S. 80.

93 Vgl. dazu die Kap. 3.3.2 u. 3.6.1 dieser Arbeit.

94 Vgl. Hoffmann, Klaus: Forschung und Verantwortung. Otto Hahn. Konflikte eines Wissenschaftlers, Frankfurt am Main 2005, S. 212.

95 Vgl. Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, München 2005, S. 242 f.

minutiös geplant. Eine Pause nutzte man für einen paarweisen Spaziergang durch den Garten, bei dem jedem der Atomphysiker ein Regierungsvertreter an die Seite gestellt wurde. Es folgte ein gemeinsames Hühnchenessen, bei dem Hahn und Gerlach jeweils Adenauer zur Seite saßen.

Nach einer Dreiviertelstunde eigenen Vortrags, in welchem der Kanzler in beherrschter und wohlüberlegter Form seine Sicht der Dinge darlegte, konfrontierte Adenauer die Atomphysik- mit Militärexperten. Die Generäle Speidel und Heusinger schilderten in fachmännischer Haltung anhand einer Weltkarte militärische Kräfteverhältnisse und Truppenführungsprobleme, die sich aus einem Atomwaffenverzicht ergäben.<sup>96</sup> Adenauer selbst versuchte den Atomwissenschaftlern sein diplomatisches Kalkül offen zu legen – glaubte der Kanzler doch, in Sachen Außenpolitik naive Schuljungen vor sich zu haben. Schließlich sah er ihre Aktion noch immer als ein „Geschenk an Sowjetrußland“<sup>97</sup> und eine „Schwächung der Bundesrepublik“<sup>98</sup> an.

Offenbar konnte Adenauer glaubwürdig darlegen, wie ernst ihm doch sein persönliches Streben nach Abrüstung, wie groß seine Sorgen um die negative Seite der Atomrüstung in Wahrheit seien. Von Weizsäcker berichtete jedenfalls später, in dem Gespräch einen „tiefen Eindruck“ von Adenauers Besorgnis und seiner „Aufrichtigkeit“ in Sachen Abrüstung erhalten zu haben.<sup>99</sup> Wohl konnte er passant Adenauers Unmut über die Plötzlichkeit der Aktion ausgeräumt und seine persönliche Meinung über die Manifestanten geändert werden, da v. Weizsäcker ihm energisch und glaubhaft darlegte, dass Strauß hier falsche Aussagen getroffen hatte.<sup>100</sup> Denn der Verteidigungsminister hatte Adenauer nach seinem Treffen mit den Wissenschaftlern Ende Januar 1957 wissen lassen, dass von diesen keine Gefahr ausging, da sie versprochen hätten, die Bundesregierung im Vorfeld weiterer Schritte rechtzeitig zu informieren – was nicht zu stimmen schien. Nach dieser Richtigstellung war anscheinend auch eine versöhnliche Gesprächsatmosphäre möglich geworden.

Doch Strauß' Anwesenheit kam dem Kanzler zugute. Denn Adenauer konnte sich mit seiner höflichen und ruhigen Art, wie auch mit dem Charme seines

---

96 Vgl. Adenauer 1967, S. 299.

97 Ebd.

98 Herbig 1976, S. 466.

99 Vgl. v. Weizsäcker 1984, S. 39.

100 Vgl. Schwarz 1991, S. 335; Rupp 1980, Fußnote 382/S. 78.

rheinischen Dialekts positiv von dem heißblütigen Bajuwaren abgrenzen.<sup>101</sup> Dieser begann bei seiner Stellungnahme sofort impulsiv zu wüten, bezichtigte die Atomforscher in aggressiver Weise der Missachtung eines angeblichen Gentlemen's Agreement. Das gegenseitig gewonnene Verständnis reichte so weit, dass sich die Meinungsdivergenz zwischen Kanzler und Atomwissenschaftlern am Ende gar nur noch auf die Ansicht der Regierung, mit Atomwaffen politischen Handel treiben zu dürfen, reduzierte.<sup>102</sup>

Mit dem Anschein von Spontaneität und gewissermaßen aus der vorangegangenen Diskussion folgend, bat Adenauer die Professoren unvermittelt um eine gemeinsame Erklärung als Ergebnis ihrer Zusammenkunft. Von Eckardt konnte sogleich – zur Erleichterung der Arbeit, wie er spitzfindig hinzufügte – mit einem „vorbereiteten Entwurf“<sup>103</sup> aufwarten, der natürlich keinesfalls als verbindlich anzusehen sei. Obwohl die Atomforscher auf einige Veränderungen hinwirken konnten – Strauß erregte sich über diese so sehr, dass er „bleich wurde und am ganzen Körper zitterte“<sup>104</sup>, im Übrigen auch als erster umgehend die Sitzung nach deren Ende verließ –, blieb die Endfassung der gemeinsamen Erklärung doch ganz im Sinne des Bundeskanzlers.<sup>105</sup> Wichtige Sätze, wie die Überzeugung, einen Schutz am besten durch einen eigenen Verzicht auf Kernwaffen zu gewährleisten, fehlten darin. Vorbehalte und Kritiken wichen gegenseitiger Anerkennung. Gleich, ob zum Vorteil der Manifestanten oder der Regierung, der Text suggerierte an vielen Stellen Übereinstimmung. Und das war für Adenauer schließlich das Ziel gewesen: Die Unterschriften der wichtigsten Manifestanten unter eine Konsens bekundende Erklärung zu bekommen. Das frische Schriftstück dokumentierte das Ende des Konflikts zwischen den protestierenden Professoren und der Bundesregierung. Hahn und seine Begleiter waren in die Falle des listigen Troubleshooters v. Eckardt getappt.

Nach der Unterzeichnung des Kommuniqués konnte Adenauer süffisant dem Bundespräsidenten vermelden, dass die Angelegenheit nunmehr „in einer für

---

101 Siehe Zeitz, Katharina: Max von Laue (1879-1960). Seine Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2006, S. 197.

102 Vgl. Herbig 1976, S. 466; v. Weizsäcker 1984, S. 40.

103 Zitiert nach Sonntag 1982, S. 45.

104 Zitiert nach ebd.

105 Vgl. o.V.: Adenauers taktisches Meisterstück, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.04.1957; Uexküll, Gösta v.: Nach dem Göttinger Appell, in: Die Zeit, 25.04.1957.

beide Teile zufrieden stellenden Weise erledigt zu sein“<sup>106</sup> schien. Denn der Text, den Regierungssprecher und Kanzler nach dem Treffen in Händen hielten, nahm der Göttinger Erklärung einiges von deren anfänglichen Wucht und konnte für die Regierung kaum günstiger lauten. Er malte ein versöhnliches Bild von Einigkeit, Verbundenheit und Kooperation. In ihm wurde ein Konsens in der Beurteilung der Atomwaffengefahr und der Notwendigkeit allgemeiner Abrüstung bekundet und festgehalten, dass sich die Protestinitiative nicht allein auf die Bundesrepublik, sondern auf alle Staaten der Welt bezogen habe.<sup>107</sup> Explizit sollte der Eindruck, die Erklärung richte sich politisch spezifisch gegen die Adenauer-Regierung, revidiert werden: Die Atomforscher wären lediglich ihrer Meinung gefolgt, mit einem Protest „in dem Staat beginnen zu müssen, dessen Bürger sie sind“ – und dieser war nun einmal – gewissermaßen zufällig – die Bundesrepublik. Nach diesem Prinzip hatte die Bundesregierung also zwangsläufig zum Gegenstand der Gelehrtenkritik werden müssen, obwohl doch eigentlich im Grunde alle Regierungen der Welt gemeint waren. Die Regierung, so war nun zu lesen, teile überdies die Besorgnisse der Wissenschaftler, stimme mit deren Motiven und Zielen überein und empfinde vollstes Verständnis für deren Verantwortungsgefühl. Eine spezielle Kritik an der Bundesregierung war daraus nicht mehr ersichtlich. Stattdessen ließ sich nun allem Anschein nach die gesamte Manifestation ursächlich auf ein Missverständnis zurückführen. Nach dem Bonner Kommuniké jedenfalls konnte kaum mehr jemand ernstlich von einer politischen Meinungsverschiedenheit zwischen den achtzehn Nuklearwissenschaftlern und dem Bundeskanzler sprechen.

Und auch die politischen Spielräume Adenauers engte das Schriftstück nur unwesentlich ein. Noch bei der offiziellen Verkündung erklärte v. Eckardt, dass lediglich für die nächsten achtzehn bis 24 Monate keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen in Frage komme. Im Falle einer Ausrüstung der Armeen anderer Staaten gelte es hingegen mit einer solchen Maßnahme auch in Deutschland zu rechnen.<sup>108</sup> Die Festlegung, welche die Manifestanten der Regie-

---

106 Vgl. Brief Adenauer an Theodor Heuss vom 17.04.1957, in: Morsey/Schwarz (Hg.) 1998, S. 319.

107 Vgl. o.V.: Ohne Entscheidung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.04.1957; Rupp 1980, S. 80. Ein Abdruck des Wortlauts findet sich in: Rese 1999, S. 66 f. sowie o.V.: Das Kommuniké der Atomkonferenz, in: Die Welt, 18.04.1957. Abdruck des Kommunikés in: Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler: 30 Jahre Göttinger Erklärung. Nachdenken über die Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft, Marburg 1987, S. 54; vgl. dort zu diesem Abs. insgesamt S. 51-55.

108 Vgl. Kitzinger 1960, S. 55; Rupp 1980, S. 80.

rung als Preis für die Konfliktbeilegung abgerungen hatten, besaß folglich nur eine begrenzte Gültigkeit. Die gewieften Taktiker – und eben Politiker – hatten also das Manifest binnen weniger Stunden in einer lockeren Unterredung bei Kaffee und Gebäck im Kanzleramt in seiner Substanz völlig zusammengestutzt. Zeitgenössische Beobachter waren Zeugen eines regelrechten Schaustücks symbolischer Politik. Denn unter Symbolpolitik fasst man begrifflich Maßnahmen politischer Akteure, die weniger auf eine sachgerechte Problemlösung als denn auf die Beruhigung der öffentlichen Meinung, der Medien und ihres Publikums zielen.<sup>109</sup> In ihrem Zentrum steht eine politische Geste, die einen bestimmten Eindruck bei der Bevölkerung hinterlassen soll. Reale Konsequenzen zeitigt diese allerdings kaum. Es war daher schon zutreffend, wenn der *SPD-Pressedienst* in seiner Stellungnahme zu Adenauers Treffen mit den Wissenschaftlern ernüchtert konstatierte, dass „sich die Haltung des Bundeskanzlers und seiner Regierung trotz der geradezu leidenschaftlichen Proteste der Atomgelehrten und der Öffentlichkeit praktisch um keinen Deut geändert hat“<sup>110</sup>.

## **2.5.2 Im Dienst der Regierung: Pascual Jordan als Gegenautorität**

Gespräch und Kommuniké mit den Manifestanten dienten gleichwohl nur der Entschärfung einer akuten Bedrohung für den Bundestagswahlkampf der Union, waren gewissermaßen die erste Stufe der Adenauer'schen Krisenbewältigung. Damit erschöpfte sich das Repertoire des gewieften Rheinländers allerdings noch nicht. Der Kanzler und Parteichef ergriff ferner eine zweite Gegenmaßnahme. Die Union engagierte einen eigenen Atomwissenschaftler, mit dem sie die Legitimation und Glaubwürdigkeit der Göttinger Achtzehn zu untergraben suchte.<sup>111</sup> Dabei handelte es sich um Pascual Jordan, der – mehr noch als mancher der Manifestanten – den Status eines bedeutenden Physikers besaß und für seine wissenschaftlichen Leistungen weithin Anerkennung genoss. Als ein den achtzehn Professoren ebenbürtiger Wissenschaftler sollte er eine Art von Anti-Göttingen-Agitation inszenieren. Im Gegenzug platzierte ihn die CDU für die Bundestags-

---

109 Vgl. dazu Kepplinger 1998, S. 158 ff.

110 Abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, Jg. 27 (1957) H. 16, S. 6393 (19.04.1957).

111 Vgl. Rese 1999, S. 87 ff. Es heißt, Jordan sei „von verantwortlichster Seite“ gebeten worden; zitiert nach Schirmacher, Arne: Physik und Politik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Max Born, Werner Heisenberg und Pascual Jordan als politische Grenzgänger, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, Jg. 30 (2007) H. 1, S. 13-31, hier S. 20.



wahlen im September 1957 auf einem äußerst aussichtsreichen Listenplatz ihres niedersächsischen Landesverbands.<sup>112</sup> Jordan blieb daraufhin vier Jahre als Hinterbänkler im Bundestag, in denen er keinen einzigen Redebeitrag leistete.<sup>113</sup>

Dafür allerdings stellte er sich einmalig in den Dienst der Regierung. Jordan warnte in einer 100.000-fach gedruckten Schrift eindringlich vor den Schlussfolgerungen der Göttinger Erklärung.<sup>114</sup> Aus der Rolle eines formal gleichrangigen Experten versuchte er nichts weniger, als seine achtzehn Kollegen für politisch unzurechnungsfähig zu erklären und ihnen die fachliche Zuständigkeit und Eignung für eine Äußerung zum Thema Sicherheitspolitik abzusprechen. Als Physiker seien sie sogar „im Durchschnitt zweifellos weniger zuständig und befähigt“<sup>115</sup> als der durchschnittliche Staatsbürger, der sich durch tägliche Zeitungslektüre politisch informiert. Das Göttinger Manifest sei schlechterdings „eine an die Bevölkerung der Bundesrepublik gerichtete Aufforderung zum kollektiven Selbstmord“. Außerdem verdächtigte er es als eine „extrem einseitige Beurteilung des Problems in sensationeller Form“<sup>116</sup> der bewussten Wahlkampfintervention zugunsten der SPD. Mit diesem diffamierenden Angriff ging Jordan sogar noch weiter als Strauß und Adenauer.

Es nimmt daher kaum Wunder, dass sich zwischen einigen der Göttinger Manifestanten und Jordan ein bitterer Kleinkrieg entspann, der die ehemals freundschaftlichen und kollegialen Beziehungen zerrüttete.<sup>117</sup> Born und Heisenberg zeigten sich von ihrem Kollegen enttäuscht, hatten sie doch früher, in den 1920er Jahren, in gemeinsamer Geistesanstrengung bahnbrechende Forschungsleistungen wie die famose „Dreimännerarbeit“ zur Quantenmechanik vollbracht.

---

112 Jordan kandidierte auf der Landesliste an sechster Stelle.

113 Vgl. Schirmmacher 2007, S. 20 u. S. 24 f.; Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, Bd. 1 A-M, München 2002, S. 393; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.-13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis, Materialien Nr. 127, Bonn 1998, S. 99; zum politischen Engagements Jordan vgl. auch Seelig, Carl: Eskapaden eines deutschen Atomphysikers, in: Vorwärts, 11.10.1957.

114 Vgl. Schirmmacher 2007, S. 19 f.

115 Dieses und das folgende Zitat aus ebd., S. 19.

116 Jordan, Pascual: Die Verantwortung des Wissenschaftlers, in: Der Mittag, 25.04.1957.

117 Vgl. Schirmmacher 2007, S. 21 ff.

Zwischen Gerlach und Jordan kam es nach duellartigen Presseerklärungen sogar zu einem gerichtlich ausgefochtenen Beleidigungsprozess.<sup>118</sup>

Interessant ist, dass Jordan nicht die erste Wahl der Union gewesen war. Viel lieber hätte Adenauer den strategischen Kopf der Göttinger Erklärung, Carl Friedrich v. Weizsäcker, auf seine Seite gezogen. Auf ihn hatte er Eugen Gerstenmaier angesetzt, doch v. Weizsäcker wagte den parteipolitischen Sprung in die Politik mit Rücksicht auf seine politische Glaubwürdigkeit und seine Mit-Manifestanten nicht.<sup>119</sup>

## 2.6 DIE MANIFESTANTEN

### 2.6.1 Die Göttinger Achtzehn: Kollegen, Weggefährten und Freunde

Etliche der Göttinger Achtzehn galten nicht nur als hochqualifizierte Forscher, sondern waren weit darüber hinaus historisch bedeutende Pioniere der Atom-, Quanten- und Kernphysik – gleichsam Champions ihrer Disziplinen. Mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten in den 1920er, 1930er und 1940er Jahren hatten sich die meisten von ihnen Weltruhm und mancher sogar den Nobelpreis erworben. Sie waren zum Teil Begründer eigener Denkschulen, ihre einstigen Studenten forschten in den 1950er Jahren über die ganze Welt verteilt. Innerhalb der westdeutschen Wissenschaftswelt besetzten sie als Direktoren und Abteilungsleiter von Universitäts- und Max-Planck-Instituten Führungspositionen.

Jedoch: „Echte“ Göttinger im April 1957 waren eigentlich nur Hahn, Heisenberg, v. Weizsäcker und Wirtz. Alle anderen lebten und arbeiteten über die Bundesrepublik verstreut. Doch die meisten der Achtzehn hatten im Verlauf ihrer akademischen Vita einmal in Göttingen Halt gemacht und dort Stellen bekleidet und Lehrstühle besetzt. So Max Born, der 1933 infolge des NS-Regimes seine Göttinger Professur aufgab und emigrierte; Hans Kopfermann, der Anfang der 1920er Jahre in Göttingen studierte und promovierte, dort von 1942 bis 1953 eine Professur besaß; Wilhelm Walcher und Wolfgang Paul, die für Kopfermann in Göttingen arbeiteten; Fritz Bopp, der dort seinen Doktor machte, ebenso wie Maier-Leibnitz. Zum Zeitpunkt der Göttinger Erklärung befanden sich die Wir-

---

118 Vgl. Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 227, S. 144; Schirmacher 2007, S. 22.

119 Vgl. Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

kungsstätten der allermeisten Manifestanten aber außerhalb der niedersächsischen Universitätsstadt.

Dennoch gab es eine ganze Reihe von Wegen, auf denen man sich in der Vergangenheit mal mehr, mal weniger intensiv begegnet war. In Göttingen, das zu einem der weltweit führenden Zentren kernphysikalischer Wissenschaften zählte und über Jahre hinweg wissenschaftliche Exzellenzen dieses aufstrebenden Fachs beheimatete, ohne dabei eine weitläufige Metropole zu sein, kreuzten sich vor dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs die Wege der meisten der Achtzehn. Man traf sich des Öfteren zu einem Plausch auf der Straße, unternahm gemeinsame Spaziergänge, musizierte, diskutierte und forschte. Einige erlebten im Juni 1922 die legendären „Bohr-Festspiele“ in Göttingen und lauschten dort begeistert dem „Bohrischen“, wie sie es beeindruckt nannten, den kernphysikalischen Ausführungen des brillanten Nestors der Atomphysik aus Dänemark, Niels Bohr.<sup>120</sup> Born bspw. kannte Heisenberg seit dessen Studienzeit und hatte ihn „sehr lieb gewonnen“<sup>121</sup>. Untereinander waren die einen vielfach die Prüfer und Gutachter der anderen gewesen. Man kannte sich also, schätzte einander.

Bis auf zwei Personen arbeiteten zudem alle der Göttinger Achtzehn während des Kriegs gemeinsam im sogenannten „Uranverein“, den in den letzten beiden Kriegsjahren Walther Gerlach leitete, an einem Energie erzeugenden Uranreaktor.<sup>122</sup> Der Uranverein bezeichnet einen Forschungsverbund verschiedener nuklearwissenschaftlicher Institute, ansässig u.a. in Berlin, Heidelberg und Hamburg, der unter wechselnder Ägide des Reichswissenschaftsministeriums und Heereswaffenamtes als kriegswichtig eingestufte Arbeiten zur praktischen Kernenergieverwendung anstellte. Die Beteiligten dieses Zusammenschlusses, über einige Jahre in einem gemeinsamen Projekt involviert, erwiesen sich während der strapaziösen und turbulenten NS-Zeit untereinander auch gelegentlich wichtige Gefälligkeiten und Hilfen. So bekam bspw. Gerlach einen Gestapo-Verweis anlässlich „defätistischer Äußerungen“ Heisenbergs auf den Tisch, den er mit seiner Amtsmacht zum Wohle seines Kollegen folgenlos entschärfte.<sup>123</sup> Nach dem Krieg befanden sich dann zentrale Figuren der Göttinger Erklärung –

---

120 Vgl. Schlüpmann, Klaus: Vergangenheit im Blickfeld eines Physikers. Hans Kopfermann (1895-1963), in: <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a5.htm> [eingesehen am 02.11.2007].

121 Zitiert nach Hermann, Armin: Werner Heisenberg mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 22.

122 Vgl. Müller 1990, S. 553.

123 Vgl. Heisenberg, Elisabeth: Das politische Leben eines Unpolitischen. Erinnerungen an Werner Heisenberg, München/Zürich 1980, S. 121 f.

namentlich Gerlach, Hahn, Heisenberg, Wirtz und v. Weizsäcker, aber auch v. Laue – für acht Monate in alliierterem Gewahrsam, annehmlich untergebracht in einem ostenglischen Landsitz bei Cambridge namens „Farm Hall“. Dort wurde eine „Schicksals- und Solidargemeinschaft“<sup>124</sup> geschmiedet, welche die bestehenden Kontakte intensivierte und die sich in der Nachkriegszeit fortsetzte. Einquartiert in einer Villa, bot man sich das persönliche „Du“ an, vertiefte die Kenntnis über den jeweils anderen, besprach Pläne für die Zukunft und stellte gemeinsame Deutungen der vergangenen Geschehnisse an.<sup>125</sup> Fast ein Jahr lang betrieb man in einem gleichbleibenden Personenkreis intensive Konversation: Gespräche, Diskussionen und Kontroversen, in denen man sich ausgiebig kennen und mögen lernte.

Des Weiteren gab es innerhalb der Manifestantenschaft Zirkel, interne Gruppen, die sich etliche Jahre vor der Veröffentlichung der Göttinger Erklärung gebildet hatten. Die einflussreichste und für das Manifest wohl ausschlaggebende Formation war die um Werner Heisenberg, der Karl Wirtz und Carl Friedrich v. Weizsäcker angehörten.<sup>126</sup> Dies verwundert kaum, denn die drei kannten sich seit Jahrzehnten, verfolgten bis 1957 einen gemeinsamen Berufsweg und kamen ausgesprochen gut miteinander zurecht. Wirtz und v. Weizsäcker waren universitäre Ziehsöhne Heisenbergs, hatten in dessen Institut gearbeitet und dort nach 1945 eigene Abteilungen bekommen. Gemeinsam erlebten sie 1945 das Kriegsende. In Farm Hall waren sie Heisenbergs bevorzugte Gesprächspartner und teilten sich während des immerhin fast einjährigen Aufenthalts sogar ein Doppel-

---

124 Hoffmann, Dieter: Operation Epsilon, in: ders. (Hg.): Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe, Berlin 1993, S. 9-59, hier S. 50.

125 Vgl. Herbig 1976, S. 328-340; Hoffmann 1993, S. 9-59; Metzler, Gabriele: Kernphysik und Politik. Werner Heisenberg in der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Ein Forschungsbericht, in: Historisches Jahrbuch, Nr. 115 (1995), S. 208-222, hier S. 218; Walker, Mark: Selbstreflexionen deutscher Atomphysiker. Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993) H. 4, S. 519-542; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Farm Hall und das deutsche Uranprojekt. Ein Gespräch, in: Hoffmann (Hg.) 1993, S. 331-360, hier S. 346 u. S. 360.

126 Zu dieser Gruppe vgl. Hattrup 2004, S. 31 ff. u. S. 39; Herbig 1976, S. 129 f.; Schlüppmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a9.htm> [eingesehen am 08.11.2007]; v. Weizsäcker 1977, S. 556 u. S. 568; ders.: Wahrnehmung der Neuzeit, München/Wien 1983, S. 134 ff., S. 139 u. S. 330; ders. 1984, S. 183; ders. 1988, S. 347; ders. 1993, S. 332, S. 350 u. S. 342-346.

zimmer. Von Weizsäcker war Heisenbergs engster Berater in wissenschaftspolitischen Fragen und Kontroversen; fast nichts unternahm der Nobelpreisträger und Institutsleiter ohne vorherige Absprache mit seinem privaten Freund und beruflichen Mitstreiter v. Weizsäcker. Noch offener als mit Heisenberg redete v. Weizsäcker aber mit Wirtz, wohl weil beide auf derselben Rangstufe standen und derselben Alterskohorte angehörten. Wirtz und v. Weizsäcker: Sie waren ein verschworenes Duo und ihrem Mentor Heisenberg treu ergeben. Während des Zweiten Weltkriegs heckten die beiden bspw. eine Intrige gegen Heisenbergs Forschungsrivalen Kurt Diebner aus, in deren Folge dieser als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin abgesetzt und Heisenberg an seiner statt berufen wurde. Die Arbeit im Uranverein beschrieb v. Weizsäcker daher auch folgerichtig als eine „feste Handlungsgemeinschaft zwischen Heisenberg, Wirtz und mir“<sup>127</sup>. Am bedeutsamsten für die Aktion des Göttinger Manifests scheint aber die Verbundenheit zwischen v. Weizsäcker und Heisenberg zu sein. Heisenberg hatte v. Weizsäcker schon in jungen Jahren kennengelernt, ihn überhaupt erst zum Physikstudium überredet. Der Diplomatensohn v. Weizsäcker begegnete dem 25-jährigen Physikgenie Heisenberg zum ersten Mal im Alter von vierzehn Jahren und befand diesen Tag, der von einer den ganzen Abend andauernden Unterhaltung der beiden geprägt war, sogleich für den schönsten in seinem bisherigen Leben. Heisenberg machte sich alsdann zum Mentor des auffällig intelligenten Jugendlichen, der von ihm später anspornend durch die Promotion getrieben wurde. Gemeinsam reflektierten sie politische Ereignisse, in Leipzig etwa den SA-Fackelzug am Tag der „Machtergreifung“ 1933. Die beiden – die immerhin ein Altersabstand von gut zehn Jahren trennte – wurden privat zu engen Freunden, verbrachten in den 1930er Jahren gemeinsame Freizeit und Urlaube auf Helgoland und Sylt, begaben sich auf Nachtwanderungen im Thüringer Wald.

Die Troika Heisenberg-Wirtz-Weizsäcker basierte somit auf einer familiären Gemeinschaft Göttinger Forscher, die sich über Jahre hinweg entwickelt und verfestigt hatte. Per akademischen Grad vermittelte Rangunterschiede wurden untereinander nicht gemacht. An Heisenbergs Seite, der unter den späteren Göttinger Atomphysikern schon lange vor den erheblich älteren Hahn und Born 1932 den Nobelpreis verliehen bekommen hatte, befand man sich zudem während der 1930er Jahre in einem der drei bis vier Weltzentren kernphysikalischer Forschung – und leitete daraus innerhalb der deutschen Atomforschung insgeheim einen Führungsanspruch ab. Die Heisenberg-„Clique“ war schon während des Zweiten Weltkriegs in deutschen Atomforscherkreisen als eine elitäre Akti-

onseinheit dafür bekannt, Außenstehende nicht ernst zu nehmen, potenzielle Rivalen auszugrenzen und deren Karrieren zu ruinieren, die eigenen Interessen dagegen mit kühler Effektivität durchzusetzen.<sup>128</sup> Von dieser Schlagfertigkeit profitierte auch die Koordination der Göttinger Erklärung.

Nicht ganz vom gleichen Format dieser Troika war hingegen die – gleichwohl ebenfalls persönlich enge – Verbindung zwischen Kopfermann und seinen ehemaligen Mitarbeitern Walcher und Paul.<sup>129</sup> Walcher war in den 1940er Jahren Kopfermanns Assistent, Kopfermann seinerseits Gutachter und Freund Pauls. Paul wiederum hatte bei Walcher sein Examen abgelegt. Die drei fuhren auch gemeinsam in den Ski-Urlaub. Kopfermann und Paul hatten sich zudem Ende Mai 1945 auf eine beschwerliche, zwei Wochen dauernde Fahrradreise durch das in Trümmern liegende Deutschland begeben, um in Erlangen wertvolles Forschungsgerät zu organisieren – solch eine gemeinsame Aktion in einer Extremsituation kann bekanntlich zusammenschweißen. Auch Entnazifizierungsschreiben wurden in wechselseitiger Solidarität während der Nachkriegszeit füreinander verfasst. Dieses Trio kannte sich jedenfalls untereinander gut und war zugleich auch mit vielen weiteren der Achtzehn persönlich bekannt.

Über solche festen Gruppierungen hinaus existierten noch lockere, über regelmäßige Gremienarbeit und private Sympathie langsam verfestigte Beziehungen.<sup>130</sup> Paul und Walcher engagierten sich zusammen mit Riezler für die An-

---

128 Diese Verbundenheit ging so weit, dass in Physikerkreisen das Akronym des Winterhilfswerks WHW als Kürzel für das Dreigespann Weizsäcker-Heisenberg-Wirtz verwendet wurde; vgl. Herbig 1976, S. 100.

129 Zur Kopfermann-Gruppe vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm>, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a4.htm>, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a7.htm> und <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [jeweils eingesehen am 02.11.2007].

130 Vgl. zu diesem Abs. Fischer 1994, S. 272; Kraus 2001, S. 146; Müller 1990, S. 306 f.; Prüß, Karsten: Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Projekt Wissenschaftsplanung, Frankfurt am Main 1974, S. 331; Rechenberg, Helmut: Kopenhagen 1941 und die Natur des deutschen Uranprojekts, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 160-191, hier S. 184; Radkau 2006, S. 58; Rupp 1980, S. Fußnote 373/S. 76 f.; Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a5.htm> und <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a4.htm> [jeweils eingesehen am 15.11.2007]; Sime, Ruth Lewin: Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung,

schaffung von Großbeschleunigern und standen auch mit Heisenberg in Beratung. Maier-Leibnitz und Fleischmann waren beide 1935 einem Aufruf Walther Bothes, seinerzeit eine Kapazität auf dem Gebiet der Kernphysik, zur gemeinsamen Forschungstätigkeit nach Heidelberg gefolgt. Der in Wien promovierte Josef Mattauch erhielt von Hahn 1938 in dessen Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut einen Job. Dort arbeitete während des Kriegs ebenfalls Fritz Straßmann, der mit Hahn die Uranspaltung entdeckt hatte und seinen einstigen Chef auch in den 1950er Jahren noch begleitete, etwa auf der Genfer Atomkonferenz 1955. Zudem hatte sich zwischen Hahn und v. Laue während der NS-Zeit eine enge private Freundschaft entwickelt, die auf der gemeinsamen Ablehnung des totalitären Regimes gründete. In den Göttinger Jahren war Heisenberg einer der ersten beiden Assistenten an Borns Lehrstuhl; auch spielten die beiden gelegentlich vierhändig Klavier und unternahmen gemeinsame Spaziergänge. Ein Großteil der Achtzehn saß allerdings während der 1950er Jahre miteinander in Beratungs- und Organisationsgremien wie der Deutschen Atomkommission: Auf Hahn, Haxel, Heisenberg, Paneth und Riezler, später Wirtz, Walcher, v. Weizsäcker, Bopp, Mattauch, Kopfermann und Paul traf dies zu. In der Bayerischen Staatlichen Atomkommission berieten Heisenberg, Gerlach und Maier-Leibnitz die Politik. Heisenberg war Chefdelegierter der Bundesrepublik in der Europäischen Atomenergiegesellschaft, Wirtz und Maier-Leibnitz Delegierte. In der zur verdeckten Forschungsförderung auf Betreiben der Industrie gegründeten Physikalischen Studiengesellschaft kamen im „Technisch-Wissenschaftlichen Beirat“ u.a. Gerlach, Hahn, Heisenberg, Maier-Leibnitz, Riezler und Wirtz zusammen.

Daneben erwies man sich untereinander gelegentlich kleine Gefälligkeiten. In der Zeit des Zweiten Weltkriegs z.B. steckte Gerlach, der in der Administration der Militärforschung im Bereich der Kernphysik eine zentrale Position bekleidete, Hahn so „manchen Scheck“<sup>131</sup> zu. Und Hahn wiederum gab nach dem Krieg mit der Aureole des international geachteten Nobelpreisträgers eine positiv lautende Erklärung für v. Weizsäckers Vater Ernst ab, der in den Nürnberger Prozessen, als ehemaliger Staatssekretär Joachim v. Ribbentrops im Reichsaußenministerium in den Jahren 1938 bis 1943, unter Anklage stand und später als Kriegsverbrecher zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde.<sup>132</sup> Kurzum: Die achtzehn Manifestanten waren nicht erst aus Anlass der Göttinger Erklärung zusammen-

---

Berlin 2004, S. 29; Walker, Mark: Otto Hahn: Responsibility and Repression, in: *Physics in Perspective*, H. 8/2006, S. 126.

131 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 171.

132 Vgl. Sime 2004, S. 46 f.

gekommen, sondern standen schon lange zuvor in mannigfaltigen Beziehungen zueinander.

Mit wenigen Worten, handelte es sich bei den Göttinger Achtzehn folglich um die herausragenden Vertreter einer kleinen „Community“ von Experten, in der man sich gut kannte und zum Teil gemeinsam die akademischen Karrierewege beschritten hatte. Man hatte sich im Verlauf seiner Ausbildung und beruflichen Karriere universitär wie privat kennen-, vielfach auch mögen gelernt, unternahm gemeinsame Aktivitäten und saß in denselben Gremien, leistete die gleiche Beratungs- und Organisationsarbeit. Es handelte sich bei der Manifestantenschaft der Göttinger Erklärung also um eine bereits in anderen Kontexten zusammengetroffene Ansammlung von Personen, die mit Ähnlichkeiten in der Biografie und den Erlebnissen – hier besonders das NS-Regime, der Zweite Weltkrieg und die beschwerliche Nachkriegszeit – aufzuwarten wusste. In Teilen enthielt sie sogar eng verknüpfte Netzwerke, Subgruppen mithin. Die Göttinger Jahre in den 1920ern, der Uranverein und Farm Hall bildeten abstrakte und konkrete Orte der Zusammenkunft, gemeinsamer Erfahrungen und der Konstituierung von Aktionsbündnissen, Netzwerken und Beziehungen. Das Manifest basierte demnach nicht zuletzt auf einem seit vielen Jahren bestehenden Zusammenhalt und Gemeinschaftsempfinden eines Großteils der daran beteiligten Professoren, die nicht erst zum Manifestieren zusammentraten.

### **2.6.2 Ein Blick in die Vergangenheit**

Die Göttinger Achtzehn beeindruckten die Öffentlichkeit vor allem mit ihrem entschiedenen Bekenntnis, unter keinen Umständen in irgendeiner Weise an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen mitwirken zu wollen. Der militärischen Verwendung ihrer Expertise verwahrten sie sich vor aller Öffentlichkeit mit Nachdruck. Verblüffend ist das schon, blickt man auf die aus damaliger Sicht noch jüngere Vergangenheit einiger der Manifestanten zurück, die sich nicht bei jedem harmonisch in das 1957 aufgekommene Bild fügt. Da wäre z.B. Walther Gerlach: Ausgehend von seiner Aktivität während des Zweiten Weltkriegs, muss Gerlach mit seinem starken Engagement gegen staatlich-militärischen Missbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Zeit nach der NS-Herrschaft geradezu als eine moralisch ungemein geläuterte Person aufgefasst werden. Denn kaum einer der Göttinger Achtzehn war stärker in die Strukturen des nationalsozialistischen Staats während der letzten Kriegsjahre verstrickt als der spätere Präsident der Fraunhofer Gesellschaft. Gerlach und seine Freunde, Kollegen und Sympathisanten rechtfertigten dies stets mit dem augenscheinlich lauterer Motiv, die deutsche Physik mitsamt ihrem Know-how über



die Kriegswirren und den sich abzeichnenden Untergang des „Dritten Reichs“ hinweg zu retten.<sup>133</sup> Mit anderen Worten: Gerlach administrierte in Zusammenarbeit mit Funktionären und Granden des NS-Regimes die Evakuierung der deutschen Kernphysik im untergehenden Deutschen Reich. Ende 1943 erwählte der „Reichsmarschall“ Hermann Göring den Münchner Experimentalphysiker zu seinem Beauftragten für Kernphysik. Gerlach rückte damit an die Spitze des Uranvereins, war fortan bis zur Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 8. Mai 1945 verantwortlicher Leiter des deutschen Atomprojekts im Umfeld Görings. Zuvor schon hatte er sich ab November 1939 – also unmittelbar nach Kriegsbeginn – persönlich als Fachmann für Magnetismus und Metallphysik an militärischen Forschungsarbeiten im Auftrag der Kriegsmarine beteiligt. Während dieser Tätigkeit entwarf er Methoden zur Entmagnetisierung von Kriegsschiffen und wirkte an der Torpedoentwicklung mit.<sup>134</sup>

Gerlach tat dabei genau das, was er später zum Gegenstand seines Verantwortungsaktivismus machte und was zu verhindern er als wesentlichen Agens der Göttinger Erklärung angab: Er stellte als Wissenschaftler seine Expertise in den Dienst kriegerischer Zwecke. Sämtliche Anstrengungen, die deutsche Wissenschaftler in der militärischen Atomforschung leisteten, fanden unter Gerlachs Ägide statt. In dieser Funktion verkehrte er mit den schaurigsten Größen des nationalsozialistischen Regimes. Häufigen Kontakt hatte er bspw. zum „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler, auch zum Rüstungsminister Albert Speer und Hitlers „Sekretär“ Martin Bormann.<sup>135</sup> Offiziere des Sicherheitsdiensts (SD) befanden Gerlach noch 1944 für „politisch zuverlässig“.<sup>136</sup> Überhaupt unterhielt er regen Kontakt zur SS, mit der er Forschungseinrichtungen inspizierte und für die er in Sachen Atomtechnologie zentraler Ansprechpartner war.<sup>137</sup> Von Laue, später ein Mit-Manifestant, sah in Gerlach einen „Militaristen und Nazi“, der „Hitler den Sieg und weitere Herrschaft wünschte“.<sup>138</sup> Und beileibe beließ es Gerlach nicht dabei, seine Kollegen durch Freistellung für vorgeblich kriegswichtige Ar-

---

133 Vgl. Heinrich/Bachmann 1989, S. 83; Hoffmann 2005, S. 171. Diese Argumentation unterscheidet sich nicht stark von der Albert Speers, der seine Arbeit als Rüstungsminister nach dem Krieg mit der Begründung entschuldigte, er habe infrastrukturelle Errungenschaften für die Nachkriegszeit bewahren wollen; vgl. Speer, Albert: *Erinnerungen*, Berlin 1972, S. 409 ff.

134 Vgl. Heinrich/Bachmann 1989, S. 82 f.

135 Vgl. Karlsch 2005, S. 160, S. 168 ff., S. 209 u. S. 242 ff.

136 Vgl. ebd., S. 193.

137 Vgl. ebd., S. 171.

138 Zitiert nach ebd., S. 105.

beiten vor dem Fronteinsatz zu bewahren. Zumindest gedanklich, auch in Form handgezeichneter Skizzen, beschäftigte er sich allem Anschein nach intensiv mit der Atombombenkonstruktion.<sup>139</sup> Unter Gerlachs Leitung gediehen die militärischen Forschungsbemühungen immerhin so weit, dass der Wirtschaftshistoriker Rainer Karlsch konkrete Tests von Atomwaffen vermutet.<sup>140</sup> Die These, Gerlach habe den Posten des Beauftragten für Kernphysik nur angenommen, um so viele Institute und Wissenschaftler über den Krieg und das NS-Regime hinaus zu retten, wie nur irgend möglich war, sei laut Karlsch eine „Legende“; vielmehr habe es sich um eine geschickte „Verschleierungstaktik“ Gerlachs und seiner Weggeführten gehandelt.<sup>141</sup> Gerlach habe zwar Hitler nicht zu einer Massenvernichtungswaffe verhelfen wollen, doch wenigstens die Bombe als Faustpfand für Verhandlungen mit den Kriegsgegnern nutzen wollen, um für Deutschland, sein Heimatland, günstigere Friedensbedingungen ausschlagen zu können.<sup>142</sup> In den Stunden vor einer möglichen Kettenreaktion im Reaktor habe sich Gerlach wie ein aufgeregtes Kind betragen und die Euphorie eines Besessenen gezeigt<sup>143</sup> – auch dies kein Zeugnis von wahrhaftigem Verantwortungsbewusstsein.

Oder Otto Haxel. Zugunsten seiner Karriere verhielt er sich anpasserisch. 1937, nach seiner Habilitation, trat er SA und NSDAP bei, während des Kriegs forschte er im Waffenamt der Kriegsmarine nach nuklearenergetischen Antrieben für U-Boote und Kriegsschiffe, tüftelte aber auch an Sprengstoffen.<sup>144</sup> Kurzum: Haxel betrieb nichts anderes als militärische Forschung. Karlsch vermutet gar, dass Haxel zusammen mit Gerlach am 12. Oktober 1944 bei der Zündung einer kleinen Kernwaffe auf Rügen zugegen war.<sup>145</sup> Es ist jedenfalls nicht leicht, Walther Gerlach und Otto Haxel als konsequente Verweigerer eines Atomwaffenbaus anzusehen.

Auch das Verhalten Hahns, Heisenbergs und v. Weizsäckers zwischen 1939 und 1945 wirkt zumindest suspekt. Sie trafen sich regelmäßig mit Regimerepräsentanten und einflussreichen Funktionsträgern zu Konferenzen und Gesprächen, unterhielten mit diesen briefliche Korrespondenz und suchten häufig aus eigener Initiative den Kontakt. Als verschwiegene Hüter des Geheimnisses der Atom-

---

139 Vgl. ebd., S. 205.

140 Vgl. dazu allgemein ebd.

141 Ebd., S. 270.

142 Vgl. auch Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden 1968, S. 265.

143 Vgl. Herbig 1976, S. 198.

144 Vgl. Karlsch 2005, S. 47 f. u. S. 174.

145 Vgl. ebd., S. 180 f.

bombe fielen sie indessen nicht auf. In einem ersten Geheimbericht an das Heereswaffenamt im Dezember 1939 versäumte es Heisenberg nicht, auf eine Methode zur Herstellung nuklearer Sprengstoffe hinzuweisen.<sup>146</sup> Und v. Weizsäcker zeigte 1940 dem Heereswaffenamt die Möglichkeit nuklearer Sprengstoffe auf, 1941 verfasste er sogar eine Patentschrift für die Konstruktion einer Plutoniumbombe, an der auch Karl Wirtz mitwirkte.<sup>147</sup> Hahn und Straßmann taten ebenfalls nicht viel für die Geheimhaltung ihres gefährlichen Wissens, wenn sie in einem Bericht an das Heereswaffenamt Anfang 1942 auf die Möglichkeit einer nuklearen Explosionskraft zu sprechen kamen.<sup>148</sup> Auch Hahns Institut wurde dem Militärprogramm einverleibt.

Welche Motivation auch immer diesen Schritten zugrunde lag, die Atomwissenschaftler schafften es, die Begeisterung von Militärs und Rüstungsmanagern für die Atomforschung zu entfachen und wach zu halten.<sup>149</sup> Auf seiner Suche nach einer kriegsentscheidenden Waffe lud z.B. Albert Speer einzelne Kernphysiker 1942 zu einer Vortragsrunde mit einigen der bedeutsamsten Rüstungsorganisatoren.<sup>150</sup> Hahn, Heisenberg und v. Weizsäcker trafen dort neben Albert Speer – dem Rüstungsorganisator Hitlers – auf Erhard Milch – den Generalinspekteur der Luftwaffe – und Friedrich Fromm – den Chef der Heeresrüstung. Heisenberg referierte zwar schwerpunktmäßig über sein Prestigeprojekt eines Atomreaktors, doch unterließ er dabei nicht einen mehr als deutlichen Hinweis auf die mögliche militärische Verwendung der Kernenergie auch für Explosivstoffe. Einige der Anwesenden hörten davon zum ersten Mal und mussten sich, zumal als wissenschaftliche Laien und in Kriegszeiten, von der plötzlich aufgetauchten Möglichkeit einer ultimativen Zerstörungswaffe ganz automatisch fasziniert zeigen. Hahn und Heisenberg hatten zuvor Atomwaffen auch schon in anderen Gesprächen, etwa mit dem Reichserziehungsministerium, thematisiert. Verschwiegenheit bewahrten sich jedenfalls selbst der Genius und der Nestor der deutschen Atomwissenschaft gegenüber Amtsträgern des nationalsozialistischen Systems nicht. Ihre Antipathie gegenüber Hitler und der gesamten nationalsozialistischen Subkultur wie auch ihre pazifistische Züge tragende Gegnerschaft zum Krieg

---

146 Vgl. Kant 2002, S. 6 f.; vgl. auch Walker 2006, S. 134 ff.

147 Vgl. Reuth, Ralf Georg: Weizsäckers Atombomben-Patent, in: Welt am Sonntag, 20.03.2005; Walker 1993, S. 526 f.; ders.: Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Berlin 2005, S. 14 f.

148 Vgl. Walker 2006, S. 127.

149 Vgl. ders. 2005, S. 25 f.

150 Vgl. Hermann, Armin: Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Mißbrauch der Forscher, Stuttgart 1982, S. 191; Hoffmann 2005, S. 156 ff.

hielten einige der späteren Achtzehn nicht davon ab, Militärs und Rüstungskoodinatoren, die zum damaligen Zeitpunkt aufgrund des Kriegsverlaufs nach einer Massenvernichtungswaffe geradezu dürsteten, über die Möglichkeit einer kriegesischen Anwendung der Kernenergie zu informieren.

Man kann nicht mit endgültiger Sicherheit feststellen, dass eine Anzahl der Wissenschaftler es genoss, für einige Momente interessant und attraktiv auf die Machträger des Regimes gewirkt zu haben. Aber vieles deutet darauf hin. Ganz abwegig ist die Vermutung wohl nicht, dass die Atomphysiker nach einigen Jahren der staatlichen Ignoranz nun die Wertschätzung, die ihnen seit Kriegsbeginn entgegengebracht wurde, durchaus genossen. Zwar behagte den Atomphysikern die nationalsozialistische Staatsgewalt sicherlich nicht, doch fühlten sie sich auch nicht unwohl, als sich plötzlich diverse Institutionen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten vehement zu interessieren begannen.<sup>151</sup> Verantwortungsbewusstsein und moralische Größe – die mit der Göttinger Erklärung üblicherweise einhergehenden Attributionen also – bezeugt dieses Verhalten jedenfalls nicht gerade.

Einen scharfen Gegensatz hierzu bildet Max Born. Er war zeitlebens Gegner jedweder militärischer Verstrickung von Wissenschaft. Bereits im Ersten Weltkrieg hatte er jegliche Beteiligung an der Entwicklung chemischer und biologischer Kampfstoffe kategorisch abgelehnt, wohingegen Otto Hahn als „Gaskrieger“ Chemiewaffen entwarf und auch selbst an der Front zur experimentellen Anwendung brachte.<sup>152</sup> Bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus hielt Born von allen Göttinger Achtzehn am konsequentesten seine pazifistische Einstellung durch. Die Übereinstimmung von Denken und Verhalten war bei ihm beständig am größten.

Natürlich: Ohne sich allzu tief in das nationalsozialistische Institutionengeflecht zu verstricken, erspähte man die Möglichkeit, „alles mögliche Gute“<sup>153</sup> tun zu können – nämlich sich selbst und die Kollegen vor der Wehrmachtsuniform und der lebensbedrohlichen Gefahr eines Kampfeinsatzes zu bewahren,

---

151 Vgl. Hermann 1982, S. 169 u. S. 185 f.

152 Vgl. Gonsior, Bernhard J.: Zur strukturellen Verantwortungslosigkeit von Wissenschaft, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 195-209, hier S. 204.

153 Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Die Unschuld der Physiker? Ein Gespräch mit Erwin Koller, Zürich 1987, S. 42 f.

noch dazu mit vergleichsweise üppigen Etats bestückt zu werden.<sup>154</sup> Und zugleich war man humanitär und philanthropisch, rettete man doch schließlich Menschenleben. Denn durch die Beteiligung an „kriegswichtiger“ Forschung konnten Wehrdienstpflichtige „unabkömmlich“ gestellt und vor einer Einberufung zur Armee geschützt werden. Immerhin, alle ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten nutzte Heisenberg z.B. nicht voll aus; stets benannte er die fernere Zukunft als zeitlichen Ort realer Kernenergienutzung, stellte sie als ein keineswegs in Bälde zur Verfügung stehendes Kriegsmittel dar.<sup>155</sup> Heisenberg ließ in dieser Sache große Vorsicht walten, sodass seine Ankündigungen bei den maßgeblichen Entscheidungsträgern – wie Speer – zwar keine übertriebenen Erwartungen weckten, dennoch als attraktiv und förderungswürdig wahrgenommen wurden. Heisenberg ging in seinen Schilderungen immer nur so weit, wie es die Akquisition von staatlichen Geldmitteln und die personellen Freistellungen vom Militärdienst gerade erforderten. In diesem Punkt unterschieden sich die deutschen Kernenergieforscher sogar deutlich von ihren Pendants in der Raketenentwicklung – namentlich Wernher v. Braun –, die frei von Skrupeln zu jeder Zeit alle erdenklichen Ressourcen – auch in weitreichender Zusammenarbeit mit der SS – ausschöpften, um technologische Erfolge feiern zu können. Zumindest im Umfeld Heisenbergs und Hahns verbanden sich Hochtechnologie, Rüstungswirtschaft und Massenvernichtung nicht zu einer brisanten Mischung.

Trotzdem hielten auch Heisenberg, Hahn und v. Weizsäcker keine strikte Distanz zum Regime, sondern wählten den für sie komfortabelsten Weg einer begrenzten, man könnte sagen: gefahrlosen Kooperation. Unter keinen Umständen wäre wohl Hahn bereit gewesen, Hitler allen Ernstes eine atomare Sprengwaffe zur Verfügung zu stellen.<sup>156</sup> Indem man Verzicht auf die maximale Unterstützung durch den Staat übte – einmal davon abgesehen, dass man auch dann mangels industrieller Kapazitäten und Rohstoffen wohl kein Atomwaffenprogramm hätte starten können –, war man sich einigermaßen sicher, keine riskan-

---

154 Vgl. dazu auch Kühne, Ulrich (Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker): Wir hatten Angst, dass uns eine Atombombe auf den Kopf fällt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 08.02.2002.

155 Vgl. hierzu Hammerstein, Notker: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945*, München 1999, S. 398; Oexle, Otto Gerhard: *Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘*, Berlin 2003, S. 22 f.; Walker 2005, S. 26; Zierold 1968, S. 263.

156 Vgl. v. Weizsäcker 1987, S. 42 f.; ders. 1993, S. 337. Laut einer Schilderung v. Weizsäckers hätte Hahn nach eigenem Bekunden einen Selbstmord vorgezogen.

ten, weil militärisch verwendbaren Anlagen zu entwickeln. Und so konnte man sich innerhalb des unliebsamen Regimes ein verhältnismäßig bequemes, staatlich alimentiertes Refugium einrichten. Otto Hahn, Werner Heisenberg und ihre Teams unterließen es de facto nicht, von den Möglichkeiten des Regimes – zumindest eine Zeit lang – profitablen Gebrauch zu machen. Dass ihre Forschungsarbeiten aber in der Zukunft Grundlage militärischer Technologien sein könnten,<sup>157</sup> diese Gefahr blendeten sie aus oder stellten sie hinter den Primat wissenschaftlichen Fortschritts zurück. Zu bedenken gibt überdies, dass man sich auf die Ziviltechnologie eines Reaktors – einem „Uranbrenner“, wie man damals sagte – erst konzentrierte, nachdem man die rein wissenschaftliche Erkenntnis erlangt hatte, dass ein Atombombenbau unter den gegebenen Umständen des Kriegs und begrenzter Mittel überhaupt gar nicht realisierbar, eine moralische Entscheidung insofern überflüssig war.<sup>158</sup> Auf Basis dieses Wissens, einem Forschungsergebnis, trafen sie die aus ihrer Sicht schlichtweg rationale Entscheidung, auch keine weiteren Energien in ein solches Unterfangen mehr zu investieren, und konzentrierten sich nach dem Gebot der Effizienz fortan auf den Reaktorbau, den sie im Unterschied zur Atombombenentwicklung für ein durchaus realistisches Forschungsziel hielten. In erster Linie verhinderten also nicht moralisch-ethische Skrupel, sondern zuallererst technisch-ressourcenmäßige Barrieren eine im großen Stil betriebene militärische Nuklearforschung in Deutschland. Bis zu diesem Wendepunkt, etwa 1941, hatte man jedoch noch in alle Richtungen sondiert. Dennoch, die – letztlich mehr pragmatisch als pazifistisch vorgenommene – Unterlassung einer Atomwaffenentwicklung während des Zweiten Weltkriegs gereichte den späteren Manifestanten nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs zu einer ganz elementaren Ressource persönlicher Glaubwürdigkeit und moralischer Autorität, war grundlegende Voraussetzung für die überwiegend positive Resonanz der Göttinger Erklärung in der Öffentlichkeit.

Die später deutlich bekundete Ablehnung, ja Antipathie gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Handeln der politischen Elite des „Dritten Reichs“ schlug sich somit vor 1945 nicht im Verhalten nieder, fand im eigenen Wirken und Tun gleichsam keine Manifestierung. Wie viele andere deutsche Wissenschaftler nutzten einige der Göttinger Achtzehn die unter den besonderen Bedingungen des Kriegszustands außergewöhnlich große Bereitschaft des Staats, ge-

---

157 Die Entwicklung eines Reaktors ist stets auch Vorstufe zum Bombenbau.

158 Vgl. dazu Kühne, Ulrich (Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker): Wir hatten Angst, dass uns eine Atombombe auf den Kopf fällt, in: Süddeutsche Zeitung, 08.02.2002; v. Weizsäcker 1987, S. 44 f.

neröse Forschungsunterstützung zu leisten, um ihr persönliches Prestige in der Wissenschaftswelt durch die Hervorbringung neuer (technologischer) Errungenschaften zu steigern. Diesem Primat ordneten die Wissenschaftler ihre Bedenken gegenüber den größtenteils militärischen Verwendungszwecken ihrer Forschung unter. Manche ließen sich von den neuen Forschungsbedingungen, die in einem im Krieg befindlichen Regime vorherrschten, geradewegs faszinieren und hielten sich nicht lange mit moralischen Belangen auf, sondern gaben sich ihrem inneren Forschungsenthusiasmus hin. Nicht zuletzt Heisenberg sah in der Beschäftigung mit der Frage nach der Möglichkeit einer nuklearen Bombe eine wissenschaftliche Aufgabe, die seinen Ehrgeiz und Genius herausforderte. Dass sich die Forscher damit über die Jahre hinweg eine moralische Belastung aufbürdeten und – wenigstens potenziell – einen spezifischen Beitrag zur Führung eines Eroberungskriegs leisteten, setzte ihnen erst in dem Moment zu, als sie sich dafür nach dem Systemzusammenbruch moralisch zu verantworten hatten und ihre Nachkriegskarrieren in Bedrohung gerieten. Letztlich beschreibt der Ausdruck von einer „Kontinuität des Zwiespalts“<sup>159</sup> wohl am treffendsten das Verhalten von Heisenberg und seinen Kollegen. Sie wollten den nationalsozialistischen Machthabern keine Massenvernichtungswaffe entwickeln; aber sie wollten trotzdem staatlich finanziert forschen.

Zwei Dinge lassen insgesamt an der moralischen Tauglichkeit einiger Manifestanten zweifeln: Erstens begaben sie sich nahe an, wenn nicht sogar direkt in die Forschung zur militärischen Kernenergienutzung. Und zweitens zeigten sie aus diversen Eigeninteressen kaum Berührungsängste mit verbrecherisch agierenden Eliten und Institutionen des NS-Regimes. Heisenberg bspw. ließ sich bei seiner Berufung zum KWI-Direktor von Himmler protegieren, dem er dafür auch in einem Brief seinen Dank aussprach.<sup>160</sup>

In ihrem persönlichen Handeln zogen manche der Göttinger Achtzehn des Öfteren den pragmatischen Imperativ dem moralischen, auch verantwortungsbewussten vor. Otto Hahn z.B. hatte zum Zeitpunkt seiner Inthronisierung als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft im Jahr 1948 kein Problem damit, den berufsbiografisch NS-belasteten Ernst Telschow als MPG-Generalsekretär in der Führungsetage der Wissenschaftsorganisation zu belassen, da er ohne dessen zwanzigjährige Erfahrung nicht auskommen könne; Hahn verband sogar seinen eigenen Verbleib an der MPG-Spitze mit dem Telschows.<sup>161</sup> Dass Telschow

---

159 Walker 2005, S. 38.

160 Vgl. ebd., S. 28 f.

161 Vgl. Przyrembel, Alexandra: Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen

NSDAP-Mitglied gewesen war, aktiv die Kooperation der KWG mit NS-Institutionen gesucht und z.B. den Mentor des berüchtigten Konzentrationslager-Arztes Josef Mengele, Otmar v. Verschuer, der als „Rassegutachter“ tätig war, protegiert hatte, spielte dabei keine Rolle.<sup>162</sup> Noch mehr: Während Fritz Straßmann sich trotz persönlicher Nachteile den nationalsozialistischen Organisationen unbeirrt verweigerte und infolgedessen nach seiner Habilitation ohne Lehrstuhl blieb, suchten andere, wie z.B. Wilhelm Walcher, den Kontakt zu paramilitärischen NS-Gefügen wie dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK),<sup>163</sup> um bessere Karrierebedingungen zu erhalten. Drei der Göttinger Manifestanten – Otto Haxel, Hans Kopfermann und Wolfgang Paul – waren sogar Mitglieder der NSDAP.<sup>164</sup> Hans Kopfermann trat auch der „Reichsschaft Hochschullehrer“ des Nationalsozialistischen Lehrerbundes bei<sup>165</sup> und hatte ein besonders günstiges Eignungszeugnis für eine NSDAP-Mitgliedschaft vorzuweisen: Kopfermann habe „alle Bedingungen bestens erfüllt, die an einen einsatzbereiten Parteigenossen gestellt werden müssen“<sup>166</sup>. Er stieg zum Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität Kiel auf und besetzte einen durch die Nürnberger Rassengesetze frei gewordenen Lehrstuhl.<sup>167</sup> Innerhalb der Manifestantenschaft unterschieden sich deren Angehörige zum Teil eklatant im Grade ihrer während des NS-Regimes gezeigten Renitenz.

All dies ist von großer Bedeutung, wurde doch stellenweise der Versuch unternommen, das Manifest der Achtzehn als eine natürliche Konsequenz der bereits zu Zeiten des „Dritten Reichs“ verhaltenswirksamen Einstellungen der Beteiligten darzustellen, somit eine Kontinuität von moralischem Denken und Handeln zu suggerieren.<sup>168</sup> Indessen bedienten sich auch einige Protagonisten der Göttinger Erklärung für die Nachkriegszeit typischer Exkulpationsstrategien: die Betonung prinzipieller Unschuld und Politikferne wissenschaftlicher Forschung,

---

der ‚Verwaltenden‘ von Wissen während des Nationalsozialismus, Berlin 2004, S. 16.

162 Vgl. ebd., S. 14 f.

163 Vgl. Schlüpmann, Fußnote 12, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a3.htm> [eingesehen am 06.11.2007].

164 Vgl. ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a6.htm> [eingesehen am 06.11.2007] u. <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm> [eingesehen am 02.11.2007].

165 Vgl. ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a3.htm> [eingesehen am 06.11.2007].

166 Zitiert nach ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a7.htm> [eingesehen am 06.11.2007].

167 Vgl. ebd.

168 Vgl. beispielhaft Heisenberg 1980, S. 169 ff.



der Vorwand einer gesellschaftsdienlichen Konservierung der Institutionen und ihres Personals für die Dauer des NS-Regimes sowie die innere Ablehnung der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Nützlichkeit ihres Wissens und ihrer Forschungskompetenzen schützte Personen wie Hahn und Heisenberg sowohl im „Dritten Reich“ als auch anschließend in der Entnazifizierungsphase der Alliierten.

Bezieht man also die biografische Vergangenheit einiger der Göttinger Achtzehn in die Betrachtung mit ein, so lässt sich nicht ohne Weiteres davon sprechen, dass sie ausnahmslos in außergewöhnlicher Weise für den Status verantwortungsbewusster und mit hohem Ansehen ausgestatteter Wissenschaftler qualifiziert waren. Besonders dann nicht, wenn man die unterschiedlichen Verhaltensweisen innerhalb der Manifestantenschaft berücksichtigt und gegenüberstellt: Auf der einen Seite Otto Hahn, der sich in beiden Weltkriegen zweimalig formal in den Dienst militärischer Forschung stellte, und auf der anderen Max Born, der sich konsequent pazifistisch verhielt; Wilhelm Walcher und Otto Haxel, die aus karrieristischen Gründen Parteigenossen wurden, und Fritz Straßmann, der seine entschlossene Distanz zu nationalsozialistischen Organisationen mit beruflicher Stagnation verbüßte.

### 2.6.3 Die Manifestantenschaft nach 1957: stille Übereinkunft

Auch im Anschluss an das Manifest blieben die Göttinger Achtzehn eine in beständigem Kontakt stehende Gruppe. Nach der Bundestagswahl im September 1957 bekräftigten sie ihre Erklärung auf der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften am 28. September 1957 in Heidelberg.<sup>169</sup> Einige der Manifestanten versuchten darüber hinaus, für weitere Aktionen auf die wertvolle Ressource „Göttinger Achtzehn“ zurückzugreifen, den inzwischen einer großen Öffentlichkeit bekannten Wissenschaftlerkreis zu reaktivieren.<sup>170</sup> So zweimal v. Weizsäcker, der 1958 eine Stellungnahme zum Zivilschutz vor

169 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 480/S. 96.

170 Für die folgenden drei Beispiele vgl. v. Weizsäcker 1984, S. 200 f.; Brief Gerlach an die Organisatoren des Komitees „Kampf dem Atomtod“ vom 13.03.1958, in: <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm> [eingesehen am 02.11.2007]; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler), in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 229-235, hier S. 233; Kant 2002, S. 36 ff.; Rese 1999, S. 193 ff.

Atomgefahren entwarf sowie 1961 ein Achtzehner-Statement zur Sicherheitspolitik versuchte; und Born, der eine kollektive Beteiligung an der Anti-Atomtod-Bewegung für wünschenswert hielt. Alle drei beabsichtigten Aktionen kamen allerdings nicht zustande. Anscheinend war ohne eine Provokation von der Brisanz derjenigen Adenauers vom April 1957 schon keine innere Einheit mehr herzustellen. Bei wachsender Heterogenität der Gruppe war ein solches Disziplinierungsmoment unverzichtbar. Die Göttinger Achtzehn waren also beileibe keine uneingeschränkt aktionsfähige Einheit mit übereinstimmenden Auffassungen und jederzeitiger Bereitschaft zum Engagement. Am meisten fürchtete man sich wohl vor einer „roten“ Etikettierung als ideologisch dem Kommunismus verhaftete Parteigänger der Sowjetunion, wie überhaupt vor jeglicher Unterstellung politischer Intentionen. Hahn z.B. lehnte die Beteiligung an der Anti-Atomtod-Kampagne von 1958, die erkennbar unter sozialdemokratischem Einfluss stand, ziemlich entschieden ab, wohingegen Born deren Aufruf „Kampf dem Atomtod“ bereitwillig seine Unterschrift lieh.<sup>171</sup> In seiner herausgehobenen Rolle als MPG-Präsident wollte Hahn seine auf Renommee bedachte Forschungsgesellschaft nicht in den Ruch „linker“ Politik bringen. Dennoch unterhielt man die alte Verbindung, besprach all diese Dinge im vertrauten Achtzehner-Kreis. Auch dass im Oktober 1959 die Gründungsmitglieder der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) fast alle der Achtzehner-Equipe angehörten und deren Vorsitzender Kopfermann war, spricht allerdings nicht dagegen, dass sich die Formation über 1957 hinaus zumindest einen gewissen Zusammenhalt, einen Gruppencharakter bewahrte.<sup>172</sup> Und wenigstens potenziell stand der einstige Unterzeichnerkreis des Göttinger Manifests seinem Protagonisten v. Weizsäcker für dessen regierungskritischen Aktivismus gleichsam als Reserve im Hintergrund bereit.

---

171 Vgl. Kraus 2001, S. 275.

172 Vgl. Neuneck, Götz/Schaaf, Michael: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland, in: dies. (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland. Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006, Berlin 2007, S. 31-37, hier S. 34; Schirmacher 2007, S. 18; v. Weizsäcker 1984, S. 197; ders. 1996, S. 230.

## 2.7 DIE FOLGEN DES MANIFESTS

### 2.7.1 Das „zentral beherrschende Thema“: zur Resonanz der Medien

Was einen allgemeinen Erfolg der Göttinger Manifest-Aktion anbelangt, lässt sich freilich mit wissenschaftlicher Sicherheit nichts Exaktes nachweisen. Eindeutig messbar dagegen ist die enorme, zum Teil gleichlautend positive Presse-resonanz, auf die das Manifest stieß.<sup>173</sup> Eine solch übereinstimmende Thematisierung aber ist eine wichtige Voraussetzung, um von den politischen Akteuren eine Problembehandlung zu erzwingen.<sup>174</sup> Und je mehr Vertreter desselben Medientyps zu einem Thema berichten und kommentieren, desto stärker lässt sich von einer kollektiven Diskussion sprechen. In dieser Hinsicht schien das Manifest erfolgreich gewesen zu sein. Am 13. April 1957 dominierte die Göttinger Erklärung unzweifelhaft die Titelseiten der westdeutschen Tagespresse.<sup>175</sup> Bundesdeutsche Rundfunkanstalten sendeten den Wortlaut der Göttinger Erklärung und brachten im weiteren Tagesverlauf die Reaktionen aus der Politik. Jeweils eine Ausgabe später enthielten sieben der auflagenstärksten westdeutschen Tageszeitungen Kommentare. Doch damit nicht genug: Bis zum 18. April hatten dies mindestens fünfzehn dieser Zeitungen getan, von diesen wiederum neun mindestens zweimal. Im Ausland fand die Aktion in der Londoner *Times*, in der *New York Times* und in *Le Monde* wiederholt Erwähnungen.

Insgesamt blieb das Thema über eine Woche in den Zeitungen präsent, selbstverständlich nahm sich auch der *Spiegel* des brisanten Gegenstands an. In dem Hamburger Nachrichtenmagazin erschien neben einem Artikel zur Göttinger Manifest-Aktion auch sogleich eine groß aufgemachte, mehrwöchige Serie über die Geschichte der Atombombe.<sup>176</sup> Im *Meinungsspiegel der Heimatpresse*

---

173 Vgl. Rupp 1980, S. 81 u. Fußnote 403/S. 81 f.; vgl. auch Altner, Helmut: Die Franzosen reagierten positiv, in: Vorwärts, 26.04.1957.

174 Vgl. Eilders, Christiane: Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 27-51, hier S. 45.

175 Vgl. beispielhaft o.V.: 18 deutsche Forscher warnen vor Atomwaffen, in: Die Welt, 13.04.1957; o.V.: Beschwörender Appell der deutschen Atomforscher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.1957.

176 Beginnend mit: o.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, in: Der Spiegel, 08.05.1957.

wertete man die Göttinger Erklärung insofern nicht unberechtigt als das „zentral beherrschende Thema“, das „sensationelle Aufmachungen auf breiterer Front“ mit teilweise aggressiven Rügen des Regierungshandelns nach sich gezogen habe.<sup>177</sup>

Der Tenor fiel dabei überwiegend positiv aus, die Kommentatoren begrüßten die Manifestation zumeist. Für die Bewertung der Göttinger Erklärung ist dies von großem Gewicht, denn die gesellschaftliche und politische Bedeutung öffentlicher Meinung steigt mit dem Grad an ihr innewohnender Konsonanz. Je größer die Übereinstimmung der Meinungen, je einheitlicher die Willensbekundungen ausfallen und in eine gemeinsame Richtung deuten, desto eher gewinnt sie erfahrungsgemäß Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess.<sup>178</sup> Weil politische Akteure nicht einzelne Zeitungen auswerten, sondern das gesamte Themen- und Meinungsspektrum im Medienschwung zu erfassen suchen, erreichen Medien ihre größte Wirkung, wenn sie als „unified actor“ auftreten. Bei der Göttinger Erklärung war dies zum großen Teil der Fall. Sie bestätigt die Annahme, dass eine intensive Themenbehandlung in den Tageszeitungen in Kombination mit einer hohen Gleichförmigkeit der Bewertung und Kommentierung Druck auf die Regierung ausüben kann.<sup>179</sup>

Der durchschlagende Medientumult der Göttinger Erklärung ist daher hilfreich, um ihre Wirkung einschätzen zu können. Indem die Göttinger Erklärung, auf den Titelseiten der Tagespresse prangend, kaum zu übersehen und zu ignorieren war, nahm sie im Hinblick auf die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“<sup>180</sup> auf dem von Anbietern dichtbedrängten Nachrichtenmarkt für kurze Zeit so etwas wie eine Marktführerrolle ein. Der menschlichen Aufmerksamkeitsfähigkeit sind für gewöhnlich psychologische und physiologische Grenzen gesetzt. Für die kognitive Bewältigung von Eindrücken, die unaufhörlich auf den Menschen niederfallen, steht für gewöhnlich nur ein beschränktes Maß an Aufmerksamkeit zur Verfügung. Diese generelle Ressourcenknappheit könnte der Göttinger Erklärung geholfen haben, als offensichtlich wichtiges Tagesereignis wahrgenommen

---

177 O.V.: Meinungsspiegel der Heimatpresse von rund 200 Tageszeitungen aus allen Teilen des Bundesgebietes, Nr. 25/57, 17.04.1957, S. 2.

178 Vgl. dazu Eilders 2008, S. 44 f.

179 Zu dieser Annahme vgl. Laubenthal, Barbara: „Der Tod braucht keine Papiere“ – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien, in: Pfetsch/Adam (Hg.) 2008, S. 266-284, hier S. 282.

180 Vgl. hierzu Bade, Andreas: Kritische Anmerkungen zur neuen Ökonomie der Aufmerksamkeit, in: Bleicher, Joan Kristin/Hickethier, Knut (Hg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie, Münster u.a. 2002, S. 179-193, hier S. 180.

und mit Aufmerksamkeit bedacht zu werden. In der alltäglichen Bedrohung einer plötzlichen, großflächigen, unentrinnbaren Vernichtung durch Atomwaffen schlummerte vermutlich ein enormes Kapital der Aufmerksamkeit, das lediglich aktiviert werden musste. Die permanente, durch das bundesdeutsche Regierungshandeln nur noch verschärfte Nuklearwaffenbedrohung brauchte bloß noch ausreichend Raum im Bewusstsein der Menschen einzunehmen, um für deren Denken und Handeln relevant zu werden. Eine starke Medienpräsenz vermag so etwas zu leisten. Und so kann begründet davon ausgegangen werden, dass die Göttinger Erklärung nicht zuletzt aufgrund ihrer tagelangen Thematisierung auf Titelseiten und in Kommentarspalten bei den Lesern einen bleibenden Eindruck hinterließ. Offenbar zumindest in solch einem Ausmaß, das einem halbwegs auf Vollständigkeit pochenden Abriss der Geschichte der Bundesrepublik kaum erlaubt, sie nicht zu erwähnen.

### **2.7.2 Die Regierungspolitik**

Die Medien stürzten sich also begierig auf die Meldung von achtzehn wissenschaftlichen Experten, die den deutschen Regierungschef in harte Kritik nahmen. Doch in der politischen Praxis vermochte das Manifest gleichwohl keine nachhaltigen Auswirkungen zu zeitigen, erwirkte keine politischen Fesseln für die Bundesregierung in der Atomwaffenfrage und blieb, vom zeitweiligen Wahlkampf- und Parlamentsfuror einmal abgesehen, erstaunlich folgenlos. Zweifelloso kam es zu einigen öffentlichen Reaktionen, die mit der Göttinger Erklärung moralisch sympathisierten und mit ihr sachlich in Einklang standen – im Hinblick auf das Regierungshandeln änderte sich langfristig allerdings kaum etwas. Zunächst erreichte Adenauer unter gewohnt einfallsreicher und kühner Assistenz seines gerissenen Beraters Felix v. Eckardt unmittelbar nach der Veröffentlichung des Manifests via des gemeinsamen Kommuniqués, dass dessen Inhalt gehörig abgeschwächt wurde und wenigstens öffentlich die Beilegung des Konflikts mit den protestierenden Professoren dokumentiert werden konnte, ohne dabei freilich den Handlungsspielraum der Bundesregierung in wirklich bedeutsamem Maße einzuschränken. Eine letztgültige Entscheidung über die Anschaffung von Atomwaffen stand damals und innerhalb des Zeitraums, für den die Aussagen des Kommuniqués galten, ohnehin nicht an. Das Manifest engte den militärpolitischen Spielraum der Bundesregierung lediglich für eine unbedeutend kurze Zeitspanne ein, in der ohnehin keine Wegmarken gesetzt, wichtige Vorkehrungen getroffen und Beschlüsse gefasst werden mussten. Für den Bundeskanzler war dieser Konfliktausgang verschmerzbar, sogar hatte er sich im Zuge der Aussprache mit seinen Kritikern in aller Öffentlichkeit einsichtig, konziliant

und staatsmännisch zeigen können. Adenauer beraubte sich fast keiner seiner Möglichkeiten, büßte keinerlei Optionen ein, wenn er im April 1957 zusagte, für einige Monate auf eine Kernwaffenbeschaffung verbindlich zu verzichten. Der zukünftig einmal einzuschlagende Weg zu eigenen Atomwaffen war von der Göttinger Erklärung jedenfalls alles andere als unwiderruflich versperrt worden.<sup>181</sup>

Und auch Adenauers Nuklearwaffenambitionen erfuhren keine merkliche Abschwächung, seine sicherheitspolitischen Auffassungen blieben dieselben.<sup>182</sup> Der Kanzler kannte in diesen Dingen keine Skrupel und wusste um die Vorzüge einer vor der Öffentlichkeit verborgenen Geheimdiplomatie. Als habe er für die Nachwelt seine Gleichgültigkeit gegenüber den warnenden Wissenschaftlern und ihres Protests ostentativ dokumentieren wollen, unternahm Adenauer unmittelbar nach der Göttinger Manifest-Aktion nichts Geringeres, als in Washington persönlich den westdeutschen Anspruch auf Atomwaffen für die Bundeswehr zu untermauern. Nachdem CDU und CSU bei der Bundestagswahl im September 1957 die absolute Mehrheit gewonnen hatten, verabschiedete die Unionsfraktion unter den neuen Stimmenverhältnissen am 25. März 1958 – ziemlich genau ein Jahr war seit der Göttinger Erklärung verstrichen – eine parlamentarische EntschlieÙung, die „Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so (auszurüsten), dass sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können“.<sup>183</sup> Im Klartext bedeutete dies nichts weniger als die gesetzliche Befähigung zur späteren Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Sprengkörpern. Dass die NATO für die Bundeswehr längst die Aufnahme von Trägersystemen für Atomsprengköpfe vorsah, billigte die Bundesregierung ohne Umschweife. Eine Politik, welche die Anwesenheit von Atomwaffen auf westdeutschem Territorium unterbinden wollte, hätte anders ausgesehen.

Des Weiteren liefen unterdessen die Geheimverhandlungen mit Italien und Frankreich über eine gemeinsame Atombombenproduktion munter weiter, wurden Ende 1957 sogar offiziell und scheiterten erst auf Geheiß Charles de Gaulles, der im Sommer 1958 in den Elysée-Palast zurückgekehrt war und die Plannngen für eine von drei Ländern getragene Atomwaffenkoalition kurzerhand

---

181 Vgl. dazu Kap. 2.5.1 dieser Arbeit.

182 Für diesen Abs. vgl. Fischer 1994, S. 288 f.; Rupp 1980, S. 41 ff. u. Fußnote 399/S. 81; Zank, Wolfgang: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: Die Zeit, 26.07.1996.

183 Zitiert nach Rupp 1980, S. 41.

wieder abbrechen ließ.<sup>184</sup> Und auch die USA ließen Bonn ihre allgemeine Skepsis und eigentliche Missbilligung autonomer bundesdeutscher Atombomben wissen. Zum einen als versöhnliche Konzession, zum anderen als militärstrategische Maßnahme gewährte man im Rahmen eines Zweischlüsselsystems, bei dem die Einsatzfähigkeit der Waffen von der Einigkeit beider Parteien abhing, der Bundeswehr die Ausstattung mit nuklearwaffenfähigen Trägersystemen, mit denen im Ernstfall deutsche Streitkräfte US-amerikanische Sprengköpfe abfeuern konnten.<sup>185</sup> Bereits 1963 verfügte die Bundeswehr bei unterschiedlichsten Waffengattungen daher über Vorrichtungen, die für Nuklearraketen konstruiert waren, für – aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Reichweite von vierzig Kilometern eben – dieselben als „taktisch“ bezeichneten Kernwaffen, von denen Adenauer im April 1957 so skandalträchtig gesprochen hatte. Selbst die einstmals so oppositionell erregte SPD, die sich eine Zeitlang als die parlamentarische Speerspitze der Anti-Atomwaffenkreise begriff, gab in der Großen Koalition 1966 ihren Widerstand zugunsten einer Akzeptanz der Zweischlüsselregelung auf. Zu nicht geringen Teilen entsprach die letztlich umgesetzte Lösung ziemlich stark dem, was Adenauer und Strauß die ganze Zeit über angestrebt hatten: im militärischen Ernstfall aus Mündungen bundesdeutscher Waffen atomare Geschosse abfeuern zu können.

Formal verzichtete die Bundesrepublik auf Atomwaffen erst mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags im Jahr 1974. Doch war dieser eben nicht den Konsequenzen der Göttinger Erklärung – dem damit verbundenen moralischen Aufschrei verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen, zahlreicher weiterer Appelle und der parlamentarischen Debatte im Bundesparlament – geschuldet. Viel eher stieß die militärische Atompolitik der Bundesregierung Ende der 1950er, spätestens aber in den 1960er Jahren – ganz banal – an ihre außenpolitischen Grenzen. Kaum jemand in den Regierungszentralen der verbündeten Staaten wollte der Bundesrepublik autonome Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen konzedieren – Adenauer und die Bundesregierung hatten sich dem zu fügen. Ohne die Kooperationsbereitschaft benachbarter, im gleichen Bündnissystem stehender Länder und schon gar nicht gegen den Willen Washingtons ließ sich ein eigener Atomwaffenbesitz nicht verwirklichen. Praktisch war die bis dato gültige Kernwaffenentsagung der Bundesrepublik unfreiwilliges Resultat einer fehlenden Bereitschaft einflussreicherer Staaten, deren Einverständnis unerlässlich war, die Bundesrepublik in die exklusive Liga der Atom-

---

184 Zu Adenauers Geheimverhandlungen vgl. Schwarz 1991, S. 364-401.

185 Vgl. Strauß, Franz Josef: Die klare Konzeption, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22.10.1960.

mächte aufzunehmen. Ausdruck eines aktiven, freiwillig vorgenommenen Verzichts einer endlich zur ethischen Besinnung gekommenen Bundesregierung war sie dagegen nicht. Dass die Göttinger Erklärung „einen wesentlichen Anteil daran [hatte], dass Deutschland keine Atommacht wurde“<sup>186</sup>, ist folglich eine deutliche Übertreibung. Drastischer ausgedrückt: Das politische Manifest der Göttinger Atomwissenschaftler ist letztlich nicht in der Lage gewesen, das politische Handeln der Bundesregierung – wenn überhaupt – mehr als wenige Monate zu beeinflussen, es gar nachhaltig in eine gewünschte Richtung zu lenken.

### **2.7.3 Die Auswirkungen auf den Wahlkampf**

Auch die parlamentarische Debatte im Bundestag, ausgetragen am 10. Mai 1957,<sup>187</sup> hatte ihren Ursprung nicht im Göttinger Manifest, sondern war von der SPD-Fraktion schon zu einem früheren Zeitpunkt im Rahmen einer Großen Anfrage beantragt worden.<sup>188</sup> Allerdings erhielt sie infolge des Göttinger Atomwissenschaftlerprotests nun eine völlig andere gesellschaftliche Relevanz und eine viel größere Medien- und Bürgeraufmerksamkeit.<sup>189</sup> Die Sozialdemokraten wandelten im Übrigen auf ganz anderen Pfaden als die Göttinger Protestierer. Die sozialdemokratische Anti-Atomwaffenhaltung hatte ihren Ursprung in der Deutschlandpolitik, sah die SPD doch in einem Rüstungswettstreit mit der DDR die Chancen einer baldigen Wiedervereinigung – eines ihrer damals vornehmlichen politischen Ziele – sinken.<sup>190</sup> Doch verlieh die kritische Eingabe renommierter Wissenschaftler diesem Widerspruch zur Regierungspolitik zwischenzeitlich einen tieferen moralischen, noch dazu fachmännisch fundierten Sinn sowie eine tagespolitische Aktualität. Die SPDler in Bonn durften also am 13. April 1957 beim Aufschlagen der Zeitungen frohlocken. Die Sozialdemokraten versuchten dann auch, ihren Nutzen aus der glücklichen Fügung zu ziehen, und

---

186 Beer, Wolfgang: Von den „Göttinger 18“ in den „Whyler Wald“. Die Lernbewegung einer sozialen Bewegung ab 1957, in: DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Jg. 14 (2007) H. 4, S. 40-43, hier S. 40.

187 Vgl. dazu Rese 1999, S. 116-129.

188 Vgl. hierzu Müller-Martin, Josef: Im Atomdunst, in: Die Zeit, 16.05.1957; Rupp 1980, S. 106 f.; Strauß 1989, S. 324 ff.; Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 70 ff.

189 Vgl. DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1957. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1958, S. 18.

190 Vgl. Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 64.



machten in einem Entschließungsantrag die Kernpunkte der Göttinger Erklärung zu ihrem eigenen politischen Anliegen. Darin forderten sie die Bundesregierung auf, an die damaligen Atommächte Großbritannien, Vereinigte Staaten und Sowjetunion einen „feierlichen Appell“ mit der Forderung nach Einstellung aller Kernwaffenversuche zu richten sowie die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu unterlassen und den NATO-Partnern die Berechtigung zur Lagerung und Stationierung von militärischem Nukleargerät auf westdeutschem Gebiet zu entziehen.<sup>191</sup>

Adenauer bereitete die öffentliche Stellungnahme der achtzehn Professoren indes tatsächlich die Unannehmlichkeiten, die er nach der Veröffentlichung des Göttinger Manifests bereits befürchtet hatte. Das Thema ließ sich nicht mehr, wie wohl ursprünglich geplant, im begrenzten Raum des Bundestagsplenums, im Binnenraum des Bonner Politgebäudes, verwahren.<sup>192</sup> Denn die Aufregung um die warnenden Worte aus den kernphysikalischen Laboren und Denkstuben hatte, davon ist auszugehen, die Atomwaffenfrage in das Bewusstsein der Bevölkerung eingebrannt, die Menschen alarmiert und aufgerüttelt. Das Manifest stimulierte zudem eine Reihe weiterer Stellungnahmen und Solidaritätsbekundungen, von denen die bedeutsamste und für Adenauer wohl gefahrvollste der Appell des Friedensnobelpreisträgers Albert Schweitzer vom Osterdienstag war.<sup>193</sup>

Das „Notsignal aus dem afrikanischen Urwald“<sup>194</sup> stammte schließlich von einem Mann, von dem man annehmen muss, dass seine moralische Autorität gerade in der Unionswählerklientel ganz besonders viel galt. Eindringlich und mit ausführlichen Darlegungen warnte Schweitzer vor apokalyptischen Bomben, die „in einem Umkreis von mehreren Kilometern Menschen in Menge“ töten; davor, dass man radioaktives Wasser trinken und radioaktive Speisen zu verzehren bekäme; davor, dass Radioaktivität „in unserem Körper sich zu einer Gefahr für uns auswachsen kann“; nicht zuletzt vor schweren Erkrankungen des Bluts und Schädigung der Zellkerne, somit der menschlichen Nachkommenschaft.<sup>195</sup> Warum um Himmels Willen, so fragte Schweitzer, könnten die Staatsmänner nicht Anti-Atomwaffenabkommen schließen, wo doch die Gefahr so drastisch und au-

191 Vgl. auch Erler, Fritz: Sicherheit gegen äußere Gefahren, in: Vorwärts, 26.04.1957.

192 Vgl. Schwarz 1991, S. 329 f.

193 Vgl. o.V.: Albert Schweitzers Mahnruf, in: Die Zeit, 25.04.1957; Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1224.

194 So von der FAZ genannt, zitiert nach Rupp 1980, S. 85.

195 Schweitzers Radiobotschaft ist auch abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, Jg. 27 (1957) H. 15, S. 6397 ff. (23.04.1957).

genfällig sei? Mit der Göttinger Erklärung und dem Schweitzer-Appell verbanden sich aufklärerische Position und ethisches Postulat zu einer politischen Gefahr für die amtierende Regierung.<sup>196</sup> Erst dieser Kombination zweier Warnungen billigte Adenauer ein gehöriges Gefahrenpotenzial für seinen Wahlkampf zu, fassten doch seiner Meinung nach die westdeutschen Wähler die Worte Schweitzers als ein „Evangelium“<sup>197</sup> auf. Und gegen die Emotionen der Wähler, die sich nunmehr vor einer Ausstattung westdeutscher Soldaten mit nuklearen Kampfmitteln ängstigten – das wusste Adenauer –, würde nur schwer anzukämpfen sein.<sup>198</sup>

Die Göttinger Erklärung hatte das öffentliche Interesse an der in der Tat bedeutsamen Kontroverse nachhaltig geweckt und damit die Rahmenbedingungen, unter denen die Regierung die Debatte zu bestreiten hatte, deutlich verändert. Dem Kanzler war zudem angst und bange, dass sich der Wahlkampf im Schatten des Atomunbehagens abspielen würde.<sup>199</sup> Sorgenvoll währte er die für die Union an der Wahlurne besonders wichtigen weiblichen Stimmberechtigten in einen „Atomschreck“<sup>200</sup> versetzt. Adenauer schlug daher seinem Kabinett vor, aus Rücksicht gegenüber dem bevorstehenden Wahlkampf dem von den Regierungsgegnern atompolitisch geforderten Nein zur Stationierung von Atomwaffenträgern erst einmal zuzustimmen.<sup>201</sup> Das dem Militärfargon entlehnte Unterscheidungsmuster von „taktischen“ und „strategischen“ Nuklearwaffen gab Adenauer somit nicht aus moralischer oder wissenschaftlicher Einsicht – insofern der Rüge der Göttinger Erklärung folgend – auf, sondern er änderte es vornehmlich aus wahltaktischen Gründen in „kleine“ und „große“.<sup>202</sup>

Indes: Die Bundestagsdebatte erbrachte für die SPD nicht den erhofften Erfolg, die Regierung Adenauer in eine bis zum Wahltag anhaltende Krise zu stürzen. Stattdessen verschaffte sie dem Bundeskanzler, als dessen rhetorischer Schwertführer in der parlamentarischen Arena des Bundestagsplenums der schlagfertige Strauß agierte, sogar die Möglichkeit, die Zweifel an der sicherheitspolitischen Strategie der Bundesregierung auszuräumen. Strauß’ – sicher-

---

196 Vgl. Bald 1994, S. 81.

197 Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1224.

198 Vgl. dazu ebd., S. 1225.

199 Vgl. Adenauer 1967, S. 300.

200 Zitiert nach Rese 1999, S. 81.

201 Vgl. Strauß 1989, S. 324.

202 Vgl. Bald 1994, S. 25; Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1226.

lich auch mit Eigenlob bedachter – Auffassung zufolge war die brenzlige Situation für die Union im Hinblick auf den im September anstehenden Urnengang im Zuge des parlamentarischen Schlagabtauschs „weitgehend entschärft“<sup>203</sup> worden.

Dennoch ergab sich für die Opposition im Bundesparlament und die Manifestanten unabsichtlich ein wechselseitiger Gewinn. Die sozialdemokratische Atomwaffengegnerschaft besaß infolge des Manifests der Nuklearwissenschaftler eine viel stärkere Wirkungsmacht als zuvor und konnte nach der intensiven Berichterstattung und atompolitischen Diskussion in den Zeitungen während des Aprils 1957 berechtigt auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung hoffen. Und zugleich profitierten die Göttinger Achtzehn von der Aktivität der SPD, da ihr Manifest einen Monat nach dessen Veröffentlichung durch die Bundestagsdebatte neuerliche Aktualität erhielt und der brisanten Thematik auf diese Weise abermals zu Raum auf den Titelseiten der Tagespresse verholfen wurde.

Man geht sicherlich nicht zu weit, wenn man der Göttinger Erklärung einen Einfluss auf den nachfolgenden Wahlkampf bescheinigt. Denn aufgrund des öffentlichen Trubels um den Professorenappell, der selbst unachtsamen Parteistrategen kaum verborgen bleiben konnte, floss die atompolitische Thematik in die Wahlagenden der wichtigsten Parteien ein.<sup>204</sup> Die FDP beschäftigte sich plötzlich mit „Atomgefahr“ und „Atombewaffnung“, legte sich wahlprogrammatisch auf eine Gegnerschaft zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr fest und das freidemokratische Wahlmanifest räumte dem Slogan „Bewahrt uns vor der Atomgefahr!“ immerhin den zweiten Rang ein. Sogar der 1955 aus der Koalition ausgeschiedene Ex-Regierungspartner Adenauers, der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), forderte nach der Göttinger Erklärung eine Nicht-Stationierung von Atomwaffen in beiden deutschen Teilstaaten. Das SPD-Wahlprogramm schließlich las sich regelrecht wie ein Wunschzettel der Atomwissenschaftler. In diesem fand sich nicht nur die für Oppositionsparteien mittlerweile obligatorisch gewordene Forderung, einer fortschreitenden Atomwaffenverbreitung Einhalt zu gebieten, sondern auch die Entwicklung der Kernenergiegewinnung „als Grundlage eines Wohlstandes für alle“ mit großzügigen Staatsbeihilfen zu bedenken; sogar der von Heisenberg erdachte und von diesem vehement eingeforderte Forschungsrat sollte eingerichtet werden.<sup>205</sup> Was die Wahlprogrammatische anbelangte, so war der Atomwaffen-

---

203 Strauß 1989, S. 327.

204 Vgl. Rupp 1980, S. 117 ff.

205 Vgl. hierzu Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57, Berlin 1957, S. 344, S. 346

verzicht nach der öffentlichen Warnung der Atomwissenschaftler und der Rückendeckung durch moralische Autoritäten wie Albert Schweitzer im Sommer 1957 so etwas wie der wahlprogrammatische *Dernier Cri*.

Das Ergebnis der Bundestagswahl, der überwältigende Sieg Adenauers, lässt freilich nicht auf einen sonderlich großen Erfolg der Anti-Atomwaffenkampagne der Oppositionsparteien schließen.<sup>206</sup> Journalistische Kommentatoren und prominente Persönlichkeiten waren aus Anlass des Göttinger Manifests über die politischen Absichten der Regierung hergefallen, hatten Strauß und Adenauer in der öffentlichen Meinung in die Bredouille gebracht, und dennoch: Politisch konnte die Opposition im Wahlkampf ganz offenkundig kein Kapital aus der Attacke schlagen, die aus einem nichtpolitischen Raum vorgetragen worden war. Bei den entsprechenden Parteien hatte die Anti-Atomwaffen-Haltung im Wahlkampf allerdings auch einen unterschiedlichen Stellenwert besessen. Während die FDP sich im Allgemeinen in ihrer tatsächlichen Wahlkampfagitatio mit atompolitischen Äußerungen eher zurückhielt, waren bei der SPD kritische Worte über „Atombomben und Atomtod“ verlässlich auftretende Elemente von sozialdemokratischen Wahlkampfreden.<sup>207</sup> Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer erhob die Atomwaffen- zu einer „Schicksalsfrage“, in der Hoffnung, das Volkstotum würde der christdemokratischen Bundesregierung sodann eine bittere Niederlage versetzen. Die Verhinderung einer Atomwaffenlagerung auf westdeutschem Territorium, wie sie Ollenhauer nun propagierte, sollte aus sozialdemokratischer Sicht der große Pluspunkt mit wahlentscheidender Bedeutung sein.<sup>208</sup> Am Ende aber wollte niemand so Recht erkennen, dass die SPD besonders engagiert gegen die Atomrüstung vorging und die Atomfrage zu einem exponierten Aspekt ihres Wahlkampfes gemacht hätte.<sup>209</sup> Für den lauterer Wahlkämpfer Ollenhauer war dies tragisch. Schaut man allein auf die klaffende Distanz zwischen SPD- und Unionswahlresultat, scheiterte der sozialdemokratische Kanzlerkandidat kläglich, obwohl er sich doch in dieser entscheidenden Frage allem Anschein nach im Einklang mit der Wahlbevölkerung befand. Die Sozialdemokraten hatten sich zwar zu Recht in der Übereinstimmung mit der Volks-

---

(Zitat) u. S. 347. Zu Heisenbergs Konzept eines Deutschen Forschungsrates siehe Kap. 3.5 dieser Arbeit.

206 Die Unionsparteien obsiegten mit 50,2 % der Zweitstimmen, wohingegen die SPD auf 31,8 %, die FDP auf 7,7 % und der GB/BHE auf 4,6 % kamen.

207 Vgl. Wilker 1977, S. 75.

208 Vgl. Adenauer 1967, S. 299 f.

209 Vgl. DIVO-Institut (Hg.) 1958, S. 57.

meinung gewöhnt, doch sich anschließend auf einen nicht eingetretenen Automatismus verlassen.<sup>210</sup>

Doch Adenauer gelang es, sehr schnell andere politische Felder in den Vordergrund zu rücken und, unterstützt von einer überlegenen Wahlkampftechnik und dank einer überreizten SPD-Kampagne, die drohende politische Katastrophe für die Union abzuwenden.<sup>211</sup> Der Kanzler konnte sich dabei voll und ganz auf das Unbehagen seiner potenziellen Wähler verlassen, welches diese in den 1950er Jahren gegenüber den Politikern in Moskau konstant verspürten. Die UdSSR war in jenem Jahrzehnt eine ergiebige Quelle von Unsicherheit in der westdeutschen Bevölkerung.<sup>212</sup> Die von Adenauer systematisch weiter geschürte Angst vor dem Sowjetimperialismus wog bei den meisten Bundesbürgern daher viel schwerer als die vor Atomwaffen; schon allein, weil letztere im Zweifel tatsächlich Schutz vor heranrückenden Rotarmisten zu bieten schienen. Bereits während der zweiten Bundestagswahl 1953 hatte die SPD feststellen müssen, dass die „nach wie vor fehlende Wehrbereitschaft bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr das entscheidende Wahlkriterium darstellte“<sup>213</sup> – und so verhielt es sich auch vier Jahre später mit der Kontroverse um die Atombewaffnung. Die Angst vor Stalin und seinen Nachfolgern überwog jedes Mal aufs Neue die Unzufriedenheit mit diversen Verteidigungsmaßnahmen. Außerdem misslang der SPD, sich als eine rundum bessere Alternative zu den Unionsparteien zu präsentieren. Statt eine Niederlage zu erleiden, errang der „Alte“ aus Rhöndorf infolgedessen souverän einen der fulminantesten Wahlsiege der gesamten Demokratiegeschichte. Keine der bedeutsamen Parteien vermochte die Steilvorlage der Göttinger Achtzehn somit für einen erfolgreichen Angriff auf die Regierung zum eigenen elektoralen Vorteil in den Wahlkabinen zu nutzen.

---

210 Vgl. Rupp 1980, S. 104.

211 Vgl. Bald 1994, S. 88 ff.; Kitzinger 1960, S. 211-216; Schwarz 1981, S. 362; Strubel, Robert: Der Kurs der CDU, in: Die Zeit, 23.05.1957; Walter, Franz: Erich Ollenhauer. Lauterkeit und Phlegma, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 45-61, hier S. 54 u. S. 58.

212 Vgl. Braun, Hans: Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 18/1978, S. 281-306, hier S. 301.

213 Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 1984, S. 50.

Dergleichen hatte man unter Adenauer schon öfter beobachten können. So etwa im Umgang mit gewerkschaftlichem Protest. Am 12. November 1948 ließ der Gewerkschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets einen ganztägigen Generalstreik durchführen, dessen äußere Kennziffern beeindruckten: Achtzig Prozent der insgesamt 11,7 Millionen Beschäftigten nahmen daran teil, nur zehn Prozent der etwa 3000 Betriebe leisteten an diesem Tag ihr normales Arbeitspensum, 2100 lagen komplett still. Eine Veränderung des wirtschaftspolitischen Kurses in Richtung eines anderen Systems als das des Kapitalismus einer freien Wirtschaft konnte freilich nicht erreicht werden. Das von den Gewerkschaften heftig kritisierte Betriebsverfassungsgesetz wurde trotz der vorherigen Ankündigung von Verhandlungen im Sommer 1952, taktisch geschickt kurz vor der parlamentarischen Sommerpause, ohne jede Veränderung verabschiedet.<sup>214</sup> Auch in diesem Fall klang die gesellschaftliche Empörung ab, konnte die Regierung trotz enormen öffentlichen Massenprotests ihre umstrittenen Maßnahmen – für den Wahlausgang folgenlos – durchsetzen und anschließend parlamentarisch sogar die absolute Mehrheit an Mandaten holen. Die Rüstungspolitik der Bundesregierung reihte sich – eben auch in der Frage atomarer Waffen – in diese Serie regierungspolitisch vergeblichen Gesellschaftsprotests ein.

## **2.7.4 Die Reaktionen weiterer gesellschaftlicher Kräfte**

### **Die Gewerkschaften**

Auf Seiten der Gewerkschaften hatte man sich schon vor der Göttinger Erklärung ein wenig mit atompolitischen Sachverhalten beschäftigt, doch betraf dies in erster Linie die Auswirkungen der neuen Technologie auf das Arbeitsleben,<sup>215</sup> also für die Gewerkschaften unmittelbar relevante Aspekte. Bemerkenswerterweise appellierte der 4. Bundeskongreß des DGB in Hamburg im Oktober 1956 an die Staatsmänner aller Länder, die Herstellung und Tests von Nuklearwaffen unverzüglich einzustellen.<sup>216</sup> Nicht zuletzt deshalb reagierten die Gewerkschaften auf die Göttinger Erklärung reflexartig mit Solidarisierung und zustimmender Positionierung<sup>217</sup> – erfuhr ihr bereits zuvor eingenommener Standpunkt doch

---

214 Vgl. ebd., S. 47 ff.

215 Vgl. Fischer 1994, S. 269.

216 Vgl. Michaltscheff, Theodor: Die unverwüstliche Opposition. Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung 1945-1960. Aus dem Nachlaß herausgegeben und bearbeitet von Stefan Appelius, Oldenburg 1994, S. 78.

217 Vgl. hierzu Grebing, Helga: Gewerkschaften: Bewegung der Dienstleistungsorganisation – 1955 bis 1965, in: Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): Ge-

nun durch die Zustimmung ausgewiesener Experten und die Zubilligung von Aktualität durch die Medien eine gehörige Aufwertung. Der für Göttingen zuständige DGB-Landesbezirk verkündete schon am 15. April 1957, das „deutsche Volk könne sich jedenfalls glücklich schätzen, solche Wissenschaftler zu haben“<sup>218</sup>. Der mächtige IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner schloss sich postwendend dem Manifest an und prangerte eine militärische „Gernegroßpolitik“<sup>219</sup> der Bundesregierung an.<sup>220</sup> Ebenfalls sprach sich der DGB-Bundesvorstand gegen die Lagerung atomarer Waffen auf bundesdeutschem Boden aus und richtete an die Bundesregierung und die Parteien den Appell, „noch einmal zu prüfen, in welcher Weise den Besorgnissen der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung Rechnung getragen werden kann“<sup>221</sup>. Bemerkenswert ist, dass der von Bürgerlichen gewagte Protest gegen die Regierung vor allem von den Interessenvertretern proletarischer Gesellschaftsgruppen aufgenommen und fortgeführt wurde. Ein aktives Gewerkschaftsengagement setzte allerdings erst im März 1958, auf dem Höhepunkt einer weiteren parlamentarischen Bundestagsdebatte, ein. 44 Wissenschaftler hatten die Gewerkschaften zu einer Kampagne gedrängt, woraufhin diese an der Gründung des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ teilnahmen. Neue gewerkschaftlich relevante Fragen und Probleme kamen auf, so z.B. die mögliche Weigerung von Arbeitern, sich an der Errichtung von militärischen Abschussbasen nuklearer Waffen zu beteiligen. Zu Ostern 1958 und in den Wochen danach wurden Großkundgebungen in München, Mannheim, Dortmund und Essen organisiert, die rund 300.000 Menschen besuchten. Gegen den „Atomtod“ richteten sich auch ca. 1500 Maikundgebungen. So richtig in massendemonstrative Fahrt kam die öffentliche Atomwaffengegnerschaft folglich erst ein Jahr nach der Göttinger Manifest-Aktion. Auf die Straße trieben die achtzehn Professoren mit ihrer Erklärung zunächst kaum jemanden.

## Die Kirchen

Angesichts des Status' von Großorganisationen mit enormer gesellschaftlicher Reichweite verhielten sich die Kirchen zwar nicht gänzlich ignorant, aber doch deutlich zurückhaltender als die Gewerkschaften. Dass von der katholischen

---

schichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 149-182, hier S. 159 ff.; Rupp 1980, S. 82 ff.

218 Zitiert nach Rupp 1980, S. 83.

219 Zitiert nach ebd., S. 82.

220 Vgl. o.V.: Metallgewerkschaft gegen Umrüstung auf atomare Waffen, in: dpa, 13.04.1957.

221 Zitiert nach Grebing 1990, S. 160.

Kirche keine Zustimmung kam,<sup>222</sup> verwundert angesichts deren unverblühten Unterstützung der christdemokratischen Regierung nicht. Anders verhielt sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Immerhin acht prominente EKD-Persönlichkeiten, unter ihnen die Kirchenpräsidenten Niemöller und Stempel, Präses Scharf und Probst Grüber, entsendeten den Göttinger Achtzehn ein Danktelegramm, „für den Dienst, den Sie dem deutschen Volk und der Menschheit ... geleistet haben“<sup>223</sup>. Weiter hieß es dort, man sei „tief bewegt davon, dass deutsche Gelehrte aus echtem wissenschaftlichen Ethos und letzter Verantwortung ihre Gewissensbindung über alle andere Rücksicht gestellt haben“. Gruppen aus der Bekennenden Kirche sowie die Theologieprofessoren Hans Iwand und Helmut Gollwitzer riefen vor der Bundestagswahl 1957 zur Wahl einer der Oppositionsparteien bzw. zur Nichtwahl von CDU/CSU auf. Der politische Einfluss dieser Akteure auf den Wahlausgang war jedoch offenkundig verschwindend gering.<sup>224</sup>

### **Sonstige Akteure**

Einzelne Lokal- und Regionalparlamente wie die Hamburger Bürgerschaft oder die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung übernahmen die Forderungen der Göttinger Achtzehn für eigene politische Resolutionen und beglückwünschten die Professoren zu ihrer mutigen Tat.<sup>225</sup> Interessant ist hier vor allem, dass sich als Politiker begreifende Mandatsträger die Meinung der achtzehn dezidiert apolitisch auftretenden Atomwissenschaftler für richtig befanden und sich selbst aneigneten – hatte doch Adenauer zuvor die Professoren offiziell für unfähig befunden, politische Urteile zu fällen.

Die Manifestanten regten auch unter Intellektuellen Protesthaltungen an und gerieten prompt zum Objekt der nicht gerade üppigen politischen Protestliteratur jener Jahre.<sup>226</sup> Günther Weisenborn schrieb eine „Göttinger Kantate“, deren Inszenierung sich Erwin Piscator annahm. Und der Protestsänger Gerd Semmer verfasste ein „Atomgedicht 57“. Sodann meldeten sich noch diverse Einzelpersonen von hohem öffentlichen Ansehen sowie lose Gruppen unterstützend zu

---

222 Vgl. Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 60.

223 Zitiert nach Rupp 1980, S. 83 sowie folgend Fußnote 410/S. 83.

224 Vgl. ebd., S. 93.

225 Vgl. ebd., S. 83 ff.

226 Vgl. hierfür Maschuff, Günther: „... die Mörder sind inmitten.“. Protestliteratur unter Adenauer, in: Siepmann, Eckhard (Hg.)/Lusk, Irene (Bearb.): Kalter Krieg und Capri-Sonne. Die fünfziger Jahre. Politik – Alltag – Opposition, Berlin 1981, S. 118-122, hier S. 118.



Wort. Karl Barth vermeldete aus Basel, die Göttinger Professoren hätten schlichtweg „die Wahrheit“<sup>227</sup> gesagt. Albert Schweitzer ließ, wie bereits erwähnt, kraft seines weltweiten Prestiges einen eigenen Appell folgen,<sup>228</sup> dem Adenauer in seinen Erinnerungen zubilligte, die „allgemeine Unruhe in der Bundesrepublik in erschreckender Weise“<sup>229</sup> noch einmal gesteigert zu haben. Von ostdeutschen Atomphysikern erging aus der DDR eine Solidaritätsnote mit der Forderung, Kernwaffenversuche einzustellen.<sup>230</sup> Außerdem ereilte Adenauer ein offener Brief 99 Kulturschaffender, die sich den Inhalt der Göttinger Erklärung zu eigen machten.<sup>231</sup> In England erhoben sich einige Tage nach der Göttinger Erklärung gleichfalls Atomwissenschaftler mit einer öffentlichen Warnung vor den Gefahren der Wasserstoffbombe, worüber auch deutsche Medien berichteten.<sup>232</sup> Die rasche Abfolge von Stellungnahmen und Reaktionen unterschiedlichster Art und Herkunft hielt das Thema in den Medien und aktualisierte wiederholt die Forderungen des Göttinger Manifests.

### 2.7.5 Ein demoskopischer Stimmungsumschwung

Gewerkschafter, Kirchenleute, Medienmenschen und sogar ganze Professorenscharen reagierten also auf das Schriftstück aus der Universitätsstadt Göttingen. Neben diesen Reaktionen bestimmter Institutionen, Organisationen und Persönlichkeiten aus Gesellschaft und Politik lässt sich überdies vermuten, dass sich die Göttinger Erklärung auch auf die politische Stimmung der Bevölkerung auswirkte. Im Herbst 1955 rechnete man in Deutschland im Falle eines neuen Kriegs noch kaum mit dem Einsatz von Kernwaffen; fast die Hälfte der Befragten (49 Prozent) gab dies an.<sup>233</sup> An diesem Zustand änderten selbst einige Geschehnisse nichts, die geeignet waren, für Aufregung unter den Bürgern zu sorgen. Das Bekanntwerden einer Stationierung von US-Atomwaffen auf westdeutschem Staatsgebiet rief so gut wie keine Ablehnung und auch kein demoskopisch ge-

---

227 Rupp 1980, S. 84.

228 Vgl. ebd., S. 84 f.

229 Adenauer 1967, S. 301.

230 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 424/S. 85; o.V.: Ardenne begrüß die Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.04.1957.

231 Vgl. ebd., S. 87.

232 Vgl. o.V.: Auch in England erheben Wissenschaftler ihre Stimme, in: Die Welt, 18.04.1957.

233 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 318/S. 65.

messenes Unbehagen in der Bevölkerung hervor.<sup>234</sup> Nur etwa ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung lehnte es Mitte der 1950er Jahre ab, dass auf ihrem Heimatboden US-amerikanische Atomwaffen lagerten. Schon gar nicht war an öffentliche Proteste zu denken, wie sie der Politik zu Beginn der 1980er Jahre im Zuge der Raketenrüstung entgegenschlugen. Lediglich einige protestantische Geistliche richteten einzelne Appelle an die Kirchenleitung und forderten ein Einschreiten bei der Regierung von Seiten der Kirche – offenbar ohne Erfolg. Obwohl Mitte des Jahres 1955 im Zuge des NATO-Manövers „Carte Blanche“ das Vernichtungsrisiko für die Zivilbevölkerung im Falle eines militärischen Konflikts innerhalb Europas ersichtlich wurde, kümmerte dies kaum jemanden. In dem hypothetisch durchgespielten Konfliktfall zwischen Ost und West regnete es über dem Gebiet der Bundesrepublik fünf Tage lang Atombomben, die das Land mit 268 radioaktiven Explosionen in Staub und Asche gelegt hätten; achtzig Prozent aller eingesetzten Atombomben detonierten in dem Planspiel über Westdeutschland.<sup>235</sup> Obzwar der *Spiegel* darüber berichtete, hatten dieses Ereignis Umfragen zufolge nur um die zwanzig Prozent der Bevölkerung überhaupt registriert. Scheinbar waren die parlamentarischen wie außerparlamentarischen Oppositionskräfte zu dieser Zeit zu sehr mit den Problemkomplexen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung beschäftigt, ihre intellektuellen Kräfte also von anderen Fragen absorbiert. Ein Jahr vor dem Göttinger Manifest stand die Bevölkerung der Bundesrepublik Atomwaffen mit keiner entschiedenen Ablehnung gegenüber: Nur weniger als die Hälfte sprach sich dezidiert gegen Kernwaffen aus, über ein Drittel votierte hingegen für eine Ausrüstung des Bundesheeres mit atomarem Gerät und knapp zwanzig Prozent zeigten sich unentschlossen.<sup>236</sup> Ganze 35 Prozent der Befragten waren bereit, Westdeutschland in einem Krieg notfalls auch mit Atombomben zu verteidigen.<sup>237</sup> Und vierzig Prozent hielten einen Atomkrieg für die anstehenden Jahrzehnte eigentlich für unwahrscheinlich.<sup>238</sup> Von einer ausgeprägten Skepsis gegenüber den Konsequenzen einer deutschen Nuklearbewaffnung innerhalb der bundesrepublikanischen Bevölkerung konnte man vor 1957 offenbar nicht sprechen.

Auch wenn sich ein direkter Zusammenhang wissenschaftlich im Nachhinein nicht mehr feststellen lässt: Die Göttinger Erklärung fiel zeitlich ungefähr zusammen mit erstmaligen Wandlungen der von den Umfrageinstituten gemesse-

---

234 Vgl. auch folgend ebd., S. 66 ff.

235 Vgl. o.V.: Überholt wie Pfeil und Bogen, in: Der Spiegel, 13.07.1955.

236 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 298.

237 Vgl. ebd., S. 360.

238 Vgl. ebd., S. 366.

nen Bevölkerungsstimmung. Demoskopische Momentaufnahmen im April 1957 ergaben eine deutliche Ablehnung einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr in der Bevölkerung.<sup>239</sup> Auch die Kanzlerzustimmungswerte waren, so scheint es zumindest, von dem Manifest beeinträchtigt worden. Bei Allensbach befand sich Adenauer jedenfalls seit April 1957 in einem Abwärtstrend, erreichte das Einverständnis mit seiner Politik bei den befragten Bundesbürgern für das gesamte Jahr 1957 einen mehrere Wochen anhaltenden Tiefststand, während die Ablehnung auf den zweithöchsten Wert des Wahljahres kam. Und auch Adenauer schrieb dem Manifest, das die Gefahr atomarer Waffen zur Sprache brachte, einen Angstmachereffekt zu. Der „Alte“ erinnerte sich später, dass den Menschen „die Furcht im Nacken“<sup>240</sup> saß, die sich ferner auf andere damalige Streitfragen auszuwirken schien.

Und in der Tat: Sprachen sich in den frühen 1950er Jahren noch selten mehr als fünfzig Prozent der Befragten allgemein gegen eine Wiederbewaffnung aus, stieg der Wert auf über sechzig, einmal sogar über siebzig Prozent.<sup>241</sup> Ein Jahr vor der Göttinger Erklärung waren einer Allensbach-Umfrage zufolge 49 Prozent gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, im April 1957 lag dieser Wert aber bei 64 Prozent.<sup>242</sup> Es hat den Anschein, als aktivierte die Göttinger Erklärung eine negative Einstellung gegenüber den düsteren Waffen, die unerschwinglich schon vorhanden war und sich erst infolge des politischen Manifests zu artikulieren begann.<sup>243</sup> Auch scheint das Manifest Aufklärung betrieben zu haben: Glaubten 1955 noch zwanzig Prozent der Befragten, dass es einen „wirksamen Schutz“ gegen Atomwaffen gebe, sank dieser Wert im April 1957 auf fünf Prozent.<sup>244</sup> Die deutliche Korrelation zwischen dem von der Göttinger Erklärung ausgelösten Eklat um Adenauers öffentlich bezeugtes Liebäugeln mit dem Besitz von nuklearen Waffensystemen und der demoskopisch merkliche

---

239 Vgl. Schwarz 1991, S. 337.

240 Adenauer 1967, S. 301.

241 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 296; Rupp 1980, S. 89.

242 Vgl. Buchstab (Bearb.) 1990, Fußnote 8/S. 1224.

243 Vgl. Rupp 1980, S. 89.

244 Siehe DIVO-Institut (Hg.) 1958, S. 20. Der staatlicherseits betriebene Zivilschutz war in der Tat unzureichend, Sicherheitsvorkehrungen für einen Atomkrieg mussten weitgehend privat organisiert und bezahlt werden; vgl. Biess, Frank: »Jeder hat eine Chance«. Die Zivilschutzkampagnen der 1960er Jahre und die Angstgeschichte der Bundesrepublik, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (unter Mitarbeit von Claudia Weber) (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 61-93, hier S. 77.

Stimmungsumschwung der Bürger in Richtung einer erheblich kritischeren Einstellung zur Wiederbewaffnung und Atomrüstung sprechen für einen wirksamen Impuls, den Manifest der Achtzehn gab.

### **2.7.6 Die Konsequenzen für die Manifestanten**

Für die Manifestanten blieb das Unterfangen einer politischen Manifestation ebenfalls nicht folgenlos. Mit der Beteiligung an der Göttinger Erklärung konnten die Wissenschaftler ihr gesellschaftliches Prestige enorm vergrößern, das unter dem Strich positiv beurteilte Ereignis mit ihrer Biografie unauflösbar verbinden. In kaum einer Darstellung des Lebens eines jeden der Achtzehn – gleich ob in lexikalischer Kürze oder monografischer Breite – fehlt der biografische Verweis auf die Teilnahme an der Göttinger Erklärung. Mit dieser Tat konnten sie sich für den Rest ihres Lebens gleichsam dekorieren. Unterzeichner wie Born, Hahn und v. Weizsäcker stiegen in den Rang hoher moralischer Kapazitäten empor, deren Worte fortan in Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik als ethisch richtungsweisend galten. Zugespitzt: Mit einer singulären Aktion erwarben sich die achtzehn Professoren einen historisch anhaltenden Ruhm und sicherten sich einen beständigen Platz im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik. Wer würde sich diesseits der physikalischen und chemischen Fachdisziplinen denn noch an Wolfgang Riezler, Wilhelm Walcher oder Friedrich-Adolf Paneth erinnern? Das Manifest aber, die auch ein halbes Millennium später in der Öffentlichkeit gefeierte „Göttinger Erklärung“, bezeugt bis in die Gegenwart hinein die moralische Weisheit dieser achtzehn Männer, lässt ihre Namen immer wieder in Geschichtswerken auftauchen. Für die Manifestanten lässt sich somit allgemein feststellen, dass sich ihr Bekanntheitsgrad und Renommee im Vergleich zum Status quo ante gewaltig erhöhten. Das Extrembeispiel für diesen Effekt bildet hierbei sicherlich Carl Friedrich v. Weizsäcker, der zum hochgeachteten „Atomwaffenphilosophen“ und gern befragten Gesellschafts- sowie Friedensanalytiker avancierte.<sup>245</sup>

### **2.7.7 Zur historischen Resonanz**

Sogar Jahrzehnte später taugte die Göttinger Erklärung noch für einen Hieb auf die christdemokratische Regierungspolitik in Fragen der Abrüstung. Anlässlich des dreißigsten Jahrestags des Manifests versuchte die SPD im April 1987, der Kohl-Regierung eine vermeintliche Intransigenz in der Abrüstungsbereitschaft

---

245 Vgl. Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

vorzuwerfen, eine ähnliche Verfehlung wie sie die Adenauer-Regierung begangen habe.<sup>246</sup> Außerdem ließ sich mit der Göttinger Erklärung die Aureole der Ära Adenauer doch etwas trüben und die Angemessenheit des gemeinhin positiv bewerteten politischen Handelns des ersten Bundeskanzlers kritisch hinterfragen.<sup>247</sup> Und wann immer es gegen die Atombewaffnungsabsichten von Politikern zu Felde zu ziehen gilt, kann sich die Nuklearwaffenopposition auf die beherzte Tat der achtzehn Professoren im April 1957 berufen. Auch dient sie Wissenschaftlern seither gerne als Rechtfertigung für das Vorbringen politischer Stellungnahmen – man nehme ja schließlich Verantwortung wahr, wie es auch die Nobelpreisträger Hahn, Heisenberg und Born getan hätten. Kurzum: Die Göttinger Erklärung konstituierte einen historischen Präzedenzfall und Bezugspunkt gesellschaftlich akzeptierten, ja zelebrierten Protests von Wissenschaftlern gegen politische Maßnahmen im Allgemeinen, die Atombewaffnung im Besonderen, auf den sich zu passenden Gelegenheiten berufen lässt.

### 2.7.8 Fortdauernde Reaktionen

Die Göttinger Erklärung, so lässt sich vermuten, katalysierte in einigen Großorganisationen der westdeutschen Gesellschaft die im Ansatz zwar bereits existierende, jedoch erst im Verlauf der Monate nach dem politischen Manifest in Gang gekommene Auseinandersetzung mit der Problematik nuklearer Waffenarsenale. Dies soll im Folgenden an den Beispielen von SPD, Gewerkschaften und Evangelische Kirche veranschaulicht werden.

### Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Obwohl der „Atomtod“ schon Bestandteil der Kampagne zur Bundestagswahl 1957 gewesen war, erreichte der sozialdemokratische Anti-Atomwaffenaktivismus erst 1958 seinen Höhepunkt. Manche Geschichtsinterpreten messen diesem Ereignis eine hohe Bedeutung bei: Mit dem Engagement im Widerstand gegen Atomwaffen habe sich die SPD ein letztes Mal ihrer Tradition als Partei und sozialer Bewegung besonnen.<sup>248</sup> Und tatsächlich gaben sich die gerade von einer

---

246 Vgl. Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Betrachtungen zum 30. Jahrestag der Göttinger Erklärung, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 10.04.1987.

247 Vgl. bspw. ebd.

248 So Nehring, Holger: Die Anti-Atomwaffen-Proteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957-1964, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 22-31, hier S. 25.

heftigen Wahniederlage erschütterten Sozialdemokraten in diesen Tagen erstaunlich entschlossen und aktionistisch. Offenbar witterten die Parteistrategen das oppositionelle Potenzial, welches in der Atomwaffenfrage noch immer schlummerte. Der Stuttgarter SPD-Parteitag beschloss im März 1958 kämpferisch, den Protest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr mit allen erdenklichen Mitteln der Politik fortzusetzen.<sup>249</sup> Anschließend begann am 23. März 1958 die Anfang des Jahres von der SPD konstruierte Kampagne „Kampf dem Atomtod“ mit einer feierlichen Kundgebung in der Frankfurter Kongresshalle, der mehr als 2000 Bürger beiwohnten.

Der parteipolitische Einschlag dieser Veranstaltung war unschwer zu erkennen: Der martialisch klingende Arbeitsausschuss „Kampf dem Atomtod“ verfasste einen Aufruf, den u.a. sozialdemokratische Parteigrößen wie Erich Ollenhauer, Carlo Schmid, Max Brauer und Gustav Heinemann unterzeichneten.<sup>250</sup> Unter Beteiligung von lokalen Organisationseinheiten der SPD und der Gewerkschaften wurden rasch Landes- und Ortsgruppen gebildet – denn auch die drei Vorsitzenden des DGB, Willi Richter, Bernhard Tacke und Georg Reuter, hatten ihre Namen unter den Aufruf gesetzt.<sup>251</sup> Im alten Stil der Arbeiterbewegung organisierte die neue Atomwaffenopposition schließlich Großdemonstrationen und -kundgebungen, auch Warnstreiks und Fackelmärsche – zwischen April und Juni 1958 brachte dies ca. 325.000 Menschen auf die Straßen.<sup>252</sup> Einer Rede des Hamburger Bürgermeisters Max Brauer hörten am 17. April 1958 – ziemlich genau ein Jahr nach der Göttinger Erklärung – 120.000 bis 200.000 Menschen zu.<sup>253</sup> In Mannheim (50.000), Hannover (40.000) und Bielefeld (25.000) ereigneten sich unter der Ägide von SPD und Gewerkschaften wahre Massenaufläufe.<sup>254</sup>

In jenen Tagen und Wochen zogen erregte Bürger mit zynisch-sarkastischen Parolen wie: „So etwas wie Hiroshima findet Adenauer prima“ oder: „Wir wollen so alt werden wie Konrad“, durch die innerstädtischen Straßen deutscher

---

249 Vgl. hier und folgend Michaltscheff 1994, S. 66 f.

250 Vgl. ebd., S. 65.

251 Vgl. ebd., S. 79.

252 Vgl. Nehring 2003, S. 25 u. S. 29; dazu auch Brand et al. 1984, S. 52 ff.

253 Vgl. Schildt, Axel: Bürgermacht gegen die Bombe, in: Spiegel Online/einestages, 17.04.2008, in: [http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht\\_gegen\\_die\\_bombe.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht_gegen_die_bombe.html) [eingesehen am 17.04.2008].

254 Vgl. Michaltscheff 1994, S. 80.

Metropolen.<sup>255</sup> Auch der Widerstand der Göttinger Achtzehn fand sich darin wieder, fragten doch Protestplakate, ob ein Bundeskanzler klüger als achtzehn Atomforscher sein könne.<sup>256</sup> Auch den Maifeiertag stellte die SPD unter die Parole „Kampf dem Atomtod“ und deklamierte in dem dazugehörigen Aufruf, die Menschheit habe „ein besseres Schicksal verdient, als durch Atomwaffenversuche verseucht und in einem Atomkrieg vernichtet zu werden“.<sup>257</sup> Gefordert wurde nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Eine Woche darauf legte die SPD-Fraktion im Bundestag einen Antrag auf eine Volksbefragung vor, die das Einverständnis aller Wahlberechtigten mit der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr, der Lagerung von Atomwaffen auf westdeutschem Hoheitsgebiet sowie mit der dortigen Errichtung von Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen abfragen sollte.<sup>258</sup> Nachdem der Antrag scheiterte, versuchten Bremen und Hamburg, ein solches Referendum auf Länderebene durchzuführen, das nur deshalb nicht zustande kam, weil es das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beurteilte. Am 17. Mai 1958 beschloss die nordrhein-westfälische SPD-Regierung, jegliche Entscheidungen zu militärischen Maßnahmen im Zusammenhang mit einer Atomrüstung im Bundesrat konsequent zu obstruieren.

Der Atomprotest war folglich parteilich organisiert und sollte der sich von einer Klassen- zur Volkspartei wandelnden SPD Teile des bürgerlichen Lagers erschließen, ihr also bisherige Unionswähler zutreiben. Die sozialdemokratischen Strategen hatten sich vorgenommen, das schichtübergreifende Unbehagen innerhalb der westdeutschen Bevölkerung nuklearem Kriegsgerät gegenüber zu kanalisieren und in SPD-Stimmen an den Wahlurnen umzumünzen.

Doch es kam anders. So vital sich die Sozialdemokratie im Anti-Atomwaffenprotest auch zeigen und so solidarisch sie den Schulterchluss mit den Gewerkschaften vollziehen mochte: Als sich diese Aktionen für die SPD elektoral nicht rentierten, im Juli 1958 sogar die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

---

255 Vgl. Kohnert, Birger: Bewegungen gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in den Jahren 1957/58, in: Siepmann (Hg.)/Lusk (Bearb.) 1981, S. 102-117, hier S. 114.

256 Vgl. Hermann 2007, Bild auf S. 106.

257 Zitiert nach Michaltscheff 1994, S. 66.

258 Im Wortlaut: „1. Frage: Sind sie für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen? 2. Frage: Sind sie für eine Lagerung von Atomwaffen im Gebiet der Bundesrepublik? 3. Frage: Sind sie für die Errichtung von Abschussbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?“ Ein Plakat, das den entsprechenden Stimmzettel zeigt, findet sich online unter: <http://einestages.spiegel.de/hund-images/2008/04/16/50/7f12cdc15ac1cef06b98166207312d35.pdf> [eingesehen am 11.12.2008].

mit dem bedrückenden Ergebnis einer absoluten CDU-Mehrheit verloren und auch das massenwirksame Manöver einer Volksbefragung vom Bundesverfassungsgericht juristisch unterbunden wurde, verflüchtigte sich das sozialdemokratische Engagement in der Anti-Atomwaffenbewegung so schnell, wie es begonnen hatte.<sup>259</sup> Nachdem die SPD obendrein den Plan einer Entspannungszone verwarf, stattdessen ihre „Wehrbereitschaft“ zu demonstrieren suchte, zerfiel die dereinst so entschlossene Anti-Atomtod-Bewegung vollends. Nicht wenige ihrer Aktivisten und Befürworter fühlten sich daraufhin von SPD und DGB im Stich gelassen, bedauerten missmutig, die beiden Großorganisationen der Arbeiterbewegung hätten dem Protest auf dessen Höhepunkt verräterisch „ihre organisatorische Basis und ihre mobilisierenden Kräfte entzogen“<sup>260</sup>. Denn auch der DGB hatte organisationsinterne Befindlichkeiten – der christlich-soziale Flügel drohte mit der Spaltung und musste durch eine verstärkte Herausstellung der gewerkschaftlichen Überparteilichkeit wieder integriert werden – kurzerhand über das Bewegungsziel gestellt.<sup>261</sup> Friedensbewegte mussten sich daher ob dieser sozialdemokratischen Abwendung von der kategorischen Atomwaffengegnerschaft von der SPD maßlos enttäuscht zeigen.<sup>262</sup> Doch war dies eben Teil der programmatischen Neuausrichtung der ehemaligen Klassenpartei, die sich nun anschickte, Volkspartei zu werden – indem sie einige Aspekte bisheriger Unionspolitik akzeptierte, die sie zuvor noch energisch bekämpft hatte. Im Zuge der Bad Godesberger Programmreform bekannte sich die SPD deshalb auch zur Landesverteidigung, arrangierte sich mit der Einbeziehung westdeutscher Soldaten in die nuklearwaffengestützte Verteidigungsplanung und wettete folglich auch nicht mehr gegen eine Atombewaffnung im übernationalen Rahmen der NATO – man wollte eben „beste CDU aller Zeiten“ sein.<sup>263</sup> Die theoretisch fortbestehende Gegnerschaft zu eigenen, nationalen, Atomwaffen verkam damit zur Makulatur. Zum leidenschaftlichen Kampf gegen den „Atomtod“ rief die SPD jedenfalls nicht mehr auf. Dieser fügte sich nicht in das neue Parteiimage.

---

259 Vgl. Nehring 2003, S. 25 f.; dazu auch Brand et al. 1984, S. 53 f. und Grebing 1990, S. 161.

260 Brand et al. 1984, S. 54.

261 Vgl. Grebing 1990, S. 161 f.

262 Vgl. hierzu Vgl. Michaltscheff 1994, S. 67-70.

263 Unter diesem Motto bewarb sich die SPD bei der Bundestagswahl 1961 bei den Wählern um die Regierungsmacht; vgl. Micus, Matthias: Willy Brandt. Konkurrenzlos als Kanzlerkandidat, chancenlos als Sozialdemokrat, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 62-140, hier S. 123.



Eine nachhaltige Atom-Politisierung der parlamentarischen Arena erreichten die Göttinger Achtzehn mit ihrem politischen Manifest daher nicht. Vielmehr war diese nur von vorübergehender Dauer und von anderen, parteitaktischen Motiven geleitet. Auf den schnellen Repräsentanzgewinn war ein ebenso schneller -verlust gefolgt. Dieser Vorgang zeigt auch die rein instrumentelle Einstellung der SPD zu der von ihr initiierten sozialen Bewegung an: Nachdem sich die ausgespähnten Chancen, neue Wählergruppen zu erschließen, nicht schnell genug verwerten ließen, wendete sich die Partei jäh desinteressiert ab. Die prinzipielle Atomwaffengegnerschaft verlor damit ihre parlamentarische Repräsentanz.<sup>264</sup> Aus der Enttäuschung über das abtrünnige Verhalten der SPD entstanden alternativ die Ostermärsche. Deren Teilnehmerzahl stieg bis 1964 schrittweise von einigen Tausend auf 100.000 Menschen an. Die bundesdeutschen Anti-Atomwaffenproteste wandelten sich dabei demografisch und kulturell, wurden junger und von musikalischen sowie kabarettistischen Elementen untermalt.<sup>265</sup> Nachdem in den 1950er Jahren noch „vornehme ältere Herren mit Anzug und Krawatte“ die Protestveranstaltungen dominiert hatten, veränderten sich diese in den 1960er Jahren zu „neulinken“ Events, in denen die Teilnehmer frei von überkommenen Organisationsformen öffentliche Diskussionen austragen wollten.<sup>266</sup> Dies alles blieb für das Parteiensystem auf lange Sicht nicht folgenlos, wurde diese potenzialträchtige Konfliktlinie in den frühen 1980er Jahren doch von den Grünen programmatisch aufgegriffen und politisch integriert.

## Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Auch der DGB konnte sich – nicht zuletzt dank der Göttinger Erklärung – von großer Sorge erfüllt gebärden. So standen denn auch die gewerkschaftlichen Maikundgebungen des Jahres 1958 ganz im Zeichen des Atomwaffenwiderstands.<sup>267</sup> In seiner Maikundgebung forderte der DGB die Bundesregierung auf, „sich dem Wettrüsten in der ganzen Welt entgegenzustellen“ und sah in „dem Wettrüsten, der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen und Versuchen“ nichts weniger als „Frieden und Existenz der Menschheit“ bedroht.<sup>268</sup> Ihren Mitgliedern sicherten die Gewerkschaften Unterstützung zu, falls diese aus Gewissensgründen die Arbeit an der Errichtung von militärischen Anlagen zum Ein-

---

264 Vgl. Brand et al. 1984, S. 54.

265 Vgl. Nehring 2003, S. 26 f.

266 Vgl. ebd., S. 28.

267 Vgl. Michaltscheff 1994, S. 80.

268 Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1958, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 4, S. 283 f.

satz von Atomwaffen verweigern sollten.<sup>269</sup> Sehr viele Gewerkschaftsgliederungen begannen, sich mit dem Thema programmatisch auseinanderzusetzen, richteten an ihre jeweiligen Bundesvorstände Forderungen nach Arbeitskämpfen, die nach alter Manier der Arbeiterbewegung vorsahen, der Produktion von Atomwaffen und -anlagen die Arbeitskraft zu entziehen, und fassten entsprechende Entschlüsse.<sup>270</sup> Die Gewerkschaftsführungen mussten sich nicht zuletzt aufgrund des aufgebrachten Aktionismus ihrer Klientel mit der Thematik auseinandersetzen.<sup>271</sup> Im März und April 1958 ereigneten sich in vielen Städten hinter dem Panier „Kampf dem Atomtod“ spontane Belegschaftsdemonstrationen, in Braunschweig und Wolfsburg streikten kurzzeitig 10.000 Arbeiter – ein Generalstreik lag in der Luft. Neben den Arbeitsniederlegungen artikulierten Erwerbstätige ihren Unmut über den atompolitischen Kurs der Bundesregierung, indem sie in Schweigemärschen durch die Innenstädte zogen oder sich zu Protestkundgebungen einfanden.

Doch vor allem: Bei der Anti-Atomwaffenhaltung handelte es sich nicht um eine genuin gewerkschaftliche Vorstellung, um keine voraussehbare und stereotype Regierungskritik – wie etwa die Skepsis gegenüber dem kapitalistischen System –, die von bürgerlichen Parteien aufgrund einer ihr innewohnenden Ideologie, wie der des Sozialismus, leicht diskreditiert werden konnte; noch weniger war sie eine klassenkämpferische Polemik. Und zudem legitimierte sich ihr Inhalt zum einen durch wissenschaftliche Erkenntnisse von unbestreitbarer Richtigkeit, zum anderen wurden diese auch von Gruppen getragen, die üblicherweise dem Unterstützerkreis bürgerlicher Parteien zugerechnet wurden und sozialistischer Umtriebe unverdächtig waren.

Ein weiterer Gesichtspunkt scheint noch erwähnenswert: Standen Kirchenleute und Wissenschaftlerkollegen den achtzehn Professoren sozialtypologisch im Hinblick auf Bildungsgrad, Herkunft und gesellschaftlichem Ansehen nicht allzu fern, kam es aber auch zu eigentümlichen Allianzen und Koalitionen. So appellierte 1958 eine Gruppe von 44 in allen Teilen der Bundesrepublik lehrenden Professoren an den DGB, „ungeachtet verschiedener Auffassungen über Wirtschafts- und Sozialfragen [...] sich in dieser ernsten entscheidenden Stunde mit ihnen zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung zu verbinden“<sup>272</sup>. Wenigstens

---

269 Vgl. Michaltscheff 1994, S. 81.

270 Vgl. ebd., S. 81 ff.

271 Zum Folgenden vgl. Kohnert 1981, S. 114.

272 Wortlaut des Appells der 44 Professoren an den Deutschen Gewerkschaftsbund, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 211 f.

einen Augenblick lang erwachsen den Gewerkschaften damit ungeahnte Bündnisoptionen.

## Die Evangelische Kirche in Deutschland

Die Synode der Evangelischen Kirche der Union, ein Bund evangelischer Landeskirchen, sprach Anfang Dezember 1957 die Warnung nicht nur „vor einer Freisetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens, sondern insbesondere auch vor einer atomaren Bewaffnung“<sup>273</sup> aus. Atomwaffen ließen eine Diskussion über das Verhalten von Christen gegenüber einer Politik der Kernwaffenrüstung akut werden. Es kam die Frage auf, wie man sich als Christ nunmehr zu verhalten habe. Diese Frage richteten z.B. Theologen und kirchliche Bruderschaften im Frühjahr 1958 an die Synode der EKD. Diese Synoden-Anfrage plädierte für ein klares Nein, da Atomwaffen keinen Unterschied zwischen Zivilbevölkerung und Militäreinheiten machten. Eine Trennung von Kämpfern und Nichtkämpfern sei in diesem Fall bereits prinzipiell unmöglich; die Tötung von an Kampfhandlungen unbeteiligten Menschen könne nicht mehr auf Kollateralschäden begrenzt werden, sondern sei unvermeidlich. Außerdem schädigten sie mit der angerichteten Verseuchung menschlicher Lebensräume nicht nur gegenwärtige, sondern auch kommende Generationen. Christliche Überzeugung verbiete folglich, „nicht nur jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen“<sup>274</sup>. Und dem Wort Gottes gelte es schließlich mehr zu vertrauen als „den ‚Realitäten‘ des politischen Kalküls“.

Deutliche Worte sprachen aus diesen Ansichten, die keinerlei Zweifel daran ließen, dass Atomwaffen unchristlich und gottlos seien. Für eine sich in ihrer Politik bei jedweder Gelegenheit axiomatisch auf das Christentum berufende Partei wie die Union bedeutete dies natürlich einen herben Schlag, konnte ihr christliches Bekenntnis doch fortan als Bigotterie gedeutet werden. Folgerichtig erschien das Handeln der Unionsregierung, an christlichen Maßstäben gemessen, als äußerst fragwürdig und dringend korrekturbedürftig. Der von der Union unternommene Versuch, einen Kompromiss zwischen Atombewaffnung und Christentum zu formen, wurde als gottlos ausgerufen, die Evangelische Kirche zur

273 Zitiert nach Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 61.

274 Hier und folgend Wortlaut der Anfrage an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 213-216, hier S. 214.

klaren Opposition angehalten.<sup>275</sup> Wie auch immer, in der gesellschaftlichen Großorganisation EKD erhitzten sich jedenfalls innerkirchliche Debatten, die unmissverständlich danach fragten, ob man Nuklearwaffen aufgrund ihrer allumfassenden Vernichtungskraft überhaupt guten Gewissens, nach christlichen Normen, verwenden dürfe.<sup>276</sup>

## 2.7.9 Historische Folgewirkungen

### Eine Themenkarriere

Spätestens nach der Göttinger Erklärung dürfte dem Komplex atomarer Waffen und den Konsequenzen ihrer internationalen Verbreitung in der Öffentlichkeit zum Durchbruch verholfen worden sein. Stimmt diese Annahme, so wäre das Göttinger Manifest ein wichtiger Schritt in der „Karriere“ dieses Themas gewesen, hätte es als einen für die öffentliche Meinung bedeutsamen Sachverhalt etabliert. Doch zunächst: Wie funktioniert eine solche Themenkarriere überhaupt?

Probleme werden erst zu einem öffentlichen Thema, sobald sie die Ebene des Einzelnen verlassen und verallgemeinerbar sind, von Teilöffentlichkeiten als gewichtig angesehen werden.<sup>277</sup> Um in der Öffentlichkeit bestimmte Deutungen und Meinungen durchzusetzen, sind „Themenunternehmer“ bzw. „Framesponsoren“ nötig.<sup>278</sup> Diese verhelfen dem Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zum Durchbruch, sodass nicht mehr das Thema selbst, sondern nur noch diesbezügliche Meinungen und Entscheidungen zur Disposition stehen. Die Göttinger

---

275 Vgl. Iwand, Hans: Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 185 ff. Keine „noch so eifrig vorgewendete Kirchlichkeit“ könne die „tiefe Gottlosigkeit“ der Atomwaffenpolitik überdecken; ebd., S. 186.

276 Vgl. Wortlaut der Anfrage an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 213-216, hier S. 213.

277 Vgl. Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 44 (1994) H. 39, S. 11-20, hier S. 12. Niklas Luhmann versteht Themen als „entwicklungsfähige Sinnkomplexe“; zitiert nach ebd., S. 11.

278 Vgl. ebd., S. 14; Waldherr, Annie: Gatekeeper, Diskursproduzenten und Agenda-Setter – Akteursrollen von Massenmedien in Innovationsprozessen, in: Pfetsch/Adam (Hg.) 2008, S. 171-195, hier S. 174.

Erklärung zeigt, dass Manifestanten ganz erfolgreiche Themenunternehmer, sehr großzügige Framesponsoren sein können.

Für gewöhnlich sind drei Szenarien denkbar: Im ersten Fall findet das Thema in den Medien erst gar keine oder eine nur verschwindend geringe Erwähnung; im zweiten wird das Thema zwar genannt, allerdings nicht in dem von den Interessenten gewünschten Deutungsmuster; und im dritten verläuft das „Agenda-Building“ im Sinne der „Framesponsoren“.<sup>279</sup> Da Redakteure aufgrund ihrer Entscheidungsmacht im Hinblick auf den Medieninhalt „Gatekeeper“ des „Agenda-Settings“ (und „-Buildings“) sind, obliegt ihnen die Entscheidung der Themenbehandlung – was Mediengestalter ihrerseits zu diskursmächtigen Akteuren macht. Für eine erfolgreiche „Markteinführung“ und die anschließende Akzeptanz auf diesem Markt sind die Aufmerksamkeit und zustimmende Haltung von Medien gegenüber dem Thema ganz elementare Voraussetzungen.<sup>280</sup> Medien bestimmen die Wichtigkeitshierarchie politischer Themen.<sup>281</sup> Für Manifestanten bieten Medien damit die Chance, ein Thema neu zu rahmen. Als gegenüber den Regierungspolitikern im Diskurs benachteiligte Akteure konnten die Göttinger Achtzehn ihre persönlichen Deutungsmuster – nämlich die Atomwaffen nicht als Sicherheits-, sondern Gefahrenquelle zu interpretieren – mithilfe der medialen Berichterstattung aufwerten und breiteren Gesellschaftskreisen zugänglich machen. Mit einer Themenkarriere ist es im Grunde nicht viel anders als mit der Karriere einer einfachen Meldung. Auch hier kommen Faktoren zum Tragen, wie man sie aus der Nachrichtenwerttheorie kennt.<sup>282</sup> Günstige Bedingungen für eine mediale Themenkarriere herrschen vor, sobald „Grundfragen der menschlichen Existenz und ethische Grenzen berührt“<sup>283</sup> werden. Zudem wird die konkrete Anwendung von Technik stärker hinterfragt als abstrakte Grundlagenforschung, weil sich dort leichter ethische Bezüge herstellen lassen. Dieser Sichtweise zufolge haben im konkreten Fall der Göttinger Erklärung die Manifestanten als „Diskursproduzenten“ eine Themenkarriere angestoßen.

Das Manifest transportierte den Komplex atomarer Aufrüstung in eine breite Öffentlichkeit, nachdem das Thema zuvor hauptsächlich in prononciert regierungsoppositionellen Publikationsorganen wie dem *Vorwärts* problematisiert worden und lediglich für eine eingeschränkte Öffentlichkeit greifbar war. Im Lager der Sozialdemokraten hatte man – nur eben etwas polemischer – auch schon

---

279 Vgl. dazu Waldherr 2008, S. 174 f.

280 Vgl. ebd., S. 179.

281 Vgl. Pfetsch 1994, S. 12.

282 Siehe hierzu Kap. 2.8.5 dieser Arbeit.

283 Vgl. hier und auch für das Folgende Waldherr 2008, S. 190.

vor dem April 1957 die „Vervollkommnung der Massenvernichtungsmittel“ durch „politische Finsterlinge“ geißelt.<sup>284</sup> Der Erfolg auch in den Medien jenseits der Parteipresse, den die Göttinger Erklärung und die Atomwaffendebatte verzeichnen konnten, erwies sich für nachfolgende Initiativen als wichtig. Die Göttinger Achtzehn stießen gewissermaßen Türen auf, durch die andere Akteure später leichter in die öffentliche Debatte eintreten konnten. Denn Proteste und Anliegen lassen sich eher in Medienorganen vermitteln, wenn sie zuvor schon einmal Medienaufmerksamkeit auf sich gezogen haben.<sup>285</sup>

### **Verantwortungsimpuls in der Wissenschaft**

Die Erklärung wirkte sich auch auf den beruflichen Herkunftsbereich der Manifestanten aus. Sie hatte zur Folge, dass auch unter den Naturwissenschaftlern „die Diskussion um die Notwendigkeit gesellschaftlichen Engagements neu aufblühte“<sup>286</sup>. Organisatorisch schlug sich dies 1959 in der Gründung der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ (VDW) nieder, die sich die Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Naturwissenschaftlern zum Ziel setzte. Ferner stieß die Aktion der Göttinger Achtzehn in unterschiedlichen akademischen Regionen auf Widerhall. Ein Jahr nach der Manifestation telegraphierte beispielsweise der Hauptausschuss des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins den Manifestanten Gerlach und Heisenberg stellvertretend für die Achtzehn ihren ausdrücklichen Dank für die „mutige Tat“ und „pädagogische Wegweisung“.<sup>287</sup> Erwähnenswert ist auch eine Aktion von 936 Hamburger Ärzten, die unter der Berufung auf ihren Hippokratischen Eid im März 1958 als „Anwälte und Hüter des Lebens und der Gesundheit unserer Mitmenschen“<sup>288</sup> ihre Stimme erhoben und mit mahnenden Worten auf die irreversiblen Erbgutschädigungen durch Strahlenwirkung hinwiesen. Auch wiederholten sie die Einwände der Göttinger Erklärung, dass es keinen wirksamen Schutz für die Zivilbevölkerung gegen Kernwaffen gebe und die als taktisch bezeichneten Atomsprengköpfe bereits das Explosionsvolumen der Hiroshima-Bombe besäßen. In untrüglich anmutender „Erkenntnis der medizinischen Tatsachen“ sprachen die Ärzte an „die verantwortlichen Politiker“ eine eindringliche Warnung vor der Einführung atomarer Waffen in die Bundesrepublik aus. Mit dem expliziten Hinweis auf Krankheitsbildungen

---

284 Hier beispielhaft o.V.: Der Atom-„Fortschritt“, in: Vorwärts, 18.01.1957.

285 Vgl. zu diesem Phänomen des „selection bias“ Laubenthal 2008, S. 268.

286 Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 73.

287 Zitiert nach Michaltscheff 1994, S. 83.

288 Hier und folgend Wortlaut des Aufrufs der 936 Hamburger Ärzte, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 4, S. 282 f.

infolge radioaktiver Verseuchung adaptierten sie die Vorgehensweise der Göttinger Achtzehn, als – in diesem Fall medizinische – Experten vermittels ihres speziellen Wissens die Politik vor den Konsequenzen deren Handelns zu warnen. Und ähnlich bei den Atomwissenschaftlern der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, übernahm mit dem 61. Deutschen Ärztetag die Dachorganisation der hansestädtischen Bedenkenträger diese Warnung der Politik vor einem Missbrauch der Atomkraft und klagte die Ehrfurcht vor dem Leben und die Ächtung von Massenvernichtungswaffen ein.<sup>289</sup>

Doch die Übereinkunft von naturwissenschaftlichen Fachleuten, wie sie sich zwischen den Ärzten und Atomforschern in den 1950er Jahren noch eindrucksvoll vollzog, hatte keinen langen Bestand. Denn nicht allein die entgrenzte Schadenswirkung von nuklearen Waffen vertrug sich nicht mit dem ärztlichen Ethos, auch die Auswirkungen eines Unfalls in zivilen Kernkraftanlagen wurden schon bald Gegenstand ärztlicher Anti-Atomplädoyers. Nichts weniger als einen „vollständigen Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie“ fordert bspw. der Anfang der 1980er Jahre gegründete Verein „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung“.<sup>290</sup> Der deutschen Sektion gehören etwa 7000 Mitglieder an – sie wären wohl mit den Göttinger Achtzehn gehörig in Konflikt geraten, verschreiben sie ihr Engagement doch der Abwendung „erdumspannend[er] Bedrohungen für Leben und Gesundheit“, zu denen sie Kernenergie in jeglicher Nutzungsvariante zählen.

## 2.7.10 Gesellschaftliche Verdienste

Der finale Auslöser der Göttinger Erklärung war die Verharmlosung kriegerischer Nutzung von Atomenergie durch die Worte des Bundeskanzlers. Hierüber versuchte sie aufzuklären; sie wollte verdeutlichen, dass auch taktische Nuklearwaffen nicht zu unterschätzende Massenvernichtungsinstrumente darstellen, eben keine schlichte „Weiterentwicklung der Artillerie“ sind. Aufklärung also – doch weshalb war sie 1957 so wichtig, immerhin in einem System parlamentarischer Demokratie, Presse- und Meinungsfreiheit? Doch auch wenn die Bundesrepublik freie Meinungsäußerung respektierte und ihre Politiker nicht andauernd danach trachteten, die Bürger in einem Zustand fortwährender Ahnungslosigkeit zu belassen, gab es dennoch Bedarf nach Aufklärung. Denn Konrad Adenauer war allzeit sehr darauf bedacht – noch dazu in einem Wahljahr wie 1957 – die

289 Zu der Resolution des Ärztetags vgl. Michaltscheff 1994, S. 85.

290 Vgl. hierzu die Internetrepräsentanz <http://www.ippnw.de> [eingesehen am 18.12.2008].

Bevölkerung in Ruhe und Sicherheit zu wiegen. Daher zeigte er stets Gesten der Empathie, unternahm vor allem aber politische Maßnahmen, mit denen er die Gemüter seiner potenziellen Wähler gleichsam zu sedieren suchte. Denn Adenauer wusste, wie „sehr Angst und Sicherheitsbedürfnisse die Mentalität der Deutschen auch noch 10 Jahre nach dem Krieg dominierten“<sup>291</sup>. Bloß nicht sollten die Wähler von Unwägbarkeiten politischer Entscheidungen in Unruhe versetzt werden. Regierungsbeschlüsse „so gut wie möglich gegen den öffentlichen Diskurs abzuschotten“, war unter dem ersten Bundeskanzler ein Ziel von höchster Priorität, Intransparenz gehörte in der Ära Adenauer „zu den hervorstechendsten Zügen der ‚Aufklärungs‘-Politik“.<sup>292</sup> Adenauers Mitarbeiter betrieben daher eine wohlorganisierte Informationspolitik, so etwa über die 1951 durch Otto Lenz gegründete und von Hans Edgar Jahn geleitete „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“ (ADK).<sup>293</sup> Heikle politische Verfahren wie die Wiederbewaffnung oder die Gratwanderung zwischen Westintegration und Wiedervereinigung sollten von solchen informationspolitischen Einrichtungen abgesichert werden. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, über Kanzler- und Bundespresseamt bis zum Kabinett, versuchte Adenauer, die Öffentlichkeit politischer Maßnahmen einzuschränken. Nicht einmal die Berichterstattung von Presseorganen, die als bürgerlich und regierungsnah galten, behagte ihm. Es gibt genügend Beispiele für Versuche der Bundesregierung, ihr unangenehme Meinungen zu unterbinden.<sup>294</sup> Kritische Worte sind dafür jedenfalls gefunden worden: Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in den 1950er Jahren sei die „Manifestation eines autoritären Bewusstseins“ gewesen und habe demokratischen Tugenden wie „Pluralismus, Deliberation und Transparenz“ keine Existenzberechtigung eingeräumt.<sup>295</sup>

Hinzu kam ein Defizit an kritischer Berichterstattung seitens der Medien selbst. In den 1950er Jahren habe ein den herrschenden Eliten wohlwollender „Konsensjournalismus“ überwogen, bei dem die „repressive Pressepolitik der Adenauer-Regierungen und der antikommunistische Grundton der Berichterstat-

---

291 Walter 2007, S. 56.

292 Weiss, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung, in: Bösch, Frank/Frei, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 73-120, hier S. 117.

293 Vgl. zum Folgenden ebd., S. 101-104.

294 Vgl. hierfür Hodenberg, Christina v.: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006, S. 206-214.

295 Weiss 2006, S. 102.



tung“ von den meisten Journalisten in den Printmedien „toleriert oder aktiv unterstützt“ wurden.<sup>296</sup> Die für eine demokratische Presse unrühmlichen Attribute Zurückhaltung, Höflichkeit, Gefälligkeit, Staatsnähe, Anpassungsbereitschaft, Harmoniestreben gegenüber und Vereinnahmung von der Regierungspolitik charakterisieren die medienhistorisch als „kurzen Fünfziger“ eingestuft 1950er Jahre,<sup>297</sup> in der die Adenauer-Regierung es geschickt verstand, das Bonner Journalistenkorps in eine „enge Umarmung“<sup>298</sup> zu zwingen. Außerdem schrieb die Mehrzahl der Redakteure für ein eher intellektuelles Publikum und kam dem Bedürfnis nach gewöhnlicher Information weniger bildungsbesenkter Leser nicht nach.<sup>299</sup> Darüber hinaus lebte in den 1950er Jahren noch eine atavistische Form von Journalismus fort, der die Verbreitung von möglichst superb vorgetragenen Meinungen zugunsten intellektueller Profilierung über die schnöde Vermittlung von Informationen stellte. Hans-Ulrich Wehler datiert den Wandel zu einem kritischen Journalismus in den westdeutschen Redaktionsstuben auf die Zeit zwischen 1958 und 1964, nach der Göttinger Erklärung also.<sup>300</sup>

Aus demokratiemoralischer Sichtweise existierte somit speziell in der Zeit Konrad Adenauers Kanzlerschaft ein besonderer Bedarf an Aufklärung; wurde hier doch den Usancen journalistischer Regierungsergebenheit entsprechend die Diskussion zu Themen wie der Atombewaffnung vermieden und versucht, sie von den Medien fernzuhalten. Offenkundig strebte Adenauer ein besonders hohes Maß an „non-decisions“<sup>301</sup> an – von hinter verriegelten Türen der Politik abseits der Öffentlichkeit getroffenen Entscheidungen. Auch im konkreten Fall der Atomkernenergie hatte Adenauer aus politischem Kalkül wenige Jahre vor der Göttinger Erklärung auf den späteren Manifestanten Heisenberg eingewirkt, einen vom Nordwestdeutschen Rundfunk geplanten Vortrag über die Atomfrage solange zu unterlassen, wie die Ratifizierung der Pariser Verträge 1955 noch ausstand.<sup>302</sup> Auch täuschten Regierungsmitglieder die Öffentlichkeit in einer richtungsweisenden, mitunter schwerwiegenden Angelegenheit. So beteuerten Strauß und Adenauer in den Monaten vor dem Manifest der Achtzehn gegenüber

---

296 Von Hodenberg 2006, S. 198; vgl. auch Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Bd.: Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München 2008, S. 268 ff.

297 Vgl. v. Hodenberg 2006, S. 183-228, S. 205 sowie S. 443.

298 Ebd., S. 201 f.

299 Vgl. ebd.

300 Vgl. Wehler 2008, S. 270.

301 Waldherr 2008, S. 175.

302 Vgl. hierfür z.B. Hoffmann 2005, S. 196 f.

der Öffentlichkeit, keine Atombewaffnung der Bundeswehr anzustreben – doch die Warnung der Manifestanten basierte nicht auf einer trugschlüssigen Fiktion. In Wirklichkeit befassten sich in der Bundeswehr längst mehrere Experten damit, die Bundesarmee auf den Einsatz von eigenen Nuklearwaffen vorzubereiten.<sup>303</sup> Auch in diesen Punkten vermochte die Göttinger Erklärung bereits mit wenigen Informationen zu einem von der Regierung unzureichend kommunizierten, von den Medien aber ebenfalls vernachlässigten Thema Abhilfe zu schaffen, die Einseitigkeit einer der Regierung zuneigenden politischen Presse zu kompensieren.

Doch inwiefern leisteten die achtzehn Nuklearforscher mit ihrem Hinweis auf die Gefahr von Atomwaffen eigentlich einen außerordentlichen Beitrag – ist doch anzunehmen, dass das um die Welt gegangene Bild von der über Hiroshima detonierenden Atombombe den Zeitgenossen durchaus geläufig war und einen bleibenden Eindruck hinterlassen hatte? Gerade aber weil seinerzeit von einer großen Bekanntheit dieser Fotografien auszugehen war, illustrierten die Manifestanten die Zerstörungskraft „taktischer“ Nuklearwaffen anhand besagter Hiroshima-Impression. Der Wert geleisteter Aufklärung war nicht gering; schließlich war die Militärentwicklung seit 1945 zügig vorangeschritten, besaßen die atomaren Höllenmaschinen ein Vielfaches der Sprengwirkung der über Japan abgeworfenen Bomben. Leicht konnte daher der Eindruck entstehen, taktische Atomwaffen seien weit weniger vernichtungswütig als strategische. Doch reichte deren Ausmaß an Verheerungspotenzial bereits weit über jenes der Prototypen aus dem Jahr 1945 hinaus. Die Rede von „kleineren“ Atomgranaten ließ schnell die eigentliche Bestimmung von Kernwaffen aus dem Blick geraten, nämlich einen erheblich weiträumigeren Explosionsradius als konventionelle Sprengkörper zu erzielen. Jenseits der traditionellen Stätten politischer Willensbildung, zu denen Parteien, Parlamente, Regierungen und Verbände zählen, steuerte die Göttinger Manifestation vor diesem Hintergrund der Aufklärung etwas zum Verlauf plebiszitärer Willensbildung der Bevölkerung bei. Dies, indem sie Themen und Zusammenhänge aufgriff, die dort nicht diskutiert, zum Teil bewusst ignoriert, wenn nicht gar verschleiert worden waren, und sie in eine konzise Argumentation einband.

Und nicht nur um diesen Aspekt, der Befähigung einer demokratischen Öffentlichkeit zu kritischem Urteil durch Aufklärung, machte sich die Göttinger Erklärung verdient. Der Text der Manifestation appellierte zwar in erster Linie

---

303 Vgl. Bald 1994, S. 41-66. Adenauer habe versucht, die Atomwaffenpolitik vor der Öffentlichkeit „zu bagatellisieren, um die Spuren der Entscheidungsfindung zu verwischen“; ebd., S. 78.

an die politische Exekutive, sich einer fortschreitenden Proliferation, der Weitergabe nuklearer Waffen, entgegenzustellen. In zweiter Linie lud er aber den einzelnen Staatsbürger dazu ein, über die Problematik einer auf Atomwaffen gestützten Verteidigungspolitik nachzudenken. Es handelte sich somit um eine direkte Ansprache des politisch mündigen Bürgers, der sich in die Debatte einbezogen und zur Teilnahme aufgerufen fühlen durfte. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies interessant, leistete das Manifest, gestützt auf seine spektakuläre Verarbeitung durch die Massenmedien, einen – wenn auch vielleicht nur bescheidenen – Beitrag wider die Abkopplung des Bürgers vom politischen Prozess, stiftete es demokratische Inklusion.

Aber weswegen lässt sich eigentlich davon sprechen, dass sich die Göttinger Erklärung durch die Herstellung kritischer Öffentlichkeit um die Gesellschaft verdient gemacht habe? Dazu gilt es zunächst, sich näher auf das Konstrukt „Öffentlichkeit“ selbst einzulassen. „Öffentlichkeit“ ist ein selbstverständlicher Begriff, doch vielleicht gerade deshalb sollte man sich über seine nähere Bedeutung Klarheit verschaffen. Ein wesentliches Kennzeichen von Öffentlichkeit ist der offen ausgetragene Wettkampf von Akteuren innerhalb eines Diskurses, bei dem es um die Durchsetzung von Interessen und Macht geht.<sup>304</sup> Öffentlichkeit wird in der Forschung „als Arena konzipiert, in der verschiedene Akteure mit ihren Problemdefinitionen um Aufmerksamkeit konkurrieren“<sup>305</sup>. Erst die Öffentlichkeit gestattet, dass Sprecher unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche – Wissenschaftler, Politiker, Militärs etc. – zu Wort kommen, und liefert somit das Fundament für eine fruchtbare Kontroverse.<sup>306</sup>

Für eine Demokratie allerdings ist Meinungsvielfalt eine ungemein bedeutungsvolle Sache, gestattet sie immerhin die Abwägung politischer Entscheidungen, die wiederum für den Wahlakt ausschlaggebend ist. In einem politischen System, das den Bürger zum Souverän erhebt, ist der freie Austausch von Auffassungen, der Widerstreit unterschiedlicher Alternativen, unbestritten elementar. Über die Messbarkeit der Qualität eines demokratischen Systems wird zwar noch immer eifrig diskutiert – sie erscheint sehr schwierig, ermangelt es doch einer Klarheit über die anzulegenden Maßstäbe.<sup>307</sup> Es lässt sich jedoch sagen,

---

304 Vgl. Waldherr 2008, S. 174.

305 Vgl. ebd., S. 173.

306 Vgl. ebd., S. 187 f.

307 Vgl. dazu Kaina, Viktoria: Die Messbarkeit von Demokratiequalität als ungelöstes Theorieproblem. Zum PVS-Forums-Beitrag von Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weßels, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 518-524.

dass die Güte, d.h. die positive respektive negative Ausprägung einer für die Demokratie wichtigen Dimension, für die Beurteilung von Demokratiequalität ein gutes Maß sein kann – wie z.B. die Befähigung zur demokratiemündigen Ausübung des Wahlrechts auf Basis eines umfangreichen Kenntnisstands hinsichtlich des Regierungshandelns. Wenn man so will, trug das politische Manifest der Göttinger Achtzehn mit seinem Hinweis auf die Absicht der Regierung und die damit verbundenen Risiken hierzu bei.

Durch die Unterrichtung über gouvernementale Entscheidungsprozesse und die Darbringung ansonsten unzugänglicher Informationen, durch Enthüllung und Aufklärung mithin, ertüchtigen Medien die Volkssouveränität – Journalisten, Redakteure und Reporter sind in dieser Hinsicht fleißige Lieferanten grundlegender Auskünfte, die für die politische Meinungs- und demokratische Willensbildung ausschlaggebend sein können. Politische Manifeste können sie darin unterstützen, wie das Beispiel der Göttinger Erklärung gezeigt hat. Zwischen politischen Manifesten und Medien kann sich eine positive Reziprozität ereignen, ein Wechselspiel aus Sensation und Publizität, von dem die Bürger in Form von Informationen profitieren. Geheimhaltungskartelle der Politik – etwa zwischen der Regierung und Fraktion oder den Parteien – können auf diese Weise aufgebrochen werden. In demokratietheoretischer Hinsicht erscheint dies bedeutsam, muss sich doch die Politik jederzeit der Legitimation durch die Bürger unterwerfen. Ihr Handeln bedarf aus diesem Grund „öffentlicher Darstellung, Begründung und Rechtfertigung“.<sup>308</sup> Wie aber soll sie diese durch Kommunikation ermöglichte Legitimation jemals erhalten können, wenn der einzelne Staatsbürger über mancherlei Brisanz politischen Handelns gar nicht hinreichend kritisch informiert wird?

Das Handeln politischer Eliten nicht als sakrosankt zu betrachten, dies wird für eine gedeihliche Verfassung der Demokratie zweifelsohne als wichtig empfunden. Dass der *Spiegel* sich 1962 im Konflikt mit dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß gegen staatliche Repressionsversuche in Form einer Zensur gewehrt und behauptet hatte, aus der „Spiegel-Affäre“ als Sieger hervorgegangen war, wurde oft als Ausdruck einer zu Selbstbewusstsein gelangten Öffentlichkeit, als wichtige Etappe innerer Demokratisierung gewertet.<sup>309</sup> Das Manifest der achtzehn Atomwissenschaftler brachte – in ähnlicher Weise und in einem weiteren Sinne – einen brisanten politischen Sachverhalt in die öffentliche Dis-

---

308 Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politische Kultur. 10 Thesen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 5/1996, S. 265-280, hier S. 268.

309 Vgl. Bösch, Frank/Frei, Norbert: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: dies. (Hg.) 2006, S. 7-23, hier S. 15.

kussion. Was dies betrifft, so besitzen Manifeste das Potenzial, sich an der Verfasstheit demokratischer Öffentlichkeit zu beteiligen. Schließlich beinhaltet der aufgeklärte Öffentlichkeitsbegriff auch ein „normatives Element: Die aufklärerische Rede von Öffentlichkeit meint immer auch, die Dinge des Staates sollen offen, d.h. einer Allgemeinheit zugänglich sein, sie *sollen* [Herv. i. O.] an das Raisonement der Bürger, an deren Meinungen gebunden werden.“<sup>310</sup> Der Öffentlichkeit wird somit eine elementare Bedeutung für das Funktionieren einer Demokratie beigemessen. Kritische Öffentlichkeit verheißt – zumindest in Grenzen – die Chance, „politischen Machtgebrauch transparenter zu machen, demonstrative Publizität zu entzaubern, Politik und Konzepte jenseits etablierter Machtentfaltung und -konkurrenz in die Diskussion offener Zukunftsfragen einzutragen“<sup>311</sup>. Zwar sei der Wahlakt ein nicht-öffentlicher, geheimer Vorgang, doch müsse sich der Wähler zur Herausbildung seiner Präferenzen für den Urnengang angemessen informieren können.<sup>312</sup> Dies ist, zusammengefasst, die Anwendung von Öffentlichkeit, einer offen zugänglichen Arena: Wenn darin transportierte Informationen in Entscheidungen umgemünzt werden, in Handlungen wie der Stimmabgabe in der Wahlkabine resultieren.<sup>313</sup>

Die Göttinger Erklärung, dies lässt sich resümieren, half also einem wichtigen Gesellschaftsakteur bei dessen Rollenausübung: den Medien. Denn Medien legitimieren sich auch darüber, politische Entscheidungsträger und Bürger über existierende Technologieunsicherheiten zu informieren und auf diese Weise das „Risikoverständnis“ einer Gesellschaft zu verbessern.<sup>314</sup> Dieses Beispiel zeigt – wenn auch flüchtig – die Möglichkeit eines für die Gesellschaft nützlichen Zusammenspiels von politischem Manifest und den Medien. Letztere erhielten überdies die Möglichkeit, ihr vorheriges Versagen, das Thema der Atombewaff-

---

310 Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31-89, hier S. 32.

311 Ebbighausen, Rolf: Inszenierte Öffentlichkeit und politischer Skandal. Arkanpolitik und ihre Grenzen unter den Bedingungen von bürgerlichem Verfassungsstaat und Parteiendemokratie, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 231-239, hier S. 238.

312 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 39.

313 Vgl. ebd., S. 43.

314 Vgl. Ruhrmann, Georg: Risikokommunikation und die Unsicherheiten der Gentechnologie. Entwicklung, Struktur und Folgeprobleme, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991, S. 131-164, hier S. 146 f.

nung nicht mit der gebotenen Kritik aufgegriffen zu haben, durch den ausgiebigen Rekurs auf den öffentlichen Beitrag der Kernphysiker wieder wettzumachen.

Die Göttinger Erklärung zeigt, dass die demokratische Politikkultur von der schöpferischen Kraft der Manifestanten – ohne dass diese in irgendeiner Weise demokratisch legitimiert wären – profitieren kann. Allerdings geschah dies nicht ohne Nachteil für das Image der politischen Elite. Denn im selben Zug stellten die Manifestanten mit ihrer außerpolitischen Kompetenz die eigentlich zuständigen Institutionen fachlich bloß, ließen diese mit ihrem außerparlamentarischen Vorgehen Gefahr laufen, an Ansehen, Autorität und letztlich Legitimität einzubüßen. Die achtzehn Atomphysiker, die sich gewissermaßen aus ihren Gelehrtenstuben an die große weite Öffentlichkeit hervorgewagt hatten, stiegen zu Identifikationsfiguren linkspolitischer Intelligenz und zu Ikonen der Friedensbewegung empor.<sup>315</sup> Nicht in dem drögen Erich Ollenhauer, der mit seinem rechtschaffenen Gemüt zu einer kühnen Attacke auf den Regierungschef gänzlich unfähig war, sondern in den politischen Debütanten Hahn, Heisenberg und Born ließen sich 1957 konfliktbereite Gegenautoritäten erblicken. Dass die Achtzehn privat vermutlich überwiegend unionsnahe Politikauffassungen vertraten, störte dabei nicht. Obwohl die SPD die Göttinger Manifestation politisch aufzugreifen versuchte, war sie durch diese doch im Grunde blamiert worden. Denn durch das Auftreten und den Erfolg der Göttinger Achtzehn kam das Versagen der parlamentarischen Opposition, im Wesentlichen der SPD-Fraktion, erst Recht zum Vorschein. Dies trug kuriose Züge: Nichtpolitiker nahmen plötzlich genuine Aufgaben einer parlamentarischen Opposition wahr – Kritik an und Kontrolle der Exekutive –, elementare Bevölkerungsinteressen wurden in diesem Fall zivilgesellschaftlich repräsentiert.

Ferner erfüllten die achtzehn Professoren eine gesellschaftliche Funktion von Expertenwissen,<sup>316</sup> indem es ihnen gelang, ihre Diagnose der Öffentlichkeit zu vermitteln. Daneben belebten sie den gesellschaftlichen Diskurs über die Folgen von Nuklearwaffentechnologie, hinterfragten die vermeintliche Selbstverständlichkeit und Alternativlosigkeit einer bestimmten politischen Entscheidung, wie sie die Regierung den Bürgern einzureden suchte. „Diskursen zur Technikfolgen-Abschätzung liegt die Erkenntnis zugrunde, dass eine umfassende Bewertung und Abschätzung moderner Technologie ohne die Einbeziehung möglichst

---

315 Vgl. Radkau 2006, S. 54.

316 Vgl. dazu Schmidt-Tiedemann, K. Joachim: Experten und Bürger – Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Kerner, Max (Hg.): *Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt*, Aachen u.a. 1996, S. 27-43, hier S. 31 f.

aller relevanten gesellschaftlichen Interessen und Positionen, Sichtweisen und Wertvorstellungen unvollständig bleibt.<sup>317</sup> Dieser Aussage zufolge vergrößerte das politische Manifest aus Göttingen die soziale Spannweite der öffentlichen Diskutanten. Nicht mehr nur Politiker und vereinzelte Medienstimmen, sondern ausgewiesene Experten gehörten nunmehr zum Diskussionskreis. Zur Demokratietüchtigkeit beizutragen, gehört jedoch zu den edelsten Aufgaben von Experten. Denn urteilsfähige Staatsbürger bedürfen eines bestimmten Fachwissens: Besonders Demokratien seien „auf die vorstrukturierenden Entscheidungshilfen von Experten angewiesen, heute angesichts der irreversiblen Großtechnologien mehr denn je“<sup>318</sup>. Schon Theodor Geiger wies der Wissenschaft einen konstruktiven Auftrag zu, nämlich „Ratgeberin und Wegweiserin der Staatsmacht“<sup>319</sup> zu sein.

Doch bewirkte das Göttinger Manifest nicht nur *Aufklärung*, sondern auch *Erklärung*. Technisch hochkomplexe Vorgänge werden für gewöhnlich während ihres Auftretens im Alltag von Nicht-Experten in vereinfachter – also banalisierter – Form wahrgenommen. Der Techniknutzer wird dadurch entlastet, kommt im Hinblick auf die Technologie auch ohne einen lückenlosen Kenntnisstand aus. Dieser „Banalisation ist es zu verdanken, dass sich technische Substanzen, Geräte und Systeme in großer Zahl als leicht beherrschbare, selbstverständliche und nützliche Gegenstände fast reflexionsfrei in unsere Lebenswelt einfügen konnten“<sup>320</sup>. Daraus erwächst jedoch ein Problem: Über diese Vereinfachung verlassen die Risiken und Nebenkosten das menschliche Bewusstsein. Damit die Menschheit nicht den Erfolgen ihres technischen Fortschritts zum Opfer fällt, müssen „Entbanalisierungsprozesse eingeleitet werden, durch die gewisse Wechselwirkungen, die funktional meist unerheblich, ökologisch aber relevant sind, wieder in das Bewusstsein des Nutzers zurückkehren und entsprechende gegen-

---

317 Schwerpunkt „Diskurse“ – Technik ins Gerede bringen, in: TAB-Brief Nr. 11 (Oktober 1996), in: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief11.htm#Projekte> [eingesehen am 26.09.2008].

318 Beiner, Marcus: Bürger und Fachleute an einem Tisch – Zum Verhältnis von Demokratietheorie und Expertentum, in: Kerner, Max (Hg.): *Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt*, Aachen u.a. 1996, S. 113-130, hier S. 114.

319 Geiger, Theodor: Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft (im Original von 1949), in: Pöttker, Horst: *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien*, Konstanz 2001, S. 416-472, hier S. 443.

320 Schmidt-Tiedemann 1996, S. 35.

steuernde Handlungen veranlassen“<sup>321</sup>. In gewisser Weise lässt sich in der Göttinger Erklärung ein Ansatz zu solch einer „Entbanalisierung“ erkennen. Im Gegensatz zu Hearings, Kommissionen oder Symposien, von denen oftmals nur eine geringe Wirkung auf die Gesellschaft ausgeht,<sup>322</sup> war die Göttinger Erklärung in ihrem Effekt und Radius groß, konnte ihre Botschaft sogar – wenn auch nur punktuell im Rahmen einer, allerdings von den Medien aufmerksam verfolgten Sitzung mit dem Bundeskanzler – in den politischen Entscheidungsprozess einspeisen – wenigstens: in Form eines Krisenmanagements eine Elitenreaktion erwirken. Das Manifest der Achtzehn vollzog sich im Raum der Öffentlichkeit, welche die „Ausbreitung sozialer Ideenströme über geschlossene Kreise geistiger Berufsarbeit hinaus“<sup>323</sup> ermöglichte. Über das politische Manifest konnten deshalb Informationen und Standpunkte wissenschaftlicher Zirkel dem akademischen Dunstkreis enteilen und einer breiten Masse zugänglich werden.

Aufklärung und Erklärung – der Wert dieser Leistungen des Manifests verdeutlicht sich im Hinblick auf das NATO-Manöver „Lion noir“, das zufälligerweise kurz vor der Göttinger Erklärung als Planspiel in den Hauptquartieren des Westbündnisses einen Überfall der Roten Armee auf die Bundesrepublik simulierte. Darin zeigte sich der ebenso unbeschwerte wie verantwortungslose Umgang mit dem atomaren Waffenarsenal, aus dem sich auch ein Bundeswehrkommandant unnötigerweise bediente: Ein kommandierender General vernichtete Sowjettruppen mit taktischen Atombomben, obwohl diese bereits eingekesselt waren und der Kampfauftrag erfüllt worden war.<sup>324</sup> Wie dabei überhaupt große Teile der Bundesrepublik atomar verwüstet worden wären. Die Warnung der Manifestanten erhielt damit einerseits einen konkreten Bezug, andererseits einen Beleg ihrer Nähe zur Realität. Das NATO-Manöver und die darin zum Vorschein gekommene Bereitschaft der Militärs, ohne Weiteres Atomwaffen einzusetzen, untermauerte die Argumentation des Manifests, bewies deren Aktualität und Berechtigung.

Und noch etwas ist interessant: Thematisch setzte sich die Göttinger Erklärung mit der Bewaffnung der Bundeswehr mit Nuklearsprengköpfen auseinander. Diesen lag allerdings eine Technologie zugrunde, die ürtümlich von Wissenschaftlern greif- und nutzbar gemacht worden war. Somit befasste sich das Manifest, geografisch an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft

---

321 Ebd., S. 36.

322 Vgl. ebd., S. 38.

323 Geiger 2001, S. 117.

324 Vgl. o.V.: Atomeinsatz, in: Der Spiegel, 24.04.1957; o.V.: Cäsar und Schwarzer Löwe, in: Der Spiegel, 27.03.1957.



operierend, mit den wissenschaftsexternen Konsequenzen von wissenschaftsinternen Arbeitsprozessen. In der Gegenwart findet sich dieser Zusammenhang in einigen Staaten unter dem Schlagwort „Technikfolgenabschätzung“ – zum Teil sogar in institutionalisierter Form – wieder. So wurde in Deutschland 1990 ein „Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag“ (TAB) eingerichtet, das „Beiträge zur Verbesserung der Informationsgrundlagen insbesondere forschungs- und technologiebezogener parlamentarischer Beratungsprozesse“<sup>325</sup> leisten soll. Betrieben wird es von dem „Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse“ (ITAS). Dieses wiederum beschäftigt sich eingehend mit dem „Wissen über die Folgen menschlichen Handelns und ihre Bewertung in Bezug auf die Entwicklung und den Einsatz von neuen Technologien“<sup>326</sup> und nennt als eine zentrale Aufgabe, für „Akteure im Innovationssystem, insbesondere für politische Entscheidungsträger und das Wissenschaftsmanagement, beraterrelevantes Wissen zu generieren und zu vermitteln“<sup>327</sup>. Ziel ist es, zu „einer wissenschaftlich informierten und normativ reflektierten Gestaltung von Zukunftstechnologien und ihres gesellschaftlichen Umfeldes“<sup>328</sup> beizutragen, um letztlich den technischen Fortschritt zum Wohle der Gesellschaft zu vollziehen. Das TAB seinerseits entstand aus dem Bedürfnis nach exklusiven, unbestechlichen Beratungskapazitäten für die Legislative. Als Gegengewicht zu den stetig gewachsenen Informationsabteilungen der Bundesministerien verlangten die Parlamentarier nach „Problem- und Orientierungswissen, um verlorengegangenes Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen und in den gesellschaftlichen Debatten um Technik und Technikfolgen eine bessere Rolle als bislang spielen zu können“<sup>329</sup>. Die Volksvertreter sollten für eine gewichtige Mandatsausübung in ihrer Urteilstkraft gestärkt und auch fachlich zur Ausübung parlamentarischer Kontrolle befähigt werden.<sup>330</sup>

Unabhängig von den ihr zugrunde liegenden Motiven spiegeln sich die Ideen und Ziele von ITAS und TAB – wie der Technikfolgenabschätzung im Allge-

---

325 Siehe [http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/itas\\_profil.htm](http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/itas_profil.htm) [eingesehen am 26.09.2008].

326 Siehe ebd.

327 Siehe <http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/nit.htm> [eingesehen am 26.09.2008].

328 Siehe [http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/itas\\_profil.htm](http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/itas_profil.htm) [eingesehen am 26.09.2008].

329 Petermann, Thomas: Technikfolgen-Abschätzung im Deutschen Bundestag – ein Institutionalisierungsprozess, in: ders. (Hg.):, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 209-224, hier S. 210 f.

330 Vgl. ebd., S. 211.

meinen – in der Göttinger Erklärung wider. Sie war ein Akt der Risikokommunikation. Deren normative Gebotenheit ergibt sich aus den sozialen Fähigkeiten der Atomwaffentechnologie, denen sich die Bürger – durch politische Entscheidungsträger – unfreiwillig ausgesetzt sehen. Und vor allem besaß sie den selbst-erklärten Anspruch, die Politik über Risiken von Entscheidungsalternativen zu unterrichten. Risikoprävention und Wahrung der Unversehrtheit der schutzbe-fohlenen Bürger zählen freilich zu den elementaren Aufgaben und Interessen des Staats bzw. seiner politischen Führung. Jedenfalls lassen sich Appelle verneh-men, die eine gesteigerte Verantwortung des Staats im Umgang der Gesellschaft mit riskanten Technologien fordern.<sup>331</sup> Das Göttinger Manifest kündete also mehrere Jahrzehnte vor der Einrichtung des TABs von dem Bedarf einer solchen Institution. Zugleich übernahm es, für den Moment, eine aus heutiger Sicht für wichtig befundene Aufgabe: Es sensibilisierte die Politik für die Risiken der Atompolitik.

In diesem Kontext fällt auf, dass die Göttinger Erklärung mit ihrer Warnung vor einer lauffeuerigen Verbreitung von Atomwaffenarsenalen in den unter-schiedlichsten Ländern ein diplomatisches Konstrukt vordachte, das selbst noch in der Gegenwart als „eine der erstaunlichsten internationalen Institutionen-bildungen“<sup>332</sup> gerühmt wird: das Nichtverbreitungsregime von Kernwaffen. Der Atomwaffensperrvertrag – der vernunftgeleitete Geist der Anti-Proliferation – war in ihr gedanklich bereits enthalten. Aus heutiger Perspektive präsentiert sie sich dadurch als ungemein fortschrittlich, zukunfts zugewandt und realitäts ange-messen. Inhaltlich versuchte die Göttinger Erklärung, plausible Gründe anzufüh-ren, weshalb zu den bereits existierenden keine weiteren Atomwaffenstaaten hinzukommen dürften. Diese Forderung reifte bis zum Ende der 1960er Jahre schließlich zu einer internationalen Norm, wurde „der Nuklearverzicht zu einem besonderen Instrument internationaler Wohlanständigkeit“<sup>333</sup>. Die Grundgedan-ken der Göttinger Erklärung – der Verzicht auf nukleare Rüstung sowie im Ge-genzug die Förderung von friedlicher Kernenergienutzung – kodifizierte 1968 der Atomwaffensperrvertrag.

---

331 Vgl. Petermann, Thomas: Technikkontroversen und Risikokommunikation, in: TAB-Briefe Nr. 20, (Juni 2001), in: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief20.pdf> [ein-gesehen am 14.08.2008], S. 7.

332 Müller 2008, S. 426.

333 Ebd., S. 427.

## 2.8 WIRKUNGSBEDINGUNGEN DES MANIFESTS

Viel ist nun über den „Erfolg“ des Manifests, seine demokratieförderlichen Verdienste und zivilgesellschaftlichen Leistungen, gesagt worden. Welche Faktoren bedingten aber diese enorme Durchschlagskraft des Manifests, was verlieh ihm seine Kraft, Attraktion, Unbestechlichkeit? Die folgenden Abschnitte versuchen, zur Klärung dieser Frage beizutragen, indem sie eine Reihe von plausiblen Wirkungsbedingungen wie u.a. die Manifestantenschaft, die Mediensystematik oder auch die gewählte Taktik politischen Manifestierens in das analytische Blickfeld rücken.

### 2.8.1 Die besonderen Ressourcen der Manifestanten

Um Erfolgsbedingungen des Manifests zu lokalisieren, ist es naheliegend, zuerstlererst seine Urheber und namentlichen Träger in Augenschein zu nehmen. Die Manifestantenschaft der Göttinger Erklärung bot für die politische Manifestation schier ideale Voraussetzungen. Bei den Göttinger Achtzehn handelte es sich ausnahmslos um habilitierte Akademiker – und der Professorenstatus galt zu damaligen Zeiten noch sehr viel;<sup>334</sup> infolgedessen erfreuten sich die Unterzeichner als Eliten ihrer Profession mitunter einer soziodemografisch universellen Achtung, Ansehen in sämtlichen Bevölkerungsschichten. Zumal: Die Achtzehn waren in Fachkreisen größtenteils als vorzügliche Wissenschaftler bekannt, die mit hervorragenden, zum Teil außergewöhnlichen Forschungsleistungen im Verlauf ihrer Karrieren internationale Anerkennung en masse gesammelt hatten. Kaum jemand hätte es wohl gewagt, ihre Expertise anzuzweifeln. Als ausgewiesene Fachmänner der Materie, auf die ihre Erklärung Bezug nahm, waren sie überdies Garanten für die wissenschaftliche Seriosität ihrer Aussagen, die dadurch keiner kernphysikalischen Erläuterung und Beweisführung mehr bedurften. Denn Experten zeichnen sich durch ein langjährig erworbenes Spezialwissen aus, das sich in der Vergangenheit an der Bewältigung komplizierter Probleme mehrfach bewährt hat.<sup>335</sup> Sie sind Angehörige einer respektierten Fachgemeinschaft, deren soziale Exklusivität sie gegenüber Außenstehenden schier unangreifbar macht. Es handelt sich dabei um eine „moderne Version von Unfehlbar-

---

334 Vgl. z.B. o.V.: Diese Herren, in: Der Spiegel, 19.02.1968.

335 Zum Folgenden vgl. Paris, Rainer: Eine Gretchenfrage. Sachverständigkeit als Problem, in: Althaus, Gabriele/Berking, Helmut/Evers, Ursula/Thiessen, Rudi (Hg.): *Avanti Dilettanti. Über die Kunst, Experten zu widersprechen*. Urs Jaeggi zum 60. Geburtstag, Berlin 1992, S. 183-193, hier S. 185 f.

keit. Wer kein Fachmann ist, versteht auch nichts von der Sache und hat sich gefälligst zu fügen.“<sup>336</sup> Scheinbar beiläufig gegebene Hinweise technischer Art sowie differenzierte Beurteilungen einer Sache suggerieren ein Wissensgefälle zwischen dem Experten und seinem Meinungs widersacher. Der Experte versucht den Eindruck zu erwecken, sich bei Bedarf jederzeit legitimieren zu können, es lediglich gerade nicht nötig zu haben. Empirische Untersuchungen aus dem medienwissenschaftlichen Bereich weisen eine Einflussnahme von Expertentum durch Kompetenz nach.<sup>337</sup> Den Kommunikatoren unterstelltes Expertenwissen verstärkt die Meinungsgefolgschaft der Rezipienten.

Unter den achtzehn Manifestanten befanden sich zudem gleich vier Nobelpreisträger. Max Born bspw. bemerkte, dass ihn allein das extraordinary Prestige dieser wissenschaftlichen Trophäe mit einer gesellschaftlich vernehmbaren Stimme von großem Gewicht bewehrte.<sup>338</sup> Wenn auch die übrigen Gruppenangehörigen in diesem Punkt nicht mithalten konnten, befanden sich doch viele von ihnen in führenden Positionen der beiden großen Wissenschaftsorganisationen „Max-Planck-Gesellschaft“ (MPG) und „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG) – Hahn war sogar Präsident ersterer, Gerlach Vizepräsident letzterer. Seriosität und Renommee dieser Großassoziationen übertrugen sich auf das Manifest. Der gesellschaftliche Status und ihre hinsichtlich Habitus und sozialstruktureller Merkmale erkennbare Bürgerlichkeit verliehen den Aussagen der Manifestanten zusätzlichen Bedeutungsgehalt, attackierten sie doch eine Regierung bürgerlicher Parteien, ohne dabei kommunistischer Attitüden verdächtig zu sein. Dass sie gewissermaßen politisch gegen ihre genuine politische Repräsentanz vorgingen, setzte sie nicht den stereotypen Bedenken aus, Agenten einer bestimmten politischen Richtung oder Organisation, „übliche Verdächtige“ zu sein.

Des Weiteren genossen einige der Achtzehn wie Heisenberg, Hahn und Born – die zwei zuletzt Genannten vor allem aufgrund der ihnen nach 1945 verliehenen Nobelpreise –, bereits öffentliche Bekanntheit, weshalb sie sich als promi-

---

336 Ebd., S. 185.

337 Vgl. Peters, Birgit: *Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung*, Opladen 1996, S. 181 ff.

338 Vgl. Schirmacher, Arne: *Wiederaufbau ohne Wiederkehr. Die Physik in Deutschland nach 1945 und die historiographisch Problematisierung des Remigrationskonzepts*, Arbeitspapier des Münchner Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte 2005, S. 11 f.; ders. 2007, S. 16 f.; Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

ment einstufen lassen.<sup>339</sup> Überdies hatten sie sich nach damaligem Kenntnisstand, zumindest was die Entwicklung nuklearer Waffen anbelangte, in der Vergangenheit biografisch nicht diskreditiert und keine moralische Schuld auf sich geladen. Die deutschen Atomphysiker konnten im Jahr 1957 moralisch von einer sicheren Warte aus warnen und mahnen, denn sie hatten sich durch ihre Beschränkung auf die Reaktorforschung vorgeblich nicht mit dem Odium der Atomwaffenentwicklung moralisch befleckt – ganz im Unterschied zu ihren in den USA tätigen Kollegen, die ja offenkundig militärisch geforscht und in einem unheilvollen Kraftakt die todbringenden „Höllenmaschinen“ für die Zerstörung japanischer Großstädte konstruiert hatten. Jedenfalls wurden die deutschen Kernphysiker nach dem Krieg nicht müde, dies in der Öffentlichkeit via zahlreiche Proklamationen, Interviews und Aufsätze regelmäßig und in möglichst großer Öffentlichkeit zu beteuern. Dieser Vorteil war ihnen gleichwohl mehr oder minder zufällig zuteil geworden,<sup>340</sup> da man im Deutschen Reich nach 1939 prinzipiell nicht über die notwendigen Ressourcen und Kapazitäten verfügt, es also für eine mit den USA vergleichbare Forschungsanstrengung von technischer Seite erhebliche Begrenzungen gegeben hatte.

Ausschlaggebend waren nicht die einzelnen Merkmale der Manifestantenschaft für sich, sondern deren Kombination. Den Sozialdemokraten erging es in dieser Hinsicht anders, sie waren einerseits leicht in eine ideologische Nähe zum Ostblock zu rücken und andererseits ließ sich ihnen als Teilnehmer des Parteienwettbewerbs eine bloß machtorientierte Absicht unterstellen. Als die SPD-Fraktion im Bundestag nur wenige Wochen vor der Göttinger Erklärung den Bundeskanzler für seine militärische Atompolitik kritisierte, warf ihr die öffentliche Meinung allenfalls wahltaktische Motive vor, statt darin ein ernsthaftes Anliegen zu sehen – öffentlich fand die Attacke zudem kaum Widerhall.<sup>341</sup> Noch deutlicher wird dies am Beispiel Herbert Wehners, der nur wenige Wochen vor den Göttinger Achtzehn in einem *Vorwärts*-Artikel wesentliche Punkte des Manifests vorweggenommen hatte: z.B., dass unter den Attributen „klein“ oder „taktisch“ firmierende Atomwaffen eine größere Zerstörungskraft als die Hiroshima-Bombe besaßen und solche Bezeichnungen lediglich die Vervielfachung der möglichen Sprengwirkung kaschieren sollten.<sup>342</sup> Dass akademisch zertifizierter Expertenstatus alleine auch nicht genügte, zeigt das Beispiel des Professors

---

339 Zum Prominenz-Begriff vgl. allgemein Wenzel, Harald: Obertanen. Zur soziologischen Bedeutung von Prominenz, in: *Leviathan*, Jg. 28 (2000) H. 4, S. 452-476.

340 Vgl. Kap. 2.6.2 dieser Arbeit.

341 Vgl. Rupp 1980, S. 103.

342 Vgl. Wehner, Herbert: Entscheidung über Leben und Tod, in: *Vorwärts*, 29.03.1957.

für theoretische Physik Karl Bechert, der schon vor der Göttinger Erklärung auf Adenauers Taktik eines Bagatellisierens von katastrophalen Gefahren aufmerksam gemacht hatte,<sup>343</sup> aufgrund seines sozialdemokratischen Parteibuchs aber selbstredend schnell für unglaublich erklärt werden können. Die Glaubwürdigkeit der nicht im politischen Wettbewerb stehenden Wissenschaftler überragte aus den genannten Gründen die der parlamentarischen Opposition. Die Göttinger Erklärung bestätigte, was Theodor Geiger schon 1949 ventiliert hatte, nämlich dass Kritik aus Wissenschaftlerkreisen besonderes Gewicht besitzt, da sie von einer „apolitischen Instanz ausgeht und deshalb nicht damit abgetan werden kann, sie entspringe ja doch nur dem Machtbegehren“.<sup>344</sup>

Dieser Befund wird im Übrigen durch medientheoretische Erkenntnisse gestützt. Eine Mobilisierung der Öffentlichkeit erreichen besonders solche Personen, die sich selbst als vertrauenswürdig darzustellen wissen – nicht zuletzt im Kontrast zu Berufspolitikern, denen häufig das Stigma unzureichender Fachkenntnis und übertriebener Selbstbereicherung anhaftet: „Können sie plausibel machen, dass sie recht haben und dass sie selbst nicht im partikularen Eigeninteresse handeln – z.B. um sich selbst zu bereichern, Reputation oder Macht zu erlangen –, sondern kollektive, die Allgemeinheit betreffende Ziele verfechten, wird sich die öffentliche Resonanz erhöhen.“<sup>345</sup> Hinzu kommt, dass speziell Wissenschaftler imstande sind, ihren Aussagen eine „moralische bzw. wissenschaftliche Dignität“ und der Aktion von ihrer Ausstrahlung eine „Illuminierung“ zu verleihen, weil man ihnen zutraut, Sinnfragen in einem allgemeinen Interesse zu stellen und zu beantworten.<sup>346</sup>

All dies – die Zugehörigkeit zum Bürgertum, die ehrfurchtgebietenden Insignien von Nobelpreisen wie Akademikertiteln und das hohe Ansehen in der Öffentlichkeit – imprägnierte die Achtzehn und ihr Manifest auch gegenüber Diskreditierungsversuchen, wie sie seinerzeit für Adenauer im politischen Wettbewerb eine typische Konfliktmethode darstellten. Der Regierungs- und Parteichef konnte nämlich gleichermaßen gerissen und skrupellos sein, war jederzeit in der Lage und bereit, seine politischen Gegner bedenkenlos, ja sogar entgegen der Faktenlage zu diffamieren und sie eines zeitgenössisch dubiosen Hintergrunds zu bezichtigen. Man konnte diese Adenauer'sche Taktik in den 1950er Jahren ganz oft beobachten. Ein beliebter Zug des Kanzlers war es, seine Gegner in einen Zusammenhang mit dem sowjetischen Kommunismus des Ostens zu rücken.

---

343 Vgl. o.V.: Hier gibt es kein Ausweichen!, in: Vorwärts, 05.04.1957.

344 Geiger 2001, S. 464.

345 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 75.

346 Ebd.

Verlässlich geschah dies in Wahlkampfzeiten. Da wurden frei heraus SPD-Funktionäre als von ostzonalen Geldern korrumpierte Moskau-Agenten verunglimpft („Schroth-Scharley-Affäre“)<sup>347</sup> oder allgemein brisante Stellen in den Biografien führender Parteipersonlichkeiten wie Herbert Wehner oder Willy Brandt öffentlich lanciert, um anschließend mit schriller Empörung darüber herzufallen.<sup>348</sup> Die Klaviatur der Verleumdung ließ sich mit den Göttinger Atomwissenschaftlern allerdings nicht bespielen. Im Gegensatz bspw. zu der „Ohne-uns-Bewegung“, einer von vielen Gesellschaftsschichten getragenen Friedensinitiative gegen die Wiederbewaffnung aus den Jahren 1950/51,<sup>349</sup> gelang es Adenauer nicht, den Protest und seine Initiatoren in der Bevölkerung als vom Kreml gesteuerte Akteure antiwestlich-kommunistischer Agitation in Misskredit zu bringen.

Für das Zustandekommen und Gelingen der gesamten Manifest-Aktion war außerdem, wie noch auszuführen sein wird, eine Einzelperson von ganz elementarer Bedeutung: Carl Friedrich v. Weizsäcker. Er verfügte mit all seinen persönlichen Eigenschaften individuell über ein besonderes Talent in der Organisation und Gestaltung des Manifests, vereinte daher in seiner Person viele hierfür wichtige Qualitäten. Aus diesem Grund war er in den Reihen der Manifestantenschaft schier unersetzbar und eine wesentliche Triebkraft der Göttinger Erklärung.<sup>350</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die achtzehn Unterzeichner der Göttinger Erklärung über ein gehöriges Aufkommen an Prestige, Prominenz und Reputation verfügten, sie dem Manifest also ihre persönlichen Ressourcen delegierten. Für die starke Medienpräsenz, ein in seiner Bedeutung kaum zu überschätzender Faktor für die Wirkung eines politischen Manifests, war dies eine fundamentale Voraussetzung, nutzen doch die Kommentatoren der Tagespresse ihr Öffentlichkeitsprivileg selten für die Etablierung eines bislang in den Medien minoritär repräsentierten Themas, treten sie nicht gerade häufig als Advokaten ressourcenschwacher Akteure auf.<sup>351</sup> Zudem ist es für das Ansehen einer demokratisch legitimierten Regierung nicht unbedingt förderlich, wenn sie gesellschaftlich geachtete Eliten – Universitätsprofessoren zumal – öffentlich kritisieren, ihr Kompetenz absprechen und Unterstützung entziehen.

---

347 Vgl. Hirsch-Weber, Wolfgang/Schütz, Klaus: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin/Frankfurt am Main 1957, S. 116

348 Vgl. o.V.: Schwedische Erinnerung, in: Der Spiegel, 20.03.1957; o.V.: Wer ist Willy?, in: Der Spiegel, 08.03.1961.

349 Vgl. hierzu Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 20 ff.

350 Vgl. dazu auch Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

351 Vgl. Eilders 2008, S. 46.

### 2.8.2 Carl Friedrich v. Weizsäcker als Organisator und Manifest-Theoretiker

Initiator, treibende Kraft, kreativer Gestalter und praktischer Organisator der Göttinger Erklärung war Carl Friedrich v. Weizsäcker. Er war geistiger Vater der wichtigsten in dem Manifest-Text enthaltenen Gedanken, hatte sich im Vorfeld ausgiebig mit den Funktionsmechanismen einer solchen Aktion intellektuell auseinandergesetzt und schließlich die Manifestantenschaft rekrutiert, dadurch beträchtlich zum Gelingen beigetragen.<sup>352</sup> Im Übrigen schrieb er sich diese Rolle selbst zu, behauptete freimütig, dass er „derjenige war, der diese Erklärung teils wirklich formuliert hat und der diese Erklärung auch sehr gewünscht hat“<sup>353</sup>. Obwohl selbst kein Unterzeichner, war er auch schon 1955 einer der Protagonisten der Kundgebung von der Mainau gewesen, die bekanntlich nicht die von ihm erhoffte Wirkung erbracht hatte, die Öffentlichkeit für die akute Atomwaffenproblematik zu sensibilisieren.

Die grundlegende Idee, über eine Anzahl namhafter Persönlichkeiten im öffentlichen Raum einen Appell an die Politik zu richten, war freilich keineswegs neu. Im Sommer 1955, kurz vor der Mainauer Kundgebung, hatten diesen Gedanken der britische Universalgelehrte Bertrand Russell und der in den USA lebende Physiker Albert Einstein für einen Aufruf zur Abschaffung des Kriegs aufgegriffen.<sup>354</sup> Die Göttinger Erklärung folgte vom Prinzip her dieser Konstruktion. Während Heisenberg sich nach Mainau resignierend in der Sinnlosigkeit derartiger Aufrufe bestätigt fühlte,<sup>355</sup> wollte v. Weizsäcker die Idee, über ein politisches Manifest als Wissenschaftler Einfluss auf das Handeln politischer Eliten zu nehmen, nicht aufgeben. Mainau ernüchterte die Beteiligten zwar, beraubte sie aber eben nicht aller Hoffnungen. Nach wie vor glaubte v. Weizsäcker an das Potenzial der Öffentlichkeit, spürte, dass man es eben einfach nur hätte anders, eben besser machen müssen. Nachdem er auf der Suche nach den Ursachen des

---

352 Vgl. zu diesem Abs. Fleischmann 1996, S. 48 f.; Heisenberg 1976, S. 258; Lindner 2002, S. 113 u. S. 121; v. Weizsäcker 1984, S. 193 f.; ders.: Lieber Freund! Lieber Gegner! Briefe aus fünf Jahrzehnten, München/Wien 2002, S. 57.

353 Lindner 2002, S. 122.

354 Vgl. Krieger, David: Noch immer nahe dem Untergang, in: Frankfurter Rundschau, 04.08.2005; Neuneck, Götz: Von Haigerloch, über Farm Hall und die Göttinger Erklärung nach Starnberg. Die Arbeiten Carl Friedrich von Weizsäckers zur Kriegsverhütung, Atombewaffnung und Rüstungskontrolle, in: ders./Schaaf (Hg.) 2007, S. 63-73, hier S. 68.

355 Vgl. Kraus 2001, S. 169.



Scheiterns den Religionsphilosophen Martin Buber konsultiert hatte,<sup>356</sup> schöpfte er endgültig neuen Mut. Dessen Rat, als Manifestant eine Konsequenz des eigenen, privaten Handelns anzukündigen, überzeugte und enthusiasmierte v. Weizsäcker und schlug sich sogleich in der Göttinger Erklärung nieder – in der aufseherregenden Aussage, jegliche persönliche Beteiligung an einer etwaigen Kernwaffenfabrikation kompromisslos abzulehnen.

Von Weizsäcker strebte spätestens seit den Sommermonaten des Jahres 1956 äußerst engagiert und entschlossen ein zweites Wissenschaftlermanifest an.<sup>357</sup> Innerhalb des Atomforscherkreises schwang er sich in dieser Zeit, begünstigt durch den krankheitsbedingten Rückzug Heisenbergs, zum Wortführer und Antreiber auf. Er führte mit seinen Kollegen politische Diskussionen und er war es auch, auf dessen unablässige Betriebsamkeit in dieser Angelegenheit hin Ende 1956 der Brief an Strauß geschrieben wurde.<sup>358</sup> Ohne v. Weizsäckers Engagement und „Dranbleiben“ wäre es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu einem weiteren Manifest nach Mainau gekommen. Der ausdauernde Freiherr war derjenige, der am beharrlichsten an dem Konzept festhielt und seit 1955 mit großem Ehrgeiz und Selbstvertrauen einen zweiten Versuch anstrebte, für den sich dann allerdings erst im April 1957 die passende Gelegenheit bieten sollte.

Von Weizsäcker kontrollierte zudem die Redaktion des Manifest-Textes. Viele der Achtzehn waren es jedenfalls nicht, denen er Einfluss auf die Manifest-Lettern zubilligte. Dabei wachte er nicht nur über die Grundaussagen. Er legte sein Augenmerk auch auf die Anordnung der Argumente, erdachte die literarische Taktik, einem informativen Passus über die Gefahr der Atomwaffen Passagen über Legitimation und Forderung der Manifestanten folgen zu lassen. Überdies achtete er darauf, nicht mehr zu behaupten, als man als Wissenschaftler auch glaubwürdig vertreten konnte. Unter seiner Ägide war in dem Manifest alles Spekulative unzulässig. Diese Rolle und Funktion hatte v. Weizsäcker im Grunde übrigens auch schon auf der Mainau ausgeübt. Dort beriet er Hahn in der Textformulierung und assistierte wohl auch in der Organisation der Kundgebung, wenn er diese nicht sogar dirigierte.<sup>359</sup> Der Text der Göttinger Erklärung entstammte folglich, obschon drei bis vier weitere Personen ihre Ideen und Wünsche in einige Textstellen einfließen ließen, im Wesentlichen v. Weizsäckers Feder.<sup>360</sup>

---

356 Vgl. dazu Kap. 2.8.3 dieser Arbeit.

357 Vgl. Heisenberg 1976, S. 260 f.

358 Vgl. ebd., S. 262 f.

359 Vgl. Kant 2002, S. 27 f.; Lindner 2002, S. 121.

360 Vgl. Heisenberg 1976, S. 265 f.

Daneben verdankte sich die Rekrutierung der Manifestantenschaft dem koordinierenden Handeln v. Weizsäckers. Etwa eine Woche vor der beabsichtigten Veröffentlichung schrieb er unter Rückgriff auf sein Kernphysiker-Netzwerk weitere Kollegen mit der Bitte um namentliche Unterstützung an.<sup>361</sup> Er war es zudem, der mit dem Hinweis auf Adenauers provokante Bagatellisierung der Atomwaffengefahr die ansonsten durchaus auseinanderliegenden Meinungen überbrückte und somit die aus achtzehn eigenwilligen Köpfen bestehende Manifestantenschaft auf einer gemeinsamen Linie integrierte.

Allem Anschein nach gestaltete v. Weizsäcker auch jene Parameter nach eigenem Ermessen aus, die für den Öffentlichkeitserfolg ausschlaggebend waren.<sup>362</sup> So beschränkte er wie erwähnt die politischen Forderungen auf das real Praktizierbare – einen seitens einer Regierung gelobten Verzicht auf Waffen, welche noch gar nicht beschafft waren – und baute die persönlichen Konsequenzen der Manifestanten – die Nichtbeteiligung an einer möglichen Nuklearwaffenproduktion – ein. Damit zog er zugleich die Lehre aus Mainau und befolgte den in Manifest-theoretischen Gesprächen gewonnenen Rat.

Carl Friedrich v. Weizsäcker verstand sich zudem darauf, die unterschiedlichen Interessen seiner Mitstreiter zu kanalisieren und miteinander in Einklang zu bringen. Er kannte den Verdruss Heisenbergs ob der enttäuschenden Regierungspolitik in Sachen Atomforschungsförderung und auch dessen Angst, die Kernenergieforschung könne die Unterstützung der Öffentlichkeit verlieren und nicht wieder zurückgewinnen; v. Weizsäcker wusste um Borns Bestreben, für die Ergebnisse der Nuklearforschung soziale Verantwortung zu übernehmen; und ihm war Hahns Hadern mit dem zerstörerischen Gebrauch nuklearwissenschaftlicher Kenntnisse bewusst. Indem v. Weizsäcker alle wichtigen Standpunkte im Manifest-Text zu Wort kommen ließ und mit Adenauers Fauxpas den richtigen Moment abzuwarten wusste, gelang ihm die Mobilisierung einer Manifestantenschaft, deren Angehörige doch eigentlich unterschiedliche Motive leiteten.

### **2.8.3 Die Taktik des Manifestierens**

Man versuchte also aus der Mainauer Kundgebung eine Lehre zu ziehen. Doch warum eigentlich hatte dieses Manifest seine beabsichtigte Wirkung derart grob verfehlt, weshalb wurde ihm so wenig öffentliche Aufmerksamkeit, eine solchhermaßen geringe Unterstützung zuteil? Diese Fragen trieben v. Weizsäcker

---

361 Von Weizsäcker 2002, S. 57.

362 Vgl. Herbig 1976, S. 465.

einige Zeit lang um. Im Sommer 1956, als der konkrete Zeitpunkt eines weiteren Manifests noch gar nicht abzusehen war, v. Weizsäcker zusammen mit Heisenberg diese Aktion aber bereits plante, nutzte er eine Gelegenheit zu einem Treffen mit dem jüdischen Philosophen und Theologen Martin Buber. Dieser weilte gerade in Hannover und war zudem ein Freund seines Onkels Viktor v. Weizsäcker. Diese Zusammenkunft nutzte v. Weizsäcker zu einer – wenn man so will – manifest-theoretischen Konsultation.<sup>363</sup> Er fragte Buber in der Mainauer Angelegenheit um Rat, suchte im Gespräch mögliche Ursachen des Scheiterns, da er offenbar im Zuge seiner eigenen Reflexionen bereits den Eindruck gewonnen hatte, dass damals ein ganz entscheidendes Manko für den Fehlschlag der Mainauer Manifestation verantwortlich gezeichnet hatte. Warum nur, so quälte es v. Weizsäcker, wollten bislang öffentliche Kundgebungen berühmter Naturwissenschaftler mit einem alle Menschen betreffenden Anliegen einfach nicht funktionieren? Nach kurzer Überlegung und Durchsicht des Mainau-Textes gelangte Buber zu der schlichten, aber dennoch bedeutungsvollen Auffassung, dass es an persönlichem Engagement gefehlt habe. In einem solchen Text appellativen Charakters war es laut Buber unerlässlich, dass „man den Leuten sagt, was man selber tun wird“<sup>364</sup>. Außerdem sollte er sich mit seiner Forderung an einen eindeutig zu benennenden Akteur richten. Heureka: Das elementare Defizit, nach dem v. Weizsäcker so lange, verbissen und seither vergebens Ausschau gehalten hatte, war damit endlich gefunden. „Nach jenem Gespräch mit Martin Buber war mir klar, dass, wenn ich mich jemals an einer öffentlichen Äußerung über die Atomwaffen beteiligen würde, sie nicht den unbestimmten Adressaten der ganzen Welt haben dürfe, der kein Du ist, sondern ein abstraktes Es. Sie müsste, so war mir klar, jemanden ansprechen, der weiß, dass er gemeint ist und der darum nicht ausweichen kann. Sie müsste ein Du ansprechen. Diesem Du müsste ein Ich gegenüberreten, dessen Engagement unverkennbar ist.“<sup>365</sup> Buber und v. Weizsäcker hatten in Hannover nichts Geringeres als eine Diskussion über wirkungsvolle Manifest-Taktiken geführt. Und tatsächlich wurde die explizite Verweigerung, eben das von Buber angesprochene Engagement, später an zentraler Stelle in den Medien aufgegriffen, so z.B. im Untertitel des *FAZ*-Berichts zur

---

363 Vgl. dazu Hahn, Dietrich (Interview mit Carl Friedrich v. Weizsäcker): Aber dann ist der Urankern zerplatzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.1998; Hattrup 2004, S. 172; Lindner 2002, S. 121; o.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Ich – Du und Ich – Es in der heutigen Naturwissenschaft, in: Merkur, Jg. 12 (1958) H. 120, S. 124-128, hier S. 125 f.

364 Zitiert nach Lindner 2002, S. 121.

365 Von Weizsäcker 1958, S. 125 f.

Göttinger Erklärung: „Keine Atomwaffen in der Bundesrepublik / Entschiedene Ablehnung einer Mitarbeit“<sup>366</sup>. Als vormals erst noch dilettantischer Manifest-Strategie, befand sich v. Weizsäcker nunmehr in einem dialektischen Lernprozess, der ihn aus dem niederen Stand des Unkundigen zu einem ungleich raffinierten Manifestanten emporhob.

Auch den Publikationsweg wählte v. Weizsäcker nicht ohne Hintergedanken. Hahns Sekretärin Wehmeyer übermittelte die Erklärung am 12. April 1957, morgens gegen neun Uhr, telefonisch an *FAZ* und *dpa*; die Meldung erschien den Presseleuten zunächst dermaßen unglaublich, gar als eine lancierte Aktion sowjetischer Stellen, dass sie sich die Echtheit sicherheitshalber noch einmal durch einen Anruf bei der MPG bestätigen ließen.<sup>367</sup> Indem man einen Samstag zum Tag der Veröffentlichung bestimmte, ging man sicher, dass die politischen Akteure, namentlich Adenauer und Strauß, zumindest in der Presse nicht umgehend eine große Gegenoffensive starten konnten. Die Göttinger Erklärung bekam dadurch ein Wochenende Zeit, um auf ihre Leser einwirken zu können.

Eine weitere Maßnahme bestand in der Wahrung und Suggestion strikter politischer Unabhängigkeit der Manifestanten. Damit wollte man sich dem kompromittierenden Ruch politischer Parteinahme erwehren und den von Kritikern geäußerten Verdacht einer gezielten Wahlkampfintervention ausräumen. Hahn bspw. verweigerte sich konsequent anderen, inhaltlich gleichgerichteten Aufrufen, die im Verdacht politischer Parteinahme standen oder die guten Beziehungen zum Ausland zu gefährden drohten. Den „Gegnern der bundesdeutschen Atombewaffnung versagte Hahn jede Unterstützung“<sup>368</sup> außerhalb des Manifestantenkreises der Göttinger Achtzehn. So entzog er sich dem „Kampf dem Atomtod“, unterstützte nicht die „Europäische Föderation gegen Atomrüstung“ und verwehrte seine Unterschrift einem Appell an US-Präsident John F. Kennedy.<sup>369</sup> Und v. Weizsäcker lehnte eine ihm von der CDU angetragene Bundestagskandidatur ab.<sup>370</sup>

Bei aller übrigen Taktik muss der Manifestationsschrift selbst natürlicherweise ebenfalls eine Bedeutung für das Resultat der Aktion zukommen. Laut seines Verfassers v. Weizsäcker beinhaltete der Manifest-Text drei zentrale Gedanken: Erstens könne das westliche Bündnissystem nicht dauerhaft geschützt

---

366 O.V.: Beschwörender Appell der deutschen Atomforscher (Titelseite), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.1957.

367 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 367/S. 74 u. Fußnote 400/S. 81.

368 Kraus 2001, S. 275.

369 Vgl. ebd., S. 275 f.

370 Vgl. hierzu Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

und der Weltfrieden nicht unentwegt durch Atomwaffen gewährleistet werden; diese Rüstung gelte es folglich zu vermeiden. Diplomatische Methoden reichten offenbar nicht aus, so der zweite Punkt, um dieser angeblichen Wahrheit ausreichende Geltung zu verschaffen. Daher müssten die Wissenschaftler dies zur Sprache bringen. Und schließlich drittens könne nur Derjenige glaubhaft atomare Abrüstung fordern, der selbst überzeugend Atomwaffen ablehnt und auf diese unmissverständlich verzichtet.<sup>371</sup>

Heisenberg hingegen unterteilte den Text in einen sachlichen Aufklärungs- und einen vorwurfsvollen Forderungsteil.<sup>372</sup> Der erste Schwerpunkt ist tatsächlich objektiver Natur und weist – untergliedert in zwei Unterpunkte, zwar mahnend, aber ohne ausdrückliche pädagogische Belehrung – auf physikalische Tatsachen hin, die „alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen“. Zum einen seien „taktische Atombomben“ Sprengkörper mit bekannter atomarer Vernichtungskraft, die Abgrenzung zu „strategischen“, nochmals um einiges zerstörerischer wirkenden Waffentypen lediglich militärische Kategorien. Zum anderen unterlägen Atomwaffen prinzipiell in ihrer Vernichtungswirkung keiner Limitation, ein Auslöschen der gesamten westdeutschen Bevölkerung sei in Verbindung mit den indirekten Folgen von Radioaktivität ohne Weiteres möglich. Der Betroffenheitsradius konnte aus Sicht der westdeutschen Bevölkerung demzufolge kaum größer sein. Anschließend geht der Text auf die Verantwortung ein, mit welcher der moderne Wissenschaftler im Atomzeitalter beladen sei und die ein Schweigen verbiete – quasi als unanfechtbare Rechtfertigung für den Text an sich.<sup>373</sup> Er schließt mit der Forderung nach freiwilligem Verzicht auf den Besitz von Atomwaffen sowie mit der Verweigerung der Unterzeichner gegenüber jeglichem Kontakt mit militärischer Verwendung der Kernenergie, der wiederum eine ausdrückliche Bereitschaft zum Engagement im zivilen Kernenergiebereich gegenübergestellt wird. Das strukturelle Arrangement der einzelnen Manifest-Komponenten war vorteilhaft: Es litt nicht an einer übermäßigen Komplexität und Verschachtelung, war problemlos auf zwei Seiten in Büchern unterzubringen und eignete sich daher zum schnellen Lesen ebenso wie zur Verbreitung in möglichst vielen Printmedien. Vor allem ließ sich der Erklärungs-Text in den zentralen Spalten auf den Titelseiten von Tageszeitungen abdrucken und seine Forderungen konnten in wenigen Sätzen zusammengefasst werden.

371 Vgl. hierzu v. Weizsäcker 1984, S. 38 f.

372 Vgl. Heisenberg 1976, S. 265.

373 Vgl. Görlich 1965, S. 101.

Auch stellte der Inhalt – und dies ist nicht gerade unwichtig – keine überwältigenden Ansprüche an das Text- und Technologieverständnis seiner Rezipienten. Für die Mobilisierung öffentlicher Aufmerksamkeit ist gerade dies elementar, müssen die Deutungen und Aussagen doch einem Laienpublikum verständlich sein, plausibel machen, warum der thematisierte Sachverhalt ein Problem darstellt, auf das die Politik gefälligst einzuwirken hat.<sup>374</sup> Für das Verständnis und die von den Manifestanten bezweckte Auslegung der Botschaft ist die Einfachheit der Sprache ein ganz entscheidendes Moment. Sie spannt „hermeneutische Brücken“<sup>375</sup>, um die Kluft zwischen „der Wissenschaftswelt des Experten und der Lebenswelt des Bürgers“<sup>376</sup> zu überwinden. Das Problem gründet sich in der Schwierigkeit, die Expertenansicht „möglichst ohne Substanzverlust in die bürgerliche Lebenswelt mit ihren ganz anderen Begriffen, Bezügen und Wertkategorien“<sup>377</sup> zu transferieren. Für die Göttinger Erklärung war dies besonders wichtig, mutet doch für Laien wohl kaum etwas stärker wissenschaftsesoterisch an als die Kernphysik. Den achtzehn Nuklearforschern gelang dieses Kunststück, ihre Warnung ohne den Rückgriff auf technisch-theoretische Details – introvertiertes Fachwissen also – auszusprechen. Sie rekurrten nicht auf einen wissenschaftlichen, sondern sprachen einen politisch-militärischen Problembezug an: das Risiko des auf politischer Entscheidung basierenden Militäreinsatzes von Kernenergie Waffen. Das oftmals im Dialog von Öffentlichkeit und Wissenschaft auftretende Problem einer Diskrepanz von Informationsangebot und Informationsbedürfnis<sup>378</sup> konnte dadurch umgangen werden. Überdies fiel die Zuverlässigkeit von Expertenwissen<sup>379</sup>, die in Sachen Theoriequalität und Voraussagbarkeit eines Ereignisses für gewöhnlich begrenzt ist, bei der Göttinger Erklärung kaum ins Gewicht. Die Konsequenzen einer Atombombendetonation waren bekannt; dass das Explosivpotenzial auch „taktischer“ Sprengköpfe verheerend ist, konnte als ziemlich unstrittig angesehen werden.

Doch was machte den Unterschied zu den vielen anderen Manifestationschriften von Wissenschaftlergruppen am deutlichsten aus, was war das wohl markanteste Merkmal der Göttinger Erklärung? Das Manifest der Achtzehn, so

---

374 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 70.

375 Schmidt-Tiedemann 1996, S. 32.

376 Ebd., S. 31.

377 Ebd., S. 31 f.

378 Vgl. hierzu Peters, Hans Peter: Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nichtexperten, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 61-88, hier S. 78 f.

379 Vgl. zu diesem Aspekt Schmidt-Tiedemann 1996, S. 29 f.

betonte schon Jost Herbig in den 1970er Jahren,<sup>380</sup> erging sich in seinen Forderungen nicht im Utopischen, sondern fokussierte auf das politisch Machbare. Nicht etwa die sofortige Abrüstung der gesamten, erst kürzlich teuer angeschafften Atomwaffenarsenale der beiden Supermächte war Gegenstand des Appells. Nein, man verlangte den Verzicht auf eine politische Absicht, die sich noch im Stadium ihrer Verhandlung und Planung befand. Die Interpellation der achtzehn westdeutschen Nuklearforscher bezog sich auf einen noch im Gang befindlichen Entscheidungsprozess und benannte mit der Bundesregierung einen eindeutigen Adressaten. Auch dies war eine strategische Maßnahme v. Weizsäckers, der erklärte, dass die „Beschränkung auf das politisch Durchsetzbare eine Voraussetzung für den Erfolg“<sup>381</sup> gewesen sei. Dies war in der kurzen Historie politischer Manifeste aus Wissenschaftlerkreisen ein kleines Novum. Und vor allem ein Unterschied zu der sang- und klanglos im Nirwana öffentlichen Bewusstseins versunkenen Kundgebung von der Mainau, die demgegenüber noch einen vollständigen Gewaltverzicht, die Abschaffung des Kriegs – mithin eine Utopie –, zur politischen Forderung erhoben hatte.

Indem die Manifestanten in ihrem Text ebenso einprägsam wie anschaulich auf die Zerstörung deutscher Städte und die Verseuchung deutscher Landstriche abhoben, schuf das Manifest außerdem eine konkrete Bedrohung der alltäglichen Lebenswelt. Eine solche Konkretisierung des Themas bewirkt medientheoretischen Erkenntnissen zufolge „die Herstellung eines lebensweltlichen Bezugs zwischen dem Problem und den alltäglichen Erfahrungen der Bürger“, der die persönliche Betroffenheit des Individuums und die „Einsicht in die ‚Aufdringlichkeit‘ des Problems“ erhöht.<sup>382</sup> Das Publikum muss davon überzeugt werden, dass „das thematisierte Problem ihre eigene Lebenspraxis negativ tangieren wird“. Die Bereitschaft, der angebotenen Problemdefinition und -lösung zu folgen, wird sich in einem solchen Fall aller Voraussicht nach verstärken. Aber nicht nur das. Gelingt es, für die Zukunft glaubwürdig eine Verschärfung des Problems zu prognostizieren, steigt die Dringlichkeit und somit der Druck auf die politischen Verantwortungsträger.<sup>383</sup> Denn ein „unterstelltes Crescendo dramatisiert ein Problem und unterstellt die Notwendigkeit schnellen Handelns“. Eine solche Eskalation sagte die Göttinger Erklärung bekanntlich für den Fall einer Atombewaffnung eines „kleinen“ Landes wie die Bundesrepublik voraus.

---

380 Vgl. Herbig 1976, S. 465.

381 Ebd.

382 Hier und folgend Gerhards/Neidhardt 1991, S. 72.

383 Zu diesem Aspekt siehe ebd., S. 73.

Des Weiteren war die Göttinger Erklärung spezifisch an die Bundesregierung adressiert – und nicht etwa universal und unterschiedslos an alle Exekutiven weltweit. Dies war nämlich eine übliche Manier anderer Mahnschriften gegen die Atomrüstung – wie im Übrigen auch der Mainauer Intervention. Auch diese Überlegung entsprang daher v. Weizsäckers Lehren. Er selbst schilderte in einer späteren Schrift, erlebt zu haben, dass „die große Welt nicht auf Appelle hin abbrüstet“<sup>384</sup>. Und in der Tat lehrt die Medientheorie,<sup>385</sup> dass die Chancen auf eine Mobilisierung von Öffentlichkeit steigen, sobald man „konkrete, erreichbare Verursacher beschreiben kann“. Verstärkt wird dieser Effekt, sobald eine „Intentionalisierung“ gelingt – die Unterstellung einer schuldhaften Absicht. Mit Bundeskanzler Adenauer hatte man in diesem Sinne einen „Schuldigen“ gefunden.

Der Erfolg der Göttinger Erklärung lässt sich neben der Identifizierung eines politischen Delinquenten mit dem Aspekt der Risikowahrnehmung erklären. In seiner Ausformung gelang es dem Manifest, seine Rezipienten – also die über Massenmedien in Kenntnis gesetzten Bürger – in der Atombewaffnung ein äußerst bedrohliches Risiko erkennen zu lassen. Die Risikowahrnehmung in der Öffentlichkeit wird von diversen Größen beeinflusst. Dazu gehören die Katastrophenhaftigkeit des Risikos, bestimmt durch den zu erwartenden Schaden; die Schrecklichkeit in Bezug auf die optische Beschaffenheit des Schadens und die damit verbundene moralische Verfehlung; die Kontrollierbarkeit des Risikos; der Risikoursprung, bei dem technische Risiken und menschliches Versagen in ihrer Gefährlichkeit größer als natürliche eingeschätzt werden; die Vertrautheit und Nachvollziehbarkeit des Risikos; und schließlich die Betroffenheit durch soziale, räumliche und zeitliche Nähe.<sup>386</sup> Bestimmten in der Zeit vor dem Göttinger Manifest hauptsächlich diffuse Ängste vor einem militärischen Einsatz von Atomenergie die Gemüter der Westdeutschen, so konkretisierte und justierte die Göttinger Erklärung diese Angst. Mit der beinahe unvergänglichen Verseuchung von Flora und Fauna, schrecklichen Entstellungen und Fehlbildungen von Lebewesen wie auch einer gravierenden Schädigung des menschlichen Erbguts, der Gefahr unbeherrschten und auf moralische Kategorien keine Rücksicht nehmenden Waffeneinsatzes, der Hilflosigkeit gegenüber Entscheidungen eines sowjetischen Aggressors, der Plausibilität des Vernichtungsausmaßes und der räumlichen sowie zeitlichen Unmittelbarkeit der Kriegsgefahr waren all diese Faktoren

---

384 Von Weizsäcker 1984, S. 39.

385 Zum Folgenden siehe Gerhards/Neidhardt 1991, S. 74.

386 Vgl. dazu Ruhrmann 1991, S. 137 ff.



im Falle nuklearer Waffen hoch ausgeprägt und verhalfen dem Manifest zu einer immensen Wirkungskraft.

#### **2.8.4 Die Ausdrucksform des Protests**

Für die Analyse der Wirkung des Manifests sollte auch berücksichtigt werden, dass es sich bei der Göttinger Erklärung um keine Art von politischem Protest von Staatsbürgern handelte, wie man sie gemeinhin etwa durch die Prägung von gedankenverbindenden Schlüsselbegriffen wie „68er“ oder auch „Mutlangen“ wohl vor Augen hat. Auch darin lässt sich eine Erfolgsursache sehen. Zunächst: Es war ganz und gar kein gegenkultureller Protest wie bspw. von den 68ern, der eine fundamentale Absage an die Wertvorstellungen der Gesellschaft zu erteilen suchte, das bürgerliche Anstands- und Ordnungsempfinden verletzte und durch mancherlei subversive Aktion oder Auseinandersetzung mit Polizeikräften kriminalisiert werden konnte. Weder ging es um die Kritik an überkommenen Geschlechterrollen, kleinbürgerlichem Wohlstand, noch der verweigerten Aufarbeitung von Vergangenen. Für den einzelnen Bundesbürger verband sich mit ihm nichts persönlich Unangenehmes, das die persönliche Lebensweise oder Biografie in Frage stellte und durch eklatante Brüche mit verinnerlichten Wertvorstellungen provozierte. Dem Protestanlass beizupflichten, verursachte bei den meisten Bürgern so gut wie keine mentalen Kosten.

Sodann das Erscheinungsbild des Protests der Achtzehn: Die zurückhaltende, unpräzise, noch dazu streng sachliche Ausdrucksform eignete sich besonders für die Ansprache des arrivierten Bürgertums. Schriftliche Darlegung in unaufgeregter Nüchternheit, unterlegt von dem Klang universitärer Titel, war Angehörigen von bildungs- und einkommensmäßig gehobenen Gesellschaftsschichten in den 1950er Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach erheblich bekömmlicher als etwa der erregte Aktionismus der Straße oder die aggressive Gewaltbereitschaft lauthals Skandierender – eben anderer Protestformen. Die Darstellungen des Phänotyps jugendlichen Protests etwa sind Legion: laut, martialisch, ungebändig. Gerade im Fall der Göttinger Achtzehn handelte es sich jedoch um eine ganz andere Formation, deren Artikulation von Protest stilistisch wie habituell den dominanten Verhaltens- und Kommunikationsmustern bürgerlicher Menschen entsprach, zumindest nicht zuwider lief. Es gab kein improvisiertes „Anti-Atom-Dorf“, dessen Bewohner den Verdacht von „Arbeitsscheue“ und menschlicher Verkommenheit erregen konnten und bei denen sich nicht Wenige das schleuni-

ge Einschreiten von Ordnungskräften herbeisehnten.<sup>387</sup> Es war keine in Farbbeutel und Protestchorälen ungestüm zum Ausdruck kommende Randal. Vandalistische Kollateralschäden in Form brennender Fahrzeuge und eingeschlagener Fensterscheiben gab es dabei ebenso wenig wie die beunruhigende Militanz der Steine, Rauchbomben und Wasserwerfer.<sup>388</sup> Das Unbehagliche von chaotischen, bisweilen anarchischen Zuständen – gleichsam einer pointierten Anomie einer zeitlich und räumlich begrenzt außer Kontrolle geratenen Situation –, der sich in physischen Aktionen wütend entladende Dissens gegenüber den vorherrschenden Verhältnissen ließen sich mit dem Manifest keinesfalls assoziieren. Das Proletarische ging den Achtzehn ebenso ab wie das Jugendlich-Rebellische. Heisenberg und Hahn warfen keine Steine, brüllten keine Parolen und lieferten sich keine Auseinandersetzungen mit der polizeilichen Staatsgewalt. Sie verfassten und unterschrieben einen Text. Nichts daran war abnorm. Sozialtypologisch waren sie als gut betuchte Professoren mit eher konservativen, jedenfalls nicht gegen das politische und soziale System als solches gerichteten Einstellungen keine zu den Regierenden kontrastierende, sondern eine mit diesen vielmehr konvergierende Elite. Zumal, sie fielen nicht durch suspekte Kleidungs- und Frisurenstile auf, die provokativ mit Verhaltenskonventionen brachen und die es zuließen, sich über Oberflächliches zu mokieren. Kurzum: Es handelte sich bei dem Protest der achtzehn Göttinger Professoren zwar um Aufmüpfigkeit und Widerspruch, nicht aber um eine physische Konfrontation mit der staatlichen Exekutive und auch nicht um eine herausfordernde Missachtung bürgerlicher Ordnungsvorstellungen. Er passte zum „prototypischen Straßenprotest der 1950er Jahre“, der als „disziplinierte ‚Kundgebung‘“<sup>389</sup> von krawattierten Herren in Anzügen daher kam.<sup>390</sup>

---

387 Vgl. dazu Becker, Wolfgang: Macky, Mecky, Mucky und der Atom-Protest, in: Der Spiegel, 08.08.1977.

388 Vgl. hierzu beispielhaft Gathmann, Florian/Hengst, Björn: Randal spaltet Protestbewegung, in: Spiegel Online, 03.06.2007, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,486398,00.html> [eingesehen am 05.08.2008]; Dahlkamp, Jürgen et al.: Widerstand zwecklos, in: Der Spiegel, 11.06.2007; Kraushaar, Wolfgang: Der Aufschrei der Jugend, in: Der Spiegel, 29.03.1999; o.V.: Wann und wie, in: Der Spiegel, 10.02.1969; o.V.: Heißer Asphalt, in: Der Spiegel, 20.05.1968.

389 Rucht, Dieter: Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik. Verbreitung, Professionalisierung, Trivialisierung, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 4-11, hier S. 8.

390 Vgl. Nehring 2003, S. 25.

Auch all dies mochte zum Erwerb von Akzeptanz und Sympathie unter den medialen Kommentatoren – ihrerseits Repräsentanten der bildungsbürgerlichen Elite – beigetragen haben. Ist doch gerade die Aktionsform des Protests wichtig, denn Aktion ist der sichtbare Teil einer sozialen Bewegung, über sie kommunizieren die Protestierenden – hier: die Manifestanten – mit der Gesellschaft. Die Aktion und ihre Ästhetik dienen dem Sympathie- und Unterstützungsgewinn.<sup>391</sup> Für die Vermittlung an externe Akteure – die Medien, Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen – war dies eine ganz hervorragende Bedingung, eignete sich doch das im Rahmen eines Manifests völlig ohne den Hautgout zivilen Ungehorsams auskommende Erscheinungsbild des politischen Protests der Achtzehn, einer „Erklärung“ zumal, ganz vorzüglich, um für das eigene Ansehen risikolos in Programmatiken und Forderungskataloge einverleibt werden zu können.

### **2.8.5 Geeignet für massenmediale Zuwendung: eine bestechende Medienkompatibilität**

Unschwer konnte festgestellt werden, dass sich die Göttinger Erklärung eines enormen Widerhalls in den Medien erfreuen durfte. Doch bevor näher auf die Ursachen dieser bemerkenswerten Presseresonanz eingegangen wird, stellt sich die Frage, warum sich dabei überhaupt von einem Erfolgsfaktor sprechen lässt. Ohne dass sich hier freilich eine genaue wissenschaftliche Feststellung treffen lässt, ist es nach allen Erkenntnissen der Medien- und Kommunikationswissenschaft vermutlich keine gewagte These, einer starken Präsenz in den Medien einen signifikanten Einfluss auf die Bevölkerung zu unterstellen. Schließlich erlangte die Öffentlichkeit von der Göttinger Erklärung zuerst durch die Medien, spezifisch: die überregionalen Tageszeitungen Kenntnis. Allein deswegen lohnt ein Blick auf grundlegende Medientheorien, um zu einem besseren Verständnis dieses Wirkungszusammenhangs zu gelangen. Denn die Bevölkerung lässt sich von der öffentlichen Meinung inspirieren, die ihrerseits wiederum massenmedial vermittelt wird. Und aus diesem Grund ist sie auch ein obligatorisches Objekt der Beobachtung durch Politiker. Doch dazu im Folgenden mehr.

Es besteht wohl kein Zweifel: Die öffentliche Meinung ist innerhalb einer demokratisch verfassten Gesellschaft ein wichtiger Faktor, kein Politiker würde dies ernsthaft bestreiten wollen. Was aber konkret unter „öffentlicher Meinung“ zu verstehen ist, erscheint bei der Durchsicht einschlägiger Literatur gar nicht so

---

391 Zu diesem Punkt vgl. Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt am Main/New York 1988, S. 274 f.

eindeutig, wie man dies hätte vermuten dürfen. Sie ist jedenfalls nicht die demoskopisch von diversen Umfrageinstituten gemessene Meinung, von der man allwöchentlich bspw. in Form der „Sonntagsfrage“ hören kann, welche regelmäßig die Zustimmung der Bundesbürger zu den Parteien zu erfassen sucht. Die demoskopische Messung wiederum ist lediglich ein statistisches Aggregat von Einzelmeinungen.<sup>392</sup> Eine in sich geschlossene Meinung der Bevölkerung existiert eigentlich gar nicht. Eher bezeichnet öffentliche Meinung Auffassungen, die in der Arena öffentlicher Kommunikation voraussichtlich mit breiter Zustimmung rechnen können, prägnant ausgedrückt: „eine Meinung, die sich in den Arenen öffentlicher Meinungsbildung durchgesetzt hat und insofern ‚herrschende‘ Meinung darstellt“.<sup>393</sup> Weicht man von ihr ab, muss man mit Widerständen rechnen. Auch wird davon ausgegangen, dass sich die öffentliche Meinung der Richtung nach stets dorthin begibt, wo Schutz und Geborgenheit erwartet werden.<sup>394</sup> Ein guter Politiker ist sich dieses Verlangens der Bürger nach Sicherheit bewusst, politische Maßnahmen beinhalten deshalb meist ein implizites Sekuritätsversprechen. Diese beiden Aspekte – herrschende Meinung, von der man kaum abweichen kann sowie deren Streben in Richtung von Sicherheit – machen das Konstrukt der öffentlichen Meinung klarer vorstellbar und weisen auf die Bedeutsamkeit öffentlicher Meinung für den politischen Prozess hin.

Denn politische Maßnahmen, die gegen die öffentliche Meinung durchgesetzt werden, können aller Erfahrung nach schwerlich mit einem plebiszitären Rückhalt rechnen.<sup>395</sup> Gegen sie lässt sich kaum etwas bewirken, erfolgreiche Aktionen bedürfen zumeist der Zustimmung öffentlicher Meinung. Ihrer gilt es sich daher zu bemächtigen oder zu versichern, will man „das Volk belehnen oder be-

---

392 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 42.

393 Ebd.

394 Vgl. hierzu Landshut, Siegfried: Volkssouveränität und öffentliche Meinung, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986, S. 36-41, hier S. 41.

395 Zu diesem Abs. vgl. Schenk, Michael/Pfenning, Uwe: Individuelle Einstellungen, soziale Netzwerke, Massenkommunikation und öffentliches Meinungsklima: Ein analytisches Interdependenzmodell, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991, S. 165-184, hier S. 181; Gerhards/Neidhardt 1991, S. 80; Gerhards, Jürgen: Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland? in: Göhler (Hg.) 1995, S. 149-177, hier S. 151 f. „Die Kopplung der Positionen – und oftmals der Existenz – der Entscheidungsträger an die Wählerschaft sichert eine Sensibilität gegenüber der veröffentlichten Meinung.“ Ebd., S. 169.

lügen, öffentliche Anerkennung oder öffentliche Verurteilung herbeiführen, terrorisieren oder beschmeicheln, anfeuern oder abschrecken und die Massenansicht, das Massengefühl und den Massenwillen überhaupt in irgend welche Bahnen lenken“<sup>396</sup>. Da eines der wichtigsten Handlungsziele von Politikern schließlich darin besteht, Wählerstimmen zu gewinnen und zu maximieren, müssen diese sich empfindsam den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung – potenziellen Wählern also – annehmen. Freilich ist es ein aussichtsloses Unterfangen, diese in Gänze erfassen zu wollen. Politiker können sie aber vermittels der Beobachtung und Auswertung der öffentlichen Meinung zumindest skizzenhaft in Erfahrung bringen, da sich die politischen Wahlpräferenzen der Bürger über die Rezeption der öffentlichen Meinung einstellen. Dies erklärt z.B., weshalb Parlamentsfraktionen für ihre Angehörigen täglich Mappen mit einem umfangreichen Pressespiegel, einer Auswahl wichtiger Zeitungsmeldungen, anlegen. Denn Meinungen, die in der öffentlichen Debatte dominieren, werden von ihren Rezipienten häufig übernommen. Berichte und Kommentare sind eine wichtige Quelle, aus der die Bürger ihr politisches Urteil bilden.

Politikern erleichtert dieser Zusammenhang mitunter ihre Arbeit. Er räumt ihnen die Chance ein, das Defizit „unvollkommener Information“ durch eine Analyse der Massenmedien, durch die Sichtung der „öffentlichen Meinung“, zu kompensieren. Weil Politiker nicht in die Köpfe ihrer möglichen Wähler hineinschauen können, dient ihnen die öffentliche Meinung ersatzweise als ein Indikator und Messgerät für die so geheimnisvollen Bürgeranliegen. Infolgedessen sollten politische Akteure in der Tat ganz aufmerksam den Mediendiskurs zu unterschiedlichen Themen beobachten.<sup>397</sup> Anders ausgedrückt, orientieren um knappe Positionen konkurrierende Politiker ihr Handeln an dem, was sie nach eigenem Ermessen gerade für die öffentliche Meinung halten. Darin findet sich ein ganz entscheidender Mechanismus des repräsentativen Parlamentarismus, in dem die Herrschaft des Volkes indirekt über Mandatsträger ausgeübt wird: Obwohl die Öffentlichkeit für sich genommen in Ermangelung von „konsensbildenden bzw. konsensersetzenden Strukturen“ keine eigenen politischen Entscheidungsbefugnisse besitzt und dementsprechend auf die Resonanz der politischen Akteure angewiesen ist, gewinnt sie durch die öffentliche Meinung eine kaum zu überschätzende Bedeutung für den politischen Prozess – weil sie eben in aller Regel die Handlungsweisen politischer Entscheidungsträger beeinflusst.

---

396 Schäffle, Albert: Die geistige Reaktion der Massen auf die Autorität: Öffentlichkeit, Publikum, öffentliche Meinung und Tagespresse (im Original von 1896), in: Pöttker 2001, S. 114-126, hier S. 125; vgl. auch S. 121 ff.

397 Vgl. Waldherr 2008, S. 172.

Und weil schließlich öffentliche Meinung primär massenmedial vermittelt ist – über Zeitungen, Zeitschriften oder TV- und Radiosendungen –, weisen sich Massenmedien in diesem System als eine immense Einflussgröße aus. Themen, die in den Massenmedien nur intensiv genug berichtet werden, finden fast schon unter Garantie Eingang in die Wahrnehmung deren Publikums und werden anschließend oftmals auch privat rege diskutiert. Massenmedien bestimmen jedenfalls „unser Problembewusstsein und unser Diskursuniversum“<sup>398</sup>.

Auf diese Erkenntnis gründet sich auch die sogenannte „Agenda-Setting“-Funktion der Öffentlichkeit: Durch die Produktion von Meinungen und Themen bestimmt die Öffentlichkeit die politische Agenda mit.<sup>399</sup> Ihr jeweils aktueller Gemütszustand trägt zur Entscheidung bei, welche Angelegenheiten in den politischen Verarbeitungsprozess einfließen und welche ignoriert oder verbannt werden – was einmal prominent in den Medien zirkuliert, kann nur schwerlich wieder vertrieben werden – diese Erfahrung musste auch Adenauer mit der Göttinger Erklärung machen.<sup>400</sup>

Wird nun aber öffentliche Meinung dennoch nicht von politischen Akteuren aufgegriffen, „kann es sich ereignen, dass sich im Namen institutionell vernachlässigter Meinungen und Forderungen die mit ihnen identifizierten Teile der Öffentlichkeit mobilisieren – Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen“<sup>401</sup>. Es liegt an dieser Stelle nicht gänzlich fern, auch politische Manifeste in diesen Kontext mit einzubeziehen. Nicht umsonst heißt es, Öffentlichkeit vermöge Themen zu politisieren. Sie kann unzulängliche Politik kompensieren, Impulse geben und Gestaltungskräfte entfalten. „Öffentlichkeit erinnert auch an das, was die Institutionen ausschließen, und ist insofern Impulsgeber für gesellschaftliches Lernen.“<sup>402</sup> Öffentlichkeit, so bleibt festzuhalten, kann zur Stabilität des repräsentativen Parlamentarismus beitragen und ist für politische Manifeste ein nahezu überlebensnotwendiges Biotop.

Doch wäre sie nichts ohne geeignete Vermittlungsorgane, die sie erst herzustellen vermögen. In modernen und komplexen Gesellschaften, die sich nicht

---

398 Bucher, Hans-Jürgen: Die Medienrealität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 268-303, hier S. 281.

399 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 40 f.

400 Vgl. dazu Kepplinger, Hans Mathias: Systemtheoretische Aspekte politischer Kommunikation, in: Langenbucher (Hg.) 1986, S. 172-189, hier S. 183.

401 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 80.

402 Ebd., S. 63.

mehr wie im antiken Athen oder Rom räumlich auf eine Agora oder ein Forum eng eingrenzen lassen, wird öffentliche Kommunikation ganz überwiegend von den Massenmedien getragen.<sup>403</sup> In aller Regel nehmen Menschen das politische Geschehen indirekt vermittelt über Massenmedien wahr. „Die Medien und ihr Publikum konstituieren damit das offene Kommunikationsforum Öffentlichkeit.“<sup>404</sup> Erst wenn ein Thema die Medien durchlaufen hat, kann es den Anspruch geltend machen, Bestandteil der öffentlichen Meinung zu sein.<sup>405</sup> Selbst das Bundesverfassungsgericht billigt den Medien eine wichtige gesellschaftliche Funktion zu, wenn es konstatiert, die Presse halte „ständige Diskussion in Gang, sie beschafft Information, nimmt selbst Stellung dazu und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung“<sup>406</sup>. Medien sind folglich „Diskursproduzenten“, indem sie „Fakten gewichten oder mehr oder weniger Raum für die Bewertungen und Einschätzungen anderer Akteure geben“.<sup>407</sup> Erst Massenmedien stellen Öffentlichkeit her, sie „definieren Themen und sie strukturieren Entscheidungen“<sup>408</sup>. Sie legen zwar weder vollständig noch endgültig fest, was Menschen denken, aber wenigstens beherrschen sie weitgehend das „Agenda-Setting“ – das, worüber Menschen denken und diskutieren.<sup>409</sup> Durch Schlagzeilen und Kommentare prägen sie die Meinung ihrer Rezipienten und strukturieren Reflexionen, Gedanken und Vota vor.

Auch ist anzunehmen, dass der Verbreitungsrad eines Mediums, bspw. die Auflage einer Zeitung oder die Einschaltquote einer TV-Sendung, das Ausmaß bedingt, in dem medial transportierte Manifeste wahrgenommen werden und in einen kollektiven Reflexions- und Diskussionsraum Einlass finden: Alle Leser einer bestimmten Zeitung bekommen eben dieselben Informationen serviert, die ihnen anschließend als eine wesentliche Grundlage ihrer Meinungsbildung dienen, die darüber hinaus möglicherweise über Gesprächspartner multipliziert und verbreitet wird. Man geht wohl mit der Behauptung nicht zu weit, dass Medien über die redaktionelle und optische Aufbereitung eines Themas maßgeblich dessen Attraktionsniveau und die zu ihm gefundenen Einstellungen mitbestimmen.

Deshalb gilt es auch, die Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen und diese hungrig auf investigative Recherchen zu machen, sodass sie ein Eigeninteresse

---

403 Vgl. hierzu Eilders 2008, S. 32.

404 Ebd.

405 Vgl. ebd., S. 33 f.

406 Zitiert nach ebd., S. 27.

407 Waldherr 2008, S. 179.

408 Kepplinger 1986, S. 175.

409 Vgl. Bösch/Frei 2006, S. 18.

an der Thematik entwickeln und diese in Gestalt von Artikeln und Beiträgen weiterverfolgen.<sup>410</sup> Massenmedien legen einen Kanal zwischen gesellschaftlichen Akteuren – zu denen die Regierung genauso gehört wie die Wissenschaft – und dem einzelnen Rezipienten – dem Zeitung lesenden Bürger z.B. –, durch den Informationen fließen. Sie stellen eine „kommunikative Verbindung“<sup>411</sup> zwischen Elite und Bevölkerung her, entgrenzen Kommunikation, verknüpfen gesellschaftliche Teilbereiche – wie Politik und Wissenschaft – und ermöglichen diesen, miteinander zu interagieren.<sup>412</sup> Über Massenmedien können mit einem vergleichsweise geringen Aufwand große Teile der Bevölkerung erreicht und beeinflusst werden.<sup>413</sup> Da massenmediale Gegenstände wie Tageszeitungen Rundfunkgeräte von Bürgern routinemäßig genutzt werden und zumeist nicht auf ein spezielles Thema versteift sind, bieten sie Wissenschaftlern wie den Göttinger Manifestanten die Chance, über die enge Grenze von Fachzeitschriften, Seminarräumen und Hörsälen hinaus „auch solche Personen zu erreichen, die nicht aktiv nach Experteninformationen suchen“<sup>414</sup>, nicht regelmäßig und systematisch Fachliteratur konsultieren oder Universitätsveranstaltungen besuchen. Gerade Wissenschaftlern ermöglichen sie, die Aufmerksamkeit anderer gesellschaftlicher Sektionen für ihre Anliegen auf sich zu ziehen. Massenmedien können folglich den Kontakt „zwischen Experten und Nicht-Experten“<sup>415</sup> herstellen. Eine ihrer herausragenden Eigenschaften ist die Fähigkeit, einem Risiko – im vorliegenden Fall die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen – gesellschaftliche und politische Relevanz zu verleihen. Kurz gesagt: „Massenmedien wirken als Verstärker der Risikokommunikation.“<sup>416</sup>

Gerade weil Massenmedien eine derart gewichtige Stellung einnehmen, achten Politiker – zumal solche an der Regierung – aufmerksam darauf, wie ihre „direkte soziale Umgebung und die Masse der Bevölkerung auf das aktuelle Geschehen reagieren wird, welchen Eindruck sie gewinnen müssen, wie sie ihr Verhalten beurteilen, worin ihre Reaktionen bestehen werden“<sup>417</sup>. Das Publikum ist empfänglich für geistige Bearbeitung, die Beeinflussung durch dargebotene

---

410 Vgl. Waldherr 2008, S. 176.

411 Peters: Massenmedien 1996, S. 81.

412 Vgl. Frevert, Ute: Politische Kommunikation und ihre Medien, in: dies./Braungart (Hg.) 2004, S. 7-19, hier S. 12; Bucher 2004, S. 282.

413 Vgl. hier und im Folgenden Peters: Massenmedien 1996, S. 84.

414 Ebd.

415 Ebd.

416 Petermann 2001, S. 5 f.

417 Kepplinger 1998, S. 146.



Informationen – deswegen versuchen Angehörige der politischen Elite, die Stimmung des massenmedialen Publikums genauestens zu registrieren.<sup>418</sup> Noch mehr: Politiker überschätzen häufig die Bedeutung von Medienberichten, weil sie – zum Teil unbewusst – davon ausgehen, die „Masse der Leser, Hörer und Zuschauer“ verfolge die Darstellungen mit ähnlich großer Aufmerksamkeit und messe ihr eine ebenso große Bedeutung bei, wie sie selbst es tun.<sup>419</sup> Darüber hinaus, so lauten die medienwissenschaftliche Forschungsergebnisse, wirke die öffentliche Meinung auch als die Macht eines kollektiven Bewusstseins und beruhe auf einer Übereinkunft gemeinsamer Werte und Ziele der Gesellschaft.<sup>420</sup> Von Öffentlichkeit gehe daher soziale Kontrolle aus, sie sei ein „Tribunal, das die Regierung, aber auch jeden einzelnen beurteilt“.<sup>421</sup> Demzufolge seien Menschen in der Regel versucht, sich der mutmaßlichen Mehrheitsmeinung anzupassen, um sozialer Isolation zu entgehen, die einem bei andersgearteten Standpunkten droht. Denn öffentliche Meinung sei imstande, abweichendes Verhalten mit Missbilligung zu strafen. „Im Einklang mit der Öffentlichkeit zu stehen, verleiht deshalb das Prestige allgemeiner Legitimität.“<sup>422</sup> Dies erhöhe allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass Politiker auf sie mit geradezu „panikartiger Unterwerfung unter den vermeintlichen Volkswillen“<sup>423</sup> reagieren. Nicht selten ergreife die Politik Maßnahmen erst dann, wenn sie sich in einem bestimmten Ausmaß von Medienaktivitäten dazu ultimativ herausgefordert sieht.<sup>424</sup>

Auch die Erkenntnisse der Bewegungsforschung lassen keinerlei Zweifel an der Bedeutung von Massenmedien für die Ausübung von Druck auf die politische Elite.<sup>425</sup> Erst in der Interaktion von sozialen Bewegungen und politischen Entscheidungsträgern in den Medien erzeugen erstere Resonanz für ihre Anliegen. Dass sich Massenmedien einem Thema bzw. einer Protestaktion annehmen, ist für die öffentliche Wahrnehmung von sozialen Bewegungen – die ähnlich einer Manifestantenschaft die Bürger auf ein Problem aufmerksam zu machen versuchen – geradewegs konstitutiv. Gelingt es, die Öffentlichkeit von den eigenen Definitionen, Ansichten und Deutungen zu überzeugen, so können sich soziale

---

418 Vgl. Schäffle 2001, S. 121.

419 Vgl. dazu Kepplinger 1998, S. 151.

420 Hierzu vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: Manifeste und latente Funktion Öffentlicher Meinung, in: Publizistik, Jg. 37 (1992) H. 3, S. 279-297, hier S. 290-293.

421 Ebd., S. 293.

422 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 31.

423 Kepplinger 1998, S. 152.

424 Vgl. Laubenthal 2008, S. 269.

425 Vgl. dazu ebd., S. 267.

Bewegungen mit ihr zu einer „Empörungsgemeinschaft“<sup>426</sup> verbünden und die politischen Akteure aufschrecken.

Von Weizsäcker, Heisenberg und einige andere Manifestanten dürften diese Zusammenhänge erkannt haben. Das Motiv, welches v. Weizsäcker für die öffentliche Erklärung nannte – dass man der Meinung gewesen sei, nicht nur auf diplomatischer Ebene eine Abrüstung fordern zu müssen, sondern dass auch „die Wissenschaftler wie die Völker den ihnen möglichen Anteil an einer solchen Initiative nehmen müssten, wenn etwas zustande kommen soll“<sup>427</sup> –, lässt sich auch anders wenden: Gerade weil die Wissenschaftler im Getümmel der Diplomatie und Politik kaum eine Chance sahen, erkannten sie in der Öffentlichkeit einen gangbaren Weg, politischen Einfluss zu nehmen. Hier verhielten sie sich für einen kurzen Moment wie „echte“ Politiker: Sie mobilisierten die Öffentlichkeit, um den politischen Kontrahenten, die Regierung, zu schwächen und ihre Ansichten in den politischen Prozess einzuspeisen.

Doch wie erklärt sich nun die ungeheure Aufnahme der Göttinger Erklärung durch die Medien? Aufschluss liefert hierfür ganz besonders die sogenannte Nachrichtenwerttheorie. Sie benennt Faktoren, die ein Ereignis aufweisen sollte, um auf eine möglichst große Medienresonanz zu stoßen.<sup>428</sup> Schließlich wird die Relevanz einer Nachricht für ein nach Möglichkeit großes Publikum in den Redaktionsstuben mit großem Bedacht zu antizipieren versucht. Für diese Abschätzung verlassen sich die Verantwortlichen für gewöhnlich auf signifikante Ereignismerkmale, von denen sie einen hohen Nachrichtenwert erwarten. Das wohl bedeutsamste von ihnen ist die „Personalisierung“. Personalisierte Informationen werden von den Medien geradezu geliebt, denn „unabhängig von den zu vermittelnden Inhalten sind Köpfe eher gefragt als Institutionen, werden personalisierte Inhalte den abstrakten vorgezogen“<sup>429</sup>. Die Manifestation der Göttinger Erklärung war unzweifelhaft hoch personalisiert, handelte es sich doch bei ihr um eine

---

426 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 70.

427 Brief v. Weizsäckers an Victor Weisskopf vom 25.04.1957, abgedruckt in: v. Weizsäcker 2002, S. 61.

428 Vgl. Kepplinger, Hans Mathias/Bastian, Rouwen: Der prognostische Gehalt der Nachrichtenwert-Theorie, in: Publizistik, Jg. 45 (2000) H. 4, S. 462-475; Laubenthal 2008, S. 268.

429 Peters: Prominenz 1996, S. 110. „Man kann den Nachrichtenwert auch als Eigenschaft von Personen und Gruppen, nicht nur als Eigenschaft von Ereignissen betrachten.“ In: Hagen, Lutz M.: Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, in: Publizistik, Jg. 37 (1992) H. 4, S. 444-460, hier S. 456.

klassische Duellsituation zwischen dem Chef der politischen Exekutive und dessen achtzehn, namentlich benannten, Kontrahenten. Ihren sinnfälligen Ausdruck fand diese Personalisierung besonders im *Spiegel*, der die Auftaktseite seines Artikels zur Göttinger Erklärung mit Miniaturporträts der achtzehn Manifestanten umrahmte, darüber hinaus sogar den Gruppenbegriff der „Achtzehn“ prägte.<sup>430</sup> Personalisierung intensiviert sich durch „die starke Beachtung von Elite-Personen. Politisches Geschehen wird durchweg nur im Handeln einflussreicher Personen sichtbar; dabei richten die Medien ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Aktivitäten der Exekutive.“<sup>431</sup> Medienforscher sehen zudem in der Prominenz der Akteure ein regelrechtes Kapital, um massenmediale Zuwendung für eigene Angelegenheiten zu erheischen.<sup>432</sup> Einige Manifestanten können aus damaliger Sicht als prominent eingestuft werden: Otto Hahn – immerhin der erste deutsche Nobelpreisträger nach dem Zweiten Weltkrieg, einige Zeit bevor sich die Fußballnationalmannschaft 1954 in Bern in bekanntlich wundersamer Weise den Weltmeistertitel erkämpfte –,<sup>433</sup> Werner Heisenberg und Max Born. Erst Recht gilt dies für die Objekte ihrer Kritik – Bundeskanzler Adenauer und Bundesverteidigungsminister Strauß. Weiterhin nimmt der Nachrichtenwert durch den persönlichen Einfluss der Beteiligten zu. Die Zugehörigkeit zu einer Fachelite wie jener der Atomphysiker steigert bspw. den Erkenntnissen der Medienforschung zufolge die Chance, persönliche Anliegen über die Medien zu vermitteln.<sup>434</sup> Überhaupt ist der Status des Kommunikators einer Meinung, in diesem Fall also der Manifestanten, eine wichtige Determinante zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.<sup>435</sup> Denn erfahrungsgemäß bevorzugen Journalisten „stastushohe Informationsquellen“<sup>436</sup>.

Personalisierung macht zwar viel, aber bei Weitem nicht alles aus, worauf es bei einer „wertvollen“ Nachricht ankommt. Wichtig ist anerkanntermaßen auch die „Thematisierung“. Denn „die großen Nachrichtenthemen sind immer Ereignisse mit Krisensymptomen, Vorgänge, die eine manifeste oder latente Bedro-

---

430 Vgl. o.V.: Die Achtzehn, in: Der Spiegel, 24.04.1957.

431 Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg im Breisgau/München 1976, S. 116; vgl. auch Peters: Prominenz 1996, S. 110 f.

432 Vgl. Peters: Prominenz 1996, S. 109 ff.

433 Hahn erhielt die Auszeichnung zwar rückwirkend für das Jahr 1944, doch fiel die Entscheidung hierfür erst nach dem Kriegsende.

434 Vgl. Peters: Prominenz 1996, S. 110 f.

435 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 67.

436 Der Begriff findet sich bei: Peters: Massenmedien 1996, S. 67.

hung zentraler Werte und Ordnungen des Systems bergen“<sup>437</sup>. Indem die Göttinger Erklärung die Gefahr einer vollständigen Vernichtung durch atomare Verseuchung infolge kriegerischer Akte zu ihrem zentralen Thema erhob, prägte sie den Faktor Thematisierung äußerst hoch aus. Weisen Themen existenzielle und langfristige Bezüge auf und rekurren sie auf allgemein geteilte Werte der Gesellschaft, so ist ihnen die Zustimmung der öffentlichen Meinung so gut wie gewiss.<sup>438</sup> Weitere, kleinere Faktoren kommen bei der Bestimmung des Nachrichtenwerts hinzu. Je größer die Zahl der von dem Thema betroffenen Personen ist, desto höher fallen „Nähe und Relevanz“ aus.<sup>439</sup> Die Medienberichterstattung bevorzugt überdies Sachverhalte, die sich in politischen Zentren abspielen und an denen „führende politische Repräsentanten“<sup>440</sup> beteiligt sind, deren allgemeiner Bedeutungsstatus somit hoch zu veranschlagen ist. Dann „Dynamik, Aktualität und Valenz“: Unerwartete Ereignisse, die mit einem Überraschungseffekt aufwarten, ein unvorhergesehenes und für die Allgemeinheit relevantes Risiko von großer Aktualität beinhalten sowie jeweils außergewöhnlich großen Konflikt und Schaden verheißen, laden den Nachrichtenwert noch einmal gehörig auf.<sup>441</sup> Geschehen mit aggressiven, wenigstens aber kontroversen Bestandteilen werden von Medien, jedenfalls was ihren Meldungsgehalt anbelangt, ausgesprochen willkommen geheißen. Die Göttinger Erklärung passierte auch diese Hürden mit Bravour. Das von ihr thematisierte Risiko der atomaren Vernichtung war noch dazu ein präzise zu bestimmendes, sensationelles Ökologie-Risiko, jedenfalls kein unbestimmtes oder rein hypothetisches. In der Regel werden nämlich erst offenkundig gewordene Risiken zu Gegenständen der Medienberichte.<sup>442</sup> Studien haben festgestellt, dass die „Möglichkeit zur Problematisierung ganz entscheidenden Einfluss auf das Interesse der Medien generell an einem Thema hat“. Die Diskussion des Themas in „offenen und konfliktreichen politischen Arenen“ erlaubt es Journalisten, „dramatische Narrative zu konstruieren“.<sup>443</sup>

Ferner ist denkbar, dass sich die Göttinger Achtzehn als „opportune Zeugen“ eigneten.<sup>444</sup> Personen oder Gruppen, die sich konform zu den in einer Redaktion bereits vorherrschenden Meinungen äußern und konsonant zu den dort ansässi-

---

437 Schulz 1976, S. 120.

438 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 49; Schulz 1976, S. 80.

439 Vgl. Schulz 1976, S. 81.

440 Ebd., S. 82.

441 Vgl. dazu ebd.; Ruhrmann 1991, S. 145.

442 Vgl. ebd., S. 139.

443 Waldherr 2008, S. 188.

444 Vgl. zu diesem Konstrukt Hagen 1992.

gen Kommentatoren argumentieren, werden bei der Nachrichtenselektion vermutlich bevorzugt behandelt. Dieser Aspekt ist wichtig, denn Redaktionsmitglieder verhalten sich gleichsam wie „Türsteher, die Personen Zutritt zu den Medien gewähren. Kommunikatoren, die sich in erwünschter Weise äußern, werden von diesen Türstehern häufiger hereingelassen als andere.“<sup>445</sup> Mit der Warnung vor einer blindlings betriebenen Aufrüstungspolitik, noch mehr aber mit der Aufklärung über den vom Bundeskanzler so euphemistisch heruntergespielten Unterschied zwischen taktischen und strategischen Nuklearsprengköpfen postulierten die Göttinger Achtzehn Meinungen, denen man sich als seriöser Beobachter politischer Geschehnisse nicht ohne Weiteres verschließen konnte. Es ließ sich vermuten, dass die Forderungen der Manifestanten den moralischen Vorstellungen der Bevölkerungsmehrheit entsprachen. Denn wer wollte schon eine Politik billigen, die ein ganzes Land in seiner physischen Existenz gefährdet? Die Kraft der Moral kann Themen etablieren und Wortführer hervorbringen, sobald diese glaubhaft machen, in einem moralischen Auftrag zu handeln.<sup>446</sup> An die mahnenden Worte der Gelehrten konnten sich die Redakteure daher ausgesprochen gut anschließen, mit ihnen ließen sich etliche besorgte Worte und ernstliche Bedenken zu Papier bringen, ließ sich pathetisch über Gefahr, Unheil und Untergang räsonieren.

Neben der allgemeinen Medienkompatibilität, die aus einem Ereignis eine Meldung macht, kommt es auch auf die Kommentarwürdigkeit an, da für Kommentare in den Nachrichtenblättern für gewöhnlich nur knapper Raum zur Verfügung steht. Durch diese Exklusivität aber verheißen Kommentare „eine herausgehobene Relevanzzuweisung für Themen, Akteure und Meinungen“<sup>447</sup>. Politische Kommentatoren verfügen zwar nicht über unmittelbare politische Entscheidungsgewalt, aber sie genießen mit ihrem „Öffentlichkeitsprivileg“ einen nicht zu unterschätzenden Einfluss, werden ihre Meinungen und Sichtweisen auf Zusammenhänge und Ereignisse doch von einem großen Publikum wahrgenommen und reflektiert.<sup>448</sup> Kommentatoren sind dadurch Produzenten öffentlicher Meinung, auf sie richtet sich das Leseinteresse politisch Entscheidungsbefugter. Schon deshalb verhelfen Kommentierungen jenen Themen, denen sie ihre Aufmerksamkeit widmen, zu Bedeutung und können diese auf die politische Tagesordnung hieven. Die Kommentierung eines Themas verstärkt sich zudem

---

445 Ebd., S. 456.

446 Vgl. Höffe, Otfried: Über die Macht der Moral, in: Merkur, Jg. 50 (1996) H. 9-10, S. 747-760, hier S. 756.

447 Eilders 2008, S. 29 f.

448 Vgl. Eilders 2008, S. 38 f. u. S. 43.

wechselseitig, da sich die Kommentatoren an der Themenwahl ihrer Kollegen anderer Zeitungen orientieren.<sup>449</sup> Für die mediengeschichtliche Phase der 1950er Jahre kommt spezifisch im Fall der Göttinger Erklärung hinzu, dass seinerzeit in der journalistischen Kohorte ein Typus vorherrschte, der sich vorzugsweise in der Rolle des intellektuell überlegenen Leitartiklers gefiel. Dieser strebte danach, einem „interessierten und gebildeten Publikum elegant formulierte, wertende Analysen“<sup>450</sup> vorzulegen. Gerade mit einem Themenkomplex, wie ihn die Göttinger Erklärung berührte, ließ sich nach einer solchen Fassung wohl trefflich schwadronieren – auch dies war also eine Erfolgsbedingung, die sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld des Manifests ergab und von ihm erfüllt wurde.

Ein weiterer medialer Erfolgsfaktor der Göttinger Erklärung ist in der Präsenz in sogenannten Prestige-Medien zu sehen.<sup>451</sup> Dazu zählen vor allem überregionale Abonnement-Zeitungen, die im Unterschied zu populären Medien wie Boulevardgazetten, dem Fernsehen oder Rundfunk drei Adressaten bzw. Leserkreise aufzubieten haben: Neben der breiten Volksmasse sind dies politische Eliten und Journalisten, die als Multiplikatoren Gelesenes weiterverbreiten. Prestige-Medien kann man sich als Relais vorstellen, welche die Reichweite vergrößern und durch welche die Wahrnehmung aller Voraussicht nach weit über den Kreis der unmittelbaren Rezipienten hinausreicht. „Auch derjenige, der nie den ‚Spiegel‘ liest, erfährt am Sonntag aus Hörfunk oder Fernsehen, spätestens jedoch am Dienstag aus der Regionalpresse das journalistische Leitthema der Woche.“<sup>452</sup> Der Einfluss von Prestige-Medien speist sich erstens aus ihrer Leserschaft, die aus einem sozialstrukturell besonderen Publikum – hochrangige Politiker, staatliche Würdenträger oder Akademiker – besteht. Aus diesen Medien bezieht z.B. das politische Führungspersonal seine Informationen für anstehende Entscheidungen und kann mit deren Hilfe dank der zumeist ausführlichen Berichterstattung die politische Konkurrenz beobachten. Und zweitens trägt ihre besondere Reichweite zu ihrer Bedeutung bei, da ihre Berichterstattung von anderen Medien als die eines Leitmediums akzeptiert aufgegriffen wird, wodurch dort platzierte Meinungen und Themen besonders große, über den Ort ihrer ursprünglichen Erwähnung hinausreichende Resonanz finden können. Prestige-Medien können sogar das im Ausland gewonnene Bild der Regierungspolitik bestimmen,<sup>453</sup> was im Jahr der Göttinger Erklärung für einen außenpolitisch

---

449 Vgl. ebd., S. 44.

450 Von Hodenberg 2006, S. 201.

451 Vgl. dazu Gerhards 1995, S. 168; Kepplinger 1986, S. 174.

452 Kepplinger 1986, S. 174.

453 Ebd., S. 178.

hochaktiven Staatsmann wie Adenauer eine besonders pikante Tatsache darstellte. Dass das Manifest der Atomphysiker sogar vorzugsweise in Prestige-Medien veröffentlicht und diskutiert wurde, erweist sich daher umso mehr als bedeutsamer Erfolgsfaktor.

Infolgedessen drängt sich die Überwindung von „Gatekeeping“ – also die Entscheidung der Medienverantwortlichen, ein ihnen angebotenes Thema in der Medienarena zu behandeln<sup>454</sup> – als ein ganz entscheidendes Erfolgskriterium für die Bewertung eines politischen Manifests methodisch geradezu auf. Wenn gleich die Forderungen der Manifestanten nicht direkt in politische Entscheidungen umgesetzt wurden, so lässt sich doch die Ankunft im Zentrum der medialen Öffentlichkeit, im massenmedialen Diskurs, zumindest als Teilerfolg verbuchen. Kurzum: Ein „erfolgreiches“ Manifest sollte, um in das Bewusstsein einer großen Anzahl von Bürgern vordringen zu können, den Medienproduzenten ausreichend Gelegenheiten zum Kommentieren, Porträtieren und Kontextualisieren verschaffen.

Da die Göttinger Erklärung einen extrem hohen Nachrichtenwert aufwies, drängte sie sich als Gegenstand zahlreicher Kommentarspalten auf. Dass sich Kommentatoren derart stark und sichtbar mit einem Thema befassten, will einiges bedeuten, bilden sie doch eine herausgehobene „Öffentlichkeitselite“, die sich durch eine „oligopolartige Meinungsführerschaft“ innerhalb eines regelrechten „Kommentariats“ ausweist.<sup>455</sup> Mit einem Wort: Für die „Aufmerksamkeitsökonomie des Mediensystems“<sup>456</sup> muss ein Thema rentabel sein – die Göttinger Erklärung war dies allen Kriterien nach sogar außerordentlich. Mit ihrer „Erklärung“ stimulierten die achtzehn Manifestanten eine politische Debatte, die mit gleichgewichtiger Qualität und ähnlich kritischer Richtung bis dahin im Parlament – selbst in der dort bereits aufgegriffenen Atomfrage – nicht geführt worden war.

## 2.8.6 Zur Anschlussfähigkeit

Die Göttinger Erklärung erwies sich neben den sensationsinteressierten Mediengestaltern auch für einflussreiche Gesellschaftsakteure wie den Gewerkschaftsbund und die Kirchen als wichtig. Dies, indem sie sich auf Pfaden bewegte, die bereits gesellschaftlich einflussreiche Organisationen beschritten hatten. So konnte sie – wie im Fall des DGB – an vorhandene Protest- und Programmatik-

---

454 Vgl. Waldherr 2008, S. 177.

455 Eilders 2008, S. 31.

456 Ebd., S. 34.

linien anknüpfen oder – wie bei der EKD – laufenden Debatten neue Nahrung geben. Deshalb findet sich in ihrem Stellenwert für die Arbeit anderer Institutionen ein weiterer Erfolgsfaktor.

Der gesellschaftspolitisch ambitionierte DGB hatte sich bereits Mitte der 1950er Jahre zu einem entschiedenen Gegner der Aufstellung einer bundesdeutschen Armee erklärt.<sup>457</sup> Folgerichtig waren den Gewerkschaftern auch die Atomwaffen nicht geheuer. Den Nuklearwissenschaftlern gleich, appellierte der DGB anlässlich seines 4. Bundeskongresses im Jahr 1956 „an die verantwortlichen Staatsmänner aller Länder“, unverzüglich die „mörderischen Versuche“ mit Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen, die Atomkraft jedoch „für den Wohlstand und den Fortschritt der Menschheit“ einzusetzen.<sup>458</sup> Die Parallele zur Göttinger Erklärung und die Übereinstimmung mit den Intentionen ihrer Urheber sind hier unverkennbar.

Auch die EKD hatte im Mai 1954 „ein Wort ‚zur Entwicklung der Atomwaffen‘ zur Bekanntgabe in allen Kirchengemeinden Deutschlands“ veröffentlicht.<sup>459</sup> Darin appellierte sie an die Politik weltweit, der Atomrüstung Einhalt zu gebieten. Es handelte sich dabei um einen Versuch der westdeutschen Kirchenführung, ein Bewusstsein für die Gefahr kriegereischer Kernkraftnutzung zu schaffen, der allerdings ohne großen Widerhall blieb. Mit der Resonanz der späteren Göttinger Erklärung konnte sich dieses Vorhaben jedenfalls nicht messen. Durch den wissenschaftlichen Protest erhielt es allerdings Gewicht und Aktualität, knüpften die Nuklearwissenschaftler doch an die klerikale Kritik an.

Die Resonanz bei den Oppositionsparteien wie auch Kirchen und Gewerkschaften – anders ausgedrückt: bei den bedeutsamsten Großorganisationen der westdeutschen Gesellschaft – schuf ein enormes Unterstützungspotenzial. Denn es sind gerade solche Institutionen von großer Reichweite, welche die Einstellungen der Bürger gegenüber dem Manifest beeinflussen können. Diese Organisationen wirkten, so ist anzunehmen, als machtvolle Multiplikatoren, indem sie potenzielle Unterstützer innerhalb des vorpolitischen Raums politisch erfassten.

Auch, dass sich die Göttinger Erklärung in die Rubrik der Friedensproteste einordnen lässt, trug zu ihrem historischen Erfolg bei. Denn pazifistische Forderungskataloge weisen in der Protesthistorie der Bundesrepublik eine erstaunliche

---

457 Vgl. Grebing 1990, S. 158 f.

458 Siehe hierfür das Protokoll des 4. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB in Hamburg, auszugsweise abgedruckt in: Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 463.

459 Vgl. dazu Rupp 1980, S. 66.



Kontinuität auf, kehrten sie doch in der bundesdeutschen Geschichte in kurzen, aber intensiven Phasen immer wieder: ausgehend von der Wiederbewaffnung Mitte der 1950er Jahre, über den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der 1980er Jahre, bis hin zum Irak-Krieg 2003.<sup>460</sup> Die Göttinger Manifestation profitierte also von einer fortdauernden Aktualität ihres Themas, von der günstigen Konjunktur des zivilgesellschaftlichen Genres „Frieden“. Davon zeugt bspw. eine jüngere Ausgabe der *Politischen Studien* mit ihrem Schwerpunktthema „Nukleare Sicherheitsrisiken im 21. Jahrhundert“<sup>461</sup>, in der u.a. die Ansicht vertreten wird, dass die „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und von weitreichenden Trägersystemen [...] nach dem Ende des Kalten Krieges zusammen mit dem Terrorismus das wichtigste Sicherheitsproblem des 21. Jahrhunderts“<sup>462</sup> darstelle. Und jüngst erreichten die Bundesregierung ganz exakt mit den Forderungen der Göttinger Erklärung übereinstimmende Appelle aus der FDP, den Grünen, der LINKEN und vereinzelt auch der SPD, auf die sogenannte „nukleare Teilhabe“ endlich zu verzichten und auf dem Gebiet der Bundesrepublik lagernde US-Atomwaffenbestände restlos abzubauen.<sup>463</sup>

Alsdann war das Thema nicht nur akut, sondern auch universell. Schließlich war ein jeder Bundesbürger potenziell von den Auswirkungen atomarer Waffenanwendung betroffen. Dadurch entfaltete der Atombewaffnungswiderstand einen äußerst sozial integrativen Moment. In der Gegnerschaft zur „Umrüstung“ konnten sich Bürger unterschiedlichster gesellschaftlicher Couleur treffen und in einer virtuellen Gemeinschaft versammeln. Hochgebildete Akademiker protestierten ebenso wie einfache Arbeiter, bedeutsame Großorganisationen wie die Gewerkschaften und Kirchen engagierten sich. Konkret konnte man dies spätestens 1958 in der „Anti-Atomtod“-Bewegung erfahren.

---

460 Vgl. Rucht 2003, S. 6.

461 Vgl. Politische Studien, Jg. 58 (2007) H. 416.

462 Schmidt, Christian: Maßnahmen zur Eindämmung der nuklearen Sicherheitsrisiken, in: Politische Studien, Jg. 58 (2007) H. 416, S. 19-25, hier S. 19; vgl. auch Krüger, Paul-Anton (Interview mit Mohamed ElBaradei): „Die Bedrohung durch Atomwaffen ist gestiegen“, in: Süddeutsche Zeitung, 26.09.2008.

463 O.V.: Opposition verlangt Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland, in: Spiegel Online, 23.06.2008, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,561306,00.html> [eingesehen am 26.09.2008].

### 2.8.7 Ein angreifbarer Kontrahent: der Kanzler im Wahlkampf

Bundeskanzler Konrad Adenauer wusste um die Gefahr, die seiner Regierung mit dem Göttinger-Erklärungs-Furor drohte.<sup>464</sup> Mit der Wahlkampfagitatio-  
n der SPD und den achtzehn Atomwissenschaftlern entstand eine Konsonanz – ein op-  
positioneller Gleichklang – zweier unterschiedlicher, voneinander unabhängig  
operierender Akteure, die mit seiner Wahlkampfmelodie freilich disharmonierte.  
Die westdeutsche Bevölkerung befand sich bereits durch die Ereignisse des Jah-  
res 1956, die Suez-Krise und der Ungarn-Aufstand, hinreichend in weltpoliti-  
scher Panik und ängstigte sich ob ihrer Sicherheit – ein neuerlicher Weltkrieg  
schien möglich. Vor diesem Hintergrund einer neuerlich bevorstehenden Kata-  
strophe stand Adenauer als Parteivorsitzender und Regierungschef vor der Auf-  
gabe, die Union sicher durch den Wahlkampf, zum Wahlsieg im Herbst zu füh-  
ren. Und dies war gewiss nicht leicht: Seine Umfragewerte und die der Union  
hatten bis zum Jahr 1957 noch nicht den Stand erreicht, der ihm einen ungefähr-  
deten Wahlsieg verheißte.<sup>465</sup> Obgleich das spätere Wahlergebnis die folgenden Da-  
ten absurd erscheinen lässt, stand Adenauer im Herbst 1956 in Meinungsumfra-  
gen denkbar schlecht da: Danach wollten ihn nur 34 Prozent für weitere vier Jah-  
re als Kanzler sehen. 1956 machte deshalb schon das Wort von der „Kanzler-  
dämmerung“ die Runde; die FDP fühlte sich vom Kanzler dupiert und verließ  
die Koalition.<sup>466</sup> Demoskopisch war Adenauer also angezählt, politisch unterlie-  
fen ihm Fehler und infolgedessen erschien er den Unionsparteien nicht mehr als  
Garant eines fulminanten Wahlsiegs.<sup>467</sup>

Ein zweiter Punkt betrifft das genuine Interesse der Tagespresse an Mel-  
dungen und Themen, die auf die Leserschaft attraktiv wirken und den Nachrichten-  
konsum steigern. Der Sensationsgehalt der Göttinger Erklärung speiste sich nicht  
nur aus dem Umstand, dass sie einen direkten Angriff auf die Regierungspolitik  
darstellte, spezifisch an dem zur Wiederwahl stehenden Bundeskabinett Kritik  
übte. Das enorme Medienecho erklärt sich daneben aus der besonderen Situation  
des Aprils 1957. Unmittelbar vor dem Wahlkampf musste eine Meldung wie die  
scharfe Kritik von gesellschaftlich geachteten Personenkreisen vom Kaliber der

---

464 Vgl. Adenauer 1967, S. 300.

465 Vgl. DIVO-Institut (Hg.) 1958, S. 69; Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter  
(Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach am Bodensee 1957, S.  
183.

466 Vgl. Schwarz 1981, S. 312 ff.; Walter 2007, S. 49 f.

467 Vgl. Kitzinger 1960, S. 71.

achtzehn Göttinger Professoren an der Bundesregierung<sup>468</sup> auf die Presseleute naturgemäß eine ungeahnte Anziehungskraft ausüben. Denn für die journalistische Berichterstattung, die Kommentierung tagespolitischer Ereignisse in Form von Leitartikeln und die Porträtierung schillernder Persönlichkeiten – noch dazu zur feiertäglichen Osterzeit –, bot diese Stellungnahme renommierter Personen zu einem brisanten Sachverhalt reichlich Material. Der Sensationsgehalt ließ sich medial trefflich für die Aufmachung von Titelseiten, die Erstellung von Porträts beteiligter Charaktere, die Lieferung von Hintergrundinformationen und Wortmeldungen der handelnden Akteure verwerten. Für ein politisches Manifest bot sich hier eine Konstellation, die sich auf dessen Durchschlagskraft enorm förderlich auswirkte.

All dies war dem politischen Haudegen Adenauer, der sein Leben lang mit Inbrunst Politiker war, natürlich bewusst. Es verwundert daher nicht, dass er ein potenziell brisantes Thema wie die Aufrüstung der Bundeswehr mit alles vernichtenden Atomwaffen auch tunlichst aus dem Wahlkampf heraushalten wollte.<sup>469</sup> Umso mehr muss man dem sonst so gefürchteten Wahlkämpfer Adenauer in diesem Punkt ein Scheitern attestieren.

### 2.8.8 Der Widerstreit zweier Eliten

Mit der Bundesregierung, vertreten durch den Kanzler Adenauer und den zuständigen Fachminister Strauß, und den achtzehn Atomwissenschaftlern standen sich zwei Autoritäten gegenüber, die gleich zwei Komponenten des konkreten Sachverhalts – der „Umrüstung“ auf Atomwaffen in der Bundeswehr –, nämlich die (Atom- und Verteidigungs-)Politik und die Atomforschung, repräsentierten. Die Kompetenz letzterer beschränkte sich auf das sachverständige Wissen um die unsagbaren Zerstörungspotenziale von Kernwaffen. Dieser Aspekt war für die konkrete Entscheidung jedoch allenfalls eine Grundbedingung, die es zu berücksichtigen galt, nicht jedoch deren „Nukleus“. Vielmehr spielten auf dem Weg der Entscheidungsfindung auch noch eine ganze Reihe anderer – eben verteidigungs- und bündnispolitischer – Faktoren eine ebenso wichtige Rolle. Diese Problematik machte das Manifest anfällig für Kritik. Kollegen wie der Physiker Siegfried Flügge monierten deshalb auch, dass die Achtzehn in „einer durchaus kontroversen politischen Frage“ ihre „wissenschaftliche Autorität missbraucht“

---

468 Vgl. Rupp 1980, S. 108.

469 Vgl. Schwarz 1991, S. 329 f.

hätten, „um der einen ihrer möglichen Beantwortungen den Schein der unbestreitbaren Richtigkeit zu verleihen“.<sup>470</sup>

Andererseits traten die Achtzehn zu den – vermeintlich – politisch Sachverständigen als Gegenexperten auf und riefen damit eine Situation des Konflikts zweier Bereichseliten hervor. In der Politik gibt es aber für gewöhnlich nicht „die“ richtige Entscheidung. Gerade aus dieser Uneindeutigkeit, der Unmöglichkeit einer sachlich korrekten, ja wissenschaftlichen Entschließung heraus aber konnte die öffentliche Debatte erst richtig gedeihen. Manifestanten, Regierungsmitglieder und Militärs trafen sich letztlich in einem Konfliktfeld dreier Kompetenzen: der wissenschaftlichen Nuklearforschungserkenntnis, der Verteidigungs- und Bündnispolitik sowie der Militärtaktik. Aber gerade weil es sich dabei um ein komplexes Gefüge handelte, sah man nicht nur die Wissenschaftler in ein ihnen alltagsfremdes Gebiet vorstoßen, sondern auch die Regierung ihre Kompetenzgrenzen überschreiten. Erst das Göttinger Manifest ließ die Legitimation von Adenauers Handeln fragwürdig anmuten. Sicher, Strauß und Adenauer waren die politischen Experten für Verteidigung, NATO-Bündnisse usw. Aber dies war für die Entscheidung eben nur eine Teilkompetenz und bot den Achtzehn ein Einfallstor für ihre Beschwerde.

### **2.8.9 Konkurrenzlosigkeit**

Noch ein weiterer – und letzter – Punkt fällt auf: Im Unterschied zur Mainauer Kundgebung von 1955 gab es bei der Göttinger Erklärung 1957 keine Konkurrenz durch andere Manifestationen thematisch gleicher Stoßrichtung. Demgegenüber war wenige Tage vor der Kundgebung von der Mainau das Russell-Einstein-Manifest publiziert worden. Albert Einstein hatte das Papier noch an seinem Sterbebett unterzeichnet. Bertrand Russell konnte es dank dieser tragischen Dramaturgie als Einsteins Vermächtnis, letzten Akt des weltberühmten Nobelpreisträgers theatralisch inszenieren.<sup>471</sup> Obendrein nahm es de facto den Inhalt der Mainauer Kundgebung vorweg. Gegenseitig um die Aufmerksamkeit der Presse buhlend, büßten beide Postulate schließlich an Signifikanz ein. Bei der Göttinger Erklärung war dies anders: Sie stieß nicht auf einen „Manifest-Rivalen“, der sie der knappen Aufmerksamkeit der Medien beraubte und den Sensationseffekt minderte.

---

470 Zitiert nach Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 74.

471 Vgl. Kant, Horst: „Zu einigen historisch-kulturellen Hintergründen der Göttinger Erklärung von 1957, Vortrag vom 13.04.2007, online einsehbar unter: [www.vdw-ev.de/festveranstaltung/Vortrag%20Kant.pdf](http://www.vdw-ev.de/festveranstaltung/Vortrag%20Kant.pdf) [eingesehen am 14.01.2008], S. 6.

## 2.9 UNTERSCHIEDUNGSMERKMALE GEGENÜBER ÄHNLICHEN AKTIONEN

Die Göttinger Erklärung war zwar der weitaus spektakulärste, nicht aber der erste Anti-Atomwaffen-Appell in der Bundesrepublik. Inhaltlich waren ihr – ganz abgesehen von der Mainauer Kundgebung<sup>472</sup> – ähnlich gerichtete Aktionen vorausgegangen. Im September 1955 kam z.B. eine EntschlieÙung des Verbands Deutscher Physikalischer Gesellschaften gegen die Atomrüstung im Generellen zustande.<sup>473</sup> Doch die unspezifische Allgemeinheit dieser Forderung verhinderte offenbar Konsequenzen, denn der globale Rüstungswettlauf ging munter weiter – sogar in der Bundesrepublik entfalteten sich gerade zu dieser Zeit mit Bundesatomminister Strauß militärische Nuklearambitionen. Mitte 1956 formierte sich ein „Kampfbund gegen Atomschäden“, der sich der Aufgabe einer wissenschaftlichen Erforschung und Bekämpfung von durch Radioaktivität verursachten Schäden widmete.<sup>474</sup> Auch er forderte nichts Geringeres als die Einstellung *aller* Kernwaffenversuche und das Verbot der Herstellung und Anwendung nuklearer Waffen *aller* Art. Er blieb gleichfalls wirkungslos, krankten seine Forderungen schließlich an ähnlichen Utopien, unter denen auch andere Aufrufe jener Zeit litten. Selbst der DGB und die IG Metall reihten sich in jene Stimmen ein, die nach einem radikalen Stopp der weltweit stattfindenden Kernwaffenversuche riefen.<sup>475</sup> Im Juni 1956 verabschiedete die EKD-Synode in Berlin die „Theologische Erklärung“, der zufolge das Evangelium Christen die Herstellung von Massenvernichtungswaffen wie die Atombombe verbiete, und forderte christliche Nuklearforscher zur Nichtbeteiligung an derartigen Arbeiten auf.<sup>476</sup> Obwohl dieser Ansatz reichlich ethischen Zündstoff bot und gerade bei CDU und CSU eine empfindliche Stelle ihres Selbstverständnisses berührte – denn schließlich handelte es sich bei den Adenauer-Kabinetten um eine Bundesregierung, die sich explizit auf christliche Werte berief, zugleich aber nach Atomwaffenbesitz strebte und sich somit offenbar antichristlicher Handlung schuldig machte –, erschütterte auch diese Initiative die Bundespolitik in kaum einer Weise. Denn zum damaligen Zeitpunkt hielt man in Bonn die Bestrebungen nach nationalem Atomwaffenbesitz noch erfolgreich im Geheimen verborgen. Dadurch fehlte der Anknüpfungspunkt an öffentliche Kolportage.

---

472 Siehe Kap. 2.2 in dieser Arbeit.

473 Vgl. Rupp 1980, S. 69.

474 Vgl. ebd., S. 70 f.; Schirrmacher 2007, S. 18.

475 Vgl. Rupp 1980, S. 72.

476 Vgl. ebd., S. 69 f.

Sodann ließen sich noch aus politisch extremen Winkeln diverse Stellungnahmen zur Atomwaffenproblematik vernehmen. Dass bspw. der Aufruf des „Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland“ vom 16. März 1957 kaum Folgen zeitigte, verwundert, lag dieser doch zeitlich immerhin sehr nahe bei der Göttinger Erklärung.<sup>477</sup> Er verlangte ein beherztes „Raus mit den Atombomben aus Westdeutschland“ und brachte mit der Kritik an der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Bomben ziemlich genau dasselbe Problem zur Sprache, wie nur wenige Wochen darauf das Göttinger Manifest. Dass die Presse diesem Appell dennoch keine Aufmerksamkeit beschied, erklärt sich wohl aus der kommunistischen Orientierung seines Urhebers. Jedenfalls zeigt dieser Fall, das nicht allein der Zeitpunkt genügte, sondern noch andere Faktoren hinzukommen mussten – verpuffte doch die eine Schrift nur einen Monat, bevor die andere sensationell rezipiert wurde.

Man kann also festhalten: Die Göttinger Erklärung thematisierte die Atomwaffen keineswegs zuerst, ihre Forderungen waren nicht neu, sondern sogar schon mehrfach öffentlich geäußert worden. Fraglos hatte der Atomwaffenprotest schon auf anderen Bühnen Premiere gefeiert. Doch allen ihr vorangegangenen Aktionen war keine vergleichbar große Medienaufmerksamkeit zuteilgeworden. Niemanden hatte Adenauer in das Palais Schaumburg rufen lassen, bei keinem dieser Aufrufe und Appelle hatte sich die Bundesregierung zu einem besonderen Krisenmanagement genötigt gesehen; keiner der Verfasser avancierte zu einem journalistisch begehrten Interviewpartner. Kurz gesagt: Jegliche politische Konsequenzen blieben aus, sämtliche Initiativen wirkungslos.<sup>478</sup> Wie aber ist dies zu erklären?

Nach allen bislang untersuchten Aspekten verfügten diese zivilgesellschaftlichen Protestwerke ganz offenkundig nicht über entscheidende Eigenschaften, die demgegenüber der Göttinger Erklärung zu eigen waren. Wie in den vorangegangenen Passagen beschrieben, bestanden diese in der realistischen Forderung, dem spezifischen Adressaten, dem günstigen Zeitpunkt und den persönlichen Merkmalen der Manifestantenschaft.

---

477 Vgl. ebd., Fußnote 365/S. 73 f.

478 Vgl. ebd., S. 72.

## 2.10 GÖTTINGER PROFESSOREN-PROTESTE: PARALLELEN

Die Göttinger Achtzehn werden bisweilen in eine Traditionslinie mit den Göttinger Sieben gerückt. Ähnlichkeiten beider Gruppen legten dies auch nahe. Im November 1837 wandten sich sieben Professoren<sup>479</sup> der Göttinger Universität gegen den im Juni desselben Jahres inthronisierten König von Hannover, Ernst August I. Anlass ihres Protests war eine erste Amtshandlung des neuen Potentaten: Dieser hob die erst vier Jahre zuvor in Kraft getretene Verfassung auf. Auf diesen scheinbar selbstherrlichen Monarchentum entsprungenen Akt reagierten die sieben Göttinger Ordinarien mit einer im In- wie Ausland vielbeachteten Protestschrift und verloren postwendend durch königliche Anordnung ihre Lehrstühle, wurden zum Teil sogar des Landes verwiesen. Dieses Ereignis machte die Stadt Göttingen, ihre Universität und deren Professoren im vormärzlichen Deutschland schlagartig berühmt, verlieh ihnen in den folgenden Jahrzehnten, auch Jahrhunderten, einen besonderen Ruf.

Eine weitere Aktion, die sich innerhalb der Stadtgrenzen Göttingens abspielte, erhärtete diese zivilgesellschaftliche Reputation. 1955, gerade einmal zehn Jahre waren seit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes vergangen, standen Göttinger Professoren erneut im Blickpunkt einer großen Öffentlichkeit.<sup>480</sup> Erneut war die staatliche Exekutive Gegenstand der Kritik. Der politische Hintergrund war eine konservative Regierungsbildung: Ende Mai 1955 formierte sich unter dem neuen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege von der Deutschen Partei (DP) eine „Bürgerblock-Regierung“ aus BHE, CDU, DP und FDP, die sich als bürgerliche „Einheitsfront“ gegen die Sozialdemokraten verstand. Doch das neue Kabinett beinhaltete eine moralisch zweifelhafte Personalie: Bei einem der beiden von der FDP ins Kabinett entsandten Abgeordneten handelte es sich um Leonhard Schlüter, der das Kultusministerium übernahm. Schlüter, Jahrgang 1921, war 1951 als Kandidat der Deutschen Reichspartei in den niedersächsischen Landtag gelangt. Allerdings agierte er im Hintergrund zeitweise als Kopf einer rechtsextremistischen Gruppe, der „Nationalen Rechten“, die den niedersächsischen FDP-Landesverband personell zu unterwandern suchte. Innerhalb rechtskonservativer Kreise trat Schlüter mit politisch

---

479 Dies waren der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht, der Staatsrechtler Friedrich Christoph Dahlmann, der Orientalist Georg Heinrich August Ewald, der Literaturhistoriker Georg Gottfried Gervinus, die verschwisterten Germanisten Jacob und Wilhelm Grimm sowie der Physiker Wilhelm Eduard Weber.

480 Vgl. insgesamt zum Folgenden detailliert Marten 1987.

extremen Ansichten in Erscheinung; u.a. gab er vor, mit 1933 als dem Jahr der „Machtergreifung“ zu sympathisieren und sich über eine Wiederkehr nationalsozialistischer Politik wohl sehr zu freuen. Das war kurios, denn der neue Minister hatte im NS-Regime eigentlich keine guten Erfahrungen gemacht, konnte gar als Opfer nationalsozialistischer Politik bezeichnet werden. Schlüter, der aufgrund eines jüdischen Elternteils im „Dritten Reich“ diskriminiert worden war und somit nicht in die Kategorie „Altnazi“ fiel, wollte in den Jahren nach 1945 die Gelegenheit eines Neubeginns nutzen, um Karriere zu machen. Im Herbst 1951 wechselte Schlüter daher in die FDP-Fraktion, um dort die Politik einer „Nationalen Sammlungsbewegung“, somit die programmatische Entwicklung der Freidemokraten nach rechts voranzutreiben. Bei den Freidemokraten vollführte er zwischen 1951 und 1955 im Landtag einen raschen Aufstieg vom einfachen Abgeordneten zum Fraktionsvorsitzenden, zählte damit binnen kurzer Zeit zur Führungsriege der niedersächsischen FDP.

Seine rechtsextremistische, womöglich überdies kriminelle Aktivität mache Schlüter politisch zu einer durchweg problematischen Figur. Abgesehen davon, dass ihn eine Anzeige wegen passiver Beamtenbestechung juristisch belastete, war er Inhaber eines Göttinger Verlags, der rechtsradikale Schriften von Antisemiten und ehemaligen NS-Funktionsträgern publizierte; seine Gattin gründete in Göttingen einen weiteren Verlag, der Literatur von früheren SS-Generälen und nationalsozialistischen Kriegshelden druckte. Die *Schlütersche Verlagsanstalt* war „ein Sammelbecken vieler Unverbesserlicher, die nicht unbeschadet durch die Entnazifizierung gekommen waren“<sup>481</sup>. Ihr Eigentümer nahm überdies am Projekt der nationalen Sammlung teil, mit der die FDP ihre parlamentarische Stellung verbessern wollte. In mehreren Landesverbänden versuchten FDP-Politiker in den 1950er Jahren, ihrer Partei neue Wählermilieus zu erschließen. In Nordrhein-Westfalen und Hessen profilierte sich die FDP zu Beginn des Jahrzehnts in der Tat zeitweise als „Repräsentantin des sich heimatlos fühlenden nationalliberal-konservativ vorgeprägten Bürgertums“<sup>482</sup>, integrierte erfolgreich ehemalige Deutschnationale und alte Nationalsozialisten. Doch als die rechtsra-

---

481 Dahms, Hans Joachim: Die Universität Göttingen 1918-1989: Vom „Goldenen Zeitalter“ der Zwanziger Jahre bis zur „Verwaltung des Mangels“ in der Gegenwart, in: Thadden, Rudolf v./Trittel, Günter (unter Mitwirkung von Marc-Dietrich Ohse) (Hg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999, S. 395-456, hier S. 437.

482 Lösche, Peter/Walter, Franz: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996, S. 36.



dikalen Tendenzen Gegenstand der Medienberichterstattung wurden, begannen sie, die Partei zu stigmatisieren, sich von einem Vor- in einen Nachteil zu verkehren. Kurzum: Schlüter, der als Landtagsabgeordneter immerhin der politischen Elite der Bundesrepublik angehörte, engagierte sich in der jungen Bundesrepublik mit all seinen Kräften in der Verbreitung antisemitischen und nationalistischen Gedankenguts, trieb seine Partei zudem weit nach rechts. In normativer Hinsicht ziemte sich eine solche Persönlichkeit in verantwortungsvoller Staatsfunktion eigentlich nicht.

Doch gegen diesen normativ prekären Zustand stemmten sich nicht etwa Akteure der professionellen Politik, sondern solche aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre. In der Kenntnis von Schlüters politischen Ansichten und im Wissen um die beabsichtigte Ernennung zum Minister bereitete die Göttinger Universität noch vor der Regierungsbildung einen öffentlichen Protest vor. Sie kündigte der zukünftigen Regierung die Konsequenzen in Form von kollektiven Rücktritten von Professoren aus den Gremien der universitären Selbstverwaltung an, nachdem sie in Gesprächen u.a. mit Hellwege die Berufung Schlüters nicht hatte vereiteln können. Die zeitgenössische Wirkung des anschließenden Protests war verhältnismäßig groß: Am Göttinger Campus kam es zu einem einheitlichen Protest, indem sich die Studentenschaft mit der Universitätsleitung feierlich solidarisierte. Der Göttinger Studentenrat stellte sich „voll und ganz hinter die von Rektor und Senat unternommenen Schritte“<sup>483</sup> und proklamierte seinen Rücktritt. Auch der Göttinger AStA trat parallel zum Universitätsrektorat zurück. Das Bild eines Göttinger Kollektivprotests, eines Schulterschlusses von Lehrenden, Studierenden, Politikern und Bürgern Göttingens, vervollständigte sich durch Beschlüsse des Stadtrates und sogar der dortigen FDP-Fraktion, die sich allesamt von Schlüter distanzierten. National und international wurde Göttingen im Zuge dieser Ereignisse nach dem Jahr 1837 einmal mehr als Ort besonderer Zivilverantwortung wahrgenommen: „denn das breite Interesse führte zu einer solch ungeahnten Flut von Stellungnahmen, Erklärungen, Solidaritätsbekundungen, differenzierten Analysen und Darstellungen, die der Schlüter-Affäre zu hoher Publizität verhalfen und dadurch den Vorgängen in Göttingen und Hannover eine in der Tat politisch-moralische Dimension einer Staatsaffäre zuerkannten.“<sup>484</sup> Der Göttinger Aktion bekundeten diverse gesellschaftliche Autoritäten ihren Respekt. So habe sich die Göttinger Universität durch ihre „freimütige und spontane

---

483 Beschluss der 1. außerordentlichen Sitzung im Sommersemester 1955 des Studentensrats der Georg-August-Universität vom 25. Mai 1955, zitiert nach Marten 1987, S. 43.

484 Marten 1987, S. 57.

Äußerung eines echten demokratischen Lebensgefühls“<sup>485</sup> als „Hüterin der Staatsmoral“<sup>486</sup> exzeptionell ausgezeichnet, weil sie die moralische Eignung des Ministers begründet infrage stellte, somit auf die mangelhafte Kabinettsautorität aufmerksam machte und mit dieser kritischen Kontrolle eigentlich die Aufgabe des Ministerpräsidenten und des Parlaments übernahm, die darin versagt hätten.

Auch politisch war der Protest erfolgreich, Schlüter trat am 9. Juni 1955 zurück. Dessen Demission erfolgte aus demselben Grund, der zu Schlüters Ministerernennung geführt hatte: Hellwege wollte als Ministerpräsident die Regierung führen; und die Abkehr gesellschaftlicher Eliten, einflussreicher Multiplikatoren wie bspw. Professoren oder das Oberhaupt der Evangelischen Kirche, alarmierte ihn zutiefst – zumal die niedersächsische Landesregierung unversehens im Blickpunkt einer auch internationalen Öffentlichkeit stand.<sup>487</sup> Internationale Granden der Wissenschaftswelt, darunter Raymond Aron, Karl Jaspers, Max v. Laue, Michael Polanyi und Otto Hahn, wandten sich in eigenen Erklärungen gegen die niedersächsische Landesregierung und deren skandalöse „Ernennung eines neonazistischen Erziehungsministers“<sup>488</sup> – wie überhaupt aus aller Herren Länder zustimmende Briefe und Telegramme Göttingen erreichten. Der Universitätsrektor Emil Woermann und seine Kollegen hatten mit ihrer Aktion Schlüter einer weit über Göttingen und Niedersachsen hinausreichenden Öffentlichkeit bekanntgemacht und dessen Image geprägt; fortan firmierte Schlüter, wann immer die Sprache auf ihn kam, in der überregionalen Presse als „der Zehn-Tage-Kultusminister von Niedersachsen, in dessen Verlag die rechtsradikale Literatur zu Hause ist“<sup>489</sup>. Der politische Erfolg der Göttinger Protestaktion, der in dem erzwungenen Rücktritt Schlüters und dem Nachweis antinazistischer Haltung bestand, basierte somit auf einer erfolgreichen Mobilisierung einer nationalen und internationalen Öffentlichkeit.

---

485 So der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages Reinhold v. Thadden-Trieglaff, zitiert nach Marten 1987, S. 60.

486 So bspw. die Meinung des Tübinger Staatsrats Theodor Eschenburg; vgl. Marten 1987, S. 59 f.

487 Der Fall Schlüter war Gegenstand von „regelmäßigen Berichten und Analysen in vielen deutschen und ausländischen Tages- und Wochenzeitungen, Journalen, wissenschaftlichen Zeitschriften, in Telegrammen und Briefen [...]“; Marten 1987, S. 62.

488 Telegramm des Komitees für Wissenschaft und Freiheit vom 1. Juni 1955 zitiert nach Marten 1987, S. 62.

489 O.V.: „Vortrupp der nationalen Opposition“, in: Die Zeit, 29.04.1960.

Aus den beschriebenen drei Fällen – Göttinger Sieben, Schlüter-Affäre und Göttinger Achtzehn – lässt sich eine Reihe von Parallelen ziehen. Dazu zählen vor allem die Vorgehensweise, der angreifbare Akteur, die Wirksamkeit durch eine mobilisierte Öffentlichkeit und die Zuschreibung eines moralischen Impetus. Erstens handelte es sich stets um einen Widerstand von Universitätsprofessoren gegen die staatliche Exekutive – gegen einen monarchischen Machthaber, gegen eine Landes- und eine Bundesregierung. Ihrem Selbstverständnis nach unpolitische Gelehrte sahen sich gezwungen, sich mit Handlungen und Absichten von Politikern auseinanderzusetzen und erhoben sich dafür von ihrem Schreibtisch. Zweitens war der Protest jeweils nicht ohne Vorgeschichte: So ließen sich die Göttinger Sieben erst in einem zweiten Schritt auf eine Konfrontation mit der Politik ein, wandten sich also nicht sofort an den König, sondern zunächst an das Kuratorium der Universität.<sup>490</sup> Die Mehrheit der Professorenschaft wollte sich allerdings nicht an einem Widerstand gegen den neuen Herrscher beteiligen, insbesondere der Mathematiker und Astronom Carl Friedrich Gauß habe sich in den Augen der Brüder Grimm im Universitätssenat „am widerwärtigsten benommen“<sup>491</sup>. Auch im Fall Schlüter scheiterte eine mehrfache Intervention der späteren Protestler, die Berufung Schlüters auf informellem, nicht-öffentlichem Weg zu verhindern. Nicht anders verhielt es sich bei der Göttinger Erklärung, der ein Treffen mit Strauß vorangegangen war.

Drittens richteten sich alle drei Protestaktionen gegen einen verwundbaren Akteur – den selbstherrlichen König, der in einer zunehmend liberal denkenden Gesellschaft mit seinem autokratischen Gebaren obsolet wirkte; einen frisch gewählten Ministerpräsidenten, der allem Anschein nach seinen persönlichen Machtinteressen einen Primat gegenüber Moraleboten einräumte; und einen Bundeskanzler, der im Wahlkampf stand und daher zum Zwecke seiner Wiederwahl sämtliche Zweifel an seiner politischen Kompetenz auszuräumen hatte. Des Weiteren gründete – viertens – der Erfolg in allen drei Fällen auf der Empörung einer weit die Göttinger Stadtgrenzen verlassenden Öffentlichkeit. 1837 war es die enorme Publizität der Protestationsschrift – zehntausendfach vervielfältigt durch die schreibwütigen Hände einer Hundertschaft von enragierten Studenten und die deutschlandweite Verbreitung über die liberale Presse und bildungsbürgerliche Privatkorrespondenz –, die einen Druck der öffentlichen Meinung er-

---

490 Vgl. Zimmerli, Walther Ch.: „... eigenmächtig den Gehorsam zu versagen ...“ Recht und Moral – Die Göttinger Sieben, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obrigkeitsswillkür und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 33-55, hier S. 37.

491 Zitiert nach v. See 1997, S. 37.

zeugte und die Protestation erst zu einem historisch bedeutsamen Erfolg werden ließ.<sup>492</sup> Ähnliches galt, wie gezeigt, für den Fall Schlüter und die Göttinger Erklärung.

Auch beriefen sich fünftens alle drei Proteste öffentlich auf die unbestechliche Autorität des Gewissens und der Moral.<sup>493</sup> Die Göttinger Sieben gelten als das „erste und zugleich ein nahezu perfektes Beispiel für die Funktion und Gewalt einer medieninformatierten Öffentlichkeit“<sup>494</sup>. Der Rektor, Professor Emil Woermann, rechtfertigte seinen und den Protest seiner Kollegen mit der selbstempfundenen Pflicht, die Aufgaben der Universität zu erfüllen; denn die Universitätssatzung verlangte von ihren Ordinarien, den akademischen Nachwuchs „zur verantwortungsvollen Mitarbeit an Staat und Kultur zum Wohle des Volksganzen heranzubilden“<sup>495</sup>. Daraus, so die Professoren, ergebe sich automatisch ein Konflikt mit der Person Schlüters und sei die universitäre Pflichterfüllung gefährdet. In ihren öffentlichen Stellungnahmen bekundeten die Zurückgetretenen eine „Mitverantwortung für die Würde der Demokratie“<sup>496</sup>. Und der Göttinger AStA versäumte nicht, den Protest sogleich in die Tradition der Göttinger Sieben zu stellen – was 1837 gegolten habe, „das gilt auch 1955“<sup>497</sup>. Auch im Fall Schlüter hätten die Göttinger Universitätsgelehrten nicht „mit ihren Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben“ dürfen. Von der probaten Möglichkeit, den Protest auf eine Tradition zu beziehen, profitierten 1957 auch die Göttinger Achtzehn, die der Öffentlichkeit sofort als legitime Nachfolger der Sieben präsentiert wurden. Die Proteste von 1837 und 1957 erlaubten aufgrund ihrer starken Personalisierung zudem eine Kollektivierung als „Sieben“ und „Achtzehn“ als Ausdruck einer ausgeprägten Gruppenidentität. Dadurch schien es sich nicht bloß um eine anonyme Ansammlung von Namen zu handeln, sondern es entstand der Eindruck von einer verschworenen Gemeinschaft, einem oppositionellen Zirkel.

---

492 Vgl. Zimmerli 1989, S. 49 ff.: „Hier wurde die Öffentlichkeit selbst zum ‚moralisch-rechtlich-politischen Akteur‘.“ Vgl. auch Schöne, Albrecht: Vom Betreten des Rasens, in: *Die Zeit*, 11.12.1987.

493 Vgl. Blanke, Thomas: *Die Geschichte der Moral und die Moral der Geschichte* von den Göttinger Sieben, in: Machinek, Angelika (Hg.): *Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obergewaltswillkür und Zivilcourage*, Göttingen 1989, S. 57-65, hier S. 59.

494 Ebd., S. 51.

495 Zitiert nach Marten 1987, S. 29.

496 Professor Wolfgang Trillhaas zitiert nach ebd., S. 48.

497 Hier und folgend zitiert nach ebd., S. 47.

Sechstens wertete die jeweilige Protestaktion die persönliche Reputation ihrer Teilnehmer auf, mehrte deren Prestige und Prominenz. So geschehen bei den Göttinger Sieben, die in der Erinnerung heldenhaft dem Fürstenthron trotzten, „ein auf die Wahrheit gerichtetes und darin von allen Autoritäten unabhängiges Denken und ein darauf gegründetes, durch Überzeugungstreue, Gerechtigkeitsverlangen und Bekennermut bestimmtes Handeln“<sup>498</sup> zeigten, denen Denkmäler errichtet und nach denen öffentliche Plätze benannt wurden. Weit über Göttingen hinaus gerieten die sieben Protestierer zu Ikonen verantwortungsvoller Bürgerschaft, zu zivilgesellschaftlichen Vorbildern. Ähnliches geschah im Fall der Göttinger Achtzehn, die nach der Veröffentlichung ihres Manifests gegenüber ihren Fachkollegen aus der Naturwissenschaft nicht mehr allein durch die Qualität ihrer Forschungsarbeiten hervorstachen, sondern auch noch durch die Bereitschaft, öffentlich Verantwortung für die Verwendung ihrer Forschungsergebnisse zu demonstrieren. Auch in der Angelegenheit des Kultusministers Schlüter hatte die Göttinger Universität unter aufmerksamer Beobachtung einer weltweiten Öffentlichkeit – zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur – ihren Willen und ihre Fähigkeit dokumentiert, couragiert gegen rechtsradikale Einflüsse vorzugehen, und sich darüber hinaus eines unangenehmen Kooperationspartners entledigt. Aus dem Konflikt mit der Landesregierung ging sie als moralischer und politischer Sieger hervor: Nicht nur trat der rechtsradikale Agitation Raum gebende Schlüter zurück, auch erschien Hellwege augenblicklich als ein Politiker, der „lieber die demokratische Zuverlässigkeit korrumpierte als dass er darauf verzichtete, Ministerpräsident eines Kabinetts zu werden, in dem ein Verräter und Verleumder der demokratischen Sache saß“<sup>499</sup>. In der Öffentlichkeit ergab dies ein eindeutiges Bild: Auf der einen Seite standen die achtbar konsequenten Professoren, die aus Protest ihre Ämter niedergelegt hatten, auf der anderen ein suspekt lavierender Regierungschef, der seiner Karriere Vorrang gegenüber allem Anderen einzuräumen schien.

Eine weitere, siebte Gemeinsamkeit der drei Proteste besteht in der Komplexität der ihnen zugrundeliegenden Motive, die der pauschalen Unterstellung ausschließlich moralischen Handelns, der einseitigen Zuschreibung widerspricht. Nicht alle der Göttinger Sieben waren z.B. ausschließlich, jedenfalls zwingend nachweisbar von einem moralischen Anspruch getrieben.<sup>500</sup> Der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht z.B. suchte eine von ihm selbst vertretene Staatsrechtstheorie

498 Schöne, Albrecht: Vom Betreten des Rasens, in: Die Zeit, 11.12.1987.

499 Artikel aus der *Gegenwart*, zitiert nach Marten 1987, S. 81.

500 Vgl. hierzu neben der Einleitung dieser Arbeit auch Hunger 2002, S. 196 u. v. See 1997.

zu etablieren, auf die sein Protest sachlich gründete und deren Gültigkeit er durch sein Handeln untermauern wollte. Und vieles deutet darauf hin, dass der Germanist Jacob Grimm in der Öffentlichkeit ein pathosreiches Bekenntnis ablegen wollte, das ihm einen herausgehobenen Märtyrerstatus einzutragen vermochte. Auch stand der Protest der Göttinger Sieben unter dem Eindruck eines erst kurz zuvor gewachsenen Bewusstseins für die Auswirkungen von Politik, hatte sich die Göttinger Hochschullehrerschaft in den vorangegangenen Jahren als Opfer staatlicher Einschnitte in die Hochschulautonomie begriffen – bereits unter Ernst Augusts Vorgänger Wilhelm IV.<sup>501</sup> Die zum Teil unterschiedlichen Beweggründe der Göttinger Achtzehn hingegen sind Gegenstand des zweiten Teils der vorliegenden Arbeit.

Und auch die Gegnerschaft der Göttinger Universität in der Schlüter-Affäre – die sich unbestreitbar positiv auf die demokratische Kultur der jungen Bonner Republik auswirkte – gründete, in Teilen zumindest, auch auf einem spezifischen Interesse der Universitätsleitung. Diese fühlte sich – als eine Institution, die sich unter der nationalsozialistischen Herrschaft wie viele andere diskreditiert hatte – besonders verpflichtet, ihrer demokratischen Erziehungsaufgabe nachzukommen, sich in der Gegenwart durch integeres Verhalten historisch zu rehabilitieren und die nicht selten problematische Verwicklung einiger ihrer Professoren in die Verbrechen während der NS-Zeit zu überspielen. Bei Schlüters „nachweisbarer und insgesamt unstrittiger rechtsradikaler Vergangenheit“ drohte nun aber schlichtweg „der Rechtsradikalismus in die Regierung eingeschleust zu werden“.<sup>502</sup> Die Universitätsleitung sah dies als Belastung der zukünftigen Entwicklung, befürchtete unter einem Kultusminister Schlüter daher „die Entfremdung bisheriger Freunde der Universität, das Fernbleiben von akademischen Feiern, das Scheitern von Berufungen, der Weggang nach auswärts berufener Kollegen, das Erkalten des Verhältnisses zur Landesregierung, die Störung der Beziehungen der Universität zur Wissenschaft des Auslandes“.<sup>503</sup> Außerdem erwartete Woermann, dass Schlüter einstmals amtsverdrängte Professoren, die sich in der Zeit des „Dritten Reichs“ moralisch diskreditiert hatten, protegieren, möglicherweise deren Rückkehr betreiben würde. Um einen Eklat zu vermeiden und einen Schaden für die Universität abzuwenden, hatten sich Woermann und seine Kollegen daher an die Protagonisten der zukünftigen Regierung gewandt, um Schlüters Berufung bereits im Vorfeld des Kabinettsantritts zu verhindern. Der designierte Ministerpräsident Hellwege wollte freilich regieren und brauchte da-

---

501 Vgl. Hunger 2002, S. 196-200.

502 Von See 1997, S. 58.

503 Zitiert nach Marten 1987, S. 30 f.

für die Koalitionszusage der FDP, die damals unter Schlüters Ägide stand. Weil er seine persönlichen Interessen über die der Universität stellte, Schlüter mit Rücksicht auf die Freidemokraten dennoch berief, machte sich Hellwege die Göttinger Professorenschaft noch vor dem Antritt der neuen Landesregierung zu seinem Gegner. Hellwege sowie zwei Jahre später Adenauer und Strauß verletzen wohl auch ein wenig den Stolz der – an das aufnahmewillige Auditorium ehrfürchtiger Studenten gewohnten – Gelehrten, weil sie sich der professoralen Ratschläge verschlossen und ungeachtet aller vorgebrachten Argumente an ihren Positionen unbeirrt festhielten.

Überdies reagierte die herausgeforderte Politik sowohl 1837, 1955 als auch 1957 in ähnlicher Weise. Der hannoversche König Ernst August I. zürnte ob des Benehmens seiner untertänigsten Beamten, den sieben Professoren, die sich eines Widerworts gegenüber der königlichen Anordnung erdreisteten. Gleich Adenauer und Strauß, warf Hellwege z.B. der Universität vor, sie mische sich aufgrund eines fehlenden demokratischen Mandats ungebührlich „als eine ernste Gefahr für den Gedanken der parlamentarischen Demokratie“<sup>504</sup> in die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Parlaments ein. Auch zog er ihre politische Neutralität in Zweifel, sei sie anscheinend lediglich aus katholischer oder sozialdemokratischer Gesinnung heraus prinzipieller Gegner der FDP, folglich konfessionell und parteipolitisch befangen. Gänzlich unterscheiden sich die beiden jüngeren Aktionen hingegen in ihrer juristischen Rechtmäßigkeit von der ersten des Jahres 1837. Während sich Schlüter und Hellwege sowie Adenauer und Strauß zwar erregten, so war doch die Göttinger Erklärung ebenso wie der Protestakt gegen Schlüter eine verfassungsrechtlich geschützte Artikulation der persönlichen Meinung, juristisch also völlig unbedenklich. Anders hingegen die Protestation der Sieben, deren mögliche Illegalität von ihren Unterzeichnern bewusst, ja demonstrativ in Kauf genommen worden war.<sup>505</sup> Die Göttinger Sieben hatten dann auch anfänglich weitaus härtere Konsequenzen zu tragen: Jeder von ihnen verlor seine Professur, drei mussten auf Geheiß des Königs sogar rasch das Land verlassen. Weder Woermann und seine Mitstreiter noch Hahn, Heisenberg & Co. hatten in den 1950er Jahren jedoch Ähnliches zu befürchten.

Die zivilgesellschaftlichen Proteste Göttinger Universitätsangehöriger 1837, 1955 und 1957 schufen und verfestigten insgesamt ein Image der Stadt und ihrer akademischen Bildungseinrichtung, das diese – jeweils vor einem brisanten gesellschaftlichen Hintergrund – als besonderen Ort beständiger und vorbildhafter Moral auswies. Im Vormärz markierten die Göttinger Sieben mit ihrer Protesta-

504 Ministerpräsident Heinrich Hellwege zitiert nach ebd., S. 42.

505 Vgl. Blanke 1989, S. 59 f.

tion einen ideologischen Referenzpunkt für die spätere Revolution; denn als sie ihre Loyalität zum König der zur Verfassung unterordneten, den Verfassungsüber den Personeneid stellten, brachen sie in einem monarchischen System mit dessen zentralem Prinzip; ihr Ungehorsam gegen ein System, das mit seinem erblich gesteuerten Elitenzugang einem wachsenden Teil der Bevölkerung obsolet erschien, folgte der Maxime eines in der Zukunft liegenden Liberalismus. Der Rektor, Senat und die Dekane, die 1955 mit dem kollektiven, öffentlich vollzogenen Rücktritt von ihren Ämtern gegen einen juristisch zwar legalen, sittlich dennoch illegitimen Vorgang der Politik protestierten, erstrahlten insbesondere im Kontrast zu dem Versagen gesellschaftlicher Eliten während der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ und statuierten in der Frühphase der Bundesrepublik ein Exempel demokratischer Gesinnung und Verantwortung. Die Göttinger Achtzehn schließlich begehrten gegen die Regierungspolitik auf und lieferten ein Paradebeispiel, wie wissenschaftlicher Sachverstand mit moralischer Verantwortung verknüpft werden kann, wie Forscher kritisch den Umgang mit ihren Resultaten überwachen können. Aus allen drei Fällen ging die Stadt Göttingen jeweils mit national und international gesteigerter Reputation hervor, erwarb sich eine zivilgesellschaftliche Aura; die Göttinger Sieben begründeten eine Tradition ziviler Moral, auf die sich nachfolgende Protestaktionen historisch berufen und diese seither fortführen konnten.

## **2.11 VERSUCH EINER KRITISCHEN BEWERTUNG**

Am meisten wurden die achtzehn Manifestanten für ihr außerordentliches Verantwortungsbewusstsein gerühmt. Sie warnten vor den Gefahren von Atomwaffen, die in der Militärterminologie wahlweise als „klein“ oder „taktisch“, dabei jedoch in jedem Fall verharmlosend bezeichnet wurden, und leisteten damit einen Beitrag, die Bürger zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Atomwaffenpolitik der westdeutschen Regierung zu befähigen. So unzweifelhaft dies auch ist, bleibt dabei jedoch die Kehrseite unberücksichtigt. Im gleichen Maße, wie sich die Unterzeichner der Göttinger Erklärung einer Beteiligung an jeder Arbeit zu Atomwaffen verweigerten, erteilten sie dem Engagement in ziviltechnischer Forschungsausrichtung ihre uneingeschränkte Zustimmung. Man sei zwar nicht bereit, „sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen“, betone aber, dass es „äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern“, und dass man „an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken“ wolle. Doch berücksichtigt man die gleichfalls bekundete Absicht, eine weiträumige Verseu-



chung eines „Landstrich[s] von der Größe des Ruhrgebietes“ zu verhindern, lässt sich in der differenzierten Haltung der Göttinger Manifestanten zur Atomforschung auch eine nicht unerhebliche Inkonsistenz ihrer Einstellung erkennen. Denn wie militärische Sprengkörper waren auch Reaktoren in der Lage, ein solches Territorium „zeitweilig unbewohnbar [zu] machen“. Gewiss, den Atomforschern der späten 1950er Jahre dürften die Unwägbarkeiten des – zivilen – Reaktorbetriebs wohl nicht in der heutigen Ausführlichkeit und mit dem Wissen um Katastrophen wie Tschernobyl bekannt gewesen sein. Dies gilt es fairerweise, in Rechnung zu stellen. Eine völlige Ahnungslosigkeit ob der Konsequenzen eines Reaktorunfalls lässt sich freilich ebenso wenig behaupten. Dass ein außer Kontrolle geratener Reaktor die umliegende Bevölkerung in gleicher Weise wie eine militärisch bezweckte Explosion verseuchen – wenn nicht sogar vernichten – konnte, dürfte sich wohl kaum auch der Kenntnis Hahns, Heisenbergs und all ihrer Fachkollegen entzogen haben. Dass sich etwa schiefgehende Experimente ebenfalls zu Atomexplosionen auswachsen konnten,<sup>506</sup> erwähnten die Göttinger Achtzehn in ihrem Manifest allerdings mit keinem Wort. Ihre Warnung zu derselben Technologie galt lediglich einer ihrer Varianten. Heisenberg hielt es da mit seinem Kollegen Walther Gerlach: Warum überhaupt erst von einer Gefahr sprechen, wenn es nicht unbedingt nötig sei?<sup>507</sup>

In keiner Weise warnte die Göttinger Erklärung vor den generellen Gefahren atomenergetischer Kräfte wie z.B. die immense Radioaktivität, die im Zuge jedweder atomarer Energiegewinnung freigesetzt werden konnte. Und sie stemmte sich auch nicht gegen die zum Teil leichtsinnige und nicht zuletzt träumerische Euphorie eines vorgeblich bevorstehenden Atomzeitalters, sondern bestärkte die Menschen im Glauben an die heilsbringende Kraft der Nuklearenergie. Warum auch nicht, waren doch ihre Urheber Protagonisten und Profiteure eben dieser Vision. Seit 1955 entstand in der Bundesrepublik „in weiten Kreisen von Wissenschaft, Politik, Industrie und Journalismus eine geradezu euphorische Aufbruchsstimmung im Blick auf die neue Energiequelle, die die mit ihr verbundenen Chancen, Kosten und Gefahren völlig unzureichend und unkritisch abschätzte“<sup>508</sup>. Maßgeblichen Anteil daran hatten Heisenberg und seine Kollegen – somit auch die Göttinger Erklärung – mit ihrer unvoreingenommenen Befürwortung der noch unerschlossenen, insofern wissenschaftlich natürlich reizvollen und prestigeträchtigen, jedoch auch riskanten Technologie. Der tragische Vorfall von

---

506 Vgl. Carson, Cathryn: *Going Nuclear: Science, Politics and Risk in the Federal Republic of Germany in the 1950s*, Working Paper, 2004, S. 19 f.

507 Vgl. ebd., S. 19.

508 Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 35.

Tschernobyl im Jahr 1986 etwa stellt die Urteilkraft und Vertrauenswürdigkeit der Göttinger Achtzehn aus heutiger Sicht infrage. Sie stehen als prominentes Beispiel für die Anfälligkeit für Irrtümer, vor denen selbst hochrangige Experten nicht gefeit zu sein scheinen. Die Atomforscher unterstellten der Politik die Tendenz zum Fehlverhalten, das einen nuklearen Vernichtungskrieg riskierte, der wiederum die Existenz der Menschheit gefährdete. Ein mögliches technisches Versagen im Bereich ihres eigenen, beruflichen Wirkens, wie in dem bekannten Fall eines in der Sowjetunion explodierenden Atomkraftwerks, das zeitweise eine vergleichbar große Wahrscheinlichkeit wie ein Atomkrieg besaß, blendeten sie hingegen aus.

Zumal: Einige der Achtzehn machten sich auch gar keine Illusionen über eine mögliche offizielle Verzichtserklärung seitens der Bundesregierung; eine solche hielten manche der Manifestanten im Grunde für bedeutungslos und waren sich über die Zweischneidigkeit der Nuklearforschung durchaus im Klaren. Für Otto Haxel bspw. gab es keinen Zweifel an der unveränderlichen Skrupellosigkeit von Regierungen. „Jedes Uran-Kraftwerk“<sup>509</sup>, so Haxel im Jahr 1952, ist „zwangsläufig eine Kernsprengstofffabrik“. In Krisenzeiten oder während eines Kriegs würde sich „keine Regierung den Gewinn an militärischen Machtmitteln durch das produzierte Plutonium entgehen lassen und daher Teile dieses erzeugten Plutoniums der Energiewirtschaft entziehen und für militärische Verwendungszwecke stapeln“. Eigentlich war dies eine Feststellung, welche die Erklärung und Warnung der Göttinger Achtzehn von vorneherein aussichtslos, ja belanglos erscheinen lässt. Außerdem war das Risiko eines politischen Missbrauchs in der Wahrnehmung Haxels derart hoch, dass sich für einen verantwortungsbewussten Forscher selbst eine zivile Nutzung in Friedenszeiten im Grunde moralisch verbot. Kein Wort davon findet sich aber in der Göttinger Erklärung. Wollte man ernsthaft eine Atomwaffenproduktion verhindert wissen, so hätte man generellen Verzicht auf atomare Installationen üben müssen. Eine den Verzicht auf jegliche Nutzung von Nuklearwaffen beinhaltende Regierungserklärung, wie sie die Göttinger Manifestanten indirekt forderten, hätte somit – der Auffassung manches Manifestanten nach – nicht viel genützt. Schließlich fußte ja die gesamte Protestation auf der jederzeitigen Revidierbarkeit und der daraus wiederum folgenden Unsicherheit der – zum damaligen Zeitpunkt schließlich noch gültigen – Adenauer’schen Proklamation, auf Atomwaffenherstellung zu verzichten. Diese Ungewissheit über den Bestand einer politischen Erklärung

---

509 Hier und folgend Haxel, Otto: Energiegewinnung aus Kernprozessen, H. 25 der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln/Opladen 1953, S. 7-19, hier S. 18.

hätte dieser Logik zufolge auch für eine durch das Göttinger Manifest erwirkte Aussage der Bundesregierung gegolten, hätte keine langfristige Gewissheit geschaffen.

Im Niveau der Fahrlässigkeit lag die Gleichsetzung von Atom- mit Artilleriewaffen des Politikers Adenauer im Übrigen nicht unbedingt weit entfernt von dem Herunterspielen der Risiken ziviler Kernenergienutzung seitens der atomphysikalisch beschlagenen Manifestanten. Die an der Göttinger Erklärung beteiligten Naturwissenschaftler – zumindest sehr viele von ihnen – wollten unter allen Umständen das Atom per se – allerdings in der spezifischen Form ziviler Nutzung – in der öffentlichen Meinung positiv besetzt wissen. Atomenergie sollte in den Köpfen der Bürger nicht Quelle von existenzbedrohlicher Gefahr, sondern lebensdienlichen Segens sein. Um diese begehrte Konnotation zu erreichen, der Bevölkerung die Atomangst gleichsam exorzistisch auszutreiben, um ihrem Arbeits- und Karrierefeld letztlich gesellschaftliche und politische Wertschätzung zu verschaffen, verzichteten die Manifestanten auf eine ausgewogene Warnung vor den ihnen wenigstens teilweise geläufigen Risiken der Kernkraft im Allgemeinen. Einige der Achtzehn bagatellisierten mithin selbst. Straßmann z.B. versicherte 1958, Reaktoren seien „Nicht die Spur!“<sup>510</sup> gefährlich und bezog sich dabei auf die spärliche Erfahrung mit einem innerhalb Stockholms laufenden Reaktor, der die umliegenden 350.000 Menschen bislang noch nicht gefährdet habe. Und Heisenberg verglich den Unterschied zwischen einem Atommeiler und einer Atomwaffenfabrik mit dem zwischen einer Penizillinfabrik und einer Erzeugungsanlage für Giftgas.<sup>511</sup>

Aus diesem Grund hat die Göttinger Erklärung ideologisch auch nichts mit dem späteren Anti-Atomprotest der 1970er Jahre gemein. Richtete sich dieser doch gegen die Gefahren radioaktiver Strahlung gerade im zivilen Normalbetrieb und eventuelle Unfälle sowie die Zerstörung der lokalen Umwelt im unmittelbaren Umfeld von Atomanlagen.<sup>512</sup> Das Anti-Atomlager der 1950er und frühen 1960er Jahre ist hingegen treffender im Zusammenhang mit der Friedensbewegung zu sehen. Als Ikonen der Anti-AKW-Bewegung taugen die Göttinger Achtzehn demgegenüber nicht. Hätten sie ihr Manifest zwanzig Jahre später veröffentlicht, so wären sie vermutlich Buhmänner erregter Bürgerproteste, Gegenstand zivilgesellschaftlichen Engagements gewesen. Die paramilitärischen Auf-

---

510 O.V.: Vor einem neuen Manifest der „Achtzehn von Göttingen“?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 13.01.1958.

511 Die hier wörtlich übernommenen Vergleichsobjekte finden sich bei Kraus 2001, S. 133.

512 Vgl. Garchingener Naturwissenschaftler 1987, S. 78 f.

märsche an den Bauplätzen von Brokdorf, Grohnde oder Kalkar im Jahr 1977<sup>513</sup> wären ganz sicher nicht in ihrem Sinne gewesen. Im Gegenteil verwehte die Göttinger Erklärung sogar den Weg zu einer kritischen Haltung gegenüber ziviler Atomenergienutzung, die in der Gegenwart inzwischen sicherlich den bedeutsameren Part der zivilgesellschaftlichen Anti-Atomproteste ausmacht.<sup>514</sup> Im Grunde entbehrt es nicht einer gewissen Komik, dass vielerorts ausgerechnet die Göttinger Erklärung als Ausgangspunkt der Anti-AKW-Bewegung gesehen wird,<sup>515</sup> ihre Urheber allerdings entschiedene Verfechter von Atomkraftwerken waren.

Noch etwas erscheint ambivalent:<sup>516</sup> Zwar kann man den Göttinger Achtzehn zweifellos die Leistung eines gesellschaftlich wertvollen Beitrags zuerkennen. Schließlich setzten sie die Politik unter Druck, sich mit einem Objekt gouvernementaler Entscheidung kritischer, intensiver, letztlich: in einer der Thematik gebührenderen Weise auseinanderzusetzen, als dies zuvor der Fall war. Doch taten sie dies erstens in der mitunter fahrlässigen, bisweilen naiven Überzeugung, über ein korrektes, zutreffendes, gegenüber Irrtümern immunes Fachwissen zu verfügen; und um dabei zweitens eine politische Empfehlung für die Förderung der zivilen Kernenergieforschung – einem beruflichen Eigeninteresse – abzugeben. Damit erlagen sie der Versuchung politischer Intervention auf Basis vermeintlich überlegener Kenntnis der Dinge; einem verführerischen Selbstbewusstsein, mittels wissenschaftlicher Expertise und Wissensbeherrschung Sachverhalte vollständig durchdringen, korrekt deuten und beurteilen zu können; auch dem Glauben, ungeachtet fehlender demokratischer Legitimation kraft Wissenschaftskompetenz eigentlich entscheidungsberechtigt zu sein. In diesem Wesenszug allerdings kann auch eine Wissensanmaßung liegen, von der sich z.B. Politiker provoziert fühlen können – Adenauer und Strauß taten dies schließlich auch – und die dadurch eine schwerwiegende Belastung für zukünftige Kommunikationsakte zwischen den Sphären der Wissenschaft und der Politik zur Folge haben kann.

In der Göttinger Erklärung vermischte sich zudem altruistische Gefahrenwarnung mit egoistischer Interessenverfolgung, trafen selbst- und allgemeinhedonische Züge aufeinander. In ihr offenbarte sich folglich eine betrübliche Ambivalenz politischer Intervention der Wissenschaft. Eingriffe der Wissenschaft in die Politik gilt es daher stets kritisch zu durchleuchten, keinesfalls un-

---

513 Vgl. dazu Brand et al. 1984, S. 97.

514 Vgl. Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 79.

515 Vgl. Beer 2007.

516 Als Grundlage für die folgende Überlegung vgl. Markl, Hubert: Die politische Versuchung der Wissenschaften, in: Merkur, Jg. 62 (2008) H. 5, S. 380-388.

hinterfragt zu übernehmen. In jedem Fall sind Zweifel angebracht, ob sich die manifestierenden Naturwissenschaftler der Unvollständigkeit und begrenzten Gültigkeit ihres Wissens ausreichend bewusst waren, versperrte doch die Entschlossenheit ihrer Aussagen den Blick auf die Irrtumsanfälligkeit ihrer Kenntnisse. Gerade der biografisch dokumentierte und durch akademische Titel zertifizierte Expertenstatus wirkte sich hier nachteilhaft aus. Die Göttinger Erklärung muss als begrüßenswerter Versuch gewürdigt werden, die politischen Entscheidungsträger durch wissenschaftliche Spezialisten über die Risiken und Nebenwirkungen einer Technologie nachdrücklich zu informieren, möglicherweise zu korrigieren; aber sie war eben auch eine Usurpationsmaßnahme, ein Versuch, sich mit dem Druck der Öffentlichkeit und der Legitimation nachweislichen Expertentums politischer Entscheidungsmöglichkeiten zu bemächtigen.



## 3 Die Motive

---

Bereits in der Einleitung konnte festgestellt werden, dass die meisten Beiträge zur Göttinger Erklärung deren Ursache in der – außergewöhnlichen, deshalb äußerst verdienstvollen – Wahrnehmung von Verantwortung sehen. Auch jüngere Schriften intonieren, es habe sich um einen „von Gewissensnot und von Verantwortungsbewusstsein getragene[n] Appell“<sup>1</sup> gehandelt. Dieses wohl am häufigsten angeführte Motiv soll an dieser Stelle keinesfalls widerlegt, aber doch zumindest in seiner Tragweite relativiert werden. Es soll hier die These vertreten und argumentativ untermauert werden, dass die Göttinger Erklärung keineswegs monokausal einem einzigen energischen Beweggrund folgte, sondern ihr unterschiedliche Motivgruppen zugrundelagen, die überdies teilweise miteinander verwoben sind.

### 3.1 VERANTWORTUNG

Nach der Entdeckung der Urankernspaltung 1938 durch Otto Hahn und Fritz Straßmann erreichten die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Kernforschung eine ungeahnte Qualität und Drastik, was die Konsequenzen für die Gesellschaft, mithin: die gesamte Menschheit anbelangte. Aus dem Wissen über den Umgang mit bestimmten Stoffen konnte man von nun an technische Machtmittel mit einer noch nie zuvor dagewesenen Zerstörungskraft erschaffen. Die Entwicklung der Atomwaffe brachte eine neuartige Entgrenzung ihrer Folgen mit sich, denen sich vor allem und zuerst die Nuklearwissenschaftler in aller Deutlichkeit gewahr wurden.<sup>2</sup> Der Tatbestand der Atombombe“, so

---

1 Hoffmann 2005, S. 207 f.

2 Vgl. Brief Gerlach an Jungk vom 22.01.1958, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 236, S. 147; Dürr, Hans-Peter: Die Verantwortung naturwissenschaftlichen

führte in den 1950er Jahren der Philosoph Karl Jaspers seinen Zeitgenossen vor Augen, „ist so ungeheuerlich, dass von ihm her die Politik in einen anderen Aggregatzustand versetzt wird“.<sup>3</sup> Unabhängig vom Ort ihrer Detonation verschmutzen nukleare Bomben die gesamte Atmosphäre und beeinträchtigen dadurch die Lebensqualität auch derjenigen Staaten, die nicht unmittelbares Ziel des Angriffs sind. Zu dieser geografischen Grenzenlosigkeit der Wirkung kommt deren Inter-  
generationalität hinzu, da die radioaktive Kontamination auch zukünftigen Generationen ihre Lebensgrundlagen entziehen, ihr genetisches Erbgut schädigen kann. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit barg damit eine wissenschaftliche Errungenschaft eine ultimative Bedrohung für die gesamte menschliche Existenz in sich. Walther Gerlach diagnostizierte darin eine „ethische Problematik“: „Während man die für die soziale Entwicklung notwendige Energie erzeugt, liefert man [mit militärisch verwendbarem Plutonium] das Material, um diese wieder zu vernichten.“<sup>4</sup> Für die meisten Atomwissenschaftler musste es ein schwer erträglicher Gedanke sein, dass ihr berufliches, oftmals mit Leidenschaft erfülltes Metier eine solche Schattenseite besaß. Angesichts dieser neuartigen Dimension von Wissenschaftsfolgen stellte sich die Frage, wer über die Anwendung dieser folgenreichen Erkenntnisse entscheiden dürfe: die Wissenschaftler oder die Politiker.<sup>5</sup>

Ob dieses äußerst schwerwiegenden Problems begannen einige der Nuklearforscher, über gangbare Lösungswege zu sinnieren und angemessene Umgangsformen zu entwerfen. Der Gedanke Werner Heisenbergs an ein aus herausragenden Sachverständigen rekrutiertes Elitengremium, das die Regierung berät, war ein erstes Konzept dieses Denkens,<sup>6</sup> das die Wissenschaft unmittelbar nach dem Krieg aufzubieten hatte. Gleichzeitig erlag es aber auch einem Trugschluss:

---

Erkennens, in: Müller, Hans-Peter (Hg.): Wissen als Verantwortung, Stuttgart u.a. 1991, S. 9-34, hier S. 10 f. u. S. 32; Katzir-Katchalsky, Ahron: Gedanken eines Forschers über das menschliche Wertsystem, in: Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974, S. 33-45, hier S. 37.

- 3 Jaspers, Karl: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewußtsein in unserer Zeit, München 1958, S. 54.
- 4 Gerlach, Walther: Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke, in: Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte, Jg. 23 (1955) H. 2, S. 14.
- 5 Vgl. Salomon, Jean-Jacques: Forschung und die Verantwortung des Wissenschaftlers in unserer Gesellschaft, in: Cramer (Hg.) 1974, S. 81-93, hier S. 80; Herbig 1976, S. 367 ff.
- 6 Vgl. Maier-Leibnitz, Heinz: Die Verantwortungen des Naturwissenschaftlers, Berlin u.a. 1983, S. 11.



Denn die Idee, dass Wissenschaftler das Problem zunächst in einem internen Kreis diskutieren und ausloten könnten, um anschließend den Politikern eine Handlungsanweisung zu unterbreiten, deren Legitimationsbasis allein die wissenschaftliche Fachkenntnis wäre, war eine Illusion und aufgrund ihres expertokratischen Charakters schwer mit den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie vereinbar. In der Anfangsphase des heraufziehenden Atomzeitalters ging man innerhalb der Wissenschaftskreise mit der moralischen Belastung insgesamt verschiedentlich um. Die einen forcierten während des Zweiten Weltkriegs aus patriotischer Staatsräson und panischer Angst vor einer deutschen Kernwaffe erfolgreich die US-amerikanische Atombombenentwicklung und überantworteten anschließend deren Resultat, die Bombe, in mehr oder minder indifferenter Weise Politikern und Militärs. Die anderen hingegen verweigerten sich einer konsequenten Beteiligung an einem solchen Vorhaben. Allen gemeinsam war jedoch, dass sich damit für die Atomwissenschaftler – weltweit – das Problem stellte, für den Umgang mit der neuen Situation geeignete Maßnahmen zu finden und zu ergreifen.<sup>7</sup>

Die Göttinger Erklärung repräsentiert eine mögliche Variante einer solchen Verantwortungsübernahme. Mit ihr versuchten einige der Göttinger Achtzehn, ihrer selbst auferlegten Verpflichtung zur Aufklärung und Warnung gerecht zu werden. Das Manifest unternahm den Versuch, die Bevölkerung über deren Rolle als potenzielles Opfer und über die Gefahren von Kernwaffen sachverständig aufzuklären und die Regierungspolitik als bedrohlich zu enthüllen. Es steht somit symptomatisch für das fundamentale Problem der Atomwissenschaft mit dem Umgang der Verantwortung, mit der sie ihr Forschungsfeld seit der Existenz von Kernwaffen konfrontierte.

Im detaillierten Wissen um die negativen Folgen von Atomwaffen glaubten die Wissenschaftler dabei an ihr Monopol auf Objektivität, vertrauten auf ihre „überlegene Autorität in Faktenfragen“<sup>8</sup>, wähnten sich im Besitz der einzig richtigen Handlungsempfehlung. Von Weizsäcker bspw. leitete von seiner kernphysikalischen Ausbildung eine besondere Autorität ab, denn die „Macht der Na-

---

7 Vgl. Eickemeyer, Helmut (Hg.): Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 an bis zum 15. August 1951 mit einem kurzen Abriss der Gründungsgeschichte und der Überleitungsarbeiten in die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ bis Ende 1952, München 1953, S. 222.

8 Kliemt, Hartmut: Einige Wurzeln des Unbehagens gegenüber den Wissenschaften, in: Meinel, Erhard/Englert, Elmar/ders. (Hg.): Das Unbehagen gegenüber den Wissenschaften, Heidelberg 1989, S. 5-13, hier S. 8.

turwissenschaft beruht auf ihrer Wahrheit“<sup>9</sup>. Dieser Auffassung entsprang letztlich die Göttinger Erklärung. Und deshalb war sie auch problematisch, wurde sie doch zwischen den Grenzen von Politik und Wissenschaft verortet, schnitt gleichzeitig in beide Sphären hinein, während ihre Autoren nur einer einzigen entstammten. Gerade Naturwissenschaften aber geben keine präzisen Antworten auf moralische oder politische Fragen.<sup>10</sup> Zu diesen zählte allerdings jene nach der Atombewaffnung der Bundeswehr, weshalb naturwissenschaftliche Expertise in diesem Fall eigentlich einer Ergänzung durch politische Überlegungen bedurft hätte. Die Wissenschaftler standen daher vor der Aufgabe, sich über ihr Spezialgebiet hinausreichendes Wissen zu beschaffen, das ihnen eine nicht allein wissenschaftliche, sondern überdies politisierte Urteilsfindung gestattete.<sup>11</sup> Denn auf dem Gebiet des Politischen, dort, wo die Göttinger Erklärung ihre Forderung letztlich vorbrachte, waren die Wissenschaftler nicht viel mehr als Dilettanten. Aus diesem Grund befasste sich der Autor der Göttinger Erklärung, Carl Friedrich v. Weizsäcker, schon sehr früh und mit zunehmender Konsequenz mit politischen Zusammenhängen.<sup>12</sup> Dennoch war auch er kein politischer Profi, konnte auch er nicht den gesamten Komplex durchschauen und ein fehlerfreies Urteil beanspruchen.

Den Wissenschaftlern war durchaus bewusst, dass sie sich mit einem politischen Manifest auf heikles Terrain wagten; einer aus ihrem Milieu – Hans Jensen aus Heidelberg – verweigerte sogar seine Unterschrift für das Manifest „aus der Überzeugung, dass die Wissenschaftler von Politik viel zu wenig verstehen, um wirksam zu sein“<sup>13</sup>. Diese Unsicherheit betraf den zweiten Part der Göttinger Erklärung, der die politische Forderung nach einem Atomwaffenverzicht der Bundesregierung enthielt. Der erste Teil hingegen, der die negativen Folgen thematisierte, wurde demgegenüber allem Anschein nach als unantastbare Domäne

---

9 Von Weizsäcker 1977, S. 95.

10 Vgl. Gonsior 1996, S. 196.

11 Vgl. Dürr 1991, S. 13 u. S. 24-29; Katzir-Katchalsky 1974, S. 33; Maier-Leibnitz: Die Verantwortungen 1983, S. 11; Rosenbrock, Gerd: Zum Gesellschaftsbild von Naturwissenschaftlern, in: Doehleemann, Martin (Hg.): Wem gehört die Universität? Untersuchungen zum Zusammenhang von Wissenschaft und Herrschaft anlässlich des 500jährigen Bestehens der Universität Tübingen, Lahn-Gießen 1977, S. 166-176, hier S. 167.

12 Vgl. Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

13 Zitiert nach Maier-Leibnitz, Heinz: Die Wirkung bedeutender Forscher und Lehrer – Erlebtes aus fünfzig Jahren, in: Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Vorträge N 318, Opladen 1983, S. 9-18, hier S. 17.

wissenschaftlicher Erkenntnis betrachtet. Heisenberg z.B. vertrat mit großer Entschlossenheit die Ansicht, dass man in der Wissenschaft einen Bereich betrete, in dem Dinge grundsätzlich entweder wahr oder falsch seien.<sup>14</sup> Was die Aussagen über die Schädlichkeit von Atomwaffen anbelangte, so glaubte man eine völlig objektive, unanfechtbare und auch – vor allem parteipolitisch – neutrale Basis für die sich anschließende Forderung bereitet zu haben. Denn deren Richtigkeit zu akzeptieren, bedeutete, dass eine Befürwortung von Atomwaffen schlichtweg irrational, unlogisch, ja verrückt wäre. Und mit genau diesen Attributen galt es unerschwellig die Regierungspolitik als fahrlässig und verantwortungslos zu brandmarken und eine korrigierte Entscheidung als einzig vernünftigen Ausweg darzustellen. Zumal, die Kernphysiker bezogen ihre Teilnahmebereitschaft an der Manifest-Aktion vorgeblich aus einem verantwortungsschweren Empfinden, als Träger von großem Sachverstand und genauester Kenntnis über die Wirkungsweise von Kernwaffenexplosionen einer ethischen Pflicht zur Aufklärung nachkommen zu müssen. Dieser Grund eignete sich jedenfalls, um als nachvollziehbare Legitimation des persönlichen Handelns öffentlich vorgebracht zu werden.

Insbesondere Otto Hahn stand für die Haltung, die Bevölkerung aus einer ihr unterstellten Atomnaivität herausreißen zu wollen. Zum einen, um ihr die realen Gefahren möglichst drastisch vor Augen zu führen, so wie er es bereits wiederholt in der Vergangenheit – etwa mit einem Radiovortrag über die schädlichen Wirkungen von Cobalt 60 oder der Mainauer Kundgebung – getan hatte.<sup>15</sup> Hahn wollte, gestützt auf die Sicherheit wissenschaftlicher Insiderkenntnis, darüber informieren, dass selbst ausschließlich in einer militärischen Situation gebrauchte Atomwaffen auch die Zivilbevölkerung schädigen können, dass man sich nicht ausreichend gegen die Strahlungswirkung schützen kann und vor allem dass es keinen wirklich bedeutenden Unterschied zwischen taktischen und strategischen Bombenvarianten gibt, wie es Adenauers Worte vermuten ließen.<sup>16</sup> Es war die neue Qualität von Zerstörung und Schädigung, die apokalyptische Vorstellung allumfassender Vernichtung und ungewiss langer Verderbnis, welche den Kriegsveteranen Hahn vor diesen Waffen erschauern ließ. Hahn hatte im Ersten Weltkrieg Soldaten an Giftgas krepieren sehen und er war Experte für das energetische Potenzial von Atomkernen: Damit verfügte er über die nötige Vor-

---

14 Vgl. hier und folgend Kraus 2001, S. 274 f.; Leithäuser, Joachim G.: Werner Heisenberg, Berlin 1957, S. 90; Salomon 1974, S. 84.

15 Vgl. Hahn, Otto: Cobalt 60. Gefahr oder Segen für die Menschheit?, Göttingen 1955; Kant 2002, S. 24 ff.

16 Vgl. Kraus 2001, S. 235 f. u. S. 274 ff.

stellungskraft. Und die historisch bislang unbekannte Wirkungsform dieser neuen Waffen – die neuartige Tatsache, dass ein Bombeneinsatz nicht nur lokal und zeitlich befristet wirkt, wie man es nur wenige Jahre zuvor tagtäglich in Deutschland durch die ununterbrochenen alliierten Luftangriffe erlebt hatte, sondern auch in fernen Gebieten ungewiss langanhaltende Schäden verursacht – wollte Hahn der Bevölkerung nachhaltig ins Bewusstsein rufen. Als Entdecker desjenigen kernphysikalischen Phänomens, welches die weitere Kernenergieforschung – Bombe und Reaktor gleichermaßen – erst ermöglicht hatte, konnte er mehr als jeder andere seiner Kollegen eine persönliche Verantwortung empfinden bzw. dies glaubwürdig beanspruchen.

Zum anderen plagte Hahn – wiederum als prometheischer Entdecker der Kernspaltung – eine große Sehnsucht nach Humanität in der Anwendung kernphysikalischer Kräfte. Denn bis 1957 waren nukleare Kräfte vorwiegend für militärische Zwecke eingesetzt worden. Die während des Kriegs erfolgreich erfolgte Konstruktion eines Atomreaktors war auf Seiten der Alliierten lediglich als eine Etappe im vermeintlichen Wettlauf um die Atombombe angesehen worden und spielte zunächst eine untergeordnete Rolle. Erstens wollte der Nobelpreisträger Hahn nicht mit dem Gedenken an den bedauernswerten Tod Hunderttausender Eingang in das historische Menschheitsgedächtnis finden. Man sollte sich seiner nicht als desjenigen Wissenschaftlers erinnern, dessen Arbeit Schrecken über die Welt gebracht hatte, sondern als eines Forschers, der den Weg zu unvergänglicher Energieversorgung und zur Heilung einstmals tödlicher Krankheiten gewiesen hatte.

Zweitens wollte er als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft – die in ihren Instituten theoretische wie auch experimentelle Nuklearwissenschaft betrieb und diesem Forschungssektor große Bedeutung für zukünftigen Prestigegewinn westdeutscher Wissenschaftler beimaß –, die Schattenseiten kernenergetischer Technologien offensiv ansprechen und die durch ihre Verstrickung in die Militärforschung des Zweiten Weltkriegs ohnehin rehabilitationsbedürftige Organisation vor dem Stigma einer hauptsächlich Verderben bringenden Wissenschaftsarbeit bewahren.

In diesem Zusammenhang kann auch das Motiv Walther Gerlachs gestellt werden. Der Mit-Manifestant Hahns sah sich gleichfalls in der Verantwortung, Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit leisten zu müssen. Wollte man weiter in einer Wissenschaft forschen, in der „Heil und Unheil, Fortsetzung eines gesteig-

gerten Lebens oder Beendigung der Lebensmöglichkeiten“<sup>17</sup> ganz nahe beieinanderliegen, so galt es seiner Meinung nach, tiefe Einsicht in dieses Dilemma – die Gleichzeitigkeit ultimativer Gefahr einer Selbstvernichtung und der Chance zur Hebung der Lebensqualität der Menschheit – zu vermitteln. Denn, so fragte Gerlach, sollte etwa allein der Gedanke an die Eventualität des Missbrauchs „abschrecken, für die Zukunft der Menschen zu arbeiten – auch geistige Kinder zu gebären, um das Leben zu erhalten“<sup>18</sup>? Gerlachs Vorträge und Schriften der 1950er Jahre lassen bei diesem Mann, der einst im Zweiten Weltkrieg in Hermann Görings Auftrag Militärforschung organisierte, einen geradezu missionarischen Eifer erkennen. Gerlach war der Auffassung, die Risiken der Atomkernenergie durch die Aufklärung über die jederzeitige Gefahr der von ihr ausgehenden Zerstörungskraft eindämmen zu können. Um der Forschung nicht ihrer negativen Aspekte wegen abschwören zu müssen, versuchte er, durch eindringliche Hinweise auf die dunklen Seiten der Atomtechnologie ein Bewusstsein für deren Irrationalität zu erzeugen. In Gerlachs Worten: „Der Forscher [...] muss dafür arbeiten, dass das Unmenschliche sich selbst aufgibt.“<sup>19</sup>

Aus dem Besitz von Expertenwissen einerseits und dem Drang zu weiterer Forschung andererseits leiteten folglich Gerlach und einige andere der Achtehn eine moralische Verpflichtung ab, die Risiken von Atomwaffen in der Öffentlichkeit aufklärerisch darzulegen. Sie fühlten eine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, als meisterhafte Kenner der komplizierten atomphysikalischen Materie unbedarfte Laien über die besonderen Risiken aufklären, schlichtweg die „Wahrheit“ sagen zu müssen.<sup>20</sup> Damit trugen die Manifestanten dazu bei, die von der US-Regierung übernommene Sprachregelung der Bundesregierung in Sachen Atomwaffen als eine gezielte Täuschungsmaßnahme zu enthüllen. In der Tat verbesserten sie damit den Kenntnisstand der wahlberechtigten, politisch mündigen Bürger. Denn die Semantik, die Kanzleramt und Verteidigungsministerium gegenüber der Öffentlichkeit gebrauchten, „wählte einschränkende Bedingungen für die Realität der Atombomben, als sie terminolo-

---

17 Gerlach, Walther: Der Mensch im Atomzeitalter (Vortrag vom 12.03.1956), abgedruckt in: ders.: Humanität und naturwissenschaftliche Forschung, Braunschweig 1962, S. 148-166, hier S. 160.

18 Ders. 1955, S. 19.

19 Ebd., S. 166.

20 Vgl. Fleischmann 1996, S. 48 f.; Wild, Wolfgang: Fehler sind gut, solange es jedes Mal andere sind ..., in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 104 ff., hier S. 105 f.

gisch vom Charakter der alles bedrohenden Vernichtung entkleidet wurden“<sup>21</sup>. Indem man von Kanonen, Artillerie, verstärkter Feuerkraft sowie taktischen und strategischen Bomben redete, versuchte man den Atomwaffen die unheimliche Aura des Apokalyptischen zu nehmen. Diese aus den USA stammende Methode wurde von der Bundesregierung adaptiert, um einer eventuell bevorstehenden Umrüstung der Bundeswehr auf atomare Waffensysteme den Anschein von Normalität, ja notwendiger Modernität zu verleihen.<sup>22</sup> Nicht zuletzt dies – eine für Sachverständige offensichtliche Regierungskampagne der Verharmlosung, auch der Manipulation, zu konterkarieren, indem man dezidiert Aufklärung leistete – war ein zentrales Anliegen, in jedem Fall ein politisches Verdienst der Göttinger Erklärung.

Bei einigen der Manifestanten war dies vermutlich nicht wie etwa bei Heisenberg bloß das Mittel zum Zweck,<sup>23</sup> sondern durchaus das eigentliche Ziel. Rudolf Fleischmann gehörte wohl zu jenen Achtzehn, die versuchten, einer sich selbst auferlegten Pflicht zur Aufklärung über wissenschaftlich festgestellte Tatsachen einerseits über Vorträge, andererseits aber auch über den unkonventionellen Weg eines politischen Manifests nachzukommen. Hinsichtlich seiner Beteiligung an der Göttinger Erklärung gab Fleischmann jedenfalls an, dass er sich vor seinem Gewissen verpflichtet gefühlt habe, „darauf aufmerksam zu machen, welche harten naturwissenschaftlichen Tatsachen bestehen, und was aus ihnen folgt“<sup>24</sup>. Diese „harten Tatsachen“ waren es, die verhindern sollten, dass aus „unzureichender Kenntnis [...] falsche Folgerungen gezogen werden und schließlich schwere Schäden entstehen“. Konkret wollte er über die wahren Gefahren der Atomsprengkörper aufklären und die „taktischen“ Kernwaffen als ebenso gefährlich wie die „strategischen“ entlarven.<sup>25</sup> Auch Walther Gerlach schlug in diese Kerbe, als er seine Physikerkollegen ermahnte, als Träger tieferen Wissens Aufklärung zu betreiben, da Wissen schließlich verpflichte.<sup>26</sup> Fleischmann wollte die Politik der gängigen Ausredeoption, man habe eben

---

21 Bald 1994, S. 26.

22 Vgl. ebd., S. 25-29.

23 Siehe hierfür Kap. 3.5 dieser Arbeit.

24 Dieses und folgendes Zitat aus Fleischmann, Rudolf: Kernphysik und Atombombe, in: ders. et al. (Hg.): Kann der atomare Verteidigungskrieg ein gerechter Krieg sein?, München 1960, S. 9-39, hier S. 12.

25 Vgl. o.V.: Prof. Fleischmann: Politische Aufregung abklingen lassen, in: dpa, 15.04.1957.

26 Vgl. Gerlachs Vortrag auf dem Physikertag vom 03.09.1956, in: Heinrich/Bachmann 1989, S. 16.

nichts von den Gefahren gewusst, berauben. Er erhob es zu einer „Gewissenspflicht derjenigen, die über die unverrückbaren Tatsachen hinreichend informiert sind, darauf aufmerksam zu machen, und das Material bereitzustellen für die Schlussfolgerungen“<sup>27</sup>. Desgleichen Heinz Maier-Leibnitz, der es für notwendig hielt, dem – gemeinhin in solchen Fragen noch weniger als Politiker informierten – Bürger zu einer einfachen Grundlage für dessen politische Meinungsbildung zu verhelfen.<sup>28</sup> Er sah den Wissenschaftler dazu angehalten, Bürgern in Fachfragen auf verständliche Weise Wissen zu vermitteln, damit diese politische Entscheidungsvorschläge besser beurteilen konnten. Später einmal goss Maier-Leibnitz diese Forderung in eine Formel, nach welcher der Forscher verpflichtet sei, „sein Urteil, seine Initiativen, seinen Rat beizutragen“<sup>29</sup>. Mit derlei selbstverpflichtenden Aussagen, die öffentlich eine moralische Zuständigkeit reklamierten und zugleich rechtfertigten, stärkten die Manifestanten natürlich auch die Legitimation für ihre politische Aktivität, für ihr Manifest.

Der Nuklearforscher Fleischmann beschwor nicht nur einen ernstzunehmenden Gewissensimperativ herauf, er sprach darüber hinaus einen interessanten Aspekt an: Politiker mussten nicht erst mühselig Informationsmaterial zu komplizierten Fachfragen zusammentragen, wenn sie stattdessen gezielt die bestehende Expertise von auskunftsfreudigen Wissenschaftlern in Anspruch nehmen konnten. Danach erleichterten die Forscher die politische Arbeit, unterstützten die Mandats- und Amtsträger in deren Pflichterfüllung. Doch taten sie dies in den Augen so manches Manifestanten nicht in dem erwarteten und vermeintlich gebotenen Ausmaß. Dies war Fleischmanns offizieller Beweggrund für seine Beteiligung am politischen Manifest der Göttinger Erklärung – ein persönlich empfundenes Kommunikationsdefizit zwischen den Teileliten aus Wissenschaft und Politik. Denn seiner Auffassung nach dürfe es „nicht vorkommen, dass Politiker aus Unkenntnis dieser Dinge Folgerungen ziehen, die sie bei hinreichender Kenntnis niemals gezogen hätten“<sup>30</sup>. Auf solche „Dinge“ machte die Göttinger Erklärung mit ihrer Erläuterung der Gefahren von Atomwaffen bekanntlich an zentraler Stelle aufmerksam. Scheinbar existierte für einen solchen Austausch zwischen wissenschaftlichem Fachmann und politischem Entscheider, zumindest in Fragen von wirklicher Brisanz und Folgeschwere, kein geeigneter und tatsächlich frequentierter Kommunikationskanal. Weil ein solcher Ort des Aus-

---

27 Fleischmann 1960, S. 13.

28 Vgl. dazu Maier-Leibnitz, Heinz: Moralisch-soziale Dilemmata der Kernforschung, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 200-219, hier S. 215.

29 Vgl. Maier-Leibnitz: Die Verantwortungen 1983, S. 11.

30 Fleischmann 1960, S. 19 f.

tauschs zwischen Politik und Fachwelt zu fehlen schien, riefen Forscher wie Fleischmann die von ihnen angebotene Aufklärungsfunktion kurzerhand selbst ab – via politische Manifestation.

In wissenschaftsgeschichtlicher Hinsicht ist dies ein interessanter Aspekt, denn es handelte sich keinesfalls um ein Novum. Bereits in früheren Zeiten verfolgten Naturwissenschaftler die Absicht, die Bevölkerung über Zusammenhänge der Natur – der physikalischen, chemischen und biologischen Wirklichkeit – aufzuklären. Dieses aufklärerische Interesse wurde allerdings von einer Phase abgelöst, in der sich naturwissenschaftliche Forscher mehrheitlich davon distanzieren und sich stattdessen auf einen Standpunkt reiner Objektivität stellten, Wissenschaft und Ethik also durch die eindeutige Unterscheidung von Forschung und Anwendung klar voneinander trennten und sich in die Neutralität zurückzogen.<sup>31</sup> Mit dem pauschalen Argument, Politik sei mit wissenschaftlicher Methodik nicht zu behandeln, wurde ein Grund gefunden, sich nicht mit Moral und Politik herumplagen zu müssen. Aus dieser Perspektive markiert die Göttinger Erklärung eine bemerkenswerte Renaissance der absichtlichen Zusammenführung von wissenschaftlicher Expertise und verantwortungsvoller Aufklärung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund politischen Geschehens. In einem hochentwickelten Technologiezeitalter, in dem die Zeitspanne zwischen theoretischer Entdeckung und praktischer Anwendung zunehmend geringer ausfiel, war diese Abkehr von einem klassisch gewordenen Wissenschaftsverständnis der politischen Nichteinmischung auch fraglos notwendig geworden.<sup>32</sup> Der „Kampf gegen Autorität – religiöse, wirtschaftliche oder politische –“ sei von jeher ebenso „ein Teil der Geschichte der Naturwissenschaften wie ihre Theorien und Entdeckungen“ gewesen.<sup>33</sup> Dies verleiht der Manifestation der Atomphysiker einen besonderen Charakterzug, erhebt sie sogar zu einer ganz und gar originären, im eigentlichen Sinne klassischen, naturwissenschaftlichen Handlung.

Allein unter dem Gesichtspunkt der naturwissenschaftlichen Verantwortung betrachtet, kamen die Göttinger Manifestanten dem von Moraltheoretikern idealisierten Wissenschaftlerbild somit ziemlich nahe. Denn Wissenschaftler sollten – idealerweise – die Gesellschaft über ihre Forschungen und deren *mögliche* Konsequenzen informieren, die aus ihr in der Zukunft erwachsen könnten. Die Folgen aus technologischer Anwendung von wissenschaftlicher Erkenntnis gelte es nicht indifferent abzuwälzen, sondern verantwortungsbewusst zu bedenken.<sup>34</sup>

---

31 Vgl. dazu Rosenbrock 1977, S. 173.

32 Vgl. hierfür ebd.; Salomon 1974, S. 87.

33 Salomon 1974, S. 84.

34 Vgl. hier und folgend Rosenbrock 1977, S. 173 f.; Salomon 1974, S. 92.



Da Wissen im Gegensatz zu früheren Epochen im Atomzeitalter nicht mehr unabhängig von einer späteren Anwendung gedacht werden könne – die „Zeit des ‚laissez faire‘ im Verhältnis zwischen Forschung und Politik“<sup>35</sup> schlechterdings zu Ende gehe –, müsse sich der Naturforscher nunmehr einer neuen Berufsethik besinnen und sich neben der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung auch der politischen und technischen Folgenabschätzung widmen. Die Maxime: „Es gibt keine Wissenschaft ohne Gewissen“, appellierte an ein neues Aufgabenprofil des modernen Naturforschers: Dieser müsse „informieren, lehren, warnen“ und „all das aufdecken und bekämpfen, was er für einen Missbrauch von Forschung hält“.<sup>36</sup> Verantwortliches Handeln verlange folglich von einem Wissenschaftler, dass er die Grenzen seines Spezialwissens überschreiten, sich um die „Einbettung seines Fachgebiets in ein umfassenderes Wissen nach besten Kräften bemühen“ und seine Arbeit von einer allgemeineren Warte aus betrachten soll.<sup>37</sup> Diesen emphatischen Forderungen wohnte die Logik inne, dass außerwissenschaftliche Folgen eben auch außerwissenschaftliches Engagement erfordern. Und nicht zuletzt gewinne die Wissenschaft ihre staatlich vermittelte Förderung durch die Öffentlichkeit doch aus der Leistung, mit ihren Forschungsergebnissen oftmals auch Schicksalsfragen zu entscheiden; folglich dürfe sie sich in der Diskussion dieser Fragen nicht zur Abstinenz berechtigt fühlen.<sup>38</sup> Wenn man so will, wurde mit der Göttinger Erklärung die „Eliminierung des Subjekts aus der wissenschaftlichen Erkenntnis“ rückgängig gemacht, die einst unterbrochene „Kontinuität zwischen wissenschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichem Handeln“ wieder aufgenommen.<sup>39</sup> Arne Schirmacher sieht daher auch zu Recht in der Göttinger Erklärung einen „konkreten Ausgangspunkt“<sup>40</sup> für den Wandel der Beziehung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Man kann es also auch folgendermaßen deuten: Die Atomphysiker sahen sich in den 1950er Jahren geradezu gezwungen, öffentlich verantwortlich – nötigenfalls in Gestalt politischen Protests – zu handeln.

Doch zurück zu den Göttinger Achtzehn: Bei Rudolf Fleischmann erklingt die Gewissensfolge als eine eher selbstverständliche Pflichterfüllung innerhalb persönlicher Moralitäten. Allerdings handelte es sich dabei so kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im gerade erst hereingebrochenen Zeitalter der Atombombe,

---

35 Salomon 1974, S. 90.

36 Ebd., S. 92.

37 Dazu Dürr 1991, S. 28 f.

38 Vgl. ebd., S. 90.

39 Zitiert wird Rosenbrock 1977, S. 168 f.

40 Schirmacher 2008, S. 95.

mitnichten um eine selbstverständliche Haltung. Mit Blick auf Max Born erfährt man, dass einige Wissenschaftler das Zustandekommen der US-amerikanischen Atombombenabwürfe über Japan als ein moralisches Versagen besonders der beteiligten Forscher – aber auf deren ihrer Lehrer und Mentoren – werteten.<sup>41</sup> Mit der bundesdeutschen Atombewaffnung drohte ein neuerlicher Sündenfall, den es diesmal allerdings zu vereiteln galt. Denn Born hatte es wohl am schlimmsten erwischt: Es waren ausgerechnet seine ehemaligen Mitarbeiter und Schüler der Göttinger Zeit – J. Robert Oppenheimer, Edward Teller und Enrico Fermi –, die mit ihrem wissenschaftlichen Können ganz außerordentlich zur erfolgreichen Entwicklung der Atom- und später Wasserstoffbombe beigetragen hatten. Ähnlich dem Entdecker der Atomkernspaltung Hahn, belastete Born diese Tatsache immens. Er litt daran, seinen Zöglingen neben den wissenschaftlichen Fertigkeiten nicht auch ein moralisches Gerüst mit auf den Weg gegeben zu haben, beklagte im selbstkritischen Rückblick ein Versagen seinerseits. Und überdies war er zu der Erkenntnis gelangt, dass der Mensch nicht vom „Großhirn“, dem Ort der Vernunft, sondern aus dem „Rückenmark“, dem Sitz der Triebe und Leidenschaften, gelenkt werde.<sup>42</sup> Born hielt den Menschen für den Umgang mit der Atombombe nicht für reif genug; die damit verbundene Verantwortung überstieg seiner Meinung nach schlichtweg die Leistungsfähigkeit des menschlichen Verantwortungsbewusstseins und die Bereitschaft zum asketischen Machtverzicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte er jedenfalls nicht mehr an einen Sieg der menschlichen Vernunft, wie er es noch nach dem Ersten Weltkrieg gemeinsam mit seinem engen Freund Albert Einstein optimistisch gehalten hatte.

In der Zeit nach 1945 kam Born deswegen zu dem Schluss, dass in der Wissenschaft schnellstmöglich auch der Umgang mit Verantwortung Einzug halten müsste. In einer solch folgenreichen Wissenschaft wie der Atomforschung hätten Lehrer ihre Schüler gefälligst auf moralische Belange ihres Tuns aufmerksam zu machen und eindringlich ein Verantwortungsbewusstsein zu schüren, den Umgang mit den Ergebnissen ihrer Arbeit beharrlich wachsam im Blick zu behalten.<sup>43</sup> So lautete Borns Lehre aus den vergangenen Jahrzehnten, in denen er die einschneidenden Erfahrungen zweier Weltkriege und der Entwicklung der Atombombe gemacht hatte. Darauf gründete sein pazifistisches Engagement im letzten Drittel seines Lebens, das unterschiedliche Aktivitäten kannte. So forder-

---

41 Vgl. Born, Max: „Ich trete ein für Aufklärung“, in: Der Spiegel, 24.04.1957.

42 Vgl. Einstein, Albert/Born, Hedwig/Born, Max: Briefwechsel. 1916-1955, München 1969, S. 206.

43 Vgl. Born/Born 1969, S. 187.

te er 1955 ein Gremium „zur Klärung der moralischen und sozialen Fragen, die dem Physiker als Mensch und Staatsbürger durch die Folgen seiner eigenen Forschung aufgedrängt worden sind“<sup>44</sup>. Für den Pazifisten und Moraldenker Born war die Beteiligung an der Göttinger Erklärung nur folgerichtig. Er sah sie erstens als eine mögliche Variante des Umgangs mit dem Problem der Verantwortung im Allgemeinen; zweitens als Maßnahme, um eine in seinen Augen moralisch fragwürdige politische Handlung zu verhindern; und drittens als Gelegenheit, um stellvertretend für alle Nuklearwissenschaftler Deutschlands die Bedenken dieses Fachbereichs gegenüber Plänen der Regierung öffentlich zu äußern und somit der selbstempfundenen Verpflichtung zur Verantwortungswahrnehmung angemessen und vorbildlich nachzukommen. In Ermangelung einer solch institutionalisierten Wahrnehmung von Verantwortung, wie sie etwa das von Born geforderte Gremium bezweckt hatte, fungierte die Göttinger Erklärung als ein surrogathaftes Exempel einer Forscherelite, die mutig in der Erfüllung neu erwachsener Pflichten debütierte. Für dieses innerhalb der Manifestantenschaft wirksame Motiv steht jedenfalls der Typus Born.

Wiederum andere, namentlich Werner Heisenberg, sorgten sich infolge der abschreckenden Atomwaffenverwendung um das öffentliche Ansehen der Naturwissenschaften. Die augenfällige „Berührung mit dem Bösen“ barg die Gefahr eines nachhaltigen Ansehens- und in dessen Folge Unterstützungsverlusts naturwissenschaftlichen Forschens in der Bevölkerung in sich. Die Bürger durften aus Sicht der Wissenschaftler aber auf keinen Fall von der Kernenergie abfallen. Für die Kernphysiker waren sie besonders in ihrer Rolle als Wähler und Steuerzahler wichtig, in der sie die Kerntechnologie befürworten mussten, wollte man den Staat als zukünftigen Hauptabnehmer und damit auch -interessenten von atomaren Anlagen gewinnen. Um dies zu erreichen, einem breiten Misstrauen der Bevölkerung entgegenzuwirken, so dachte allem Anschein nach Heisenberg, mussten sich Naturwissenschaftler – ganz besonders aber Atomphysiker – in bestimmter Weise bemühen: nach außen für möglichst viele Menschen sichtbar Verantwortung zu tragen und sich vehement gegen eine destruktive Nutzung ihrer Forschungsergebnisse einzusetzen.<sup>45</sup> Dafür ersann Heisenberg den Forschungsrat<sup>46</sup>, mit dem er hoffte, die Politik kontrollieren zu können. Damit stand er nicht allein: Auch sein Mit-Manifestant Heinz Maier-Leibnitz vertrat während

---

44 Stamm, Thomas: Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965, Köln 1981, S. 153.

45 Vgl. Heisenberg, Werner: Die Sorge um die Naturwissenschaft, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 16.01.1948.

46 Zum Forschungsrat vgl. Kap. 3.5 dieser Arbeit.

seiner gesamten Wissenschaftlerkarriere die Auffassung, dass Forscher tunlichst das Vertrauen der Öffentlichkeit benötigten bzw. unter keinen Umständen Missvertrauen ernten dürften.<sup>47</sup> Berücksichtigt man diese Sichtweise, so muss man die Göttinger Erklärung auch als eine vertrauensbildende Maßnahme ansehen, welche die Verbundenheit zwischen Wissenschaftler und „gemeinem“ Bürger stärken sollte.<sup>48</sup> Die Menschen, so wollten es zumindest Heisenberg und Maier-Leibnitz, sollten den Kernphysikern ihr Vertrauen schenken, sich auf deren Verantwortungsgefühl verlassen. Weil die meisten Bürger seinerzeit in kernphysikalischen Fragen wohl überwiegend unbewandert waren, keinen Einblick in das Treiben der Forscher in deren Laboratorien besaßen, fiel dem Manifest die Aufgabe zu, gegenüber der ansonsten kaum überprüfbaren, ja transparenzlosen und rätselhaften Arbeit der Wissenschaftler Zuversicht zu stiften, Vertrauen zu gewinnen. Machten Wissenschaftler glaubhaft, den Umgang mit den Resultaten ihrer Forschungen unentwegt zu überwachen, so die Überlegung, könnte dies das Vertrauen in die Kernenergieentwicklung steigern.

Damit aber durchbrachen die Göttinger Achtzehn eine bis dahin im Wissenschaftsbereich vorherrschende Mentalität des bloßen Forschens und der politischen Zurückhaltung.<sup>49</sup> Wissenschaftler verschrieben sich bis dato in erster Linie dem „reinen“ Forschen auf Basis von Neugierde und des Drangs immer weitergehender Wissenserlangung. Die Konsequenzen, die aus ihren Forschungsergebnissen folgten, waren dagegen eher nachrangig. Die mit der Drastik der Atom bombe in ein neues Stadium getretene Nuklearwissenschaft ließ eine solche Haltung des passiven Forschens freilich nicht mehr zu. Schon allein, weil die Gesellschaft den Forschern unausgesprochen eine gewisse Verantwortung für ihr Tun zuzuschreiben schien. Man kommt nicht umhin, festzustellen, dass „Naturwissenschaftler für eine lange Zeit ihre Wirklichkeit zu selektiv wahrgenommen haben“.<sup>50</sup> Nun galt es, über den Tellerrand des eigenen Forschungsbereichs hinauszublicken und das Verhalten der Politik genauestens zu beobachten. Diese seinerzeit avantgardistische Haltung personifizierte Carl Friedrich v. Weizsä-

---

47 Vgl. Maier-Leibnitz: Die Verantwortungen 1983, S. 13 f.; Merkle, Hans L.: Wissenschaftler brauchen Vertrauen, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 164 f., hier S. 147.

48 Dieser Aspekt des Motivs „Verantwortung“ weist freilich schon sehr stark weniger altruistische denn egoistische Züge auf, die in den folgenden Abschnitten noch näher ausgeführt werden.

49 Vgl. zu diesem Abs. Dürr 1991, S. 11 ff.; Köcher, Renate: Botschafter zwischen fremden Welten, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 164 ff., hier S. 165 f.; Salomon 1974, S. 86 f.

50 Rosenbrock 1977, S. 174.

cker. Er hielt es nach eigener Aussage „für politisch richtig, Wissenschaftler zu bleiben, um zumal meinen Kollegen durch die Tat zu demonstrieren, dass man *als* [Herv. i. O.] Wissenschaftler politisch verantwortlich wirken kann“<sup>51</sup>. In dem Gesellschaftstypus „Wissenschaftler“ sah v. Weizsäcker einen der „wichtigsten geistigen Träger dieser Verantwortung“<sup>52</sup>. Er meinte damit, dass Forscher der Verwertung ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse durch politische Machthaber eine gesunde Skepsis entgegenbringen sollten. Allerdings nicht ohne einen eigenen Nutzen davon zu haben: Mit dieser selbstkonstruierten Pflicht schuf sich v. Weizsäcker zugleich die moralische Legitimationsgrundlage für sein berufliches Wirkungsfeld als Atomphilosoph.<sup>53</sup>

Die Ereignisse der jüngsten Geschichte verliehen dem Verantwortungstrend jener Zeit eine gewisse Plausibilität. Die Atombombe und das ihr zugrundeliegende „Manhattan“-Projekt, das Milliarden von Dollar teure US-amerikanische Programm zum Bau der ersten Nuklearwaffe in den Jahren 1942 bis 1945, hatten eindrucksvoll bewiesen, dass sich Forschung und Anwendung nicht so einfach trennen ließen, vielmehr eng miteinander verflochten waren.<sup>54</sup> Für die Atomforscher ergab sich daraus die Notwendigkeit, auf diese Untrennbarkeit zu reagieren. Indem man frühzeitig öffentlich sichtbare Verantwortung wahrnahm, hoffte man, sich einer späteren Konfrontation mit den Konsequenzen der technischen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse entziehen sowie vor einer darauf folgenden Diskreditierung feien zu können. An dieser Stelle lassen sich somit selbst in dem Aspekt des moralischen Verantwortungsempfindens, welches bislang als *das* bestimmende Moment der Initiative zur Göttinger Erklärung ausgemacht worden ist, durchaus selbstdienliche Strömungen erkennen.

Natürlich: Eigennutz und Allgemeinwohl schließen sich nicht gegenseitig aus. Doch ließ sich Verantwortung eben auch ohne den Antrieb höherer Moral übernehmen, lässt sie sich als Medium interpretieren, mit dem man einer gesellschaftlichen Erwartung gerecht zu werden suchte. Man erbrachte eine Schuld, genügte einer Norm oder erfüllte eine Pflicht. Von dem öffentlichen Ansehen der Forschenden sollte drohender Schaden abgewendet werden, indem man ein normatives Gebot befolgte und sich dadurch im Hinblick auf die Zukunft nicht mehr des Verschweigens von Gefahren schuldig machen konnte. Um es mit aller Klarheit festzustellen: So wenig man den achtzehn Manifestanten einwandfrei

---

51 Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wahrnehmung der Neuzeit, München/Wien 1983, S. 342.

52 Ders. 1984, S. 22.

53 Vgl. hierzu Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

54 Vgl. Rosenbrock 1977, S. 170 ff.; Salomon 1974, S. 89.

den selbstlosen Dienst am gesellschaftlichen Gemeinwohl nachweisen kann, so stark lassen sich eigennützige Beweggründe unterstellen. Beides sind zulässige Interpretationen, die sich aus der Kontingenz menschlichen Gemüts ergeben. Jedenfalls: Dem zweifellos hehren Leitgedanken von verantwortungsbewusst handelnden Forschern, der sich bislang für die Nachwelt mit der Göttinger Erklärung überwiegend verbunden hat, wohnt zumindest eine gewisse Ambivalenz inne.

## **3.2 PUBLIC RELATIONS: DAS MANIFEST ALS KERNPHYSIKALISCHE PR-MASSNAHME**

### **3.2.1 Die Angst vor der Bombe**

„Public-Relations“: Dieser bisweilen hochtrabende Begriff hört sich zuallererst nach professionellem Marketing eines industriellen Konzerns an, der hierfür betriebsintern eine eigene Abteilung unterhält; und seine häufige Verwendung lässt vermuten, unerlässlicher Bestandteil eines jeden halbwegs ausführlichen Ausbildungsgangs für Werbeexperten zu sein. „PR“-Arbeit bezweckt zumeist, die öffentliche Wahrnehmung des eigenen Verhaltens zu beeinflussen und Produkte auf dem Markt durchzusetzen – kurz: Es geht um das Management seines öffentlich registrierten Erscheinungsbilds. Doch was, um Himmels Willen, soll dieser Begriff mit achtzehn Wissenschaftlern zu tun haben? An dieser Stelle soll ein Gedanke aufgegriffen, untermauert und weiter verfolgt werden, den vor einiger Zeit Hans-Peter Schwarz in seiner Adenauer-Biografie en passant erwähnte, der aber sporadisch auch bei weiteren Autoren anklingt.<sup>55</sup>

Laut Schwarz seien die Göttinger Achtzehn keine „apolitischen Wissenschaftler“ gewesen, sondern wollten „möglichst rasch und möglichst komplikationslos Anschluss an die Grundlagenforschung, auch an die industrielle Forschung des Auslands finden“. Für dieses Ziel hätte unter den damaligen Voraussetzungen allein ein konsequenter, öffentlich beglaubigter Verzicht auf militärische Forschungs- und Anwendungsabsichten Gewähr geboten. Und Joachim Radkau zufolge liege in dem „Wunsch nach Absicherung der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung gegen den Argwohn der innerdeutschen, mehr noch der internationalen Öffentlichkeit“ ein „wesentliches Motiv“ der Manifestan-

---

55 Diese Passage findet sich in: Schwarz 1991, S. 334.

ten.<sup>56</sup> Viel Einfluss haben diese Feststellungen auf den Rezeptionsverlauf der Göttinger Erklärung jedoch nicht ausgeübt. Denn in z.T. noch viel jüngeren Schriften als jenen Schwarz' und Radkaus heißt es bspw. unbeirrt, die Göttinger Achtzehn hätten sich ausschließlich „aus Gründen politischer Vernunft und moralischer Verpflichtung mit ganzer Kraft zur Wehr“<sup>57</sup> gesetzt. Und wie bereits erwähnt, findet sich diese Auffassung auch auf der Homepage der Göttinger Georg-August-Universität, die sich mit dem politischen Manifest der Atomwissenschaftler erstaunlich arglos identifiziert.<sup>58</sup> Einen Konsens scheint es in dieser Angelegenheit also nicht zu geben. Was Schwarz und Radkau in vergleichsweise wenigen Zeilen und im Rahmen ihrer Schriften eher nebensächlich erwähnten, scheint für das Verständnis von der Göttinger Erklärung und den mentalen Strukturen ihrer Träger, den Göttinger Achtzehn, allerdings entscheidend, ja: zentral, fundamental, elementar zu sein.

Es ist zunächst anzunehmen, dass Atomwaffen in der deutschen Bevölkerung nach den Ereignissen von Hiroshima und Nagasaki sowie fortwährenden Nuklearwaffentests in den USA und der Sowjetunion schon sehr früh diskreditiert waren, ihnen sogar etwas Dämonisches anhaftete. Dies dachten jedenfalls viele Wissenschaftler, Wissenschaftsmanager und Wissenschaftspolitiker in den einschlägigen Forschungsinstitutionen Westdeutschlands. Der Generalsekretär der DFG, Ernst Telschow, konstatierte 1955, dass sich „bei uns mit dem Gedanken an die Verwendung der Kernenergie auch die Befürchtung wegen Gefährdung oder Herstellung von Atomwaffen“<sup>59</sup> verbinde. In den westdeutschen Wissenschaftsorganisationen glaubte man regelrecht zu spüren, wie unwohl es den bundesdeutschen Bürgern bei dem Gedanken an Atomtechnologie wurde. Denn andere als die zerstörerischen Assoziationen weckte die Kernkraft in Ermangelung ziviler Anwendungsbereiche bislang nicht. Schließlich gab es damals noch keinen Atomstrom, wohl aber Atombomben, die in den 1940er und 1950er Jahren des Öfteren zu militärischen Testzwecken in vermeintlich abgelegenen Landstrichen detonierten und über deren Auswirkungen wilde Spekulationen umgingen. In dieser Annahme eines allgemeinen Unbehagens der Bevölkerung gegenüber

---

56 Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Hamburg 1983, S. 100.

57 Hoffmann 2005, S. 205.

58 Siehe <http://www.uni-goettingen.de/de/30731.html> [eingesehen am 30.10.2008].

59 Telschow, Ernst: Was tut uns Not? 10 Forderungen für die Entwicklung der Atomenergie in der Bundesrepublik, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 197-204, hier S. 203 f.

der Nuklearforschung verbirgt sich ein wesentlicher Ansatzpunkt, um das Handeln der Atomwissenschaftler in den späten 1940er und 1950er Jahren erklären zu können. Vieles spricht dafür, dass sie nach den US-amerikanischen Atombombeneinsätzen über Japan zu dem Glauben gelangten, ihre Forschungstätigkeit werde von ihren Mitbürgern mehrheitlich negativ assoziiert, mithin abgelehnt. Die noch neue Forschungskategorie Atomwissenschaft sei „vielen Menschen undurchschaubar und in ihrer Unverstehbarkeit nachgerade unheimlich geworden“<sup>60</sup> – „not an occupation for gentlemen anymore“<sup>61</sup>.

Die kriegerrische Premiere von Kernkraftnutzung bedeutete jedoch noch kein endgültiges Desaster. Die Nuklearphysiker glaubten, die Einstellung der öffentlichen Meinung und der Bürger noch in ihrem Sinne beeinflussen und korrigieren zu können. Doch zunächst stand es noch ausgesprochen schlecht um ihr Arbeitsgebiet. Otto Haxel bspw. erkannte früh, dass sich die revolutionäre Weiterentwicklung von Nachrichtentechnik und Luftfahrt zwar jeweils militärischen Ambitionen verdankte, deren Resultate aber dennoch in großem Ausmaß dem zivilen Leben der Bürger zugutekamen.<sup>62</sup> Wernher v. Brauns Raketen brachten 1944 und 1945 als fliegende Sprengkörper Unheil über die britische Hauptstadt London, in den darauffolgenden Jahrzehnten führten sie die Menschen aber auch als interstellare Transportmittel ins Weltall und auf den Mond. Ganz anders bei der Kerntechnik: Dort wurde die praktische Anwendung weiterhin von militärischen und machtpolitischen Faktoren beeinflusst und dominiert, die zivile Nutzung sogar gehemmt und in den Schatten gestellt. So sah es jedenfalls Haxel – und mit ihm wohl nicht wenige andere des Achtzehnerkreises.

Heisenberg und seine Kollegen richteten keine PR-Agentur ein, konzentrierten sich auch nicht in jeder Sekunde ihres Arbeitstags darauf, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Doch lässt sich zumindest belegen, dass die deutschen Atomforscher nach 1945 systematisch daran arbeiteten, sich vom Ruch nuklear-militärischer Forschung zu befreien.<sup>63</sup> Der US-amerikanische Abwurf zweier Atombomben hatte schreckliche und Betroffenheit auslösende Bilder hervorgebracht, die um die Welt gegangen waren. Fortan verband sich mit diesen Eindrücken vornehmlich die Wahrnehmung des Begriffs von der Kernenergieforschung aller Länder.<sup>64</sup> Überhaupt genoss angewandte Forschung, die aus Deutschland stammte, infolge des Kriegs – man denke nochmals an die Entwicklung der

---

60 Kliemt 1989, S. 5.

61 Gerlach 1962, S. 159

62 Vgl. Haxel 1953, S. 18.

63 Dieser Gedanke findet sich auch bei: Rese 1999, S. 204-209.

64 Vgl. Radkau 2006, S. 56.



„Vergeltungswaffen“ (V1 und V2) – nicht nur im Spezialbereich der Atomphysik, sondern im Allgemeinen keinen sonderlich guten Ruf.<sup>65</sup> „Es ist ein ganz primitives, aber mit den raffiniertesten Methoden der technischen Perfektion durchgeführtes Streben nach politischer Macht, die Schaffung der Bedingungen zur hemmungslosen Ausnutzung der gewaltigen Energien zur Zerstörung, [...] was wir als erste menschliche Bemühung zur Ausnutzung des neuen Wissens erschüttert erleben“<sup>66</sup>, konstatierte in charakteristischer Weise Walther Gerlach. Und Werner Heisenberg schrieb 1953 sorgenvoll, dass „der Laie bei dem Wort Atom kaum an etwas anderes als an die Atombombe denken“<sup>67</sup> könne. Schließlich hatte es während des Kriegs auch in Deutschland ein geheimes Atomprojekt gegeben. Im legendenumwobenen Uranverein waren die bedeutendsten Forscher versammelt worden. Heisenberg galt für die Zeit des Zweiten Weltkriegs als wissenschaftlicher Kopf der deutschen Nuklearforschung – und hatte sich um diesen Status des *Primus inter pares* auch intensiv bemüht.

Da die Vereinigten Staaten obendrein den Bau der Atombombe mit der Angst vor einem Hitler zur Verfügung stehenden Atomwaffenarsenal gerechtfertigt hatten – den deutschen Atomforschern also zielstrebige Bemühungen in der Atombombenentwicklung unterstellten –, mussten die deutschen Forscher nach dem Krieg davon ausgehen, dass man ihrer Arbeit zukünftig erhebliche Skepsis entgegenbringen würde. Auch wenn in Deutschland kein ansatzweise zu dem US-amerikanischen vergleichbares Atomprojekt existiert hatte, so belastete die westdeutsche Physikergemeinde nach 1945 doch deren offiziell zu Kriegszwecken erfolgte Arbeit zur atomaren Energiegewinnung. Sie trugen eine moralische Hypothek und waren sich bewusst, infolgedessen jederzeit der Forschung zu militärischen Zwecken verdächtigt werden zu können. Infolge der vorrangig militärischen Anwendung nuklearer Kräfte, so Gerlach weiter, müsse mit einer „sich ausbreitende[n] Angst vor den Folgen für eine freie soziale und geistige Entwicklung und vor der in der Hand weniger Menschen liegenden Möglichkeit zur Vernichtung von Völkern und Kulturen, ja der Menschheit“<sup>68</sup> gerechnet werden. Atomforschung im Allgemeinen, die deutsche im Besonderen, war also nach Meinung vieler bundesrepublikanischer Atomwissenschaftler stark beargwöhnt –

---

65 Vgl. Fischer 1994, S. 286 f.; Trischler, Helmuth: Problemfall – Hoffnungsträger – Innovationsmotor. Die politische Wahrnehmung der Vertragsforschung in Deutschland, in: Weingart/Taubert (Hg.) 2006, S. 236-267, hier S. 237.

66 Gerlach 1962, S. 159.

67 Heisenberg, Werner: Friedliche Atomtechnik. Die Anwendung der Atomenergie in Deutschland, in: Deutsche Universitätszeitung, Jg. 8 (1953) H. 6, S. 12.

68 Gerlach 1962, S. 159.

als eine Wissenschaft mit Todesfolge. Und tatsächlich: Demoskopische Umfrageergebnisse bestätigten diese subjektive Befürchtung. 1956 etwa, immerhin mehr als zehn Jahre nach dem Kriegsende, befürworteten nur knapp mehr als fünfzig Prozent eine deutsche Atomforschung, ein Viertel der Befragten sprach sich sogar dagegen aus.<sup>69</sup> Dieser Trend überdauerte die 1950er Jahre, noch 1960 dachten drei Viertel der Bundesbürger bei Atomenergie an Krieg und Gefahr.<sup>70</sup> Auch im Ausland registrierte Heisenberg auf seinen seinerzeit vielen Reisen allorts versteckte Ängste vor einem deutschen Atomwaffenprojekt. Die westdeutschen Wissenschaftler mussten dies als einen fatalen, schnellstmöglich auszuräumenden Missstand auffassen. Fiel doch der Bau von Atomreaktoren, den sie so energisch anstrebten, in dieses kritische Segment der angewandten bzw. experimentellen Forschung, das für die Bundesrepublik nach Meinung Heisenbergs und seiner Kollegen solange ein Tabu bleiben musste, wie die Verdachtsmomente einer militärischen Nutzung nicht zweifelsfrei beseitigt sein würden. Aus Sicht der westdeutschen Kernphysiker musste also um Vertrauen für die moralische Redlichkeit ihrer Arbeit geworben werden.

Beinahe vordringlicher als die schleunige Wiederaufnahme der experimentellen Kernforschung war für die aufstiegsorientierten Nuklearwissenschaftler des westlichen Deutschlands somit das Ziel, ihre Arbeit in der bundesdeutschen Gesellschaft wie auch im skeptischen Ausland moralisch zu akkreditieren, als völlig gefahrlos und unterstützungswert auszuweisen. Denn in einer Demokratie, in der die Regierung, welche über die Finanzierung von Forschung befindet, von der Unterstützung wahlberechtigter Bürger abhängig ist, ist die Volksmeinung bekanntlich von unschätzbarem Belang. Wollten die Atomwissenschaftler also die Regierung für ihren Standpunkt einer massiven Förderung gewinnen, so durfte die Bevölkerung nicht verunsichert werden oder gar ablehnend reagieren. Die Politik sollte den Eindruck gewinnen, dass die Bürger die Belange Heisenbergs und seiner Kollegen als subventionswürdig anerkannten. Aus diesem Grund waren den meisten Atomwissenschaftlern übrigens auch Kernwaffenversuche ein Dorn im Auge. Wie Otto Haxel antizipierte, würde eine von Atomtests verursachte Atmosphärenverunreinigung die Bevölkerung noch stärker als ohnehin schon gegen die Kernenergie aufbringen,<sup>71</sup> würden also negative Folgen mi-

---

69 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 363.

70 Vgl. Deutinger, Stephan: Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hg.): Bayern im Bund, Bd. 1, München 2001, S. 33-118, hier S. 106.

71 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

litärischer Kernenergieverwendung das Image der gesamten Kernkraft ramponieren und somit auch das Ansehen der zivilen Forschung trüben. Erich Bagge, ein zwar nicht zu den Achtzehn zählender,<sup>72</sup> aber dennoch in Farm Hall dabei gewesener Atomphysiker und ehemaliger Assistent Heisenbergs, hielt es bereits in der jüngsten Nachkriegsphase für hilfreich, in aller Öffentlichkeit festzustellen, dass Uran oder Plutonium entgegen weitläufiger Meinungen nicht „notwendigerweise in das Innere von Atombomben wandern“<sup>73</sup> müssten. Walther Gerlach wertete im August 1945 den ersten US-amerikanischen Atombombenabwurf sogleich als irreversible Belastung für das Vertrauen in die physikalische Wissenschaft, die offenkundig derart schreckliche Resultate hervorzubringen vermochte.<sup>74</sup> Sogar wurde der Bedarf einer speziellen „Atompsychologie“ angemeldet, um die „mentalhygienischen Gefahren“, die mit dem Aufbau einer Atomindustrie einhergehen würden, einzuhegen.<sup>75</sup> In jedem Fall waren die Atomforscher und ihre Organisationen früh ob der Vorbehalte gegenüber ihrer Forschung alarmiert und betrieben seit spätestens 1946 in nicht unwesentlichem Ausmaß eine Art von Kampagne, mit der die Kernenergieforschung und ihre Protagonisten in ein positives Licht gerückt, im besten Fall sogar eine Euphorie erzielt werden sollte.

Das Ziel bestand demzufolge in einem Imagewandel, die Atomenergie in der Variante ihrer friedlichen Verwendung sollte als förderungswürdig präsentiert und im Gegenzug die militärische dämonisiert werden. Infolgedessen trachteten die Atomwissenschaftler nach einer Imagekampagne, deren Zweck es war, „vor der Welt nicht als Handlanger des Todes dazustehen“<sup>76</sup>. Den Menschen sollte die prinzipielle Ungefährlichkeit von ziviler Atomtechnologie ins Bewusstsein gerufen werden; sie sollten glauben, dass es „nur auf den Menschen an[kommt], wie und wozu er sie benutzt“<sup>77</sup>, und es sich im Prinzip um eine segensreiche Errungenschaft, nicht aber um eine infernale Geißel handelte. Oder in den programmatischen Worten Otto Hahns ausgedrückt: „Möchte die segenbringende Wirkung

---

72 Bagge befand sich zum Zeitpunkt der Manifestanten-Anwerbung auf einer Reise in Frankreich und war deshalb wohl nicht erreichbar. Nach eigener Aussage hätte er die Göttinger Erklärung aber als Neunzehnter unterschrieben. Vgl. o.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, 1. Fortsetzung, in: Der Spiegel, 15.05.1957.

73 Bagge, Erich: Atomenergie für Friedenszwecke, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.12.1947.

74 Vgl. Tagebucheinträge Gerlachs, in: Heinrich/Bachmann 1989, S. 14 f.

75 Vgl. Freund, Hugo: Wir brauchen eine besondere Atompsychologie, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 3, S. 119.

76 Radkau 1983, S. 89.

77 Gerlach 1955, S. 21.

der gelenkten Kettenreaktion gegenüber der Unheil bringenden un gelenkten Explosion den Sieg davontragen.“<sup>78</sup> Dieser Ausspruch des Nestors der deutschen Nuklearwissenschaft avancierte zur Devise seiner Zunft. Die Möglichkeit, eine klare Differenzierung zwischen friedlicher und kriegerischer Anwendung der Kernenergie vornehmen zu können, war nicht bloß eine Meinung, welche die westdeutschen Atomwissenschaftler gefasst hatten,<sup>79</sup> sondern eine Fiktion, die es im Rahmen einer cleveren Kommunikationsstrategie aufzubauen galt. Für die positive oder negative Bewertung einer Innovation – und als solche kann die Atomtechnologie aus damaliger Perspektive gesehen werden – sind die Medien ein ausschlaggebender Akteur.<sup>80</sup> Durch ihre maßgebliche Beteiligung an Innovationsdiskursen nehmen sie auf die Agenden von Politik und Wirtschaft Einfluss, lenken sie die Aufmerksamkeit ihres Publikums auf bestimmte Technologien. Mithin vermögen sie dadurch, Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Den Wissenschaftlern dürfte dieser Zusammenhang nicht verborgen geblieben sein. Werner Heisenberg war bei dieser „Kampagne“ als der profilierteste Kernphysiker in Deutschland, noch dazu jüngeren Alters und ausgestattet mit einem Nobelpreis sowie hohen Bekanntheitsgrad das Zugpferd seines Forschungsbereichs. Heisenberg, Hahn und ihre Kollegen streiften daher in den 1950er Jahren ihre Laborkittel ab, erhoben sich von ihren Schreibtische und verließen Denkstuben, um sich als Kommunikatoren und Promoter wortreich und unermüdlich in eigener Sache an die Öffentlichkeit zu wenden.

### 3.2.2 Versuche der Verharmlosung

Hierzu nun einige Beispiele. Wie nur wenige andere versuchte Heisenberg die Nuklearwissenschaft aus ihrer negativen Assoziation mit der Atombombe herauszulösen. Ein Anfang 1950 geführtes Interview mit der *Welt* steht hierfür exemplarisch.<sup>81</sup> Darin erregte er sich, dass ständig nur die „unerfreulichen“ Konsequenzen des neuen Wissens um die Atomenergie die öffentliche Wahrnehmung dominierten, hingegen „von den viel wichtigeren nutzbringenden Anwendungen zu wenig gesprochen wird“. Auch in engeren Unterredungen, z.B. mit dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe während der Verhandlungen um den

---

78 Hahn, Otto: Die Nutzbarmachung der Energie der Atomkerne, in: ders.: Erlebnisse und Erkenntnisse, Düsseldorf/Wien 1975, S. 188.

79 Als solche stellt sie bspw. Kant dar; vgl. Kant 2007, S. 2.

80 Vgl. hierzu Waldherr 2008, S. 178-181.

81 Vgl. Kraus 2001, S. 133; o.V.: Für Atombombe unzuständig, in: Die Welt, 02.02.1950.

Standort eines kernphysikalischen Großforschungszentrums, betonte Heisenberg, dass „die meisten Leute das Gruseln bekommen, wenn das Wort Atom gesagt wird“, obwohl doch die deutsche Kernphysik „nur mit friedlicher Atomtechnik zu tun [habe], niemals etwas mit kriegierischem Atom, denn mit letzterem“, so versicherte er, „werden wir in den nächsten 100 Jahren nichts zu tun haben“.<sup>82</sup> Gleichzeitig verband sich bei Heisenberg mit der versuchten Imageaufbesserung auch das Bestreben, für den friedlichen Zweig der Kernforschung Unterstützung von möglichst vielen Seiten einzuwerben. Ende 1951 referierte er deshalb gegenüber Vertretern der Wirtschaft<sup>83</sup> – die er als potente Sponsoren für die Kernenergieentwicklung ausgemacht hatte und zu begeistern suchte –, dass die Bundesrepublik sich „in der angenehmen Lage [befände], sich mit der Atomtechnik für Kriegszwecke nicht beschäftigen zu müssen“, und bezeichnete eine mögliche Abkehr von diesem Zustand, wie sie später Strauß und Adenauer mit ihrer Politik der Atombewaffnung einleiteten, als einen „groben Fehler“. Dabei scheute sich Heisenberg nicht, die Nukleartechnologie wider besseres Wissen zugunsten ihres Reputationsgewinns zu verharmlosen. Die Gefahren, die auch einer zivilen Nutzung von Kernkraft anhaften, wischte er, sobald sie einmal zu Wort kamen, mit dem lapidaren Hinweis beiseite, dass man bei ausreichenden Schutzvorkehrungen schon „genügend sicher“ sei.<sup>84</sup> Und was die Gefahr einer militärischen Nutzung betraf, so sah er einen Atommeiler von einer Atomwaffenfabrik genauso weit entfernt wie eine Penizillinfabrik von einer Giftgaserzeugungsanlage.<sup>85</sup> Vorträge vor Interessengruppen der Wirtschaft waren Heisenberg überdies ein oft ergriffenes Medium und aufgesuchtes Forum zur Popularisierung der neuen

---

82 Protokoll zu den Tischreden anlässlich des Besuches der Gäste aus Göttingen, Stuttgart, Freiburg usw. im Zusammenhang mit der Besichtigung des Geländes am 8. Dezember 1953 vom 09.12.1953, abgedruckt in: Gleitsmann, Rolf-Jürgen: Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950-1955). Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte, Stuttgart 1986, S. 139.

83 Vgl. Heisenberg, Werner: Atomtechnik im Frieden (Vortrag am 07.12.1951 vor der „Wirtschaftlichen Gesellschaft“ in Münster), in: Gesammelte Werke. Collected Works, hg. von: Blum, Walter/Dürr, Hans-Peter/Rechenberg, Helmut, Bd. 5, München 1989, S. 128 ff.

84 Vgl. Kraus 2001, S. 133 ff.

85 Die hier wörtlich übernommenen Vergleichsobjekte finden sich in: ebd., S. 133.

Perspektive der zivilen, friedlichen und konstruktiven Atomenergienutzung.<sup>86</sup> Über die Wirtschaft versuchte Heisenberg zudem, gezielt Druck auf die Politik auszuüben. Die chemische Industrie – eine machtvollere Interessengemeinschaft – hatte Heisenberg Ende 1952 gegen die Bundesregierung mobilisieren können, indem er sie mit der Aussicht auf einen ergiebigen Energieträger lockte, der zukünftig äußerst lukrativ sein könnte. Heisenberg erreichte mit seinen verheißungsvollen Schilderungen, dass sich die chemische Industrie im Bundeskanzleramt aktiv für eine staatliche Förderung der Kernenergieforschung und für eine Lockerung der alliierten Restriktionen auf diesem Gebiet einsetzte.<sup>87</sup> Es war gleichsam die Erotik alternativer Energiegewinnung in Zeiten einer fortschreitenden Verknappung fossiler Energiequellen, mit der er die Unternehmensmanager becircte. Heisenberg – so ist festzuhalten – war der eifrigste Missionar einer friedlichen Kernenergienutzung in bewusster Abgrenzung zur militärischen Verwendung, wie sie in anderen Ländern vordem ihren unheilvollen Verlauf genommen hatte.<sup>88</sup>

Aber auch der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und Entdecker der Urankernspaltung, Otto Hahn, engagierte sich als honorierter Werber für die friedliche Kernenergienutzung. In zahllosen Schriften der späten 1940er und 1950er Jahre beschwor er stets deren „Segen“ für die gesamte Menschheit.<sup>89</sup> Er war es schließlich, der 1938 die Urankernspaltung entdeckt und damit überhaupt erst die Aussicht auf Kernenergienutzung begründet hatte. Als sprichwörtlichen „Vater des Atomzeitalters“ plagte Hahn die Ambivalenz der nuklearen Kräfte, konnten diese doch gleichzeitig zur medizinischen Heilung wie zur militärischen Vernichtung von Menschen verwendet werden. Letzteres war ihm ein Graus und so tat er nach den Ereignissen des August 1945, den beiden Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki, einiges dafür, eine Massenverbreitung von Kernwaffentechnologien zu verhindern. Er verschrieb sein Wirken daher nach 1945 zu einem großen Teil der Absicht, der konstruktiv-zivilen Kernenergienutzung zum Durchbruch zu verhelfen und die grassierende Atomangst durch pointierte Hinweise auf friedliche Einsatzmöglichkeiten zu bekämpfen. Dies war sein

---

86 Vgl. beispielhaft Heisenberg, Werner: Atomtechnik im Frieden (am 21.-23. November 1950 in Dortmund, Essen und Gelsenkirchen gehaltener Vortrag), in: ders. 1989, S. 125 ff.

87 Vgl. Fischer 1994, S. 62 ff.

88 Vgl. Kraus 2001, S. 132 f.

89 Vgl. zu diesem Abs. ebd., S. 142-145, S. 157 f., S. 276 u. S. 191; Meitner, Lise: Otto Hahn zum 80. Geburtstag am 8. März 1959, in: Die Naturwissenschaften, Jg. 46 (1959) H. 5, S. 157 f., hier S. 157; Stamm 1981, S. 154.

ganz persönliches Motiv, das ihn auch zur Beteiligung an den Manifesten von Mainau und Göttingen sowie weiteren Appellen bewog. Hahn wollte sich des Odiums entledigen, Hitler eine Atombombe angeboten, insgesamt den Weg zu Atomwaffen geebnet zu haben. Daneben sah er sich aber auch als Verwalter des Erbes der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, als der er deren Nachfolgeorganisation MPG zu neuerlicher Weltgeltung verhelfen wollte – auch und besonders auf dem Gebiet der Erschließung von nuklearen Energiequellen. Dies machte ihn allein qua Amt zu einem engagierten Mitstreiter Heisenbergs und v. Weizsäckers, von denen er sich nur allzu bereitwillig für die Kernenergiekampagne einspannen ließ. Hahn gehörte aufgrund seiner MPG-Präsidenschaft, des mit dem Nobelpreis verbundenen Weltruhms und seines jovialen, kosmopolitischen, zugleich aber auch sympathisch-bescheidenen Auftretens neben Heisenberg zu den wichtigsten Kampagnensprechern der Atomwissenschaftler.

Wie Heisenberg versuchte auch Hahn emphatisch, der Atomforschung ihrer negativen Konnotation zu entkleiden und sie in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft als etwas unbedingt Förderungswürdiges anzupreisen, politisch zu etablieren und moralisch zu akkreditieren. Dieses Ansinnen hatte nach dem Krieg seiner Zustimmung zur Übernahme der MPG-Präsidenschaft wesentlich zugrunde gelegen.<sup>90</sup> Hahn versuchte dabei zum einen, glaubhaft die verbreiteten Ängste zu entkräften und die Zeit des Zweiten Weltkriegs zum Vorteil der Beteiligten zu deuten, und zum anderen, auf die vielseitigen Vorteile auf zahllosen Gebieten wie der Biologie, Medizin, Chemie und sogar der Metallkunde hinzuweisen. Dazu suchte er die Tätigkeit der deutschen Atomforscher während des Zweiten Weltkriegs zu verklären und sie in einem moralischen Kontrast zum ethischen Versagen ihrer alliierten Kollegen abzugrenzen. Schon 1950 gab er der Legende Nahrung, die US-Wissenschaftler hätten mit einem an Größenwahn grenzenden Eifer an der Atombombe gearbeitet, während ihre deutschen Pendanten lediglich friedfertig die harmlose Konstruktion eines Energiegenerators im Sinn gehabt hätten.<sup>91</sup> Hahns Botschaft war zudem, dass „das Atom eine den Menschen durchaus wohlgesinnte Seite hat, ja dass unser aller Leben viel Positives von dieser neuen Kraft erwarten darf“.<sup>92</sup> Er wünschte, dass „die vielen positiven Möglichkeiten für den Frieden, die im Atomkern stecken, den Sieg davontragen über die möglichen negativen Anwendungen“ und dass die atomphysika-

---

90 Vgl. Hoffmann 2005, S. 180.

91 Vgl. dazu Hahn, Otto: Die Nutzbarmachung der Energie der Atomkerne, in: ders. 1975, S. 158.

92 Hahn, Otto: Geleitwort, in: Löwenthal, Gerhard/Hauser, Josef: Wir werden durch Atome leben, Berlin 1956, S. 9-12, hier S. 11.

lisch weniger bewanderten Menschen „nun wirklich einmal erfahren, worum es geht und was die Atomkerne heute schon für uns zu leisten vermögen“<sup>93</sup>. Und er wollte, dass sich die Menschen die Anwendung von Kernkraft nicht mehr an Städten wie Hiroshima und Nagasaki in Form von apokalyptischen Bomben vorstellten, sondern als „fast unerschöpflicher Wärmespender“ oder als „Werkzeuge für die Medizin, die Biologie, die Chemie und Physik“<sup>94</sup>. Kurzum: Hahn sah etliche Chancen, die Menschen von den Vorzügen ziviler Kernkraftnutzung überzeugen zu können.

Wie Heisenberg versuchte somit auch Hahn, sukzessive Vertrauen für die westdeutsche Kernforschung zu akkumulieren. Dazu betätigte er sich auch rege als Autor mahnender Schriften. So gab er 1954 in einem gleichnamigen Aufsatz auf die Frage: „Warum Angst vor dem „Atom“?“<sup>95</sup>, die zunächst einleuchtende Antwort, dass man in Deutschland ja auch bloß einen kleineren Reaktor errichten könnte, in dem eine Anreicherung waffenfähigen Plutoniums gar nicht erst möglich sein würde. Wie stark seine Aussagen denen Heisenbergs glichen, verwundert kaum, wenn man von so etwas wie einer vorherigen Absprache der beiden Göttinger – die im Übrigen schon in Farm Hall 1945 die Leitlinien für ihr wissenschaftspolitisches Handeln in der Nachkriegszeit gemeinsam beredet hatten –, ausgeht. Im Juni 1955 gab Hahn auf einer Festivität der MPG in Trier die Parole aus, der Öffentlichkeit sei „immer wieder vor Augen zu stellen, dass es sich bei der Größe dieser geplanten Anlagen nicht um die Gewinnung von Massenzerstörungsmitteln handeln kann“<sup>96</sup>, und die bescheidene Größe eines deutschen Reaktors solle den ausschließlich zivilen, eben „segensreichen“ Gebrauch verbürgen. Ende 1954 verkündete er im Bonner *General-Anzeiger*, dass „die deutschen Gelehrten nicht daran denken, auf dem Gebiet der Atomwaffen zu arbeiten“<sup>97</sup>. Der sozialdemokratischen *Freiheit* versicherte Hahn, dass sämtliche Institute der Max-Planck-Gesellschaft ausschließlich friedliche Forschung betrieben und „keineswegs etwas mit kriegerischen und militaristischen Zwecken und Zielen zu tun haben“<sup>98</sup> wollten. In seinem berühmten „Cobalt 60“-Radiovortrag kontrastierte er in gleicher Absicht im Februar 1955 scharf die mi-

---

93 Beide Zitate aus ebd., S. 11 f.

94 Forschung und Technik (Rede zur Eröffnungssitzung der ACHEMA IX in Frankfurt am Main im Juli 1950), abgedruckt in: Hahn 1975, S. 195

95 Hahn, Otto: Warum Angst vor dem „Atom“?, in: Westermanns Monatshefte 95 (1954) H. 1, S. 37-40.

96 Zitiert nach Kraus 2001, S. 144.

97 Zitiert nach ebd., S. 145.

98 Beides zitiert nach ebd.



litärische mit der zivilen Nutzungsmöglichkeit zugunsten letzterer.<sup>99</sup> Wie penibel man in den Forscherkreisen dabei auf das Image der Kernenergie und den Kommunikationserfolg der Kampagne achtete, illustrieren v. Weizsäckers Gedanken, die er gegen Hahns Vortrag vorbrachte, weil er von diesem befürchtete, er könnte in der Bevölkerung erst Recht eine Atompanik auslösen.

Für die hier vertretene These einer langfristig angelegten PR-Kampagne, deren Kulminationspunkt sicherlich die Göttinger Erklärung war, spricht auch Hahns Absicht, nach der Bundestagswahl 1957 „bei einer passenden Gelegenheit wieder etwas zu sagen“<sup>100</sup>. Hahns propagandistische Abstinenz, die er sich für die Dauer des Wahlkampfs auferlegte, erklärt sich aus dem Bestreben, sich unter keinen Umständen dem Verdacht parteipolitischen Handelns zugunsten der SPD auszusetzen. Nach der Bundestagswahl dauerte es nämlich gerade einmal zwei Monate, bis Hahn Mitte November 1957 in einem Vortrag vor der Österreichischen Kulturvereinigung wieder kontrastreich den Atomkrieg verdamnte und die friedliche Verwendung lobpries.<sup>101</sup>

Am Beispiel Hahns kann man sehen, dass sich die westdeutschen Atomforscher nur in ausgesuchten Foren an die Öffentlichkeit wandten. Mit seiner Auffassung übereinstimmenden Initiativen bspw. von Bertrand Russell oder Frédéric Joliot-Curie schloss er sich nicht an, weil diese aus seiner Sicht aufgrund des politischen Rufs ihrer Urheber nicht davor gefeit waren, als kommunistisch hintertriebene Machwerke ideologisch verunglimpft zu werden.<sup>102</sup> Erst die Lindauer Nobelpreisträgertagung und die sich allein aus Nobelpreis-tragenden Naturwissenschaftlern zusammensetzende Manifestantenschaft der Mainauer Kundgebung des Jahres 1955 boten das gebührend majestätisch-ehrwürdige, weltanschaulich unverdächtige Umfeld für eine Stellungnahme Otto Hahns (und Werner Heisenbergs) wider die Indienstnahme von Nukleartechnologie für kriegerische Zwecke. Ihre Unterschriften waren daher wohl weniger einer ethisch glanzvollen Selbstlosigkeit geschuldet als denn sorgfältig abgewogen und sollten nicht zuletzt der westdeutschen Kernenergieforschung zugutekommen.

Dies bezweckte Hahn also auch: Die deutsche Nuklearforschung im Hinblick auf ihre Vergangenheit im nationalsozialistischen Regime und in der nunmehr

---

99 Gerlach wiederum lobte Hahns Vortrag als einen „schonungslosen Mahnruf“, der die Öffentlichkeit auf „die wahre Lage“ hingewiesen habe; Gerlach 1955, S. 21. Der Radiovortrag erschien auch in einer gedruckten Fassung im Verlag *Musterschmidt*; siehe Hahn 1955.

100 Zitiert nach Kant 2007, S. 11.

101 Vgl. ebd., S. 11 f.

102 Vgl. hier und folgend ebd., S. 5 f.

vorgeblich geläuterten Bundesrepublik der Gegenwart reinzuwaschen. Das oft gerühmte Verantwortungsbewusstsein nicht nur Hahns, sondern auch Walther Gerlachs lässt sich somit begründet auch aus anderer Perspektive betrachten. Ähnlich wie Heisenberg entwickelte Gerlach ein Konzept der „Verantwortung des Forschers“, dem er ein gleichnamiges Kapitel in einer seiner Schriften widmete.<sup>103</sup> Diesem liegt gewissermaßen eine anthropologische Akzeptanz des auto-destruktiven Verhaltens von Menschen zugrunde. Gerlach – der dabei wie Hahn darauf achtete, seine Warnungen mit Demut und Bedauern vorzutragen – wies explizit auf die Missbrauchsmöglichkeiten von Atomenergie durch Menschenhand hin. Es sei eben wie mit dem Dynamit und dem Messer: Stets komme es auf die Verantwortung des Handelnden sowie den Verwendungszweck an. Die Alternative, nicht mehr über Atomenergie zu forschen, auf die Ausübung seines Berufs zu verzichten, war für ihn nicht gangbar. Zur Rechtfertigung seiner Haltung bot er sogar den ehrwürdigen Naturphilosophen Johannes Kepler auf, für den „Naturforschung Gottesdienst, Erfüllung des vom Schöpfer dem Menschen gegebenen Auftrags, die Wunder seines Werkes zu erkennen“<sup>104</sup>, war. Trotz des von ihm geschilderten Missbrauchsrisikos war Gerlach nicht bereit, auf seine Forschung zu verzichten. Diese entschiedene Ablehnung rechtfertigte er mit der umso größeren Bereitschaft zur aktiven Übernahme von Verantwortung; zumal selten die Folgen eines Forschungsvorhabens, eines Erkenntnisgewinns, zuverlässig im Vorhinein abgeschätzt werden könnten. Noch prägnanter: „Nicht im Verzweigungsakt des Verzichts, nein, in der Festigung des guten Willens liegt die Verantwortung des Forschers.“<sup>105</sup> Die Methode Gerlachs, Kernforschung von ihrem sinisteren Antlitz zu befreien, lässt sich kaum illustrativer in Worte fassen. Was wäre im Übrigen die Zivilisation ohne die wissenschaftlichen Errungenschaften eines Conrad Röntgen oder eines Heinrich Hertz', hätten diese etwa wegen eines eventuellen Missbrauchs ihrer Entdeckungen in einer vielleicht noch fernen Zukunft ihre Arbeiten eingestellt – so pflegte Gerlach provokant zu fragen. Schließlich habe Otto Hahn an seinem Experimentaltisch 1938 auch nicht die Atombombe vorhersehen können. Die Rechtfertigung einer Forschung, welche die Existenz der menschlichen Spezies gefährdete, mit dem Verweis auf den möglichen Zivilisationsfortschritt war Gerlachs Rezept, sein Mittel, Atomforschung trotz ihrer bedeutsamen Negativseiten zu legitimieren und ihr in der Bundesrepublik trotz aller Widrigkeiten zum Durchbruch zu verhelfen: Einerseits mit allen dem Forscher „zur Verfügung stehenden geistigen Mitteln zur

---

103 Vgl. Gerlach 1955, S. 23 f.

104 Ebd., S. 24.

105 Ebd.

weiteren Klärung der Geheimnisse der Natur“ beizutragen, andererseits aber „unerschrocken einzutreten durch Tat und Wort gegen jeglichen Missbrauch der gewonnenen Erkenntnisse“<sup>106</sup>. Demzufolge sollte verantwortungsbewusste Wachsamkeit eine ausreichende Garantie bieten, möglichen Missbrauch abzuwenden. Gerlach setzte, wie auch die meisten seiner Mit-Manifestanten, auf die schlichte Einsicht in unvernünftiges Verhalten. Der „Segen“ der Forschung könnte die Oberhand gewinnen, würde er nur erst einmal erkannt werden – dieser Logik folgte Gerlach und sie veranlasste ihn wohl – auch – zur Teilnahme an der Göttinger Erklärung.

### 3.2.3 Dualismus aus Moral und Eigeninteresse

Fraglos war Gerlach ein eifriger Makler der Förderung ziviler Kerntechnologieforschung. In seiner Schrift „Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke“ aus dem Jahr 1955 präsentierte er bspw. vierzehn Aufnahmen von Reaktoranlagen und Atomforschungszentren, welche die Friedfertigkeit zivil verwendeter Atomenergie bildhaft zum Ausdruck bringen sollten. Diesen stellte er suggestiv drei weitere Fotografien gegenüber, die augenscheinlich bedrohliche Explosionen von Wasserstoff- und Atombomben zeigten.<sup>107</sup> Wo er nur konnte, pries Gerlach die Wirtschaftlichkeit und Zukunftsrelevanz von ziviler Kernkraft als Energielieferanten an. In der Logik von Sachzwängen versuchte er, die Atomkraft als einzig existierende Alternative zu nichtregenerativen Energiequellen darzustellen, und wies auf die Notwendigkeit einer anderen Denkweise von Wirtschaftlichkeit hin – nämlich in Bezug auf die begrenzten Förderungsmöglichkeiten für Kohle, immer tiefere Bergwerke in die Erde hinein treiben zu können.<sup>108</sup> Einige seiner Schriften gerieten dadurch zu regelrechten Pamphleten der Atomenergieförderung. Das gelegentlich zur Sprache kommende Problem von Atom Müll versuchte er fachmännisch auszuräumen, indem er diesen zu einem eigentlich vielseitigen „Hilfsmittel für Forschungen auf dem Gebiet der Physik, der Chemie, Biologie, Medizin, der Metall- und allgemeinen Stoffkunde, als Prüfungsmittel für die Fehlerfreiheit großer Stahlbauten, Eisenbahnwagen und Flugzeuge und als Heilmittel“<sup>109</sup> umdeutete.

In dieser Variante aber wäre der zuvor ausgeführte Verantwortungsaspekt bloß das Mittel, die „PR“ jedoch der eigentliche Zweck. Gerlachs Herangehens-

---

106 Ebd.

107 Vgl. Gerlach 1955.

108 Vgl. dazu ebd., S. 14 f.

109 Ebd., S. 16.

weise an das gemeinsame Ziel, Kernenergieforschung in der Bundesrepublik zu etablieren, harmonierte daher mit jener Heisenbergs. Wie Hahn, flankierte auch Gerlach die Maßnahmen Heisenbergs überaus stimmig und ist deshalb ebenfalls in die Riege der Kampagnensprecher einzuordnen. Schließlich war Gerlach durch seine Positionen und Ämter auch institutionell für eine solche Unternehmung wichtig: Nicht nur war er in den frühen 1950er Jahren Rektor der Technischen Hochschule München, daneben amtierte er auch als Vizepräsident der DFG (1951-1961) und präsierte in der Fraunhofer Gesellschaft (1949-1951) sowie in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (1956/57).

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Leistung der Göttinger Erklärung auch neu interpretieren, als eine weniger einem Drang des Gewissens als denn einem des beruflichen Interesses folgende Schrift. Nach außen hin stellte sie unbestreitbar eine verantwortungsbewusste Beschäftigung des Forschers mit der gesellschaftlichen Verwertung seiner Erkenntnisse dar. Sie bedeutete daher tatsächlich eine neue Orientierung. Denn bis zum Aufkommen von Atomwaffen hatten Wissenschaftler ihre Arbeit stets mit der Legitimation der Freiheit der Forschung veredelt und gerechtfertigt; oder sie hatten sich mit dem Hinweis entschuldigt, von der Politik nicht viel zu verstehen, folglich ihr besser fernzubleiben. Nur allzu gerne hatten sich die Gelehrten aus wissenschaftsfernen Bereichen herausgehalten, um sich ihrem Metier mit ungeteilter Aufmerksamkeit zuwenden zu können. Doch lässt sich die damit einhergehende feurige Betriebsamkeit, unbändige Wissbegierde und das leidenschaftliche Bedürfnis, nach Lust und Laune wissenschaftliche Probleme lösen und neue Konzepte entwickeln zu können, ja tatsächlich als verantwortungslos brandmarken. Und in der Tat war dies eine ganz und gar bequeme Attitüde: Man brauchte sich über den Horizont der eigenen Fachwissenschaft hinaus nicht interdisziplinär in ethischen und politischen Zusammenhängen zu informieren und aus der esoterischen Introversion seiner Forschung herauswagen, musste nicht mit ungewohnten Partnern kooperieren, konnte Zuflucht in dem berühmt-berüchtigten „Elfenbeinturm“ der Wissenschaft suchen. Statt Gefahr und Brisanz, Bedrohungs- und Zerstörungspotenziale einer wissenschaftlichen Forschungstätigkeit zu erkennen und auch zu akzeptieren, wird die Forschungsarbeit einfach bis zur finalen Erkenntnis fortgeführt. Dass das daraus resultierende Ergebnis dann fatale Folgen haben kann, wurde dann von Vielen als ein Problem gesehen, das außerhalb des persönlichen Verantwortungsbereichs des Wissenschaftlers steht. Die mit dem Göttinger Manifest symbolisch und spektakulär zum Ausdruck gebrachte Abkehr von dieser – polemisch: – „hedonistischen“ Haltung wurde wohl weit weniger als bislang angenommen von ethischen Beweggründen eines sich plagenden Gewissens als denn von einem unvorteilhaften Öffentlichkeitsbild der Atomwissenschaft erzwungen.

Sich stärker der Politik zugewandt und Bedenken gegen Regierungsvorhaben vorgebracht, die Internalisierung einer neuen Forschermentalität vollzogen zu haben: All dies büßt – so gilt es an dieser Stelle kritisch festzuhalten – in diesem Kontext durchaus an moralischer Qualität ein.

Der Dualismus, welcher der Göttinger Erklärung im Hinblick auf die „Verantwortung“ innewohnt – einerseits das eigentliche Motiv, andererseits nur ein Mittel zum Zweck zu sein –, spiegelt sich auch in der Zeit nach 1957 im Rahmen der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler wider. Born hätte es gerne gesehen, wenn sich die Göttinger Achtzehn entschlossen für weitere friedenspolitische Initiativen eingesetzt hätten. Doch die tonangebenden Hahn, Heisenberg und v. Weizsäcker unterbanden dies; ihre Interessen gingen in andere Richtungen, nahmen andere Ziele ins Visier. Sie wollten die Göttinger Achtzehn nicht in die Ecke von Weltfriedensutopisten ideologisch linker Provenienz gerückt sehen und die Unionsregierung zwar unter Druck setzen, nicht aber von ihr politisch abrücken. Aus der Göttinger Erklärung gingen somit zwei unterschiedliche Stoßrichtungen hervor.<sup>110</sup>

Darüber hinaus beinhaltete die Strategie Heisenbergs, sich gegenüber dem Ausland überzeugend und verlässlich als eine auch in der Zukunft an Kernwaffen uninteressierte Nation erkennen zu geben. 1953 schrieb er in der *Deutschen Universitätszeitung*, dass man ausländischen Staaten gegenüber glaubhaft versichern müsste, dass „Deutschland ein viel zu kleines Land ist, als dass es Machtpolitik treiben könnte“<sup>111</sup>. Eine weitere Aussage Heisenbergs an selbiger Stelle ließ seine spätere Reaktion gegenüber Strauß’ Plänen einer Atombewaffnung schon 1953 erahnen und nicht mehr überraschend oder spontan erscheinen: „Nach den Waffen zu streben, die nur von den großen Gemeinschaften getragen werden können, wäre dabei das unvernünftigste politische Ziel, das wir uns in Deutschland stellen könnten.“ Heisenberg ließ keinen Zweifel an der Entschlossenheit seiner Überzeugung: Der Besitz derartiger Waffentypen würde im Hinblick auf eine schnelle Wiederaufnahme deutscher Nuklearforschung „unendlichen Schaden anrichten und nicht den geringsten Nutzen für Deutschland stiften“. Wollte man überhaupt Atomforschung in Deutschland treiben, „so müssen wir also jeder Versuchung zum Interesse für Rüstungsfragen widerstehen und auch den Schein aufs sorgfältigste vermeiden“. Den Schein „aufs sorgfältigste

---

110 Vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 34.

111 Dieses und die folgenden Zitate aus Heisenberg, Werner: Friedliche Atomtechnik. Die Anwendung der Atomenergie in Deutschland, in: Deutsche Universitätszeitung, Jg. 8 (1953) H. 6, S. 12; vgl. auch Kraus 2001, S. 133 f.

vermeiden“ – das taten Strauß und Adenauer ab Ende 1956 nun wirklich nicht. Und Heisenberg gefiel dies ganz und gar nicht.

Denn die Pläne der Bundesregierung, noch dazu in der Öffentlichkeit kolportiert, bedrohten sogar ganz konkrete Aussagen Heisenbergs selbst, etwa jene von 1950 an prominenter Stelle geäußerte, dass sich die Atomforschung in der Bundesrepublik „ausschließlich mit den erkenntnismäßigen Grundlagen oder mit den erfreulichen Anwendungen, z.B. auf medizinischem Gebiet“<sup>112</sup> beschäftigen würde. Die Ausführungen von Regierungsmitgliedern deuteten zunehmend stärker auf eine Atomrüstung hin und konterkarierten damit nicht nur Heisenbergs rhetorische Bemühungen, sie ließen auch an seiner Glaubwürdigkeit zweifeln – Heisenbergs persönlicher Ruf war gefährdet.

Auch das Vorgängermanifest, die Mainauer Kundgebung, ist in dieser Linie konsequenter Distanzierung von militärischer Forschung zu betrachten.<sup>113</sup> Die um ihren Ruf besorgten Atomwissenschaftler reagierten mit ihr auf die erfolgreich gezündete Wasserstoffbombe der Vereinigten Staaten, durch die ihnen nach der Hiroshima-Bombe eine neuerliche Gefahr für das ohnehin angeschlagene Renommee ihres beruflichen Treibens erwuchs. Mehr noch als die Atom-, galt die Wasserstoffbombe als ultimatives Massenvernichtungsinstrument. Ihr „Vater“, Edward Teller, war ein Atomphysiker und hatte ihre Entwicklung mit persönlichem Engagement vorangetrieben. Obgleich die Idee für eine öffentliche Stellungnahme von Wissenschaftlern zu großen Teilen von Max Born stammte, wussten Heisenberg und sein Intimus v. Weizsäcker sie sogleich für ihre Sache zu instrumentalisieren. In Göttingen brüteten die beiden sogleich über Borns Vorschlag und begannen einen Text zu entwerfen.<sup>114</sup> Der „Heisenberg-Clan“ nutzte die Gunst der Stunde und legte darin den Fokus der Kritik nicht auf die Atomenergie im Allgemeinen, sondern ausschließlich auf den nukleartechnischen Teilbereich Atomwaffen. Das Repertoire friedvoller Nutzung sollte von der Kritik dezidiert ausgenommen werden. Otto Hahn war an diesen Planungen gleichfalls beteiligt und strebte spätestens seit Anfang 1955 nach einer öffentlichen Erklärung von Nuklearwissenschaftlern in der Form eines an die Politik gerichteten Appells.

Die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen, auf deren Steuergelder die Atomforschung letztlich angewiesen war, war eine Sache. Eine andere war, die Zustimmung der politisch einflussreichen Nationen des Westens, ganz besonders aber die der alliierten Besatzungsmächte sicherzustellen. Denn diese konnten

---

112 O.V.: Für Atombombe unzuständig, in: Die Welt, 02.02.1950.

113 Vgl. zu diesem Abs. Kraus 2001, S. 159; v. Weizsäcker 1984, S. 34.

114 Vgl. Kraus 2001, S. 167 f.

jederzeit die westdeutsche Kernphysik mit Restriktionen belegen, sobald sie in ihr eine Gefahr witterten. Nicht nur vor der eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber dem Ausland glaubten die Wissenschaftler folglich, mit öffentlichen Erklärungen ihren Willen zur ausschließlich friedlichen Forschung derart klar machen zu müssen, dass darüber fortan keinerlei Zweifel mehr aufkommen konnten.

Zu dieser Auffassung war Heisenberg schon früh durch zwei Erfahrungen gelangt. Erstens war er zusammen mit Hahn und v. Laue, lange bevor es überhaupt einen Bundeskanzler Adenauer gegeben hatte, im Oktober 1945 von politisch einflussreichen britischen Wissenschaftlern zu einer Unterredung in die ehrwürdigen Hallen der Royal Institution of Great Britain in London bestellt worden.<sup>115</sup> Den drei deutschen Nobelpreisträgern wurde dabei das Konzept eines „free play“ als Vorgabe für den Modus der westdeutschen Nachkriegsforschung unterbreitet.<sup>116</sup> Die Briten instruierten die drei Deutschen, von denen zwei – Hahn und Heisenberg – in der Bundesrepublik auch britischen Plänen zufolge bedeutende Initiativkräfte für die Wissenschaft werden sollten regelrecht, eröffneten ihnen die Bereitschaft der Besatzungsbehörden, die Grundlagenforschung prinzipiell ohne Einschränkungen freizugeben. Diese Konzession hatte allerdings zur Bedingung, die Forschungsanstrengungen einseitig auf zivile Anwendungszwecke auszurichten. Die Briten suchten in den drei großen deutschen Forschern zuverlässige Garanten für diese Bedingung. Es war schließlich kein Zufall, dass die kurz darauf eingeführten Beschränkungen von wissenschaftlicher Forschung in Westdeutschland so gut wie ausschließlich die Naturwissenschaften und dort besonders die Kernphysik betrafen – jene Disziplin, welche die gefährlichsten Waffen hervorzubringen vermochte und von der folglich die größte Gefahr ausging.<sup>117</sup>

Man kann sagen, dass Hahn, dessen Berufung zum Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft nicht unwesentlich auf Willen und Einfluss der Briten zurückging, und Heisenberg damals in London auf die ausnahmslos friedliche Kernforschung verpflichtet worden waren und fortan als die Sachwalter dieses britischen Interesses fungierten. Aus diesem Grund war Heisenberg 1955 – in einer Atmosphäre, die im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit noch germanophob war, und trotz des Verdachts willfähriger Regimetreue im „Dritten Reich“ – auch zum auswärtigen Mitglied der britischen Royal Society gewählt

---

115 Vgl. Oexle 2003, S. 33 ff.

116 Vgl. ebd., S. 30.

117 Vgl. Stamm 1981, S. 57 ff.

worden.<sup>118</sup> Heisenberg kannte also die Interessen der Besatzungsmächte, wusste nach diesen Diskussionen, wie er sich wissenschaftsorganisatorisch im Anschluss an seine Rückkehr nach Deutschland zu verhalten hatte. Und eben dies sollte ihn in Zukunft gegenüber jederlei gegenläufiger Aktion der deutschen Regierung auch so sensibel, ja schlechterdings nervös stimmen.

Und zweitens erfuhr Heisenberg anfangs der 1950er Jahre auch die Vorbehalte der US-amerikanischen Seite. Dort wurde, so lernte er, die Gefahr einer deutschen Kernenergieforschung, die militärischen Zwecken folgte, am meisten gefürchtet und die Ansichten von US-Militärs und -Politikern waren wohl die größte Hürde für eine dauerhafte Befreiung deutscher Nachkriegsnuklearwissenschaft aus dem Korsett des alliierten Besatzungsstatuts.<sup>119</sup> In der Tat bereitete Strauß' freimütiges Bekenntnis zum Wunsch nach deutschen Atomwaffen ab 1955 einigen politischen Persönlichkeiten in Washington Sorge; man befürchtete dort, die Bundesrepublik könnte in naher Zukunft über eigene Produktionsstätten atomarer Waffen verfügen.<sup>120</sup> Den 1945 zunächst vollständig abgerüsteten Deutschen billigte die US-amerikanische Seite – freilich ohne dass dies Frankreich guthieß – durchaus – im Verlauf der 1950er Jahre eben auch nukleare – Waffen zu, allerdings ausschließlich im eingeschränkten und kontrollierten Rahmen der NATO. Eine autonome Herstellung und Verwendung dieser Massenvernichtungswaffen behagte den US-amerikanischen Staatslenkern dagegen nicht.<sup>121</sup> Und auch die Verhandlungen sowie abgeschlossenen Verträge zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft inmitten der 1950er Jahre bewiesen deutlich, dass der Bundesrepublik zwar eine eigenständige Armee, nicht aber der uneingeschränkte Zugang zu den jeweils gerade modernsten Waffensystemen eingeräumt wurde.<sup>122</sup> Weder Frankreich, noch Großbritannien oder die Vereinigten Staaten wollten der Bundesrepublik in Sachen Atomwaffen einen gleichberechtigten Status zugestehen.

Unter denselben Vorbehalten blockten die Alliierten überdies Heisenbergs Bemühungen ab, bei Kapazitäten und Material für die westdeutsche Reaktorforschung höhere Grenzwerte durchzusetzen. Die britische Regierung befürchtete

---

118 Vgl. o.V.: Aus den Instituten, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 2/1955, S. 105.

119 Vgl. Eckert, Michael: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 1, S. 115-143, hier S. 120.

120 Vgl. Fischer 1994, S. 282 und folgend S. 289.

121 Vgl. Bald 1994, S. 21 u. S. 72.

122 Vgl. Rese 1999, S. 30.



im Falle einer diesbezüglichen Pressemeldung, dass sich die mutmaßlich deutschfeindliche Öffentlichkeit entrüsten würde, nachdem vor gar nicht so langer Zeit englische Wohngebiete noch von deutschen Vernichtungswaffen heimgesucht worden waren.<sup>123</sup> Briten und US-Amerikaner setzten Heisenbergs Ambitionen enge Grenzen und bestätigten dessen Befürchtungen. Fraglos sollte die sich volkswirtschaftlich schnell regenerierende Bonner Republik in Zeiten kostspieligen Wettrüstens einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten. Keinesfalls aber sollte sie die Möglichkeit erhalten, Herr über Massenvernichtungswaffen zu werden. Geleitet von dieser Erkenntnis, die überdies die 1945 in London erhaltenen Instruktionen in ihrer Gültigkeit bestätigte, fasste Heisenberg die deutsche Wiederbewaffnung, erst Recht eine atomar-gestützte, als größte Bedrohung seiner Pläne einer deutschen „Big Science“ auf. Schließlich hatte die Bundesrepublik überhaupt nur mühsam in diplomatischen Auseinandersetzungen eine grundsätzliche Freigabe der zivilen Nuklearforschung eringen können.<sup>124</sup> Im Wissen um die allzeit glaubwürdig zu demonstrierende Unempfänglichkeit gegenüber jeglichen Verbindungen mit dem Militär mieden die großen Wissenschaftsorganisationen wie MPG und DFG die Verteidigungsforschung tunlichst; dem Verteidigungsministerium blieb der Zugang zur westdeutschen Wissenschaftslandschaft daher fest verschlossen.<sup>125</sup> Die Göttinger Erklärung war ein öffentlich weithin vernehmbarer Ausdruck dieser selbstschützenden Verweigerungshaltung, der Versuch, im In- wie Ausland Vertrauen zu gewinnen.

### 3.2.4 Wider die heraufziehende Gefahr aus der Politik

Alles, was den Anschein einer Verbindung zwischen Nuklearforschung und Militär erwecken konnte, konnte daher bei den Wissenschaftlern Ängste um ihre Berufsausübung hervorrufen. Selbst die allzu generell gehaltene Bezeichnung des Bundesatomministeriums, die kein eindeutiges Bekenntnis zu einem ausschließlich zivilen Forschungszweig ablegte, stellte sich daher wohl in den Köpfen einiger Atomforscher als eine überaus heikle Angelegenheit dar. Und zu allem Überduss fungierte Strauß nicht nur als Atomminister, sondern auch als Stellvertretender Vorsitzender im Bundesverteidigungsrat.<sup>126</sup> Diese institutionel-

---

123 Vgl. Fischer 1994, S. 47 ff.

124 Vgl. ebd., S. 31.

125 Vgl. Trischler 2006, S. 241.

126 Der Bundesverteidigungsrat ist der Vorläufer des noch heute existierenden Bundessicherheitsrates.

le Verkettung und der nicht ausgeschlossene Übergang zu einer militärischen Atompolitik bargen erhebliche Brisanz und Ungewissheit, nährten vor allem aber Spekulationen in der Presse ob eines systematischen Zusammenhangs dieser Personalunion.<sup>127</sup> Aus Sicht der Atomwissenschaftler war dies symptomatisch für das atompolitische Handeln der Bundesregierung in den 1950er Jahren: Zum einen verwischten in der amtlichen Ministeriumsbezeichnung die Grenzen zwischen Militärischem und Zivilem; zum anderen rückten Politiker durch ihr Verhalten den Bereich immer stärker in die Nähe der militärischen Nutzung. Strauß beabsichtigte sogar, Leiter eines Heimatverteidigungsministeriums zu werden, in dessen Kompetenzbereich nicht nur militärische, sondern zugleich auch zivile Atomforschung fallen sollte.<sup>128</sup>

Noch einmal: Genau dies trachteten die Atomwissenschaftler mit aller Macht zu verhindern. Heisenberg und seine Kollegen hätten sich gewiss behaglicher gefühlt, wenn die Namensgebung der Deutlich- und Verbindlichkeit halber auf ein „Atomministerium für zivile Kernenergienutzung“ hinausgelaufen wäre – zudem besetzt mit einem Minister, der nicht mit Angelegenheiten der Landesverteidigung betraut war. Das Verhalten der Bundesregierung in der Zeit vor der Göttinger Erklärung lief ihren Interessen in diesem Punkt freilich völlig zuwider und drohte, die Möglichkeiten ihres Forschungsfelds empfindlich zu beschneiden.

Adenauers bzw. Strauß' Politik der Atomwaffen bildete in den Jahren 1956 und 1957 folglich nichts Geringeres als den Gipfelpunkt an Gefahr für Heisenberg und sein Wissenschaftlernetzwerk, für deren angestrebte Wiederaufnahme ihrer 1945 zwangsweise unterbrochenen Arbeiten an Kernenergiequellen. Zwar hatte Adenauer im Herbst 1954 im Vorfeld der Pariser Verträge, welche die Souveränität des westdeutschen Staats festschreiben sollten, für die Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz eine „freiwillige“ Erklärung auf Atomwaffenverzicht abgegeben, doch diente diese vornehmlich dem polittaktischen Zweck, nach den gescheiterten EVG-Verträgen über einen anderen Weg eine Legalisierung der Nuklearforschung zu erreichen. Die Erklärung sollte bei den Verhandlungspartnern Vertrauen erwecken und ihnen das Gefühl von Sicherheit vermitteln – schließlich stand der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO kurz bevor, doch wollte Frankreich insbesondere der Bundesrepublik kategorisch den Zugang zu Atomwaffen versperren. Adenauers freiwilliger Selbstverzicht war somit nichts weiter als eine vorübergehende Maßnahme zur Beschleunigung der deutschen Westintegration, ein diplomatischer Schachzug al-

---

127 Vgl. Stamm 1981, S. 225.

128 Vgl. Fischer 1994, S. 192.

so.<sup>129</sup> In einer veränderten außenpolitischen Situation würde sich diese Festlegung dagegen schnell widerrufen lassen, würde Adenauer ungeachtet seiner früheren Aussagen Atomwaffen reklamieren können. Die meisten der achtzehn Kernphysiker trauten den Worten des Regierungschefs jedenfalls nicht, wussten um die begrenzte Gültigkeit seiner Festlegung, ahnten, dass er von ihnen abrücken würde, sobald sich einmal die Gelegenheit dazu ergab. Und mit Strauß hatte sich ein Politiker ihrer Angelegenheit angenommen, der nicht als Korrektiv zu Adenauer wirkte, sondern diesen in der Atomwaffenfrage sogar noch bestärkte.

Ganz davon abgesehen: Einen Bezug von Atomwaffen aus ausländischer Produktion, die Lagerung innerhalb der Bundesrepublik oder die Herstellung auf außerhalb Deutschlands liegendem Territorium schloss Adenauers Erklärung nicht aus. Derartige „Gemeinschaftslösungen“ zwischen westeuropäischen Staaten waren – ganz im Gegenteil – sogar bewusst offen gehalten worden. Insofern war die Verzichtserklärung doppelt fragil: Sie war nicht beständig formuliert und schloss alternative Wege, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen, nicht aus. Und auch die Veranlagungen von Adenauers politischer Führung entwerteten die Verzichtserklärung. Denn der Kanzler hatte in der Vergangenheit bereits des Öfteren – letztlich nur scheinbar verbindlich geäußerte – Zusagen gebrochen, wenn er dies nach Maßgabe jeweils aktueller politischer Lagen gerade als opportun erachtet hatte.<sup>130</sup> So sprach er sich 1949 anlässlich der Gründung der Bundesrepublik für die Verhütung einer Wiederbewaffnung aus, um nur ein halbes Jahr später dem Wunsch seiner neuen außenpolitischen Partner nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag geflissentlich nachzukommen.

Und auch Atomminister Strauß ließ erwarten, den erklärten Verzicht baldmöglichst zu annullieren. Jedenfalls versäumte er nicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die engen Grenzen der eingegangenen Verpflichtung hinzuweisen. Auffällig penibel versicherte er, dass die Regierung „gemäß dem Wortlaut der Pariser Verträge keine Atomwaffen, wie sie dort definiert sind, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland herstellen“<sup>131</sup> werde. In diesen Worten, aus dem Munde eines in informierten Kreisen als Atomwaffenführsprecher bekannten Ministers, verbarg sich eine juristische Nische, nukleare Waffentechnologie über Umwege aus dem Ausland beziehen zu können.

Darüber hinaus gab es Präzedenzfälle anderer Staatsmänner, deren Aussagen sich im Nachhinein als wertlos herausgestellt haben. So hatte schon der französi-

---

129 Vgl. Eckert 1989, S. 123; Fischer 1994, S. 283 f.; Rupp 1980, S. 73; Strauß 1989, S. 266.

130 Vgl. Müller 1990, S. 550.

131 Zitiert nach Fischer 1994, S. 285 f.

sche Ministerpräsident Guy Mollet eine Entsagung von Atomwaffen bekundet, die dann auf Druck des Parlaments spontan zugunsten einer Kernwaffenoption widerrufen worden war.<sup>132</sup> Demnach lag es nahe, auch Adenauers Atomwaffenverzicht als einen zeitlich befristeten zu betrachten. Sobald sich die Chance ergab und die außenpolitischen Notwendigkeiten es erforderlich und möglich machten, würde der Kanzler – so dachten wohl Viele – seinen Kurs schnell ändern können.

Was die Absicht anbelangte, in der westdeutschen Bevölkerung eine positiven Bewertung ihres Metiers zu erreichen, geriet die Situation für die Atomforscher im Verlauf der 1950er Jahre folglich zunehmend brenzlicher. Die späteren Manifestanten wurden nervöser, ihre Angst wuchs. Seit Dezember 1955 ließen sich in den Medien allenthalben aus Bonner Regierungsstellen lancierte Gedanken über eine deutsche Atombewaffnung der Bundeswehr vernehmen.<sup>133</sup> Adenauers Erinnerung aus den 1960er Jahren, die Frage einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr wäre erstmals zu Beginn des Jahres 1957 aufgetaucht, trifft somit nicht zu. Aus dem Ausland kommende Signale deuteten schon um einige Zeit früher auf eine Bereitschaft der NATO hin, die Ausstattung der Bundeswehr mit atomwaffenfähigen Abschussrampen zu akzeptieren, was von deutschen Regierungspolitikern aufgrund der gesteigerten Militärmacht und des Zugewinns an Autonomie bereitwillig aufgenommen wurde. Im Dezember 1956 signalisierte der US-Verteidigungsminister Charles E. Wilson bspw., verbündeten europäischen Staaten in naher Zukunft taktische Atomwaffen liefern zu wollen; dies versetzte Strauß offenbar in eine Euphorie, ließ ihn – irrtümlich und selbstbewusst – von einer bereits beschlossenen deutschen Atombewaffnung sprechen.<sup>134</sup> Überhaupt Strauß: Seine öffentlichen Aussagen versetzten die Atomforscher wohl am stärksten in Panik. Er erwies sich als ein Atomminister, der immerhin *dpa*-Meldungen mit dem Titel „Neben Butter auch Kanonen“ produzieren konnte.<sup>135</sup> Im Sommer 1956, als bei Heisenberg und v. Weizsäcker die Absicht der politischen Manifestation an Entschlossenheit zunahm, war es für die Atomforschung besonders unerfreulich geworden. In München bezeichnete die *Abendzeitung* die Atomenergie bereits als „ein Geschenk des Teufels“ und so manche Bürger klagten über physisch unbehagliche „Atombeschwerden“.<sup>136</sup> Heisenberg und seine Kollegen mussten erkennen, dass sich das Volk vor ihrer Profession

---

132 Vgl. o.V.: A-Bomben muß man haben, in: Der Spiegel, 02.01.1957.

133 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 126/S. 36.

134 Vgl. ebd., S. 36 f.

135 Vgl. o.V.: Strauß: „Neben Butter auch Kanonen“, in: dpa, 13.10.1956.

136 Zitiert nach Deutinger 2001, S. 105.

regelrecht fürchtete – und aus ihrer Sicht trug die Politik durch ihre einseitige Planung, Kernenergie im Rahmen militärischer Waffen zu verwenden, ganz offenkundig die Schuld daran.

Die Situation eskalierte. Als Adenauer dann im April 1957 öffentlich von einem deutschen Atomwaffenbesitz schwadronierte, musste dies besorgte Gemüter wie Heisenberg in ihren Zweifeln ob des Kanzlers Verlässlichkeit seiner früheren Aussagen nur bestätigen. Joachim Radkau vermutet gar, dass das Göttinger Manifest von dem konkreten Misstrauen motiviert gewesen war, das bis 1958 noch in der Planung befindliche Kernforschungszentrum Karlsruhe könnte von der Bundesregierung und dem Militär irgendwann einmal zu einer getarnten Waffenschmiede missbraucht werden.<sup>137</sup> Tatsächlich berichtete Heisenberg in seiner Autobiografie, ihn habe beunruhigt, dass für die politischen Entscheidungsträger „die Grenzen zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik ebenso fließend waren wie die zwischen Atomtechnik und atomarer Grundlagenforschung“<sup>138</sup>, bei denen sich das eine jeweils aus dem anderen ergäbe. Im gemeinsamen Gespräch vermuteten Heisenberg und sein Intimus v. Weizsäcker im Sommer 1956 möglicherweise, die Bundesregierung könne in der Entscheidung für Karlsruhe eine zukünftig wahrnehmbare Kernwaffenoption gesehen haben;<sup>139</sup> denn die dortigen Gebiete und vorgesehenen Institutskonstellationen ließen sich bei etwaigem Bedarf sehr schnell für militärische Zwecke dienstbar machen. In der Tat beabsichtigte das Bundesverteidigungsministerium, indirekt eine militärisch orientierte Auftragsforschung auf den Weg zu bringen, ohne dabei jedoch eigene, erkennbar als militärische Forschungsstellen gekennzeichnete Einrichtungen aufzubauen.<sup>140</sup> Bis dieses Vorhaben im Rahmen einer Zusammenarbeit mit der Fraunhofer-Gesellschaft verwirklicht werden würde, waren die Beamten des Verteidigungsministeriums 1956 auf der Suche nach geeigneten Partnern. Gleich, ob die beiden Atomenergiestrategen Heisenberg und v. Weizsäcker eine ernsthafte Absicht der Bundesregierung, das für zivile Arbeiten geplante Forschungszentrum in Karlsruhe zu einem bestimmten Zeitpunkt für militärische Vorhaben umzufunktionieren, vermuteten oder nicht: In der Bevölkerung und im Ausland konnte leicht ein solcher Verdacht entstehen. Denn ob „das Plutonium verwendet wird, um neue Energie zu gewinnen oder auf Stapel gelegt wird, um Bomben herzustellen, liegt in der Hand der betreffenden

---

137 Vgl. Radkau 2006, S. 54.

138 Heisenberg 1976, S. 258.

139 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 79; Heisenberg 1976, S. 258 ff.; Herbig 1976, S. 462 f.; Lindner 2002, S. 116.

140 Vgl. dazu Stamm 1981, S. 253 f.

staatlichen Macht“<sup>141</sup>. Und eine funktionstüchtige, Vertrauen erweckende Kontrolle der Plutoniumerzeugung im Rahmen einer internationalen Organisation existierte seinerzeit nicht. Für Heisenberg war dies problematisch, hatte er doch in öffentlichen Diskussionen um die Reaktorstation und auch in anderen Kontexten stets peinlich darauf geachtet, keinen Anlass für den Verdacht zu geben, die Bundesrepublik könne sich mithilfe ihrer Atomwissenschaftler über die unverdächtige Etappe einer zivilen Forschung klandestin in die Riege der nuklearen Militärmächte einreihen.<sup>142</sup> Während Heisenberg und seine späteren Mitunterzeichner der Göttinger Erklärung mit großem Bedacht Informationen über die Kernkraftforschung streuten, hantierten der Bundeskanzler und der Bundesverteidigungsminister weitaus unvorsichtiger damit.

Kurzum: Adenauer und seine Politik drohten den Kernphysikern die lange Jahre mühsam betriebene Akkreditierung von Kernenergie bei ausländischen Regierungszentralen, auch den Menschen innerhalb wie außerhalb Westdeutschlands schlichtweg zunichte zu machen. Militärisches, erst Recht wenn es sich um Massenvernichtungsmittel wie atomare Bomben handelte, war in der vom letzten Weltkrieg traumatisierten bundesrepublikanischen Bevölkerung, war im postnationalsozialistischen Deutschland verpönt und wurde auch im Ausland, insbesondere von den Opfern des nationalsozialistischen Terrors und Weltkriegs nicht toleriert. Waffen, die zur abrupten Auslöschung einer ganzen Großstadt instande waren, waren mit der „Sehnsucht nach einem neuen, moralisch einwandfreien Profil deutscher Sicherheits- und Außenpolitik“<sup>143</sup> und der Abkehr von deutscher Machtpolitik unvereinbar. Die demoskopischen Werte der Atomenergie kamen in den 1950er Jahren daher nie aus dem Negativen heraus; 1957 befanden sie sich sogar im Keller. Bei der Frage, ob sie Segen oder Fluch sei, votierten 1956 zwar dreißig Prozent, 1957 aber nur noch 21 Prozent für „Segen“; für einen „Fluch“ hielten sie dagegen 1956 schon 52 Prozent, 1957 gar 57 Prozent.<sup>144</sup> Heisenberg und v. Weizsäcker hatten eine solche demoskopisch gemessene Entwicklung, einen schwerwiegenden Reputationsverlust der Kernenergie, schon 1945 während ihrer gemeinsamen Internierung im englischen Farm Hall antizipiert. Mit Schrecken nahmen die beiden den Atomwaffeneinsatz in Hiroshima nicht nur wegen der großen Zahl an menschlichen Opfern auf, sondern auch weil

---

141 Haxel 1953, S. 28.

142 Vgl. Heisenberg 1989, S. 123.

143 Fischer 1994, S. 287.

144 Vgl. DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1959/60, Bd. 3/4. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1962, S. 13; Rupp 1980, Fußnote 446/S. 89.

sie die öffentliche Reaktion – die moralische Ächtung der Atomwissenschaft in der Bevölkerung – und deren mögliche Folgen – eine Diskreditierung und analoge Ächtung, möglicherweise den Verbot oder die mangels Geldgeber unabwendbare Stilllegung von Kernforschung –, voraussahen. Auch deshalb sinnierten die beiden eng befreundeten Nuklearforscher über Verantwortung von Wissenschaftlern und fahndeten nach tauglichen Methoden, mit denen man sich des Hautgouts entledigen konnte, eine militärische Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse verschuldet zu haben.<sup>145</sup>

Ihre beim gemeinsamen Spaziergang am englischen Rosenbeet in Farm Hall angestellten Überlegungen liefen im Prinzip bereits auf jenes Ziel hinaus, das Heisenberg später mit seinem Konzept des Deutschen Forschungsrates (DFR) verfolgte.<sup>146</sup> Wissenschaft sollte zukünftig – insbesondere im Zeitalter der Atombombe – fest in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden sein.<sup>147</sup> Zu diesem Zweck sollten Wissenschaftler über eine angemessen mit Macht und Kompetenz ausgestattete Instanz dafür sorgen können, dass ihre Erkenntnisse – aufgrund derer Tragweite insbesondere solche aus den kernphysikalischen Laboratorien – ausschließlich in zivilen, friedlichen Kontexten ihre praktische Anwendung finden würden. Den im „Dritten Reich“ erlebten Missbrauch naturwissenschaftlicher Forschung für die Rüstung und kriegerische Einsätze zukünftig zu unterbinden: Darin mündete die spätere Zielsetzung des DFR, die aus dem Zweiten Weltkrieg und seinem Interesse an einem moralisch einwandfreien Image wissenschaftlicher Erkenntnisarbeit gewonnenen Einsichten.<sup>148</sup> Und vom DFR versprach sich Heisenberg nicht allein einen institutionell verbürgten Machtzuwachs, sondern auch die Chance, der Öffentlichkeit das aufrichtige Bemühen namentlich der Atomwissenschaftler demonstrieren zu können, sich entgegen geläufiger Stereotype und tatsächlichem Fehlverhalten in der Vergangenheit nun nicht mehr von Politikern verantwortungslos missbrauchen zu lassen. Dabei handelte es sich somit um eine Vertrauensmaßnahme, eine der „Verantwortung Ausdruck verleihende Vertretung“<sup>149</sup>, wie der Geschäftsführer des DFR treffend formulierte. Und auch Otto Hahn, ebenfalls DFR-Mitglied, ließ in den

---

145 Vgl. dazu Heisenberg 1976, S. 227-235; Herbig 1976, S. 333 ff.

146 Vgl. zum Deutschen Forschungsrat Kap. 3.5 dieser Arbeit.

147 Vgl. Carson, Cathryn: Heisenberg als Wissenschaftsorganisator, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 214-222, hier S. 214.

148 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 45; Heisenberg 1980, S. 88.

149 Eickemeyer 1953, S. 228 [i.O. kursive Herv.].

1950er Jahren den Ruf nach einem „politische[n] Mitbestimmungsrecht“<sup>150</sup> der Wissenschaft erklingen. Das Scheitern dieses Vorhabens, des Deutschen Forschungsrates Heisenberg'scher Provenienz, verlangte dann allerdings nach einer Alternative – und an dieser Stelle lässt sich wieder auf die Imagekampagne der Nuklearforscher zurückkommen: Die Politik, deren Verhalten sich mit Blick auf Adenauer und Strauß offenbar nicht kontrollieren ließ, sollte über eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unter Druck gesetzt und zugleich eine gebührende Wahrnehmung von Verantwortung durch die Forscher suggeriert werden.

Die Atomwissenschaftler, in erster Reihe Werner Heisenberg, hatten unentwegt auf einen expliziten, dauerhaft verbindlichen Verzicht auf militärische Nutzung der atomaren Kräfte gedrängt. Über viele Jahre hinweg hatte das Ziel etlicher Anstrengungen darin bestanden, eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung, eine verbindliche Absage an Kernwaffen zu erwirken. Vor der Göttinger Erklärung hatte es viele dahingehende Versuche gegeben – so auch über den Kontakt zu einigen Parlamentariern unmittelbaren politischen Einfluss auszuüben. Im Oktober 1955 artikuliert die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPAG) im Deutschen Bundestag – auf Einwirkung Heisenbergs – die Forderung, ein „Verbot der Verwendung von Kernbrennstoff für militärische Zwecke“<sup>151</sup> im damals noch ausstehenden Bundesatomgesetz an prominenter Stelle zu verankern. Ebenfalls im Oktober 1955 legten Abgeordnete der IPAG den Mitgliedern des Bundestages und der Landtage einen eigenen Atomgesetzentwurf vor. Auch dieser pochte auf eine wasserdichte und nicht mehr zu umgehende Tabuisierung von Kernwaffen für die Bundesrepublik. Jeglicher Einsatz von Nukleartechnologie zu militärischen Zwecken, der Besitz von Kernwaffen im Generellen sollten gesetzlich untersagt werden.<sup>152</sup> Offenkundig bezweckten diese Schritte, eine politische Verlässlichkeit der Regierungsarbeit herbeizuführen, der zufolge ein eigenes nationales Gesetzeskonstrukt dauerhaft die militärische Kernkraftnutzung verbieten sollte – also auch bei einem Fortfall der Bestimmungen internationaler Verträge, die bis dahin das Recht auf und die Produktion von Kernwaffen für die Bundesrepublik noch einschränkten. Diese gesetzliche Festschreibung eines ausschließlich zivilen Atomkraftgebrauchs, welche die Atomforscher wünschten, scheiterte freilich an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen, der Unionsdominanz im Bundestag.

Kurzum: Nachdem sie allen wissenschaftspolitischen Bemühungen zum Trotz persönlich keine Gewähr mehr für die ausschließlich zivil-friedliche Kern-

---

150 Ebd., S. 224.

151 Zitiert nach Fischer 1994, S. 244.

152 Vgl. ebd., S. 244 f. u. S. 264 f.



energienutzung bieten konnten, sahen Heisenberg und v. Weizsäcker nur noch die Möglichkeit, sich mit einem öffentlichen Testat von der militärischen Anwendung, vom Atomwaffenbau, zu distanzieren.<sup>153</sup> Für diesen Schachzug erwählten die beiden als Medium das politische Manifest, entschlossen sie sich, die Kundgebung von der Mainau noch einmal unter anderen Vorzeichen und in einer leicht modifizierten Version zu einem hierfür geeigneten Zeitpunkt zu wiederholen. Adenauers Artillerie-Äußerung vom April 1957, begleitet von weiteren Waffenbesitzankündigungen Strauß',<sup>154</sup> markierte den Gipfelpunkt an Gefahr, die der Kanzler und sein Verteidigungsminister in den Augen der Atomforscher für ihre Wissenschaftsbedingungen über einige Jahre hinweg erzeugt hatten – und eben gleichzeitig die ersehnte Gelegenheit zur Gegenwehr. Man hatte richtiggehend Angst, dass Adenauers leichtsinnige Wortwahl von einer „weiterentwickelten Artillerie“ zu einem gänzlich falschen Öffentlichkeitsbild der Atomenergie führen, ihr Forschungsgebiet ruinieren, alle bisherigen Bemühungen vergeblich werden lassen könnte. Ja, das leichtfertige Gerede von Atomartillerie und Kernwaffeneigentum musste eine Katastrophe für die öffentliche Wahrnehmung von kernphysikalischer Wissenschaft sein. Adenauer drohte dadurch – wenn auch unbeabsichtigt – mit wenigen Worten auch die friedliche Nuklearforschung, die nun einmal unglücklicherweise eine Vorstufe zur Waffenfabrikation bildet, als eine unheimliche Gefahrenquelle nachhaltig zu diskreditieren, aber auch das Ausland nervös zu machen, von mehreren Seiten Widerspruch herauszufordern.<sup>155</sup>

Und noch etwas: Mit einem rigorosen Verzicht auf jegliche Beteiligung an nuklearer Waffenentwicklung in der Bundesrepublik konnten die Manifestanten den Anschein einer zivil-friedlichen Forschungstradition deutscher Kernphysik erwecken, gewissermaßen eine kohärente, von den 1930er bis in die 1950er Jahre reichenden Traditionslinie suggerieren. Denn während des „Dritten Reichs“ und im Zweiten Weltkrieg hatte man schließlich de facto nicht an einer Tod bringenden Bombe, sondern an einer Energie spendenden „Uranmaschine“ gearbeitet – Gegenteiliges ließ sich damals noch nicht nachweisen. Damit verfügten sie in einer Gesellschaft, auf der vielerlei Hypotheken der nationalsozialistischen Vergangenheit lasteten, über ein moralisch vorteilhaftes Bild, das es möglichst

---

153 Vgl. Heisenberg 1976, S. 260; Kraus 2001, S. 190. Auch Carson nimmt an, dass die westdeutschen Kernforscher den öffentlichen Widerstand antizipierten und eine, die militärische Verwendung offiziell ausschließende, Regierungserklärung verlangten; vgl. Carson 2004, S. 21.

154 Vgl. Kitzinger 1960, S. 54.

155 Vgl. Heisenberg 1976, S. 265.

überzeugend zu vermitteln galt. Otto Hahn als Präsident der MPG und sein Generalsekretär Telschow taten dies schon seit Jahren. Die Göttinger Erklärung fügte sich in dieses PR-Programm einer moderaten Geschichtsglättung trefflich ein. Wie für die Kernphysiker im Allgemeinen war sie auch spezifisch für die Max-Planck-Gesellschaft eine geeignete Maßnahme, um das zwiespältige Image, das diese ihrer einstigen Verwicklung in militärische Forschungsvorhaben wegen belastete, aufzupolieren.

Nach dem Krieg befand es die deutsche Atomwissenschaftlerelite für notwendig, ihre Forschungsaktivität im „Dritten Reich“ in einer moralisch akzeptablen Form zu definieren, sodass man zukünftig nicht der Unmoral und opportunistischen Regimekollaboration bezichtigt werden konnte.<sup>156</sup> Sie sah dies als eine wichtige Voraussetzung an, um auch in der Bundesrepublik von Skepsis und Schuldvermutungen unbehelligt forschen zu können. Nicht nur ihre wissenschaftlichen Aktivitäten in der Nachkriegszeit, sondern auch die Vergangenheit galt es also von Anrüchigem und Belastendem rein zu halten. Dazu suchten sie von dem anfänglichen Deutungsvakuum zu profitieren, wollten die Geschichte ihrer selbst am liebsten eigenhändig verfassen. Schon während ihres Aufenthalts in Farm Hall hatten die führenden deutschen Atomphysiker in der geschichtlichen Tatsache, im Gegensatz zu den Alliierten nicht systematisch an der Bombe gearbeitet zu haben, ein moralisches Schlupfloch ausgemacht.<sup>157</sup> Fortan wurden sämtliche Beteiligte des deutschen Atomforschungsprogramms im Zweiten Weltkrieg zeitlebens nicht mehr müde, die Existenz einer militärischen Zweckforschung mit dem Ziel, eine Bombe für Hitler zu konzipieren, schlichtweg zu leugnen. Dass sie in den ersten Kriegsjahren durchaus Überlegungen zur Atom-bombe anstellten, über Waffen für ein nukleares Inferno nachdachten, und sich erst auf Grundlage einer wissenschaftlichen Berechnung für eine konzentrierte Reaktorforschung entschieden, spielten sie in ihren Stellungnahmen und Erinnerungen geflissentlich herunter.

Außerdem deuteten sie ihre Mitwirkung am Uranverein heroisch zu einer Rettung der naturwissenschaftlichen Infrastrukturen durch die Kriegs- und Regimezeiten hindurch um. Dabei nutzten die daran Beteiligten jeweils geschickt ihr Zeitzeugenprivileg, um die Geschichtsschreibung zum Vorteil ihres pazifistischen Renommées zu beeinflussen. Mit dem Publizisten Robert Jungk gewannen

---

156 Vgl. Walker, Mark: Von Kopenhagen bis Göttingen und zurück. Verdeckte Vergangenheitspolitik in den Naturwissenschaften, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 247-259, hier S. 254 ff.

157 Vgl. Hoffmann 1993, S. 34 f.

sie in den 1950er Jahren sogar einen journalistischen Apologeten, den Heisenberg und seine Freunde als PR-Vehikel zu instrumentalisieren wussten. Jungk wurde dadurch „in der Bundesrepublik der wirkungsvollste publizistische Herold der atomaren ‚Community‘, der die apologetische Legende vom passiven Widerstand der deutschen Atomphysiker gegen Hitlers Bombenpläne in die Welt gesetzt hatte“<sup>158</sup>. Mit diesem Sachverhalt gehen jüngere Forschungsarbeiten nicht gerade zimperlich um. Sie werfen Otto Hahn vor, die Beziehungen der Kaiser-Wilhelm-Institute – damit auch die der Atomphysik – zum NS-Regime und deren wissenschaftliche Arbeiten in der Nachkriegsöffentlichkeit verfälscht kommuniziert, verklärt zu haben.<sup>159</sup> Demzufolge habe es sich um eine auf Ebene der MPG-Spitze angelegte Strategie gehandelt, sämtliche ehemaligen KWG-Wissenschaftler moralisch im Hinblick auf ihre Tätigkeit im Zeitraum von 1933 bis 1945 reinzuwaschen und als integer darzustellen.

Die neuere Geschichtsschreibung diagnostiziert nichts weniger als eine von „Hahn angeführte kollektive Verdrängung, die die Kompromisse im ‚Dritten Reich‘ und bei der Kriegsmobilisierung vergessen machte“<sup>160</sup> und in der Max-Planck-Gesellschaft über fünfzig Jahre eine aufrichtige Vergangenheitsbetrachtung verhinderte; die aber zugleich dazu beitrug, dass die deutschen Wissenschaftler in der Bundesrepublik „ihre akademische Position, ihr soziales Prestige und ihre ökonomische Sicherheit bewahren“<sup>161</sup> konnten. Mit der entschiedenen Aussage, nicht an einer Atomwaffe gearbeitet zu haben, inszenierten sich die Atomwissenschaftler um Hahn und Heisenberg als Akteure einer allzeit friedfertigen Wissenschaft, die lediglich das Pech hatten, im Kriegsstadium geforscht, ein nachteiliges Schicksal erlitten zu haben. Die 1945 eingetretene Situation eines „Kalten Kriegs“ zwischen Ost und West und der damit verbundene Rüstungswettlauf zwischen den USA und der UdSSR eröffneten den Atomwissenschaftlern überdies einen hervorragenden Profilierungsspielraum, da sie nun umso leichter von ihrem eigenen, nicht unproblematischen Versagen in der Vergangenheit ablenken konnten. Das eskalierende Rüstungsduell, in dessen Verlauf die beiden im Atomwaffen-Clinch liegenden Kombattanten in kurzen Zeitabständen mit Superwasserstoffbomben experimentierten und Waffen zur Freisetzung von Kobalt-„Todesstaub“ entwickelten, brachte einen Zustand des „Aufpeitschens in

---

158 Radkau 2006, S. 60.

159 Vgl. beispielhaft Walker 2006.

160 Ders. 2002, S. 255.

161 Ebd., S. 258.

Furcht“<sup>162</sup> hervor. Gerade dies aber lieferte genügend Gründe, um sich mit offenbar gemeinwohldienlichen Aufforderungen zur moralischen Einkehr, wie sie auch die Göttinger Erklärung darstellte, zugunsten der eigenen Reputation an die Öffentlichkeit zu wenden. Mit Appellen und Proklamationen konnten sich die Atomforscher zu moralischen Autoritäten aufschwingen, von ihrem eigenen Verhalten während des Zweiten Weltkriegs ablenken und sich selbst als kompromisslose Befürworter ausschließlich friedvoller Forschungsmaßnahmen ausweisen. Das politische Manifest war folglich Teil von diskursiven und rhetorischen Strategien,<sup>163</sup> welche die Vergangenheit neu bewerteten.

Dass die Göttinger Erklärung eine eindeutige PR-Funktion besaß, legt neben einem allgemeinen, über mehrere Jahre beobachtbaren Verhaltensmuster ihrer Urheber aber auch die kuriose Gegenstandslosigkeit ihrer zentralen Forderung nahe. Denn der vielbeschworene Verzicht auf ein autonom der Bundeswehr obliegendes Atomwaffenarsenal lag zwar zweifellos im politischen Entscheidungsbereich der Bundesregierung, doch demgegenüber unterlag eine Atomwaffenstationierung auf westdeutschem Territorium allein externen Entscheidungsräumen, auf die Adenauer gar keinen unmittelbaren Zugriff hatte. Darüber hinaus befanden sich zum Zeitpunkt des Manifests schon längst mit Atomsprengköpfen bestückte Waffen auf westdeutschem Boden.<sup>164</sup> Die US-Armee schaffte seit 1953 unter weidlicher Ausnutzung ihrer Besatzungsrechte eine der Bundesregierung unbekannte Menge an atomaren Waffen nach Westdeutschland.<sup>165</sup> Adenauer besaß folglich keinen besonders großen Einfluss auf die Pläne der US-Armee, auf das also, was in Washington letztlich entschieden wurde, und verfügte nicht einmal über genauere Kenntnisse über die auf westdeutschem Territorium gelagerten Arsenale US-amerikanischer Truppen.

---

162 Hahn, Dietrich (Hg.): Otto Hahn. Begründer des Atomzeitalters. Eine Biographie in Bildern und Dokumenten, München 1979, S. 284.

163 Vgl. hierzu Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 43 (1995) H. 10, S. 903-923, hier S. 914 f. Ash bezeichnet eine solche Vorgehensweise als „subtile Mischung von konstruierten Kontinuitäten und rhetorischen oder sonstigen Anpassungen an die neuen Verhältnisse“; ebd., S. 923.

164 Vgl. Weinstein, Adelbert: Eine apokalyptische Waffe?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.10.1953.

165 Vgl. dazu Fischer 1994, S. 284; Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 4, S. 575.

Und einmal abgesehen von dem Politischen: Im Zweiten Weltkrieg allgemein im Atomprojekt unterlegen,<sup>166</sup> verstanden die deutschen Kernphysiker vom Atomwaffenbau eigentlich nicht gerade viel. Jedenfalls hätte man sie aller Wahrscheinlichkeit nach 1957 nicht für eine deutsche Atomwaffenentwicklung mit entscheidendem Gewinn konsultieren können. Die Briten ließen Max Born im Juni 1945 sogar ohne Bedenken in die Sowjetunion reisen.<sup>167</sup> Das Know-how hätte also überwiegend aus dem Ausland erworben werden müssen, Techniker der Industrie hätten es anschließend in die produktive Praxis umgesetzt. Aber deutsche Atomwissenschaftler benötigte die Bundesregierung dafür kaum – jedenfalls nicht die Göttinger Achtzehn.

Es bleibt somit festzuhalten: Die Göttinger Erklärung besaß – insbesondere im Hinblick auf ihren Architekten v. Weizsäcker und dessen Mentor Heisenberg, aber ein wenig auch auf Hahn als ihren wohl populärsten Unterzeichner – eine eindeutig interessenpolitisch motivierte Kommunikationsfunktion. Denn der Begriff „Public Relations“ traf auf einige ihrer Funktionen zu, umfasst er doch „Information, Kommunikation, Persuasion, Imagegestaltung, kontinuierliche[n] Vertrauenserwerb“, auch das „Herstellen von gesellschaftlichem Konsens“.<sup>168</sup> Das Ziel von PR besteht darin, Einstellungen und Verhaltensweisen zu verändern, nicht zuletzt die politische Entscheidungsfindung zu beeinflussen, Problembewusstsein zu schärfen sowie finanzielle und moralische Unterstützung für die eigenen Anliegen zu gewinnen.<sup>169</sup> Kurz gesagt, dienen PR-Kampagnen zur Mobilisierung von Solidarität und zum Gewinn von Vertrauen – der Überlegung ihrer Urheber nach sollte das Göttinger Manifest all dies leisten. Viele der Manifestanten hatten sich jedenfalls lange vor dem April 1957 bemerkenswert aktivistisch im Sinne dieses gängigen Public-Relations-Begriffs betätigt.

### 3.3 ATOMWISSENSCHAFTLICHE POLITIKVERDROSSENHEIT

Die Wahrnehmung, durch verwehrten Ressourcenzugang in unzureichende Verhältnisse eingebettet zu sein, kann hohe Barrieren für Zufriedenheit oder wenigstens Genügsamkeit mit dem erreichten Status errichten. Wer sich durch äußere

---

166 Vgl. Hoffmann 1993, S. 19 ff.

167 Vgl. Born/Born 1969, S. 56.

168 Kamps, Klaus: Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung, Wiesbaden 2007, S. 98.

169 Vgl. ebd., S. 239 f.

Faktoren legitimer Möglichkeiten beraubt fühlt, seinen Handlungsspielraum als von externen Instanzen limitiert empfindet, kann diesen Zustand entweder resignativ hinnehmen und in regungsloser Apathie erstarbt eine bessere Entwicklung abwarten; oder er kann aktiv für einen Wandel der Situation eintreten. Für das Verständnis der Göttinger Erklärung kann in der letzteren Alternative eine ergiebige Erkenntnisquelle liegen. Darum erscheint es wichtig, Einblick in die Psychologie der Manifestantenschaft hinsichtlich etwaigen Missmuts, möglicher Enttäuschungs- und Verdrusserfahrungen zu nehmen.

### **3.3.1 Eine Elite in Wartestellung**

In den Jahren vor der Göttinger Erklärung befanden sich die westdeutschen Atomforscher in einer für sie entscheidenden Umbruchphase. Die Zustände in den unmittelbaren Nachkriegsjahren waren bitter ertragen worden, in den 1950ern kündigten sich endlich optimistischere Zeiten an. Es galt, mithilfe der sich langsam wieder füllenden Staatskasse und der sich regenerierenden Strukturen der Politik an den inzwischen stetig gewachsenen Vorsprung des Auslands aufzuschließen. Jedenfalls sahen dies Politiker, Forscher wie auch Wirtschaftslenker so. In den Atomwissenschaftlerkreisen hoffte man dies nicht nur, sondern rechnete vielmehr fest damit. Denn schließlich hatte sich die finanzielle Lage öffentlicher Haushalte inzwischen gebessert und wurden zunehmend die Restriktionen des Besatzungsreglements gelockert. Solche Phasen des Aufstiegs führen allerdings nicht zwangsläufig zu größerer Zufriedenheit, sondern können diese sogar verringern. Denn gerade wenn Dinge in Bewegung geraten, erhöht sich die Angst davor, am bevorstehenden Aufschwung nicht angemessen teilzuhaben, entstehen mitunter übertriebene Erwartungen, die von den Resultaten der Folgezeit nicht erfüllt werden.

Für die westdeutschen Forscher ergaben sich in diesem Wandlungsprozess ganz konkrete, veritable Chancen auf eigene Erfolge, nachdem sich die USA im Bereich der Kernwaffenentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg einen für Westdeutschland uneinholbaren Vorsprung gesichert hatten. Denn in besagtem Jahrzehnt befand sich die atomwissenschaftliche Welt in einer Phase des neuerlichen Aufbruchs, der Reorientierung und Bewegung. Es herrschte ein allgemeiner Optimismus, dass innerhalb weniger Jahre wirtschaftlich konkurrenzfähige Energieerzeugung durch Atomreaktoren möglich sein würde.<sup>170</sup> International begannen sich aufwändige Kooperationsorganisationen für gemeinschaftliches

---

170 Vgl. Bagge, Erich: Atomenergie für Friedenszwecke, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.12.1947; Prüß 1974, S. 21.

Forschen von Wissenschaftlern verschiedenster Nationalitäten zu konstituieren, so etwa 1952 der „Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire“ (CERN).<sup>171</sup> Die Deutschen hatten vor 1945 auf dem Gebiet der Kernphysik zur Weltelite gehört; nun wurden die Positionen und Ränge jedoch neu verteilt. Dadurch gerieten Heisenberg und seine Mitstreiter unter akuten Druck, in diesem aufgeregten Formationsstadium gut wegzukommen und Anschluss zu finden. Förderhin galt, innerhalb der Bundesrepublik eine zum Ausland konkurrenzfähige Forschung aufzubauen, wie aber auch, sich als Mitglieder in internationalen Netzwerken und Gemeinschaften einzufinden und zu etablieren. Die Kluft zu ausländischen Arbeiten war bereits groß und drohte sich mit hoher Geschwindigkeit noch weiter zu vertiefen.

Zu dem Rückstand kamen freilich noch weitere Probleme hinzu. Bis 1955 verhinderten die alliierten Kontrollratsgesetze ein staatlich im großen Stil gestütztes Förder- und Entwicklungsprogramm in der Bundesrepublik. Die westdeutsche Nuklearforschung war von 1945 an auf zehn Jahre hinaus, bis die prinzipiellen Verbote experimenteller Kernforschung infolge der wiedererlangten Souveränität schließlich 1955 entfielen, paralysiert gewesen. Innerhalb dieses bedrückenden Zeitraums konnte man aber zumindest die organisatorischen, planerischen und institutionellen Arrangements für eine dann möglichst rasant und mit allen Kräften aufzunehmende Nuklearforschung treffen. So dachten jedenfalls die Wissenschaftler.<sup>172</sup> Die meisten deutschen Atomforscher – allen voran Werner Heisenberg – gingen fest davon aus, dass die Auflagen und Beschränkungen der Siegermächte nur vorübergehender Natur sein würden.<sup>173</sup> Für sie kam es deshalb darauf an, so weit wie möglich die notwendigen Bedingungen zu schaffen und Vorbereitungen zu treffen, um nach der Aufhebung der alliierten Besatzungsstatute verzögerungslos und mit vollem Tempo durchstarten zu können.

Die westdeutschen Kernphysiker gingen sogar noch weiter: Sie ließen sich von den Widrigkeiten der Besatzungszeit nicht beirren und nahmen ihre unterbrochenen, indessen noch nicht wieder erlaubten Forschungen munter wieder auf. Es dauerte nicht einmal über das Jahr 1950 hinaus, bis man sich in den Kreisen der Atomphysiker kaum mehr Gedanken über die Forschungsbeschränkungen machte, sich nicht länger ernsthaft um eine Verletzung etwaigen Besat-

---

171 Vgl. Hermann 1982, S. 212 f.

172 Vgl. Kraus 2001, S. 135.

173 Vgl. Stamm 1981, S. 155.

zungsreglements kümmerte.<sup>174</sup> Die Bundesregierung unterstützte sie sogar in diesem Bestreben, erwies sich zunächst als engagierte Fördererin und Interessentin der jungen Technologie. Beispielsweise erstellte der Deutsche Forschungsrat 1951 einen Forschungsplan, in dem eine ganze Reihe von Projekten einen Fortfall der besatzungsstatutarischen Restriktionen zur Voraussetzung hatte, darunter ganz besonders die zivile Kernenergienutzung. Tatsächlich erhielt dieser Bereich dann von den insgesamt fünf Millionen Mark, die das Bundesinnenministerium gewährte, immerhin eine zugewiesen. Ludwig Erhards Bundeswirtschaftsministerium stellte für ein Reaktorprojekt insgesamt 1,5 Millionen Mark aus seinem Forschungsetat zur Verfügung. Vertreter des Wirtschaftsministeriums und der DFG riefen Ende 1954 eine unauffällige Tarnorganisation, die „Physikalische Studiengesellschaft“, ins Leben, über die man, ohne im Ausland mit einem offiziell gehaltenen Reaktorprojekt für Aufheben zu sorgen, staatliche und industrielle Gelder akquirieren konnte. Über Stipendien schickte man deutsche Physiker während der Restriktionszeit in das materiell und forschungsinfrastrukturell viel besser ausgestattete Ausland, wo diese als Mitarbeiter an kernphysikalischen Instituten Erfahrung sammeln konnten. Der Bund war also in der Zeit vor 1955, dem Jahr der offiziellen Aufhebung der wichtigsten Beschränkungen, bereits für eine versteckte Förderung gewonnen worden.

Tatsächlich war es wohl so, dass die westdeutschen Atomphysiker keiner Illusion anhängen, wenn sie glaubten, durch die Entwicklung eines ausgereiften Reaktors die Rückkehr in die Weltelite ihres Metiers schaffen zu können. Bei angemessener Unterstützung des Staats und der freien Wirtschaft ließ sich der Anschluss an das vorausgeeilte Ausland wohl bewerkstelligen. Dies war zumindest die Vorstellung, der die meisten der westdeutschen Kernphysiker anhängen. Es gab sozusagen eine einmalige Chance der zivilen Nische. Denn die Regierungen nuklearwissenschaftlich führender Staaten hatten diesen Forschungsbereich in erster Linie mit großzügigen Investitionsleistungen unterstützt, um so schnell wie möglich in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen. Rein zivile Zwecke spielten hingegen kaum eine Rolle. In Großbritannien war man den USA in den 1950er Jahren in der Reaktorforschung zwar voraus, doch dienten diese Entwicklungsanstrengungen mit dem Ziel, waffenfähiges Plutonium zu gewinnen, zuallererst militärischen Zwecken.<sup>175</sup> Die Vereinigten Staaten selbst kümmerten sich zum damaligen Zeitpunkt überdies noch kaum um den zivilen Anwen-

---

174 Vgl. zu diesem Abs. Gleitsmann 1986, S. 10 f.; Kitschelt, Herbert: Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts, Frankfurt am Main/New York 1980, S. 46 f.; Müller 1990, S. 118 ff.; Prüß 1974, S. 23 f.; Stamm 1981, S. 156 f. u. S. 161 f.

175 Vgl. hier und folgend Prüß 1974, S. 20 f.



dungsbereich. Aufgrund der in großer Menge vorhandenen fossilen Energieresourcen verspürte man dort keinen sonderlichen Druck zur Entwicklung alternativer Wärmequellen und fast der gesamte Etat der „United States Atomic Energy Commission“ (USAEC)<sup>176</sup> – achtzig bis neunzig Prozent davon – floss sogar noch Ende der 1950er Jahre unverzüglich in den Militärbereich. Die kernphysikalischen Bemühungen im Ausland waren somit vorwiegend auf militärische Projekte ausgerichtet und vernachlässigten den zivilen Anwendungsbereich.<sup>177</sup>

Der militärische Forschungszweig, auf den sich die Kollegen im Ausland spezialisiert hatten, war für die westdeutschen Atomphysiker jedoch gänzlich uninteressant. Dies aus zwei Gründen: Zum einen war eine eigene Atomwaffenherstellung nur zehn Jahre nach Kriegsende in der Bundesrepublik undenkbar, sie verbot sich geradezu. Zum anderen waren darin keine Leistungen, schon gar keine wissenschaftlichen, mehr zu erbringen. Längst hatten sich die beiden neuen Supermächte USA und UdSSR dieses Feld angeeignet, daneben stand bei anderen Mächten wie Frankreich und Großbritannien der Aufstieg in diese exklusive Riege unmittelbar bevor. Die westdeutschen Forscher mussten sich ihre Meriten – vielbeachtete Publikationen, Max-Planck-Medaillen, Nobelpreise – also andernorts erwerben.

Kurzum: Der Leistungsvorsprung von Kernwissenschaftlern in anderen Staaten war eindimensional, nämlich auf das Militärische beschränkt. Eine echte Gelegenheit, sich superbes Know-how, überlegene Kompetenz, wissenschaftliches Prestige, einzigartiges Wissen und nicht zuletzt öffentliche Anerkennung zu erschließen, gab es demgegenüber nur noch im Bereich der zivilen Kernenergieverwendung, die zu Beginn der 1950er Jahre noch „wissenschaftlich ein Höchstmaß an prestigebringender Grundlagenforschung garantierte“<sup>178</sup>. Denn die Reaktorentwicklung warf ganz andere Probleme auf als solche, die während des US-amerikanischen „Manhattan“-Projekts zum Bau von Nuklearbomben bis 1945 wissenschaftlich bereits gelöst worden waren. Kaum ein Sachverständiger konnte im Jahr 1955 bestreiten, dass die Bundesrepublik auf diesem Gebiet „friedlicher“ Forschung den Vorsprung des Auslands bei entsprechender Unterstützung durch den Staat würde aufholen können. Zudem verfügte die Bundesrepublik gerade in den für die Kernenergieentwicklung bedeutsamen Bereichen in Wis-

---

176 Zur USAEC siehe auch Kap. 3.3.2 dieser Arbeit.

177 Vgl. Prüß, Karsten: Die Entwicklung der Schwerionenforschung in der BRD, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 217-254, hier S. 223.

178 Kitschelt 1980, S. 46.

senschaft und Wirtschaft über ein hohes Potenzial, um mit eigenen Innovationen an die Erfahrungen des fortgeschrittenen Auslands anknüpfen zu können.<sup>179</sup> Nur war dazu eben die Bereitschaft der öffentlichen Hand zu einem beherzten Griff in die Staatsschatulle vonnöten. Zum Beispiel gelangten die späteren Manifestanten Riezler, Paul und Walcher 1959 zu der Auffassung, die missliche Lage der westdeutschen Kernphysik ließe sich vor allem durch technisch aufwändige und entsprechend teure Großbeschleuniger überwinden, die seinerzeit eigentlich bloß US-amerikanischen Forschern vorbehalten waren und deswegen Westdeutschland innerhalb Europas in eine Spitzenposition hätten katapultieren können.<sup>180</sup>

Kernforschung an der Weltspitze, dies wurde schnell klar, würde wie kaum ein anderer Wissenschaftszweig enorm viel Geld verschlingen. Und wo Forschungslücken existieren, sind Marktlücken nicht weit entfernt. Insofern eignete sich die Atomwissenschaft ganz besonders, um die Privatwirtschaft für Subventionen zu gewinnen. Doch der Hauptadressat der Physikerbedürfnisse war immer noch der Staat, scheute die Wirtschaft doch die finanziellen Risiken, die mit der alleinigen Trägerschaft einer zwar aussichtsreichen, aber dennoch stark entwicklungsbedürftigen Technologie verbunden waren.

Und selbst nachdem die Politik während der Restriktionszeit alliierter Kontrollratsgesetze zum Unmut der Physiker bis 1955 die Möglichkeiten zur staatlichen Kernenergieförderung nicht mit vollem Elan und ganzer Kraft ausgeschöpft hatte,<sup>181</sup> existierten die Chancen für ein schnelles Aufschließen zum Ausland noch immer, herrschten auch zur Mitte jenes Jahrzehnts ausreichend günstige Bedingungen vor, um den kernphysikalischen Forschungsrückstand zu bewältigen. 1954 lief das angloamerikanische Einkaufsmonopol auf dem Welturanmarkt aus, was erstmals den Ankauf kernphysikalisch unentbehrlicher Materialien erlaubte; und binnen des Jahres 1955 setzte innerhalb beider Machtblöcke eine Serie bilateraler Abkommen zur kontrollierten und abgestuften Weitergabe von Atomtechnologie ein – explizit, um eine ausschließlich zivile Nutzung zu beleben. Besonders die USA erkannten darin einen lukrativen Exportmarkt und versuchten über ihr sogenanntes „Atoms for Peace“-Programm außerdem eine un-

---

179 Vgl. Prüß, 1974, S. 33; ders. 1981, S. 223; Wirtz, Karl: Die Atomenergie-Konferenz in Genf vom 8. bis 20. August 1955, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 205-211, hier S. 209.

180 Vgl. Müller 1990, S. 306 f.

181 Vgl. hierzu das folgende Kap. 3.3.2 dieser Arbeit.

kontrollierte Verbreitung von atomaren Machtpotenzialen zu vereiteln.<sup>182</sup> Dies bot der Bundesrepublik einerseits die Chance, von der US-amerikanischen Kooperationsbereitschaft zu profitieren; andererseits aber auch die Gefahr, mangels Gerätschaften und Experimentalinfrastruktur nunmehr gegenüber einer noch größeren Zahl von Staaten auf dem Gebiet der Kernphysik ins Hintertreffen zu geraten. Dadurch kam es nunmehr stärker als zuvor auf das Regierungshandeln an. Und selbst die eigentlich so ernüchternde Atomkonferenz von Genf im Jahr 1955, welche den westdeutschen Forschern ihre momentane Zweit- bis Drittklassigkeit in schockierender Weise vor Augen führte, eröffnete optimistische Perspektiven.<sup>183</sup> Dort konnten die deutschen Forscher nicht nur die eindrucksvollen Errungenschaften des Auslands bewundern, sondern auch Forschungslücken, Innovationspotenziale, eben die Defizite herauslesen. Die Konferenz gab nämlich vor allem Aufschluss über die bestehende Forschungslücke in dem Bereich ziviler Kernkraftnutzung, konkret: über das Fehlen eines Energie erzeugenden Reaktors, der über die primitive Stufe eines kleinen Forschungsreaktors hinausreichte. Mit anderen Worten: Obgleich in den ersten sechs Jahren der Bonner Republik aus Sicht der Kernphysiker viel wertvolle Zeit mit Abwarten und Verhandeln vergeudet worden war, bestärkten sie diverse Entwicklungen und Beobachtungen in ihrer Überzeugung, in naher Zukunft wieder zur Weltspitze aufschließen zu können.

Heisenbergs eifriger Schüler Karl Wirtz, der mittlerweile im Göttinger Max-Planck-Institut für Physik die experimentelle Abteilung leitete, stellte fest, dass sich alle in Genf gezeigten Leistungsreaktoren – also solche, die zur kommerziellen Energiegewinnung gedacht waren – noch in einem frühen Entwicklungsstadium befanden und ihrer technischen Reife harren, man also ohne Weiteres Entwicklungsspielräume für eigene Reaktorkonstruktionen besitze. In Interviews verkündete Wirtz, es sei „durchaus nicht zu spät für uns, in diese Entwicklung einzusteigen“<sup>184</sup>; mit weiteren Prognosen suchte er die Industrie mit der Aussicht auf reißende Absatzmärkte für Kernkraftwerke westdeutscher Fabrikation zu locken. Denn offenbar taugte keiner der in Genf inspizierten Reaktoren zur lohnenswerten Herstellung eines Duplikats – in diesen Glauben jedenfalls wollten

---

182 Vgl. hier und folgend Fischer 1994, S. 216 ff.; Müller 1990, S. 4; Stamm 1984, S. 164.

183 Zum Folgenden vgl. Fischer 1994, S. 232; Maier-Leibnitz, Heinz: Die Rolle der Wissenschaft bei den Anfängen der Kerntechnik, München 1957 (Festrede in München am 01.12.1956), S. 11-14; Prüß 1974, S. 22; Wirtz 1955 sowie Kap. 3.7 dieser Arbeit.

184 Zitiert nach Fischer 1994, S. 248.

die westdeutschen Kernphysiker ihre Regierung und die Wirtschaft versetzen. Und von den Verfahren zur Gewinnung von Atomenergie aus Uran seien auch keine neuen bekannt geworden. Außerdem signalisierten neben den USA auch andere Staaten, in Zukunft mit der Bundesrepublik kernentwicklungstechnisch zusammenarbeiten zu wollen. Noch 1957 schrieb Maier-Leibnitz, die „Frage nach dem besten Reaktor ist heute mindestens so offen wie im Jahre 1942“<sup>185</sup>, und Karl Wirtz zufolge befand sich die Entwicklung noch „überall am Anfang“<sup>186</sup>. Welcher Reaktortyp sich technologisch würde durchsetzen können, war also eine wissenschaftlich ungeklärte Frage, ein äußerst interessantes Forschungsobjekt für die westdeutschen Nuklearwissenschaftler und mitunter auch ein attraktives Objekt für mutige Investoren.

An dieser Stelle lässt sich für ein Fazit auf die treffenden Worte von Karsten Prüß zurückgreifen: „Zusammenfassend ergibt sich also, dass aufgrund der bestehenden Ausgangslage und der vorhandenen Interessen und Ziele bei Wirtschaft, Staatsverwaltung und Wissenschaft sehr gute Voraussetzungen für die Bildung einer Koalition zum Zwecke schnellen und gemeinsamen Aufbaus von Atomforschung, -technik und -wirtschaft in der BRD bestanden.“<sup>187</sup> Kurzum: Zur Mitte der 1950er Jahre durften die westdeutschen Nuklearforscher wieder optimistisch und selbstbewusst in die Zukunft blicken, sich mental auf ihre baldige Rückkehr in die Weltelite der Kernphysik vorbereiten.

### 3.3.2 Enttäuschung durch die Politik

#### **„Verschwindend gering und einfach beschämend“: das verwehrte Geld**

Sich in Kürze neuerlich im Championat der Nuklearwissenschaft beweisen zu dürfen, in die Spitzenforschung wiedereinzusteigen – dieser zentrale Wunsch vieler westdeutscher Atomwissenschaftler und ihrer Organisationen sollte sich so schnell allerdings nicht erfüllen. Denn wie sich schon bald zeigte, gewährte die Bundesregierung den Physikern nicht die angeforderten Mittel, räumte zu deren Unverständnis den vorgetragenen Belangen nicht die ersehnte politische Priorität ein. Keinesfalls war es dabei so, dass Adenauer nicht gewusst hätte,

---

185 Maier-Leibnitz 1957, S. 11.

186 Wirtz, Karl: Programmfragen der Kernenergiegewinnung. Überlegungen über bestreitbare Wege, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 7-8, S. 250-253, hier S. 251. Im Jahr 1942 wurde in den USA historisch der erste Reaktor kritisch und erzeugte Energie.

187 Prüß 1974, S. 36.

welche Pläne die Atomwissenschaftler schmiedeten und welche Vorstellungen sie von einem angemessenen Regierungshandeln besaßen. Die Atomforscher beließen die Regierung ganz bewusst nicht im Unklaren über ihre Bedürfnisse und Ziele, sondern brachten diese sogar äußerst präzise zum Ausdruck, z.B. über Resolutionen der DFG.<sup>188</sup> Auch waren in den frühen 1950er Jahre diverse Förderungsprogramme mit konkreten Zahlen erstellt und an die Regierung übermittelt worden. Nach Meinung der DFG hatte der Staat die Nuklearwissenschaft in einem solchem Umfang mit Geldmitteln auszustatten, dass der Anschluss an den technischen Stand ausländischer Forschung gelingen könnte. Schon aus dem Deutschen Forschungsrat hatte Adenauer 1950 hören müssen, dass die staatlich für die Wissenschaft aufgewendeten Mittel „verschwindend gering und einfach beschämend für diejenigen [seien], die die Verantwortung dafür tragen“<sup>189</sup>. Und 1951 beschwor Hahn „die öffentliche Hand“, die „dauernde Abwanderung bananen [zu] helfen“<sup>190</sup> – die Wissenschaftsorganisatoren fürchteten sich nämlich angesichts der maroden Forschungsbedingungen in der Bundesrepublik vor einem regelrechten Exodus vielversprechender und leistungsbereiter Nachwuchskräfte in Richtung anderer Staaten.

Wie diskrepanzant allerdings geforderte und gewährte Mittel zueinander waren, veranschaulicht ein von Heisenbergs Deutschem Forschungsrat aufgestellter Forschungsplan, der im Jahr 1951 Vorhaben im Wert von nicht weniger als einhundert Millionen Mark auflistete.<sup>191</sup> Obwohl dieser Plan später nur noch mit einem Viertel seiner Ausgangssumme rechnete, schrumpfte der im Nachtragshaushalt der Bundesregierung vorgesehene Betrag auf einen kläglichen Rest von fünf Millionen Mark, von denen wiederum nur eine an die Kernphysiker erging.<sup>192</sup> Adenauer hatte zuvor jedoch ganze 25 Millionen Mark zugesagt, nachdem Heisenberg ihn auf die zivile Atomenergie als wichtiges Forschungs- und Entwicklungsfeld der Zukunft aufmerksam gemacht hatte. Den sparsamen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer interessierte dies freilich nicht, er kürzte kurzerhand die Summe auf eben jene fünf Millionen Mark.<sup>193</sup> Diese unangenehme Erfahrung von eklatant mangelhaften Budgetzuweisungen, die entgegen vormaliger Ankündigungen am Ende obendrein stark zusammengestutzt wurden,

---

188 Vgl. Stamm 1981, S. 166. Wirtz sprach von einem „öfter angedeuteten Wunsch nach einer Intensivierung der Arbeiten auf dem Atomgebiet“; Wirtz 1956, S. 253.

189 Zitiert nach Eickemeyer 1953, S. 64.

190 Hahn 1975, S. 204.

191 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 62 u. S. 67 f.

192 Vgl. Stamm 1981, S. 156 f.

193 Vgl. Müller 1990, S. 78 f.

setzte sich fort. Auch weiterhin blieben die aus Regierung kommenden Zusagen vielversprechend, doch geriet die staatliche Finanzierung immer wieder ins Stocken. 1955 erhielt Heisenberg jedenfalls stets nur unzufrieden stellende Statusmeldungen aus der Politik. Zwischen 1954 und 1955 kamen die Ausgaben des Staats für die Wissenschaft nie über 0,55 Prozent hinaus – dies aber in einer Zeit, in der sich die Steuereinnahmen bereits um etwa die Hälfte steigerten, vorgebliche Sparzwänge also kein glaubwürdiges Argument mehr für die reduzierten Zahlungen waren.<sup>194</sup> Somit strapazierte eine doppelte Vernachlässigung die Nerven der ambitionierten Kernforscher: Erstens unterschieden sich die staatlich gewährten Mittel immens von den angeforderten, z.T. bereits von den versprochenen; und zweitens stagnierten diese Zuwendungen in einer Phase stark steigender Staatseinnahmen. Auf die ambitionierten und wissenschaftspolitisch engagierten Kernphysiker musste all dies desillusionierend gewirkt haben: Eine offenkundig risikoscheue Industrie wollte nicht investieren, staatlicherseits legte der allzeit gestrenge Finanzminister Schäffer sein Veto ein.

Die westdeutschen Atomforscher mussten sich folglich über eine geringe Wertschätzung von Seiten ihrer Regierung grämen und sich im Vergleich mit ihren ausländischen Kollegen obendrein benachteiligt fühlen. Denn in anderen Staaten, so konnten sie aus eigener Anschauung oder über ihre international weitverzweigten Netzwerke erfahren, war alles anders: Die Staatsausgaben für wissenschaftliche Forschungszwecke waren in der Bundesrepublik nicht nur niedrig, sondern im internationalen Vergleich sogar peinlich gering. Zum Beispiel investierten die USA pro Bürger umgerechnet etwa siebzig Deutsche Mark, Großbritannien immerhin 25 Mark, die Bundesrepublik aber lediglich 7,75 Mark in die Finanzierung von Forschungsinstituten.<sup>195</sup> Zwischen 1950 und 1960 erhöhten sich die öffentlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen zwar um 240 Prozent von 2,5 Milliarden Mark auf 8,5 Milliarden Mark.<sup>196</sup> Ein Großteil dieser Gelder entfiel allerdings auf grundlegende Personal- und Baukosten, auf die Wiedererrichtung zerstörter Universitäten, wohingegen für einzelne Forschungsprojekte und teures Laboratoriums-Equipment hingegen kaum Gelder übrig blieben. Sogar einige 1955 zur Konferenz nach Genf gereiste Parlamentarier des Bundestages zeigten sich ob des enormen Kontrasts der Geldzuteilung

---

194 Vgl. Stamm 1981, S. 196.

195 Vgl. Schneider, Erich: Größe und Verfall der deutschen Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg, in: o.V.: Bilanz des Zweiten Weltkriegs. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft, Oldenburg 1953, S. 249-264, hier S. 264.

196 Vgl. Palm, Günter: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960, Frankfurt am Main 1963, S. 6 f.

im internationalen Vergleich bestürzt: Während in Frankreich 450 Millionen Mark aus dem öffentlichen Haushalt für die Atomforschung ausgegeben wurden, waren dies in der Bundesrepublik nur schier lächerlich geringe 1,9 Millionen Mark.<sup>197</sup> Neidisch blickten die Atomforscher deshalb über den Atlantik, wo die USA jedes Jahr insgesamt fünf Milliarden Dollar in die wissenschaftliche Forschung steckten, und durch die Einrichtung von großen Laboratorien mit enormen Millionensummen die Forschungslandschaft erblühen ließen.<sup>198</sup> Selbst 1961 standen die staatlichen Entwicklungszuschüsse aus Bonn erst bei rund 330 Millionen Mark.<sup>199</sup>

Man könnte vermuten, dass die Kassen des Bundeshaushalts damals – immerhin lag der Zusammenbruch des Deutschen Reichs gerade einmal zehn Jahre zurück – nun einmal leer und die Haushaltslage dementsprechend angespannt war. In diesem Fall wäre der staatliche Sparkurs verständlich, wären die Begehren der Wissenschaftler übertrieben gewesen. Doch dem war nicht so. Kaum eine Regierung nach dem zweiten Kabinett Adenauer verfügte jemals wieder über derart üppige Geldmittel. Diese hatten sich, als „Juliusturm“ bezeichnet, binnen kurzer Zeit auf einem Konto der Bank Deutscher Länder, der späteren Bundesbank, angesammelt.

Der Juliusturm trägt womöglich zum Verständnis der vielschichtigen Motive der Göttinger Manifestanten bei. In historischer Anlehnung war er nach dem Turm der Berliner Zitadelle Spandau benannt, in dem Preußen einst seinen Kriegsschatz beherbergt hatte. In den 1950er Jahren handelte es sich nunmehr um einen von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer angelegten Hort von Steuergeldern. Vor allem sollte er – und hier liegt die Brisanz im Hinblick auf die Atomwissenschaftler und ihr Manifest – der Finanzierung der Wiederbewaffnung und der Einbindung der Bundesrepublik in europäische Militärstrukturen dienen. Als im zweiten Quartal des Jahres 1952 der bundesrepublikanische Fiskus erstmals schwarze Zahlen schrieb, begann Schäffer mit dem Aufbau eines Reservefonds, dem er massiv überschüssige Steuergelder zuführte. Dahinter steckte die wahltaktische Überlegung, die Kosten einer geplanten Armee im Vorhinein durch streng angesparte Steuerüberschüsse zu decken, um nicht etwa unmittelbar vor der nächsten Bundestagswahl zum Verdross der Wählerschaft eine Steuererhöhung vornehmen zu müssen. Zum Fälligkeitstermin der Zahlungs-

---

197 Vgl. Fischer 1994, S. 242.

198 Vgl. Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 7-8, S. 249.

199 Vgl. o.V.: Staatliche Atomausgaben seit 1956, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 7 (1962) H. 12, S. 597.

gen, so das Kalkül, wäre man dann ausreichend liquide, ohne unliebsame Maßnahmen auf Kosten des Wahlergebnisses ergreifen zu müssen.<sup>200</sup>

Dieses Vorgehen ermöglichte eine sich wandelnde Haushaltslage des Bundes. Denn in den frühen 1950er Jahren begannen die Steuereinnahmen, stärker als erwartet zu sprudeln. Die Summen der damals staatlich angehäuften Gelder waren beeindruckend hoch: Im Zeitraum von 1952 bis 1955 addierten sich die Einzahlungen in den Juliusturm auf 3,3 Milliarden Mark, um bis 1956 auf über sieben Milliarden Mark anzuschwellen.<sup>201</sup> 1956/57 machte diese Rücklage nicht weniger als zwanzig Prozent des bundesdeutschen Gesamthaushaltsvolumens aus. Mit dem Abbau dieses sagenhaften Geldhorts begann die Bundesregierung erst 1957 – im Jahr der Bundestagswahl verteilte der Patriarch Adenauer generös vier Milliarden Mark aus dem Juliusturm für populäre Aktionen wie die Rentenreform, mit denen er sich nicht zuletzt die Gunst der Wähler erkaufen wollte.<sup>202</sup> Man kann ungefährdet zu dem Schluss kommen, dass in jenen Jahren, die Heisenberg und Konsorten einstimmig als entscheidend für den wissenschaftlichen Anschlussgewinn an das Ausland und das internationale Forschungsniveau erachteten, die Bundeskasse eine extreme Liquidität aufwies. Sie war mithin so leistungs- und damit zahlungsfähig wie vielleicht nie wieder danach. Im Gegensatz zu den Jahren vor 1952 konnten finanzielle Forderungen an den Staat nun kaum mehr mit dem altbewährten Hinweis auf klamme Kassen und eine allgemein prekäre Haushaltssituation pariert werden. Doch die Gelder, welche der Atomforschung hätten zugutekommen können – mit denen Labore, Großinstrumente und Personal hätten ausgestattet, beschafft und angestellt werden können –, wurden aus Sicht der Wissenschaftler stattdessen vom Finanzministerium und mit der Billigung des Bundeskanzlers in irgendeinem undurchsichtigen Fonds deponiert. Das Ganze ist im Übrigen auch nicht besonders geheim geblieben. In der Bevölkerung war die Existenz des Juliusturms weitläufig bekannt und sorgte seinerzeit auch für große Kontroversen.<sup>203</sup>

Daraus ergab sich ein bemerkenswertes Missverhältnis: Zur selben Zeit, in der Schäffer Gelder en masse auftürmte, darben die Wissenschaftsorganisationen, deren bedeutsamste Klientel damals vor allem die Kernphysiker waren, in

---

200 Vgl. hier und folgend Marschner, Peter: Die Argumentation in der Kontroverse um den sogenannten „Juliusturm“, Dissertation, Marburg 1964, S. 93.

201 Vgl. Pagels, Wilhelm: Der „Juliusturm“. Eine politologische Fallstudie zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Recht in der Bundesrepublik, Dissertation, Hamburg 1979, S. 59 f.

202 Vgl. Marschner 1964, S. 78 f.

203 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 213; Pagels 1979, S. 108-120.



der Erwartung, baldigst staatliche Gelder zu empfangen. Beispielsweise litt die DFG in ihrem Berichtsjahr 1954/55 unter „einer stark fühlbaren finanziellen Beengung“<sup>204</sup>; trotz entsprechender Forderungen erhielt sie keine nennenswerte Etataufstockung aus dem augenscheinlich vor Finanzkraft nur so strotzenden Fiskus. Schlimmer noch: Stattdessen mussten die Mittel für ihre Schwerpunktprogramme, unter denen sich selbstverständlich auch die Kernphysik befand, sogar gekürzt werden.<sup>205</sup> Und im Folgejahr „verstärkte sich die finanzielle Förderung auch weiterhin in nur unzulänglichem Maße“<sup>206</sup>. Die Wissenschaftsorganisation adressierte daher eine ziemlich unverhohlene Kritik an die politisch verantwortlichen Stellen: Es müsse „daher erneut der Wunsch ausgesprochen werden, dass sich der Bundestag diesen Notwendigkeiten der wissenschaftlichen Arbeit nicht verschließen und eine Mittelbewilligung auf längere Frist ins Auge fassen möge“<sup>207</sup>.

Die DFG wusste darüber hinaus von riesigen Geldsummen, die im Verteidigungshaushalt lagerten und für Forschungsvorhaben reserviert waren – freilich implizit für vorwiegend militärisch verwertbare Projekte.<sup>208</sup> Doch die DFG, am wenigsten die damals in ihr einflussreichen Atomforscher, wollte sich angesichts der noch jungen NS-Vergangenheit nicht mit dem Odium militärischer Auftragsforschung belasten. Diese nicht abgerufenen Beträge, die sich auf über vierzig Millionen Mark beliefen, in den Etat eines anderen, dem Anschein nach weniger kompromittierenden Ministeriums einzustellen, dies lehnte man im Kanzleramt zum Verdruss der DFG und der von ihr vertretenen Wissenschaftler allerdings ab.

Doch die Atomforscher blieben hartnäckig und unternahmen stets weitere Versuche. Bereits 1950 hatte der DFR die Bundesregierung von der Idee unterrichtet, einen „Nationalfonds für die deutsche Wissenschaft“ zu gründen.<sup>209</sup> In diesem sollten sich Gelder ansammeln, die ohne Zeitverluste für Forschungsprojekte verteilt werden könnten. Die Finanzierung sollte über jährliche, prozentual

---

204 Deutsche Forschungsgemeinschaft: Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit vom 1. April 1954 bis zum 31. März 1955, Bad Godesberg 1955, S. 11.

205 Vgl. dies.: Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit vom 1. April 1955 bis zum 31. März 1956, Bad Godesberg 1956, S. 16.

206 Ebd., S. 11.

207 Ebd., S. 16.

208 Vgl. Stamm 1981, S. 255.

209 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 69 f.; ders.: Gebt der Forschung materielle Lebensmöglichkeiten, in: Industriekurier, 30.12.1950.

vom Volkseinkommen abhängige Beiträge erfolgen. Und tatsächlich verwirklichte die Bundesregierung diese Idee auch – nur in einem völlig anderen, für die Wissenschaftler geradezu zynischen Kontext. Sie richtete einen solchen Fonds nämlich nicht für die Zivilwissenschaft, sondern für das Militär zum Zwecke der Wiederaufrüstung ein: Dies war besagter Juliusturm.<sup>210</sup>

Die Rücklagen aus dem Juliusturm bedeuteten aus der Sicht von Heisenberg, Maier-Leibnitz, Riezler u.a., dass vorhandene staatliche Geldmittel der Forschung trotz eines geradezu penetrant und pathetisch angemeldeten Bedarfs systematisch verwehrt blieben, um mit ihnen stattdessen militärische Ausgaben zu decken. Die Bundesregierung stellte damit ganz offenkundig die Belange militärischer Modernisierung über den wissenschaftlichen Fortschritt auf zivilem Sektor. Vieles spricht dafür, dass Adenauers Ankündigung, Atomwaffen anzuschaffen, den Atomwissenschaftlern wie ein Affront verächtlicher Art vorgekommen sein muss – würde schließlich der Ankauf, geschweige denn die eigenständige Produktion dieser Gerätschaften massive Gelder verschlingen. Die Regierung zeigte sich unverkennbar bereit, kostbare Mittel eher in kriegerische Bewaffnung als in zivile Forschung zu investieren, damit aber sowohl die Aufstiegsmöglichkeiten der Kernphysiker zu beschneiden, wie auch deren Reputation zu schädigen. Und dabei waren doch beide Bereiche, Militär und Nuklearwissenschaft, nach dem Krieg aus einer ähnlich schweren Position gestartet, was die Argumentation der Bundesregierung an Glaubwürdigkeit kostete. Schließlich war die Entmilitarisierung ebenso Bestandteil des alliierten Besatzungsstatuts gewesen wie der Verbot von ausgiebiger Atomforschung – nur mit dem entscheidenden Unterschied, dass der Aufbau und die Modernisierung einer Armee mit großen Energien vorangetrieben, die Atomwissenschaftler aber immer wieder aufs Neue mit dem Hinweis auf die Einschränkungen der alliierten Besatzungsregelungen, die bedauerlicherweise nicht umgangen werden könnten, beschwichtigt und hingehalten worden waren.

### **„Unvorhersehbare Entwicklungsmöglichkeiten“: die Regierung als Chancentod**

Neben den verwehrt Geldmitteln enttäuschte die Bundesregierung außerdem durch ihr administratives Handeln im Allgemeinen, das den Atomforschern und ihrem Organisator Heisenberg viel zu behäbig und ineffektiv vorkam. Entschei-

---

210 Vgl. Röhl, Hans Christian: Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre rechtlichen Determinanten, Baden-Baden 1994, S. 3; Schimank, Uwe/Lange, Stefan: Hochschulpolitik in der Bund-Länder-Konkurrenz, in: Weingart/Taubert (Hg.) 2006, S. 311-346, hier S. 318.

dend für die hier vorgebrachte Annahme eines anhaltenden „Physikerverdrusses“ erweist sich der Punkt, dass die westdeutschen Nuklearwissenschaftler sehr früh eine optimistische Erwartungshaltung eingenommen hatten, die mit einer schnellen Wiederaufnahme offizieller deutscher Kernforschung rechnete. Diese kam bspw. in einem Vortrag Otto Haxels aus dem Jahr 1952 zum Ausdruck, in dem er zum einen enthusiastisch „unvorhersehbare Entwicklungsmöglichkeiten“ prognostizierte, zum anderen mit einer baldigen Lockerung der alliierten Kontrollratsbestimmungen rechnete, die es ermöglichen würde, „wenigstens die Tuchfühlung mit dieser technischen Neuentwicklung zu halten“.<sup>211</sup> Ende 1952 wählte sich dann Heisenberg bereits vor diesem Ziel, als er gemeinsam mit Adenauer auf einer Festveranstaltung feierlich die Absicht zum Bau eines eigenen Kernreaktors bekanntgab.<sup>212</sup> Der Kanzler betraute zudem mit Wirtschaftsminister Erhard einen Bundesminister von Rang mit dem Fall. Angesichts dieser hoffnungsvollen Signale aus der Politik bestand seit 1952 folglich die konkrete Aussicht auf Abhilfe, darauf, die ersten Schritte zum großen Ziel eines vollwertigen Nuklearforschungszentrums im Stile der US-amerikanischen „Big Science“ endlich zu bekommen. Adenauer sah für die Leitung eines solchen Projekts seinen langjährigen Berater Heisenberg und dessen Zögling Wirtz, also de facto das Göttinger Max-Planck-Institut (MPI), vor.<sup>213</sup> Mit anderen Worten avancierte Heisenberg 1952 zum designierten Leiter eines deutschen Kernforschungszentrums. Er konnte sich aufgrund seines vergleichsweise engen Verhältnisses zum Kanzler berechtigterweise Hoffnungen auf eine fulminante Zukunft machen. Von da an entwickelte sich das Projekt, zumindest für Heisenberg, allerdings zu einem Alptraum – binnen eines kurzen Zeitraums oszillierte die Zukunftsperspektive des erfolgsverwöhnten Kernphysikers zwischen Euphorie und Trübsal.

Um die Reaktorentwicklung nach dem Wegfall der Beschränkungen wieder aufnehmen zu können, mussten im Vorfeld drei Aufgaben bewältigt werden: Erstens benötigte man eine gesetzliche Grundlage im Rahmen eines Atomgesetzes, das zum Zwecke einer möglichst großen Reichweite im bundesdeutschen Föderalismus im Bundestag verabschiedet werden musste; zweitens bedurfte es der Konstituierung eines Aufsicht führenden Organs nach den Vorbildern der Atomenergiebehörden in den USA, Großbritannien und Frankreich; schließlich

---

211 Haxel 1953, S. 19.

212 Vgl. Stamm 1981, S. 157 f. Für Weihnachten 1954 ließ sich Adenauer von Heisenberg sogar mit populärwissenschaftlicher Literatur über Kernenergienutzung versorgen, die er seinen sonst üblichen Kriminalromanen vorzog; vgl. Hoffmann 2005, S. 195.

213 Vgl. Heisenberg 1976, S. 256 f.; Stamm 1981, S. 174.

drittens musste eine die Mittel verteilende und das Projekt letztlich leitende Managementinstanz eingerichtet werden.<sup>214</sup> Diese Aufgaben, die eigentlich ohne jede Verzögerung und vor allem unabhängig vom exakten Termin der Revision des alliierten Besatzungsstatuts hätten angegangen und verrichtet werden können, harrten jedoch jahrelang ihrer Erfüllung – und das, obwohl die beabsichtigte Liberalisierung des Besatzungsreglements seit spätestens Herbst 1952 bekannt war und seither politisch vorangetrieben worden war. Dies kostete die deutsche Reaktorforschung wertvolle Forschungsjahre und vergrößerte den ohnehin bestehenden Rückstand zum praktisch kernforschenden Ausland noch einmal enorm. Das Bundeswirtschaftsministerium erwies sich überdies für diesen Aufgabenkomplex binnen kurzer Zeit als unfähig, überfordert und desinteressiert. Insofern reproduzierte die westdeutsche Regierungsarbeit die Nachteile, welche den Kernforschern aus dem Zweiten Weltkrieg und dem nationalsozialistischen Regimen erwachsen waren, statt sie auszugleichen.

Heisenbergs ursprüngliche Annahme, die Umsetzung seiner Pläne würde vornehmlich von Seiten der Alliierten in den formalen Beschränkungen des Besatzungsstatuts liegen, erwies sich somit als falsch. Vielmehr blockierte seiner Beobachtung nach hauptsächlich das politische Handeln der Bundesregierung das deutsche Reaktorprojekt. Denn Adenauer hatte die Probleme der außenpolitischen Entwicklungen zeitweise unterschätzt, entgegen seiner Hoffnung konnte die staatliche Souveränität nicht bereits für das Jahr 1953 erreicht werden. Da der Kanzler nun länger als geplant diplomatischen Taktierens bedurfte und währenddessen im Ausland nicht für Unruhe sorgen wollte, musste das politisch brennende Reaktorprojekt zunächst zurückgestellt werden. Der politische Erfolg Adenauers ging zu Teilen auf Kosten der westdeutschen Kernphysiker. Wäre Heisenberg über die praktischen Folgen von Adenauers Primat des Politischen informiert gewesen, wäre er sicherlich in Wut über die Politik ausgebrochen. Doch der Kanzler beließ ihn im Glauben, alles in seiner Macht stehende zum Wohle der Nuklearforschung zu unternehmen. Doch stimmte dies nicht.

Anfang 1953 wies Adenauer seinen Minister Erhard an, die Gründung einer Atomenergiekommission hinauszuzögern.<sup>215</sup> Und im Grunde ging es in der folgenden Zeit so weiter. 1954 akzeptierte Adenauer eine Aufrechterhaltung der Beschränkungen für die deutsche Kernenergieforschung für weitere zwei Jahre, um damit seinen Verhandlungspartnern ein diplomatisches Zugeständnis zu machen.<sup>216</sup> Die Vorarbeiten sowohl in Wissenschafts- als auch Industriekreisen wa-

---

214 Vgl. hier und folgend Stamm 1981, S. 158.

215 Vgl. ebd., S. 175.

216 Vgl. hier und folgend Müller 1990, S. 114 ff.

ren aber zwischenzeitlich so weit gediehen, dass für ein weiteres Fortkommen nun endlich Genehmigungen erteilt, Mittelbereitstellungen und Absprachen getroffen werden mussten, die wiederum von einer eigens hierfür errichteten gesetzlichen Basis abhingen – doch blieb ein solches Atomgesetz weiterhin aus. Auch hier handelte es sich demnach um eine von den beteiligten Akteuren für unnötig befundene Verzögerung durch die Politik – zwischen dem Rückgewinn staatlicher Hoheitsgewalt im Jahr 1955, die auch wieder eine Kernenergieforschung offiziell erlaubte, und der Verabschiedung eines Bundesatomgesetzes vergingen bis 1960 noch einmal ganze viereinhalb Jahre. Mit der formalen Gründung von Großforschungsanlagen, die dann in den folgenden Jahren baulich erst noch errichtet werden mussten, begann der Bund nicht vor 1956 (in Karlsruhe und zum Teil Jülich); erst Anfang 1957 folgte in Berlin das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung;<sup>217</sup> dem Hamburger DESY (Deutsches Elektronen-Synchrotron) ebnete die Bundesregierung nicht vor 1959 den Weg. Typen all jener Anlagen existierten in den USA demgegenüber schon seit den 1940er Jahren. Das erste Atomprogramm wurde dort – zwar spät, aber noch früher als in der Bundesrepublik – Ende des Jahres 1957 beschlossen.<sup>218</sup>

Der ehemalige nuklearwissenschaftliche Vorreiter Deutschland rannte nur noch hinterher. In den Bemerkungen der Kernphysiker schwang dann auch ein Unterton der Verärgerung mit. Wirtz sprach z.B. von den „bisher in schwer verständlicher Weise vernachlässigten Arbeiten auf dem Gebiet der friedlichen praktischen Kernenergiegewinnung“<sup>219</sup>, die nun endlich aufgenommen werden müssten. Auch der nuklearwissenschaftliche Nestor Hahn kritisierte Mitte der 1950er Jahre den Rückstand der deutschen Kernforschung im Kontrast zu dem Reaktorboom im Ausland und wies mahnend auf den zehnjährigen Vorsprung anderer Staaten hin.<sup>220</sup> Er brachte offen zum Ausdruck, dass „bei den deutschen Kernphysikern eine gewisse Enttäuschung verbreitet [sei], um nicht zu sagen Resignation“<sup>221</sup>. Die von den Atomwissenschaftlern erlebte, ja erlittene Verzögerung durch das politische Handeln der Bundesregierung war gerade in dieser Zeit besonders kritisch; denn im Zuge der 1955 erlangten Souveränität Westdeutsch-

---

217 Vgl. Lehr, Günter: Beginn der Forschungspolitik in der Physik nach Kriegsende, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 57-88, hier S. 73 f.

218 Vgl. Kitschelt 1980, S. 63 f.

219 Wirtz 1955, S. 210.

220 Vgl. Kraus 2001, S. 145.

221 Zitiert nach ebd.

lands stellte sich aufgrund der bislang unterbundenen nun aber gewachsenen Möglichkeiten der kernphysikalischen Forschung ein umso größeres Bedürfnis nach schneller wie effizienter und in den Mitteln starker Unterstützung durch den Staat ein.<sup>222</sup> Die Entwicklung der Bundesrepublik und die der dort ansässigen Kernenergieforschung gerieten in eine Schieflage: Letztere hielt mit dem Fortschritt ersterer nicht mit. Nahezu jeder in Westdeutschland arbeitende Atomphysiker musste angesichts des Ausmaßes der politischen Förderung im Bereich Kernenergieforschung zur Mitte der 1950er Jahre unbefriedigt sein. Kurz: In diesem kritischen Abschnitt der Geschichte deutscher Kernenergieentwicklung ereignete sich die folgenreiche Enttäuschung von Erwartungen einer ganzen Wissenschaftlerelite durch das unzureichende Handeln der Bundesregierung.

### **Institutionelle Ärgernisse**

Auch in einem weiteren Punkt waren die Erfahrungen mit der Politik schlecht. Die institutionellen Formen, die Adenauer für das zukünftige atompolitische Handeln wählte, entsprachen nicht den Wünschen und Vorstellungen der Atomwissenschaftler. Für einen wirksamen Steuerungsapparat der Kernenergieforschung schwebten den Atomwissenschaftlern mächtige Instanzen vor, wie sie ihnen z.B. in Gestalt der „Atomic Energy Commission“ in den USA (USAEC) begegnet waren, einer beeindruckenden Behörde mit hauptamtlich Beschäftigten, deren Kompetenzen zum Teil weit über diejenigen eines klassischen Ministeriums hinaus reichten und die direkt dem Regierungschef unterstand.<sup>223</sup> Die USAEC wurde vom US-Kongress sogar als „most totalitarian commission in all history“<sup>224</sup> kritisiert. Ein solchermaßen mächtiges Kontrollgremium musste einen elitär orientierten Mann wie Heisenberg, der die Geschicke des Wissenschaftsmanagements nicht forschungsfernen Politikern überlassen wollte, ganz automatisch faszinieren. Er wünschte sich einen solchermaßen institutionalisierten Einfluss auf die Politik auch für sein Heimatland. Zumal: Man konnte ja sehen, dass eine derartige Konstruktion innerhalb einer staatlichen Führung, noch dazu im damals mächtigsten Staat der Welt, möglich war. Wie in den USA beanspruchte die deutsche Kernphysikelite für die Organisation der Atomforschung Autonomie, wollte staatliche Prokura zugewiesen bekommen.

In der DFG erhoffte man sich eine aus „wenigen sehr hochgestellten Persönlichkeiten“ bestehende Institution, die den „als Ausführungsorganen beteiligten

---

222 Vgl. Prüß 1974, S. 35.

223 Vgl. Radkau 1980, S. 40; Stamm 1981, S. 160.

224 Zitiert nach Prüß 1974, S. 19.

Bundesministerien im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeit verbindliche Anweisungen“ erteilen dürfte.<sup>225</sup> In dieser Skizze lässt sich ein eindeutiger Exekutivanspruch erkennen; die Wissenschaftler beanspruchten im Bereich der Kernforschungsförderung nichts Geringeres als die Lenkung ganzer Bundesministerien. Doch nichts deutete auf eine entsprechende Bereitschaft des deutschen Staats, des Kanzlers Adenauer hin. Das Konzept, das die Bundesregierung ihrerseits für eine Atomkommission vorsah, zog demgegenüber eine klare Trennlinie zwischen dem, was Beratung, und dem, was Exekutive sein sollte.<sup>226</sup> Es beschränkte den gestalterischen Raum der Wissenschaftler de facto auf den einer gewöhnlichen Abteilung innerhalb eines Bundesministeriums. Doch die Atomforscher – und hier nicht nur Heisenberg und v. Weizsäcker mit ihrer Idee eines Forschungsrates – intendierten eine Einrichtung, die mehr als nur ein „wissenschaftlicher Beirat“ sein sollte. Offenkundig waren die Atomforscher dem naiven Glauben erlegen, Konrad Adenauer würde seine atompolitische Richtlinienkompetenz einem Gremium von Wissenschaftlern übertragen.<sup>227</sup> Einen solchen Schritt tat der machtbewusste Kanzler selbstredend nicht; und so lag das institutionelle Arrangement fernab der Interessen und Vorstellungen von Heisenberg und seinen Kollegen.

Die Folge war, dass sich fortan zwischen der Atomkommission des Ministeriums und der DFG ein spannungsgeladenes Konkurrenzverhältnis um die uralte Geldverteilungskompetenz der Wissenschaftsorganisation entspann. Obwohl sie formale Mitglieder der Atomkommission waren, gerieten Atomwissenschaftler wie Haxel und Heisenberg mit der neuen Institution in ihrer gleichzeitigen Rolle als Interessenwahrer der DFG in Konflikt.<sup>228</sup> Es war schon pikant: Ein Jahr vor der Göttinger Erklärung, im Mai 1956, entzog Atomminister Strauß der DFG – und somit auch den Atomwissenschaftlern – die Autorität über das Budget. Sämtliche für die Atomforschung bereitgestellten Gelder des Bundes sollten von nun an zentral vom Bundesatomministerium verwaltet werden. Dort aber waren über die Deutsche Atomkommission schon nach kurzer Zeit die Ver-

---

225 Jeweils zitiert nach Radkau 2006, S. 43. Zu DFG-Vorstellungen vgl. auch Fischer 1994, S. 250 f.

226 Vgl. Pesch, Jürgen Peter: Staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik im Spannungsfeld zwischen Regierung, Parlament und privaten Experten, untersucht am Beispiel der deutschen Atompolitik, Dissertation, Freiburg 1975, S. 16 f.; Stamm 1981, S. 160 u. S. 169 f.

227 Vgl. Radkau 2006, S. 36 u. S. 43; Stamm 1981, S. 164 f.

228 Vgl. hier und folgend Stamm 1981, S. 185-192 u. S. 201.

treter der Wirtschaft, Spitzenmanager der Bundesrepublik mithin, tonangebend – jedoch nicht mehr die Kernphysiker.

Die Befürchtungen der Wissenschaftsorganisatoren, die Kontrolle über ihr Projekt zu verlieren, schienen sich durch die Politik der Bundesregierung inzwischen zu bewahrheiten. Einer der späteren Achtzehn, Walther Gerlach, warnte als Vizepräsident der DFG davor, die Forschungsstätten durch mangelnde staatliche Unterstützung und die Angewiesenheit auf private Spenden in zu starke Abhängigkeit von Wirtschaftsunternehmen geraten zu lassen. Denn unter keinen Umständen wollte man sich von effizienzorientierten Managern die Forschungsprogramme vorschreiben lassen. Das Atomministerium beraubte die DFG noch dazu ausgerechnet jener Förderungskompetenz für Vorhaben der kernphysikalischen Grundlagenforschung, die insbesondere für Heisenberg wichtig war, nachdem er sich frustriert von dem westdeutschen Reaktorprojekt abgewandt hatte.<sup>229</sup> In der DFG empfand man dies als staatliches Verdikt, als eine empfindliche und unangemessene Beschneidung der Forschungsfreiheit durch die Regierung. Dieser staatlich angewiesene Verlust von Eigenständigkeit und Freiheit vervollständigte die zum damaligen Zeitpunkt ohnehin schon üppige Liste erlittener Rückschläge und Enttäuschungen. Der von 1955 bis 1964 amtierende DFG-Präsident Gerhard Hess zog in den 1960er Jahren rückblickend das verdrößliche Resümee, die DFG sei durch die Bildung des Atomministeriums aus der Förderung der „zentralen mit Atomkernenergie zusammenhängenden Wissenschaftsgebiete ausgeschieden“.<sup>230</sup>

In der Folgezeit versuchte die DFG daher, die Deutsche Atomkommission zu infiltrieren und ihren staatlich verordneten Einflussverlust auf alternativen Pfaden wieder rückgängig zu machen.<sup>231</sup> Zunächst schien diesem Unterfangen sogar ein gewisser Erfolg beschieden zu sein. Denn die DFG-Senatskommission für Atomphysik wurde in Personalunion als gleichnamiger „Arbeitskreis“ in die Deutsche Atomkommission einfach übernommen. Die Fachwissenschaftler blieben also scheinbar unter sich und konnten als verschworene Truppe und unbehelligt von Staatsbeamten ihre Pläne umsetzen. Ganz so war es in der Realität dann freilich nicht, vielmehr wurde man sich des bestimmenden Einflusses, ja der Dominanz der schlagfertigen und über Geldmittel gebietenden Wirtschaftsvertreter bewusst, welche die Wissenschaftler unter ihre kommerziellen Interessen zu zwängen suchten. Insoweit verloren die Atomwissenschaftler, damit auch die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft als die

---

229 Zu diesen Umständen vgl. Kap. 3.6.1.

230 Zitiert nach Stamm 1981, S. 192.

231 Vgl. zu diesem Abs. Prüß 1974, S. 40 f. u. S. 47; ders. 1981, S. 224-229.



führenden Wissenschaftsorganisationen, in den Jahren 1955 und 1956 infolge der im Atomministerium institutionalisierten Atompolitik der Bundesregierung einige wichtige, weil finanzielle Befugnisse. MPG und DFG waren mitsamt der ihnen assoziierten Koryphäen, von denen einige zu den späteren Manifestanten zählten, von der Politik degradiert und düpiert worden. Vor diesem Hintergrund drückte sich in der Göttinger Erklärung nicht nur der Verdruss von Einzelpersonen, sondern auch jener der maßgeblichen Wissenschaftsorganisationen aus.

Wie auch immer, das 1955 gegründete Atomministerium war international zwar ein Unikum und insofern nach außen hin ein Privileg für die Nuklearforscher,<sup>232</sup> doch in erster Linie auf Drängen der interessierten Wirtschaft entstanden.<sup>233</sup> Und den Wirtschaftsmanagern war an einem Einfluss der Atomforscher, der über den für sie undurchsichtigen Bereich wissenschaftlicher Fragestellungen hinausging, wenig nicht gelegen. Daher auch rührte ihr Wunsch nach einer Atomenergiebehörde, die sich von dem US-amerikanischen Muster deutlich unterschied; aus diesem Grund erstrebten sie eine kleine Beratungs- und Kommunikationsinstanz, die den Verbänden der Wirtschaft keine Kompetenzen stehlen, dennoch stark genug für notwendige Ergebnisse sein würde. Der zuständige Staatssekretär Wolfgang Cartellieri erläuterte, dass das Atomministerium deshalb als klein gehaltene Behörde konzipiert worden war, die sich auf die „Entfaltung der Unternehmerinitiative“<sup>234</sup> konzentrieren sollte. Außerdem verfolgte die Regierung mit dieser Gründung nicht allein das Ziel einer schnellstmöglichen Anschlussgewinnung an den internationalen Forschungs- und Entwicklungsstand, sondern sie sollte auch der wiedergewonnenen Souveränität des deutschen Staats Ausdruck verleihen. Die Ministeriumserrichtung war „ein Stück Wiedergewinnung von Rang und Geltung“<sup>235</sup>, wie Strauß in seinen Memoiren schrieb. Man wollte mit anderen Staaten wieder auf Augenhöhe verhandeln können.<sup>236</sup> Mit anderen Worten: Die von Adenauer geschaffenen Institutionen für die zukünftige Atompolitik orientierten sich zuvorderst an den Interessen von Wirtschaft und Regierung; sie widersprachen hingegen in vielen Punkten den Vorstellungen der Atomforscher und stifteten, nachdem sich die Bundesregierung durch ihre Politik der Verzögerung und die unzureichende Förderung in Sachen

---

232 Vgl. Radkau 2006, S. 33.

233 Vgl. Fischer 1994, S. 249 f.; Kitschelt 1980, S. 48; Prüß 1974, S. 39 f.; ders. 1981, S. 223 f.

234 Zitiert nach Prüß 1974, S. 39.

235 Zitiert nach Radkau 2006, S. 35.

236 Vgl. Fischer 1994, S. 261 f.

Kernenergie bereits bei den Wissenschaftlern hinreichend unbeliebt gemacht hatte, zusätzliche Unzufriedenheit.

### **Eine frustrierte Kohorte**

Dass sich die Bundesregierung vor 1955, dem Jahr wiedererlangter Souveränität und der Aufhebung von wesentlichen Besatzungsrestriktionen der Alliierten, in der Förderung der Kernenergie nicht offiziell betätigte und man die vorbereitenden Maßnahmen lediglich über improvisierte Organisationen, im Schatten von Tarnung und in weitgehender Selbstverwaltung vornehmen musste, akzeptierten die Kernphysiker als wohl unvermeidliche, letztlich vielleicht sogar vorteilhafte und ihnen zupass kommende Umstände. Schließlich wollte man am liebsten sowieso bloß passiv aus der Staatskasse alimentiert werden und sich nicht bürokratisch in die Forschungsplanung hineinpfuschen lassen.<sup>237</sup> Zudem konnte im Ausland wenigstens keine Besorgnis ob irgendwelcher geheimen Atomprojekte erregt werden. Aber dass die staatlichen Förderungs- und Vorbereitungstätigkeiten in den Augen der meisten Atomphysiker zu langsam, zu ungenügend und allzu zurückhaltend vorstattengingen, störte sie dann doch.

Am stärksten verdrossen war wohl Heisenberg – kein Wunder, war er doch so etwas wie der „Star“ der deutschen Atomphysik. Und er hatte für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg konkrete, anspruchsvolle Pläne für seine Zukunft gefasst. Was Heisenberg am sehnlichsten begehrte, war ein internationaler Zusammenhang von Wissenschaftlern – eine familiäre Gemeinschaft mithin –, bevölkert von ehrgeizigen und leistungsbereiten Physikintellektuellen unterschiedlichster nationaler Herkunft und sozialer Couleur, die in modernst mit allerhand Großgerät ausgestatteten Räumlichkeiten gemeinschaftlich ihren Wissensdurst würden stillen dürfen; von physikwissenschaftlichen Zampanos geleitete Kolloquien, in denen hochambitionierte Eleven in fieberhafter Atmosphäre einem unbändigen Erkenntnisdrang nachgingen und sich über die fabelhaftesten Lösungen berieten; dies alles sozialromantisch umrahmt von gemeinsamen Ausflügen in die Natur, kollegialem Beisammensein unter Genuss von wohlschmeckenden Konditoreischöpfungen oder beruhigenden Klängen musikalischer Instrumente; sodann gehörten zu dieser Vorstellung produktive Laboratorien – großangelegte

---

237 Sehr illustrativ für diese Haltung ist eine gegen Ende des Jahres 1950 vorgetragene Forderung des DFR-Geschäftsführers, nach welcher der Staat und die Wirtschaft „verpflichtet sind, die Forschung genügend zu dotieren und dass über die Verwendung der bereitgestellten Mittel nicht bürokratisch, sondern nach dem Rat der Forschung selbst zu entscheiden ist“ [i.O. kursive Herv.]; Eickemeyer, Helmut: Gebt der Forschung materielle Lebensmöglichkeiten, in: *Industriekurier*, 30.12.1950.

Zentren der Kernenergieforschung –, in denen sich allerhand arrivierte und potenzielle Exzellenzen der Atomphysik als Professoren, Assistenten und Stipendiaten tummeln sollten. Jedenfalls lief dies alles auf ein zentrales Bedürfnis hinaus: viel Geld, Kontrolle und Autonomie vom Staat, um die eigenen Vorstellungen von Forschung realisieren zu können. Dies war Heisenbergs Phantasie, der er einerseits melancholisch nachhing, andererseits verbissen entgegen strebte. An ihr wird deutlich, wie unzufrieden die westdeutschen Physiker mit ihren Arbeitsbedingungen gewesen sein mussten. Denn ein Arrangement mit Zweit- oder Drittklassigkeit und der Verwaltung materiellen Mangels – das war die Sache solch hochambitionierter Forscher ganz sicher nicht.

Schlussendlich: Die Bundesregierung, deren unumstrittener Kopf in den 1950er Jahren aufgrund seiner durchgehenden Regentschaft Adenauer war, war den Aufforderungen der Wissenschaftler nach im großen Stil angelegten Subventionen nicht nachgekommen. 1950 war aus dem DFR der Appell erklingen, dass „jeder Verantwortliche in Politik, Industrie und Wirtschaft sich der Schwere und Tragweite der Krise, in der sich die deutsche Wissenschaft heute befindet, bewusst werden und sich nach besten Kräften bemühen [möge], an ihrem Wiederaufbau mitzuhelfen.“<sup>238</sup> Die besagten „besten Kräfte“ hatte Adenauer allerdings nicht der Wissenschaft zuteilwerden lassen.

Der gesamte hier geschilderte Motivkomplex einer Gruppe von Enttäuschten lässt sich auf einen elementaren Makel des Regierungshandelns herunterbrechen: den der mangelnden Abstimmung und Verständigung. Schon im „Dritten Reich“ hatten die Physiker die Erfahrung gemacht, keinen kommunikativen Zugang zu den Regierenden zu erhalten, in Fachfragen nicht um Rat gebeten und nicht gehört zu werden.<sup>239</sup> Heisenberg beschuldigte Hitler, den Physikern den durch die Entdeckung der Kernspaltung 1938 errungenen Vorteil „weggenommen“<sup>240</sup> zu haben. Strauß und Adenauer sorgten zwar für eine gewisse Integration und Konsultation einiger Exponenten der Atomphysik in atompolitischen Entscheidungsprozessen. Sie gaben den Wissenschaftlern aber nicht das Gefühl, auch tatsächlich in den Anliegen ernst genommen, respektiert und offen wie ehrlich behandelt zu werden. Zudem verfügte die Regierung über keinerlei plausible Rechtfertigung für ihre Budgetpolitik, die das Militär zum Nachteil der Wissenschaft begünstigte. Die Physiker standen dem Primat des Militärischen verständnislos gegenüber – sei es aus pazifistischer Überzeugung oder mit Blick ihren eigenen Bedarf an Mitteln. In dieser Hinsicht speiste sich der Unmut einer ganzen Ko-

---

238 Zitiert nach Eickemeyer 1953, S. 66.

239 Vgl. Hermann 1982, S. 187 ff.

240 Zitiert nach Walker 1993, S. 537.

horte von Professoren eines wissenschaftlichen Fachbereichs, der sich gegen die nationale Regierung richtete, im Wesentlichen aus einer mangelhaften, bisweilen trügerischen Kommunikation und gerann bis 1957 zu einem an dieser Stelle methodisch zwar nicht in aller Exaktheit nachweisbaren, aber durchaus denkbaren Protestmotiv. Zumal, das Regierungsprogramm behandelte die politischen Forderungen der Atomwissenschaftler äußerst stiefmütterlich.

### 3.4 ELITE OHNE REPRÄSENTANZ IN DER REGIERUNG

Gerade während der parlamentarischen Dominanzphase bürgerlicher Parteien befanden sich die Atomwissenschaftler in einer politischen Repräsentanz-Lücke. Zwar nahm die Bundesregierung, somit auch die Union, ihre mit Vehemenz vorgetragenen Forderungen nach staatlichen Subventionen bejahend auf, doch ließ sie ihren Ankündigungen nicht in erwartetem und für angemessen gehaltenen Umfang politische Taten folgen. Wie gesagt, nahm sich das Verhältnis zwischen Ankündigung und Umsetzung äußerst diskrepant aus. Heisenbergs Enttäuschung steht hierfür exemplarisch.<sup>241</sup> Demgegenüber die SPD: Sie nahm sich politisch der Bedürfnisse der Kernforscherelite an, griff die Forderungen Heisenbergs und seiner Kollegen sogar programmatisch auf, präsentierte sich im Vergleich zu den Unionsparteien als die fraglos bessere Alternative. Auf dem Münchner Parteitag 1956 verabschiedeten die Sozialdemokraten einen „Atomplan“.<sup>242</sup> Dieser huldigte den neu erkannten Wunderwirkungen der Kernkraft für die Elektrizitätserzeugung und Verwendung in der Medizin – das also, was Otto Hahn stets als die „segensreichen“ Aspekte dieser Energiequelle zu bezeichnen pflegte. Die sozialdemokratische Schrift war gleichsam eine Lobpreisung der zivilen Kernenergienutzung – und damit weitgehend deckungsgleich mit den Absichten der deutschen Kernphysikelite. Dass die SPD aus dem Atomzeitalter in euphorischer Technikgläubigkeit eine neue sozialistische Heilsutopie kreierte, in der es nach den Worten Carlo Schmid zukünftig „Muße für alle“<sup>243</sup> – also neben den oberen Gesellschaftsschichten auch für die Arbeiter – geben würde, brauchte die Nuklearforscher nicht zu stören. Die SPD war damit die Partei, welche den überwiegend der CDU zuneigenden Göttinger Achtzehn programmatisch am stärksten nahestand. Sie gab sich das Profil der „eigentlichen Atompartei“ und schwelgte

---

241 Siehe hierfür Kap. 3.6.1 dieser Arbeit.

242 Vgl. hierzu Kriener, Manfred: Das atomare Glück, in: Die Zeit, 14.09.2006; Strauß 1989, S. 228 ff.

243 Zitiert nach Strauß 1989, S. 230.

in der Vision eines auf friedlicher Atomtechnologie gründenden Atomzeitalters. „Dieses irdische Atom-Paradies ersetzte gerade für die reformorientierten Sozialdemokraten jenes der klassenlosen Gesellschaft.“<sup>244</sup>

Und die Sozialdemokraten kritisierten auch die angeblich von Langsamkeit und gravierenden Versäumnissen geprägte Atompolitik der Bundesregierung. Auch hier findet sich folglich eine Übereinstimmung mit Heisenberg, der nach 1955 fast jede sich zur öffentlichen Regierungsschelte bietende Gelegenheit nutzte.<sup>245</sup> Vor allem aber ließ die SPD nicht viel von Atomraketen und ähnlichen Waffentypen verlautbaren, sondern beschränkte sich rhetorisch explizit auf die zivile Kernenergienutzung. Und sie war es auch, die einen Teil des für militärische Ausgaben vorgesehenen Juliusturms der wissenschaftlichen Forschung zukommen lassen wollte.<sup>246</sup> Mindestens in diesen beiden Punkten, die für die Nuklearwissenschaftler von elementarer Bedeutung waren, lag sie auf einer Linie mit Heisenberg, Hahn und deren Mitstreitern. Die bürgerlich-konservativen Regierungsparteien, die soziografisch den atomwissenschaftlichen Professoren eigentlich viel näher als die sozialistisch agitierende SPD standen, repräsentierten demgegenüber eine den Forschern unbehagliche Politik der atomaren Aufrüstung und ungenügenden Subvention friedlicher Forschungszweige. Doch lagen die Wissenschaftler auf den meisten anderen Politikfeldern selbstredend wieder auf der Linie des Adenauer-Kabinetts und suchten überdies zugunsten ihres öffentlichen Einflusses parteipolitische Neutralität zu wahren, weshalb sie sich politisch nicht der Sozialdemokratie verschrieben.<sup>247</sup>

Kurzum: Die Elite eines gesellschaftlichen Personenkreises, die Atomwissenschaftler, die sozialstrukturellen Merkmalen wie Einkommen, Herkunft und Berufsstatus nach eigentlich eher dem bürgerlichen Lager zuzurechnen war, stand in einem für sie persönlich zentralen politischen Standpunkt – der Priorität der öffentlichen Kernforschungsförderung gegenüber anderen Investitionsbereichen sowie der Festlegung auf ausschließlich friedliche bzw. zivile Anwendung der Forschungsergebnisse – fernab der in den 1950er Jahren mit CDU/CSU,

---

244 Schildt, Axel: Bürgermacht gegen die Bombe, in: Spiegel Online/einestages, 17.04.2008, online einsehbar unter: [http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht\\_gegen\\_die\\_bombe.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht_gegen_die_bombe.html) [eingesehen am 17.04.2008].

245 Vgl. Kap. 3.6.1 dieser Arbeit.

246 Vgl. Schulz, Hans-Dieter: Der Bundeshaushalt, in: Telegraf, 10.05.1957.

247 Politisch standen die meisten der Göttinger Achtzehn allem Anschein nach den Unionsparteien am nächsten; vgl. Radkau 2006, S. 54.

FDP, DP und GB/BHE sämtlich mit Parteien des Bürgertums und konservativen Lager besetzten Bundesregierung.

Insbesondere Heisenberg hatte in die Regierung im Speziellen und die Politik im Allgemeinen noch nie wirklich großes Vertrauen gesetzt. Seine Erlebnisse in der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur hatten ihn skeptisch gestimmt. Ihm schwebte schon einige Jahre, noch bevor es überhaupt einen Bundeskanzler geben sollte, eine ganz andere Moderation der Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und Politikern vor: der Deutsche Forschungsrat.

### **3.5 DER DEUTSCHE FORSCHUNGSRAT UND DIE GÖTTINGER ERKLÄRUNG**

Noch im englischen Farm Hall, unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Systems, dachte Heisenberg sofort in neuen Kontexten, die von seiner gegenwärtigen Situation der faktischen Kriegsgefangenschaft losgelöst waren. Dabei wählte er sich zusammen mit seinen Kollegen als Kern einer westeuropäischen Forscherelite auf internationaler Ebene.<sup>248</sup> Speziell Heisenberg und v. Weizsäcker ersannen Zukunftsszenarien, in denen es galt, die Wissenschaft von der Regierung unabhängig zu machen und stattdessen selbst politischen Einfluss zu erlangen. Schon damals erstrebte Heisenberg eine technokratische Kontrolle über die Nuklearforschung durch die Wissenschaft – ein Vorhaben, das er im Anschluss an seine Rückkehr nach Deutschland einige Jahre lang mit Beharrlichkeit verfolgen sollte.<sup>249</sup>

Obzwar dies in Texten über Heisenbergs Vita ab und an so dargestellt wird, handelte es sich bei der Konzeption eines Forschungsrates beileibe nicht um eine Einrichtung, die dem Staat „zum eigenen Nutzen“<sup>250</sup> gereichen sollte. Was Heisenberg wollte, war ein herausgehobenes Gremium, das – besetzt mit Wissenschaftlern von großem persönlichen Prestige und vorzüglichem Ansehen – qua

---

248 Vgl. Walker 1993, S. 538 f.

249 Zum folgenden Abs. vgl. Heisenberg, Werner: Die Einheit der Forschung, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 24.12.1949; ders. 1976, S. 238 ff.; Kraus 2001, S. 124; Müller 1990, S. 70-74; Osietzki, Maria: Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945-1952, Köln/Wien 1984, S. 337-346; Radkau 2006, S. 37; Schneider 1953, S. 254-258; Stamm 1981, S. 39; Zierold 1968, S. 269 ff.

250 Carson 2005, S. 215.

fachmännischer Autorität über die Vergabe von Forschungsgeldern und die Aufnahme bestimmter Projekte entscheiden, aber auch hinsichtlich der Forschungspolitik konkreten Einfluss auf staatliche Behörden und die Öffentlichkeit nehmen sollte. Es war als ein politisch unabhängiges Beratergremium ausgelegt, das die Verbindung zwischen Staat und Wissenschaft in – vor allem aus Sicht der Wissenschaftler – geeigneter Weise herstellen und im Vergleich zur Vergangenheit intensivieren sollte.<sup>251</sup> Aus der ernüchternden Ergebnislosigkeit der deutschen Atomforschung während des „Dritten Reichs“, einem prägenden „Schlüsselerlebnis“<sup>252</sup>, zog Heisenberg die Lehre, dass Wissenschaft und Politik, insbesondere aber staatliche Verwaltungsstellen, viel enger miteinander in Kontakt zu stehen hätten.

Heisenbergs Idee und zugleich Hoffnung bestand in der Möglichkeit, außerhalb von bürokratischen Strukturen des Staats und ohne die fachfremde Intervention irgendwelcher politischer Akteure, aber eben auch ohne Restriktion durch Propörze und anderweitige Rücksichtnahmen, wie sie der professionellen Politik in einer Parteiendemokratie genuin zu eigen sind, einen veritablen Einfluss auf die Forschungspolitik nehmen zu können. Die Politik hatte Heisenberg in der Vergangenheit, besonders während der nationalsozialistischen Zeit, schon häufig als eine merkwürdige Sphäre kennengelernt, in der reichlich irrationale und in wichtigen Punkten falsche Entscheidungen getroffen werden. Seine Erlebnisse aus der Weimarer Republik und dem „Dritten Reich“ prägten seine generelle Sichtweise auf die Politik. In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten hatte er immer wieder die negative Erfahrung gemacht, dass staatliche Stellen und politische Bedürfnisse die Forschungsbemühungen lähmen und blockieren konnten. Dies frustrierte und ärgerte ihn. Heisenberg wollte schlichtweg nicht einleuchten, weshalb streng nach rationalen Kriterien beurteilbare Sachverhalte in demokratischen Abstimmungen und politischen Aushandlungsprozessen entschieden werden sollten. Wissenschaftler, so meinte er, müssten den Politikern bedeuten, dass „es sich nicht nur um den Ausgleich widerstreitender Interessen handelt, sondern dass es oft sachlich bedingte Notwendigkeiten gibt, die in der Struktur der modernen Welt begründet sind und bei denen ein irrationales Ausweichen in gefühlsbestimmtes Denken nur zu Katastrophen führen“<sup>253</sup> kann. Heisenbergs wissenschaftspolitisches Verständnis war stark von „autoritativen und meritokra-

---

251 Seine Satzung setzte dem DFR das Ziel, als „zentrale Verbindungsstelle zwischen Staat und Wissenschaft“ zu fungieren; Eickemeyer 1953, S. 14.

252 Hermann 2007, S. 92.

253 Heisenberg 1976, S. 239.

tischen“<sup>254</sup> Zügen geprägt. Er war der Überzeugung, dass „seine wissenschaftlichen Meriten auch zu einer Vorrangstellung und Einflussnahme im Politischen berechtigten“. Es nimmt daher kaum Wunder, dass Heisenberg, wie übrigens auch Hahn, geradezu panisch reagierte, sobald sich eine politische Einflussnahme auf Wissenschaftsorganisationen wie die MPG abzeichnete.<sup>255</sup> Politische Mitsprache fasste er als Gefährdung der eigenen Autonomie auf. Freiwillig wollten Hahn und Heisenberg der Politik somit unter keinen Umständen Mitspracherechte in ihren Organisationen einräumen, zeigten sich dabei also im Unterschied zu ihren eigenen Erwartungen an die Politik ihrerseits gegenüber anderen Erfahrungswelten und Kompetenzwerten bemerkenswert unaufgeschlossen, ja feindselig.

Deshalb befürwortete Heisenberg noch vor der offiziellen Gründung der Bundesrepublik eine zentrale Forschungsförderung anstelle einer föderalistischen Zersplitterung, sprach sich also gegen die spätere Konstruktion aus, in welcher sehr viele Entscheidungen auf Landesebene zu treffen waren.<sup>256</sup> Ferner maß er Wissenschaftlern als Experten für ihre eigenen Belange und alltäglichen Anwenden rationaler Argumentation einen objektiv unverzerrten, somit überlegenen Einblick in die konkret nachweisbaren Notwendigkeiten der Forschungsrealität bei. Würde nämlich erst „das vernünftige Denken“ wieder einmal über die „irrationalen Emotionen der Politik und des Krieges“ Oberhand gewinnen – dies erwartete Heisenberg –, so könnte man „mit dem Missbrauch der Wissenschaft ohne allzu große Schwierigkeiten fertig werden“<sup>257</sup>. In der Überzeugung Heisenbergs sollten Wissenschaftler „in die Arbeit der Politiker ein konstruktives Element von logischer Präzision, von Weitblick und sachlicher Unbestechlichkeit bringen“<sup>258</sup>. Außerdem fußten seine Bemühungen auf der Erkenntnis, dass die Wissenschaft auch in die Kontrolle ihrer eigenen Errungenschaften mit eingebunden werden müsse, um Geschehnisse wie Hiroshima und Nagasaki in Zukunft verhindern zu können. Stellt man in Rechnung, dass Heisenberg in den US-amerikanischen Atombombenabwürfen vor allem eine Rufschädigung für die Kernenergieforschung sah, strebte er eine Institutionalisierung der morali-

---

254 Hier und folgend Schirmacher 2007, S. 16.

255 Vgl. Osietzki 1984, S. 112.

256 Vgl. Heisenberg, Werner: Die Einheit der Forschung, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 24.12.1949; ders. 1989, S. 71.

257 Diese Zitate aus: ders.: Die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft im Spiegel der Lindauer Tagungen, in: Dées de Sterio, Alexander (Hg.): Nobel führte sie zusammen. Begegnungen in Lindau, Stuttgart 1975, S. 84-99, hier S. 85 f.

258 Zitiert nach Kraus 2001, S. 124.



schen Verantwortung des Forschers nur nach außen an, wollte in Wirklichkeit allerdings vielmehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber der staatlichen Exekutive gewinnen, um eben solche sich negativ auf das Ansehen seines Forschungsbereichs auswirkenden Maßnahmen und Beschlüsse der Politiker in Zukunft mit eigener formaler Autorität abwenden zu können.

Heisenbergs Idealvorstellung sah demzufolge einen vermeintlich moralisch und vernunftmäßig unerschütterlichen Rat von fünfzehn bis maximal zwanzig Personen vor, der sich nach dem Prinzip der Kooptation rekrutierte. Der Nobelpreisträger und führende Atomphysiker sah in der Neugründung des deutschen Staats, der Phase eines fundamentalen Umbruchs in Richtung eines demokratischen Systems also, eine einzigartige Gelegenheit, ein elitär und gänzlich undemokratisch<sup>259</sup> rekrutiertes Wissenschaftlergremium mit exekutiven Kompetenzen auszustatten und es als explizit nichtpolitisches Korrektiv der Regierung, mithin der Politik insgesamt, zu etablieren. In Heisenbergs Worten klang das freilich etwas dezenter: „Ich wollte also der Wissenschaft ein gewisses Recht zur Initiative in öffentlichen Angelegenheiten verschaffen.“<sup>260</sup> Und: Durch den DFR „sollte dafür gesorgt werden, dass eine für das gemeinsame Wohl möglichst nützliche Verbindung zwischen den Behörden und der Wissenschaft geschaffen“<sup>261</sup>, eine „sachgemäße Beratung“<sup>262</sup> gewährleistet würden. In Wirklichkeit beabsichtigte Heisenberg nichts weniger, als „die Forschung vor unliebsamen externen Ansprüchen zu schützen“<sup>263</sup>, sich im eigenen Wirkungsfeld größtmögliche Autonomie zu bewahren.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu verwirklichen, suchte Heisenberg so früh wie möglich den Kontakt zur augenfällig wichtigsten Persönlichkeit in der deutschen Politik, zu Bundeskanzler Konrad Adenauer. Zuvor hatte er im März 1949 den Deutschen Forschungsrat ins Leben gerufen; dieser sollte der institutionelle Träger all seiner Pläne und am Ende die erstrebte wissenschaftspolitische Beratungs- und Entscheidungsinstanz sein.<sup>264</sup> Dem Vorhaben, ihn zu etablieren,

---

259 Gegen diesen Einwand brachte der DFR-Geschäftsführer das wohl für Heisenbergs Konzept bezeichnende Argument vor: „Wissenschaftliche Erkenntnisse gelten auch ohne parlamentarische Bestätigung.“ In: Eickemeyer 1953, S. 233.

260 Heisenberg 1976, S. 239.

261 O.V. (Interview mit Werner Heisenberg): Der Deutsche Forschungsrat, in: Physikalische Blätter, H. 6/1950, S. 170 ff.

262 Heisenberg, Werner: Die Einheit der Forschung, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 24.12.1949.

263 Osietzki 1984, S. 342.

264 Vgl. ebd., S. 259 u. S. 346.

widmete Heisenberg auch einen Großteil seiner Zeit,<sup>265</sup> was zu seinem persönlichen Leidwesen auf Kosten seiner wissenschaftlichen Arbeit ging. Umso mehr musste das spätere Scheitern seines Konzepts den unermüdlichen „Workaholic“ Heisenberg verdrießen – hatte dieser doch in dessen Verwirklichung viel Energie gesteckt und mit dem selbstaufgelegten Verzicht auf wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn aus seiner Sicht viel Lebenszeit vergeudet.

Dem DFR gehörten mit einer erdrückenden Dominanz von Naturwissenschaftlern fünfzehn Mitglieder an.<sup>266</sup> Den Forschungsrat als eine Institution disziplinübergreifender Expertise zu bezeichnen, wäre allerdings nicht einmal mit Wohlwollen glaubwürdig zu bewerkstelligen. In diesem Aspekt findet ein nicht gering egoistischer Zug von Heisenbergs Konzept seinen Ausdruck. Heisenberg wollte den DFR zur Stärkung von dessen Autorität und zum Zwecke eines ergiebigen Kommunikationskanals sodann institutionell direkt an das Bundeskanzleramt angliedern.<sup>267</sup> Von einem solch privilegierten Zugang zur Bonner Machtzentrale erhoffte er sich nicht zuletzt einige Millionen Mark für wissenschaftliche Förderungsmaßnahmen.<sup>268</sup> Naturgemäß erhob sich gegen diesen Kompetenzanspruch der Wissenschaft prompt Widerstand aus dem Kabinett, vor allem von Innenminister Gustav Heinemann. Adenauer selbst lavierte, beschied dem Vorhaben weder eine sofortige Ablehnung, noch traf er eine positive Entscheidung. Stattdessen ließ er das Projekt verenden. Er profitierte dabei von einem wissenschaftspolitischen Konflikt. Denn Heisenberg und sein Forschungsrat mussten sich mit einer konkurrierenden Wissenschaftsorganisation, der „Notgemeinschaft“ (NG),<sup>269</sup> duellieren, die ihnen zwischenzeitlich als mächtiger Rivale erwachsen war.<sup>270</sup> Zwischen DFR und NG entspann sich ein intensiver Streit, den die Kontrahenten in erster Linie um Form und Ausmaß der Einflussnahme wissenschaftlicher Gremien auf politische Entscheidungen führten. Die Notgemeinschaft, die von den Kultusministerien der Länder gestützt wurde, arrangierte

---

265 Vgl. beispielhaft für Heisenbergs Engagement den Briefwechsel mit Gerlach im Zeitraum des Jahres 1949, abgedruckt in: Gerlach, Walther: Walther Gerlach (1889-1979). Eine Auswahl aus seinen Schriften und Briefen, Hg. von: Bachmann, Hans-Reinhard/Rechenberg, Helmut, Berlin u.a. 1989, S. 230-245.

266 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 19 u. S. 21.

267 Vgl. ebd., S. 73 u. S. 121.

268 Vgl. Hermann 2007, S. 95.

269 Zur Notgemeinschaft vgl. Zierold 1968, S. 279 ff. Die Notgemeinschaft der Wissenschaften diente zur Aufrechterhaltung und Förderung der hochschulgebundenen Forschung.

270 Vgl. zu diesem Konflikt Osietzki 1984, S. 344 ff., S. 349 ff. u. S. 362.

sich im Frühsommer 1949 mit der Privatwirtschaft und ging infolgedessen eine enge Verbindung mit einem Stifterverband deutscher Industrieller ein. Im Ergebnis besaß sie nun eine privatwirtschaftliche Finanzierungsquelle, wodurch der DFR im Konkurrenzkampf mangels eigener Geldquellen ganz erheblich ins Hintertreffen geriet. Seine Existenz endete schließlich im August 1951 durch die Fusion<sup>271</sup> mit der NG zur Deutschen Forschungsgemeinschaft – einem Kompromiss, der Heisenberg ein „hohes Maß an Selbstverleugnung“<sup>272</sup> abverlangte. Somit erlebte Heisenberg seine erste große Niederlage nach dem Krieg nicht zuletzt infolge eines Bundeskanzlers, der sich für sein Konzept – das immerhin in einer demokratisch fragwürdigen Weise Regierungskompetenzen zu übernehmen trachtete – schlichtweg nicht zu interessieren schien. Die ärgsten Gegner von Heisenbergs Forschungsrat waren im Übrigen wiederum Politiker, in diesem Fall die um ihre Kulturhoheit besorgten und in dieser Angelegenheit ausnahmsweise beinahe als geschlossene Garde auftretenden Kultusminister der Länder;<sup>273</sup> Adenauer, der damals unnötige Konflikte sorgsam zu vermeiden suchte, hatte mit diesen nicht in offene Konfrontation treten wollen. Zwischen dem Kanzler und dem Wissenschaftsorganisator Heisenberg bestand daher über lange Zeit ein einseitiges Nutzenverhältnis: Adenauer nahm gerne gelegentlich Ratschläge des Atomforschungsexperten Heisenberg entgegen, aber ein ihn politisch einengendes Gremium an seiner Seite wollte er nicht dulden und enthielt dem Göttinger Professor daher in diesem Punkt seine politische Unterstützung vor.

Es ist anzunehmen, dass die Forschungspolitik der Bundesregierung in Sachen Atomenergie in den Augen Heisenbergs vor allem deshalb ineffektiv und verzögernd ablief, wenn nicht gar scheiterte, weil eine Instanz wie der Forschungsrat fehlte. Für eben dieses konkrete Anliegen eines wissenschaftlichen Brückenkopfs in der exekutiven Politik, darauf deuten Heisenbergs Handeln und die Ausgestaltung des DFR-Konzepts jedenfalls hin, war Heisenberg nach dem Krieg wissenschaftspolitisch aktiv geworden und hatte gehörigen Wissenschaftlereinfluss auf die Regierung institutionell festschreiben wollen. Die Entscheidung zur Ausrüstung der Bundeswehr betrachtete Heisenberg wohl als einen jener politischen Beschlüsse, die er allenthalben als „irrationales Ausweichen in gefühlsbestimmtes Denken“ und in Widerstreit zu „sachlich bedingten Notwendigkeiten“ stehend betrachtete – solche Entscheidungen also, gegen die sich der

---

271 Vgl. hierzu Eickemeyer 1953, S. 75 f.

272 Zitiert nach Hermann 2007, S. 96.

273 Vgl. Stamm 1981, S. 281.

Forschungsrat präventiv richtete.<sup>274</sup> Derlei hätte Heisenberg wohl über die Macht des DFR zu bekämpfen gesucht.

Der Deutsche Forschungsrat war für Heisenberg folglich in den Jahren vor der Göttinger Erklärung von 1957 eine ungemein wichtige Angelegenheit gewesen. Das Scheitern dieses Projekts in seiner Reinform veranlasste ihn jedoch nicht, die dahinter stehenden Ideen und Grundprinzipien einer Verantwortungswahrnehmung der Forscher aufzugeben. Vor diesem Hintergrund kann man die Göttinger Erklärung, auch die Mainauer Kundgebung, als einen Notbehelf, eine wissenschaftspolitische Improvisation sehen, doch noch – in diesem Fall über die entschlossene Hinwendung zur Öffentlichkeit, zur Bevölkerung, 1957 obendrein in einer für die Regierung außergewöhnlich kritischen Phase eines Wahljahres – im Kanzleramt zu dem gewünschten Einfluss zu kommen – über den alternativen Kanal eines politischen Manifests. Heisenberg kapitulierte in dieser Sache nie, sondern suchte sich in passenden Situationen neue Wege, seine Ziele zu erreichen.

Einen davon, so soll hier behauptet werden, stellte das politische Manifest des Jahres 1957, mehr als fünf Jahre nach dem Aus für den DFR, dar. Die Göttinger Erklärung wies Wesenszüge des Forschungsrates auf. Ganz im Sinne des DFR-Konzepts verlangte sie eine politische Maßnahme – den Verzicht auf bundesdeutsche Atomwaffen – auf der legitimierenden Grundlage wissenschaftlicher Beurteilungskraft. Sie verwirklichte insofern ein zentrales Anliegen des gescheiterten Forschungsrates. Dessen Geschäftsführer Helmut Eickemeyer umschrieb dieses als die „Berücksichtigung des Rates der Wissenschaft durch die Politik in allen Fragen, die auf wissenschaftlicher Basis geklärt werden können“<sup>275</sup>. Um die politische Einflusslosigkeit der Erkenntnisgewinner zu kompensieren,<sup>276</sup> fungierte das politische Manifest, eingebettet in eine günstige Konstellation von Wirkungsfaktoren, gleichsam als Generator politischer Macht. Heisenbergs Deutscher Forschungsrat hatte begonnen, was sich in der Göttinger Erklärung wenige Jahre später punktuell fortsetzte: die Erörterung von praktizierter Mitverantwortung der Wissenschaftler für ihre Forschungsleistungen.<sup>277</sup>

Dass Heisenberg diese Hoffnung politischer Einflussnahme nach der Gründung der DFG nämlich nicht aufgegeben hatte, zeigte seine Erwartung, über die Mitarbeit in der Atomkommission doch noch die Politik lenken und einen Teil

---

274 Die Zitate finden sich in Heisenberg 1976, S. 239.

275 Eickemeyer, Helmut: Gebt der Forschung materielle Lebensmöglichkeiten, in: *Industriekurier*, 30.12.1950 [i.O. kursive Herv.].

276 Vgl. Rosenbrock 1977, S. 174.

277 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 45.

der Gedanken, die hinter dem Konzept des Forschungsrates standen, ungeachtet des vorherigen Scheiterns realisieren zu können.<sup>278</sup> Eine derer Unterkommissionen war hinsichtlich ihres Personaltableaus eine exakte Kopie der DFG-Senatskommission für Atomphysik. Heisenberg glaubte an dieser Stelle atompolitischer Institutionen des Staats endlich ein Einfallstor für den Einfluss der Wissenschaftler gefunden zu haben. Er erlag dem Irrglauben, eine Instanz formiert zu haben, „von deren Urteil aus wissenschaftlichen Gründen ab(zu)weichen einem Minister sehr schwierig“<sup>279</sup> sein würde. Auch diese optimistische Annahme einer einflussreichen Gestaltungskraft erwies sich binnen kurzer Zeit als Trugschluss eines politischen Laien und mehrte Heisenbergs Frustration.

### 3.6 PERSONENSPEZIFISCHE MOTIVE

Ganz gewiss: Letztlich lassen sich alle hier genannten Beweggründe verschiedenen Manifestanten gleichzeitig zuschreiben. Doch während sich das Motiv der Verantwortung oder jenes eines Verdrusses ob der beruflichen Rahmenbedingungen kumulativ mehreren Personen zuordnen lassen, betreffen andere Triebfedern nur Einzelpersonen. Auch diese können allerdings begreiflich machen, weshalb die Göttinger Erklärung zustande kam, und verdienen daher an dieser Stelle eine eingehende Analyse.

#### 3.6.1 Heisenbergs Bruch mit Adenauer

Während Adenauer seinen kernphysikalischen Berater Heisenberg beinahe in Permanenz enttäuschte, hatte sich dieser über einige Jahre hinweg loyal und – wenn auch mit zunehmender Ungeduld – abwartend verhalten. Wann immer ihn der Kanzler darum bat, nahm Heisenberg Rücksicht auf Adenauers Interessen und Anliegen. Denn die Ankündigungen des Kanzlers verhiessen ja jedes Mal gute Aussichten.<sup>280</sup> 1955 war Heisenberg bspw. als prominenter deutscher Atomforscher von Adolf Grimme, damals seines Zeichens Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), gebeten worden, zur Primetime einen Rundfunkvortrag über die Janusköpfigkeit der Atomenergie zu halten.<sup>281</sup> Weil

---

278 Vgl. Stamm 1981, S. 189.

279 Heisenberg, zitiert nach ebd., S. 189.

280 Vgl. etwa Brief Heisenberg an Gerlach vom 12.10.1949, in: Gerlach 1989, S. 238.

281 Vgl. hierzu Hermann, Armin: Werner Heisenberg. Mit Selbstzeugnissen und Bild-dokumenten, Hamburg 1994, S. 100; Stamm 1981, S. 153.

aber zu diesem Zeitpunkt gerade die Verträge für die Erlangung der Souveränität und den NATO-Beitritt der Bundesrepublik anstanden und Adenauer keine Details zum potenziell kontroversen Thema „Atomenergie“ in die Öffentlichkeit dringen lassen wollte, nutzte der Kanzler seinen persönlichen Kontakt zu Heisenberg, um diesen von dem ungewissen Radiovortrag abzuhalten. Auch unterließ es Heisenberg entgegen seiner ursprünglichen Absicht, als Vertreter der Max-Planck-Gesellschaft einer Einladung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu einer Forschungstagung zu folgen, nachdem die Bundesregierung ihr Missfallen darüber zum Ausdruck gebracht hatte.<sup>282</sup>

Für dieses Zuvorkommen Heisenbergs zeigte sich der Kanzler allerdings nicht erkenntlich. Während der Wissenschaftler Rücksicht nahm, dankte es ihm der Politiker nicht. Soziologisch ausgedrückt, war das Reziprozitätskonto zwischen den beiden folglich alles andere als ausgeglichen. Jedenfalls hinderte dies Adenauer nicht, Heisenberg in bedeutsamen Situationen zu desavouieren. Der Kanzler versagte dem Atomforscher die Unterstützung der Bundesregierung in Sachen Deutscher Forschungsrat, woraufhin diese Institution in sich zusammenbrach.<sup>283</sup> Auch innerhalb der DFG half Adenauer Heisenberg anschließend nicht, das Forschungsrat-Konzept doch noch umzusetzen. Gerade weil sich Heisenberg angesichts des persönlichen Kontakts zum Bundeskanzler in einer privilegierten Position wähnen konnte, dürfte ihn das wirkliche, dieser Statuswahrnehmung widersprechende Verhalten Adenauers umso mehr enttäuscht haben.

Der endgültige, danach nie mehr gänzlich reparierte Bruch zwischen Adenauer und Heisenberg ereignete sich schließlich infolge der Standortentscheidung für das neue Kernforschungszentrum der Bundesrepublik.<sup>284</sup> Das groß angelegte Kernforschungszentrum, das Heisenberg faktisch seit 1945 vorschwebte, existierte in dessen Plänen nicht nur als sinnstiftendes Leitziel, sondern war zudem en détail ausgestaltet worden. Für Heisenberg handelte es sich dabei nicht um eine vage Vision, sondern er verband mit diesem Projekt ganz präzise Vorstellungen. Nicht nur wollte er wissenschaftlich dessen Leiter und auf internationaler Ebene repräsentativer Kopf sein. Der Grund war noch weitaus persönlicher, privater. Heisenberg drängte es vor allem zurück in seine alte Heimat München, dorthin, wo seine akademische Karriere ihren Anfang genommen hat-

---

282 Vgl. Hoffmann 2005, S. 200 f.

283 Vgl. hier und folgend Osietzki 1984, S. 353 und 367 f. sowie Kap. 3.5 dieser Arbeit.

284 Zu dieser Kontroverse vgl. umfassend Gleitsmann 1986; vgl. auch Trischler, Helmut: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Horst (Hg.): Bayern im Bund, Bd. 3, München 2004, S. 117-194, hier S. 148-156.

te und wo ihm die Nationalsozialisten in den 1930er Jahren intrigant eine Professur – die Sommerfeld-Nachfolge<sup>285</sup> – verwehrt hatten, dort auch, wo der naturverbundene Professor die Nähe zu den idyllischen Berglandschaften finden konnte.<sup>286</sup> Dieses Ziel, das MPI für Physik schnellstmöglich aus dem niedersächsischen Göttingen in die bayerische Metropole zu verlagern, verfolgte er seit 1949, wenn nicht sogar seit den 1930er Jahren.<sup>287</sup>

Der Gedanke an München wurde zusätzlich von der sentimental Illusion getragen, dort in einer Renaissance der Wissenschaft die „goldenen Zeiten“ der 1920er Jahre wieder aufleben zu lassen. Dies war zweifelsohne ein egoistischer, aber für Heisenberg zentraler Beweggrund für die Standortwahl Münchens. Dazu kam, dass Heisenberg und die MPG das Kernforschungszentrum – damals das Prestigeprojekt der westdeutschen Atomforschung schlechthin – unter ihre Kontrolle bekommen wollten.<sup>288</sup> Schon 1952 standen neben der bayerischen Landeshauptstadt mit den Räumen Mainz-Heidelberg-Karlsruhe und Köln-Aachen allerdings zwei weitere Standortgebiete zur Auswahl. Der Staat war in diesem Fall der Hauptgeldgeber und deshalb oblag ihm auch die finale Entscheidung; das Projekt sprengte nämlich die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten selbst einer wissenschaftlichen Großorganisation wie die MPG bei Weitem. Heisenberg versuchte auch in dieser Angelegenheit mit aller Kraft, seine Interessen bei den politischen Entscheidungsträgern durchzusetzen. Gegenüber Adenauer ließ er keine Zweifel über seinen Wunschstandort<sup>289</sup> aufkommen und bei der bayerischen Staatsregierung<sup>290</sup> hatte er alle erdenklichen Weichen bereits stellen lassen. 1955, noch bevor Adenauers Entscheidung fiel, erbot sich die bayerische Regierung, die mehrere Millionen Mark betragenden Kosten für die Verlegung des Göttinger MPI und auch jene für einen Neubau in München zu übernehmen.

---

285 Vgl. hierzu Hammerstein 1999, S. 338 f.

286 Vgl. Heisenberg 1976, S. 257; Schirrmacher 2005, S. 3 ff.

287 Vgl. Brief Heisenberg an Gerlach vom 20.06.1949, in: Gerlach 1989, S. 237; Gleitsmann 1986, S. 12 f.; Hermann 2007, S. 108.

288 Vgl. zu diesem Abs. Kraus 2001, S. 136 ff.; Müller 1990, S. 116, S. 130 ff. u. S. 136; o.V.: Aus den Gesellschaftsorganen und der Generalverwaltung, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 5/1955, S. 276; Radkau 2006, S. 43; Stamm 1981, S. 174.

289 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 39 f. Heisenberg schrieb, dass es für ihn „ein sehr schwerer Entschluss sein würde, einer Verlegung des MPI für Physik nach Göttingen zuzustimmen, wenn als neuer Standort ... eine andere Stadt als München gewählt würde“; zitiert nach ebd. S. 39 [i.O. kursive Herv.].

290 Vgl. ebd., S. 58 f.

Ebenfalls brachte Heisenberg die Physikalische Studiengesellschaft hinter seine Standortpräferenz.<sup>291</sup> Neben den Gewinn einflussreicher Unterstützerkreise legte Heisenberg überdies seine gesamte Reputation in die Waagschale und drohte ultimativ, sich bei einer anders lautenden Entscheidung mitsamt seinem Institut aus dem gesamten Projekt zurückzuziehen, somit eine erwiesenermaßen kreative Kraft vorzuenthalten.<sup>292</sup> Würde Karlsruhe gewählt, so wollte er in seinem Leben nichts mehr mit Kernreaktoren zu tun haben. In Anbetracht von Heisenbergs Status trug dies durchaus erpresserische Züge und war gleichermaßen konsequent wie es ihm auch als arrogant oder infantil ausgelegt werden kann. Heisenberg war voller Überzeugung und Selbstbewusstsein, dass ohne seine Göttinger Reaktorgruppe das Vorhaben schlechterdings undurchführbar sei und die Entscheidung folglich seinen Interessen gar nicht zuwiderlaufen konnte.

Adenauer entschied sich Ende Juni 1955 dennoch für Karlsruhe.<sup>293</sup> Mit diesem Beschluss handelte er sich endgültig die Antipathie Heisenbergs und einiger seiner Kollegen ein. Auch die Entscheidungsprozedur missfiel ihm. Obwohl Heisenberg und Hahn an vorangegangenen Sitzungen, auf denen diese Frage beraten wurde, teilgenommen hatten, waren sie zu der entscheidenden Zusammenkunft hingegen nicht geladen worden. Die ihm angebotene wissenschaftliche Leitung für Karlsruhe lehnte Heisenberg ab. Der Göttinger Atomphysiker nahm die Missachtung seiner Forderungen zum Anlass – man ist geneigt zu sagen: anmaßend und überempfindlich –, dem ganzen Vorhaben einer bundesrepublikanischen Kernenergieentwicklung kurzerhand die Unterstützung seines Genius' zu entziehen.<sup>294</sup> Diese verweigerte Kooperation und auch die seiner exzeptionellen Leistungsfähigkeit als mathematisch brillanter Physiker waren ein typisches, in vielen Lebensjahren und -stadien zu beobachtendes Verhaltensmuster Heisen-

---

291 Vgl. ebd., S. 63-68.

292 Pesch erwähnt dezent, dass sich die Regierung „der massiven Pressionsversuche eines Nobelpreisträgers und Mitgliedes der DATK [Deutschen Atomkommission]“ erwehren musste; Pesch 1975, S. 25.

293 Vgl. Aktenvermerk von Oberregierungsrat Pretsch aus dem Bundeswirtschaftsministerium vom 09.07.1955, abgedruckt in: Gleitsmann 1986, S. 225 ff. sowie ebd. S. 77 f.

294 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH am 15.07.1955, abgedruckt in: ebd., S. 230 f. sowie ebd. S. 79 ff.



bergs.<sup>295</sup> Schon den Schullehrer, der ihm mit dem Stock auf die Finger schlug, sanktionierte er, indem er diesen ignorierte und sich einer weiteren Zusammenarbeit im Klassenzimmer verweigerte.<sup>296</sup>

Nachdem Adenauers Entscheidung zugunsten von Karlsruhe gefallen war, unternahm Heisenberg gleichwohl noch letzte – allerdings erfolglose – Versuche, ein gleichwertiges Reaktorzentrum auch für „sein“ München zu bekommen.<sup>297</sup> Hierzu versuchte er, erneut seine politischen Kontakte zu nutzen, die er dieses Mal allerdings überstrapazierte. Ende 1955 nervte er die Leute im Bundeskanzleramt bereits in einem solchen Ausmaß, dass Adenauers Adlatus Hans Globke versuchte, ihn ein für alle Mal vom Kanzler fernzuhalten. Längst war die ehemals gute, ja beinahe vorbildliche Beziehung zwischen politischem Entscheidungsträger und wissenschaftlichem Berater von beiden Seiten als zerbrochen empfunden worden – freilich nicht ohne dass die eine Seite die Schuld dafür bei der jeweils anderen suchte. Adenauer sah es keineswegs ein, sich von einem Mann wie Heisenberg, der zweifelsohne als exzellenter Fachmann und Forscher von Weltruf zu bewerten war, sich jedoch auf keinerlei demokratische Legitimation berufen konnte, unter Druck setzen zu lassen. Um politische Entscheidungen treffen zu können, musste sich Adenauer schließlich auch regelmäßig einem demokratischen Abstimmungsverfahren unterwerfen. Zuletzt hatte Heisenberg den Kanzler sogar gedrängt, die Entscheidung möglichst vor seinem Vortrag am Wirtschafts- und Sozialpolitischen Institut in Bonn zu fällen, damit er die in Erfüllung gegangenen Reaktor- und Forschungsstationsträume sogleich dort frisch und feierlich hätte verkünden können.<sup>298</sup> Außerdem erachteten Adenauer und Kanzleramtschef Globke Heisenbergs Standortförsprache als rein privater Natur – was sie schließlich auch war – und dadurch als unverfrorene Anmaßung. Von einem penetrant auf die Sinnhaftigkeit seiner Meinung beharrenden Atomwissenschaftler wollte sich Adenauer keine Bedingungen diktieren lassen. Ganz unberechtigt waren Reaktion und Entscheidungsausgang im Kanzleramt daher nicht. Heisenberg, mitsamt seinem Einfluss in Wissenschaftlerkreisen, machten

---

295 Heisenberg nämlich zog sich in solchen Situationen „in sich selbst zurück, in seine eigene Welt, in der er glücklich war, und brach jede Beziehung zu demjenigen ab, von dem er sich ungerecht behandelt fühlte“; Heisenberg 1980, S. 21.

296 Vgl. ebd.

297 Vgl. beispielhaft den Vermerk zum Verlauf der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft am 09.09.1955 durch Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium Hinsch vom 10.09.1955, abgedruckt in: ebd., S. 243-246 sowie ebd. S. 83-86.

298 Vgl. hierzu Fischer 1994, S. 224 sowie die dortige Fußnote 140.

sich Adenauer und seine Berater damit gleichwohl zu einem Gegner. Denn dieser fühlte sich von den Politikern einmal mehr verraten und im Stich gelassen.

Zusätzliche Nahrung erhielt Heisenbergs Groll durch die notorisch lange Dauer atompolitischer Entscheidungsprozesse der Regierung Adenauer.<sup>299</sup> Über Genf als Standort des CERN hatten sich z.B. seinerzeit vier europäische Staaten gestritten und dieser schwierigen Bedingung zum Trotz binnen eines Jahres eine Einigung erzielt, noch rund 24 Monate bevor die entsprechende Finanzierung überhaupt gesichert wurde.<sup>300</sup> Anders in Bonn: Zum Zeitpunkt von Adenauers Verfügung, an welchem Ort ein Kernforschungsareal errichtet werden sollte, waren allerdings – obwohl der Bau per se bereits beschlossen worden war – drei Jahre verstrichen. Wie man im Hinblick auf das allzeitige Drängen der Atomphysiker nach möglichst schnellem Anschluss an die international sich vollziehende Entwicklung weiß, war dies eine extrem wertvolle Zeit, die da aus Sicht der Wissenschaftler ungenutzt ins Land zog.

Es war aber nicht allein die Entscheidung gegen Heisenbergs Präferenzen, die den berühmten Atomforscher reizte. Vor allem ist der Hintergrund zu berücksichtigen, vor dem sich dieser Regierungsentscheid abspielte. Denn Adenauers Votum für Karlsruhe war keinen rationalen, jedenfalls für Heisenberg nachvollziehbaren Gründen entsprungen. Der Standort Karlsruhe war Gegenstand einer politischen Maßnahme, Mittel einer Regierungsabsicht, folgte insoweit einer außerpolitisch schwer verständlichen Logik und war demgegenüber nicht primär auf das sachliche Ziel eines modernen Forschungszentrums ausgerichtet. Aus Heisenbergs Sicht: Es handelte sich um einen Bestandteil einer bloßen Taktik politischen Handelns und somit um etwas Sachfremdes. Denn schenkt man der Berichterstattung Franz Josef Strauß' Glauben,<sup>301</sup> dann verfolgte der Bundeskanzler mit der Standortfrage das Ziel, die Bildung eines vergrößerten Badens als eigenständiges Bundesland auf Kosten des gerade erst wenige Jahr zuvor 1952 zum Bundesland Baden-Württemberg zusammengeschlossenen

---

299 Der an dieser Stelle ausgeführte Aspekt steht in direktem Zusammenhang mit dem Abschnitt über die Verärgerung der Atomwissenschaftler ob der Regierungspolitik im Kap. 3.3 dieser Arbeit.

300 Vgl. dazu Brief Heisenberg an Gerlach vom 05.05.1955, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 222, S. 138 f.; zum Zeitdruck: Vergleichendes Rahmengutachten für die deutsche Reaktorstation Heisenbergs vom Dezember 1954, abgedruckt in: Gleitsmann 1986, S. 196-201.

301 Vgl. dazu Strauß 1989, S. 220 f.

Südwestens zu verhindern.<sup>302</sup> Unter Druck seiner württembergischen Parteifreunde stehend, versuchte Adenauer die Südweststaaten mit dem neuen Kernforschungszentrum auszusöhnen. Faktisch war die Forschungsanlage also nicht Zweck, sondern Mittel. Offiziell ließ Adenauer daher von dem hochrangigen Bundeswehrgeneral Hans Speidel eine militärische, auf die Eventualität eines sowjetischen Angriffs Bezug nehmende Erklärung konstruieren,<sup>303</sup> welche die wahren Beweggründe für die Entscheidung glaubhaft verschleiern sollte und mit diesen in keinerlei Zusammenhang stand. Mit dem Verweis auf sicherheitspolitische Erwägungen ließ sich in jenen Zeiten des Kalten Kriegs schließlich vieles plausibel machen. Heisenbergs Frau Elisabeth charakterisierte die 1950er Jahre im Hinblick auf ihren Gatten prägnant als die „Zeit seines Misserfolges in der deutschen Innenpolitik“<sup>304</sup>. Offenbar hatte der Nobelpreisträger unter der Politik Adenauers sehr gelitten.

Der anschließende Bruch mit Adenauer fand seinen Ausdruck in Heisenbergs Reaktionen. Nicht nur verwahrte er sich jedweder Beteiligung am Kernforschungszentrum. Regelrecht garstig sagte er zudem via Presseerklärung die Delegationsleitung für die Genfer Atomkonferenz 1955 ab.<sup>305</sup> Und er konterkarierte auch Versuche des Kanzleramts, den Konflikt zu vertuschen. „Offiziell ließ Adenauer verlautbaren, Heisenberg habe seine Absage aus terminlichen Gründen erteilt. Heisenberg machte jedoch auf Anfrage einiger Abgeordneter ziemlich unverblümt seine Empörung über Adenauers Entscheidung deutlich und beklagte sich, dass die Bundesregierung einfach wichtige Entscheidungen der Forschungspolitik ohne Berücksichtigung der Interessen der Wissenschaftler getroffen habe.“<sup>306</sup> Und Journalisten teilte er frei heraus mit, dass er keine Zeit gehabt habe, sei „natürlich Unsinn“<sup>307</sup>. Vielmehr handle es sich dabei um eine kritische Reaktion auf die Bundesregierung, welche „die Ratschläge der Wissenschaft nicht ausreichend berücksichtigt“<sup>308</sup> habe. Auch seine Rede auf der alljährlichen Nobelpreisträgertagung in Lindau im Juli 1955 nutzte er zu einem Angriff auf die Regierungsentscheidung, die er als sinnentleert und viel zu verspätet abstraf-

---

302 Dies ermöglichte eine zu dieser Zeit nötige Neuregelung der Gebietsverhältnisse im Südwesten.

303 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 72-77; Strauß 1989, S. 221.

304 Heisenberg 1980, S. 179.

305 Zu Heisenbergs Absage vgl. Fischer 1994, S. 229 u. S. 234; Hermann 1994, S. 103 f.; Müller 1990, S. 138; Stamm 1981, S. 165.

306 Müller 1990, S. 138.

307 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 201.

308 Zitiert nach ebd.

te.<sup>309</sup> Offenkundig versuchte Heisenberg, seinem Unmut in der Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen und Adenauer dort in Misskredit zu bringen.

Mit Blick auf die spätere Göttinger Erklärung lässt sich in der historischen Nachbetrachtung eine pikante Beobachtung machen: Heisenberg suchte durch die Thematisierung in der Öffentlichkeit, unter geschickter Zuhilfenahme seiner Prominenz und seines Expertenstatus', die Bundesregierung unter Druck zu setzen.<sup>310</sup> Insofern nahm er 1955 als Einzelperson eine ähnliche Maßnahme vor, wie er sie im Kollektiv und unter anderen Randbedingungen zwei Jahre später 1957 im Rahmen des Göttinger Manifests der achtzehn Atomphysiker wiederholen sollte.

Die mittlerweile tief sitzende Verärgerung über Adenauer artikuliert sich auch in Heisenbergs Vortrag vor dem Bayerischen Landtag 1956. Das in heimatischen Gefilden ansässige Parlament nutzte er als Forum für eine öffentliche<sup>311</sup> Generalabrechnung mit Adenauer und der auf Bundesebene praktizierten Regierungspolitik.<sup>312</sup> Er berichtete darin von offenbar törichten Versäumnissen und folgenschweren Unzulänglichkeiten. Schon 1951 hätten die Physiker die Bundesregierung auf die Zukunftsrelevanz und Förderungswürdigkeit der Kernenergieforschung hingewiesen und gedrängt, die Arbeiten soweit vorzubereiten bzw. aufzunehmen, wie dies unter den Einschränkungen der alliierten Kontrollratsgesetze möglich gewesen wäre, um anschließend nach der Erlangung staatlicher Souveränität gewissermaßen verzögerungslos durchstarten zu können. Der wissenschaftliche Anschluss an das Ausland, so dozierte Heisenberg, hätte dann binnen höchstens zehn Jahren allemal geschafft werden können. Das verbitterte Resümee des Nobelpreisträgers verriet Heisenberg enormen Zorn: „Die atomtechnischen Arbeiten für friedliche Zwecke sind im Ausland sehr rasch vorangeschritten und sind bis heute im Bundesgebiet noch nicht wirklich aufgenommen worden. Es besteht also keine Aussicht mehr, den Vorsprung des Auslandes in der kurzen Zeitspanne bis zur wirtschaftlichen Ausnützung der Atomenergie einzuholen. Wir müssen daher die Lage neu überdenken und uns fragen, was nun zu geschehen hat.“<sup>313</sup>

Nicht nur das. Neben ständigen Unmutsbekundungen gegenüber Presse, Politik und Wirtschaft versuchte Heisenberg darüber hinaus, sich im Deutschen

---

309 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 78 f.

310 Vgl. Fischer 1994, S. 229 u. S. 234.

311 Der Vortrag ist vom Bayerischen Landtagsamt gedruckt und 1956 veröffentlicht worden; abgedruckt in: Heisenberg 1989, S. 162-175.

312 Zu Heisenbergs Vortrag vgl. Leithäuser 1957, S. 78.

313 Heisenberg 1989, S. 166 (im Vortragsoriginaldruck S. 6).

Bundestag eine Pressure-Group aufzubauen. Noch während 1955 in Genf die Atomenergiekonferenz im Gange war, wurde Heisenberg Berater der regierungskritischen Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft.<sup>314</sup> Auch ihr gegenüber hatte er auf Anfrage nämlich Adenauers Erklärung, nach der Heisenberg aus „arbeitstechnischen“ Gründen die Delegationsleitung für Genf abgesagt hätte, unverhohlen widerlegt und die wahren, für Adenauer nachteiligen Gründe für seine Absage geschildert. Angeworben hatte ihn Hermann Schwann, ein Mann der ein Jahr später in die Opposition wechselnden FDP. Am 10. September 1955 gab es im Bundestag eine Große Anfrage von Abgeordneten der IPAG zur zivilen Kernenergieverwendung, die gezielt empfindliche Stellen der Karlsruher Standortfrage ins Visier nahm. Am 3. Oktober 1955 folgte in diesem Zuge ein Initiativ-Antrag von Parlamentariern der IPAG, der nicht ohne Zufall Heisenbergs Handschrift trug.<sup>315</sup> In ihm wurden das Verbot militärischer Kernenergieverwertung sowie eine großzügigere Geldzuweisung für die Nuklearforschung gefordert. Der Atomwissenschaftler wurde auch zu Sitzungen der IPAG geladen, in denen man die parlamentarischen Maßnahmen besprach und abstimmte. Kurzum: Nachdem Heisenberg den direkten Draht ins Kanzleramt verloren und öffentliche Regierungsschelten keinen Erfolg gebracht hatten, machte er sich im Austausch für wissenschaftlichen Ratschlag und Stoff für Regierungskritiken oppositionelle Kräfte im Bundestag dienstbar.

Die Einstellung Heisenbergs zur Bundesregierung hatte also einen gravierenden Wandel vollzogen. 1950 hatte er noch im Plenarsaal des Deutschen Bundestages der Bundesregierung für „dieses Interesse [für die Wissenschaft], das uns noch Mut und Optimismus in unserer sonst so schwierigen Lage gibt“<sup>316</sup>, gedankt. Dieses Wohlgefallen war nach 1955 perdu. Erstens war die grundlegende Entscheidung für den Bau eines deutschen Zentrums der Kernenergieforschung nach Heisenbergs Meinung viel zu spät getroffen worden. Und zweitens verortete man es entgegen Heisenbergs ausdrücklichem Wunsch nicht in München, sondern in Karlsruhe. Für den Champion der deutschen Atomforschung war dies ein besonders hartes Los. Für Heisenberg persönlich wäre das Münchner Zentrum eine atmosphärisch angenehme Symbiose aus der Modernität eines

---

314 Vgl. hierzu Fischer 1994, S. 242-246. Die IPAG entstand bereits 1952 und existiert noch heute.

315 Auch in den folgenden Monaten und Jahren vorgebrachte Gesetzesentwürfe der IPAG enthielten Forderungen, etwa nach einer Atombehörde, die ideell sehr nahe bei Heisenbergs Auffassungen lagen; vgl. Pesch 1975, S. 84 f.

316 Heisenberg auf der Kundgebung der deutschen Wissenschaft am 04.08.1950 in Bonn, abgedruckt in: Eickemeyer 1953, S. 217.

hochinnovativen Reaktorforschungszentrums, das nach dem faszinierenden Beispiel der US-amerikanischen Großforschungsanlagen konzipiert ist, und der nostalgischen Vertrautheit mit seinem MPI für Physik inklusive seiner langjährigen Wegbegleiter wie Wirtz und v. Weizsäcker gewesen. Die Entscheidung Adenauers zerschlug diesen Traum jäh und in den Augen des Wissenschaftlers Heisenberg noch dazu weitgehend unbegründet. Für München sprachen nämlich auch sachliche Aspekte wie der dortige Lehrstuhl Fritz Bopps für theoretische Physik sowie der Walther Gerlachs für Experimentalphysik und nicht zuletzt das von Heinz Maier-Leibnitz geleitete Laboratorium für technische Physik; mit diesen Wissenschaftlern hätte Heisenbergs Team gewiss hervorragend in eine „synergetische“ Kooperation treten können. All diese Koryphäen deutscher Nuklearwissenschaft, die später sämtlich dem Göttinger Manifestantenkreis angehörten, wurden von Adenauers Entscheidung letztlich, freilich in unterschiedlichem Ausmaß, benachteiligt, zum Teil sogar desavouiert. Heisenberg fühlte sich – in altrömischer Terminologie formuliert – in seiner „dignitas“ verletzt und in dem Fleiß seiner Bemühungen betrogen, weil man ihm nicht die seinem wahrgenommenen Potenzial angemessen erscheinende Unterstützung gewährte. Infolge dieser Herabwürdigung entfremdete sich Heisenberg von der Adenauer’schen Atompolitik. Öffentlichkeitsorientierte Aktionen wie die Göttinger Erklärung waren daher letztlich auch das Ergebnis verzweifelter Versuche, die in Mitleidenschaft gezogene *dignitas* wiederherzustellen, den persönlichen Status und das wissenschaftliche Renommee genesen zu lassen.

Zusammenfassend: Heisenberg schmiedete nach dem Krieg ehrgeizige Pläne, die einen Forschungsrat und ein Großforschungszentrum beinhalteten. Mit beiden Projekten scheiterte er allerdings, jedenfalls was seine ursprünglichen Konzeptionen betraf. Zwei Jahre hatte er erfolglos um das Überleben seines Forschungsrat-Konzepts gekämpft, bis Adenauer – zumindest aus Heisenbergs Sicht – abrupt von seiner Unterstützung abrückte. Zwei Jahre dauerte auch der Kampf um eine Reaktorstation in München, bis ihm die Entscheidung Adenauers eine weitere große Niederlage eintrug. Die politischen Beschlüsse zur Kernenergieentwicklung fielen nach Maßgabe der westdeutschen Atomphysiker obendrein verspätet, befanden sich diese doch in einer ungeduldigen Wartestellung. Heisenbergs Verdrossenheit spiegelt sich in dessen Klage wider, dass der Bundeskanzler trotz „energischster Bemühungen“ seinerseits und wohlwollender Haltung der außenpolitisch ausschlaggebenden USA – alle Gelegenheiten ignorierend – nicht vor 1955 die Freigabe ausgiebiger staatlicher Förderung erteilt und größere rechtliche Forschungsspielräume gegenüber den Besatzungsmächten

erwirkt habe.<sup>317</sup> Außerdem erboste sich Heisenberg über die derart weit von anderen Staaten – deren Regierungen die Atomkraftentwicklung mit großen Geldsummen bedachten – abweichende Förderungspolitik der Bundesregierung und über die daraus folgenden „verlorenen zehn Jahre“<sup>318</sup>, die einen möglichen Anschluss an das Ausland nun unnötig erschweren würden.

Adenauer hatte somit die Atomwissenschaftlergemeinschaft insgesamt verärgert, ganz besonders aber ihren herausragenden Vertreter Heisenberg. Jahrelang hatte sich Heisenberg in Gremien, Konferenzen, persönlichen Gesprächen und Briefen mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Industrie und sogar dem Bundeskanzler persönlich mit dem Ziel abgemüht, endlich ein international konkurrenzfähiges Nuklearforschungszentrum in Deutschland bewilligt und finanziert zu bekommen.<sup>319</sup> Dafür hatte man in der Forschung Jahre der Stagnation in Kauf genommen. Und Adenauer dämpfte ihn aus Gründen, die für ihn nicht einmal entfernt nachvollziehbar waren. Ganz nebenbei musste Heisenberg feststellen, dass sein ursprüngliches Ziel, Politik und Wissenschaft zu dem Zweck einer qualitativ besseren Handlungsentscheidung zu verknüpfen, trotz der historischen Gelegenheit einer Neugründung des deutschen Staats nicht verwirklicht werden konnte. Dass Ratschläge von Wissenschaftlern von der Bundesregierung weitgehend unberücksichtigt blieben, die maßgeblichen Entscheidungen zu ihren Belangen ohne ihre Einflussnahme getroffen wurden – dies musste der deprimierende Eindruck Heisenbergs und seiner Kollegen gewesen sein.

In allen Fällen erhitzte sich Heisenberg daran, dass die Bundesregierung, namentlich der Kanzler Konrad Adenauer, sehr häufig und zu entscheidenden Zeitpunkten ihr Handeln auf politische Vorteile von bloß kurzer, oftmals nur momentaner Dauer auslegte. So geschehen, als Adenauer aus außenpolitischer Rücksichtnahme auf die konsequente Kernenergieentwicklung verzichtete; wie auch, als er den öffentlichen Leumund der Atomwissenschaft für einen außenpolitischen Verhandlungspoker mit virtuellen Nuklearwaffen aufs Spiel setzte. All dies entfremdete Kanzler und Experte voneinander und versetzte letzteren in Bereitschaft, in einer für die Regierung heiklen Phase mit dieser öffentlich in Konflikt zu treten.

Und noch Jahre später gab Heisenberg zu erkennen, dass er sein negatives Bild von der Politik nicht korrigiert hatte und noch immer von ihr enttäuscht war.<sup>320</sup> In der Politik fehle „das Element nüchternen rationalen Abwägens“, das

---

317 Vgl. Kraus 2001, S. 136.

318 Zitiert nach Fischer 1994, S. 236.

319 Vgl. Müller 1990, S. 139.

320 Vgl. hierzu Heisenberg in Reif 1972, S. 106.

für die Wissenschaft charakteristisch sei, in den „Interessenkämpfen der Politik“ aber viel zu selten zur Geltung komme. Auf dem Feld der Reaktorforschung hatte Heisenberg – vom NS-Regime beginnend, bis hinüber in die Bundesrepublik – „immer wieder erfahren, dass politische und militärische Interessen die reine Wissenschaft unmöglich machten“<sup>321</sup>. Durch das Regierungshandeln in der Bundesrepublik konnte sich Heisenberg in seinem negativen Politikbild daher nur bestätigt fühlen.

Ohne sich spekulativ weit aus dem Fenster zu lehnen, lässt sich somit festhalten, dass Heisenberg – eine zentrale Figur innerhalb der Göttinger Achtzehn – nicht nur großen Groll gegen den Kanzler Adenauer und die Regierung hegte, sondern sich ab Juli 1955, nach der gegen seine Wünsche ausgefallenen Antwort auf die leidige Standortfrage, mit diversen Methoden zur Attacke gegen die Bundesregierung und deren Kanzler wappnete. Dies geschah zuerst unter Rückgriff auf die Medien in der Form öffentlicher Meinungsäußerungen in einzelnen Interviews, Kurzaussagen und Vorträgen, sogleich gefolgt von der Erschließung einer parlamentarischen Repräsentanz in Form der IPAG und schließlich zuletzt – geplant seit spätestens Sommer 1956 – über das politische Manifest im April 1957.

Heisenberg reagierte damit typisch für einen Politikfremden. Der nachhaltig belastend wirkende Dissens zwischen ihm und Adenauer, die Wut auf die Politik im Allgemeinen resultierten – so könnte man mit einiger Schärfe formulieren – aus einer egoistischen Verweigerung gegenüber einer empathischen Einsicht in die Besonderheiten des politischen Bereichs seitens der Wissenschaftler. Sie verlangten im Grunde, dass sich die Politik den Prinzipien und Handlungslogiken der Wissenschaft anzupassen und zu fügen hatte. Sie bewerteten die politische Arbeit rücksichtslos ohne Anpassung mit dem Maßstab ihres politikexternen Fachs, übertrugen ihre eigenen Denk- und Verhaltensmuster auf einen Bereich, der gänzlich andere kannte und erforderte. Für diese politikskeptische Haltung steht der nobelpreistragende Werner Heisenberg exemplarisch. Die Langwierigkeit politischer Verfahren, sich aus strategischen Kalkülen ergebende Restriktionen, häufig unsachgemäße Rücksichtnahmen auf verschiedenste Akteure mit dem Ziel, demokratische Mehrheiten zu organisieren: All dies nervte und frustrierte Heisenberg. Denn der ehrgeizige Forscher „dachte in großen Räumen und langen Zeiten und geriet damit häufig in Gegensatz zu den Politikern“<sup>322</sup>. Der rational denkende und planende Heisenberg schätzte schnelle Entscheidungen, die sich an sachlicher Zweckmäßigkeit effizient orientierten. Alles Andere, Ver-

---

321 Metzler 1995, S.221 f.

322 Heisenberg 1980, S. 186.



zögernde, Langsame, sich nach kurzfristigen Interessenlagen Richtende erachtete er als unnötiges Geplänkel, das in Situationen und Lagen, die blitzartige Entscheidungen und deren zügige Umsetzung erforderten – so wie es für die deutsche Nuklearforschung in den 1950er Jahren geboten gewesen war –, auf lange Sicht für alle Beteiligten nur von Nachteil sein würde. Die Denkweise der Wissenschaftler vertrug sich schlichtweg nicht mit der Kultur, den Gepflogenheiten und Verfahrensweisen, von professioneller Politik. Auch darin – blickt man auf die genuin politischen Positionen Adenauers und Strauß', die hinter der Atomwaffenbeschaffung standen – lässt sich eine wesentliche Ursache des Konflikts mit der Regierung im April 1957 finden.

### 3.6.2 Von Weizsäckers Weg zum Verantwortungs- und Friedensphilosophen

Carl Friedrich v. Weizsäcker war Organisator, Autor und treibende Kraft hinter der Göttinger Erklärung. Er war aber auch ihr wohl größter Profiteur. Aus der Göttinger Manifest-Aktion, so wird im Folgenden zu zeigen sein, bezog der später als „die ehrwürdigste Gestalt der Atomwissenschaft, ja der Wissenschaft überhaupt“<sup>323</sup> etikettierte Abkomme einer der prominentesten und respektabelsten deutschen Familien wichtige Impulse für seine persönliche Karriere und öffentliche Reputation. Insofern sind die Ursachen und Zusammenhänge seiner individuellen Motivation für die Erklärung des Göttinger Manifests insgesamt von ganz besonders großer Bedeutung.

Mit seiner erlernten Profession hatte sich v. Weizsäcker noch nie zufrieden gegeben. Für ihn war die Physik von jeher nur eine Vorstufe zum späteren Verständnis von Philosophie gewesen.<sup>324</sup> Schon in frühen Jahren erachtete er sie, nicht zuletzt auf die eindringliche Belehrung seines Mentors Heisenbergs hin, als die Fundamental- und Schlüsselwissenschaft schlechthin, um alles andere in der Welt Geschehende überhaupt verstehen zu können. Heisenberg verkaufte dem von seinen Ausführungen faszinierten Jungen die Physik als unverzichtbare Grundlage für eine spätere Auseinandersetzung mit Philosophie und Religion – dem urtümlich sehnlichsten Wunsch v. Weizsäckers. Außerdem übte die Kernphysik damals, in den 1920er Jahren, eine besondere Attraktion aus, jagte in ihr

---

323 Radkau 2006, S. 60.

324 Vgl. zu diesem Aspekt Hattrup 2004, S. 38-42; Herbig 1976, S. 99; Schlüpmann Fußnote 61, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a8.htm> [eingesehen am 08.11.2007]; v. Weizsäcker 1977, S. 558; ders. 1983, S. 330 ff.; ders. 1987, S. 23.

doch eine revolutionäre Entdeckung die nächste und ließ sich in ihr ein schneller Aufstieg vollziehen.

Aber sie dauerhaft, ein Leben lang betreiben zu müssen, das wollte v. Weizsäcker dann doch nicht. Sein Interesse richtete sich zudem auf die Grundlagenforschung, die „reine“ Wissenschaft. Das, was sich an Spektakulärem nach Otto Hahns Entdeckung der Urankernspaltung im Jahr 1938 in der Atomwissenschaft jedoch abspielte, war Sache der angewandten Physik, des ihm weniger genehmen Experimentalbereichs. Dort profilierte sich seit den 1940er Jahren aber schon v. Weizsäckers nur zwei Jahre älterer Kohortenkamerad, Kollege und Freund Karl Wirtz zu einer der führenden Autoritäten, tummelten sich mithin generell sehr viele begabte Nachwuchskräfte. Und obgleich er einige international beachtete Fachartikel verfasst hatte, wusste v. Weizsäcker um seinen eingeschränkten Physikgenius. Ihm war klar, niemals in die Liga seines wissenschaftlichen Meisters Heisenberg aufsteigen, in dessen mathematischen Kosmos vorstoßen zu können, um einen dauerhaften Platz in der physikalischen Weltspitze einnehmen zu können. Dazu waren irgendwann die wirklich revolutionären Beobachtungen auch bereits gemacht und Formeln aufgestellt worden, war keine bahnbrechende Entdeckung von dem Kaliber der Einstein'schen Relativitätstheorie mehr zu erwarten gewesen. Von Weizsäcker hatte mit der pionierhaften Physikepoche seiner Zeit eben zugleich auch das Pech, Zeitgenosse großer Entdecker und Denker zu sein, die er schwerlich hätte übertreffen können. Zumal ihm mathematische Spielerei auch gar nicht behagte und er den Umgang mit Zahlen und Formeln schon deshalb seiner eigenen Einschätzung nach niemals zu einer mit Niels Bohr, Werner Heisenberg oder Wolfgang Pauli vergleichbaren Meisterschaft würde bringen können.

Gleichwohl: Von Weizsäcker war kein Unbedeutender innerhalb seiner Zunft; mehrere Male schien er dem Nobelpreis ganz nahe zu sein, stellte einige viel beachtete Untersuchungen an. Aber die Konkurrenz enthielt damals schlichtweg ein Überangebot an herausragenden Forscherköpfen, eine unheimliche Konzentration von atomwissenschaftlicher Exzellenz und Genialität, innerhalb derer v. Weizsäcker keine exponierte Rangstellung zu erobern vermochte. Die Physik offerierte ihm somit keine sonderlich günstige Möglichkeit zum Aufstieg in die Beletage, konnte sein Karriereinteresse nicht befriedigen, seinen ehrgeizerfüllten Anspruch nicht erfüllen, ausgewiesene Autorität in dem Wirkungsfeld seines beruflichen Treibens zu sein.

Denn es ist anzunehmen, dass sich v. Weizsäcker zu Hohem berufen fühlte. Nicht allein, dass er eine fulminante akademische Karriere absolvierte;<sup>325</sup> schon in jungen Jahren wurde er sich besonderer Begabungen bewusst und versicherte sich diesen sogar im Spiel mit seinem Vater Ernst v. Weizsäcker, dem später hochrangigen Diplomaten im Auswärtigen Amt.<sup>326</sup> Im zarten Knabenalter entwarf er das komplexe Fantasieland „Piklön“, in dem er fortwährend mit seinen Familienmitgliedern und Schulfreunden Politik spielte. Von Weizsäcker beschrieb dies später in lakonischen Sätzen: „Man machte immer nur Außenpolitik und fing Kriege an, und ich wollte sie gewinnen.“<sup>327</sup> Der führende Staatsmann, den er in Piklön mimte, glich ziemlich stark dem Diktator Mussolini. In diesem Spiel organisierte der junge Carl Friedrich eine Friedens- und Kriegsverhütungskonferenz und schürte mit allen anderen Kindern eine Koalition gegen seinen Vater; dabei suchte er „alle Mechanismen der Macht zu durchdenken“, „imperialistische Machtpolitik“ zu betreiben.<sup>328</sup> Früh begeisterte v. Weizsäcker sich also für das, was er „politisches Schachspiel“ nannte, und lernte, listige Koalitionsbildungen zu managen – wie er überhaupt politische Handlungen und Denkweisen nicht im Umfeld einer Partei, sondern spielerisch im Kinderzimmer einübte. Sucht man Grundzüge seines Ehrgeizes zu erkennen, so mag man sie in seiner kindlichen Wunschvorstellung finden, entweder „der große Forscher“ oder „der siegreiche Monarch“ zu sein, den Weltfrieden oder – wie der Held seines frühen Geschichtswissens Augustus, eine beständige Ordnung zu stiften.<sup>329</sup> Gezwungenermaßen befand er sich von Kindesbeinen an in einem intensiven Kontakt mit der Politik, denn sein Vater Ernst v. Weizsäcker war im diplomatischen Dienst, absolvierte eine steile Karriere und stand während des „Dritten Reichs“ im Rang des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an der Seite von Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop. Der Vater erläuterte dem Sohn auf Spaziergängen seine politischen Auffassungen.<sup>330</sup> Mit den Erfahrungen seiner Kindheit und Jugend

---

325 Im Alter von 21 erlangte er den Dokortitel, drei Jahre später habilitierte er sich und wurde Privatdozent – im Alter von nur dreißig Jahren folgte die Professur.

326 Vgl. zu diesem Abs. Schirmacher 2005, S. 7 f.; Völklein, Ulrich: *Die Weizsäcker. Macht und Moral – Porträt einer deutschen Familie*, München 2004, S. 221 f.; v. Weizsäcker 1977, S. 564 f.; ders. 1983, S. 338 ff.; ders.: *Bewusstseinswandel*, München/Wien 1988, S. 344.

327 Von Weizsäcker 1988, S. 344.

328 Ebd., S. 354.

329 Dazu ebd., S. 355.

330 Vgl. Drieschner, Michael: *Carl Friedrich von Weizsäcker. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005, S. 57 f.

im Hause v. Weizsäcker und in Pöhlern hatte er folglich eine wichtige Ressource gewonnen, die ihm später, wie bereits ausgeführt, als Hauptorganisator der Manifest-Aktion womöglich sehr dienlich war.

Andere Berufswünsche bestimmten zudem sein karrieristisches Gemüt. Mit acht Jahren faszinierten ihn die Sterne so sehr, dass ihm seine Eltern populärwissenschaftliche Zeitschriften zu diesem Thema abonnierten, er zum Geburtstag eine Sternenkarte zum Geschenk erhielt und in ihm der Berufswunsch des Astronomen aufkam.<sup>331</sup> Mit elf Jahren hatte er überdies ergriffen die biblische Bergpredigt gelesen und interessierte sich seither beeindruckt für Theologie, über deren Fragen er sich nach regelmäßiger Lektüre des Neuen Testaments mit seiner Mutter austauschte.<sup>332</sup> Interessen für Politik, Philosophie und Physik kamen wie erwähnt hinzu. Und wie gesagt, machte v. Weizsäcker zudem rasant akademische Karriere: 1933 promovierte er bei Heisenberg, 1936 folgte im Alter von nur 24 Jahren die Habilitation.<sup>333</sup> Wissenschaftliche Arbeit fand er nicht in den unteren Chargen an der Universität, sondern an den elitären Kaiser-Wilhelm- und später Max-Planck-Instituten – zudem allzeit umgeben von weltbekannten Physikern und Nobelpreisträgern. Und auch seine familiäre Herkunft schien zu Karriere und Berühmtheit zu verpflichten, einen bestimmenden Erfolgsimperativ zu entfalten. Denn in den jüngeren Altersgenerationen der v. Weizsäcker hatte es stets herausragende Köpfe mit außergewöhnlichen Biografien gegeben: Sein Urgroßvater Carl Heinrich v. Weizsäcker war ein führender Theologe und Tübinger Universitätskanzler, sein Großvater Carl v. Weizsäcker schaffte es zum letzten Ministerpräsidenten von Württemberg und sein Vater Ernst Heinrich v. Weizsäcker hatte im Auswärtigen Amt Karriere bis zur Position des Staatssekretärs gemacht.

Seine die Grenzen einer spezifischen Disziplin verlassenden intellektuellen Sehnsüchte, das Wissen um seine vielfältigen Talente und außergewöhnlichen Interessengebiete, das enorme Ausbildungstempo mit dem Ergebnis höchster akademischer Grade sowie die familienhistorische Erfolgstradition seiner Vorfahren ließen in dem jungen v. Weizsäcker wohl – so kann man annehmen – einen gesunden Ehrgeiz, ja einen begierigen Hunger auf eine große Karriere und

---

331 Vgl. Völklein 2004, S. 222 f.

332 Vgl. Drieschner 2005, S. 22 ff.; v. Weizsäcker 1988, S. 44 u. S. 344 f.; Völklein 2004, S. 223.

333 Zu diesem Abs. vgl. allgemein Rechenberg, Helmut: Vom Atomkern zum kosmischen Wirbel, in: Physik Journal, H. 6/2002, S. 59 ff.

öffentliche Geltung reifen.<sup>334</sup> Schon Heisenberg lockte den jungen v. Weizsäcker mit der entschiedenen, schnellen Aufstieg verheißenden Behauptung, in der Physik erreiche man die beachtlichsten Leistungen vor dem dreißigsten, in der Philosophie allerdings erst nach dem fünfzigsten Lebensjahr.<sup>335</sup> Jedenfalls lässt sich mit Blick auf seinen geradezu erratischen Karriereverlauf in Form wechselnder Disziplinen, Universitäten und Lehrstühle schließen, dass er sich nicht mit einer einfachen Hochschuldozentur für Physik und einem Gelehrtschreibtisch, mit dem üblichen Erfolg einiger in engen Fachkreisen beachteten Artikel und Vorträge ein Leben lang begnügen würde. Dies bestimmte den Ablauf der Jahre nach dem Physikstudium und sein späteres Wirken, für welches der Göttinger Erklärung eine zwar punktuell-episodische, aber insgesamt dennoch nachhaltige und womöglich Weichen stellende Bedeutung zukam.

### Kriegsbedingte Flucht in den Uranverein

Im Wissen um seine – jedenfalls in Relation zu seinem Mentor Heisenberg und anderen ihm bekannten Physikgranden – fachliche Mittelmäßigkeit in und der eher gezwungenen Einstellung zur Physik – er bezeichnete sich selbst als schwachen Mathematiker, rechnete ungern und führte am liebsten qualitative, nur „halbempirische“ Arbeiten aus – wandte sich v. Weizsäcker schon während des Kriegs von der Kernforschung ab.<sup>336</sup> Im Uranverein, in dem sich die meisten seiner Angehörigen energisch ihrer kernphysikalischen Arbeit zuwandten, blieb er nur formal, um in den Genuss der begehrten U.K.-Stellung<sup>337</sup> zu kommen, die ihn im Gegensatz zu seinen Brüdern vor dem Soldatendienst und der damit verbundenen Gefahr eines „Heldentods“ für das „Vaterland“ bewahrte; aber auch, um seinen Zugang zur Quelle neuester kernphysikalischer Erkenntnisse offen zu halten. In Heisenbergs Institut, das eifrig am Reaktor forschte, tauchte er nur sporadisch auf. Die Arbeit an irgendwelchen kuriosen Uranmaschinen interessierte ihn eigentlich nur insofern, als dass er sich davon anderweitige Vorteile versprach: Zum Beispiel in den Besitz exklusiver Erkenntnisse zu gelangen, mit denen er seine wissenschaftliche Bedeutung würde steigern können und, gewissermaßen im Sinne eines Herrschaftswissens, hoffte, damit politischen Einfluss

---

334 Von Weizsäcker selbst gestand sich einen „maßlosen“ Ehrgeiz ein; zitiert nach Drieschner 2005, S. 57.

335 Vgl. Völklein 2004, S. 229.

336 Vgl. zu diesem Abs. Hattrup 2004, S. 166 ff.; Hermann 1982, S. 170; v. Weizsäcker 1983, S. 331; ders. 1988, S. 344.

337 Eine Unabkömmlichkeitsstellung befreite Personen von ihrer Wehrpflicht.

nehmen zu können.<sup>338</sup> Seine wissenschaftlichen Interessen galten längst anderen Feldern. So trat er 1942 eine außerordentliche Professur an der „Reichsuniversität“ Straßburg an,<sup>339</sup> die als nationalsozialistische Muster- und Renommierbildungsstätte mit dem Ziel wissenschaftlicher Weltgeltung konzipiert worden war. Auf diesen weltanschaulich bedenklichen Anspruch seiner Wirkungsstätte nahm er keine Rücksicht, denn v. Weizsäcker konnte dort ungestört einer alten, ebenfalls aus Kindheitstagen stammenden<sup>340</sup> Leidenschaft nachgehen: der Astronomie. Straßburg bot ihm mit dem Lehrstuhl für Astrophysik im „Dritten Reich“ ein komfortables Refugium, in das er sich bis zum Kriegsende zurückziehen konnte. Nach dem Krieg, Straßburg gehörte längst wieder zu französischem Staatsgebiet, ging er wieder zurück zu Heisenberg nach Göttingen, wo er dank seiner alten Verbindungen und seiner physikalischen Kenntnisse immerhin eine Abteilung leiten durfte. Außerdem befand er sich dort am Sitz der Max-Planck-Gesellschaft und in der Nähe Hahns und Heisenbergs, im Epizentrum wissenschaftspolitischer Initiativen der Nachkriegszeit also. Alternativen, wie ein Lehrstuhl im von Bomben zerstörten, erst noch von den Trümmern zu befreienden München, lehnte er darüber hinaus – und verständlicherweise – aus Gründen des Komforts und der Ästhetik ab.

Sein Weg zurück in die Kernphysik war aber auch nach dem Krieg weiterhin nur als zwischenzeitliche Etappe ausgelegt. Längst beschäftigte sich v. Weizsäcker mit komplizierten Fragen der Politik, interessierte sich dabei vor allem für das Phänomen Atombombe – eine beispiellose Waffe, die allumfassende Vernichtung zu bewirken vermochte. Er beriet seinen Freund Heisenberg im wissenschaftspolitischen Taktieren mit der Regierung Adenauer und begann, eigene Vorstellungen von politischer Verantwortung der Wissenschaft zu entwickeln und zu formulieren. Der „Weckruf“ ereilte ihn angeblich in Farm Hall in Form der Nachricht des US-amerikanischen Atombombenabwurfs über Hiroshima, durch den er und seine Kollegen die selbstzerstörerischen Kräfte innerhalb der

---

338 Vgl. Schaaf, Michael: „Ich wollte erkennen, ob Atombomben möglich sind“. Ein Gespräch mit Carl Friedrich von Weizsäcker, in: [http://censis.informatik.uni-hamburg.de/publications/Art\\_M\\_Schaaf\\_Weizsaeck.pdf](http://censis.informatik.uni-hamburg.de/publications/Art_M_Schaaf_Weizsaeck.pdf) [eingesehen am 10.11.2008], S. 12.

339 Zu v. Weizsäckers Professur in Straßburg vgl. Kant, Horst: *Zur Geschichte der Physik an der Reichsuniversität Straßburg in der Zeit des Zweiten Weltkrieges*, Berlin 1997.

340 Vgl. v. Weizsäcker 1977, S. 553 f.; ders. 1983, S. 329 f.

Menschheit gewärtigt hätten.<sup>341</sup> Fortan beschäftigte sich v. Weizsäcker mit zunehmender Intensität mit dem Problem der Atombombe und der ständigen Gefahr einer vollständigen Vernichtung der menschlichen Spezies. Seine Gedanken kreisten dabei um die politischen Konsequenzen, die aus der Atombombe zu ziehen waren.

Jedenfalls: Das Thema packte und ließ ihn nicht mehr los. Er kultivierte es in der Folge intellektuell zu einem wissenschaftlichen Sujet. Kernwaffen und ihre Konsequenzen für die Gesellschaft, weltpolitische Entspannungs- und Abrüstungskonzepte: Das waren Komplexitäten, mit denen er sich nun professionell auseinanderzusetzen begann. Darin fand er seine neue Berufung und geistige Erfüllung, nachdem ihn die Kernphysik nie wirklich hatte begeistern können. Die Göttinger Erklärung war ihm deshalb Türöffner zu einer neuen Karriere. Anstoß zu dieser intellektuellen Tätigkeit, die er ab 1957 zu seiner neuen Profession fortentwickelte, gab – gewissermaßen als Initialzündung – eine Überlegung, die er mit seinem Freund Georg Picht im Februar 1939, also unmittelbar nach Hahns Entdeckung der Spaltung eines Atomkerns, angestellt hatte. Das tiefeschürfende Wissen um die Grundgesetze der Natur, das sich die Menschheit in den vorangegangenen Jahrzehnten revolutionär angeeignet hatte, ermögliche technische Anwendungen, deren Tragweite einzigartig und kaum absehbar war. Picht und v. Weizsäcker wussten: Die nun realisierbar gewordene Atombombe würde wie keine Entdeckung zuvor die Lebensbedingungen der Menschheit verändern. „Es ist unvermeidlich, dass hieraus politische Ereignisse folgen, die die politischen Ordnungen der Menschheit radikal umgestalten. Wir standen vor der Aufgabe, diese Umgestaltungen zu denken und, noch ehe wir sie denken konnten, aber doch schon angeleitet durch das, was wir zu denken versuchten, in ihnen zu handeln.“<sup>342</sup> Dies war die Grundlage v. Weizsäckers zukünftiger Ideen und Thesen. Aus ihr leitete er eine neue Maxime ab: „Es war uns klar, dass von nun an der Wissenschaftler eine politische Verantwortung trägt, die er auf keine Weise abschütteln kann.“<sup>343</sup> Mehr denn je besäßen Wissenschaftler eine ethische Berufspflicht, sich um die politischen Konsequenzen ihres Schaffens zu kümmern, den Umgang mit ihren Forschungsergebnissen zu überwachen, ohne dabei allerdings selbst zum Politiker zu werden. Der Atombombenabwurf war dann für v. Weizsäcker die drastische Bestätigung für seine schon zuvor ersonnenen Überlegun-

---

341 Vgl. zu diesem Abs. Hattrup 2004, S. 163 f., S. 166 u. S. 198 f.; v. Weizsäcker 1958; ders. 1976, S. 203 f.; ders. 1984, S. 182; ders.: Die Unschuld der Physiker? Ein Gespräch mit Erwin Koller, Zürich 1987, S. 40 u. S. 51; ders. 1993, S. 355 f.

342 Von Weizsäcker 1984, S. 182.

343 Ders. 1976, S. 204.

gen. Irgendwie mussten die Atomwissenschaftler also unter der Last ihrer moralischen Verpflichtung Einfluss auf die Politik gewinnen, von der sie sich bislang am liebsten distanziert hatten.

Erst über eine Reihe von Etappen, von denen eine die Göttinger Erklärung war, gelangte v. Weizsäcker zu einem von ihm erstrebten Status: international beachteter und wertgeschätzter Friedensdenker und Atomwaffenphilosoph. Noch zu Beginn des Zweiten Weltkriegs erlag er einer, wie er in der Rückschau selbst bekannte, ziemlich naiven, der Hybris nicht abgewandten Vorstellung, mit dem Wissen um die mögliche Herstellung einer Atombombe die Politik kontrollieren zu können.<sup>344</sup> Als Heisenbergs Versuche im Sommer 1941 die Erkenntnis über die prinzipielle Möglichkeit einer Kernwaffen- und Kernreaktorentwicklung erbrachten, traf dieser sich mit seinen engsten Mitarbeitern und Beratern v. Weizsäcker und Wirtz in Berlin zu informellen Gesprächen über die möglichen Konsequenzen dieser Entdeckung. Die drei wähten sich als Inhaber der wissenschaftlichen Expertise gegenüber der Regierung im Vorteil, da diese vom kriegswichtigen Know-how der Forscher abhängig sei. Von Weizsäcker glaubte, über seine wissenschaftliche Tätigkeit politischen Einfluss gewinnen zu können. Er war überzeugt, im Gegensatz zu seinen Forscherkollegen „politisch weiter zu denken und präziser handeln zu können“<sup>345</sup>, schrieb sich also eine persönliche Kompetenz zu, die dem vermeintlich rein naturwissenschaftlichen Denken seiner Kollegen überlegen war. Er glaubte nunmehr, sich als Träger von exklusivem Wissen den Zutritt zu den politischen Entscheidungsträgern bahnen zu können; konkret: Adolf Hitler persönlich gegenüber zu treten und ihn friedenspolitisch beeinflussen zu können. Auch sein Vater, der hochrangige Diplomat im Reichsaußenministerium, hatte ja eigenen Angaben zufolge versucht, seine Position zu nutzen, um die Eskapaden der nationalsozialistischen Kriegspolitik einzugrenzen. Den Gedanken, politischen Einfluss auf staatliche Machttträger zu erlangen, entlarvte v. Weizsäcker allerdings selbst schon bald als träumerische Utopie. Aber das zugrundeliegende Prinzip, demzufolge Wissenschaftler auf die Politik Einfluss gewinnen, gab er hingegen nicht auf, sondern führte es schrittweise in andere gedankliche Bahnen. Daher berührte er nach dem Krieg gedanklich auch Heisenbergs Konzept des Deutschen Forschungsrates. Seinem alten Mentor Hei-

---

344 Vgl. zu diesem Abs. Franke, Klaus/Schulz, Matthias: „Ich gebe zu, ich war verrückt“ (Interview mit Carl Friedrich v. Weizsäcker), in: *Der Spiegel*, 22.04.1991; Hatrup 2004, S. 169; Herbig 1976, S. 98 f. u. S. 129 f.; Neuneck 2007, S. 66; Völklein 2004, S. 16; v. Weizsäcker 1976, S. 204; ders. 1988, S. 330; ders. 1993, S. 338.

345 Herbig 1976, S. 98.



senberg war er in Sachen Forschungsrat aus diesem Grunde auch ein einflussreicher Souffleur – jedenfalls besaßen die beiden eine gemeinsame Ansicht in diesem Punkt. Von Weizsäcker gefiel eine Zeitlang die Idee, dass ein elitäres Wissenschaftlergremium qua fachlicher Autorität, die für weltanschauliche Neutralität und Überparteilichkeit bürge, den Politikern politisches Handeln vorschreiben, ja sie vor folgenschweren Irrtümern bewahren könnte. Da dieses Unterfangen aber letztlich scheiterte, der Forschungsrat in der DFG aufging, bedurfte v. Weizsäcker einer anderen Vorgehensweise, um seinem Urteil bei Politikern Geltung zu verschaffen und seine Verantwortungswahrnehmung zu professionalisieren.

Diese bot ihm das seit Kurzem allgegenwärtige Damoklesschwert des Atomkriegs, das mit Beginn der Blockkonfrontation und beiderseitigem Kernwaffenbesitz seit 1949 über der Menschheit zu schweben begonnen hatte – denn in jenem Jahr hatte auch erstmals die Sowjetunion, vier Jahre nach den Vereinigten Staaten, zu Testzwecken eine Atombombe gezündet. Und hinzu kam die langsam in Atomwissenschaftlerkreisen reifende Erkenntnis, dass Forscher sich in einer solchen Situation der Verantwortung für die Konsequenzen ihres Schaffens bewusst zu werden hätten. Der Zeitgeist verhalf v. Weizsäckers Themengebiet und Ansichten zu großer, weltumspannender Bedeutung. Nun konnte er weiterdenken, neue Ideen sammeln. So entwickelte er u.a. das Dogma von der unumgänglichen Abschaffung des Kriegs, demzufolge die Existenz der Atombombe aufgrund ihrer allumfassenden Vernichtungskraft den Friedenszustand dauerhaft notwendig mache. Die Institution des Kriegs gehöre notwendigerweise abgeschafft – so pflegte er es noch bis zu seinem Tod im Jahr 2007 zu predigen. Und die Wissenschaftler müssten sich qua ihres Fachwissens, ihrer umfangreichen Materienkenntnis, mehr denn je Wege zur Wahrnehmung von Verantwortung erschließen.

Seine Konzepte und Lösungsvorschläge, die vor dem Hintergrund der weltpolitischen Ereignisse immer mehr Brisanz erhielten, diskutierte er zunächst nicht in der weiträumigen Öffentlichkeit, sondern noch im geschlossenen Kreis der Atomphysiker. Doch ehrgeizig und selbstbewusst wie er war, fühlte er sich wohl dazu berufen, dieses Thema auch in der Öffentlichkeit zu platzieren. Denn erst dort konnte ein öffentliches Bewusstsein für die Atomgefahr entstehen und eine Nachfrage nach notwendigen friedenspolitischen Überlegungen erzeugt werden.<sup>346</sup> Er verschrieb sich einem pädagogischen Ziel, wollte, dass „in der Bundesrepublik über diese Fragen nunmehr zum ersten Mal in etwas breiteren

---

346 Vgl. Lindner 2002, S. 121.

Kreisen ernstlich nachgedacht werden sollte“<sup>347</sup>. Natürlich drängte er dabei die Gesellschaft, sich mit den Risiken der Gegenwart auseinanderzusetzen, sorgte sich somit um deren Schutz. Aber gleichfalls profitierte er auch davon, gewann doch sein neues Tätigkeitsfeld enorm an Bedeutung. Dabei spekulierte v. Weizsäcker wohl auch darauf, dass die steigende Akzeptanz des Themas in der Gesellschaft auch ihm selbst zu größerer Bedeutsamkeit verhelfen würde. Von Weizsäcker war jedenfalls die treibende Kraft, als es darum ging, die Aktion eines politischen Manifests zu verwirklichen. Er war derjenige, der sich am energischsten und drängendsten für das Zustandekommen der Göttinger Erklärung bei seinen Kollegen einsetzte, diese mobilisierte und auf einen Konsens verpflichtete.

### **Auf der Suche nach Erfüllung**

Es war kein Zufall, dass v. Weizsäcker im Deutschen Forschungsrat und später in der DFG den Fragenkomplex der Mitverantwortung von Wissenschaftlern bearbeitete.<sup>348</sup> Für sein erstrebtes Wirken erschloss er sich, ähnlich wie während des Zweiten Weltkriegs, absichtlich exquisite Informationsquellen, bspw. durch die Nähe zu Heisenbergs Forschungsgruppe und durch gezielte Mitgliedschaft in bedeutsamen Gremien. Bei der Gründung des Atomministeriums „sorgte ich dafür, dass ich in den Arbeitskreis ‚Kernphysik‘ der Beratergremien des Ministeriums kam, im Wesentlichen um mich über etwaige militärische Absichten mit der Atomenergie sofort informieren zu können“<sup>349</sup>. Denn v. Weizsäcker rechnete längst damit, dass „sein“ Sachverstand und seine Reflexion der Atombombengefahr bald gefragt sein würden.<sup>350</sup> Offenkundig witterte er mit einem gewissen Gespür für karrieristisch lukrative Problemkomplexe und das öffentliche Interesse die enorme politische Brisanz des Themas Atomwaffen, die es fortan bloß noch der Bevölkerung vor Augen zu führen und politisch zu verstärken galt.

Für das Verständnis von der Manifestation der Achtzehn ist dies von ungemain wichtiger Bedeutung. Es ergab sich nämlich gewissermaßen eine für beide Seiten profitable Wechselwirkung: Von Weizsäcker wollte, um für seine geistigen Konzeptionen eine akute und möglichst anhaltende Nachfrage zu schaffen, einen Bewusstseinswandel der öffentlichen Meinung herbeiführen.<sup>351</sup> Das Manifest selbst strebte einen Bewusstseinswandel für die atomare Gefahr, für die Ri-

---

347 Von Weizsäcker 1984, S. 194

348 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 45.

349 Von Weizsäcker 1984, S. 192.

350 Vgl. Lindner 2002, S. 116.

351 Vgl. Hattrup 2004, S. 173 f.

siken der Adenauer'schen Sicherheitspolitik und für die Förderungswürdigkeit ausschließlich ziviler Kernenergieforschung an – dies war nicht zwingend v. Weizsäckers eigentliches Ziel. Vielmehr war es ihm wohl vor allem das Mittel, ein Vehikel für seine persönlichen Ambitionen, denen er ein günstiges Klima bereiten musste. Dafür setzte er sich mit all seinen Fähigkeiten ein und davon profitierte letztlich auch die politische Manifestation. In ihr vermengten sich womöglich, zumindest im Falle v. Weizsäckers lässt sich dies behaupten, eigen- und allgemeinwohldienliche Konsequenzen.

Im Punkt des Bewusstseinswandels traf sich v. Weizsäcker mit Hahn, Heisenberg und Gerlach, denen eine kritische Auseinandersetzung mit der Ausrichtung von Nuklearforschung ebenfalls als ein geeignetes Mittel erschien, um ein bestimmten Ziels – nämlich das Renommee friedlicher Kerntechnik zu steigern – zu erreichen. Obgleich sich die Ziele unterschieden, glichen sich die Inhalte des Vorgehens. Von Weizsäckers Philosophieren über das Zeitalter der Atombombe entsprach dem Bestreben der nuklearwissenschaftlichen PR-Kampagne, war also ganz im Sinne der Wissenschaftsorganisatoren Hahn, Heisenberg und Gerlach. Was für Gerlach den Fortgang kernphysikalischer Forschung, die unglücklicherweise die Atomwaffen hervorgebracht hatte, rechtfertigen sollte – die verantwortungsbewusste Beschäftigung mit der Problematik innerhalb der Öffentlichkeit und mit einer politischen Stoßrichtung –, dies sollte v. Weizsäckers zukünftiges Tätigkeitsfeld sein, auf dem er sich Meriten zu erwerben hoffte. Wie seine Kollegen vertrat auch v. Weizsäcker entschlossen die Auffassung, die Hervorbringung der Atombombe berechtige aller Gefahren zum Trotz – eben unter der Voraussetzung einer wissenschaftlichen Aufsicht – zur Fortsetzung von kerntechnologischen Entwicklungsarbeiten. Für alle hier erwähnten Kernphysiker war übereinstimmend die Bombe die Wurzel allen Übels. So konnte es letztlich dazu kommen, dass sich die jahrzehntelang einander bekannten Atomwissenschaftler plötzlich in einer gemeinsamen Interessenlage mit unterschiedlicher Zielsetzung wiederfanden: die öffentliche Thematisierung von Verantwortung für Technik- bzw. Erkenntnisfolgen.

Die nötige Entzündung des Themas, eben besagte Bewusstseinsveränderung, glaubte v. Weizsäcker am besten mit einer politischen Stellungnahme in der Öffentlichkeit, gestützt auf eine stattliche Anzahl von Unterzeichnern von Rang und Namen, erreichen zu können – einem politischen Manifest. Vor diesem Hintergrund war die Mainauer Kundgebung gleichsam ein erster Versuch, bei dem v. Weizsäcker mit dieser unkonventionellen Protest- und Kommunikationsform erstmals experimentierte. Dass es keine unsystematisch vorgenommene, einer unerwarteten Spontaneität entsprungene Maßnahme von einmaliger Art war, zeigt sich in v. Weizsäckers anschließendem Verhalten, der eindringlichen Be-

schäftigung mit dieser Aktion des Jahres 1955. Bis zum Gespräch mit Martin Buber trieb ihn die Frage nach dem Scheitern von Mainau um, sinnierte er über mögliche Schwachstellen und eventuell begangene Fehler. Dergleichen nimmt vermutlich niemand auf sich, dem es allein um die öffentliche Artikulation einer kollektiven Meinung geht. Von Weizsäcker wollte schon damals, quasi von einer außerparlamentarischen Position aus, wirkungsvoll politisch intervenieren, die Regierung zu bestimmten Handlungen veranlassen. Das Grundprinzip seiner inzwischen über zehn Jahre alten Idee, als Experte einer wissenschaftlichen Disziplin auf den zuständigen Bereich in der Politik Einfluss zu nehmen, nicht aufgegeben. Dem Freiherrn schwebte nichts Geringeres vor, als „politische Zukunftsstrukturen planerisch zu entwerfen“<sup>352</sup>. Des Weiteren gründete sein Handeln auf der Überzeugung, dass „ich als Physiker, der von Atombomben etwas verstand, dadurch eine Chance hatte, auch politisch wirksam zu sein“<sup>353</sup>. Gleichwohl mit dem bezeichnenden Unterschied, dass er diesen Expertenstatus nicht mehr gegenüber den Politikern, sondern der Bevölkerung geltend machen wollte, um über den Umweg der öffentlichen Unterstützung, gewissermaßen durch den Rückhalt der Bürger bestärkt, den Politikern gegenüber zu treten.

Die Maxime lautete von nun an: Beeinflussung der Politik durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung.<sup>354</sup> Mainau war in dieser Hinsicht für v. Weizsäcker unbefriedigend verlaufen; also wollte er es ein weiteres Mal versuchen. Mit Heisenberg besprach er dies im Laufe des Sommers 1956 – im Wissen, dass auch dieser zusammen mit weiteren einflussreichen sowie aufstrebenden Kernphysikern in der Öffentlichkeit einen bedeutsamen Faktor erkannt hatten.<sup>355</sup> Dabei nutzte er besonders die Angst seines Mentors, die kernphysikalische Forschungsstätte in Karlsruhe könnte von der deutschen Bevölkerung und dem Ausland als ein für Rüstungszwecke errichtetes Wissenschaftszentrum beargwöhnt und infolgedessen verhindert werden. Da Heisenberg ob seines erfolglosen wissenschaftspolitischen Engagements der vergangenen Jahre zwischenzeitlich merklich ausgelaugt und enerviert war, sich zudem wieder stärker auf seine wissenschaftlichen Arbeiten zu konzentrieren begann, übernahm nun v. Weizsäcker vollends die Regie.<sup>356</sup> Erst 1957 bot sich ihm allerdings, obschon er spätestens seit dem Sommer 1956 ein zweites Manifest angestrebt hatte, mit Adenauers rhetorischem Fauxpas eine formidable Gelegenheit, die er zu nutzen verstand.

---

352 Von Weizsäcker 1988, S. 43.

353 Zitiert nach Lindner 2002, S. 123.

354 Vgl. v. Weizsäcker 1987, S. 52.

355 Vgl. Heisenberg 1976, S. 260.

356 Vgl. Kraus 2001, S. 195 f.

Das angepeilte Ziel des Freiherrn war simpel. Von Weizsäcker wollte sich als Experte eines Gebiets aufbauen, das er später einmal in einer Äußerung zur „Weltinnenpolitik“ erhob.<sup>357</sup> Es sollte sich dabei um eine wissenschaftlich erarbeitete Programmatik zur Herstellung des Weltfriedens respektive zur Verhütung eines alles Leben vernichtenden Atomkriegs handeln. Dafür waren seiner Planung zufolge aber einige vorangehende Schritte notwendig. Die beiden wichtigsten: Von Weizsäcker musste erstens Glaubwürdigkeit und öffentliche Bekanntheit erlangen, schließlich hatte er während des „Dritten Reichs“ zu den Angehörigen des sagenumwobenen Uranvereins gezählt, war ihm von ausländischen Kollegen eine Nähe zum NS-Regime unterstellt worden und war er selbst in einem Reputationsstatus eines außerhalb von Fachkreisen wenig bekannten Atomphysikers aus Westdeutschland gefangen. Und um auf internationaler Ebene Abrüstung fordern zu können, glaubte v. Weizsäcker zunächst – zweitens – Authentizität erlangen zu müssen. Erst, so sein Kalkül, wenn er für sein eigenes Land den freiwilligen Atomwaffenverzicht forderte, würde er sich des Verdachts nationalen Egoismus' überzeugend erwehren können: „Wenn ich mich öffentlich gegen die Verbreitung von Atomwaffen in anderen Staaten äußern wollte, war es selbstverständlich, dass ich mich zuallererst öffentlich gegen eine deutsche Atomrüstung wenden musste.“<sup>358</sup>

Insofern diente ihm die Göttinger Erklärung als Schrittmacher, als Etappenziel. Deshalb sah er auch einen öffentlich artikulierten Verzicht auf eine Beteiligung an derartigen Waffenentwicklungen im nationalen Rahmen als unabdingbare Voraussetzung an.<sup>359</sup> Von Weizsäcker freute sich aus diesem Grunde geradezu, dass ihm Adenauer mit seiner ebenso leichtsinnigen wie naiven Äußerung von der „weiterentwickelten Artillerie“ eine derartige Angriffsfläche darbot. In der Spätphase seines Lebens gab er anlässlich eines Interviews sogar unumwunden zu, dass es ihm geradewegs eine Freude bereitet habe, eine Aktion wie die Göttinger Erklärung durchzuführen.<sup>360</sup> Denn auf diese Weise konnte sich v. Weizsäcker zum Initiator, Antreiber und geistigen Kopf des Atomwissenschaftlerprotests aufschwingen, einen erstrebten Status erlangen. Und v. Weizsäcker gefiel sich in der Rolle des intellektuell beschlagenen Antipoden.

---

357 Vgl. Hattrup 2004, S. 197 f. u. S. 202. Hattrup dazu (S. 198): „Weizsäcker lädt das Wort mit einem Programm des Weltfriedens auf und gibt ihm eine geschichtsphilosophische Weite, die es nur bei ihm hat. Weltinnenpolitisch hat er schon immer gedacht, auch als er das Wort noch nicht gebraucht hat.“

358 Lindner 2002, S. 114.

359 Vgl. hier und folgend Hattrup 2004, S. 201; Lindner 2002, S. 118-122.

360 Vgl. Lindner 2002, S. 122.

Dass das Manifest in einer direkten Verbindung mit v. Weizsäckers friedens-theoretischen Überlegungen stand und diese gleichsam „promoten“ sollte, zeigt ein Satz, der in der Endfassung des Manifests allerdings entgegen v. Weizsäckers Absicht gestrichen worden war. Diese Sentenz beinhaltete v. Weizsäckers persönliche Theorie des Paradoxons der Atombombe; er hielt damals „den Schutz des Friedens und der Freiheit durch diese vernichtenden Waffen für sehr problematisch. Diese Bomben erfüllen ihren Zweck nur, wenn sie nie fallen. Wenn aber jedermann weiß, dass sie nie fallen, dann erfüllen sie ihren Zweck auch nicht.“<sup>361</sup>

Von Weizsäckers Kalkül schien aufzugehen. Im Zuge der Göttinger Erklärung avancierte er zum „Inhaber“ des Themenfelds Kernwaffen und Friedenspolitik. Im Wintersemester 1956/57 hatte er bereits an der Universität Bonn eine fakultätsübergreifende Serie von Vorträgen über Atomenergie und Atomzeitalter begonnen. Dem Göttinger Manifest schob er Ende April 1957 einen Vortrag über „Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter“ nach, der nach fast drei Jahrzehnten 1986 letztmals in der siebten Auflage erschien und in dem er die Thematik wieder aufgriff und auch von den Gesprächen mit Politikern berichtete.<sup>362</sup> In der *Zeit* durfte er ein Jahr später 1958 eine Artikelserie über das „Leben mit der Bombe“ veröffentlichen.<sup>363</sup> Zahlreiche Publikationen folgten bis in die 1980er Jahre mit einschlägigen Titeln wie „Der bedrohte Friede“, „Fragen zur Weltpolitik“, „Wahrnehmung der Neuzeit“, „Wege in der Gefahr“ oder „Bewußtseinswandel“. Von Weizsäcker profilierte sich auf diese Weise, ausgehend von der Göttinger Erklärung, die ihn einem großen Publikum bekannt gemacht hatte, zu einem fächerübergreifend belesenen und mit interdisziplinärer Expertise ausgestatteten Wissenschaftler, der Antworten auf Fragen eines bis dahin kaum untersuchten Komplexes, auf „das vielleicht unlösbarste [Problem] unserer Zeit“<sup>364</sup>, zu geben wusste. Und Experten für die politische Atomwaffenproblematik waren zu dieser Zeit – ganz besonders in der Bundesrepublik – rar gesät.<sup>365</sup> Dieses personelle Vakuum an kundigem Sachverstand war die Karrierenische, die sich v. Weizsäcker lange Zeit ersehnt hatte und die seine persönlichen Ansprüche an sein berufliches Wirken erfüllen konnte.

---

361 Zitiert nach Sonntag 1982, S. 44.

362 Vgl. Görlich 1965, S. 34 u. S. 113; Weizsäcker, Carl Friedrich: Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Göttingen 1957.

363 Der erste von insgesamt vier Teilen findet sich in der Ausgabe Nr. 20/1958.

364 Von Weizsäcker 1983, S. 342.

365 Vgl. Afheldt, Horst: Der Beitrag der Wissenschaft zum Fiasko der Sicherheitspolitik, in: Meyer-Abich (Hg.) 1982, S. 401-409, hier S. 401.

## Aufstieg infolge der Göttinger Erklärung

Die Manifest-Aktion zeitigte beträchtlichen Einfluss auf v. Weizsäckers Karriere. Sie machte den Kernphysiker zu einer gefragten Persönlichkeit wie auch zu einem begehrten Realitätsdeuter und verschaffte ihm eine über Wissenschaftlerkreise hinausreichende Prominenz.<sup>366</sup> Die Öffentlichkeit interessierte sich für ihn, renommierte Institutionen baten ihn um Rat. *Zeit*-Reporter suchten ihn in Göttingen auf und veröffentlichten ein Porträt über ihn,<sup>367</sup> sein Konterfei zierte die Titelseite des *Spiegels*.<sup>368</sup> Im Juli 1958 stellte ihn eine Pressemeldung mittlerweile als den „bekanntesten“<sup>369</sup> der Göttinger Achtzehn vor. Sodann arbeitete er an einer Studie zur Atomfrage für den Weltkirchenrat mit.<sup>370</sup> Im Dezember 1959 fand v. Weizsäcker Aufnahme in die „Leopoldina“ – die ehrwürdig-elitäre „Deutsche Akademie der Naturforscher“, deren damaliger Präsident Kurt Mothes zu diesem Anlass schrieb, dass man starker Persönlichkeiten bedürfe, die „durch ihr Wirken über die Grenzen der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit hinaus Atmosphäre verbreiten und das geistige Gesicht unserer Zeit mitgeprägt haben“<sup>371</sup>. Mothes' Nachfolger Heinz Bethge rühmte v. Weizsäcker gar als „Glanzstück unter den Mitgliedern“<sup>372</sup>. Weiteres folgte: 1963 verlieh man v. Weizsäcker den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, seine Vorträge erhielten großen Zulauf. Die EKD und die Regierung Brandt warben ihn als Berater, auch wurde er Mitglied im Beratenden Ausschuss für Forschung und Technologie (BAFT). Diese „Prominentenzirkulation“<sup>373</sup>, die von der Göttinger Erklärung ihren Ausgangspunkt nahm, potenzierte die öffentliche Bekanntheit v.

366 Dazu vgl. Görlich 1965, S. 119; Grossner, Claus: Die Quantenphysik der Weltpolitik, in: *Die Zeit*, 16.04.1970; v. Weizsäcker 1984, S. 197. „In dem Augenblick, in dem eine Person bereits mehrfach massenmediale Aufmerksamkeit gefunden hat, ist sie bereits Teil der Prominenz und wird aufgrund dieser Eigenschaft weiterhin bevorzugt vermittelt.“ Peters: Prominenz 1996, S. 109.

367 Vgl. o.V.: Die Göttinger Luft, in: *Die Zeit*, 09.05.1957.

368 Dies war die Ausgabe vom 08.05.1957.

369 O.V.: Prof. Weizsäcker berichtet CDU-Propaganda, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 14.07.1958.

370 Vgl. Meldung im Archiv der Gegenwart, Jg. 28 (1958) H. 36, S. 7277 f. (08.09.1958).

371 Zitiert nach Lindner, Konrad: Souveräne Stimme der Gelehrten, in: Deutschlandradio Kultur, 02.04.2008, online einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/zeitreisen/763341/> [eingesehen am 30.07.2008].

372 Zitiert nach ebd.

373 Peters: Prominenz 1996, S. 110.

Weizsäckers und legte das Fundament für seine fortan währende, auch den Tod überdauernde Berühmtheit des „Vernunftslobbyisten“<sup>374</sup>.

Auch innerhalb der Achtzehn gab es Reaktionen, die darauf hindeuten, dass v. Weizsäckers Verhalten nicht zuletzt auch eigennütziger Antrieb zugrunde lag. Sein auffälliger Profilierungsdrang, seine mit niemandem der Achtzehn abgestimmten Postulate und Argumentationen nahmen idealistisch veranlagte Manifestanten wie Born und v. Laue mit deutlichem Missbehagen zur Kenntnis.<sup>375</sup> Sie – die ihren in der Erklärung eingenommenen Standpunkt entschlossen aufrechterhielten und der Überzeugung nach mit diesem auch keine weitreichenden Karriereambitionen verfolgt hatten – werteten die Äußerungen des umtriebigen Freiherrn, die wie im Falle der *Zeit*-Artikel sogar zentrale Aussagen der Göttinger Erklärung zu revidieren schienen, als opportunistisch und inkonsequent. Sie forderten von Hahn deshalb die Entbindung v. Weizsäckers von seiner herausgehobenen Sprecherrolle.

Bald nach der Göttinger Erklärung wurde v. Weizsäcker mehrfach aufgefordert, eine Vereinigung nach dem Muster der „Federation of American Scientists“ zu gründen, die sich die Gedanken der Göttinger Erklärung zu ihrem zentralen Anliegen machen sollte. Für die gegen Krieg und Atomwaffen gerichtete „Pugwash“-Bewegung, in der sich Wissenschaftler seit Juli 1957 regelmäßig mit den Problemen von Kernwaffen auseinandersetzten, hatte er sich als Ansprechpartner für die Bundesrepublik qualifiziert.<sup>376</sup> 1959 bat ihn eine Physikergruppe bei der anschließend von ihnen organisierten Gründung einer derartigen Vereinigung, der späteren Vereinigung Deutscher Wissenschaftler,<sup>377</sup> um seine Beteiligung. Von Weizsäcker sagte zu, setzte aber sogleich die Bedingung durch, diese Vereinigung solle Forum zur Diskussion sich aus der Wissenschaft ergebender politischer Probleme und nicht das Artikulationsorgan einer bestimmten, festgelegten politischen Meinung sein. Damit schuf er sich ohne eigenes organisatorisches Zutun eine dauerhafte öffentlich wahrnehmbare und politisch tätig werdende Wirkungsplattform für seine geistige Tätigkeit. Die VDW, deren erster Vorsitzender mit Hans Kopfermann einer der Achtzehn wurde, machte es sich zum Ziel, die „Verantwortung des Wissenschaftlers für die Folgen seines Fachs in der Gesellschaft und in der Politik wach zu halten und zu schärfen und ‚Versuchen zum Missbrauch wissenschaftlicher Ergebnisse zum Schaden der

---

374 Sommer, Theo: Vernunftslobbyist, in: *Die Zeit*, 03.05.2007.

375 Vgl. hierzu Kant 2007, S. 12.

376 Vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 32 ff.

377 Vgl. Neuneck 2007, S. 70.



Menschheit entgegenzutreten“<sup>378</sup>. Sie sollte aus wissenschaftlichem Fortschritt entspringende Probleme der Gegenwart wissenschaftlich durchdringen und für die politische Legislative, für die parlamentarische Gesetzgebung also, Vorschläge erarbeiten – sie entsprach damit sehr stark v. Weizsäckers persönlichem Ansinnen.

Aber nicht nur sein Ansehen in Fachkreisen vermehrte sich, v. Weizsäcker wurde auch in einer großen Öffentlichkeit als Mann von hehrer Moral, festem Gewissen und vorbildlichem Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen. Als er kurze Zeit nach der Göttinger Erklärung seinen neuen Lehrstuhl in Hamburg antrat, hielten Studenten ihm zu Ehren einen Fackelzug durch die Hansestadt ab.<sup>379</sup> Von Weizsäcker hatte sich mit der Manifest-Aktion, als einer deren führender Repräsentanten er neben Otto Hahn in der Öffentlichkeit auftrat, eine gehörige Popularität erworben. Für Politiker, Journalisten und andere Intellektuelle war er der Mann, der seine Kernphysikkollegen gegen die Regierung in Stellung gebracht, der verantwortungsbewusst die Grenzen seines Fachs verlassen hatte. Diese Position, aus der er statt eines flüchtigen Augenblicks einen dauerhaften Status machen wollte, nutzte er und begann, sich in dieser Rolle regelrecht zu professionalisieren. Zum Beispiel führten ihm die Debatten, die sich an die Göttinger Erklärung anschlossen, ein persönliches Defizit vor Augen.<sup>380</sup> Sie machten ihm bewusst, dass er gegenüber Politikern keine rüstungspolitischen Vorschläge mit Erfolg würde vorbringen können, ja schlimmstenfalls nicht einmal ernstgenommen würde, ohne neben dem kernphysikalischen Expertenwissen nicht auch über hinreichende Kompetenz in rüstungspolitischen, militär-strategischen und waffentechnischen Dingen zu verfügen. Eben dieses Manko versuchte er in der Folgezeit auszuräumen, indem er sich zusätzliches Wissen anzueignen begann. Im Frühjahr 1958 bereiste er deshalb die Vereinigten Staaten und unterhielt sich dort mit physikalischen und strategischen Experten, machte sich mit neuen Terminologien vertraut und durchdrang neue Konzepte. Insgesamt wandte v. Weizsäcker – und dies zeugt von seinem konsequenten Willen, vermittels seiner Auffassungsgabe und persönlichen Nähe zur Nuklearwissenschaft professioneller Interpret und Theoretiker des globalen Gesellschaftsproblems „Atombombe“ werden zu wollen – mindestens zehn Jahre seines Lebens für das „wissenschaftliche Studium politischer Probleme“<sup>381</sup> auf.

---

378 Görlich 1965, S. 119; vgl. auch Hattrup 2004, S. 174 f.

379 Vgl. Hattrup 2004, S. 172.

380 Vgl. hierzu o.V.: Ich zweifle, ich glaube, in: Der Spiegel, 16.07.1958; v. Weizsäcker 1977, S. 574; ders. 1983, S. 342 f.; ders. 1984, S. 195; ders. 1988, S. 400 f.

381 Von Weizsäcker 1984, S. 487.

Und wie um die Realität und Allgegenwart der Gefahr, von der er nun stets wortreich zu philosophieren pflegte, unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, ließ er in seinem Garten einen Atombunker anlegen.<sup>382</sup> Überdies hörte er auf, politisch exponierte Persönlichkeiten wie Gandhi zu zitieren, um seine Seriosität zu erhöhen, sich politisch neutral zu geben. Seinen zahlreichen Publikationen ist ein Bestreben anzumerken, durch eine strenge, vermittels der Einnahme von verschiedenen Perspektiven suggerierte Sachlichkeit keiner Ideologie zugeordnet werden zu können. Darum sorgte sich v. Weizsäcker nun wirklich sehr: durch die Zuschreibung eines politischen Bekenntnisses an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Er wollte als neutraler, ideologisch unbestechlicher, infolgedessen glaubwürdiger Vordenker auftreten. Nicht zuletzt aus diesem Grund führte v. Weizsäcker in der VDW ein hartes Regiment, sobald er Gefahr für seine Reputation, sein gesellschaftliches Prestige witterte.<sup>383</sup> Unachtsame Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit und eine wilde Manifestiererei seitens der Organisation wurden von ihm strikt unterbunden – schließlich identifizierte man ihn inzwischen mit der VDW. Dort bremste er deshalb die idealistischen Gemüter und verhinderte Meinungsäußerungen, von denen er annahm, sie würden mangels Bedeutungsschwere wirkungslos verpuffen oder der politischen Parteinahme verdächtigt werden.<sup>384</sup> Ganz abgesehen davon, dass er – mit dem Rückhalt des aus der Göttinger Erklärung bezogenen Renommeeerwerbs, der ihm Selbstvertrauen einflößte – wohl seine eigenen Konzeptionen ohnedies denen seiner VDW-Mitstreiter für überlegen hielt und sich im Besitz der jeweils wirklichkeitsgetreueren Sichtweise und der adäquateren Entscheidung wähnte.

Generell achtete v. Weizsäcker also systematisch auf sein Erscheinungsbild, seinen Status als Publizist und Wissenschaftler in der Öffentlichkeit. So etwa bei der Bewahrung politischer Unabhängigkeit, dem öffentlichen Auftreten als bekennender Nichtpolitiker, der nichtsdestotrotz trefflich in politischen Kontexten zu denken vermag. Dies zeigte sich etwa, als sich im Zuge der Göttinger Erklärung für ihn die Möglichkeit eines Wechsels in die Politik ergab.<sup>385</sup> Der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der v. Weizsäcker und dessen Gedankengänge aus einigen Gesprächen kannte, bot ihm nach der Manifest-Aktion eine Bundestagskandidatur für die CDU an. Von Weizsäcker wollte allerdings seine womöglich wichtigste Ressource, eben *nicht* parteipolitisch verfangen bzw. überhaupt berufspolitisch engagiert zu sein, unter keinen Umständen preisgeben. Und

---

382 Vgl. Hattrup 2004, S. 174.

383 Vgl. v. Weizsäcker 1984, S. 197 ff.

384 Siehe Drieschner 2005, S. 66.

385 Vgl. hierzu v. Weizsäcker 1983, S. 346 f.; ders. 1984, S. 196 f.

er tat wohl gut daran, war dieser Status doch integraler Bestandteil seiner erfolgreichen Außendarstellung, der für ihn viel zu kostbar war, als dass er ihn einer womöglich bloß mediokeren Parteikarriere und Parlamentsarbeit geopfert hätte. Sein Kalkül beinhaltete die Maxime, dass er mit der gebotenen Distanz und der erhabenen Autorität des viel belesenen Theoretikers „auch politisch nachhaltiger wirke als durch Tagespolitik, so wenig ich das Geschäft der Tagespolitik verachte“<sup>386</sup>. Zweimal trug man ihm auch von Seiten der SPD, dann allerdings schon eine Kandidatur zum Bundespräsidenten, eine politische Mission an – beide Male lehnte er ab. Von Weizsäcker, so lässt sich an dieser Stelle vermerken, betrieb ein aufmerksames Imagemanagement und stützte sich dabei auf ein sicheres Gespür, stets zu den richtigen Zeitpunkten vorteilhafte Eindrücke zu hinterlassen.

Richtet man noch einmal den Blick auf die VDW, erhellt sich des Weiteren ein entschlossenes Streben v. Weizsäckers nach einer Institutionalisierung seiner intellektuellen Tätigkeit als atomphysikalisch bewandeter Gegenwartsphilosoph, die sich in mehreren Etappen vollzog. Nachdem er in Heisenbergs Göttinger MPI für Physik bereits viel Zeit mit dem politisch-ethischen Problem der Atombombe, weniger aber mit kernphysikalischen Angelegenheiten verbracht hatte, war ihm mit der Besetzung eines Lehrstuhls für Philosophie in Hamburg bereits eine universitäre Schwerpunktverlagerung gelungen, die für seine Ansprüche förderlich war. Als inoffiziell Sprecher der Göttinger Achtzehn gewährte ihm Hahn, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, zudem finanzielle Unterstützung, indem er ihm Reisekosten erstattete und Mitarbeiter zur Verfügung stellte.<sup>387</sup> Ein weiterer Schub für v. Weizsäcker kam sodann mit der VDW, die sich als thematisch geeignete Publikationsplattform anbot. In dieser etablierte er sich als zentrale Autorität, zumal der VDW-Geschäftsführer in den Jahren 1959 bis 1970, Horst Afheldt, ein Vertrauter v. Weizsäckers war, der dann von 1970 bis 1980 in v. Weizsäckers Wissenschaftlerteam forschte. Doch bald schon reichten auch die Kapazitäten der VDW nicht mehr aus, um v. Weizsäckers weittragenden Ambitionen gerecht zu werden: Ein eigenes Max-Planck-Institut musste also her.

Das Ziel seiner – zur Physik alternativen – Karrierebemühungen, die er schon in den 1940er Jahren aufgenommen hatte, erreichte v. Weizsäcker schließlich 1970.<sup>388</sup> Von der Max-Planck-Gesellschaft, in der er inzwischen nun wahrlich genug einflussreiche Leute – insbesondere zählten sein Mentor Heisenberg und sein Förderer Hahn hierzu – kannte und für die er sich durch seine For-

---

386 Ders. 1984, S. 197.

387 Vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 33.

388 Vgl. ders. 1983, S. 342 f.; ders. 1984, S. 201 ff.

schung und Öffentlichkeitsarbeit hinreichend verdient gemacht hatte, erhielt er in jenem Jahr sein eigenes „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ in Starnberg.<sup>389</sup> An die Seite stellte man ihm auf seinen Wunsch hin niemand geringeren als Jürgen Habermas. Die Existenz dieser Einrichtung war stark personengebunden, lebte von v. Weizsäckers Einfluss. Denn mit Carl Friedrich v. Weizsäcker kam die Gründung des Instituts und mit seiner Emeritierung 1980 wurde es nur wenig später auch schon wieder geschlossen. Ein stärker auf die Person abgestimmtes, ja fixiertes und von ihr abhängiges Institut hatte es in der MPG/KWG-Geschichte wohl nicht gegeben. Von Weizsäckers Max-Planck-Institut, das er als Direktor leitete, verhalf seinen Arbeiten zu noch größerer globaler Beachtung. Persönlichkeiten der Weltgeschichte wie Henry Kissinger bescheinigten ihm aufgrund seiner besonderen Verknüpfung von wissenschaftlicher Forschung und politischer Anwendung später weltweite Einzigartigkeit.<sup>390</sup> Allein als MPI-Direktor zählte er bereits zu einem schwer zugänglichen Elitezirkel.

Dies schließlich war die Intention v. Weizsäckers, die hinter all dem Ganzen stand: Konzipiert als ein Think Tank eines interdisziplinär rekrutierten Wissenschaftlerensembles, sollte das Institut eine größere öffentliche Wirkung erzielen, seinem Leiter autonom zu Gebote stehende Ressourcen in Form von Budgets und Mitarbeitern verschaffen und die Ideen wie Überlegungen des Freiherrn wirkungskräftiger in der Öffentlichkeit platzieren, als dies über sporadische Kommentare eines zwar prominenten, aber einzeln agierenden Professors jemals möglich gewesen wäre. Das eigene Institut sollte eine Kraftquelle sein, die zukünftige Forschungsarbeit in geordnete Bahnen lenken und mit reichlich Mitteln erleichtern. Für Publikationen bedurfte v. Weizsäcker fortan nicht mehr der Mitherausgeberschaft von Nobelpreisträgern wie Heisenberg und Hahn,<sup>391</sup> von deren Unterstützungsbereitschaft er sich nun erfolgreich emanzipiert hatte, endlich kein Günstling mehr war.

Für bestimmte Tätigkeiten wie z.B. im BAFT arbeiteten ihm im Starnberger MPI nun spezielle Gruppen zu, sodass er seine Beratungstätigkeit abermals ausweiten konnte.<sup>392</sup> Das Starnberger Institut kam infolgedessen einer Institutionalisierung von v. Weizsäckers bisheriger Tätigkeit gleich – eine solche hatte sich ja ohnehin bereits in der VDW abgezeichnet. 1957 erstmals als verantwortungsvol-

---

389 Zum Institut vgl. Hattrup 2004, S. 175-180.

390 Vgl. Becker 1982, S. 378.

391 Auch darin hatten Hahn und Heisenberg ihn unterstützt; vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 33.

392 Vgl. Drieschner 2005, S. 72 f.

ler und politisch engagierter Kernphysiker in das Bewusstsein einer größeren Öffentlichkeit gerückt, als kompetenter Intellektueller und Universalgebildeter, an vielen Themen interessierter und mit außergewöhnlich tief reichender Sachkenntnis bewehrter Wissenschaftler verstand v. Weizsäcker, seinen extraordinären Status beruflich weidlich auszunutzen. Er begann, erst aus der VDW heraus, dann schließlich professionell über sein Starnberger Institut, zu weltbewegenden Sachverhalten unter dem übergeordneten Sujet der Friedenspolitik und mit der Schlagkraft interdisziplinärer Forschung umfangreiche, zentrale Sachverhalte der Weltpolitik berührende Studien anzufertigen. So etwa die „Studie über Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ oder daran anschließend die „Studie über die Wiedervereinigung Europas“. Dass v. Weizsäcker die letzten zehn Berufsjahre vor seiner Emeritierung „weitgehend opferte“<sup>393</sup>, wie sich Weggefährten erinnern, erscheint vor diesem Hintergrund als eine hagiografisch übertriebene Helden- und Tapferkeitsetikettierung; denn kaum etwas anderes als seine Studententätigkeit unweit des Starnberger Sees hatte sich der lange Zeit blockierte Philosoph und notgedrungene Physiker wohl gewünscht.

### **Fortwährende Karriere durch unablässige Analyse**

Mit dem Blick auf Schriften und Aussagen v. Weizsäckers fällt es nicht schwer, bei ihm eine Ambition zu erkennen, die Nation aus der Position eines wissenschaftlich neutralen Pädagogen erziehen zu wollen. Auch seinen eigenen Worten zufolge hatte er „es übernommen, der Nation in einer Lebensfrage zu raten“<sup>394</sup>, bezeichnete er sein „Dilemma als die unbewältigte welthistorische Aufgabe der vernünftigen Bändigung der Macht“<sup>395</sup>. So glaubte er, die Wiedervereinigung Deutschlands nur unter dem „Schirm einer Weltfriedensabsprache zwischen Amerika und Russland“ erreichen zu können, und dass er die Deutschen daher „in diesem Sinne in weltpolitische[m] Denken zu erziehen“ habe.<sup>396</sup> Das Starnberger Institut war übrigens einer Anregung US-amerikanischer Wissenschaftler anlässlich eines Besuchs in der Max-Planck-Gesellschaft entsprungen, die empfohlen, ähnlich eines den US-Präsidenten umgebenden Zirkels, der Bundesregierung einen festen Beratungsstab von Wissenschaftlern in politischen Fragen an die Seite zu stellen.<sup>397</sup> Dies war angesichts seiner bisherigen Vorstellungen natürlich ganz nach v. Weizsäckers Gusto. In seinem Handeln ließen sich nicht zu-

---

393 Afheldt 1982, S. 408.

394 Von Weizsäcker 1977, S. 574.

395 Zitiert nach Drieschner 2005, S. 84.

396 Beide Zitate in: v. Weizsäcker 1984, S. 204 f.

397 Vgl. Hattrup 2004, S. 176.

fällig auch Züge von Heisenbergs Konzept eines Forschungsrates erkennen, welcher der Politik Anweisungen erteilen sollte. Denn in seinen Abhandlungen schilderte v. Weizsäcker nicht nur weltpolitische Lagen, sezierte nicht bloß Probleme der Gegenwart, sondern machte auch in Form von Thesen und Empfehlungen stets konkrete Vorschläge, mithin Forderungen für politisches Handeln.<sup>398</sup> Starnberg war der institutionelle Rahmen, die Plattform für diese von ihm seit Längerem erstrebte Tätigkeit des allseits gehörten und geschätzten Beraters.

Carl Friedrich v. Weizsäcker – so gilt es festzuhalten – handelte karrieristisch äußerst geschickt, wusste sich ihm bietende Gelegenheiten zielsicher zu nutzen und daraus beruflich Kapital zu schlagen. Dabei nutzte er die Vorzüge seiner vielseitigen Vita: Als Heisenberg-Schüler war er ausgewiesener Sachverständiger der Kernphysik, besaß als Diplomatensohn von Kindheit an eine Affinität zu politischen Handlungsmechanismen wie Kalkülen und er machte sich, getrieben von einer außergewöhnlichen Bildungsbegeisterung und getragen von persönlichem Talent, eingehend mit philosophischer Materie vertraut. In seinem selbstständigen Philosophiestudium, das er in den frühen 1950er Jahren begann, wälzte v. Weizsäcker große Folianten, arbeitete sich anhand der Granden unter den philosophischen Autoren mit unzähligen Bänden schrittweise durch die letzten 2000 Jahre.<sup>399</sup> Von den Positivisten des Wiener Kreises über Kant und Leibniz zu Descartes und den Scholastikern. Bei jeder Etappe stieß er auf Unklarheiten, blieben ihm Begriffe rätselhaft, unbestimmt oder vieldeutig, da sie von ihren Benutzern nicht zufriedenstellend erklärt worden seien, so sein Eindruck. Bei Kant vermisste er zum Beispiel eine überzeugende Erläuterung von „synthetischen Urteilen a priori“; die Ausführungen Descartes wiederum gründeten sich auf scholastische Schriften, woraufhin er diese zu lesen begann. Und so weiter. Auf diese Weise gelangte er irgendwann im antiken Griechenland an, las die Klassiker schlechthin, Aristoteles und Platon. Erst die Worte dieser philosophischen Archetypen leuchteten ihm ein, leiteten sich doch all jene Begriffe, die er noch für erklärungsbedürftig hielt, von diesen Urphilosophen ab. Jedenfalls kam er auf diese Weise in den Besitz des philosophischen Rüstzeugs, das er für seine weitere Tätigkeit benötigte.

Darüber hinaus eignete er sich jeweils aktuelles Wissen über Sicherheits-, Rüstungs- und Außenpolitik an – eine umfassende „policy“-Kompetenz also.

---

398 Vgl. Gottstein, Klaus: Das politische Weltbild Carl Friedrich von Weizsäckers als Orientierungshilfe in unserer Zeit, in: Meyer-Abich (Hg.) 1982, S. 106–118, hier S. 116 f.

399 Siehe v. Weizsäcker 1988, S. 318 f.

Von Weizsäcker nannte dies „unablässige politische Analyse“<sup>400</sup>, die ihm die stets komplizierte Weltpolitik und die gegenwärtige Gefahrenlage für die Menschheit begreiflich machen sollte. Oder in der Beschreibung eines Wegbegleiters: „Carl Friedrich von Weizsäcker setzte sich das Ziel, so weit wie möglich das komplexe Ganze zu verstehen, das man verstehen muss, wenn man gangbare Wege in der uns umgebenden Gefahr finden will.“<sup>401</sup> Kurz gesagt: Aus der Physik lernte er für die Philosophie,<sup>402</sup> mit der er dann die Politik betrachtete.

Als v. Weizsäcker 2007 verstarb, achtete man ihn in der Öffentlichkeit als den „letzten universal gebildeten Gelehrten im deutschen Sprachraum“<sup>403</sup> und fand für die Deutung seines gesellschaftlichen Rangs bewundernde Etiketten wie bspw. „Mystiker der europäischen Geistesgeschichte“<sup>404</sup>, den wohl auch Platon und Kant als einen der „ganz großen dieses Jahrhunderts [...] eines Gespräches für würdig“<sup>405</sup> erachtet hätten. In einer von Instabilität, ständiger Drohung eines Weltuntergangs, zugespitzt: permanenter Angst und Unsicherheit geprägten Zeit, versuchte v. Weizsäcker mittels seiner interdisziplinären Kompetenz, die er sich über mehrere Jahrzehnte hinweg und im Rahmen unterschiedlichster Tätigkeiten mühevoll angeeignet hatte, in seinen Studien und Analysen ein intensives Bedürfnis der Orientierung, Gewissheit und des Verstehens zu befriedigen. Auch wenn er sich dem Weg in die professionelle Politik kategorisch widersetzte, wollte v. Weizsäcker auf politische Intervention nicht verzichten. Sein politisches Handeln war daher aber immer bloß sporadisch, punktuell, dem Tagesgeschehen und parteipolitischen Rangeleien enthoben. Auch darin erinnerte er an Heisenbergs Forschungsrat. Von Weizsäcker formulierte seine politischen Positionen, bevor er sie publizistisch an die Öffentlichkeit trug, zunächst in der kontemplativen Abgeschiedenheit des wissenschaftlichen Raums. Er wollte nicht in Parlamentsplen sitzen, seine kostbare Zeit in Gremien und Hinterzimmern vergeuden, wollte sich nicht dem Trubel ständiger Medienbeobachtung aussetzen und schon gar nicht in die Disziplin einer Partei, Fraktion oder Regierung eingebunden werden. Von Weizsäcker agierte politisch aus seinem Arbeitszimmer am Starnberger See heraus, von wo er sich bei Bedarf zu Wort melden konnte.

---

400 Zitiert nach Gottstein 1982, S. 109.

401 Ebd., S. 109.

402 Vgl. v. Weizsäcker 1983, S. 334 f.

403 Lindinger, Manfred: Synthesen eines Jahrhundertmannes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.04.2007.

404 Podak, Klaus: Ein aufgeklärter Mystiker, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2007.

405 Drieschner 2005, S. 114.

Die Göttinger Erklärung ist ein mustergültiges Beispiel für die fortan betriebene Arbeit des Freiherrn: die sorgfältige Analyse der Konsequenzen gesellschaftlichen, vor allem aber politischen, Handelns und die öffentliche Äußerung darüber.<sup>406</sup> Und noch einen Vorzug bot diese Form: Als Forscher, dessen Stellung und Geltung nicht von einer Konjunktur demokratischer Wahlen gefährdet war, konnte er die langfristige Perspektive im Blick behalten – wohingegen Politiker oft Entscheidungen treffen, die kurzfristig eintretende Vorteile bezwecken, über einen längeren Zeitraum hinweg aber insgesamt eher nachteilige Folgen zeitigen.<sup>407</sup> Dies erleichterte es ihm, die kraftraubende „Spannung zwischen wissenschaftlicher Reflexion und politischer Aktion“<sup>408</sup> auszuhalten. Und vieles spricht dafür, dass er dies alles in nicht geringem Ausmaß seiner Tätigkeit als politischer Manifestant, als Strategie der Göttinger Erklärung verdankte.

Betrachtet man noch einmal synoptisch v. Weizsäckers Berufsvita, so kommt man nicht umhin zu sagen, dass dieser Mann aus prominentem Hause von Jugend an einen treffsicheren Blick für lukrative Karrierestationen besaß. Mit der Kernphysik begann er zu einer Zeit, als diese sich gerade in einem revolutionären Stadium befand und beinahe alltäglich spektakuläre Erkenntnisse hervorbrachte und Bewährungschancen offerierte. Das Ende des Zweiten Weltkriegs wartete er in einem wissenschaftlichen Refugium in Straßburg ab, in dem er es vermutlich behaglicher als viele seiner Kollegen hatte. Nach dem Krieg und der Internierung in Großbritannien blieb er an der Seite Heisenbergs, der früh über exzellente politische Kontakte verfügte und in der Bundesrepublik als der dort führende Atomwissenschaftler wissenschaftspolitisch die Geschicke der Kernphysik zu lenken suchte. In Göttingen residierte v. Weizsäcker obendrein in einer baulich intakten, von Kriegsverheerungen größtenteils verschonten, noch dazu überaus traditionsreichen Universitätsstadt, in der sich darüber hinaus das organisatorische Zentrum der Max-Planck-Gesellschaft mitsamt einer illustren Anzahl prestigeträchtiger Forscherkapazitäten befand. 1957 sattelte er dann in Ermangelung wissenschaftlich attraktiver Perspektiven in der Kernphysik um und nahm einen Ruf auf einen Philosophielehrstuhl an. Mehreren Angeboten gegenüberstehend, zog er in seiner Auswahl das hanseatische Hamburg dem bayerischen München vor, weil er die Kapitale des bajuwarischen Freistaats als „kulturell hochbedeutende Provinzstadt“ ansah, die Hafenmetropole aber als „kleine Weltstadt“<sup>409</sup> in einer imaginären Bedeutsamkeitshierarchie höher ansiedelte.

---

406 Vgl. v. Weizsäcker 1987, S. 54.

407 Vgl. Becker 1982, S. 385.

408 Ebd., S. 387.

409 Beide Zitate in: Lindner 2002, S. 131.



Von Hamburg aus, gestützt auf seine neu hinzugewonnene Prominenz und Reputation, die er aus dem Erfolg der Göttinger Erklärung zog,<sup>410</sup> profilierte er sich in der Folgezeit mit großem Erfolg als universal gebildeter Friedens- und Gegenwartsproblemforscher ersten Ranges und avancierte auf diesem Forschungssektor in der Tat zu einer wissenschaftlichen Kapazität.

In der Gründung eines eigens auf ihn zugeschnittenen Max-Planck-Instituts, das – auf seinen Wunsch hin idyllisch und angenehm am Starnberger See gelegen – schnell internationale Berühmtheit erlangte, drückte sich v. Weizsäckers errungene Stellung aus. Damit hatte er erreicht, was ihm bei einem Verbleib in der Kernphysik, dem unbefriedigten Dasein als zweitrangiger Nuklearforscher, mit großer Gewissheit verwehrt geblieben wäre. So war Carl Friedrich v. Weizsäcker am Ende seines Lebens der Besondere unter den Herausragenden,<sup>411</sup> eine hochangesehene Persönlichkeit, über die jede halbwegs bedeutsame Zeitung einen Nachruf veröffentlichte, zu deren Ehre eine Stiftung und ein Wissenschaftspreis benannt sind.<sup>412</sup>

Die allgegenwärtige „Sorge um das Überleben der Menschheit im Atomzeitalter“ war eben nicht allein ein „zentrales Motiv für sein Engagement im Kreis der Wissenschaftler“,<sup>413</sup> wie häufig behauptet wird, sondern vielmehr Kern seiner weiteren Berufstätigkeit – eine nicht zu vernachlässigende Voraussetzung seiner nicht selten hagiografisch kommentierten Karriere.<sup>414</sup> Später, in den 1980er Jahren, deutete er seine frühe Reflexion der Atomwaffenproblematik und

---

410 Vgl. Hatrup 2004, S. 171.

411 Vgl. Zacher, Hans F.: Nachruf auf Carl Friedrich von Weizsäcker, in: Personalien. Beilage zum Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft 2007, München 2008, S. 23-26, hier S. 23.

412 Vgl. beispielhaft Eppler, Erhard: Leise reden im Tumult, in: Die Zeit, 03.05.2007; Hampe, Michael: Teilung des Atoms, Einheit der Natur, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.04.2007; Löhr, Wolfgang: Der Physiker, der die Bombe nicht liebte, in: die tageszeitung, 30.04.2007; Podak, Klaus: Ein aufgeklärter Mystiker, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2007; Stürmer, Michael: Im Banne des Atoms, in: Die Welt, 30.04.2007.

413 O.V.: Einmischung der Wissenschaftler, in: Deutschlandradio Kultur, 11.04.2007, online einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/zeitreisen/613597/> [eingesehen am 30.07.2008].

414 Viel biografische Schriften über v. Weizsäcker entstammen der Feder ehemaliger Mitarbeiter und Doktoranden, so etwa Horst Afheldt, Michael Drieschner und Klaus Gottstein.

die Konfrontation mit Politik als „moralische Pflicht“<sup>415</sup> des Wissenschaftlers, sich mit den Konsequenzen seiner Forschungsarbeiten zu beschäftigen. Dies geriet allerdings weniger zur Pflichterfüllung als vielmehr zu seinem eigentlichen Beruf und Nukleus seiner fraglos bemerkenswerten Laufbahn. Ein wesentliches Vehikel, gleichsam einen energiereichen Impuls für die letzten Schritte dorthin – zu internationaler Anerkennung und Prominenz –, bildete die Göttinger Erklärung. Darin ist das persönliche, ganz individuelle Motiv v. Weizsäckers zu suchen, der nichts Geringeres als der Motor der Manifest-Aktion gewesen war.

### 3.6.3 Krönung eines Lebenswerks

Einige der Göttinger Achtzehn befanden sich 1957 bereits in einer nachberuflichen Phase, in der sie nicht mehr im wissenschaftlichen Prozess involviert waren, längst nicht mehr zu den Leuten gehörten, die mit ihren Arbeiten den Forschungsstand vorantrieben. Die gestandenen Nobelpreisträger Max Born (Jahrgang 1882) und Max v. Laue (Jahrgang 1879) stehen exemplarisch für diesen seniorenhafte Manifestanten-Typus, der zum Datum der Göttinger Erklärung seine ursprüngliche Physiker-Karriere bereits weit hinter sich gelassen hatte. Der pensionierte Born war 1957 wissenschaftlich längst inaktiv, seine Bibliothek hatte er verkauft und auf sein Vorschlagsrecht zu den Nobelpreisen verzichtet,<sup>416</sup> doch in der Rolle des Friedensaktivisten und Verantwortungsmahners hatte er sich eine neue Lebensaufgabe gesucht. Infolge des nationalsozialistischen Regimes emigriert, war Born in die Bundesrepublik nur deshalb zurückgekehrt, weil ihm im schottischen Exil nach seiner Emeritierung nicht genug zum Leben geblieben wäre, er nur bei Aufenthaltnahme in Deutschland pensionsberechtigt war. Die Borns bauten sich deshalb für ihren Lebensabend in sentimentaler Zuneigung ein Haus in Bad Pyrmont, wo sie sich einst in ferner Vergangenheit verlobt hatten. Nichtsdestotrotz zogen sie sich wegen ihrer Rückkehr in das „Land der Massenmörder“ den Zorn ihres in den USA lebenden Freundes Albert Einstein zu. Dass der Weltfriede im Atomwaffenzeitalter keine Utopie mehr sei, sondern eine existenzielle Notwendigkeit zum Überleben der Menschheit darstelle<sup>417</sup> – darin fand Born eine Maxime, die er in den 1950er und 1960er Jahren

---

415 Zitiert nach Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a8.htm> [eingesehen am 08.11.2007].

416 Vgl. zum Folgenden Born/Born 1969, S. 61 f.; Schirrmacher 2005, S. 11; Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a7.htm> u. <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

417 Vgl. Born/Born 1969, S. 191.

bis zu seinem Tod 1970 öffentlich propagieren konnte. Philosophische Schlussfolgerungen aus den Errungenschaften der Physik waren nunmehr ein Arbeitsfeld, auf dem sich der naturwissenschaftliche Doyen Born rege betätigen konnte: Darunter fielen „vor allem die Atombombe, aber auch andere krankhafte Symptome unseres technischen Zeitalters, wie die Raketenforschung, die Weltraumfahrt, die Überbevölkerung usw.“<sup>418</sup>.

Ähnlich war dies bei Max v. Laue der Fall, der bereits zum Kriegsende die „Hauptaufgabe für den Rest meines Lebens“ in dem „geistigen Wiederaufbau Deutschlands“ erblickte, für den er all sein Sympathiekapital – seine Popularität unter Kollegen in anderen Ländern – mobilisieren wollte.<sup>419</sup> Wie Born konnte auch v. Laue aus seiner Vergangenheit moralische Authentizität schöpfen, galt er doch infolge seines systemoppositionellen Verhaltens während des „Dritten Reichs“ als „resolute champion of freedom“, habe er sich als „Ritter ohne Furcht und Tadel“ betragen.<sup>420</sup> Dass er sich nach der „Machtergreifung“ aus dem Wissenschaftsbetrieb demonstrativ zurückgezogen hatte, trug ihm sogar die Bewunderung Albert Einsteins ein, der vor dem Hintergrund der Hitler-Diktatur normalerweise nicht mehr viel von jenen Kollegen und Weggefährten hielt, die in Deutschland geblieben waren. Kurzum: Für die „Senioren“ v. Laue und Born war die Teilnahme an der Aktion der Göttinger Erklärung in ihren späten Lebensjahren noch einmal eine große Sache gewesen, eine biografische Bereicherung der persönlichen Vita, die nun langsam zu ihrem Abschluss kam, wie auch eine sinnstiftende, die Alltagsbewältigung ermunternde Beschäftigung.

### 3.7 DIE GÖTTINGER ACHTZEHN: EINE BLOCKIERTE ELITE

#### 3.7.1 Ernüchterung nach der Selbstüberschätzung

Ein weiteres Motiv des politischen Manifestierens der Achtzehn ist in dem Zustand des westdeutschen Nuklearforschungsbereichs zu sehen. Die Forschungsverhältnisse waren in Westdeutschland anfangs nicht nur im Vergleich zum Ausland miserabel, sondern vor allem kontrastierten sie auch stark zu früheren Zei-

---

418 Ebd., S. 61.

419 Zitiert nach Sime 2004, S. 29.

420 Zitiert nach Hildebrandt, Gerhard: Max von Laue, der „Ritter ohne Furcht und Tadel“, in: Treue, Wilhelm/ders. (Hg.): Berlinische Lebensbilder, Bd. 1 Naturwissenschaftler, Berlin 1987, S. 223-244, hier S. 235.

ten. Göttingen war in den 1920er und 1930er Jahren das wissenschaftliche „Weltzentrum“, ein „Mekka“ der Physikforschung gewesen – sowohl der „Vater der Atombombe“ J. Robert Oppenheimer als auch der „Vater der Wasserstoffbombe“ Edward Teller hatten in Göttingen ihr Handwerk gelernt – maßgebliche wie bahnbrechende Entwicklungen und Entdeckungen des Fachs schienen sich unweigerlich in der südniedersächsischen Universitätsstadt zu ereignen.<sup>421</sup> Liest man die Darstellungen über, vor allem aber die Erinnerungen an diese Zeit, kann man die starke Sentimentalität nachvollziehen, mit der die meisten der Göttinger Achtzehn auf sie zurückblickten. Selbst wenn man die Neigung, die Vergangenheit zu verklären, einrechnet, muss es sich um eine rasante, unvergessliche Zeit gehandelt haben. In der Göttinger Denkfabrik tummelten sich wie selbstverständlich die begabtesten Nachwuchsforscher aller Kontinente, ohne Rücksicht auf akademische Rangunterschiede entfalteten sich lebhaft Diskussionen und die dort formulierten Hypothesen fanden in der ganzen Welt bevorzugte Aufmerksamkeit. Heinz Maier-Leibnitz etwa empfand es als eine „große Zeit der Naturwissenschaften“, in der jeder „mit dem, was er machte, in der Welt allein, der erste oder führend“ gewesen war.<sup>422</sup> In dieser schillernden, beinahe märchenhaft anmutenden Ära wurden schlichtweg die aufregendsten Entdeckungen gemacht. Göttinger Forscher waren wegweisend, im Jargon heutiger Universitätsreformer würde man sagen: exzellent. Vergleichbares spielte sich auch in Berlin ab, wo Albert Einstein und Max Planck forschten, oder in Leipzig, nachdem Werner Heisenberg dort eine Professur angetreten hatte. Kurzum: In deutschen Universitätsstädten fand sich die Elite der Kernphysik ein, von dort kommende Publikationen definierten den Forschungsstand und dort ausgebildetes Personal war quasi automatisch renommiert.

Nach 1945 war dies beinahe diametral anders: Karge Institute, auswandernde, ja flüchtende Nachwuchs- ebenso wie aus der Emigration nicht mehr zurückkehrende Spitzenforscher bestimmten die Szenerie und bildeten eine ernüchternde Vergleichsgrundlage. Ein für die Wissenschaftselite attraktiver Tummelplatz wie vor dem Zweiten Weltkrieg waren die deutschen Forschungszentren – insbesondere Göttingen – nun jedenfalls nicht mehr.<sup>423</sup> Im Gegenteil, die Faszination ambitionierter Jungwissenschaftler galt von nun an den ausländischen Großfor-

---

421 Vgl. Leithäuser 1957, S. 34 ff.

422 Maier-Leibnitz: Wirkung 1983, S. 10.

423 Vgl. Jordan, Pascual: Begegnungen mit Werner Heisenberg, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 235-239, hier S. 236.

schungsanstalten, besonders denjenigen in den USA. Dort waren binnen kürzester Zeit im Zuge des militärischen „Manhattan“-Projekts zum Bau der Atom-bombe hochmoderne Großforschungsanlagen wie das „Argonne National Laboratory“, das „Oak Ridge National Laboratory“ oder das „Los Alamos Scientific Laboratory“ entstanden.<sup>424</sup> Deutschland hatte nichts dergleichen zu bieten und war in dieser Beziehung völlig unterausgestattet – sowohl was technische Geräte und Anlagen als auch Rohstoffe anbelangte. Für die ersten Gehversuche eines westdeutschen Reaktorentwicklungsprogramms veranschlagte Karl Wirtz im Jahr 1956 rund 250 Millionen Mark, die gesamten öffentlichen Zuwendungen von Bund und Ländern maßen in jenem Jahr aber gerade einmal 20,5 Millionen Mark.<sup>425</sup> Drastisch ausgedrückt, gehörte die Bundesrepublik im Kosmos der Atomforschung zu den „Dritte Welt“-Ländern. Dies war der sichtbare Ausdruck einer widerfahrenen Deklassierung, welche die deutschen Forscher nach dem Krieg während ihrer zweifellos frustrierenden Besuche in den USA in Gestalt besagter Forschungszentren bestaunen durften. Die monumentalen Infrastrukturen in den Vereinigten Staaten und die Erinnerung an glorreiche Zeiten in Göttingen bildeten die Kontrastfolie, mit welcher die westdeutschen Nuklearforscher ihre Gegenwart bewerteten. Bis Hightech-Gerätschaften die Laborräume deutscher Atomwissenschaftler zieren würden, sollten allerdings noch etliche Jahre verstreichen. Und darauf waren Heisenberg und seine Kollegen nicht vorbereitet. Vor der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs hatte man sich in den deutschen Forschungsstätten die Zukunft noch ganz anders ausgemalt – sich weiterhin selbstbewusst der Weltelite zugerechnet. In den 1950er Jahren stießen dadurch gleichgebliebene, wenn nicht gar gestiegene Ambitionen auf deutlich verminderte Voraussetzungen.

Die Verhöre nach ihrer Gefangennahme hatten die Physiker noch in voller Überzeugung ihres überlegenen Wissens bereitwillig über sich ergehen lassen. Denn in ihrer englischen Internierungsvilla in Farm Hall verbrachten sie die ersten Monate im unbeirrten Glauben, mit dem deutschen Reaktorprojekt eines „Uranbrenners“ den US-Amerikanern technologisch weit voraus zu sein. Den Briten legten sie nicht ohne Stolz bereitwillig ihr technisches Know-how dar,

---

424 Vgl. Jordan, Hermann L.: Großforschung in der BRD – Probleme der Institutionalisierung. Mobilität und Kontrolle, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 179-200, hier S. 182.

425 Vgl. Wirtz 1956, S. 252 f.; o.V.: Staatliche Atomausgaben seit 1956, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 7 (1962) H. 12, S. 597-600, hier S. 597.

glaubten sie doch – etwas eitel, etwas naiv – durch die Preisgabe ihres Wissensreservoirs gegenüber den westlichen Siegermächten nach dem Krieg wissenschaftlich besonders attraktiv und begehrenswert zu erscheinen.<sup>426</sup> Doch nichts dergleichen geschah. Zwar hatten die Alliierten tatsächlich gefürchtet, die deutschen Atomwissenschaftler verfügten über wertvolle Erkenntnisse, jedoch hatten diese ja an der Bombe überhaupt nicht systematisch gearbeitet und einen funktionierenden Reaktor gar nicht erst zustande bekommen. Und die vielleicht wirklich nützlichen Erfahrungen in der Reaktorentwicklung wurden nicht für wertvoll erachtet und gingen aufgrund der alliierten Priorität gegenüber dem Atomwaffenprojekt unter. Nach Farm Hall hatte man die deutschen Nuklearforscher lediglich für die Dauer eines halben Jahres verbracht, um sie abzuhören, vor dem Zugriff der atomtechnologisch noch weniger weit als die USA fortgeschrittenen Sowjets zu schützen und mit ihnen vertraulich wissenschaftsorganisatorische Leitlinien für die Nachkriegszeit zu erörtern.<sup>427</sup>

Endgültig realisierten dies die deutschen Atomphysiker in den Tagen und Wochen nach dem 6. August 1945. Der Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima konsternierte die in Farm Hall einsitzende Wissenschaftlergruppe zutiefst. In jener Zeit wurden sie sich auch ihrer Mittelmäßigkeit und Abgeschlagenheit vollauf bewusst. Dieses, in aufgewühlten Diskussionen und provisorischen Eigenberechnungen reflektierte, Ereignis führte ihnen den neuen Spitzenrang der US-amerikanischen Kernforschung rabiat vor Augen und zeigte, dass sie eben nicht die einzigartigen Träger kernphysikalischer Geheimnisse waren, für die sie sich bis dahin gehalten hatten.<sup>428</sup> Angesichts der vorherigen Selbsteinschätzung musste die anschließende Ernüchterung umso heftiger ausfallen. Das Physiker-genie Heisenberg, der Wissenschaftsorganisator Gerlach und ihre Kollegen mussten eine aus ihrer Sicht niederschlagende Bilanz ziehen: Der einstige Status kernphysikalischer Elite von Weltrang war infolge des Zweiten Weltkriegs und „Dritten Reichs“ vollständig verloren gegangen.

Doch eben dieser Status war ihnen noch immer von großer Bedeutung und sehr begehrenswert. Besonders deutlich konnte man dies anhand von Walther Gerlach beobachten. Gerlach war neben Hahn derjenige, den der Bericht von dem US-amerikanischen Atombombenabwurf über Hiroshima am stärksten emotional erschütterte und dessen Aussagen am ehesten auf ein Bedauern der deutschen Niederlage, zumindest der bedingungslosen Kapitulation hindeuten.<sup>429</sup>

---

426 Vgl. Walker 1993, S. 537 f.; v. Weizsäcker 1993, S. 332 f.

427 Vgl. Hoffmann 1993, S. 45; Lindner 2002, S. 115; Oexle 2003, S. 33.

428 Vgl. Hoffmann 1993, S. 35; Walker 1993, S. 525-530.

429 Vgl. zu diesem Abs. Walker 1993, S. 532-538.

Dies allerdings weniger im Hinblick auf die Myriaden an Toten, die Auslöschung einer ganzen Metropole oder gar den Untergang des nationalsozialistischen Regimes – obschon Gerlach die Schrecknisse dieser nuklearen Massenvernichtungswaffe keineswegs befürwortete. Vielmehr fasste er das Ereignis als einen unabweisbaren Ausdruck der wissenschaftlichen Unterlegenheit auf, der erwiesenen Inkompetenz deutscher Atomforschung. Alle Mühen, die er sich in den Jahren zuvor gemacht hatte, schienen mit einem Schlag vergeblich gewesen zu sein. Denn wäre es nach Gerlach gegangen, so hätte man wohl die technologische Exklusivität, die man mit einem funktionierenden Uranreaktor gewonnen hätte, als Unterpfand in Friedensverhandlungen mit den Alliierten eingesetzt, um günstige Bedingungen für einen Waffenstillstand aushandeln zu können. Gerlach zeigte hier durchaus nationalistische Züge und empfand das erfolgreiche Nuklearprojekt der US-amerikanischen Forschungsstätten als eine persönliche Niederlage, möglicherweise auch als eine der gesamten deutschen Nation. Von Laue verglich Gerlachs Reaktion mit der eines „geschlagene[n] Feldherr[n]“<sup>430</sup>. Man hatte eben im Dienste des Staats wie auch im Selbstanspruch, superbe Leistung abzuliefern, versagt. Diese Arbeitsbilanz, so empfand wohl Gerlach, entsprach schlichtweg nicht dem erstrebten Rangplatz und der Würde deutscher Wissenschaft, die ja über etliche Jahrzehnte gerade in der Atomforschung durchgehend im Weltklassement angetreten war.

Die meisten der späteren Achtzehn mussten jedenfalls auf schockierende Weise erfahren, dass ihre einstige Elitezugehörigkeit mit dem Jahr 1945 perdu war. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Atomwissenschaft aus deutschen Laboratorien und Denkstuben erstmals nicht mehr mit der Weltspitze gleichzusetzen. Dies zeitigte merkbliche Folgen. Auf internationalen Konferenzen unterhielt man sich nicht mehr auf Deutsch, sondern Englisch war zur kosmopolitischen Gelehrtensprache aufgestiegen.<sup>431</sup> Auf der weltweit ersten Atomkonferenz in Genf im Jahr 1955 kamen von insgesamt 1400 Teilnehmern allein fünfhundert aus den Vereinigten Staaten. Unter einigen dort zu besichtigenden Porträts von Atompionieren fehlte das Bildnis Otto Hahns – obwohl dieser doch aufgrund seiner Bedeutung für die Nuklearforschung eigentlich hätte dazugehören müssen –, viele Anwesende erkannten den ebenfalls angereisten Entdecker der Kernspaltung nicht einmal.

---

430 Brief Max v. Laue an Theodor v. Laue vom 07.08.1945, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 187, S. 122.

431 Vgl. Hermann, Armin: Chefsache Kernkraft, in: Berliner Zeitung, 04.05.2005.

### 3.7.2 Verdrießlicher Aufstiegsdrang

Entscheidend für das Verständnis persönlicher Beweggründe innerhalb der Manifestantenschaft ist jedoch die Tatsache, dass sich kaum einer der Nuklearphysiker mit dieser Situation abfinden wollte, dass sie den neuen Status nicht akzeptierten und gegen ihren Bedeutungsverlust ankämpften. Dem Abstieg zum Trotz, hielten sich nicht wenige der deutschen Kernforscher aufgrund ihres nunmehr brachliegenden Leistungspotenzials immer noch zur Zugehörigkeit einer atomwissenschaftlichen Weltelite berechtigt, begriffen die meisten diesen Zustand als nur von temporärer Dauer und als untragbar; sie drängten darauf, ihn möglichst umgehend zu überwinden. Zwar nicht mehr auf dem neuesten Erkenntnisstand, würde es ihrer Auffassung nach doch rein vom intellektuellen Leistungsvermögen kein Problem darstellen, in Zukunft wieder Anschluss an die Weltliga der Atomphysik zu finden und wissenschaftliche Konkurrenzfähigkeit auf Spitzenebene zurückzuerlangen. Noch in Farm Hall glaubten die internierten Repräsentanten der deutschen Kernforschungselite, mit ihrem Wissen über Uranreaktoren, an denen sie immerhin gute vier Jahre intensiv gearbeitet hatten, mit den USA oder Großbritannien in ein Verhältnis der beiderseits gewinnbringenden Zusammenarbeit treten zu können.<sup>432</sup> Im Angesicht eines völlig zerrütteten Deutschlands erblickte man die Zukunft in internationalen Forschungszusammenhängen, in denen man sich mit dem bereits erlangten Wissen leicht an führender Stelle zu positionieren hoffte. So dachte vor allem Werner Heisenberg, der sich für die Nachkriegsjahre eben dies – die Rückkehr zu wissenschaftlicher Relevanz und in die globale Beletage kernphysikalischer Forschung – zum visionären, energisch zu verfolgenden Ziel setzte. In diesem Antrieb spiegelt sich eine Mentalität wider, die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ohne Einfluss auf die Manifestantenschaft blieb.

Doch zunächst: Die infrastrukturelle und materielle Lage der deutschen Nuklearwissenschaft war nach dem Krieg katastrophal.<sup>433</sup> Sicherlich, bereits nach dem Ersten Weltkrieg waren die deutschen Naturwissenschaften in eine Krise geraten, hatten es ihre ausländischen Kollegen häufig besser. Doch damals hat-

---

432 Vgl. Walker 1993, S. 538 f.

433 Vgl. zu diesem Abs. Hahn Otto: Die Max-Planck-Gesellschaft, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.03.1948; Fünfer, Ewald: Eine abenteuerliche Aufgabe, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 57 ff.; Lehr 1981, S. 59 u. S. 72; Maier-Leibnitz, Heinz: An der Grenze zum Neuen. Rollenverteilung zwischen Forschern und Politikern in der Gesellschaft, Zürich 1977, S. 10; Schirmacher 2005, S. 6; Stamm 1981, S. 41 ff.; Zierold 1968, S. 276.



ten wenigstens nicht die Institutsgebäude und Hörsäle in Trümmern gelegen, waren viele Unterlagen nicht den gefräßigen Flammen des Kriegsgeschehens zum Opfer gefallen. Die Situation nahm sich aus Sicht der Universitäten 1945 also deutlich schlimmer aus als 1918/19. Ein Bericht des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums aus dem Jahr 1949 ist hierfür exemplarisch: Er nannte die Zerstörung von Institutsgebäuden und Bibliotheken, die Plünderung von Forschungseinrichtungen, Zerstreuung des Personals, Einengung der Forschungsfreiheit durch Besatzungsrichtlinien und Abkopplung vom internationalen Forschungsstand infolge des Kriegs als die gewichtigsten Verheerungen. Die Kaiser-Wilhelm-Institute, in denen Heisenberg und Hahn über viele Jahre ihre Forschung verrichtet und sich internationale Bewunderung erworben hatten, waren im Vergleich zu anderen Wissenschaftseinrichtungen von den anfänglichen Erschwernissen der Besatzungszeit darüber hinaus außerordentlich stark betroffen. Auf sie hatten die Besatzungsmächte ein ganz besonderes Augenmerk gelegt. Die Übernahme eines Lehrstuhls kam in den Nachkriegsjahren daher einer abenteuerlichen Aufgabe gleich: Viele Studenten überschwemmten eine geringe Anzahl überforderten Personals, Etats für eigenständige Forschung existierten praktisch nicht, ihre Apparate mussten die Wissenschaftler mit einiger Improvisationskunst eigenhändig basteln – wie es überhaupt überall und allzeit zu sparen galt. Vor allem fürchteten die Wissenschaftsorganisatoren, dass jede ansatzweise talentierte Nachwuchskraft ob dieser desolaten Verhältnisse bei der ersten Gelegenheit die Flucht ins Ausland antreten würde.<sup>434</sup>

Denn ohne Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten waren qualifizierte Naturwissenschaftler begreiflicherweise nun einmal nicht zu halten. Dass die begabtesten und klügsten Köpfe aus den Hörsälen westdeutscher Universitäten in Scharen ins Ausland flüchten würden, war für die Institutsleiter seinerzeit ein allgegenwärtiges Horrorszenario. Und andersherum wollten auch die nationalsozialistisch aus Deutschland vertriebenen Forscher nicht mehr in ihr zerrüttetes, obendrein noch wenig bußfertiges Vaterland heimkehren. Der inzwischen in den USA lebende Albert Einstein dachte keine Sekunde daran, in das „Land der Massenmörder“ zurückzukehren, wie er bekannte, und auch Max Born plante eigentlich, für den Rest seines Lebens auf der britischen Insel zu verweilen. Dies war auch mehr als verständlich, hätten sie doch neben all den infolge des NS-Regimes erlittenen Dingen in Westdeutschland überdies noch eine völlig derangierte, fachlich mittlerweile in die Zweit- bis Drittklassigkeit abgeglittene Forschung angetroffen; in ihren neuen Aufenthaltsorten – besonders natürlich in den USA – besaßen sie dagegen komfortable Lehrstühle, bestens ausgestattete Insti-

---

434 Vgl. beispielhaft Haxel 1953, S. 20 f. u. S. 28 f.

tute und lukrative Beraterverträge. Für die Emigrierten gab es schlechterdings keinen vernünftigen Grund, nach Deutschland zurückzugehen. Für ranghohe Kapazitäten wie Heisenberg bedeutete all dies freilich einen schmerzlichen Statusverlust und eine Beeinträchtigung des Forschungsbetriebs. In den späten 1920er Jahren noch war er ein magnetischer Anziehungspunkt hochtalentierter Nachwuchsphysiker gewesen, mit denen sich eine neue Generation fachlicher Forschungselite hätte aufbauen lassen können.<sup>435</sup> Nach 1945 wurden die ehemals als Pilgerstätten hochfrequentierten Sitze atomphysikalischer Lehrstühle und Zentren, wie bspw. Göttingen, allerdings sorgsam gemieden. Den – prinzipiell gutgeheißenen – Austausch von Forschungspersonal beklagte Hahn wohl zutreffend als „Einbahnstraße“<sup>436</sup> – viele gingen ins Ausland, wenige kamen in die Bundesrepublik.

Man muss es sich noch einmal vergegenwärtigen: Bis zum Mai 1945, noch in den allerletzten Kriegstagen, forschte Heisenberg mit seinen Leuten in höchster Intensität und fiebrigem Elan an der komplizierten Reaktortechnik, mühte sich inmitten der hastigen Kriegswirren ab, den „Uranbrenner“ endlich anzuwerfen. Auch wenn der italienische Emigrant Enrico Fermi den ersten funktionierenden Reaktor bereits Jahre zuvor, 1942 in Chicago, zum Laufen gebracht hatte, befand sich die Kernreaktortechnologie 1945 noch in einem embryonalen Stadium. Vor einem solchen Hintergrund hatte Heisenbergs Team folglich ultimative Spitzenforschung betrieben und die Chance besessen, epochemachende Taten zu vollbringen. Doch die Verhaftung durch das ALSOS-Kommando, das im Auftrag der US-Armee Deutschland nach den mutmaßlich an einer Bombe werkeln den deutschen Atomwissenschaftlern durchkämmte, und der anschließenden Odyssee in britischem Gewahrsam wurde dieser kernphysikalische Parforceritt jäh unterbrochen, ging bereits vor der bundesrepublikanischen Staatsgründung über ein Jahr an Forschungstätigkeit verloren. Und als die führenden Mitglieder des Uranvereins anschließend wieder nach Westdeutschland zurückgekehrt waren, unterlag die Kernforschung – zumal angewendete – inzwischen einem strikten besatzungsstatutarischen Tabu. Das jahrelange Warten auf eine Lockerung dieser Restriktionen resultierte dann zu allem Überduss – zugespitzt – in einer abwartenden Passivität der Bundesregierung, die wichtige Schritte verzögerte und demgegenüber lieber andere Bereiche wie das Militär mit größerer Entschiedenheit förderte. Etliche Jahre fulminant betriebene Hightech-Forschung

---

435 Vgl. Burdick, Charles B.: Werner Heisenberg und die Politik, in: Pfeiffer, Heinrich (Hg.): Denken und Umdenken. Zu Werk und Wirkung von Werner Heisenberg, München/Zürich 1977, S. 197-213, hier S. 201.

436 Hahn 1975, S. 203.

war plötzlich zum Erliegen gekommen. Und die Bundesregierung schien dies nicht weiter zu bekümmern. Insgesamt handelte es sich also um einen „Bruch in den gewohnten Alltagsroutinen“, sodass „die vertrauten sozialen Beziehungen und Sanktionen, die die Individuen an den Status quo gebunden hatten, erheblichen Belastungen ausgesetzt waren und neu geschaffen werden mussten“; Raschke bezeichnet dies als problematische „Deroutinisierung des Alltagslebens“.<sup>437</sup>

Für die in Deutschland ansässigen Atomforscher war dies mehr als bitter. Und die meisten von ihnen sahen kein Entrinnen. Für viele von ihnen war der Weg ins Ausland aufgrund ihrer Vergangenheit versperrt. Hahn und Heisenberg hatten sich schon vor 1939 für den Verbleib in ihrer indessen nationalsozialistisch unterwanderten Heimat entschieden, waren nicht aus politischen Gründen in die Emigration gegangen, was ihnen viel Kritik von Kollegen einbrachte. Um sich nun in einer geschwächten Position keinen Opportunismusvorwürfen aussetzen, mussten sie auch in der beschriebenen Situation erschwerter Forschungsverhältnisse standhaft in ihrem Heimatland bleiben.<sup>438</sup> Man muss nicht viel Fantasie aufbringen, um sich den Missmut von Nobel-Laureaten und anerkannten Koryphäen vom Kaliber Heisenbergs ob dieses allgemeinen Zustands der Improvisation, des Darbens und der Einengung wie auch Blockierung im wissenschaftlichen Fortkommen vorstellen zu können. Ruf und Autorität der deutschen Atomphysiker basierten nach dem Krieg zunächst nur noch auf Leistungen aus einer fernen Vergangenheit, nun galt es auch durch zukünftige Erfolge weltweit wieder Gehör und Anerkennung zu finden.

Doch die materielle Lage der deutschen Nuklearwissenschaft gestattete dies in den Nachkriegsjahren beileibe nicht. Dadurch herrschte eine enorme Diskrepanz zwischen Bedürfnissen und realen Verhältnissen. Abstrakte Konstrukte wie die Rangstellung, der Stolz und die fachliche Klasse drücken sich aber für gewöhnlich auch in dem Qualitätsgrad der infrastrukturellen Ausstattung der Institute, der Höhe der staatlich zugewiesenen Budgets oder der zuerkannten Aufmerksamkeit und Wertschätzung seitens gouvernementaler Institutionen aus. Die vorgefundene Realität fiel für die Kernphysiker jedoch nicht nur in dieser Hinsicht deprimierend aus, sondern auch im Hinblick auf die sich bietenden Möglichkeiten, an internationale Entwicklungsbewegungen Anschluss finden und selbst wieder Trendsetter werden zu können.

Und etliche der Achtzehn hatten, im Gegensatz etwa zu den Altmeistern Born und v. Laue, noch viel vor. Für den Typus des in den 1950er Jahren auf-

---

437 Zitiert nach Raschke 1988, S. 365.

438 Vgl. Stamm 1981, S. 46.

wärtsorientierten Atomwissenschaftlers, dessen Forschergemüt karrieristisch noch lange nicht saturiert war, steht beispielhaft Werner Heisenberg. Heisenberg war früh als genialer Kopf aufgefallen, hatte sich binnen kürzester Zeit in der kernphysikalischen Weltelite etabliert und noch in akademisch außergewöhnlich jungen Jahren den begehrten Nobelpreis verliehen bekommen.<sup>439</sup> Zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik maß sein Lebensalter noch keine fünfzig Jahre, von allen miteinander rivalisierenden Forschungsteams hatte seines in den letzten Kriegstagen dem kritischen, Energie erzeugenden, Reaktor am nahesten gestanden. Heisenberg konnte seine Zukunft folglich äußerst ambitioniert in der Gründung eines kernphysikalischen Großforschungszentrums nach den Vorbildern in den Vereinigten Staaten sehen, mit dem er den Zugang zur Weltelite erhalten wollte.<sup>440</sup> Dies war die Vision, die er für sich und seine Kollegen wissenschaftsorganisatorisch verwirklichen wollte.

Was bei ausreichender staatlicher Unterstützung alles möglich war, erfuhren die deutschen Kernphysiker spätestens auf der internationalen Atomenergiekonferenz in Genf 1955.<sup>441</sup> Diese von der UN veranstaltete Zusammenkunft währte vom 8. bis 20. August und bot 72 Teilnehmerstaaten aus beiden Machtblöcken, einschließlich derer Exponenten USA und UdSSR, mit weit über 1000 Personen auf. Erstmalig erhielten Besucher Einblick in den bis dahin energisch geheim gehaltenen Forschungsstand der drei Atommächte USA, UK und UdSSR. Durch die Konferenz entstand in der Bundesrepublik nun auch eine Öffentlichkeit für die zivile Nutzung. Das für damalige Verhältnisse eindrucksvolle Event hinterließ bei den westdeutschen Atomwissenschaftlern allerdings eine nachhaltige Schockwirkung.<sup>442</sup> Man konnte sich nun des eigenen Hintertreffens zweifelsfrei versichert sein. Umso stärker und drängender erwuchsen jetzt konkrete Erwartungen an den Staat, endlich Abhilfe zu schaffen. Die von den deutschen Forschern begehrte Aufwärtsmobilität ist hier im Vergleich mit Kollegen anderer Nationen zu begreifen. Der Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft sprach stellvertretend für die Atomwissenschaftler, wenn er im Anschluss an die Genfer Konferenz vom Staat die sofortige Bildung einer Atomenergiekommission, die

---

439 Vgl. im Folgenden auch Kap. 3.8.1 in dieser Arbeit.

440 Vgl. auch Walker 1993, S. 538 f.

441 Zur Konferenz vgl. allgemein Fischer 1994, S. 232-235.

442 Vgl. Haxel, Otto: Die Entwicklung der Physik und ihre Randbedingungen in der BRD 1945-1956, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 31-56, hier S. 46; Hermann 1997, S. 104.

Schaffung eines „Bundesbeauftragten für Kernenergie“, die Verabschiedung eines Atomenergiegesetzes, eine vereinfachte Mittelbeantragung, bundesweit die Einrichtung neuer Lehrstühle für sämtliche Fragen der Kernenergie an den Hochschulen und die Beschaffung von kleineren Versuchsreaktoren für Universitäten sowie von ausreichend Uran forderte.<sup>443</sup> In der deutschen Delegation war man sich einig, dass „die Bundesregierung nicht zögern darf, auch bei uns die Entwicklung in entscheidender Weise zu fördern“.<sup>444</sup>

Das Karrierebedürfnis unterschied sich zwischen den Manifestanten z.T. beträchtlich. Heisenberg stand sogar noch am besten da: Er hatte in seiner Forscherlaufbahn bereits viel erreicht, doch nicht wenige Manifestanten strebten zum Zeitpunkt der Genfer Konferenz noch nach Höherem, wollten Statusgewinn und Möglichkeiten zum Leistungsbeweis, standen häufig noch am Anfang ihrer Professorenlaufbahn. Viele der Göttinger Achtzehn befanden sich in den 1950er Jahren noch inmitten ihrer Karriere, hatten noch etliche Berufsjahre vor sich und waren zum großen Teil hochambitioniert und profilierungsgewillt. Neben Werner Heisenberg, der im Bereich seiner persönlichen Forschung hauptsächlich mit Zahlenmaterial arbeitete, waren unter ihnen vor allem Experimentalphysiker, die für ihre Forschungsvorhaben teure Hightech-Gerätschaften und große Institutsräume benötigten. Es waren dies Rudolf Fleischmann, Otto Haxel, Heinz-Maier Leibnitz, Wolfgang Paul, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher und Karl Wirtz – sie alle forschten noch intensiv und befanden sich im Alter von 43 bis 55 Jahren. Ihren karrieristischen Höhepunkt erreichten sie erst nach den 1950er Jahren. Paul etwa erhielt 1989 den Nobelpreis.

Doch der Staat – besonders richtete sich die Erwartungshaltung der Physiker in diesem Fall an die Regierung Adenauer – war nicht in der Lage, den aufstrebenden Wissenschaftlern adäquate Möglichkeiten in Form von finanzieller Förderung und politischer Betreuung bereitzustellen, enttäuschte die in ihn gesetzten Erwartungen. Als die Genfer Konferenz den Handlungszwang offenbarte, war sich die Bundesregierung noch nicht einmal über die ministerielle Zuständigkeit einig, beschäftigte sie sich vornehmlich mit bürokratisch-institutionellen Problemen von politischer Macht- und Kompetenzverteilung – vergeudete also in den Augen der meisten der späteren Manifestanten kostbare Zeit.<sup>445</sup> Den Naturwissenschaftlern, die aus ihrem Berufsalltag exakte Messungen und vorhersehbare Abläufe gewohnt waren, fielen dabei vor allem die Eigenheiten der Politik ins Auge: Verschiedene Ministerien lagen im Clinch miteinander, eilige Beschlüsse

---

443 Vgl. Telschow 1955, S. 199-204.

444 Wirtz 1955, S. 211.

445 Vgl. Fischer 1994, S. 242 f.

ließen auf sich warten und dringliche Handlungen wurden nicht ausgeführt. Das politische Engagement wurde von sachfremden Angelegenheiten absorbiert. Zwar nahm das Atomministerium sofort nach seiner Gründung die ihm obliegende Förderungstätigkeit auf,<sup>446</sup> doch mit der Anschaffung von einigen Massen- und Kernresonanzspektrometern, welche die prähistorischen Gerätschaften in den Forschungseinrichtungen endlich zeitgemäß ersetzen sollten, war es aus Sicht der Wissenschaftler noch lange nicht getan.

Für jenen Forschungsbetrieb, der Heisenberg und seinen Kollegen vorschwebte, mussten um einiges kostspieligere Anlagen angeschafft, ganz andere Maßnahmen gestemmt werden. Wetterballons und einige klassische Laboreinrichtungen reichten nicht mehr aus, im Atomzeitalter benötigte man für die Erbringung von wissenschaftlichen Spitzenleistungen weit aufwändigere Apparaturen wie Teilchenbeschleuniger und Zyklotrone, deren Kosten im Normalfall einige Millionen Mark verschlangen.<sup>447</sup> Noch dazu wurden diese Gerätschaften teuerster Art an sämtlichen Forschungsstandorten benötigt, die man aufrecht erhalten wollte, da sie gewissermaßen zum Standardrepertoire einer nuklearwissenschaftlichen Anstalt moderner Provenienz zählten. Die Zeiten hatten sich eben dramatisch geändert; die Pionierphase, in der man mit vergleichsweise unkomplizierten Apparaturen hantierte und Strahlenschutzmaßnahmen für unnötig hielt, war lange vorüber. Dass man strahlungsintensive Uransalze einfach unter dem Schreibtisch lagerte, an dem man tagsüber stundenlang seine Berechnungen anstellte; dass die Laboranten ihre hochgiftigen Versuchsstoffe noch aus dem Einzelhandel beim Krämer um die Ecke bezogen; dass man Neutronenversuche im laboreigenen Goldfischteich durchführte oder dass sich die Sicherheitsvorkehrungen auf das Bereithalten eines Feuerlöschers beschränkten<sup>448</sup> – dies alles besaß alchemistische Züge und war mittlerweile schier undenkbar geworden. Dass der erste funktionierende Uranmeiler im Dezember 1942 in einer Halle unterhalb der Tribünen des Chicagoer Universitätsstadions mit abenteuerlichen Schutzvorrichtungen unter enormem Risiko für die Anwesenden angeworfen worden war,<sup>449</sup> mutete bereits ein Jahrzehnt darauf völlig skurril und merkwürdig

---

446 Vgl. Lehr 1981, S. 72.

447 Vgl. Gerlach, Walther: Über die Kosten der modernen naturwissenschaftlichen Forschung, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft 1956, S. 23-32, hier S. 28 ff.; Hermann 1982, S. 211.

448 Vgl. dazu Koch, Klaus: Der Tod der Pioniere, in: Süddeutsche Zeitung, 26./27.07.2008; Fischer, Ernst Peter: Werner Heisenberg. Das selbstvergessene Genie, München/Zürich 2002, S. 152.

449 Vgl. Herbig 1976, S. 170 f.

anachronistisch an. Doch zunächst befanden sich die westdeutschen Kernphysiker im Vergleich mit ihren ausländischen Kollegen eine ganze Zeitlang näher an 1942 als 1955.

### 3.7.3 Nuklearphysiker und Statusproblematik

Die dargebotene gouvernementale Vorstellung der Bundesregierung, die politische Performanz Adenauers und seiner Minister, genügte den Ansprüchen der Atomwissenschaftler nicht im Geringsten und ließ die erwünschten Resultate vermissen. Demgegenüber das Ausland: Dort schienen die atompolitisch ergriffenen Maßnahmen zu florieren und das nationale Forschungsniveau in immer fernere Gefilde ziehen zu lassen. Für den Entstehungszusammenhang der Göttinger Erklärung ist dies nicht unbedeutend. Die Aktivisten des professoralen Protests vom April 1957 waren Angehörige einer karrieristisch blockierten Gesellschaftsgruppe. Nicht nur das: Einige von ihnen, wie Werner Heisenberg, litten unter einer schweren Statusdiskrepanz. Sie waren Träger von Eliteauszeichnungen, denen aber in der Wirklichkeit des Alltags keine angemessenen Forschungsbedingungen gegenüberstanden, die ihrem Leistungspotenzial und ihrer Reputation entsprochen hätten. Einst in der Beletage thronend, wollten sie nach einem – in diesem Fall durch den Zweiten Weltkrieg und die ruinösen Jahre der NS-Herrschaft erfolgten – Absturz wieder dorthin zurückfinden. Zudem schien der Staat allem Anschein nach über die finanziellen Mittel hierfür zu verfügen. Der Juliusturm war so etwas wie der weithin sichtbare Beweis für einen reichlich vorhandenen, jedoch unbegreiflicherweise zurückgehaltenen Geldbestand. Dieses staatliche Vermögensaufkommen war in den Plänen der Regierung jedoch für einen anderen, mit der friedlichen Atomforschung deshalb in Konkurrenz stehenden Bereich – das Militär – reserviert.

Für die Entstehung gesellschaftlichen Protests sind diese Faktoren alles andere als unerheblich, sondern im Gegenteil sogar konstitutiv: „Starke Protestgefühle werden [...] bei denjenigen Gruppen geweckt, die einen nicht mehr tragbaren Bruch zwischen ihren Erwartungen – ihren ‚Bedürfnissen‘ und ihrer tatsächlichen Lage wahrnehmen.“<sup>450</sup> Nochmals: Beinahe die Hälfte der Manifestantenschaft kann als blockierte Elite verstanden werden. Rudolf Fleischmann, Otto Haxel, Heinz-Maier Leibnitz, Wolfgang Paul, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher und Karl Wirtz – bei ihnen handelte es sich sämtlich um karrieristisch unbefriedigte Experimentalphysiker, die für ihr Fortkommen teurer Gerätschaften und viel Personal bedurften. Bei der Göttinger Erklärung standen sich infolgedessen

---

450 Zitiert nach Zimmermann 1981, S. 156.

eine politisch regierende Elite und eine wissenschaftlich opponierende Gegenelite konfrontativ gegenüber.<sup>451</sup> Die Distanzierung von Eliten zur herrschenden Politik wurde historisch häufig „durch unzureichende Möglichkeiten sozialer Mobilität ausgelöst“<sup>452</sup>. Treffen hochqualifizierte Personengruppen, noch dazu in Begehrlichkeiten weckenden Phasen des ökonomischen Aufschwungs, auf blockierte Mobilitätskanäle, können sie eine Statusinkonsistenz empfinden, die in einem Anstau von Frustrationen mündet.<sup>453</sup> Diese aber suchten sich mit der Zeit ein Ventil – z.B. in Protestaktivitäten. Auch dieses Movens lag der Manifestation aller Wahrscheinlichkeit nach zugrunde.

Die meisten der Göttinger Manifestanten litten infolgedessen an sogenannten „Statusproblemen“<sup>454</sup>. In ihnen loderte seinerzeit ein ausgeprägtes Geltungsbedürfnis, das sich in „Statussorgen“, akuten Ängsten vor einem Statusverlust, bemerkbar machte. Dadurch begaben sie sich in einen „Statuskampf“, um die Anerkennung der als „Prestigegeber“ fungierenden Bevölkerung zu erlangen und innerhalb der internationalen Wissenschaftlergemeinde ihre einstige Eliteposition zurückzuerobern. Im Statuskampf gilt es, sich in einer intensiven Konkurrenz um gesellschaftliche und professionseigene Wertschätzung zu behaupten. Zudem litten sie – in ihrem Selbstverständnis, eigentlich an die Weltspitze zu gehören – an einer unzureichenden Statusmanifestation, waren ihre Forschungsgerätschaften doch antiquiert, ihre Arbeitsbedingungen einer Elite unwürdig. Zweifelsohne trugen sie schwer an dem infolge des Zweiten Weltkriegs und dem jahrelangen Verbot deutscher Atomforschung erfahrenen Rangplatzverlust. Wohl empfanden die Manifestanten auch einen Schmerz, ungerechtfertigter Weise geringgeschätzt, ja als Handlanger des Todes sogar moralisch herabgesetzt zu werden. Daher strebten sie nach einer baldigen Aufwertung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit innerhalb der Öffentlichkeit und nach Renommee innerhalb ihres Berufssektors. Sie versuchten daher, sich in einen positiv aufgefassten Kontext von Kreativität, Gemeinnützigkeit und Heilsbringung zu rücken, um auf diese Weise der sinisternen Assoziation von der Komplizenschaft des militärischen Tötens zu enttrinnen, zudem endlich wieder Forschungsergebnisse von internationalem Belang zu produzieren. Indem sich die Manifestanten gegenüber den technologi-

---

451 Vgl. Zehrer, Hans: Der Riß im Vorhang, in: Die Welt, 20.04.1957.

452 Zimmermann 1981, S.159.

453 Vgl. ebd.

454 Dieser und die folgenden „Status“-Begriffe finden sich bei Doehleemann, Martin: Der „geistige Landtag des deutschen Volkes“ 1846 und 1847 – Anmerkungen zum Selbstverständnis deutscher Bildungsbürger, in: ders. (Hg.) 1977, S. 89-98, hier S. 90 f.



schen Entwicklungen auf dem Segment nuklearer Waffen als unschuldig darstellten und die Verantwortung für den Eintritt eines katastrophalen Ereignisses wie ein Atomkrieg eindeutig der Politik zuwiesen, betrieben sie „blame avoidance“. Mit anderen Worten: Die Göttinger Achtzehn waren eine informell organisierte Gruppe, die Strategien ergriff, um ihre Statusinteressen mit Entschiedenheit durchzusetzen.

### 3.8 EXKURS: WERNER HEISENBERG UND OTTO HAHN

Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich v. Weizsäcker: Diese drei der Göttinger Achtzehn wurden, wie zuvor in anderen Darstellungen, so auch in dieser Betrachtung zur Göttinger Erklärung als die wohl bedeutsamsten identifiziert. Um das bisher Behandelte noch konkreter nachvollziehen zu können, bietet es sich an, die wichtigsten Personen in Augenschein zu nehmen. Denn das Wechselspiel von der Person und ihrer Umwelt sollte nicht unterschätzt werden, spielt doch die Prägekraft der Handelnden eine wichtige Rolle. Ein Porträt kann für eine Charakterisierung mitunter sehr aufschlussreich sein, um die mentalen Dispositionen der Akteure durch die Aufdeckung von Ähnlichkeiten des Verhaltens in unterschiedlichen Situationen in Erfahrung zu bringen. Daher sollen an dieser Stelle – mit Rücksicht auf das Kapitel II.6.2, in dem bereits auf v. Weizsäcker eingegangen worden ist – Heisenberg und Hahn einer gründlichen Betrachtung unterzogen werden.

#### 3.8.1 Werner Heisenberg: Energie aus Ehrgeiz

##### Das Würzburger Wunderkind

Werner Heisenberg war bürgerlicher Herkunft.<sup>455</sup> Dies wirkte sich sicherlich vorteilhaft auf seinen Lebensweg aus. 1901 in Würzburg geboren, wuchs er in München als Professorensohn auf. Für einen bürgerlichen Haushalt nicht untypisch, nahm er Klavierunterricht, machte Erfahrungen in der Jugendbewegung und besuchte das renommierte Maximiliansgymnasium. Die äußeren Kennzeichen seines Lebens sind in jeder Hinsicht eindrucksvoll: Heisenberg absolvierte eine akademische Turbokarriere. Als einer der herausragenden Abiturienten Bayerns fand er Aufnahme in das elitäre Maximilianeum. Seine Promotion schloss er 1923 im rekordverdächtigen Alter von 21 Jahren ab, die Habilitation

---

455 Vgl. zu diesem Abs. Fischer 2002, S. 92; Hermann 2007, S. 12 f.; Metzler 1995, S. 210.

ließ mit nur einem Jahr nicht lange auf sich warten – Heisenberg avancierte binnen Kurzem zum jüngsten Lehrstuhlinhaber des Deutschen Reichs. Während andere sich noch vorsichtig mit dem Campus vertraut machten, ehrfürchtig den Ausführungen der Ordinarien lauschten und angestrengt über Hausarbeiten grübelten, war Werner Heisenberg bereits tief in die wissenschaftliche Forschung eingetaucht und hatte das Erstaunen weltweit angesehener Professoren wie Born und Bohr, ihrerseits Titanen der mathematischen Physik, erregt.

Heisenberg war geradezu idealtypisch das, was man gemeinhin einen Primus nennt.<sup>456</sup> Schon als junger Bube obsiegte er wie unter Garantie in familiären Räte- und Intelligenzspielen, die er stets als der Schnellere von allen gewann. In der Schule brillierte er dann wie selbstverständlich in fast allen Fächern, im Alter von vierzehn Jahren bereitete er eine Freundin der Familie auf deren mathematische Promotionsprüfung in Chemie vor. Zur selben Zeit beherrschte er das Klavierspiel bereits so meisterhaft, dass er ernsthaft eine Musikerkarriere erwog. Unverhohlen sah er sich im Übrigen auch selbst als „Wunderkind“.

Der Beste zu sein – das war ein Status, den Heisenberg seit seiner Schulzeit gewohnt war. Und er wollte ihn um nichts in der Welt wieder verlieren. Dafür war Heisenberg zu fast allem bereit. Sein Ehrgeiz war nicht nur enorm und unter Weggefährten legendär, sondern fast manisch. Aus ihm bezog er aber auch die ungeheuerliche Energie, die ihn zu einem der bedeutendsten Wissenschaftler der Menschheitsgeschichte emporsteigen ließ. Bezeichnenderweise erkor er zu Gymnasialzeiten eine griechische Parole zu seiner persönlichen Maxime, nach der man immer danach trachten sollte, der Beste zu sein. Sie wurde in der Tat zu einem Bestimmungsfaktor von Heisenbergs Leben, kennzeichnete und prägte wohl auch seine Verhaltensmuster. Erreichte er den gewohnheitsmäßigen Status des Besten einmal ausnahmsweise nicht, so mobilisierte er sämtliche Kräfte, um diesen für ihn unerträglichen Zustand schnellstmöglich zu überwinden. Seine mittelmäßigen Zensuren im Schulsport ließen ihn mit einer Stoppuhr täglich zahllose Kilometer im Münchner Luitpoldpark laufen – solange, bis er nach drei Jahren endlich mit „sehr gut“ benotet wurde. Nachdem er während einer Vortragsreise in Japan im Tischtennis gegen seine flinken japanischen Kontrahenten chancenlos verloren hatte, trainierte er auf der Schiffsreise von Shanghai zurück nach Europa derart systematisch und intensiv, dass er anschließend für Amateure nicht mehr zu schlagen war. Und als Heisenberg 1924/25 in Bohrs Elite-Kolloquium in Dänemark weilte, waren ihm die Kommilitonen in Sprache und Fachwissen anfangs ersichtlich überlegen. Für Heisenberg eine furchtbare Situation – binnen weniger Wochen eignete er sich verblissen Englisch und Dänisch

---

456 Zum Folgenden vgl. Heisenberg 1980, S. 23, S. 44 ff. u. S. 106 f.

an, vertiefte obendrein seine atomphysikalischen Kenntnisse, um anschließend nicht mehr bloß superior debattieren, sondern sogar ganze Vorlesungen halten zu können. Und auf seinen berufsbedingt regelmäßigen Bahnfahrten zwischen Berlin und Leipzig trainierte Heisenberg in den 1940er Jahren sein Gedächtnis durch das beharrliche Auswendiglernen von Gedichten.<sup>457</sup>

Es war diese ausdauernde Hartnäckigkeit, die Heisenbergs extremen Charakter lebenslang kennzeichnete. Einmal ins Auge gefasste Ziele strebte er mit einer rigorosen Unbeirrbarkeit an. Für ihn war keine andere Möglichkeit denkbar, als „die Auseinandersetzung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterzuführen“<sup>458</sup>. Besonders sobald er seine Autonomie bedroht sah und „glaubte, nicht mehr über sich selbst bestimmen zu können, setzte er einen aus der Tiefe kommenden, nicht zu brechenden Widerstand entgegen, um diesem Zustand zu entkommen“<sup>459</sup>. Selbst hinter dem Volant seines Pkws konnte es Heisenberg nie schnell genug gehen, weshalb er sich bei der Streckenbewältigung mehr an der zielgerichteten Luftlinie als denn an der umständlicheren Straßenführung orientierte und daher auch gerne einmal seinen Weg querfeldein fortsetzte.<sup>460</sup> Heisenberg war unbedingt – zu jeder Zeit, in all seinen Aktivitäten und Vorhaben.

Für Heisenbergs Verhalten im Zusammenhang mit der Göttinger Erklärung ist dieses dominante Merkmal seiner Persönlichkeit nicht unbedeutend. Und dass seine universitären Lehrer ihn umgarnten und sich von dem Genie des jungen Studenten, der selbst die Ordinarien auf hintere Ränge verweisen konnte, erkennbar beeindruckt zeigten; dass in der Folge die großen Schulen der Physik um Heisenberg konkurrierten, ihn mit Stipendien versorgten und an seiner Zufriedenheit interessiert waren; dass ihm nach der Veröffentlichung seiner Arbeiten jedes Mal die Ovationen seiner Zunftgenossen entgegen schlugen:<sup>461</sup> All dies verwöhnte Heisenberg über Jahrzehnte hinweg und geriet zu einem wichtigen Bestandteil seiner Alltagsgewohnheit. Jemand, der von einer ganzen Schar international renommierter Wissenschaftspersönlichkeiten durchaus als Maestro akzeptiert und respektiert worden war, beschied sich nicht mehr mit armseligen Forschungsverhältnissen, wie sie in der Bundesrepublik der 1950er Jahre vorherrschten, und gab sich erst Recht nicht mit einem nur noch mediokeren Rang in der Wissenschaftshierarchie zufrieden. Schon gar nicht Heisenberg. Mit der

---

457 Vgl. Hermann 2007, S. 88.

458 Heisenberg 1980, S. 66.

459 Ebd., S. 122.

460 Vgl. Fischer 2002, S. 44.

461 Vgl. dazu Hermann 2007, S. 25-29.

Kenntnis seiner wesentlichen Charakterzüge lässt sich seine Enttäuschung über die Adenauer'sche Atompolitik vermutlich noch besser nachvollziehen.

### **Physik als Leidenschaft**

Werner Heisenberg verlangte von sich ausschließlich das Maximum: gleich, ob beim Schach- und Klavierspielen, bei Bergwanderungen oder beim Skilaufen. Er suchte extreme Herausforderungen für seinen Körper und Geist. Faktisch in jeder Situation und zu allen Zeiten war er von Ehrgeiz erfüllt – „selbst wenn er Blumen im Garten schnitt“<sup>462</sup>. Besieht man insbesondere seine Art und Weise, sich auf Wissenschaft einzulassen, so kommt man nicht umhin, ihm eine gewisse Exzentrik zuzuschreiben. Als fanatischer Wissensarbeiter schlief er wenig und las viel. Fleiß und Konzentrationsfähigkeit waren ihm in hoher Ausprägung zu eigen. Zu sehen, wie sein bloßer Wille dank seiner vielfältigen Begabungen hohe Leistungen hervorrief, war ihm die größte Freude.<sup>463</sup> „Wenn er an seinen Problemen arbeiten konnte, war er glücklich“<sup>464</sup>, erinnerte sich seine Frau Elisabeth. Dann vertiefte er sich bis zur Erschöpfung in jedes noch so winzige Detail, wenn es sich partout nicht entwirren lassen wollte. Dies brachte ihm Erfüllung, wahrscheinlich sogar genussreiches Erlebnis und geradezu erotische Genugtuung. Denn funktionierende Terme versetzten ihn in prickelnde Euphorie.<sup>465</sup> Heisenberg drückte diesen Moment metaphorisch aus, einen Gipfel erklommen zu haben, von dem aus „auf einmal das ganze Land der atomtheoretischen Zusammenhänge klar unter meinen Augen ausgebreitet“<sup>466</sup> lag. Bewunderung fand er daher auch nicht überraschend für Columbus, der mit seinem Entdeckermut bereit gewesen sei, „alles bewohnbare Land hinter sich zu lassen in der fast wahn sinnigen Hoffnung, jenseits der Meere wieder Land zu finden“<sup>467</sup>. Darin drückte sich auch Heisenbergs Mentalität des Vabanque aus, die Bereitschaft, in „entscheidenden Augenblicken alles auf eine Karte zu setzen“<sup>468</sup>.

1926 ging Heisenberg als Dozent nach Kopenhagen. Dort, bei Niels Bohr, dem nachgesagt wurde, man könne an seinen Gesichtszügen den Schmerz unablässigen Denkens ablesen, fand sein Gemüt wahre Erfüllung. „Wochen- und monatelang waren Heisenberg und Bohr in einem Zustand der äußersten intellektu-

---

462 Heisenberg 1980, S. 108.

463 Vgl. ebd., S. 107.

464 Ebd., S. 172.

465 Vgl. Fischer 2002, S. 63.

466 Zitiert nach Heisenberg 1980, S. 173.

467 Zitiert nach ebd., S. 68.

468 Ebd.

ellen Anspannung. Hier rangen zwei ebenbürtige Geister miteinander und gegeneinander um ein wirkliches Verständnis der neuen Theorie.<sup>469</sup> Auch Heisenberg wollte in Gedankensphären vordringen, in denen „das Denken anfängt wehzutun“<sup>470</sup>. Und Bohr pflegte zu sagen, wer bei der Quantentheorie, mit der sich Heisenberg so intensiv auseinandersetzte, nicht verrückt würde, habe sie auch nicht verstanden.<sup>471</sup> In den 1920er Jahren lebte Heisenberg abwechselnd in den pulsierenden Kernphysikzentren Kopenhagen und Göttingen, um von den dortigen Ikonen wie Bohr und Born inspirierende Einblicke zu erlangen und sich an den frischen Entdeckungen zu berauschen. Dies waren wohl Heisenbergs kreativste und schönste Jahre, in denen er eine Masse wissenschaftliche Abhandlungen von großer Bedeutung abfasste. All dies blieb nicht ohne Eindruck: Auf Helgoland kündet bspw. seit dem Jahr 2000 ein massiver Gedenkstein von dem Jahr 1925, in dem Heisenberg auf der Nordsee-Insel die Quantenmechanik revolutionierte und damit nichts weniger als das „menschliche Denken weit über die Physik hinaus beeinflusst“ habe.<sup>472</sup> Später im Krieg fürchteten die ausländischen Geheimdienste ihn und seine Schaffenskraft so sehr, dass er 1944 bei einem Vortrag in der Schweiz durch einen Agenten der CIA-Vorgängerorganisation OSS erschossen werden sollte.<sup>473</sup>

Die 1920er Jahre: Sie waren eine turbulente Zeit. In ihnen geriet Heisenberg mit Extremen in Kontakt, zu denen es ihn später, auch in den 1950er Jahren, immer wieder hinzog. Diese aufgeregte Phase faszinierte die Geschichtsschreiber und ließ sie schwärmerisch-mythische Zeilen verfassen: In dieser „ungeheuer bewegten Epoche der Physik“, in der sich „vielfältige, sich überstürzende Wandlungen“ vollzogen, sei „eine Gruppe von jüngeren, wagemutigen Männern [...] daran [gegangen], eine neue Welt zu schaffen“.<sup>474</sup> Eine Garde junger, begeisterter und ungemein ehrgeiziger Nachwuchswissenschaftler – inmitten von ihnen Heisenberg – machte sich auf, um mit sensationellen Entdeckungen bislang gültige Gesetzmäßigkeiten revolutionär umzustößen, Grenzen zu überschreiten und in neue Wissensdimensionen vorzudringen. Diese Umwälzungen geschahen innerhalb eines kollegialen, aber dennoch verbissenen Wettbewerbs zwischen den Hochambitionierten, die ruhelos um Elitepositionen in ihrer Disziplin rangen. In einer solch scharfen Konkurrenz war Stillstand undenkbar, Innehalten nicht er-

---

469 Hermann 2007, S. 38.

470 Zitiert nach Heisenberg 1980, S. 26.

471 Vgl. Fischer 2002, S. 20.

472 Vgl. ebd., Abbildung 8 auf S. 69.

473 Vgl. ebd., S. 160 f.

474 Burdick 1977, S. 198 f.

laubt; alles „war in einem ständigen Fluss“<sup>475</sup>. Bei Heisenberg bildete sich damals ein unbändiges Verlangen nach Kompetition, dem ständigen Messen mit anderen Fachkundigen, aus.

Diese Zeit war Heisenbergs glücklichste: Frei von dem wissenschaftsorganisatorischen Odium der Studentenbetreuung, des Lehrbetriebs und des Einwerbens von Forschungsmitteln konnte er seine geistigen wie physischen Energien sämtlich auf die forschende Kreativität konzentrieren. Es war wohl nicht selten, dass ihm die Erregung der Erkenntnis den Schlaf nahm, er des Nachts mit der ersehnten Entdeckung eines neuen Zusammenhangs aufschreckte. Ob Heisenbergs Frau Elisabeth sein an Sucht grenzender Arbeitseifer ebenso positiv ergriff, ist freilich nicht zu sagen. Jedenfalls weiß sie zu berichten, dass die naturwissenschaftlichen Probleme die Tage und Nächte ihres Gatten ausfüllten.<sup>476</sup> Apropos Familie: Der Ganztagswissenschaftler Heisenberg heiratete erst, als er infolge empfundener Beklemmung und geistiger Entleerung während des NS-Regimes, der Gegenwart seiner ausländischen Forscherfreunde beraubt, zunehmend vereinsamte und sein Lebensmut abgenommen, er sich zumindest vorübergehend in einer beklemmenden Phase emotionaler Niedergeschlagenheit befunden hatte.<sup>477</sup> Waren Heisenbergs intellektuelle Energien einmal aufgebraucht, fühlte er sich erschöpft, so suchte er zum Ausgleich die physische Herausforderung. Heisenberg reiste dann in die Berge, wo er tagelang in der Einsamkeit der Natur eine von Menschen weitgehend gemiedene Schneelandschaft durchwanderte; oder er kostete beim Baumfällen die vitalisierende Intensität harter körperlicher Arbeit.<sup>478</sup>

Doch Heisenberg war nicht ausschließlich auf die Atomwissenschaft fixiert. Auch musische Seiten lassen sich bei ihm finden: Er liebte das Klavierspiel – professionelle Musiker sprachen ihm gar das Format eines Pianisten zu – und im Hause Heisenberg wurde leidenschaftlich musiziert. Auch griff er abends gerne in lyrischem Verlangen zu seiner Sammlung „Deutscher Gedichte“.<sup>479</sup> Überdies war er ein enthusiastischer Sportler. Sodann las er sich schon als Jugendlicher fasziniert in die griechische Philosophie ein, indem er sich mit dem Dialog „Timaios“ auseinandersetzte und sich mit den Denkweisen griechischer Naturphilosophen, von Thales bis Demokrit, vertraut machte.<sup>480</sup> Ein autistisch vom

---

475 Ebd., S. 199.

476 Vgl. Heisenberg 1980, S. 44 ff.

477 Vgl. Fischer 2002, S. 137-140.

478 Vgl. Heisenberg 1980, S. 27.

479 Vgl. Hermann 2007, S. 112.

480 Vgl. ebd., S. 11.

sozialen Leben abgewandter „Fachidiot“ war er zweifellos nicht, sondern wusste sich bisweilen hervorragend in Gesellschaft zu amüsieren. Seine Familie ordnete er allerdings seinen Aktivitäten und Forschungsvorhaben relativ kompromisslos unter. So z.B. in den letzten Kriegstagen: Während seine Familie Hunger und Krankheit litt und „von aller Hilfe abgeschnitten“<sup>481</sup> in deren Haus im bayerischen Urfeld ob des ungewissen Ausgangs bangen musste, campierte Heisenberg fiebrig tüftelnd in einer Felsenhöhe im schwäbischen Haigerloch und versuchte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, noch vor der Ankunft der Alliierten seinen Reaktor anzuwerfen.<sup>482</sup> Auch 1941 hatte er die Sorgen seiner Frau ignoriert und war zugunsten seiner Forschungsarbeiten als Institutsleiter in das zunehmend von Luftbombardements heimgesuchte Berlin gezogen.<sup>483</sup> Das Befinden seiner Angehörigen bedrückte Heisenberg erstmals schwer, als er sich unversehens seinerseits in der Abgeschiedenheit wiederfand, während der mehrmonatigen Isolation im englischen Farm Hall.

### **Versuchungen der Wissenschaft**

Nicht zuletzt infolge seiner Beteiligung an der Göttinger Erklärung wird Heisenberg posthum ein enormes Verantwortungsbewusstsein zugebilligt. Doch lässt man die Blicke in die Zeit vor 1945 schweifen, so wird dieses positive Bild zumindest getrübt. Oft unterlag Heisenberg dem schieren Reiz des nachgefragten Wissens und der gestellten Aufgabe, die er dann aus innerem Antrieb zu lösen trachtete – die daraus erwachsenden Konsequenzen ordnete er stets seinem schier unbändigen Forschungsdrang unter. Als man ihm im Heereswaffenamt in Berlin Ende September 1939 die Beantwortung der Frage auftrug, ob eine nukleare Kettenreaktion überhaupt möglich sei, war Heisenberg sogleich Feuer und Flamme und kümmerte sich wenig um die Moral des Ansinnens seiner Befehlsgeber. Der Auftrag von staatlicher Stelle entusiasmerte den seit 1933 so unglücklichen Forscher sogar. Gepackt von seinem sportiven Ehrgeiz, der Klärung einer offenen Frage wissenschaftlich nachzugehen, lieferte er binnen acht Wochen Antworten, die grundlegende Aspekte der späteren „Reaktortheorie“ enthielten.<sup>484</sup> Natürlich durchdrang ihn auch ein Gefühl von Erleichterung, nicht in Uniform und mit Karabiner an die Front abkommandiert zu werden und sich des Risikos aussetzen zu müssen, einen Soldatentod zu sterben; doch verhinderten auch Stolz und Ehrgeiz, dass er dem Regime eine rigorose Absage erteilte oder

---

481 Heisenberg 1980, S. 117.

482 Vgl. Fischer 2002, S. 161 f.

483 Vgl. Heisenberg 1980, S. 112 ff.

484 Vgl. im Folgenden Hermann 2007, S. 65-72.

eine fachliche Unfähigkeit vorspielte. Auch erkannte er in dem Problemkomplex eine Chance, dem Regime die Leistungsfähigkeit der ideologisch so verunglimpften Quantenphysik – seiner Profession also – eindrucksvoll zu demonstrieren.<sup>485</sup> Obgleich Heisenberg es „grässlich“ gefunden habe, Hitler atomare Waffen in die Hände zu geben, war er im Verlauf der Kriegsjahre nichtsdestotrotz an einem akrobatischen Geschick erfordernden Zwischenweg interessiert: Einerseits wollte er für sich und seine Kollegen Mittel und Privilegien zur Fortsetzung der Uranprojektarbeiten erwirken, andererseits sich nicht in die Fänge der Rüstungsprogramme begeben. „Genehmigung zur Weiterarbeit, aber keine höchste Dringlichkeitsstufe“, lautete daher seine Devise. Die Kriegsentwicklung verlief dann schließlich zu seinen Gunsten: Durch die absehbare Niederlage der Wehrmacht und die begrenzten Ressourcen des Deutschen Reichs, so errechnete Heisenberg, würde sich maximal ein Reaktor, nicht aber eine Bombe konzipieren lassen. Mit einer Energie liefernden Maschine aber, so glaubte Heisenberg, könnte man vor den NS-Machthabern den Nachweis kriegswichtiger Forschung erbracht und bis Kriegsende gegenüber dem Ausland eine technologische Führungsposition errungen haben. Gleichwohl spielte Heisenberg mit dem Feuer; dem Cheforganisator der Luftwaffenrüstung, Generalfeldmarschall Erhard Milch, sagte er einmal, seine Fachkenntnis bezeugend, eine Uranbombe müsse in etwa die Größe einer Ananas haben.<sup>486</sup>

Dies war eben das Problem: Heisenberg war unfähig, seinen Forschungselan zu zügeln. Sogar seine Frau gestand, dass ihn „das rein physikalische Problem [mit der Bombe] reizte“.<sup>487</sup> Mit seiner Hingabe an die Forschung konnte Heisenberg unweigerlich in eine von seiner Umwelt völlig losgelöste Selbstvergessenheit verfallen, der Realität entrückt: „Sobald er sein aus innerem Antrieb selbstgewähltes Ziel im Auge hatte und sich dem zugehörigen zentralen Bereich in die Sphäre der Ideen näherte [...], sobald er eine offene Frage gefunden hatte, die ihn ansprach, agierte er losgelöst von der äußeren Welt, die ihn umgab.“<sup>488</sup> Sonderlich verantwortungsvoll war dies im Umgang mit der Kernphysik, noch dazu

---

485 Einige, z.T. in der NSDAP organisierte Wissenschaftler diffamierten zur damaligen Zeit die Quantenphysik, da sich diese zu einem erheblichen Teil auf Theorien stützte, deren Urheber in der NS-Rassenideologie zu den „Untermenschen“ zählten – Albert Einstein und auch Max Born gehörten dazu.

486 Vgl. Heisenberg 1980, S. 92 f. Dieser Vergleich lag nahe an der späteren US-amerikanischen Bombe; deren Erbauer verglichen die Größe des benötigten Uran-kerns mit der einer Melone.

487 Ebd., S. 93.

488 Fischer 2002, S. 39.



während der nationalsozialistischen Diktatur und eines tobenden Kriegs nicht gerade. Hier gewährte Heisenberg seiner wissenschaftlichen Euphorie Vorrang gegenüber moralischen Skrupeln, weil es ihm aus damaliger Sicht vorteilhaft erschien – in den 1950er Jahren war es dann das öffentlich abgelegte Zeugnis eines Verantwortungsbewusstseins, das ihm geboten schien.

### **Der Heimatverbundene**

Ohne dabei wie nicht wenige seiner Zeitgenossen in chauvinistisch-imperiale Überlegenheitsträumerei verfallen zu sein, war Heisenberg seiner deutschen Heimat eng verbunden.<sup>489</sup> Im Gegensatz zu Max Born konnte er sich nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten nicht zu einer Emigration überwinden. Möglichkeiten dazu hatte es freilich genug gegeben: Nach 1933 erhielt er Rufe aus Australien und den USA – die Columbia University wiederholte sogar ihr Angebot –, doch lehnte er diese jedes Mal zugunsten eines Verbleibs in Deutschland ab. Eine Entscheidung, die „eher gefühlsmäßig gefärbt“<sup>490</sup> war. Denn Heisenberg liebte seine Heimat; wenn er württembergische Städte durchwanderte, in denen ihn „überall der Geist des Mittelalters“ anwehte, so schwelgte Heisenberg in romantischen Vorstellungen von „Landsknechten und Nachtwächtern“.<sup>491</sup> Seine Entscheidung für einen Verbleib im Deutschland der Nationalsozialisten kostete Heisenberg zu dessen Unverständnis innerhalb der internationalen Physikergemeinschaft allerdings beträchtliche Sympathien, belastete alte Freundschaften und lud ihm moralische Schuld auf. Dies verwehrte ihm nach dem Krieg die Möglichkeit, im Ausland eine Spitzenfunktion anzunehmen. Auch dadurch verstärkte sich in den 1950er Jahren sein Drang, mit Deutschland so schnell wie möglich wieder in die internationale Atomphysikergemeinde einzukehren.

### **Advokat in eigener Sache**

Werner Heisenberg war nicht nur in akademischen Runden eine sehr streitbare Persönlichkeit, die sich keinem minderen Intellekt unterordnete. Dies prädestinierte ihn natürlich auch für Konflikte mit staatlichen und politischen Akteuren während der NS-Zeit. Die uniformierten Braunhemden, das Gefolge der neuen Herren in der Reichskanzlei, die gesellschaftliche Durchdringung mit nationalsozialistischen Ordnungsvorstellungen behagten dem Gelehrten nicht. Heisenberg wollte forschen, grübeln, sich in trauter Runde begabter Wissenschaftler

---

489 Zu dieser Passage vgl. Heisenberg 1980, S. 77 f. u. S. 80 f.

490 Ebd., S. 78.

491 Zitiert nach Hermann 2007, S. 27.

wohl fühlen. Und Heisenberg wollte staatliche Gelder. Aber in Organisationen einzutreten, gar einen Parteiausweis mit sich zu führen oder sich in ideologische Disziplin – ganz zu schweigen von rassistischen Doktrinen – einbinden zu lassen, von denen er als seinem Selbstverständnis nach rationaler Wissenschaftler nichts hielt – davor graute es ihm. Und so geriet er zwangsläufig in den Widerstreit mit NS-Ideologen und staatlichen Wissenschaftsadministratoren. Oft wurde ihm dies als moralisch bewunderungswürdiger Beweis seiner couragierten Opposition gegenüber dem NS-Regime, einer Unbeugsamkeit auch in schweren, ja lebensgefährlichen Zeiten ausgelegt. Ganz bestreiten lässt sich dies sicher nicht, doch lassen sich aus den einzelnen Konfliktepisoden gleichwohl auch andere Schlüsse ziehen.

Zum Beispiel Heisenbergs Kampf mit der „deutschen Physik“.<sup>492</sup> Johannes Stark, ein Physiker und Nobelpreisträger mit nationalsozialistischer Gesinnung, titulierte Heisenberg in dem SS-Organ *Das Schwarze Korps* als „Ossietzky der Physik“ und forderte, dass solche „Statthalter des Judentums“ genauso wie die Juden selbst zu verschwinden hätten.<sup>493</sup> Auch wurde Heisenberg von Personen aus dem Umkreis Starks dafür kritisiert, den „dänischen Halbjuden Niels Bohr als größtes Genie“<sup>494</sup> zu feiern. Stark, der sich zur Galionsfigur einer „deutschen Physik“ aufschwang, hatte zunächst Erfolg. Auf den Münchner Lehrstuhl von Heisenbergs Mentor Arnold Sommerfeld wurde statt Heisenberg ein in Fachkreisen als drittklassig geltender, dafür jedoch regimeloyaler Kollege berufen – Heisenberg aber hatte seinerzeit diese Position unter allen Umständen bekommen wollen. Dieses Erlebnis erschütterte ihn. Daraufhin ergriff er Maßnahmen, seinen offensichtlich erodierenden Status wieder zu festigen. In der Folge setzte Heisenberg alles in Bewegung, um sich und die ebenfalls angegriffene Quantenphysik schleunigst zu rehabilitieren. Denn die Quantenphysik galt als „jüdisch“, in der NS-Ideologie also als minderwertig und suspekt, da zahlreiche Grundlagenwerke wie Einsteins Relativitätstheorie von jüdischen Wissenschaftlern stammten. Heisenberg aber war einer der „Stars“ quantenphysikalischer Forschung und diese wiederum gewissermaßen seine Arbeitsgrundlage. Sein bisheriges Lebenswerk und seine Zukunft waren an die der Quantenphysik gekoppelt. Sein anschließender Kampf gegen die nationalsozialistische Physik zielte jedoch nicht allein und vermutlich nicht einmal vordringlich darauf ab, Ehre und Anse-

---

492 Vgl. hierzu insgesamt Fischer 2002, S. 126-135; Hammerstein 1999, S. 336-342; Heisenberg. Das Schicksal eines Physikers im NS-Staat, in: Kultur & Technik, H. 4/1995, S. 26-31, hier S. 28.

493 Zitiert nach Hammerstein 1999, S. 337.

494 Zitiert nach ebd., S. 400.

hen der vertriebenen jüdischen Wissenschaftler wiederherzustellen, sondern sich selbst zu verteidigen, die Voraussetzungen seiner eigenen Karriere zu schützen und zu erweitern.

Dazu setzte Heisenberg alle Hebel in Bewegung. Nach einer Korrespondenz mit dem „Reichsführer-SS“, Heinrich Himmler – ermöglicht durch beider Mütter, die einander bekannt waren –, durfte Heisenberg einen Gegenartikel im *Völkischen Beobachter*<sup>495</sup> veröffentlichen; zudem untersagte Himmler weitere Angriffe auf den nun unversehens unter Schutz der SS stehenden Heisenberg. Als Konzession gegenüber Himmler, der ihn fortan protegierte, wenn es um die Besetzung von Positionen wie etwa die Direktion des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik ging,<sup>496</sup> schrieb Heisenberg 1943 in der *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft*, die Relativitätstheorie wäre auch ohne Einstein aufgestellt worden, wie auch irgendwann der amerikanische Kontinent ohne Columbus entdeckt worden wäre.<sup>497</sup> Ein „überzeugter und couragierter Advokat der Einsteinschen Physik“ war er nicht aus einer entschiedenen Haltung gegen den Antisemitismus heraus, vielmehr „verteidigte er damit die moderne Physik“, sein Metier.<sup>498</sup>

Zuhauf ist davon geschrieben worden, wie Heisenberg – nicht zuletzt gestützt auf seine Beschäftigung mit philosophischen Werken – sich aus einem außergewöhnlichen Verantwortungsbewusstsein heraus mit dem schwierigen Zusammenhang von Forschung und Politik beschäftigt habe. Auffällig ist allerdings, dass dies in erster Linie Verwandte, Freunde oder enge Weggefährten – der einseitig sympathischen Berichterstattung verdächtiger Personen also – behaupteten. Doch vor allem nahm sich Heisenberg der Politik an – wie sich an dem soeben angeführten Beispiel im Clinch mit der „Deutschen Physik“ beobachten ließ –, weil er es zwecks Wahrung der eigenen Interessen musste. Nach den schönen Jahren unbeschränkten Grübelns über naturwissenschaftlichen Theoriegeweben in der Geborgenheit der internationalen Physikergemeinschaft wurde Heisenberg nach der Annahme eines Rufs aus Leipzig jäh mit dem Universitätsalltag eines Lehrstuhlinhabers konfrontiert. Vor allem hatte er sich nun selbstständig um Forschungsgelder zu kümmern. Heisenberg musste sich deshalb also auf die Politik, die Gebieterin öffentlicher Geldmittel, einlassen.<sup>499</sup>

---

495 Vgl. Heisenberg, Werner: Entgegnung zum Artikel „Deutsche und jüdische Physik“, in: *Völkischer Beobachter*, Norddeutsche Ausgabe/Ausgabe A, 28.02.1936.

496 Vgl. Walker 2005, S. 28 f.

497 Vgl. ebd., S. 29.

498 Metzler 1995, S. 213.

499 Vgl. hierfür Burdick 1977, S. 201.

Auch in anderen Fällen konnte Heisenberg resolut und konfliktbereit sein, wenn es darum ging, die oberste Kompetenz zu beanspruchen. Keine Sekunde dachte er bspw. daran, sich während der NS-Diktatur der offiziellen Autorität, dem Bevollmächtigten für Kernphysik im Reichsforschungsrat, Prof. Dr. Abraham Esau – einem Frequenzspezialisten –, unterzuordnen. Heisenbergs Mitarbeiter boykottierten Esaus Atomkonferenz.<sup>500</sup> Offenbar reichte Heisenbergs Verdross über Esau derart weit, dass sich die Spitze der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei Hermann Göring für eine Ablösung des Bevollmächtigten und eine Klärung des zur „Sache Heisenberg – Esau“<sup>501</sup> eskalierten Konflikts einsetzte. Heisenberg wollte selbst entscheiden, wann und mit welchen Materialien und Verfahren der Bau eines Reaktors zu beginnen habe.<sup>502</sup> Auch später lässt sich dieses renitente Verhalten nachweisen. In der Anfang 1952 gegründeten DFG-Kommission für Atomphysik erhielt Heisenberg zwar den Vorsitz, doch weigerte er sich, Wolfgang Gentner, einen ebenso begabten wie selbstbewussten Kollegen, in das Gremium zu berufen. Heisenbergs ständiger Dominanzanspruch sorgte auch nach dem Krieg bei den Experimentalphysikern für Unmut. Diese fühlten sich an die als unangenehm empfundene Zeit des Uranvereins erinnert, in dem sich Heisenberg gegenüber anderen Forschergruppen ebenfalls herrisch verhalten habe.<sup>503</sup> Und als man Anfang 1957 in der Max-Planck-Gesellschaft für das in Heidelberg ansässige Institut einen Nachfolger für den verstorbenen Nobelpreisträger Walther Bothe suchte, war man dort des inneren Friedens wegen sehr darauf bedacht, in dem Heidelberger MPI keine Konkurrenz für Heisenbergs Göttinger Institut erwachsen zu lassen.<sup>504</sup>

Rivalen bekämpfte Heisenberg überdies mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Im Uranverein versuchte er während des Zweiten Weltkriegs regelmäßig, der Forschungsgruppe seines Gegenspielers Kurt Diebner knappe Versuchsstoffe wie Schweres Wasser oder Uran vorzuenthalten. Wenn die Koordinatoren der Militärforschung konsterniert von einer „mimosenhaften Empfindlichkeit einzelner Forscher“<sup>505</sup> sprachen, meinten sie damit den in Berlin arbeitenden Nobelpreisträger Heisenberg. Dessen Rivalitätsempfinden verzögerte den Bau

---

500 Vgl. Zierold 1968, S. 264.

501 Zitiert nach Hammerstein 1999, S. 398; vgl. auch ebd. S. 398 ff.

502 Vgl. Karlsch 2005, S. 70.

503 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a4.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

504 Vgl. hierzu ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

505 Zitiert nach Hammerstein 1999, S. 397.

eines deutschen Kernreaktors während des Kriegs um mindestens ein Jahr.<sup>506</sup> Dass Diebners Konzept desjenigen Heisenbergs überlegen war, kümmerte letzteren nicht. Im Gegenteil: Später blockierte Heisenberg eine universitäre Karriere Diebners, indem er unter Zuhilfenahme seiner Beziehungen dessen Habilitation verhinderte und ihn damit zum Gang in die freie Wirtschaft nötigte.<sup>507</sup> Als Walter Bothe 1942 in seinem Heidelberger Institut weitere Reaktorversuche mit einem dem Heisenbergs scheinbar überlegenen Konzept durchführen wollte, setzte dieser mit seiner größeren Autorität dezidiert den Vorrang seiner Forschergruppe durch und degradierte den späteren Nobelpreisträger Bothe zu einem Berater seiner Forschungsstelle, obwohl letzterem die Aussicht auf größeren Erfolg beschieden gewesen war. Ferner bekämpfte Heisenberg zu Beginn der 1950er Jahre aggressiv die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, weil diese eine große Konkurrenz zu seinem Deutschen Forschungsrat darstellte.<sup>508</sup> Der Präsident der NG kritisierte Heisenbergs Ansinnen, dem DFR eine Vorrangstellung zu verschaffen. Aus der NG kam auch der Vorwurf, im Forschungsrat werde die – von Heisenberg ausgeübte – Leitung nach der Art einer absoluten Monarchie betrieben. Mit seinem autoritären und wetteifernden Gebaren machte sich Heisenberg im Verlauf dieses Konflikts in der westdeutschen Wissenschaftsszene gewiss einige Feinde.

All dies zeigt aber vor allem, dass Heisenberg häufig keine Konkurrenz tolerierte, weder Kompromisse duldete noch Rücksichten nahm. Widerstand gegen etwas Unbehagliches erfolgte bei ihm zumeist aus der Bedrohung der individuellen Autonomie und des beabsichtigten Erfolgs – im Kampf mit der „deutschen Physik“ wie auch bei der „Göttinger Erklärung“. Eine Zusammenarbeit mit ihm war nicht einfach, da er stets „den Richtlinien seiner eigenen Politik folgte“<sup>509</sup>, wie es manche ausdrückten, die ihn gut kannten. Mit Sicherheit war Heisenberg kein Tyrann, Egomane oder Kabalist, vermutlich sogar ein herzlicher Freund und fürsorglicher Förderer. Aber ein Paladin der Moral, als den ihn nicht wenige Interpreten porträtiert haben, war er wohl nicht.

### Externalisierung von Scheitern aus Selbstwertschutz

Heisenberg besaß keine sonderlich große Fähigkeit zum Eingeständnis einer Niederlage – auch dies ist im Hinblick auf sein Scheitern in der Standortfrage des westdeutschen Kernforschungszentrums im Vorfeld der Göttinger Erklärung

---

506 Vgl. Karlsch 2005, S. 105.

507 Vgl. Zierold 1968, S. 265.

508 Vgl. hierzu Hermann 2007, S. 93; Osietzki 1984, S. 362.

509 Zitiert nach Herbig 1976, S. 182.

von Bedeutung. Angestachelt vom jovialen Spott Otto Hahns, versagt zu haben, zog sich Heisenberg 1945 in Farm Hall zurück, um mit aller Macht seines kernphysikalischen Genies den US-amerikanischen Atomwaffenbau wissenschaftlich nachzuvollziehen.<sup>510</sup> Trotz aller moralischer Vorteile, nicht alle Möglichkeiten der militärischen Forschungsförderung in Anspruch genommen zu haben, wie dies etwa im V-Waffenprojekt unter Wernher v. Braun der Fall gewesen war, ärgerte sich Heisenberg über die Håme der ehemaligen Kriegsgegner und seiner Fachkollegen, das deutsche Atomprojekt käme durch den US-amerikanischen Atombombeneinsatz einem jåmmerlichen Fehlschlag gleich. Er legte infolgedessen großen Wert darauf, vor der Welt nicht als gescheitert dazustehen und bemühte sich, gewissermaßen seinen Genius zu rehabilitieren, indem er immer wieder hervorhob, dass er und seine Mitarbeiter schon 1941 problemlos den Weg zur Atombombe erkannt, ihn aus dem Wissen um die beschrånkten Ressourcen des Deutschen Reichs aber nicht eingeschlagen håtten.<sup>511</sup> In einer lebhaften Korrespondenz mit seinem Fachkollegen Samuel Goudsmit versuchte er klar zu machen, dass er durchaus das Konzept der Plutoniumbombe wåhrend des Kriegs verstanden, ihren Bau aber willentlich verweigert habe.<sup>512</sup> Åuere Gründe – wie unzureichende Kapazitåten der deutschen Wirtschaft, fehlender Luftschutz für die Produktionsanlagen sowie die politisch vorgegebene Direktive, ausschließlich noch wåhrend des Kriegs realisierbare Projekte zu fördern –, seien laut Heisenberg hinzugekommen<sup>513</sup> – mitnichten aber eigenes Kompetenzversagen.

Wåhrend man die Bombe also aus realistischer Einsicht in die Situation beschrånkter Mittel und moralischer Skrupel gar nicht erst angestrebt habe, sei auch der energisch betriebene, letztlich aber erfolglose Bau eines Atomreaktors ebensowenig einer wissenschaftlichen Unzulånglichkeit Heisenbergs geschuldet gewesen. Dass der „Uranbrenner“ in den letzten Kriegstagen im Haigerlocher „Felsenkeller“ nicht zum Laufen gebracht werden konnte, dafür machte Heisenberg das Unvermögen staatlicher Koordination verantwortlich.<sup>514</sup> Und wie er im Uranverein wåhrend des Zweiten Weltkriegs die technologische Überlegenheit der Modelle seines Rivalen Kurt Diebner „halsstarrig“<sup>515</sup> nicht anerkannte, so

---

510 Vgl. Metzler 1995, S. 217.

511 Vgl. Hermann 2007, S. 73.

512 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

513 Vgl. Leithåuser 1957, S. 75 f.

514 Vgl. Hoffmann 1993, S. 42; Zierold 1968, S. 265.

515 Karlsch 2005, S. 103.

hielt er seine „Einheitliche Theorie der Materie“, die 1958 in der Öffentlichkeit als „Weltformel“ bejubelt, von Fachkollegen aber als gescheitert bewertet wurde, unverdrossen für die richtige; gleichzeitig befand er den inzwischen gültigen Ansatz seines US-amerikanischen Kollegen Murray Gell-Mann, Elementarteilchen als Zusammensetzungen aus noch kleineren Teilchen – den „Quarks“ – zu verstehen, als abwegig.<sup>516</sup> Immer wieder konnte sich Heisenberg sein Scheitern nicht eingestehen und bessere Arbeiten in einer für ihn gerade entscheidenden Sache nicht umstandslos akzeptieren.

### **Zwischen Wissenschaft und Politik**

Heisenberg war – für einen Wissenschaftler keineswegs überraschend – stets darum bemüht, staatliche Gelder für seine Forschungsvorhaben zu akquirieren. Doch wohl nicht immer peinigten dabei sein Gewissen unüberwindbare Skrupel. Im Gegenteil unternahm er sogar viel, um seine Mittel zu mehren, kannte seine Bereitschaft hierzu weitgesteckte Grenzen. Den im Herbst 1939 eingetretenen Kriegszustand suchte er sich zunutze zu machen, indem er noch im Dezember begann, einen Bericht über die militärisch interessante Energiegewinnung per Uranspaltung auszuarbeiten und seinen Arbeitsbereich als bedeutungsvoll auszuweisen.<sup>517</sup> Er hielt Vorträge vor den Organisatoren der deutschen Kriegswirtschaft und sicherte sich damit während des Kriegs finanziell den Fortgang seiner Arbeiten und die Freistellung seiner Mitarbeiter. Nach seiner Rückkehr aus britischer Gefangenschaft 1946 artikulierte Heisenberg sogleich einen wissenschaftspolitischen Führungsanspruch, indem er eine „geistige Führerschaft“ der Grundlagenforschung – seiner Profession also – reklamierte.<sup>518</sup> Er erlag der festen Überzeugung, Deutschland nach dem Zusammenbruch wieder international an die Führungsspitze der Atomphysik hieven zu können.<sup>519</sup>

Um dieses Ziel zu erreichen, griff er auf probate Methoden zurück. Wie schon während des „Dritten Reichs“ wandte er sich direkt an die maßgeblichen Entscheidungsträger, an die Bundesregierung, unmittelbar an den Kanzler Adenauer, zu dem er schon bald über einen exzellenten Kontakt verfügte.<sup>520</sup> Für ihn war dies typisch, betätigte er sich doch „am liebsten im kleinen Kreis mit ihm schon vertrauten Menschen“<sup>521</sup>. Darin findet sich ein entscheidender Wider-

---

516 Vgl. Hermann 2007, S. 127 f.

517 Vgl. Hammerstein 1999, 340 f.

518 Vgl. Schirrmacher 2005, S. 17.

519 Vgl. Metzler 1995, S. 218.

520 Vgl. Radkau 2006, S. 37.

521 Carson 2005, S. 222.

spruch zu dem Bekenntnis der Göttinger Achtzehn, die Bevölkerung über die geheimen Schritte der Regierung in Sachen Atombewaffnung aufklären zu wollen. Heisenberg liebte nämlich selbst den Arkanweg der Nichtöffentlichkeit durch Telefonleitungen und Büroflure, das „Gespräch im kleinen Kreis blieb für ihn das bevorzugte Instrument“<sup>522</sup>. Als Heisenberg aufgrund seines Bekenntnisses zur Quantenphysik, die in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft als „jüdische“ Wissenschaft ideologisch diffamiert wurde, öffentlich attackiert worden war, wandte er sich, wie bereits erwähnt, brieflich direkt an den „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler, um seine Rehabilitation zu erwirken.<sup>523</sup> Im Konflikt mit seinem Widersacher Stark, so schrieb Heisenberg an Himmler, müsse er „um eine grundsätzliche Entscheidung bitten“; fiel diese für ihn aus, so „bitte ich Sie als Reichsführer der SS um einen wirksamen Schutz gegen solche Angriffe“.<sup>524</sup> Und so pflegte Heisenberg auch in der Bundesrepublik mit den politischen Autoritäten am liebsten persönlich und direkt zu kommunizieren. In der Folge avancierte Heisenberg in den 1950er Jahren zum wichtigsten Vertreter der westdeutschen Kernphysik im In- wie im Ausland.<sup>525</sup> Er leitete die DFG-Kommission für Atomphysik, war als deutscher Vertreter Mitglied im „Europäischen Rat für kernphysikalische Forschung“ und nahm für die Bundesregierung in Washington an Verhandlungen über die Zukunft deutscher Nukleartechnik teil.

Den Interpreten seiner Biografie begegnet Werner Heisenberg als eine ambivalente Persönlichkeit. Auf der einen Seite lehnte er den Nationalsozialismus und dessen Führungsfiguren ab, bastelte nicht im Verborgenen an einer Atomwaffe für Hitler. Daran bestehen kaum Zweifel. Opportunistisch verhielt er sich hingegen schon. Sobald es um seine persönlichen Belange ging, zögerte er nicht, hochrangigen Entscheidungsträgern des „Dritten Reichs“ Briefe zu schreiben, intrigierte im Hintergrund und verhielt sich vorwiegend eigennützig, gab zumindest selten allgemeinwohldienlichen Entscheidungen den Vorzug, wenn sie auf seine persönlichen Kosten gingen. Zudem trieb ihn zeitlebens ein nimmermüder Ehrgeiz an, der ihn permanent in Unruhe hielt. Diese leistungs- und selbstbezogene Mentalität ist bei einem innerhalb der Manifestantenschaft so bedeutsamen Akteur wie Werner Heisenberg nicht unerheblich für das Zustandekommen der Göttinger Erklärung, zumindest aber aufschlussreich für dessen persönliche Beweggründe.

---

522 Ebd.

523 Vgl. dazu Hermann 2007, S. 61; Walker 1995, S. 28.

524 Hermann 2007, S. 62.

525 Vgl. ebd., S. 97 f.



### 3.8.2 Otto Hahn: vom Gaskrieger zum Friedensmahner

#### Der Chemiker: von der Waschküche ins Labor

Otto Hahn wuchs in den beiden letzten Dekaden des neunzehnten Jahrhunderts als jüngster von drei Söhnen in einem wohlhabenden Haushalt auf.<sup>526</sup> Bereits im Erscheinungsjahr der Göttinger Erklärung hatte Hahn eine bewegte Biografie vorzuweisen. Als er am 8. März 1879 in Frankfurt am Main geboren wurde, regierte noch Kaiser Wilhelm I., Bismarck versuchte die politischen Geschicke der Nation als Reichskanzler zu lenken, ja das Reich selbst existierte erst seit acht Jahren. Die Familie Hahn war eine gutbürgerliche, in der „Strebsamkeit, Treue und Fleiß“<sup>527</sup> wie von selbst wichtige Werte waren. Sie verfügte über reichlich Geld, denn Hahns Vater führte einen großen Handwerksbetrieb und zählte zur Frankfurter Honoratiorenschaft. Dies war nicht unwichtig, sollte doch das väterliche Konto dem Filius in der Zukunft ein sorgenfreies Studium vergönnen, auch brauchte sich Hahn infolgedessen um die Finanzierung von karrieredienlichen Reisen und Auslandsaufenthalten zumeist nicht weiter zu kümmern. Später, im kritischen Stadium des Nachwuchswissenschaftlers Hahn, der ohne feste Stelle forschte, half der Vater des Öfteren mit dem Begleichen offener Rechnungen aus der Bredouille, wenn sich z.B. der Sohn mal wieder zu Experimentierzwecken teures Radium gekauft hatte.

Seit seinem Tod kann man in Deutschland auf Otto-Hahn-Schulen und Otto-Hahn-Straßen treffen, die Max-Planck-Gesellschaft verleiht eine Otto-Hahn-Medaille, auch gibt es gleichnamige Preise. Anlagen, die seinen späteren Erfolg als ruhmreichen Nobelpreisträger und angesehenen Nestor der wissenschaftlichen Chemie erwarten ließen, ließ Hahn in jungen Jahren freilich noch nicht erkennen.<sup>528</sup> In der Schule glänzte er vor allem in den Fächern Turnen, Singen und Religion, weniger in Chemie und Physik. In der mütterlichen Waschküche stellte er mit einem Schulfreund zwar gerne chemische Experimente an, doch erfolgte dies eher in schelmischer Absicht und kindlicher Abenteuerlust. Ein alles dominierender Primus wie Heisenberg war der dem Schabernack nicht abgeneigte Oberrealschüler aber bei Weitem nicht. Im Gegenteil: War Heisenberg bspw. von seinem ersten Semester an in Forschungsarbeiten involviert – mithin aktiver Wissenschaftler – führte Hahn in Marburg als Mitglied einer Verbindung ein

---

526 Zum Folgenden vgl. Berninger, Ernst H.: Otto Hahn in Selbstzeugnissen und Bild-dokumenten, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 7, S. 17 u. S. 44; Hoffmann 2005, S. 25 f. u. S. 55 f.

527 Berninger 1974, S. 7.

528 Für die folgenden Passagen vgl. Berninger 1974, S. 14 f.; Hoffmann 2005, S. 26.

bierseliges Studentenleben, in dem er „schnell das zünftige Trinken“<sup>529</sup> zu einer standesgemäßen Meisterschaft brachte. Auf die Frage, was sein Sohn denn mache, pflegte der konsternierte Vater die lakonische Antwort zu geben: „Mein Sohn ist in Marburg und trinkt Bier.“<sup>530</sup> Die gezeigten Qualitäten waren damals noch andere: In seiner Studienzeit überstand Hahn so manchen Bierkomment, beherrschte allerhand Trinkrituale und vergnügte sich mit regelmäßigen Kneipengängen, Streichen und Späßen – Geld genug hatte er schließlich. Auch anlässlich des Münchner Faschings genoss der spätere Nobelpreisträger freudig in Bierhallen ausgiebig Gerstensaft. Dass sein Studentenleben nicht eskalierte, hatte er allein dem Vernunftgebot eines wachsamen und wohl reiferen Mitabiturienten zu verdanken.

Dennoch gelang es Hahn, den Weg in eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.<sup>531</sup> Der besagte Mitabiturient disziplinierte Hahn, konterkarierte dessen hedonistische Neigung und trieb ihn in Vorlesungen und Laborübungen. So reifte dieser zu einem eifrigen Besucher eines Chemiekollegs und wurde am Ende sogar Doktorand. Spätestens als er im Ausland bei den Fachkoryphäen William Ramsay und Ernest Rutherford gastierte, begann er, sich auch ohne das Zutun eines Anderen diszipliniert zu verhalten und seinen studentischen Hedonismus zugunsten eines wissenschaftlichen Arbeitseifers abzulegen. Bisweilen verkehrte sich dies sogar in das andere Extrem: Nun lebte er bescheiden mit wenig Mahlzeiten und beinahe abstinent. Er glitt in eine gänzlich neue Lebensphase, in der er als glänzender Laborant chemische Elemente nachspürte und diese auch zu finden verstand. An der Universität hatte Hahn vor allem deshalb Karriereerfolg, weil sich für sein Forschungsgebiet, die Radiologie, zum damaligen Zeitpunkt noch kaum jemand interessierte. Das Radium nahm man zu seinem Glück eben noch nicht ernst.

Dadurch konnte er auf einem Gebiet Entdeckungen machen und Erfahrung erlangen, das in Kürze um ein Vielfaches an Bedeutung gewinnen sollte. In jener Zeit fand Hahn Bedingungen vor, die seiner Arbeitsweise zupasskamen. Im Vergleich zu dem extremen Konkurrenz- und Leistungsdruck, dem Heisenberg in den Kopenhagener und Göttinger Kolloquien ausgesetzt war, konnte Hahn vergleichsweise gemächlich und bequem seine Chemikalien präparieren und Messungen anstellen. Im Gegensatz zu Heisenberg stieg Hahn dadurch aber auch erst spät in die erlauchte Riege der „Stars“ unter den Atomforschern auf und war

---

529 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 26.

530 Zitiert nach ebd.

531 Folgend vgl. Berninger 1974, S. 18, S. 30 ff., S. 48 u. S. 57; Hoffmann 2005, S. 61 u. S. 138.

kein solcher Überflieger. Die von ihm historisch zuerst geleistete Uranspaltung – für die Hahn 1951 rückwirkend für das Jahr 1944 den Nobelpreis verliehen bekam – ereignete sich kurz vor seinem sechzigsten Geburtstag im Jahr 1938; der um 22 Jahre jüngere Heisenberg durfte demgegenüber schon 1932 im Alter von dreißig Jahren nach Schweden zur Nobelpreiszeremonie reisen. Und – wieder – im Unterschied zu Heisenberg, bei dem zwischen Promotion und Habilitation nur ein Jahr verging, brauchte Hahn länger: Seine Dissertation datiert aus dem Jahr 1901, im Sommer 1907 habilitierte er sich – indem ein wohlmeinender Ordinarius kurzerhand eine seiner bisherigen Publikationen zur Habilitationsschrift erklärte. Glückliche Umstände waren es auch, welche die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft genau in die kritische Phase von Hahns Berufsbiografie fallen ließen, sodass sich ihm damit eine verheißungsvolle Karriereperspektive eröffnete. 1911 wurde er Mitglied im KWI für Chemie in Berlin-Dahlem und konnte mitsamt den damit verbundenen Privilegien, also befreit von universitären Lehrverpflichtungen und privaten Geldsorgen sowie in annehmlich ausgestatteten Laborräumen, weitgehend eigenverantwortlich auf seinem Fachgebiet Weltspitzenforschung betreiben.

Auch wenn bei ihm Ehrgeiz und Genius vermutlich nicht an die Heisenbergs heranreichten, war Hahn in seiner Tätigkeit sehr leistungsstark. So war er ein äußerst gründlicher Experimentator – von Physik verstand er allerdings nicht viel, wusste deshalb auch seine Entdeckung der Spaltbarkeit des Uranatoms erst gar nicht richtig zu deuten.<sup>532</sup> Seine Laborkollegin Lise Meitner pflegte ihn bei auftretenden physikalischen Problemen mit dem Tadel zu verweisen: „Hähnchen, geh’ nach oben und mach’ Chemie; von Physik verstehst Du nichts!“<sup>533</sup> Hahns Stärke lag vielmehr in der Akkuratess, Verlässlichkeit und Durchhaltefähigkeit.<sup>534</sup> Schon früh begann er, neue chemische Elemente zu entdecken – eher zufällig, wie er freimütig bekannte. Auch Hahns Institut, das er seit 1928 als Direktor allein führte und das bis dahin erheblich expandiert war, mauserte sich infolgedessen in den 1920er Jahren, wie auch jenes von Heisenberg, zu einem elektrisierenden Anziehungspunkt wissbegieriger Nachwuchsforscher aus aller Herren Länder. Bis 1945 durchliefen seine Laborräume über einhundert Wissenschaftler aus unterschiedlichen Nationen. Auch Hahn erinnerte daher die Zeit vor 1933 im Vergleich zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik romantisch und als ungleich besser.

---

532 Vgl. für diesen Abs. Berninger 1974, S. 15 u. S. 50; Hoffmann 2005, S. 96.

533 Zitiert nach Berninger 1974, S. 15.

534 Vgl. Meitner, Lise: Zur Entwicklung der Radiochemie. Otto Hahn zum 50jährigen Doktor-Jubiläum, in: *Angewandte Chemie*, Jg. 64 (1952) H. 1, S. 1-4.

### **Der menschlich-jovial-bescheidene Pedant: charakterliche Facetten**

Die Charakterzüge, die von Weggefährten und Zeitgenossen überliefert sind, weisen Otto Hahn als eine durchweg sympathische Persönlichkeit aus. So war er ungeachtet seines Status' ungewöhnlich bescheiden.<sup>535</sup> Er lebte ausgesprochen anspruchslos, pflegte noch in späten Lebensjahren täglich in der Kantine der Max-Planck-Gesellschaft spartanisch Eintopf oder Kartoffelsuppe zu speisen. Seinem Weltruhm soll er mit Gleichmut begegnet sein,<sup>536</sup> seine „gemütvolle Bescheidenheit [...] wirkte so echt“<sup>537</sup>. Er verzichtete auf die Errichtung von sprachlichen Barrieren durch ein esoterisches Fachvokabular, denn wissenschaftliche Phraseologie lehnte er ab.<sup>538</sup> Sodann beeindruckte er durch seine Menschlichkeit, besonders bei seinen Mitarbeitern, denen er stets mit Empathie begegnete und sich besorgt ihrer Alltagsprobleme annahm.<sup>539</sup> Oft jedenfalls wurde Hahns Führungsstil im Institut aus der Retrospektive als besonders menschlich, herzlich und fröhlich gerühmt. Denn Hahn war schließlich auch von großer Jovialität. Ihm gelangen „witzige Dialoge und humorvolle Pointierungen. Der Schalk und der hintergründig lächelnde Weise sind ihm die liebsten Figuren.“<sup>540</sup> Hahn war ein Mann „mit einem freundlichen Blick, mit einem etwas listigen Auge, der Dialekt sprechen konnte, ja, der plauderte, der kleine Geschichten erzählte und der einen ungewöhnlichen Charme auf seine Umgebung ausstrahlte.“<sup>541</sup> Mit seinem Humor heiterte er den Institutsalltag auf. Es schien, als blickte Hahn in seiner ganzen Erscheinung derart gütig drein, dass ihm keiner etwas Böses wollen konnte. Den Nobelpreis habe er mit „tiefe[r] Bescheidenheit“ entgegen genommen, wie ihm überdies generell ein „bezwingende[r] Charme“ zu eigen sei.<sup>542</sup> All diese Eigenschaften verdichten sich zu dem Eindruck von Erhabenheit und Edelmut des Menschen und der Persönlichkeit Otto Hahn. Meitner will sogar in den fünfzig Jahren ihrer Bekanntschaft mit Hahn nie jemandem begegnet sein,

---

535 Vgl. hierzu Hahn 1975, S. 249.

536 Herbert Schrader über Hahn 1968, abgedruckt in: ebd., S. 260.

537 Friedrich Deich über Hahn einen Tag nach dessen Tod in der Welt, abgedruckt in: ebd., S. 257.

538 Vgl. Herbert Schrader über Hahn 1968, abgedruckt in: ebd., S. 259.

539 Vgl. hier und folgend Berninger 1974, S. 57; Hoffmann 2005, S. 95 f.; Meitner 1959, S. 157.

540 Herbert Schrader über Hahn 1968, abgedruckt in: Hahn 1975, S. 259.

541 Willi Brundert über Hahn 1969, abgedruckt in: ebd., S. 262.

542 O.V.: Männer rund um das Atom: Otto Hahn, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 1, S. 9.

der ihn „nicht gern gehabt hätte“<sup>543</sup>. Der weise Theodor Heuss brachte dies pointiert auf die eloquente Formel, Hahns Lebensleistung besäße „eine in sich ruhende Würde mit unzerstörtem Rang und einem geschichtlichen Sinn“<sup>544</sup>. Die Liebenswürdigkeit Hahns reichte so weit, dass der amtierende Bundespräsident Heuss ihm an Hahns achtzigstem Geburtstag 1959 einen Kuss gab.<sup>545</sup> Und selbst die Diva Hildegard Knef schwärmte von seinen „sanften blauen Augen“<sup>546</sup>. Von Weizsäcker und alle anderen Manifestanten konnten 1957 jedenfalls froh sein, einen allseits Beliebten wie Hahn in ihren Reihen zu wissen.

Als Forscher dagegen konnte Hahn durchaus auch unangenehm sein und ein strenges Wort führen.<sup>547</sup> Als Institutsleiter war er ein ausgesprochener Pedant. Seine Mitarbeiter mussten immer wieder experimentelle Ergebnisse überprüfen, Versuche wiederholen – Hahn bestand darauf. Stets plagte ihn die Angst, nach der Entdeckung von Neuem als Phantast dazustehen, dem niemand Glauben schenkt. Deswegen musste alles akkurat protokolliert, beschrieben und geprüft werden. Nachweise hatten bei Hahn immer exakt zu erfolgen. Zu Hause setzte sich diese Haltung fort: Über die private Geselligkeit des Ehepaars Hahn führte er akribisch ein Gästebuch. Ihm wohlgesonnene Interpreten legten dies freilich als „wachsamer Selbstkritik“<sup>548</sup> aus. Gewissenhaftigkeit – darin lag schließlich das Geheimnis von Hahns Karriere; denn ein genialer Mathematiker wie Heisenberg, der sich in permanenten Denkprozessen befand, war er nicht. Ein fieberhafter Forscher war Hahn dennoch. Wenn er als „Entdecker“ neuen Elementen auf der Fährte war, ergriff ihn ein Fiebergefühl, das ihn tagelang im Labor verbringen ließ. Dann erfasste ihn eine ungeheure Arbeitseifer. Einen gewissen Ehrgeiz und Biss muss Hahn also gehabt haben; gerne bestieg auch er im Übrigen Berge, genoss wie Heisenberg oder Planck diese Grenzerkundung.<sup>549</sup> Bis in die 1940er Jahre konnte man ihn in den Dolomiten, auf dem Matterhorn oder den Gipfeln des Berchtesgadener Landes antreffen. Beim Bergsteigen suchte er – wie Heisenberg – das Erlebnis von erfolgreicher Leistung und energischer Anstrengung in Extremsituationen. Noch im Alter von 77 Jahren erklimmte er den über 1700 Meter hohen Monte Generoso.

---

543 Meitner 1959, S. 158.

544 Berninger 1974, S. 116.

545 Vgl. Hahn 1975, S. 247.

546 Hildegard Knef über Hahn 1970, abgedruckt in: ebd., S. 266.

547 Vgl. dazu Berninger 1974, S. 17 u. S. 44; Hoffmann 2005, S. 95 u. S. 124 ff.

548 Berninger 1974, S. 79.

549 Vgl. Berninger 1974, S. 45; Hahn 1975, S. 276 f.

Allerdings: Starke Nerven gehörten nicht unbedingt zu Hahns vornehmlichen Eigenschaften. Unter psychischer Belastung konnte er schnell in Tränen ausbrechen, war äußerst sensibel. So 1938, als seine langjährige Kollegin Lise Meitner ausgewiesen worden war und seine Frau Edith einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten hatte, im Institut zugleich immer stärker nationalsozialistische Einflüsse wucherten.<sup>550</sup> In britischer Gefangenschaft plagten ihn dann Schlaflosigkeit und Tränenausbrüche, als ihm klar wurde, dass die atomtechnologische Kompetenz der deutschen Wissenschaftler in Zukunft womöglich nicht mehr nachgefragt werden würde.

### **Mondäner Kosmopolit: Elder Statesman der Wissenschaft**

Für einen Wissenschaftler war Hahn erstaunlich mondän und kosmopolitisch. Auch dies qualifizierte ihn später für die Präsidentschaft der Max-Planck-Gesellschaft.<sup>551</sup> Er konnte Auslandsaufenthalte vorweisen, wie sie heutigen Studenten wohl ohne Weiteres zum Vorteil gereichen würden: Ab Herbst 1904 arbeitete er für ein Jahr als Laborant bei Sir William Ramsey in London. Anschließend besichtigte er für einige Tage New York und verbrachte sodann mehrere Monate bei Ernest Rutherford im kanadischen Montreal. Seine Verbindungen zu Ramsay und Rutherford – zwei Nobelpreisträger – ließen ihn als jungen Wissenschaftler ab und an auf Kongressen und Tagungen im Ausland teilnehmen; fortan nahm Hahn lange Zeit rege an internationalen Konferenzen teil. Noch vor dem Ersten Weltkrieg war er infolgedessen Mitglied internationaler Gremien wie der „Radiumstandard-Kommission“ oder der „Internationalen Atomgewichtskommission“ geworden. 1933 hielt er sich zwischen Februar und Juli mit großer Resonanz als „visiting professor“ an der Cornell-University im US-amerikanischen Ithaca auf. Er wusste in feiner Gesellschaft zu verkehren, deren Manieren und Eskapaden er kannte und goutierte. So schlürfte er luxuriös in kanadischen Hotels Sekt, genoss üppige Speisen und gastierte sogar in einer chinesischen Opiumkneipe. In Paris dinierte er auf Einladung Rutherfords in einem der exklusivsten Restaurants der Seine-Metropole. All die im Ausland gesammelten Eindrücke und Erfahrungen prägten Hahn – unter den deutschen Ordinarien galt er als „so ein anglierter Berliner“.<sup>552</sup>

---

550 Vgl. Sime 2004, S. 22.

551 Für diesen Abs. vgl. Hahn 1975, S. 16-20 S. 33 f. u. S. 50; Hoffmann 2005, S. 66-70.

552 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 58 f.

Hahn besaß folglich Ressourcen, die für sein Wirken in der Zeit nach 1945 nicht unerheblich waren. Viel erlebt hatte er für einen Wissenschaftler allemal.<sup>553</sup> Sogar dem Kaiser Wilhelm II. war er anlässlich der feierlichen Einweihung des KWI für Chemie einmal begegnet, als Hahn ihrer Majestät zu Anschauungszwecken ein radioaktives – überdies hochgiftiges – Präparat auf einem Tablett servierte. In der Nachkriegszeit hielt er sich regelmäßig in Kreisen der der High Society auf – mit Hildegard Knef lernte er bei einem Besuch 1955 in New York zwei Weinflaschen<sup>554</sup> –, ja er selbst war als Nobelpreisträger inzwischen prominent, schrieb für Jugendliche Autogramme. Öffentlich bewegte sich Hahn, einem Elder Statesman gleich und von allseitiger Hochachtung getragen, mit Zigarre bewehrt, sicher über internationales Parkett. Der deutsche Industrielle Karl Winnacker erinnerte sich an die Genfer Atomkonferenz des Jahres 1955: „Mit seinem Humor und seiner menschlichen Sicherheit gewann Otto Hahn auf der Genfer Konferenz schnell an Terrain, was uns übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation sehr zugute kam.“<sup>555</sup> Nach dem Ableben Max Plancks 1947 war Hahn in Westdeutschland ohnehin konkurrenzlos die Rolle des Doyens naturwissenschaftlicher Forschung zugefallen. Sogar der Londoner *Observer* wusste trotz der zeitlichen Nähe zum Kriegsende nur Positives über den Deutschen Otto Hahn zu schreiben: Hahn sei eine „Gestalt der Weltgeschichte“, deren „Ausdruck forschender Redlichkeit und kritischer Unantastbarkeit [...] etwas unendlich Vornehmes an sich“ habe.<sup>556</sup> Kurze Zeit wurde Hahn überdies Anfang 1959 in der FDP als möglicher Bundespräsidentenskandidat gehandelt.

Kurzum: Nach dem Zweiten Weltkrieg war Hahn Träger der weltweit angesehensten Auszeichnung, des Nobelpreises, und Präsident einer der bedeutendsten Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik, der Max-Planck-Gesellschaft. Die vielerorts außerhalb Deutschlands infolge der frischen Erinnerung an den NS-Terror vorherrschende Germanophobie tangierte nicht die Reputation Hahns, der im Urteil der übrigen Welt im Unterschied zu vielen anderen Landsleuten als unbelastet galt. Ohne Rücksicht auf seine angeschlagene Physis mehrte er sein Ansehen fortwährend durch die Teilnahme an gesellschaftlichen Festivitäten, durch Vortragsreisen und die Präsenz auf kulturellen Veranstaltungen.<sup>557</sup> Und

---

553 Zum Folgenden vgl. Hahn 1975, S. 246 u. S. 249; Hoffmann 2005, S. 77 f.

554 Vgl. Hildegard Knef über Hahn 1970, abgedruckt in: Hahn 1975, S. 266.

555 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 203.

556 Zitiert nach ebd., S. 216.

557 Hierfür vgl. Berninger 1974, S. 103.

selbstverständlich wurde Hahn auch Ehrenbürger seiner Heimatstadt Frankfurt am Main.<sup>558</sup>

### **Gaskrieger und Kriegsforscher: Schattenseiten**

Gleichwohl, Hahn war kein makelloser Forscher, gab es doch auch genügend dunkle Kapitel in seiner Biografie. Zum Beispiel sein Kriegseinsatz ab 1914.<sup>559</sup>

Als deutscher Offizier erlebte er die grauenvollen Materialschlachten an Ost- und Westfront. 1915 trat der Chemiker Hahn in die von Fritz Haber angeführte Gaskämpfertruppe, in der ein damals üblicher Patriotismus herrschte. In Polen und Belgien feuerte der 35-jährige Gaspionier Hahn, im unbehaglichen Bewusstsein der Völkerrechtswidrigkeit, Giftgasgeschosse auf den Feind ab. Schon hier wird die Ambivalenz des später für seine Moral bewunderten Hahn erkennbar: Einerseits wendete er eine heimtückische Waffe militärisch an. Andererseits führten ihm ergreifende Sterbeszenen sowjetischer Soldaten die Grausamkeit dieses Waffeneinsatzes vor Augen. Hahn gab später zu, die alltägliche Beschäftigung mit den Gaswaffen hätte ihn mit der Zeit abgestumpft. Er wurde konsternierter Zeuge des soldatischen Massensterbens, der sinnlosen Opferung von jungen Menschen auf den flandrischen Schlachtfeldern im Spätherbst 1914, deren Schreckensbilder sich unvergesslich in Hahns Gedächtnis einbrannten. Soldaten kreppten in seiner unmittelbaren Gegenwart am Giftgas – Hahn erhielt das Eisene Kreuz Erster Klasse. Damals wurde er das erste Mal mit der militärischen Verwendung naturwissenschaftlicher Kenntnis direkt konfrontiert, konnte die Schrecken in eigener Anschauung internalisieren. Lange Zeit später rationalisierte Hahn sein Verhalten mit der Überzeugung, die ihm eingeredet worden sei, durch den Einsatz von drastischen Waffen wie chemische Kampfstoffe den Krieg, somit das Leiden von daran beteiligten Menschen, verkürzen zu können.<sup>560</sup> Erst aus diesen Erfahrungen jedoch habe er lernen können.

Ereignisse wie der Erste Weltkrieg können sich für viele Charakterprofile und Biografien als Fallstricke erweisen, bieten sie doch ausreichend Gelegenheit zur Diskreditierung und Aufladung schwerer Hypothesen. So auch das „Dritte Reich“ und der Zweite Weltkrieg. Doch zunächst: Hahn war kein Sympathisant

---

558 Vgl. ebd., S. 119.

559 Zum Folgenden vgl. Herbig 1976, S. 26 ff.; Hoffmann 2005, S. 82-85; Stamm 1981, S. 26; Wendel, Günter: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft, Berlin 1975, S. 212 f.

560 Vgl. Trömel, Martin: »... denn schließlich hatte ich doch selbst diese Tragödie mit ausgelöst«. Otto Hahn im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, in: Forschung Frankfurt, H. 3-4/2004, S. 70-76, hier S. 76.



Hitlers oder der nationalsozialistischen Bewegung. In seiner politischen Einstellung war er national-konservativ, wollte 1933 „so gern bei dem nationalen Aufschwung in Deutschland mit aller meiner Kraft mitmachen“.<sup>561</sup> Diese Haltung ließ ihn vieles tolerieren. Für die von ihm beargwöhnten antisemitischen Gewaltausschreitungen in Deutschland machte er Hitler zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft noch nicht verantwortlich, sondern sah in diesen lediglich jugendlichen Übermut von Hitlers Anhängern oder eine notwendige Bekämpfung von „Kommunisten“.<sup>562</sup> Darüber wurde – nicht zuletzt von Hahn selbst – oft und gerne geschrieben, wie widerstandsvoll er sich in den Jahren der NS-Zeit doch verhalten habe. Tatsächlich nutzte Hahn seine Funktion als KWI-Direktor, um einige ihm aus persönlichen Kontakten bekannte Juden vor dem sicheren Tod zu bewahren.<sup>563</sup> Außerdem leistete er sich renitente Aktionen. Trotzig nahm Hahn bspw. 1935 als Redner an einer Gedenkfeier der KWG für den ein Jahr zuvor verstorbenen Fritz Haber teil, obwohl staatliche Stellen eine Teilnahme an der Veranstaltung untersagt hatten.<sup>564</sup> Einer Geheimkonferenz des Reichserziehungsministeriums im Frühjahr 1939 blieb Hahn unter falschen Angaben fern und schickte einen Vertreter.<sup>565</sup> In den letzten Kriegstagen habe Hahn gar die schwäbische Kleinstadt Tailfingen vor der Zerstörung bewahrt, indem er als Sprecher der Bürger „furchtlos“ und mit besonnenen Worten den Bürgermeister dazu brachte, auf die Errichtung von Panzersperren zu verzichten und auf diese Weise militärische Kampfhandlungen mit den alliierten Streitkräften zu vermeiden.<sup>566</sup>

Zweifelsohne waren all dies nonkonformistische Verhaltensweisen, letztlich aber bloß dezente Oppositionsbekundungen, die zudem kaum große Gefahren für Hahn bargen. Gleichwohl war dieses Handeln im „Dritten Reich“ keineswegs selbstverständlich und man muss ihm auch eine gewisse Courage zubilligen. Doch lässt es sich zumindest in Zweifel ziehen, relativieren. Im Zusammenhang mit der Rettung jüdischer Wissenschaftler riskierte Hahn mit seinem brieflichen Einschreiten nicht viel, rechtfertigte er seine Interventionen doch mit der vorgeblichen Kriegswichtigkeit der betroffenen Personen, insofern mit einem seinerzeit

---

561 Zitiert nach Sime 2004, S. 11.

562 Vgl. ebd., S. 9.

563 Vgl. Hoffmann 2005, S. 146. Zu einigen Rettungsmaßnahmen zugunsten ihm persönlich bekannter Wissenschaftler bzw. deren Angehörigen vgl. auch Sime 2004, S. 23-28.

564 Vgl. Zierold 1968, S. 192 ff.

565 Vgl. Hoffmann 2005, S. 146.

566 Nach Tailfingen war Hahns Institut 1944 evakuiert worden; vgl. ebd., S. 174.

legitimen Grund. Die betroffenen Personen, so ließ Hahn verlautbaren, würden bedeutende Forschungsarbeiten für kriegsrelevante Projekte leisten und seien daher in Ruhe zu lassen – für einen Institutsleiter war dies nach außen hin ein weniger couragiertes als pragmatisches Handeln, das kaum verdächtig erschien. Zwar stellte er sich auf die Seite rassenideologisch geächteter Wissenschaftler wie Haber, doch hatte er zuvor die Vertreibung Habers aus der KWG mit keinem Handschlag verhindert, diese sogar administrativ unterstützt. Wie der seinerzeit bedeutende Wissenschaftsmanager Max Planck stellte er die Belange der Organisation und der deutschen Wissenschaft über die von einzelnen Personen. Und dass er einmal einer Konferenz mit Regierungsleuten fernblieb, fiel nicht weiter ins Gewicht, da Hahn später noch sehr oft mit politischen und militärischen Granden zu Gesprächen zusammentraf. Sein Opponieren blieb inkonsequent. Nachdem er im Sommer 1933 erfolglos angestrebt hatte, eine Anzahl von etwa fünfzig als „arisch“ klassifizierbare Professoren zusammenzutrommeln, um gegen die diskriminierende Behandlung „nichtarischer“ Kollegen bei der Regierung zu protestieren, fügte sich Hahn umstandslos dem ablehnenden Rat seines Mentors Max Planck und „versuchte also nichts“<sup>567</sup>.

Kein Problem hatte Hahn auch damit, sein Institut in die militärische Kernforschung einbinden zu lassen. Denn dies verschaffte ihm Freiräume und Annehmlichkeiten, so konnte er sein Institut weitgehend intakt und seinen Laborbetrieb am Laufen halten. In Teilen kooperierte er deswegen mit dem Heereswaffenamt der Wehrmacht.<sup>568</sup> Den Koordinatoren des Uranprojekts versperrte Hahn jedenfalls nicht die Türen zu seinen Laborräumen; auch zog er sich nicht in die Privatsphäre zurück, sondern fuhr zu Besprechungen mit Militärs und Politikern. De facto stellte er seine wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst des Regimes, nur unter der Prämisse, dass eine ernst zu nehmende Atomwaffenkonstruktion in Ermangelung industrieller Kapazitäten eben nicht möglich war – was Hahn zweifelsohne wusste. Die Gefahr, dass Hitler von der deutschen Nuklearforschung noch während des Zweiten Weltkriegs eine einsatzbereite Atom bombe zur Verfügung gestellt werden würde, bestand mit großer Sicherheit nicht. Jedenfalls: Die „furchtlose Vernunft“<sup>569</sup>, die Hahn gezeigt habe und für die er später gerühmt wurde, lässt sich in seinem Verhalten in der Zeit vor 1945 nicht ohne Weiteres ausfindig machen. Sein Kollege Max Born hatte sich im Ersten Weltkrieg z.B. im Gegensatz zu Hahn geweigert, Fritz Habers „Gaskriegern“ beizutreten und seine wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst von

---

567 Hahn 1975, S. 50.

568 Vgl. hierfür Hoffmann 2005, S. 148.

569 Ebd., S. 226.

Massenvernichtungswaffen zu stellen. Born traf eine Entscheidung, die für ihn absehbar mit persönlichen Kosten einherging, zog er sich doch den Zorn Fritz Habers, eines einflussreichen Professors, zu und verzichtete er auf die Chance, Anteil an seinerzeit als ruhmreich geltenden Taten zu haben. Hahn hingegen wählte die für ihn vorteilhafte Alternative.

Nach dem Krieg machte sich Hahn daran, für eine positive Wahrnehmung deutscher Wissenschaft – sowohl im In- wie auch im Ausland – zu sorgen. In jüngerer Zeit ist ihm dies als bewusste Geschichtsklitterung zum Vorwurf gemacht worden. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft porträtierte er als eine „wohlmeinende, apolitische, rein wissenschaftliche Organisation, die von einem repressiven Regime umgeben, quasi belagert worden sei“<sup>570</sup>, obwohl diese eindeutig Kriegsforschung betrieben hatte und nicht wenige ihr angehörige Forscher durch Menschenexperimente verbrecherisch gehandelt hatten. Auch dass er während des Kriegs nicht militärisch geforscht hätte, wurde zu einer hartnäckigen „Hahn-Legende, die Hahn in beachtlichem Maße vor kritischer Betrachtung feite“<sup>571</sup>. Diese half bei der Konstruktion eines verzerrten Geschichtsbilds deutscher Atomforschung während des Zweiten Weltkriegs, welches das „Uranprojekt in einer Tradition deutscher wissenschaftlicher Exzellenz auf dem Gebiet der reinen Forschung verortete und der gesamten Gruppe [beteiligter Atomwissenschaftler] politische Ehrenhaftigkeit verlieh“<sup>572</sup> – es also verklärte. Die Kriegsjahre, so Hahn, seien „in glücklicher Weise zur wissenschaftlichen Arbeit verwertet“<sup>573</sup> worden. Unter der NS-Herrschaft hätten die Wissenschaftler sogar einen „Existenzkampf von tödlicher Gefährlichkeit“ ausgefochten, die KWG habe Schutz vor dem „unmittelbaren Zugriff der Fanatiker“ geboten.<sup>574</sup> Nur deswegen, so propagierte es Hahn, habe man auch die Anlehnung an staatliche Stellen suchen müssen.<sup>575</sup> Hahn für seinen Teil suggerierte der Öffentlichkeit ein geradezu martialisch-pathetisches Bild eines Kampfs von Antipoden, zwischen Gut und Böse, Recht und Schlecht, den die deutschen Atomforscher mit dem Regime ausgetragen hätten. Was Hahns Umgang mit der Vergangenheit anbelangt, so sei dieser „unzulänglich“ und lasse „Sensibilität vermissen“<sup>576</sup>, ferner mitunter ge-

---

570 Sime 2004, S. 21.

571 Ebd., S. 38.

572 Ebd.

573 Zitiert nach Berninger 1974, S. 80 [i.O. kursive Herv.].

574 Zitiert nach Sime 2004, S. 46.

575 Vgl. ebd., S. 47.

576 Ebd., S. 21.

kennzeichnet von „Wirklichkeitsflucht“ und „Verdrängung“.<sup>577</sup> Seine Weggefährtin Lise Meitner warf Hahn 1947 vor, die Vergangenheit vergessen machen und das Deutschland widerfahrene Unrecht hervorheben zu wollen.<sup>578</sup>

Dies also ist die Schattenseite Otto Hahns. Am härtesten geht wohl Ruth Lewin Sime mit Hahn ins Gericht. In ihrer Studie zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Rahmen eines Forschungsprogramms von deren Nachfolgeorganisation MPG schreibt sie, Hahn sei ein „Paradebeispiel“ für Selbstbetrug und Unfähigkeit zur Trauer, für Strategien, die Vergangenheit nicht aufarbeiten zu müssen – Gegenstände, mit denen sich Psychologen auseinandersetzen.<sup>579</sup> Hahn habe sich darüber hinaus zum „Komplizen“ eines kriminellen Regimes gemacht, indem er diversen Kriegsverbrechern wie dem Manager Fritz ter Meer für deren Prozesse generös „Persilscheine“ ausstellte – wohl vor allem, weil die Beschuldigten seinem ehemaligen Institut Gelder zugewendet hatten.<sup>580</sup> Einige Aussagengesuche von Bekannten, die ein Entnazifizierungsverfahren noch vor sich hatten, lehnte Hahn allerdings auch ab. Jedoch nicht aus moralischen Gründen, sondern weil der zukünftige KWG/MPG-Präsident sich keine allzu unnötigen Fehltritte erlauben konnte, wie er auch unumwunden zugab.<sup>581</sup> Hahn kalkulierte mit Blick auf das Ansehen seiner Organisation, der MPG, sorgsam Kosten und Nutzen solcher Entlastungsschriften. Zu einer kritischen Reflexion dieser Vergangenheit, vor allem des eigenen Verhaltens während der NS-Zeit, war er allem Anschein nach unfähig. Sein Umgang mit der Geschichte der Nuclearwissenschaftler in den Jahren 1933 bis 1945 und deren Vermittlung in der Nachkriegs-Öffentlichkeit ging Sime zufolge mit einer „Realitätsabspaltung, selektivem Vergessen und schlicht Betrug“ einher. Hahn verhinderte aktiv einen kritischen Vergangenheitsdiskurs und prägte dadurch für längere Zeit eine undifferenzierte Vorstellung von der deutschen Atomwissenschaft unter Hitler. Kollaborationsvorfälle wurden verschleiert, militärische Forschungsarbeiten heruntergespielt und Kritik nüchtern abgeschmettert.<sup>582</sup>

Besonders verantwortungsbewusst und honorig war all das folglich nicht, was Hahn im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg betrieben hatte. Seine

---

577 Hentschel, Klaus: Die Mentalität deutscher Physiker in der frühen Nachkriegszeit (1945-1949), Heidelberg 2005, S. 167.

578 Zitiert nach ebd., S. 96.

579 Vgl. ebd., S. 49.

580 Vgl. ebd., S. 48 f., S. 52 ff. u. S. 61.

581 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

582 Vgl. dazu Sime 2004, S. 55.

Lauterkeit muss deshalb in angemessener Weise relativiert werden. Trotzdem dominiert auch heute noch – zumindest außerhalb der engen Grenzen der Fachwissenschaft – ein ungetrübt einseitiges Bild des verantwortungsvollen Grandseigneurs der Wissenschaft, der ebenso weise wie frei von eigener Schuld die Welt zur Vernunft ermahnte.<sup>583</sup> Die Göttinger Erklärung trug ihren Teil zu dieser Mythenbildung bei.

---

583 Siehe beispielhaft die 2005 erschienene Festschrift für Otto Hahn: Hoffmann 2005.



## 4 Fazit

---

Mit der dramaturgischen Phantasie eines Hollywood-Regisseurs könnte man den Ereignissen um die Göttinger Erklärung filmreiches Material abgewinnen, denn etwas Heroisches hatte es schon: Achtzehn Wissenschaftler stellten sich vor den Augen der Öffentlichkeit heldenhaft zum Duell mit dem ehrfurchtgebietenden Anführer der politischen Exekutive. Das Auftreten der Göttinger Achtzehn erschien sowohl in zeitgenössischer wie auch historisch rückblickender Interpretation als die Folge einer Provokation durch den Bundeskanzler, als angemessene Reaktion auf den eklatanten Versuch, nukleare Bombenwirkung zu verharmlosen. Gleichwohl gab die von Adenauer gebrauchte Artillerie-Metapher zwar den spezifischen Anlass zur Publikation der Protestschrift, jedoch war sie als bloßer Auslöser keinesfalls die eigentliche, geschweige denn die alleinige Ursache des politischen Manifests. Und noch weniger lässt sich die Feststellung aufrecht erhalten, es habe sich bei dieser Schrift ausschließlich um einen Akt der gewissenhaften Wahrnehmung von Verantwortung, allein um zivilgesellschaftliche Courage gehandelt. Jedenfalls ist dieser Aspekt nicht glaubhafter zu behaupten als einige weitere, sind sämtliche im Gemüt der Manifestanten zu suchenden Gründe für ihr Handeln spekulativ. Aufgrund der hier vorliegenden Darstellung lassen sich die – durchaus mannigfaltigen – Interessen und Beweggründe der einzelnen Manifestanten vielmehr zu Motivklassen bündeln, die jeweils von einigen der Achtzehn besonders stark vertreten wurden. Je Motiv gibt es gewissermaßen Protagonisten. Freilich lassen sich die meisten Manifestanten nicht trennscharf einem einzigen Beweggrund zuordnen; jedoch ist bei ihnen eine dominante Motivation durchaus erkennbar.

Sodann lassen sich aus der Einzelfallanalyse der Göttinger Erklärung einige Hinweise für das allgemeine Verständnis von politischen Manifesten ableiten. Viele Aspekte hinsichtlich der Genese, des Funktionierens und der Wirkung politischer Manifeste können daraus destilliert werden.

## **4.1 EINHEIT IN DER AKTION, VERSCHIEDENHEIT IM MOTIV**

### **4.1.1 Verantwortung und Aufklärung**

Das Motiv, welches den Achtzehn retrospektiv am häufigsten zugeschrieben wurde und dessen Gültigkeit die Manifestanten selbst am stärksten untermauerten, war das der Verantwortung, derer sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Eindruck der US-amerikanischen Atombombe gewahr geworden seien. Wissenschaftler, so der Ansatzpunkt, dürften nicht nur Forschung betreiben, sondern müssten sich auch in der Zukunft für deren Resultate verantwortlich fühlen, deren Anwendung fortwährend kritisch beobachten und gegen jedweden Missbrauch Widerstand leisten. Obzwar viele Akteure und noch zahlreichere Interpreten wie auch apologetisch berichtende Zeitgenossen, Epigonen und Wegbegleiter der Göttinger Achtzehn die Wahrnehmung von Verantwortung im Zuge der Göttinger Erklärung mit Stolz und als ebenso eindrucksvoll wie außergewöhnlich darstellten, muss man die Bedeutung dieser vermeintlich primären Triebkraft politischen Manifestierens deutlich relativieren. Denn es konnte gezeigt werden, dass die Monopolstellung der Verantwortung als alleiniges Motiv nicht aufrechtzuerhalten ist, dass sie sogar in den meisten Fällen bloß ein Mittel zum Zweck, nicht aber das Ziel an sich war.

Dennoch: Für einige der Manifestanten war sie wohl in der Tat zentral. So etwa bei Max Born, der diesen Motiv-Typus des gewissensgeleiteten Forschers wohl am stärksten repräsentiert. Dass ihn das vielleicht am wenigsten egoistische Motiv leitete, wird verständlich, sobald man es mit den noch folgenden vergleicht. Dennoch zog auch Born, zumindest im Ergebnis, persönlichen Nutzen aus seinem Engagement. Nach seiner akademischen Emeritierung ab 1953 war er nicht mehr in der Forschung tätig, benötigte somit eine anderweitige Beschäftigung und verbrachte seine Zeit fortan mit dem Sinnieren über die wissenschaftliche Verantwortung. Eine in Deutschland etablierte Atomforschung bedeutete für ihn keine beruflichen Konsequenzen und Profilierungschancen mehr. Längst galt er als Begründer einer eigenen physikalischen Schule, war Nobelpreisträger, kurzum: arrivierte und saturiert. Als Empfänger einer staatlichen Rente und wohnhaft in einem beschaulichen Alterssitz in Bad Pyrmont trieb ihn stattdessen – quasi aus der Distanz des nicht mehr Forschenden – der Gedanke um, dass er seine wissenschaftlichen Zöglinge, die in den USA in kurzer Abfolge die Atom- und Wasserstoffbombe entwickelt hatten, in all den Jahren seiner Professorenzeit zwar zu exzellenten Forschern qualifiziert, ihnen aber kein moralisches Rüstzeug beigegeben hatte. Born gelangte zu der Auffassung, dass die zukünftigen Nach-



wuchskohorten der Kernphysik für die Gefahren und die damit einhergehende Verantwortung ihres Forschungsbereichs sensibilisiert werden müssten. Spätestens ab 1955 ging es ihm darum, ein aufsehenerregendes und warnendes Exempel wissenschaftlicher Verantwortungswahrnehmung in der Öffentlichkeit zu statuieren. Diese Haltung fand in der Göttinger Erklärung, die ja als Manifest per se eine Wahrnehmung von Verantwortung darstellte, ihren sinnfälligen Ausdruck, ward also gleichsam „manifest“.

Ein weiterer vieler Beweggründe, der zugleich auch einen zivilgesellschaftlichen Verdienst darstellt, ist der einer naturwissenschaftlichen Aufklärung – in der sich die Verantwortung von Forschern ausdrückt, Laien über komplexe Zusammenhänge und Gegenstände begreiflich zu machen und sie zu kritischem Urteil zu befähigen. Die Göttinger Erklärung erfüllte sogar eine doppelte Aufklärungsfunktion: Sie deckte die geheimen Atomwaffenambitionen Adenauers auf, die der Kanzler nur zu gerne in der undurchsichtigen Sphäre raffinierter Geheimdiplomatie gehalten hätte, und holte auf diese Weise zugleich ein brisantes, gesellschaftlich bedeutsames Thema aus dem verschlossenen Arkanbereich der Regierungspolitik heraus. Zum Ärgernis des Bundeskanzlers verhalf sie der Öffentlichkeit damit zu einem exklusiven Zugang zur Bonner Hinterzimmerpolitik, der den Bürgern ansonsten verwehrt geblieben wäre. Des Weiteren informierte das Manifest über die realen Gefahren von Atomwaffen für die Zivilbevölkerung, bezweifelte die Einhaltung des staatlichen Schutzversprechens und prangerte offen die rhetorische Verharmlosung an, welche der im Volk allseits beliebte Adenauer soeben vorgenommen hatte. Die dahinter verborgene, nur für Experten selbstverständliche Drastik wurde von den Manifestanten, gestützt auf deren von akademischen Titeln bescheinigte Sachkompetenz, enthüllt.

In diesem Aspekt kommt folglich ein zweiter Motivtypus zum Vorschein, den besonders Rudolf Fleischmann und Walther Gerlach personifizierten. Freilich spielt er eng in den ersten, auf die Verantwortung fokussierenden hinein. Es handelt sich dabei um die Träger einer der Allgemeinheit verantwortlichen Autorität, die sich auf das Wissen um Fakten anerkannter wissenschaftlicher Forschungsergebnisse stützt, die von der Politik nicht ignoriert werden könnten, sondern lediglich akzeptiert und politisch übernommen werden sollten. Im besonderen Fall der Atomforschung galt dies der Erkenntnis, dass sich in der Praxis zwischen strategischen und taktischen Bomben aufgrund der ortsungebundenen Wirkung von Radioaktivität und der in beiden Fällen enormen Zerstörungskraft nicht unterscheiden ließ; aber auch der Illusion, man könne sich vor den Folgen eines Atomkriegs – „der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen“ – wirkungsvoll schützen; man kenne, so stand es im Manifest, „keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr

sicher zu schützen“. Der hier angesprochene Typus kämpfte mit einer gegenläufigen Expertenmeinung wider eine euphemistische Rhetorik und irreführende Bagatellisierung durch Politiker und Militärs an. Ihn störte, dass Atomwaffen in der Politik zu diplomatischen Verhandlungsobjekten und machtpolitischen Statussymbolen verkamen, dass die durch sie verursachten Schrecken kleingeredet und haltlos relativiert wurden. Sein Motiv gründete letztlich auch in einem Kommunikationsdefizit zwischen Regierendem und Experten, da sich ersterer von letzterem nicht in das politische Geschäft hineinreden lassen wollte. Es war der als ungerechtfertigt empfundene Ausschluss von politischen Entscheidungsprozessen, zu denen man sich qua wissenschaftlicher Expertise persönlich Zugangsberechtigt fühlte. Die Göttinger Erklärung sollte folglich dem hier beschriebenen Typus des ignorierten Experten in den Büros der Ministerien und Abgeordneten Gehör verschaffen und über die wahren Risiken einer verharmlosten Angelegenheit öffentlich aufklären.

#### **4.1.2 Reputationsgewinn durch Öffentlichkeitsarbeit**

Ein dritter Typus findet sich in Werner Heisenberg und Karl Wirtz, auch in Walther Gerlach. Sie wollten das öffentliche Ansehen der Kernphysik erhöhen und das Vertrauen in sie stärken. Nachdem 1945 zwei Produkte wissenschaftlicher Nuklearforschung auf grausame Weise zwei Großstädte – Hiroshima und Nagasaki – mit einer historisch bis dahin einmaligen Zerstörungskraft ausgelöscht hatten, drohte der Atomwissenschaft innerhalb der Zivilbevölkerung ein massiver Ansehensverlust, ja sogar eine heftige Gegnerschaft. Besonders Heisenberg, aber auch viele weitere der Göttinger Manifestanten gelangten – nicht zuletzt nach der erfolgreichen und aufsehenerregenden Erprobung einer an militärischem Vernichtungspotenzial noch weitaus gewaltigeren Wasserstoffbombe im Jahr 1955 – zu der Überzeugung, dass man der negativen Assoziation der Atomkraft schnellstmöglich und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen schreiten musste. Schließlich bedrohte sie die gesellschaftliche Akzeptanz des eigentlichen Metiers der westdeutschen Nuklearwissenschaftler: die zivile Kernforschung im Bereich der Medizin und der Energieversorgung. Besonders die beiden Nobelpreisträger Hahn und Heisenberg versuchten, die von ihnen stets als segensreich gerühmten Nutzungsmöglichkeiten der Kernenergie im Rahmen friedlicher Verwendungszwecke positiv herauszustellen, ja geradezu marktschreierisch anzupreisen. Neben eine allgemeine Skepsis der Bevölkerung gegenüber nuklearer Energie trat die spezielle gegenüber der militärischen Verwendung im Rahmen von Bomben und Raketen, in mancher Vorstellung sogar als Munition für Handfeuerwaffen. Vor allem Regierungen des Auslands standen

so kurz nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und dem nationalsozialistischen Terror deutschen Produktionsstätten für atomare Massenvernichtungswaffen mit entschiedener Ablehnung gegenüber.

Aus Furcht, vom Ausland Sanktionen und Repressionen sowie aus dem Inland den Entzug von Vertrauen und Unterstützung zu erleiden, entwickelten bzw. praktizierten einige der Wissenschaftler die Strategie einer PR-Kampagne. In aller Öffentlichkeit, bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Form von Zeitungsartikeln, Aufsätzen, Interviews, Reden und Vorträgen wiesen sie auf die ausschließlich konstruktive, zivile, kurz: friedfertige Ausrichtung der westdeutschen Atomwissenschaft hin. Besonders Hahn und Heisenberg verbürgten sich zum Teil persönlich mit ihren Namen für eine ausnahmslos friedlich betriebene Kernforschung auf dem Territorium der Bundesrepublik. Denn ihr, und nicht der kriegesischen Zweckforschung, galten das Forschungsinteresse und die Geistesanstrengungen der westdeutschen Nuklearwissenschaftler. Dort auch befand sich auf dem globalen Wissenschaftsmarkt die lukrative Nische, in die sie mit der Reaktorforschung noch stoßen und in der sie Innovationspotenziale erschließen konnten. Ihr allein ward zudem aufgrund ihrer Normen- und Wertekonvergenz die Chance beschieden, von der gegenüber Atomwaffen eindeutig ablehnend eingestellten Bevölkerung als unterstützenswert akzeptiert zu werden. Daher achteten die Atomforscher nach 1945 auch äußerst penibel darauf, dass ihre wissenschaftlichen Arbeiten nicht in den Zusammenhang von Atomwaffen oder irgendeiner anderen militärischen Verwendung gestellt wurden.

Die Einhaltung dieser Doktrin erwarteten sie im Übrigen auch – und ganz besonders – vom Staat. Heisenberg, der Politikern nicht vertraute, wollte sogar eine Art von Überwachungs- und Steuerungsinstanz errichten, die direkten Einfluss auf die Politik der Bundesregierung ausüben sollte. Doch dieses Konzept eines Deutschen Forschungsrates scheiterte – nicht zuletzt an dem Widerwillen der Regierung selbst. Doch die offenen Ambitionen Franz Josef Strauß', für die Bundeswehr Atomwaffen anzuschaffen, die später von Adenauer nicht dementiert, sondern sogar zusätzlich bekräftigt wurden, standen dem Werben für Vertrauen und dem Kommunizieren von Beschwichtigung vollkommen entgegen. Da die Atomwissenschaftler gegenüber der Bundesregierung über keine exekutive Weisungsmacht verfügten, sondern lediglich in einigen Beratungsgremien ehrenamtlich Sitze bezogen hatten, fehlte ihnen jedoch die Möglichkeit, im Bedarfsfall direkten Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen zu können. Inspiriert, ja sogar getrieben durch ihren Strategen und späteren Wortführer v. Weizsäcker, der damit freilich ein ganz eigenes (Karriere-)Interesse verfolgte, obendrein einer alternativen Einflussnahme wie dem Deutschen Forschungsrat entbehrend, ließen sie sich für die Wahrung ihrer Interessen auf die verheißungsvol-

le Waffe des politischen Manifests ein. Dieses stellte im Grunde genommen eine spontane und plakative Gegenmaßnahme zu einem erlittenen Kontrollverlust wissenschaftlicher Expertise gegenüber politischer Regierungsausübung dar.

Die Göttinger Erklärung war insofern – zugespitzt – Kulminationspunkt einer von langer Hand geplanten Public-Relations-Maßnahme der bundesrepublikanischen Atomwissenschaftler, der verschiedene Schritte vorangegangen waren. Als historischer Präzedenzfall von praktischer Kernenergieausnutzung überschattete die Atombombe nach 1945 alle weiteren Verwendungsmöglichkeiten und Entwicklungsvisionen. Die PR war ein Medikament der um ihre Karrieren besorgten Atomforscher, mit dem sie dem von Skepsis bis Panik reichenden Angstspektrum beizukommen suchten. Innerhalb dieser PR-Kampagne war die Göttinger Erklärung eine vertrauensbildende Maßnahme. Darin lässt sich wohl ihr Hauptanliegen sehen. Der Öffentlichkeit sollte unmissverständlich gezeigt werden, dass man sich von Seiten der Wissenschaft durchaus einer Verantwortung bewusst war und dass ein Missbrauch dieses Wissens wenn überhaupt von der Politik ausgehen würde. In dieser Hinsicht versuchten sich die Manifestanten, gegenüber einer Komplizenschaft mit der Politik zu verwahren und sich als vertrauenswürdige Gewährsmänner allgemeiner Sicherheitsanliegen zu präsentieren. Dadurch lässt sich die Göttinger Erklärung als eine erstaunlich interessenpolitische Aktion werten, die eben für einige der Unterzeichner nicht mehr viel mit hehrem Verantwortungsempfinden und plagendem Gewissen zu tun hatte. Sie erwuchs aus den zum Teil eigennützigen Kalkülen einer ressourcenstarken Gruppe, die sich um das Renommee ihrer beruflichen Profession sorgte, in der man sich ebenso vor dem Verlust von Anerkennung für sein Lebenswerk wie vor dem Entzug der Zugangsberechtigung zu seinem Forschungs- und Berufsfeld fürchtete.

Jedenfalls: Mit der Göttinger Erklärung wollte man erreichen, dass den Menschen die klare Unterscheidung in zerstörerische und nutzbringende Atomenergieverwendung nachhaltig ins Bewusstsein übergeht – dass Kernenergie eben nicht nur Menschen vernichten, sondern ihnen auch Wohlbefinden und Segen bringen kann. Nicht mehr hingegen sollten die – steuerzahlenden und wahlberechtigten – Bürger mit den atomaren Kräften die Atombombe konnotieren, sondern in die Lage versetzt werden, kriegerische Anwendung und friedliche im Bereich der Energiegewinnung und Medizin differenzieren zu können. Überdies suggerierte das Manifest im Gegenzug, nicht-militärische Atomkraftverwendung sei gänzlich ungefährlich und in jedem Fall staatlich zu fördern. Die Risiken der zivilen Nutzung zur Energiegewinnung erkannten sie nicht, wahrscheinlicher: verschwiegen sie bewusst; zumindest war ihnen in diesem Punkt wenig an weitblickender Verantwortungsübernahme oder schonungsloser Aufklärung gelegen,

sondern an der Absicherung ihres Interesses an ziviler Kernenergieforschung. Ohne Zweifel wären die achtzehn Manifestanten für die vom nahenden Atomausstieg bedrohten Kernkraftwerksbetreiber, ja für alle Atomkraftbefürworter der Gegenwart perfekte Apologeten und enthusiastische Werber gewesen. Offen vorgebrachte Ambitionen, die sowieso schon kontrovers diskutierte Bundeswehr nun auch noch mit atomaren Waffenarsenalen zu versehen, drohten allerdings, die jahrelangen Bemühungen Heisenbergs und seiner Kollegen schlagartig zu nichte zu machen. Denn mit diesen Ankündigungen gerieten die Forscher selbst in den Verdacht, an geheimen Waffenprojekten beteiligt zu sein. Da bis auf zwei der Achtzehn sämtliche Manifestanten auch während des Zweiten Weltkriegs im Uranverein im Auftrag von Wehrmacht und Regierung an einem offiziell kriegswichtigen Atomenergieprojekt gearbeitet hatten, sie somit eine Vergangenheitslast trugen, war dies umso heikler und problematischer.

Es kam also nicht so sehr allein darauf an, den Menschen nach Hiroshima und Nagasaki eine moralische Orientierung zu geben und ein neues Gefühl von Verantwortung zu etablieren. Die gesellschaftliche Furcht vor Atomwaffen, die obendrein von der Regierungspolitik Adenauers und Strauß' genährt wurde, bedrohte schlichtweg die Zukunftsbedingungen der westdeutschen Nuklearwissenschaft, die sich nur bei Akzeptanz und Unterstützung der wahlberechtigten und steuerzahlenden Bevölkerung würde blühend entfalten können. Dazu aber mussten ihre Protagonisten – weltbekannte Forscherkoryphäen wie Heisenberg und Hahn – ihr einen entsprechenden Ruf und ein ethisch verträgliches Zertifikat der ausschließlich friedlichen Forschungsausrichtung verschaffen. Damit mühten sie sich über Jahre hinweg in Vorträgen, Reden, Artikeln, Aufsätzen und Interviews ab – und eben in der Göttinger Erklärung. Sie sollte von der Bundesregierung einen dauerhaft verbindlichen Verzicht auf atomare Waffen, ein unanfechtbares Testat, erwirken. Denn die bislang gültigen Erklärungen der Regierung bargen zu viele juristische Schlupflöcher, waren zu ambivalent und die internationale Einbindung in restriktive Reglements auf die Dauer zu ungewiss, als dass die Wissenschaftler und ihre Organisationen darüber hinwegsehen konnten.

In der Göttinger Erklärung sprachen die Wissenschaftler als Fachmänner zur Öffentlichkeit und als eine Intervention solcher wurde sie von ihren Rezipienten gemeinhin auch aufgefasst. Doch besonders Heisenberg ließ mit seinem Handeln über Jahre hinweg die Grenzen zwischen Fachmann und Interessenvertreter, die ohnehin schon eng beieinander liegen,<sup>1</sup> verwischen. Als Manifestant trat er in

---

1 Vgl. Leibholz, Gerhard: Der Einfluss der Fachleute auf politische Entscheidungen, in: Weizsäcker, Carl Friedrich v. et al.: Die politische Verantwortung der Nichtpolitiker. Zehn Beiträge, München 1964, S. 81-96, hier S. 86 f.

der Göttinger Erklärung ausdrücklich als Experte in Erscheinung, doch sein Motiv war im Grunde das eines Interessenvertreters, eines Lobbyisten. Keine andere Funktion sollte das von ihm ausgeklügelte Konzept eines direkt innerhalb der Räumlichkeiten des Bundeskanzleramts verorteten Forschungsrates erfüllen. Heisenberg wollte an der parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsfindung vorbei einen in seinen Augen effizienteren, rationaleren und zuverlässigeren Weg etablieren – eben jenen vermeintlich unpolitischer Wissenschaftler. Da die Göttinger Erklärung den Charakter eines Surrogats für dieses gescheiterte Vorhaben besaß, ist sie – nicht allein, aber auch – als kühnes Instrument einer spezifischen Interessen- und auch Machtpolitik zu betrachten. Die in der Einleitung zitierte Lobpreisung der Göttinger Erklärung als ein vom Gewissen diktiert Akt muss deshalb entscheidend relativiert und entmystifiziert werden.

#### **4.1.3 Die Triebkraft des Aufstiegswillens**

Und es gab noch einen vierten Typus. Nämlich – zugespitzt – den des ehrgeizigen Karrierebewussten, der sich über die Manifestation, neben nicht zu leugnender moralischer Empörung, auch öffentlich zu profilieren gedachte und seinen eigenen Bekanntheits-, Popularitäts- und Prestigerang – insgesamt: seinen gesellschaftlichen Verkehrswert – zu erhöhen suchte. Konkret war dies Carl Friedrich v. Weizsäcker. Jedenfalls avancierte der ältere Bruder des späteren Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker durch seine maßgebliche Beteiligung als Verfasser und Organisator des Manifests sowie sein Auftreten als Gruppensprecher mithilfe der Göttinger Erklärung zu einem häufig frequentierten Atomwaffen- und Friedensphilosophen. Er besaß die besondere Fähigkeit, wissenschaftliche Grundlagenforschung, wie sie die Physik darstellt, in seinen Überlegungen systematisch mit politischer Anwendung zu verknüpfen und damit intellektuell auf die Notwendigkeit zu reagieren, die nunmehr technisch möglich gewordene Katastrophe – die Vernichtung der menschlichen Spezies durch Kernwaffen – vorauszudenken und verhüten zu helfen.<sup>2</sup> Derlei taten nach dem Krieg in Westdeutschland nicht Viele. Es bestand daher ein Vakuum an solchen interdisziplinär gebildeten Vordenkern. Einer Verantwortungspflicht nachzukommen, war für viele der Göttinger Achtzehn eine Art berufsethische Obligation, für v. Weizsäcker allerdings war es daneben auch eine Rechtfertigung wie überdies eine Gelegenheit zu eigenem politischen Handeln. Mit friedlicher Atomforschung hatte er zum Zeitpunkt der Göttinger Erklärung als Wissenschaftler längst nichts mehr

---

2 Vgl. Becker 1982, S. 378.

zu tun, war im April 1957 bereits auf einen Philosophielehrstuhl nach Hamburg berufen worden.

Die Motive aller anderen Manifestanten verschafften ihm eine legitimierende Plattform, auf deren Basis er atompolitisch öffentlich in Aktion treten konnte. Mit dem Manifest instrumentalisierte er gezielt den Wunsch seiner Kollegen nach öffentlicher Stellungnahme – und mit Erfolg – als persönliches Karrierevehikel. Von Weizsäcker erwies sich dabei als ein fast so guter Aufmerksamkeitsökonom, wie es ein herkömmlicher Berufspolitiker gemeinhin ist. Ihm gelang mit der Göttinger Erklärung ein fulminanter Reputationsgewinn, der seine späteren Arbeiten zu viel rezipierten Werken empor steigen ließ, seine Bedeutung als Intellektueller begründete. Von da an richteten sich auf seine Stellungnahmen, Expertisen und Theorien nicht nur die interessierten Augen einer in sich geschlossenen Fachwelt wie die Kernphysik oder Astronomie. Nein, v. Weizsäcker erlangte eine weit über die kollegiale hinausreichende gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit – in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen genauso wie in der Politik. Von Weizsäcker profitierte davon, dass im Atomwaffendiskurs bis dahin nicht inflationär Gedanken ventiliert worden waren, es sich noch um ein junges, interpretationsbedürftiges Thema handelte. Seine Kompetenz war dadurch – jedenfalls im Nachkriegsdeutschland – weitgehend exklusiv und verschaffte ihm Distinktion, fundamentierte seinen Status als wichtige Persönlichkeit bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung – samt allen mit diesem Status verbundenen Annehmlichkeiten wie Lobreden, Erinnerungswerke und lexikalische Einträge. Die Göttinger Erklärung verhalf ihm zum Durchbruch, machte ihn prominent und verlieh ihm eine über sein weltliches Dahinscheiden fortdauernde Popularität und Wertschätzung.

Selbstverständlich lassen sich auch Zwischentypen ausmachen, können einige Manifestanten in mehreren Motivklassen verortet werden. Otto Hahn z.B. hatte eine – mithin traumatische – Erfahrung gemacht, da es schließlich seine Entdeckung der Kernspaltung im Jahr 1938 gewesen war, welche den Bau einer Atombombe überhaupt erst ermöglicht hatte. Hahn aber wollte bestimmt nicht als der Begründer des *Atomwaffen*-, sondern des *Atomenergiezeitalters* in das historische Gedächtnis Eingang finden. Auch graute es ihm bei dem Gedanken, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Vernichtung zehntausender Menschenleben bereitgestellt zu haben. Dies war der moralische, gewissenhafte Teil von Hahns Engagement. Dieser ist allerdings im Zusammenhang mit seiner Präsidentschaft in der Max-Planck-Gesellschaft zu sehen, als deren Repräsentant er staatliche Forschungsgelder aufzutreiben hatte. Dazu benötigten die dort organisierten Forschungsbereiche allerdings ausreichend gesellschaftliche Akzeptanz; man durfte in diesem Zusammenhang als Wissenschaftler im Nachkriegs-

deutschland nicht im Verdacht militärischer Auftragsarbeit stehen. Auch drohte jederzeit – zumindest in den Augen vieler Wissenschaftsorganisatoren – die Gefahr, durch ein ob geheimer deutscher Atomwaffenforschung aufgeschrecktes Ausland neuerliche Beschränkungen auferlegt zu bekommen. Hahn agierte also innerhalb der Manifestantenschaft als Mesotyp, bei dem sich moralisch-altruistische Interessen mit lobbyistisch-eigendienlichen vermengten. In jedem Fall stellt sein Handeln aber das über ihn gefällte Urteil in Frage, die Beteiligung an der Göttinger Erklärung sei ein „eindeutiger Vorgang höherer ethischer Verantwortung“<sup>3</sup> gewesen.

Eine grundsätzliche Bereitschaft aller Manifestanten, sich in der Öffentlichkeit gegen die Regierung zu wenden, ist überdies in einer sukzessiv erlittenen Enttäuschung durch die gouvernementale Politik zu sehen. In nicht geringem Maße lässt sich die Göttinger Erklärung aus einer Psychologie der Deprivation ableiten – eines gravierenden Gefühls von Benachteiligung, Blockierung, Statusverlust und -sehnsucht. Die westdeutschen Nuklearwissenschaftler mussten eine schwer erträgliche Statusdifferenz zu nunmehr elitären und tonangebenden Forscherkollegen im Ausland erdulden, die ehemals noch in Deutschland – z.T. von ihnen selbst – ausgebildet worden waren. Was die westdeutschen Atomwissenschaftler seit 1945 erlebten, war eine sich schnell vollziehende Deklassierung einer einstigen Forscherelite, welcher der Staat trotz verfügbarer Mittel keine angemessenen Maßnahmen entgegenzusetzen schien. Dies ist deshalb von großer Brisanz, weil sich in den 1950er Jahren durchaus aussichtsreiche Möglichkeiten eines Comebacks der deutschen Atomwissenschaft einstellten. So gab es zwar im Ausland eine Reihe verschiedener Reaktortypen, doch stand deren technische Reife noch aus – ein Defizit, das von den deutschen Wissenschaftlern hätte bewältigt werden können.

Auf diesem Feld wäre es also für Spezialisten ziviler Atomkraftnutzung noch möglich gewesen, Erfolge zu erringen und Innovationspotenziale auszuschöpfen. Kein Sachverständiger hegte damals irgendwelche Zweifel ob der Anschlussfähigkeit der Bundesrepublik an internationale Trends, wenn man nur rechtzeitig die adäquaten Maßnahmen ergreifen würde. Doch genau dies versäumte die Politik. In den Augen der Atomwissenschaftler musste dies in etwa folgendermaßen ausgehen haben: Während die paralysierte Atomforschung dringend der Belebung durch staatliche Gelder bedurfte, ließ Adenauer lieber über mehrere Jahre hinweg überschüssige Steuermittel in selten dagewesener Höhe in einem un-

---

3 Zu einem solchen erhob es Hanns Lilje, der ehemalige stellvertretende Ratsvorsitzende der EKD, in einer Schrift zum Gedenken Otto Hahns im Jahr 1968; Hahn 1975, S. 258.



durchsichtigen Wiederbewaffnungsfonds für die Finanzierung der militärischen Rüstung horten – dem sogenannten Juliusturm. Allein schon deshalb musste man als ausschließlich an ziviler Forschungsausrichtung interessierter Wissenschaftler gegenüber Atomwaffen, deren Anschaffungskosten bei einigen Millionen Mark lagen – polemisch eingestellt sein. Besonders markant kommt der Einstellungswandel der Wissenschaftselite, die zum Zeitpunkt der Gründung des bundesrepublikanischen Staats noch hoffnungsfroh gestimmt war, in dem Schicksal und Verhalten Werner Heisenbergs zum Ausdruck. Er wandelte sich von Adenauers Chefberater in atompolitischen Angelegenheiten zu einem im Kanzleramt und einigen Ministerien unbeliebten Querulanten und scharfen Gegner der Bundesregierung. Der Nobelpreisträger steht damit exemplarisch für die sukzessiv aufgeladene Enttäuschung über die Politik der Adenauer-Regierungen während der 1950er Jahre.

Heisenberg versprach sich zu Beginn des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik viel von Adenauer: Millionensummen für Forschungsmaßnahmen, die er selbst als Präsident des Forschungsrates würde verteilen dürfen; Einfluss auf politische Entscheidungen sowieso. Das Verhalten des Bundeskanzlers gab für diesen zutraulichen Glauben auch allen Grund. Hatte Adenauer doch sehr früh Heisenberg zum westdeutschen Chefunterhändler in internationalen Atomfragen ernannt. Dieser erbrachte – ganz nach dem Funktionsprinzip von Reziprozität – dem Kanzler den einen oder anderen Gefallen, etwa wenn er während einer außenpolitisch angespannten Phase wie die Aushandlung der Pariser Verträge dem Wunsch Adenauers Folge leistete und auf öffentliche Vorträge über die Schrecken eines möglichen Atomkriegs verzichtete.<sup>4</sup> Doch in mehreren Etappen enttäuschte der Bundeskanzler Heisenbergs Erwartungen auf Gegenleistungen brüsk: Dem Forschungsrat Heisenbergs sprang Adenauer im entscheidenden Moment nicht an die Seite, um ihn vor dem organisatorischen Exitus durch die Fusion mit der Notgemeinschaft zu bewahren; das nuklearwissenschaftliche Großforschungszentrum legte er wider Heisenbergs Wunsch nicht in dessen Heimatstadt München, sondern nach Karlsruhe; und Milliarden von Mark gab es nicht für die Atomforschung, sondern für die Wiederaufrüstung. Da Heisenberg alter Mentor und privater Freund des Manifest-Managers v. Weizsäcker war und zudem innerhalb der bundesrepublikanischen Atomwissenschaftlertgilde großen Einfluss besaß, ist dies nicht unerheblich für das Zustandekommen des Mani-

---

4 Adenauer suchte zu verhindern, dass durch einen Vortrag eines westdeutschen Atomphysikers zu einer Zeit, in der Atomforschung in der Bundesrepublik besatzungsstatutarisch untersagt war, besonders in der ausländischen Öffentlichkeit der Eindruck von Regelwidrigkeit und Gefahr entsteht; vgl. Hermann 2007, S. 100 f.

fefts. Hätte Heisenberg zu einem glühenden Fürsprecher der von Adenauer und Strauß betriebenen Atompolitik gezählt, statt ob dieser außerordentlich verstimmt gewesen zu sein, so wäre die Göttinger Erklärung zumindest unwahrscheinlicher geworden.

Die Einrichtung des Atomministeriums im Jahr 1955 schien dann zunächst einen fulminanten Aufschwung, eine wissenschaftspolitisch lange überfällige Kehrtwende zu bedeuten, doch blieb auch diese staatliche Maßnahme nicht ohne negative Folgen. Die DFG, zentraler Interessenpatron der Nuklearforscher, wurde in diesem Zuge von der Bundesregierung hinsichtlich ihrer Budget- und Geldverteilungskompetenzen, die nun in den Kompetenzbereich eines Bundesministeriums wanderten, schlechterdings ausgebootet. Auch die großen Wissenschaftsorganisationen DFG und MPG, in deren Leitungsgremien die Manifestanten über großen Einfluss verfügten, waren infolgedessen mit der Adenauer'schen Forschungspolitik höchst unzufrieden.

Es handelte sich bei den achtzehn Professoren somit um Angehörige einer blockierten Elite, die seit 1945 an ihrer Statusdiskrepanz mit zunehmender Intensität litt und deren Agens in der Wahrnehmung wurzelte, von der regierenden Politik nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit und Unterstützung bedacht worden zu sein. Allesamt galten sie als herausragende Spezialisten und talentierte Nachwuchsakademiker ihres Fachs, denen jedoch in Ermangelung ausreichender Forschungsbudgets der Anschluss an das Forschungsniveau des Auslands über lange Jahre verwehrt blieb. Demgegenüber beschränkte sich Adenauers atompolitisches Handeln auf beschwichtigende Absichtserklärungen. Erst als es um militärische Maßnahmen ging, um den autonomen Besitz eines eigenen Atomwaffenarsenals, schien die Bundesregierung ihre abwartende Haltung plötzlich zu ändern und einen gänzlich anderen Elan zu zeigen. Die Gleichzeitigkeit von dringlichen Forderungen der Wissenschaftler nach Bewegung und die von den verantwortlichen Politikern als verengt geschilderten Räume politischen Handelns, die mit Rücksicht auf Außen- und Sicherheitspolitik angeblich statische Zustände verlangten, erzeugten zwischen den beiden Seiten einen für den späteren Konflikt bedeutsamen Dissens. Auf ihre Weise reagierten die Achtzehn typisch für eine enttäuschte und paralysierte Elite: verdrossen, zynisch und aggressiv.

Als eine generelle Ursache des vielschichtigen Wissenschaftlerverdrusses lässt sich wohl außerdem ein Unverständnis, vielleicht sogar eine empörte Ablehnung gegenüber den Eigentümlichkeiten und Irrationalitäten des politischen Betriebs – Wahltaktik, Kompromisse, Proporze und die von Außenstehenden selten nachvollziehbare Logik parlamentarischer und parteipolitischer Aushandlungsprozesse – ausmachen. Politikeigene Rationalitäten wie Wahlkampfstrate-

gien, demoskopische Stimmungen, die Beachtung vielfältiger Interessen oder auch die häufig nach sachlichen Maßgaben irrational anmutende Prioritätensetzung innerhalb der Politik erschienen den Atomwissenschaftlern schlichtweg absurd; für so etwas konnten sie, die aus ihrem Berufsfeld exakte Messung, objektives und ideologiefreies Denken gewohnt waren, einfach kein Verständnis aufbringen. Die Adenauer'sche Regierungspolitik akkumulierte in den Jahren bis 1957 auf Seiten der Kernphysiker ein gehöriges Maß an Unzufriedenheit mit dem Arbeitsergebnis der politischen Elite. Insofern war die Göttinger Erklärung auch zum Teil die Eruption eines revanchistischen Bedürfnisses, die erlittenen Niederlagen gegenüber der Politik zu vergelten.

Da die Atomforscher zudem über keine geeignete politische Repräsentanz in den parlamentarischen und exekutiven Sphären der Politik verfügten, die Opposition noch dazu schwach war, sahen sie sich – wie sie es selbst gerne darstellten – zu staatsbürgerlicher Initiative genötigt. Vergeblich hatten Heisenberg und seine Kollegen auf nationaler Ebene nach einer politischen Vertretung ihrer Belange gesucht. Die Göttinger Achtzehn traten gleichsam als politische Seiteneinsteiger für den Moment und in eigener Sache auf, bewiesen überdies Geschicklichkeit im Umgang mit den Medien – bekanntlich eine Kernkompetenz professioneller Politiker. Ungereimtheiten in der Politik waren quasi der Motor dieses zivilgesellschaftlichen Engagements.

Die genauere Analyse der Göttinger Erklärung hat gezeigt, dass diese Schrift sich unterschiedlichen Beweggründen verdankt, die eben keinesfalls nur altruistischer Provenienz, sondern durchaus auch selbstbezogen waren. Schon das auffällige Faktum, dass sie eine spezifische, nicht aber allgemeine Warnung vor den Gefahren der Atomtechnologie aussprach, macht sie dahingehend verdächtig. Die bekanntlich erheblichen Risiken von Energie erzeugenden Kernreaktoren erwähnte das vorgeblich aufklärerische Manifest jedenfalls mit keinem Wort. Allein die Bundesregierung sollte als verantwortungsloser Akteur diskreditiert werden, der eine eigentlich segensreiche Technologie aus machtpolitischen Motiven pervertierte, zudem einem überkommenen Gedankengut längst obsolet gewordener Ansichten anhing. Die Schrift prangerte die militärische Kernenergieverwendung als moralisch inhuman und leichtsinnig an. Die zivile, durch zahlreiche Reaktorunfälle mittlerweile erwiesenermaßen ebenso gefährvolle Nutzung atomarer Kräfte blieb demgegenüber von ihr damals gänzlich ausgeblendet. Zumindest von potenziellen Risiken der zivilen Nuklearenergienutzung besaßen

aber die Atomwissenschaftler auch schon in den 1950er Jahren Kenntnis.<sup>5</sup> Die Göttinger Erklärung machte deshalb vielleicht weniger die Probleme einer politischen Absicht des Kanzlers und seines Verteidigungsministers als denn den seit Längerem latent schwelenden Konflikt der Atomwissenschaftler mit der Bundesregierung manifest.

Vieles in dieser Arbeit Geschriebene mag unter Umständen wie der böswillige Versuch einer Demontage des Mythos der Göttinger Achtzehn anmuten. Auch dürften einige Bewertungen, Gewichtungen und Urteile hart, mitunter überzogen ausgefallen sein. Die starke Betonung selbstdienlicher Motive, die Herabstufung und Hinterfragung des gewissensgesteuerten Handelns mögen befremden. Und natürlich sollen hier keinesfalls alle moralischen Beweggründe geleugnet werden, waren mindestens einige der Manifestanten doch zweifellos auch vom Gewissen getrieben. Ja, die Göttinger Erklärung als solche war, ungeachtet ihrer Ursachen, eine in der Öffentlichkeit wahrgenommene Verantwortung von Wissenschaftlern. Doch in der Tat lässt sich das Motiv der Verantwortung mit genauso geringer Verlässlichkeit messen wie etwa jenes eines Elitenverdrusses. Allerdings lassen sich für alle genannten Triebfedern zumindest stichhaltige Indizien anführen. Das Gemüt der Manifestantenschaft ist komplex. Nicht allein das Gewissen, sondern auch – wenn nicht sogar noch viel mehr – das karrieristische Interesse am beruflichen Fortkommen waren bei diesem politischen Manifest Imperative des Handelns. Die Göttinger Achtzehn waren nicht ausnahmslos Olympiers der Moral, keine ausschließlich zivilcouragierten Helden. Und deshalb gilt es die optimistische Auffassung, die Göttinger Erklärung sei seinerzeit von einem „neuen Verantwortungsbewusstsein für das eigene Tun“<sup>6</sup> durchtränkt gewesen, zu relativieren.

## **4.2 DIE GÖTTINGER ERKLÄRUNG ALS EIN POLITISCHES MANIFEST**

### **4.2.1 Erfolgsfaktoren**

Politische Manifeste, so kann man zumindest am Beispiel der Göttinger Erklärung lernen, müssen nicht aus den offiziell genannten oder von außen zuge-

---

5 Vgl. z.B. Langendorff, H.: Schutz gegen Atomgefahren, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 1, S. 19 f.; o.V.: Strahlengefahren, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 12, S. 403.

6 Hentschel 2005, S. 168.

schriebenen Anlässen entstanden sein, sind mithin multimotiviert. Was aber konnte nun, über die konkreten Beweggründe und die Feststellung eines eben nicht nur einseitig motivierten Engagements hinaus, für die theoretische Ausdeutung des Phänomens „politisches Manifest“ an Erkenntnissen gewonnen werden?

Da wäre zunächst einmal die innere Organisation. Nicht alle achtzehn Manifestanten waren daran beteiligt, viele akklamierten den Text lediglich durch ihre Unterschrift. In Carl Friedrich v. Weizsäcker gab es einen Hauptverantwortlichen, eine zentrale und unverzichtbare Figur. Er war gleichsam universell der Autor, literarische Verfasser und die geistige Quelle der darin enthaltenen Gedanken. Die ansonsten berufenen Manifestanten teilten entweder aktiv die Überlegungen oder akzeptierten sie passiv. Daneben standen einige wenige Koautoren sowie mit Hahn, Born und Heisenberg zugkräftige Multiplikatoren und „Testimonials“, die bei der Mobilisierung und Medienplatzierung halfen. Über den Inhalt hatten die beiden Freunde und langjährigen Weggefährten Heisenberg und v. Weizsäcker bereits seit Längerem intensiv Gedanken ausgetauscht. Achtzehn Mann traten in der Öffentlichkeit als eingeschworene Aktionsgemeinschaft in Erscheinung, doch fiel das Unternehmen de facto auf das engagierte Handeln eines kleinen „inner circle“ zurück.

Die Göttinger Achtzehn reüssierten überdies, indem sie im Stile sachlicher Darlegung und gestützt auf ihre akademischen Zertifikate seriös einer diffusen Atomangst Gehalt und Autorität verliehen und ein latentes Bedürfnis nach Deutung und Aussprache befriedigten. Sie unterfütterten ihr Aufbegehren mit sachlichen Argumenten und verzichteten auf populistische Emotionalität. Die Pressekommentatoren insbesondere der regierungsfreundlichen Gazetten goutierten diesen Duktus des akademischen Protests. Gerade in der „nüchternen Betrachtungsweise der Politik und des Militärs“<sup>7</sup> habe das Verdienst der Göttinger Achtzehn gelegen. Offenkundig wirkte sich der Verzicht auf polemische Regierungsschelte, ideologische Phraseologie und schillernde Wortwahl prononciert positiv aus.

Die strukturelle Gestaltung des Manifests liefert ebenfalls wertvolle Informationen für die Erklärung dessen Erfolgs. Obgleich das Manifest von einer seltenen Konstellation günstiger Faktoren wie etwa eine politisch angespannte Wahlkampfzeit profitierte, enthielt sein Design doch wichtige Erfolgsvoraussetzungen: die Beschränkung auf realisierbare politische Forderungen und die Akzentuierung persönlichen Engagements der Manifestanten. Damit unterschied es sich von vorangegangenen Manifestationen wie der Mainauer Kundgebung oder

---

7 O.V.: Ein Alarmruf, in: Die Welt, 13.04.1957.

dem Russell-Einstein-Appell. Auch existierte keine Parallelaktion anderer Manifestanten, sodass es zu keiner Konkurrenz um die knappe Aufmerksamkeit der Medien kam.

Im Vergleich mit der ähnlich lautenden Kundgebung von der Mainau aus dem Jahr 1955, die das inhaltliche Fundament für die Göttinger Erklärung gelegt hatte, ließen sich auffällige Unterschiede herausfinden, denen man entscheidende Erfolgseffekte zuschreiben kann. So nahm das 1957er Manifest keine Generalisierung mehr vor, sondern richtete sich spezifisch an die Regierung der Bundesrepublik und forderte eine politisch umsetzbare, nicht aber eine unerreichbar-utopische Maßnahme. Überdies kündigten die Unterzeichner persönliche Konsequenzen im Falle einer Nichtachtung an. Diese drei Parameter verhalfen der Göttinger Erklärung anscheinend zu einer besonderen Qualität, die dem Manifest, eingebettet in ein günstiges Umfeld, eine weitaus größere Brisanz verlieh, als vormals von dem Mainauer Appell ausgegangen war.

Im historischen Vergleich lassen sich einerseits Unterschiede zur Mainauer Kundgebung, andererseits aber auch Gemeinsamkeiten zum „Krefelder Appell“ des Jahres 1980 ausmachen. Im November 1980 forderten friedensbewegte Bürger: „Keine Atomraketen in Europa!“, denn: „Der Atomtod bedroht uns alle.“ Diese Krefelder Appell getaufte Schrift war „Kern einer massenmobilisierenden Protestbewegung gegen die Nachrüstungspolitik“ und geriet für die Regierung Helmut Schmidts zur „Herausforderung“.<sup>8</sup> In einer Reihe vieler Aufrufe der Friedensbewegung stach er als ein besonders erfolgreicher hervor. Dabei schöpfte der Appell seine Kraft aus ähnlichen Quellen wie die Göttinger Erklärung. Erstens bot er viele prominente Personen auf, die im Gegensatz zu den Unterzeichnern anderer derartiger Aufrufe nicht der Loyalität zu kommunistischen, von Moskau aus gesteuerten Organisationen verdächtigt wurden und so dem Text zu mehr öffentlicher Reputation verhalfen. Zweitens hatte sich das Krisenbewusstsein der Bevölkerung gewandelt, waren die Bürger durch die wechselseitigen Raketenstationierungen von sowjetischen SS-20 und US-amerikanischen Pershing-II in Unruhe, bisweilen sogar Angst versetzt worden; dadurch traf der Ruf nach Abrüstung auf großes Interesse und eine breite Zustimmung. Und drittens beinhaltete das Krefelder Manifest taktische Elemente, die denen ähnelten, die v. Weizsäcker über zwanzig Jahre zuvor angewendet hatte. Auch die Krefel-

---

8 Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel. 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 199; zum Folgenden siehe auch Walter, Franz: Manifest der Friedensbewegung im Herbst der Kanzlerschaft Schmidt. Der „Krefelder Appell“ von 1980, in: Klatt/Lorenz (Hg.) 2011, S. 255-284.

der wandten sich als „Deutsche [...] zuerst an die eigene Regierung“<sup>9</sup>, ermittelten also mit Schmidts Kabinett einen konkreten Verantwortlichen.

Doch zurück zur Göttinger Erklärung. Neben der stilistischen Formgebung und des inhaltlichen Arrangements der Manifest-Schrift waren ihre Unterzeichner, die Manifestanten, besonders erfolgsrelevant. Das Unterzeichnerkollektiv war keine zufällig zusammengewürfelte Ansammlung renommierter Namen, sondern eine Gruppe persönlich untereinander bekannter, über gemeinsame Gremien- und Forschungsarbeiten biografisch und karrieristisch langjährig miteinander verwobener Personen. Die Gruppe kannte sich aus anderen Kontexten und war keinesfalls eine Ad-hoc-Gründung. Die wissenschaftlichen Zertifikate, die Prominenz und das Prestige einiger Nobelpreisträgerschaften sowie nicht zuletzt ihre unbestreitbare Fachkompetenz verliehen ihnen in der atompolitischen Streitfrage besondere Autorität und Glaubwürdigkeit, ließen ihre Ansichten in der Öffentlichkeit aufmerksames Gehör finden. Namen wie Hahn, Born, v. Laue und Heisenberg waren gewissermaßen Garanten für Seriosität und Rechtmäßigkeit der vorgebrachten Anliegen. Aufgrund ihrer eigenen Bürgerlichkeit überdies nicht in den Verdacht eines Protests im Auftrag einer politischen Gegenkraft geratend, stießen die achtzehn Manifestanten in der Bevölkerung auf ein hohes Zustimmungspotenzial. Ihre Herkunft aus einem nichtpolitischen Gebiet, gepaart mit einer zu den Regierungsparteien konvergenten Schichtzugehörigkeit, erschloss eine überaus ergiebige Quelle von Akzeptanz und Empathie. Die Manifestanten konnten glaubhaft den Nachweis der politischen Überparteilichkeit erbringen. Sie waren eben keine weltabgewandten Querköpfe, die ohnehin in suspekter Weise utopischen Idealen anhängen und dabei irgendwie merkwürdig anmuteten. Man kann folglich mit einiger Sicherheit behaupten, dass das Manifest in nicht geringer Weise von den individuellen Ressourcen seiner Manifestantenschaft profitierte, die Unterzeichner folglich ein bedeutsamer Erfolgsfaktor von Manifesten sind.

Das virtuose Fachwissen der Atomwissenschaftler schützte sie allerdings nicht vor der Kritik, sich mit einer politischen Stellungnahme in einen fachfremden Bereich, auf fremdes Terrain, begeben zu haben. Besonders Strauß und Adenauer nahmen die bewusst herausgehobene apolitische Haltung der Professoren zum Anlass, ihnen jegliche Kompetenz in der Diskussion sicherheits- und außenpolitischer Fragen abzuspochen. Diese Kritik erwies sich jedoch schon nach kurzer Zeit als unzureichend, um die Attacke der Göttinger Achtzehn in den Medien zu parieren. Nicht einmal der im „negative campaigning“ für ge-

---

9 Gert Bastian zitiert nach Kröncke, Gerd: Spät regt sich die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05.07.1981.

wöhnlich geschickte Adenauer vermochte es also, die Manifestanten politisch in Misskredit zu bringen.

So wie es unterschiedliche Motivtypen und deren Personifizierungen gibt, lassen sich auch Rollen im „Schauspiel“ des politischen Manifests erkennen. Hahn, „dessen moralische Integrität in der Welt so unbestritten ist, dass sich im schlimmsten Nachkriegsgetümmel keine ernsthafte Stimme“<sup>10</sup> gegen die ihm zuteil gewordene Nobelpreisverleihung erhoben hatte; Born, der unter persönlichen Opfern als NS-Verfolgter nach England emigriert war, die britische Staatsbürgerschaft angenommen hatte und als ausgewiesener Pazifist galt; und v. Laue, der sich während der nationalsozialistischen Regimezeit als „Hort der Unterdrückten, als Ritter ohne Furcht und Tadel“<sup>11</sup> verhalten habe – sie waren gewissermaßen die Köpfe und Gesichter der Manifest-Aktion, die moralische Integrität repräsentierten. Mit ihrem Verhalten und den Erlebnissen der Vergangenheit verliehen sie dem Ganzen ein Antlitz des ethisch Korrekten. Heisenberg stand darüber hinaus für die wissenschaftliche Autorität, die sich hinter den inhaltlichen Aussagen verbarg. Und v. Weizsäcker trat als mediengewandter Organisator und Sprecher der Achtzehnergruppe auf.

Auffällig ist aber auch, dass sich die Achtzehn als Gruppe verfestigten und sich in den folgenden Jahren in bestimmten Fragen intern berieten. Es handelte sich um eine – partiell auch schon zuvor bestehende – Allianz, die sich zwar im geschlossenen Kreis beratschlagte, sich trotz einiger Versuche allerdings nicht mehr zu einer weiteren Kollektivaktion bereitfand. Ein zweites Manifest der Göttinger Achtzehn nach dem April 1957 scheiterte übrigens genauso an egoistischen Motiven, wie sie das erste zum Teil hatten zustande kommen lassen. Karl Wirtz bspw., der zwischenzeitlich zum Leiter des großen Kernforschungszentrums in Karlsruhe aufgestiegen war und in diesem Zuge karrieristische Genugtuung erfahren hatte, zeigte bezeichnenderweise keine Bereitschaft mehr zu einer öffentlichen Kritik an der Regierungspolitik.<sup>12</sup> An Wirtz' Verhalten lässt sich besonders illustrativ die mitunter tendenziell eher nicht auf Verantwortung gründende Motivlage der Manifestanten nachvollziehen. Nicht zuletzt egoistische Motive hatten das politische Manifest bewirkt, egoistische Motive waren es auch, die Wirtz dereinst zu der Manifestation auf Distanz gingen ließen. Kein Wunder, war er doch als wissenschaftlicher Leiter des Kernforschungszentrums Karlsruhe am stärksten an öffentlicher Atomkritik desinteressiert und in eine Stellung gelangt, in der ihm an einer reibungslosen Zusammenarbeit mit den

---

10 O.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, in: Der Spiegel, 08.05.1957.

11 Zitiert nach Hildebrandt 1987, S. 235.

12 Vgl. Kant 2007, S. 13; Rese 1999, Fußnote 853/S. 196 f. sowie S. 198 f.



Staatsstellen, den öffentlichen Geldgebern also, gelegen sein musste. Denn Wirtz war von der Furcht ergriffen, der Protest gegen militärische Nutzung könnte sich alsbald auch gegen die zivile Verwendung richten, also eine generelle Anti-Atom-Attitüde annehmen. Konsequenterweise war lediglich seine Orientierung an karrieredienlichem Verhalten.

Sodann gab es weitere, eher extern in dem gesellschaftlichen Umfeld und dem historischen Zeitpunkt zu verortende Erfolgsfaktoren. Beinahe unabhängig von ihrem Inhalt haftete der Protestschrift ein natürliches Sensationspotenzial an. Denn es war Wahljahr und die verhältnismäßig ereignisarmen Osterfeiertage standen bevor. Dies war folglich eine terminlich überaus günstige Konstellation, um in den Medien eine politische Attacke auf die Bundesregierung zu platzieren. Eben deshalb fand man in Adenauer einen namentlich benennbaren sowie in Popularität und Zustimmung politisch verwundbaren Kontrahenten vor. Außerdem deutete zum damaligen Zeitpunkt demoskopisch noch kaum etwas auf den überwältigenden Wahlsieg der Union im Herbst 1957 hin, schien der Kanzler geschwächt zu sein. Zudem bot Adenauer gewillten Gegnern mit seiner euphemistischen Äußerung von der Atomartillerie eine vorzügliche Angriffsfläche, eine Möglichkeit, seine Politik und Person konkret und namentlich zu skandalisieren und so den Kanzler negativ in die Schlagzeilen zu bringen. Ein solchermaßen gegenständlicher Ansatzpunkt hatte sich den vorangegangenen Manifesten nicht geboten.

Die Göttinger Erklärung bezog enormen Zündstoff und große mediale Beachtung aus der Bezugnahme auf ein konkretes, gerade aktuell gewordenes Vorhaben der Regierung. Aktualitäts-, Objekt- und Nationalitätsbezug waren derart geschickt gewählt worden, dass man eine starke Betroffenheit der Zielgruppe, der bundesrepublikanischen Bevölkerung, erwirken konnte – kurzum besaß die Erklärung einen hohen Nachrichtenwert. Hinzu kam die kommunikative Überzeugungsmacht vom Schutz von Menschen<sup>13</sup>, dem Streben nach Selbsterhaltung der eigenen Spezies, die ebenfalls ein extrem großes Ausmaß an Betroffenheit herstellte. Darin unterschied sich die Göttinger Erklärung von anderen Wissenschaftlermanifesten mit Stellungnahmen gegen Atomwaffen, die häufig pauschal an alle Regierungen der Welt appelliert hatten. Außerdem traf das Manifest, wie Umfragen belegen, auf eine günstige Bevölkerungsstimmung. Da über die Hälfte der Bürger gegen Atombewaffnung eingestellt war, existierte für die Ansichten der Atomwissenschaftler offenkundig ein gehöriges Majoritätspotenzial. Dieses bedurfte lediglich einer wirkungsvollen Aktivierung. Insoweit kanalisierte das Manifest bereits vorhandene Strömungen. Die Atomwissenschaftler boten für

---

13 Vgl. dazu Zimmermann 2008, S. 15.

eine gestaltlose, diffuse Atomangst eine begreifliche Deutungsvariante an und skizzierten ein ebenso anschauliches wie plausibel anmutendes Gefahrenszenario.

Die Göttinger Erklärung begründete ihre Wirkung, so lässt sich abschließend resümieren, in erster Linie durch ein harmonisches Zusammentreffen, eine fruchtbare Koinzidenz der gesellschaftlichen Situation, des Erkennens eines Gelegenheitsfensters durch die Manifestanten und die im Manifest enthaltene Botschaft. Über diese spezifische Erfolgskonstellation hinausgehend, lässt sich am Beispiel der Göttinger Erklärung zum theoretischen Verständnis von politischen Manifesten Folgendes festhalten: Die Voraussetzungen für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit – dabei zuerst durch die Medien, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen – und eine Reaktion durch die Politik liegen in der thematischen Brisanz, der Anwesenheit eines verwundbaren Kontrahenten und der angemessenen Seriosität der Manifestantenschaft.

#### **4.2.2 Die Konsequenzen eines politischen Manifests**

Die Wirkungsbedingungen sind damit benannt. Doch wie sieht es nun mit den Wirkungen selbst aus? Welche Effekte zeitigte die Göttinger Erklärung, soweit sich dies überhaupt feststellen lässt?

##### **Ein biografisches Ereignis**

Beginnt man mit ihren Unterzeichnern, so lässt sich sagen, dass die Manifest-Aktion nicht spurlos an den Manifestanten vorüberging und für sie nicht ohne persönliche Konsequenzen blieb. Für den Initiator und koordinierenden Akteur des Göttinger Manifests, Carl Friedrich v. Weizsäcker, war die Manifest-Aktion ein Vehikel. Aus ihr bezog er – man möchte sagen: gezielt – sehr karriereförderliche Vorteile. Die Göttinger Erklärung brachte ihn in den viel frequentierten Medien der Tagespresse ins Gespräch und profilierte ihn als eine Persönlichkeit, die offenkundig interessante und gewinnbringende Interpretationen zu dem neuen Phänomen einer permanent von Massenvernichtungswaffen bedrohten Menschheit parat hielt. Als interdisziplinär gelehrter und geprägter Experte schienen seinen Überlegungen tiefe Einblicke in unterschiedlichste Themenfelder zugrunde zu liegen. Mit diesem Pfund konnte der später als Universalgelehrte Bewunderte in den folgenden Jahrzehnten wuchern und nach etlichen Jahren am kernphysikalischen Institut seines nobelpreistragenden Mentors Heisenberg einen neuen, selbstständigen Karriereweg einschlagen. Für v. Weizsäcker jedenfalls war die Göttinger Erklärung eine äußerst vorteilhafte Grundlage für sein späteres Wirken als Friedens- und Gesellschaftsphilosoph. Er avancierte binnen

kurzer Zeit zu einem „Atomwaffenphilosophen“, dessen Statements und Thesen von seiner wissenschaftlichen Autorität als untermauert galten.

Otto Hahn – um ein weiteres Beispiel persönlichen Gewinns anzuführen – stieg mit seiner Beteiligung an der Göttinger Erklärung in neue Sympathieebenen hinauf, seine moralische Integrität und sein ohnedies stattliches Ansehen in der Öffentlichkeit wurden durch das Manifest nochmals gemehrt. Dass sein Handeln nicht nur im Dienste eines verehrungswürdigen Verantwortungsethos, sondern eben auch der Max-Planck-Gesellschaft stand, konnte man sich nach dem April 1957 kaum mehr vorstellen.

Alle achtzehn Manifestanten gingen biografisch mit der Manifestation des 12. April 1957 eine Verbindung ein. Mit den immer wiederkehrenden Jubiläen der Manifest-Schrift finden auch ihre Namen in den Zeitungen und Dokumentationen Erwähnung. Andersherum taucht selten eine Biografie eines „Achtzehners“ auf, in dem diese Episode nicht berücksichtigt wird. Alle achtzehn Manifestanten qualifizierten sich dafür, als in schwierigen Zeiten außergewöhnliche Courage zeigende Bürger porträtiert zu werden, die sich mutig einer für falsch und Existenz bedrohend befundenen Politik entgegengestellt hatten, deren Namen mit eigenen Artikeln Eingang in Lexika fanden.

### **Stärkung des Risikobewusstseins trotz politischer Niederlage**

Welche Schlüsse lassen sich nun eigentlich nach der Analyse des Manifests zur historischen und gesellschaftlichen Relevanz der Wissenschaftleraktion ziehen? Stellt man einen geschichtlichen Vergleich an, so begaben sich die Göttinger Achtzehn 1957 auf den Weg zurück zu einer professoralen Haltung, wie sie zuletzt im Kaiserreich bestanden hatte. Die Ordinarien jener Epoche engagierten sich besonders im Ersten Weltkrieg über öffentliche Stellungnahmen und Aufrufe in einem politischen Sinne. Sie begriffen sich dabei nicht als Parteianhänger, „sondern nur als unparteiische, wissenschaftlich geschulte Lehrer des Volkes. [...] Subjektiv fühlten sie sich an keinen von irgendeiner Partei ausgehenden Auftrag gebunden, sondern allein an das, was sie als die eigene politische Pflicht empfanden.“<sup>14</sup> Damit vollzogen die Göttinger Achtzehn folglich eine Renaissance naturwissenschaftlichen Aufklärungsethos’.

Mit der Göttinger Erklärung statuierten ihre Manifestanten zudem ein Exempel der besorgten Warnung vor den Gefahren wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Erklärung fungiert gewissermaßen als mustergültiges Beispiel, regierungspolitisches Handeln nicht bedingungs- und kritiklos zu akzeptieren, sondern stets

---

14 Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen u.a. 1969, S. 185.

zu hinterfragen. Sie trug zur Überprüfbarkeit und Kontrolle politischen Handelns bei und befähigte zur präziseren Risikobeurteilung. Auch half sie bei der Herausbildung eines wachsameren Bewusstseins für die dem Atomzeitalter beständig innewohnenden Gefahren eines kriegesischen Konflikts von unberechenbaren Atommächten. Allerdings war ihr Aufklärungsstreben einseitig in Richtung auf die militärische Kernenergieverwertung ausgerichtet. Jeder einzelne Bürger, nicht bloß die Regierungsmitglieder, sollte sich der besonderen Gefahr atomarer Sprengstoffe bewusst werden. Dies war das unmittelbare Ziel: die Schaffung eines Bewusstseins für die allgegenwärtige Gefahr und die Unmöglichkeit verlässlichen Schutzes. Für deren Realität bürgten die achtzehn Manifestanten mit ihren akademischen Zertifikaten und ihrem wissenschaftlichen Renommee. Ob diese Zielstellung erreicht worden ist, lässt sich mit wissenschaftlicher Sicherheit nicht feststellen. Die demoskopischen Werte deuten darauf hin, ebenso die Aufmerksamkeit der Medien. Doch gab es eben nur kurze Zeit später den Appell Albert Schweitzers, der ebenfalls großartige Resonanz erfuhr und Adenauer endgültig in Angst um seine Wählerstimmen versetzte. Vielleicht gingen die beiden Stellungnahmen der von den Bürgern respektierten Persönlichkeiten ja eine symbiotische Beziehung ein, die eine Bewusstmachung der atomaren Bedrohung bewirkte. In diesem Fall hätte die Achtzehnergruppe ihr Ziel erreicht: Man wäre einer Verantwortungspflicht nachgekommen, hätte fachmännisch Aufklärung geleistet, ein Risiko- und Gefahrenbewusstsein geschaffen, die eigene moralische Integrität gesteigert, politische Kontrolle geübt und der Regierung damit einen Warnschuss verpasst sowie gegenüber allen Skeptikern jegliche Zweifel gegenüber den Absichten der westdeutschen Forscher hinsichtlich einer ausschließlich zivilen Kernenergieforschung ausgeräumt.

Politisch erwachsen aus der Göttinger Erklärung dagegen kaum Konsequenzen. Die Bundeswehr wurde dessen ungeachtet militärisch in die Lage versetzt, in Kooperation mit den in Deutschland stationierten US-Truppen im Rahmen eines NATO-Einsatzes Atomwaffen zu benutzen. Sonderlich weit war dies von Strauß' eigentlichen Bestrebungen nicht mehr entfernt. Und dass bis zum heutigen Tag kein Bundeskanzler mit einer eigenen „Black Box“ über Atombomben verfügen kann, verdankt sich in erster Linie politischer Ereignisse und Prozesse, die sich unabhängig von der Göttinger Erklärung abspielten: etwa dem aus Bonner Sicht unfreiwilligen, von de Gaulle ausgehenden Abbruch einer innereuropäischen Atomwaffenproduktion unter Beteiligung verschiedener Länder zugunsten einer allein Frankreich vorbehaltenen Bombe; oder auch dem politisch von einer SPD-geführten Regierung durchgesetzten Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag.

Unzweifelhaft stimulierte die Göttinger Erklärung allerdings ein bereits latent wirksames Unbehagen gegenüber Atomwaffen, das nun in einen direkten Zusammenhang mit der Politik der Bundesregierung gebracht wurde und, flankiert von dem kurz bevorstehenden Bundestagswahlkampf, Adenauer kurzzeitig spontan und akut öffentlichem Druck aussetzte. Der Kanzler wurde zu einem nicht ganz einfachen Konfliktmanagement gezwungen, mit dem er die Situation letztlich aber wieder zu seinen Gunsten unter Kontrolle bringen konnte. Kein Zweifel: Am liebsten hätte Adenauer es gesehen, wenn die Medien die Einmischung der Atomwissenschaftler als töricht und unverfroren dargestellt hätten. Doch im Angesicht der öffentlichen Zustimmung erschien es dem Regierungschef zweckmäßig, den versöhnlichen Dialog zu suchen. Politisch routiniert wie er war, trotzte Adenauer den unbequemen Kritikern dabei listig ein Kommuniké ab, das den Eindruck erweckte, als habe sich die Regierung bereits die ganze Zeit über im Einklang mit den achtzehn Professoren befunden, habe es sich eigentlich nur um ein Missverständnis gehandelt. Da die Wissenschaftler als Repräsentanten der Bildungselite, aber auch konservativer Werthaltungen anzusehen waren, konnte somit auch der Konsens mit Teilen der Unionswählerschaft als wiederhergestellt gelten. Die Atomwaffenbestrebungen der Bundesregierung erfuhren dadurch realiter freilich keine Abschwächung, viel eher wurden ihre Protagonisten zu einem noch vorsichtigeren und intransparenteren Vorgehen genötigt.<sup>15</sup> Adenauer jedenfalls befand auch nach seiner Aussprache mit den Manifestanten deren Stellungnahme insgeheim für „das Lächerlichste vom Lächerlichen“<sup>16</sup>.

Trotz allen Erfolgs also: Die Wirkung der Göttinger Erklärung war eingeschränkt. Sie veränderte nicht die Politik der Regierung, sondern lediglich deren öffentlichen Umgang mit dem Gegenstand und wiederum deren Rhetorik und Sensibilität für die Brisanz des Themas. Kommentatoren und Interpreten der bundesrepublikanischen Historie räumen dem Protest der achtzehn Professoren immerhin ein, für Adenauer zeitweise eine massivere politische Bedrohung als etwa die größte Oppositionskraft, die SPD, entfaltet zu haben.<sup>17</sup>

Allerdings begann sich im Zuge der Göttinger Erklärung auch das ansonsten den Unionsparteien zuneigende Bürgertum auf dem politischen Feld der Friedens- und Umweltfragen von CDU und CSU zu distanzieren. Historisch lässt

---

15 Vgl. Rese 1999, S. 69.

16 Protokoll Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1230.

Diese Bemerkung machte Adenauer intern und mit dem Hinweis, sie nicht nach außen dringen zu lassen, im Mai 1957 vor dem CDU-Bundesvorstand.

17 Vgl. beispielhaft Schwarz 1991, S. 333 f.

sich dort der Ausgangspunkt einer elektoralen Zäsur verorten,<sup>18</sup> die von dem 1957er Wahlergebnis freilich noch überdeckt wurde. Adenauers absolute Stimmenmehrheit gründete sich wohl vor allem auf die breite Bevölkerung, die er mit düsteren Prophezeiungen – alles andere als ein Unionssieg würde den Untergang Deutschlands zur Folge haben<sup>19</sup> – im Verlauf des Wahlkampfes auf seine Seite zu ziehen wusste. Der Atom- setzte er die damals noch viel größere Angst vor den Politikern in Moskau, vor einer sowjetimperialistischen Aggression entgegen. Die Gefahr einer Invasion der Roten Armee ließ sich damals noch apokalyptischer als die Verseuchung durch Radioaktivität ausmalen. Diese Taktik bewährte sich zwar, doch barg sie langfristig ein Verfallsdatum in sich, das mit dem Zusammenbruch des Ostblocks Ende der 1980er Jahre auch tatsächlich eintreten sollte. In den bildungsreicheren Sozialschichten der bundesdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre irritierte Adenauers sicherheitspolitischer Kurs und sein tadelnder Umgang mit den augenscheinlich doch redlichen Experten allerdings schon damals. Nur gelang es dem Kanzler, durch einen Verweis auf die permanente Bedrohung aus dem sowjetischen Osten die Legitimität seiner politischen Entscheidung zu untermauern. Selbst die Göttinger Achtzehn vermochten diese nur für einen kurzen Augenblick ins Wanken zu bringen.

### **Historischer Bezugspunkt**

Und trotzdem: Warum werden die Jubiläen des Göttinger Manifests sogar noch nach über fünfzig Jahren in der Öffentlichkeit mit einer derart großen Medienaufmerksamkeit begangen? Was macht die Göttinger Erklärung zu einem solch historisch bedeutungsschweren Dokument?

Die anhaltende Popularität der Göttinger Achtzehn und ihrer Erklärung sowie deren regelmäßige Huldigung zu immer wiederkehrenden Jubiläumsjahren nähren sich vor allem aus der Zeitlosigkeit ihres Inhalts<sup>20</sup>, ihrer immerfort gegenwartstauglichen Thematik, somit einer permanenten Aktualität. Denn solange nukleare Waffenvernichtungsmittel existieren, bleibt die Gültigkeit der Göttinger Warnung aus dem Jahr 1957 bestehen. Obwohl die Manifestanten diesen Bezug nicht absichtlich wählten, um auch Jahrzehnte später noch im Ge-

---

18 Vgl. Walter, Franz: Spaltung des Bürgertums. Warum die „Erklärung der Göttinger Achtzehn“ vor 50 Jahren historische Folgen hatte, in: Die Welt, 12.04.2007.

19 Vgl. Kitzinger 1960, S. 89.

20 Auch heute noch bewegen die Risiken von Kernwaffen die Gemüter und beflügeln Diskussionen; siehe hierfür z.B. Thränert, Oliver: Nukleare Anarchie oder globale Null? Atomwaffen und Neue Weltordnung, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 6/2009, S. 28-31.

spräch zu bleiben, prädestinierte dieser thematische Bezug gewissermaßen die Nachhaltigkeit des Inhalts, dessen Dringlichkeit noch immer gegeben erscheint.<sup>21</sup> Diese Permanenz des Themas und seine ungebrochene Zukunftsrelevanz finden sich in Aussagen wie: Die „Globalisierung der Fähigkeit, moderne Waffen zu entwickeln, herzustellen und zu nutzen und die systematische Einbeziehung von Hochtechnologie in die Rüstungs- und Strategieplanung werden in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach weiter voranschreiten“<sup>22</sup>.

Ferner wirkte die Göttinger Erklärung als „eine Initialzündung“ für ein „ganzes Feuerwerk weiterer Erklärungen, Appelle, Protesttelegramme“<sup>23</sup> und kann somit als Stimulanz zivilgesellschaftlichen Protests angesehen werden. Sie problematisierte einen für die Gesellschaft extrem bedeutsamen Sachverhalt und warnte vor einer gefährvollen, scheinbar aber bereits in Gang befindlichen Entwicklung. Die Erklärung verschaffte einem Thema öffentliche Aufmerksamkeit, das ansonsten womöglich die parlamentarische Berichterstattung nicht verlassen hätte. Eine politische Problemlage konnte durch sie, über den originellen Weg des Manifests, themenkarrieristisch etabliert werden. Darin ist der – situative – Verdienst der Göttinger Erklärung zu sehen. Die Geschichte verdankt ihr folglich eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Atomwaffenproblematik, wenngleich sich der noch in der Gegenwart gültige Verzicht auf eine bundesrepublikanische Atombombe nicht konkret auf sie zurückführen lässt. Obwohl es bereits zuvor kleinere Gruppen mit oppositioneller Haltung zum atompolitischen Handeln der Bundesregierung gegeben hatte, muss man die Göttinger Erklärung dennoch als den Prolog der deutschen Anti-Atombewegung betrachten. Bundeskanzler Adenauer jedenfalls musste nach den Ereignissen des Aprils 1957 alarmiert sein, dass sich bestimmte politische Maßnahmen nicht gefahrlos vertuschen, Risiken regierungspolitischen Handelns nicht einfach bagatellisieren ließen. Die sozialdemokratisch gesteuerte Initiative „Kampf dem Atomtod!“ des Jahres 1958 griff gerne auf die Argumente der achtzehn atomwissenschaftlichen

---

21 Atomwaffenforderungen für Deutschland sind immer wiederkehrend. Deutschland ist technisch zu einer Kernwaffenproduktion in der Lage und die Bundeswehr ist im Rahmen internationaler Bündnisse in Atomwaffeneinsätze betreffende Planungen mit einbezogen. Bis dato gibt es zudem keine gesetzlich verankerte Verichtsregelung; vgl. Hahnfeld, Bernd: Atomwaffenfreies Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2007, S. 471-477, hier S. 471 ff.

22 Abschnitt „TA-Projekt: Kontrollkriterien für die Bewertung und Entscheidung bezüglich neuer Technologien im Rüstungsbereich“, in: TAB-Brief Nr. 11 (Oktober 1996), in: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief11.htm#Projekte> [eingesehen am 14.08.2008].

23 Beide Zitate aus Rupp 1980, S. 279.

Manifestanten zurück und fand in der Bevölkerung eine bemerkenswerte Zustimmung, die sich spektakulär in der Protestteilnahme hunderttausender Bürger ausdrückte. Ehe sich Kanzler Adenauer versah, musste er sogar die Hilfe des Bundesverfassungsgerichts ersuchen, um eine in sozialdemokratisch regierten Ländern geplante Volksbefragung über Atomwaffen in der Bundesrepublik zu vereiteln.

Über Adenauers Atomwaffenpolitik ist hart geurteilt worden: „Die Sicherheitspolitik der Bonner Republik wurde zum delikaten Exempel der Entmündigung der Bürger. [...] Öffentlichkeit als Legitimationsweg politischen Handelns [...] wurde ausgehebelt und durch eine inszenierte Öffentlichkeit ersetzt.“<sup>24</sup> Den Medien wurde in diesem Zusammenhang großes Versagen angelastet. Sie hätten sich nur noch auf die „bloße Aktualität der Verlautbarungen“ konzentriert und keine couragierte Recherche gewagt.<sup>25</sup> Stimmt dies, so müsste der Göttinger Erklärung im Hinblick auf die Demokratie eine besondere Leistung angerechnet werden: das Konterkarieren einer Kommunikation der Verschleierung und Irreführung durch die Regierenden. Die Aktion der Achtzehn hätte in diesem Fall die wahlberechtigten Bürger auf die unter gewissen Gesichtspunkten problematischen Züge der Regierungspolitik hingewiesen, sie zu einer kritischen Betrachtung angeregt und ihnen neue Aspekte für ihre spätere elektorale Willensbildung beigegeben. Mit der Formulierung einer Alternativlösung, dem Atomwaffenverzicht, griff sie zudem die Mehrheitsmeinung der westdeutschen Bevölkerung auf. Das politische Manifest hätte somit eine politische Aufklärungs-, Kontroll- und Korrektivfunktion gegenüber der Regierung, damit aber eine der genuinen Aufgaben einer parlamentarischen Opposition übernommen. Insofern stünde die Göttinger Erklärung auch symptomatisch für das Versagen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu jener Zeit. Denn wo eine angriffslustige, sachverständig argumentierende und auf scharfe Konfrontation zuspitzende Opposition agiert hätte, wäre den Akademikern wahrscheinlich weit weniger Beachtung geschenkt worden. Gleichzeitig hätte die Göttinger Erklärung bewiesen, dass Initiativen, die aus dem parlamentsexternen Raum zivilgesellschaftlichen Engagements unternommen werden, eine unzulängliche Parlamentsopposition unter bestimmten Voraussetzungen kompensieren können.

Abschließend seien noch einige weitere aufschlussreiche Aspekte der Manifest-Aktion erwähnt. So erstaunt etwa das Verhalten Werner Heisenbergs. Zunächst suchte und etablierte er ohne Rücksichtnahme auf reguläre Pfade einen informellen, auf persönlicher Korrespondenz beruhenden Kontakt zu entschei-

---

24 Bald 1994, S. 143.

25 Vgl. ebd.



dungsrelevanten Personen und Amtsträgern, bis hinauf zum Regierungschef. Parallel versuchte er über persönliche Positionen und Netzwerke, den Einfluss von Großorganisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Durchsetzung politischer Ziele zu instrumentalisieren. Anschließend gewann er diverse „Pressure-Groups“, die er auf die Bundesregierung ansetzte, und suchte über die Medien mit harscher Kritik an der Regierungsperformanz den Kanzler und sein Kabinett unter Druck zu setzen. Und schließlich nötigte er mit einem politischen Manifest die Bundesregierung zu politischen Handlungen, indem er sie nochmals verstärkt dem Druck der Öffentlichkeit aussetzte, wahlberechtigte Bürger zu mobilisieren versuchte. Bei alledem ließ er sich häufig von einem in politischen Angelegenheiten scheinbar Bewanderteren – es war Carl Friedrich v. Weizsäcker – beraten. Damit handelte Heisenberg vielleicht genuin politischer als so mancher Berufspolitiker und versetzte der Regierung weit härtere Schläge, als dies etwa parlamentarische Oppositionskräfte wie der viel zu brave und zurückhaltende Erich Ollenhauer seinerzeit vermochten. Auch Heisenbergs Kompagnon Carl Friedrich v. Weizsäcker bewies mit seinen Organisations-, Integrations- und Kommunikationskompetenzen nicht geringere Politikerfähigkeiten, indem er eine vergleichsweise große und heterogen argumentierende Manifestantenschaft zusammentrommelte, sie auf eine gemeinsame Position verpflichtete und überdies den Manifest-Text massenmedienkompatibel arrangierte und lancierte.

Erwähnenswert ist auch noch die personelle Konstellation zwischen Werner Heisenberg und Carl Friedrich v. Weizsäcker. Beider Motive ergänzten sich. Heisenberg war eigentlich wenig an der Methode des politischen Manifests gelegen, da seinem Empfinden nach sämtliche dieser Schriften vor 1957 jedes Mal politisch völlig bedeutungslos geblieben waren. Doch gab er seinem Freund und Kollegen nichtsdestotrotz ein Ziel – eine verbindliche Erklärung der Bundesregierung über die radikale Abkehr von militärischer Kernenergieverwendung – vor. Von Weizsäcker lieferte er damit Sinn und Motiv einer erneuten Manifest-Aktion. Der ambitionierte Freiherr erhielt damit eine Grundlage, auf der er fortan die atompolitische Initiative führen durfte. Heisenberg, der spätestens ab 1956 nach seinen negativen Erfahrungen kaum mehr etwas mit der forschungspolitischen Plackerei zu tun haben wollte, gab zwar das atompolitische Ziel vor, hielt sich ansonsten aber weitgehend passiv im Hintergrund. Von Weizsäcker hingegen führte die Regie und übernahm das Management der politischen Intervention der Wissenschaftler. So konnten beide zufrieden sein. Das Pochen auf wissenschaftliche Verantwortungsübernahme von Seiten Max Borns und die Idee, man könne die riskante Kernenergieforschung befreit von moralischen Skrupeln fortführen, sobald man öffentlich seine Warnung ausgesprochen hat, wie Walther

Gerlach sie vertrat – auch diese Beweggründe harmonierten mit denen Heisenbergs und v. Weizsäckers, auch Hahns. Diese Komplementarität der Interessen innerhalb der Manifestantenschaft war deshalb eine wichtige, möglicherweise unverzichtbare Erfolgsdeterminante. Denn sie erst ermöglichte den gruppeninternen Konsens, mit einem politischen Manifest an die Öffentlichkeit zu treten, und verteilte zueinander kongeniale Rollen und Funktionen.

### **Gesellschaftliche Verdienste**

Die Göttinger Achtzehn bedienten überdies ein gesellschaftliches Informationsbedürfnis nach einer wissenschaftlich fundierten Einordnung des neu aufgetretenen Phänomens technologisch nutzbarer Atomkräfte. Vermittels ihres Manifests stärkten sie die Urteilskraft der politisch mündigen Bürger. Diese kannten zwar die Bilder von atomar verwüsteten Plätzen, hatten auch schon von der Wasserstoffbombe gehört. Doch was den Schutz vor Angriffen mit nuklearem Kampfgerät anbelangte, war die Mehrheit der Bundesbürger zum Zeitpunkt der Göttinger Erklärung wohl an Informationen deutlich unterversorgt, verfügte diesbezüglich über keine realistischen Vorstellungen. Die Bundesregierung hingegen wollte die Bürger glauben machen, man könne sich mit infrastrukturellen Maßnahmen wirkungsvoll gegen die Folgen eines Atomkriegs schützen.

Das Manifest der Achtzehn fiel in eine Zeit, in der sich in der deutschen Gesellschaft ein Bewusstsein für Pro und Contra von Kernkraft erst langsam heranzubilden begann. Die Erklärung erwarb sich mit dem Hinweis auf die Risiken und Folgen eines militärischen Einsatzes zweifellos einen gesellschaftlich ehrenvollen Verdienst. Doch die andere Seite der Medaille, die der zivilen Nutzungsmöglichkeiten, wurde lediglich einseitig positiv erwähnt, mitunter verklärt. Dies war für den weiteren Verlauf nicht unbedeutend, bestimmte sogar die Konstitutionsphase des westdeutschen Anti-Atomprotests mit. Die Göttinger Achtzehn, allesamt ausnahmslos Befürworter, zum Teil sogar heftige Apologeten ziviler Kernenergienutzung, gewannen nämlich über ihre allseits gefeierte Erklärung außerordentlich starken Einfluss auf die stetig anwachsende, allerdings noch im Entstehen begriffene Anti-Atombewegung. So konnten sie die Protestenergien von der Reaktortechnologie zumindest in der ersten Phase des zivilen Widerstands abwenden und stattdessen monoton auf die Gegnerschaft zu Raketen, Bomben und Granaten atomarer Provenienz konzentrieren. Dies wiederum passte auch zu den pazifistischen Tendenzen, die sich nur kurze Zeit zuvor bereits während der Wiederbewaffnungsdebatte gezeigt hatten.

Der Protest gegen zivile Kernkraftnutzung, die spätere Anti-AKW-Bewegung, war vor den 1960er Jahren noch reichlich minoritär, unauffällig und durch Interessen der lokal ansässigen, vom Kraftwerksbau unmittelbar betroffenen Be-

völkerung getragen. Im Juli 1956 versammelten sich in Karlsruhe die Marktfrauen, um dort aus Sorge um ihren Gemüseanbau gegen die geplante Errichtung der Reaktorstation zu demonstrieren.<sup>26</sup> Etwas später schlossen sich dieser Gegnerschaft zwei umliegende Gemeinden an. Im Jahr vor der Göttinger Erklärung begann sich zwar an dem ersten Standort eines deutschen Zentrums für Reaktorforschung zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die friedliche Atomforschung zu erheben. Es ist jedoch bezeichnend, dass die politisch schlagkräftigste Bewegung jener Zeit, die des „Kampfes dem Atomtod!“ 1958, ausschließlich gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen opponierte – nicht aber gegen die industrielle Kernenergieverwertung und die damit verbundenen Unwägbarkeiten und ökologischen Probleme. Es scheint, als hätte die Göttinger Erklärung nicht nur schlummernde Protestpotenziale wachgerufen, sondern diese auch kanalisiert und in eine bestimmte Richtung gelenkt: nämlich in die einseitige Auflehnung gegen die militärische Nutzung.<sup>27</sup> „Kampf dem Atomtod!“ und dessen Nachfolgeorganisation „Ständiger Kongreß gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ verzichteten nicht nur in jeder Hinsicht auf eine Kritik am nicht-militärischen Nuklearenergiebetrieb, sondern betonten sogar gleichsam einer Marketingagentur explizit dessen Vorteile. Eine Anti-AKW-Gruppierung, deren energischste Gegner im Übrigen wohl vor allem die Göttinger Achtzehn gewesen wären, entstand so erst in weiteren Etappen des Atomprotests, viele Jahre später.

In der Protestkultur glich die Aktion der Göttinger Achtzehn ziemlich stark derjenigen ihrer historischen Vorläufer, den Göttinger Sieben. Beide Proteste lehnten sich gegen die Politik einer vermeintlich intransigenten Regierung auf, zeigten „Mut vor den Fürstenthronen“, was historisch nicht gerade das „charakteristische Merkmal der Geschichte des deutschen Bürgertums“<sup>28</sup> war. In beiden Fällen, 1837 wie 1957, ereignete sich der Protest gegen die staatliche Obrigkeit nicht in blutigen Straßen- und Barrikadenkämpfen, in Gestalt eines lauthals skandierenden Mobs oder in gewaltsamen Übergriffen auf das Objekt des Widerstands. Die beiden knapp 120 Jahre auseinander liegenden Vorgehensweisen glichen sich dahingehend, dass sie, in schriftlicher Form und sachlicher Argumentation aufbereitet, ausnahmslos als friedlicher Protestakt wahrgenommen werden konnten. Auch deshalb können politische Honoratioren, die Stadt Göttingen und die Göttinger Universität gefahrlos Elogen auf die Protestierer anbringen. Womöglich handelt es sich bei politischen Manifesten somit um eine

---

26 Vgl. Kitschelt 1980, S. 69 f.

27 Vgl. Rese 1999, S. 207 f.

28 Beide Zitate aus Blanke 1989, S. 57.

typisch bürgerliche, professorale Form der Artikulation einer oppositionellen Haltung. Jedenfalls böte sich diese Überlegung als Ansatz für weitergehende Forschungsarbeiten an.

Ferner bestätigt die Analyse der Göttinger Erklärung sozialwissenschaftliche Befunde, nach denen sozialer Protest besonders dann an Erfolgswahrscheinlichkeit gewinnt, sobald er „Zulauf von etablierten, u.U. im Parlament vertretenen Eliten“<sup>29</sup> erhält. Der Appell Albert Schweitzers, die Solidaritätsnoten einiger prominenter Persönlichkeiten sowie die Unterstützung durch die parlamentarische Opposition in Form der SPD erfüllen diese Kriterien.

Die Erklärung der Göttinger Achtzehn hat des Weiteren gezeigt, dass Inhalte und Botschaften, vielleicht sogar Ideologien politischer Manifeste von sozialen Bewegungen und professionell-politischen Akteuren programmatisch adaptiert werden können. Manifestanten wären in diesem Fall sinn- und motivationsstiftende Lieferanten von erstrebenswerten Zielvorstellungen. Zumindest beschleunigte die Göttinger Erklärung diskursiv eine Themenkarriere. Auch bereichern politische Manifeste den politischen Diskurs, indem sie einen aktuellen Konsens in Frage stellen, als kritisches Korrektiv mit konstruktivem Dissens aufwarten, dabei aber bei den wahlberechtigten Bürgern Bedenken schüren, dass bestimmte Themen von den regierenden Politikern inkorrekt gehandhabt werden. Außerdem können sie dem Unbehagen der Bürger prominent Ausdruck verleihen und selbigen vor dem Hintergrund einer versagenden Opposition das beruhigende Gefühl politischer Repräsentanz vermitteln. Das Manifest brachte Experten in eine große Öffentlichkeit und ermöglichte diesen, in ungewissen Zeiten Gewissheit zu spenden.

In dieser Hinsicht erscheinen politische Manifeste auch als ein punktuell vorgetragener populistisch-plebiszitärer Impuls. In gewisser Weise treffen sie auch eine Aussage über die aktuelle Beschaffenheit des demokratisch-parlamentarischen Systems. Als Ultima Ratio deuten sie auf ein vorheriges Versagen der politischen Elite insgesamt hin, auch der Medien, die sich allesamt der Thematik und Problemstellung erst durch den spektakulären Charakter des Manifests annehmen.

Mit der Erfahrung der Göttinger Erklärung gewinnt die Beobachtung an Reiz, wie politische Akteure auf Manifeste reagieren, welches Krisenmanagement sie ergreifen und inwieweit sie die Forderungen der Manifestanten bekämpfen oder adaptieren. Augenscheinlich bedürfen politische Manifeste einer speziellen Logistik, eines kompetenten Managements, mithin eines Manifest-Unternehmers. Der Manifest-Unternehmer sollte sämtliche Schritte bewältigen,

---

29 Zimmermann 1981, S. 21.

die Manifestantenschaft integrieren, disziplinieren und koordinieren können. Die Göttinger Erklärung entstand jedenfalls nicht spontan und frei von Schwierigkeiten. Und vor allem: Politische Manifeste sind existenziell auf den Transport durch die Massenmedien angewiesen – wie sonst auch sollten sie ein breites Millionenpublikum erreichen? –, sind doch z.B. Tageszeitungen hervorragende Multiplikatoren von Information. Im Unterschied zu Flugschriften stellen sie kein eigenständiges Medium dar, sondern sind der Inhalt eines solchen: Manifeste können also Pamphlete, aber eben auch Seiten in Büchern, auf Tageszeitungen oder im Internet füllen. Mit der fortschreitenden Expansion einer mediendurchwirkten Gesellschaft, in der bedeutsame Geschehnisse über Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen oder Internet verbreitet und kommentiert werden, kommt es für die Wirksamkeit von Manifesten auf deren Nachrichtenwert an. Denn dieser bestimmt die Chance, die Aufmerksamkeit der von Informationen überfluteten Bürger zu finden. Wenn sich Expertensysteme mithilfe eines politischen Manifests aus ihrer Anonymität wagen möchten, um bspw. Vertrauen für ihre Arbeit, Verständnis für ihre Denk- und Funktionslogiken sowie Aufmerksamkeit für ihre Positionen zu gewinnen, sind sie daher auf die Akzeptanz durch die Medien angewiesen. Denn diese sind schlichtweg die „Zugangspunkte“<sup>30</sup>, an denen sich Laien und Experten kommunikativ begegnen können. Politische Manifeste, dies zeigt der Publizitäts-Kontrast zwischen der Mainauer Kundgebung und der Göttinger Erklärung, bedürfen geradezu existenziell der Medienkompatibilität, sodass ihnen die medialen „Gatekeeper“ den Zugang zu öffentlicher Mitteilung gewähren.

Dies verleiht dem politischen Manifest in seiner Rolle als unkonventioneller Form politischer Teilhabe einen zwiespältigen Charakter. Einerseits bieten sie die Möglichkeit zur spontanen, unverbindlichen, unverfälschten Meinungsäußerung – anders als in Parteien brauchen Manifestanten keine Kompromisse einzugehen, müssen sie keine Mehrheiten organisieren. Mit ihnen lässt sich hörbar das Wort ergreifen, ohne zuvor langwierige Verhandlungen, strapaziöse Gespräche und frustrierende Abstimmungen auf sich genommen zu haben – auch setzen sie nicht den stundenlangen Besuch von Parteisitzungen oder den jahrelangen Aufstieg in Parteistrukturen voraus. Überdies können sie Ansichten, die zuvor lediglich einer Teilöffentlichkeit oder gar dem privaten Bereich vorbehalten waren, an ein großes Publikum transportieren. Andererseits sind Manifeste äußerst voraussetzungsvoll. Sie zeitigen oftmals nur dann Wirkung, wenn ihre Urheber bereits einflussreich sind, über reichlich „Sozialkapital“ verfügen. Dies macht sie zu einer politischen Beteiligungsform, die sich weniger für den gemeinen Bürger

---

30 Bucher 2004, S. 284.

als für elitäre Personen eignet. Sie bereichern folglich die repräsentative Parlamentsdemokratie, können jedoch die darin dominanten Parteien und deren Offenheit für minderprivilegierte Teilhabe keineswegs ersetzen.

# Literaturverzeichnis

---

## MONOGRAFIEN, BIOGRAFIEN UND AUFSÄTZE

- Abrosimov, Kirill: Die Genese des Intellektuellen im Prozess der Kommunikation. Friedrich Melchior Grimms „Correspondance littéraire“, Voltaire und die Affäre Calas, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 33 (2007) H. 2, S. 163-197.
- Achinstein, Sharon: Women on Top in the Pamphlet Literature of the English Revolution, in: Women's Studies, Jg. 24 (1994) H. 1-2, S. 131-163.
- Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1967.
- Afheldt, Horst: Der Beitrag der Wissenschaft zum Fiasko der Sicherheitspolitik, in: Meyer-Abich, Klaus Michael (Hg.): Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für Carl Friedrich von Weizsäcker zum 70. Geburtstag, München/Wien 1982, S. 401-409.
- Armbruster, Peter: Das Feuer hüten, das Neutronen gibt, in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 107-116.
- Aron, Raymond: Wissenschaftliche und politische Vernunft, in: Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974, S. 116-121.
- Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 43 (1995) H. 10, S. 903-923.
- Asholt, Wolfgang/Fähnders, Walter (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“: Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997.
- Aydelotte, William O.: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Geschichte und Soziologie, Königstein im Taunus 1984, S. 259-282.

- Bade, Andreas: Kritische Anmerkungen zur neuen Ökonomie der Aufmerksamkeit, in: Bleicher, Joan Kristin/Hickethier, Knut (Hg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie, Münster u.a. 2002, S. 179-193.
- Bald, Detlef: Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994.
- Balke, Siegfried: Aus seinen Reden über Technik, Wirtschaft und Gesellschaft, Köln 1969.
- Becker, Hellmut: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, in: Meyer-Abich, Klaus Michael (Hg.): Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für Carl Friedrich von Weizsäcker zum 70. Geburtstag, München/Wien 1982, S. 377-388.
- Beer, Wolfgang: Von den „Göttinger 18“ in den „Whyler Wald“. Die Lernbewegung einer sozialen Bewegung ab 1957, in: DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Jg. 14 (2007) H. 4, S. 40-43.
- Beiner, Marcus: Bürger und Fachleute an einem Tisch – Zum Verhältnis von Demokratietheorie und Expertentum, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 113-130.
- Beinhauer, E./Blank, W. (Hg.): Presse- und Funkbericht, 11.05.1957.
- Bellers, Jürgen: Methoden der Sozialwissenschaften: Kritik und Alternativen, Siegen 2005.
- Berg, Hubert van den: Das Manifest – eine Gattung? Zur historiographischen Problematik einer deskriptiven Hilfskonstruktion, in: ders./Grüttemeier, Ralf (Hg.): Manifeste: Intentionalität, Amsterdam/Atlanta 1998, S. 193-225.
- Ders.: Zwischen Totalitarismus und Subversion. Anmerkungen zur politischen Dimension des avantgardistischen Manifests, in: Asholt, Wolfgang/Fähnders, Walter (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“. Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 58-80.
- Ders./Grüttemeier, Ralf: Interpretation, Funktionalität, Strategie. Versuch einer intentionalen Bestimmung des Manifests, in: dies. (Hg.): Manifeste: Intentionalität, Amsterdam/Atlanta 1998, S. 7-38.
- Berninger, Ernst H.: Otto Hahn in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1974.
- Biess, Frank: »Jeder hat eine Chance«. Die Zivilschutzkampagnen der 1960er Jahre und die Angstgeschichte der Bundesrepublik, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (unter Mitarbeit von Claudia Weber) (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 61-93.
- Blanke, Edzard: Das politische Vermächtnis der Göttinger Sieben, in: ders./Kamp, Norbert/Schöne, Albrecht/Sellert, Wolfgang/Thadden, Rudolf v./



- Wellenreuther, Hermann (Hg.): Die Göttinger Sieben. Ansprachen und Reden anlässlich der 150. Wiederkehr ihrer Protestation, Göttingen 1988, S. 15-21.
- Blanke, Thomas: Die Geschichte der Moral und die Moral der Geschicht' von den Göttinger Sieben, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obrigkeitwillkür und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 57-65.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, Stuttgart u.a. 2001.
- Ders./Frei, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.
- Dies.: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: ebd., S. 7-23.
- Born, Hedwig/Born, Max: Der Luxus des Gewissens. Erlebnisse und Einsichten im Atomzeitalter, München 1969.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 1984.
- Braun, Hans: Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 18/1978, S. 281-306.
- Bucher, Hans-Jürgen: Die Medienrealität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 268-303.
- Buchheim, Hans: Konrad Adenauer oder was Politik ist und wie sie gemacht wird, in: Kohl, Helmut (Hg.): Konrad Adenauer 1876/1976, Stuttgart/Zürich 1976, S. 68-75.
- Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, Düsseldorf 1990.
- Burdick, Charles B.: Werner Heisenberg und die Politik, in: Pfeiffer, Heinrich (Hg.): Denken und Umdenken. Zu Werk und Wirkung von Werner Heisenberg, München/Zürich 1977, S. 197-213.
- Carson, Cathryn: Heisenberg als Wissenschaftsorganisator, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 214-222.
- Dies.: Going Nuclear: Science, Politics, and Risk in the Federal Republic of Germany in the 1950s, Working Paper, 2004.

- Cless-Bernert, Traude: Physiker und Koch: Eine glückliche Kombination, in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 193-196.
- Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974.
- Crawford, Elisabeth/Sime, Ruth Lewin/Walker, Mark: Die Kernspaltung und ihr Preis. Warum nur Otto Hahn den Nobelpreis erhielt, Otto Frisch, Lise Meitner und Fritz Strassmann dagegen nicht berücksichtigt wurden, in: Kultur & Technik, H. 2/1997, S. 30-35.
- Dahms, Hans Joachim: Die Universität Göttingen 1918-1989: Vom „Goldenen Zeitalter“ der Zwanziger Jahre bis zur „Verwaltung des Mangels“ in der Gegenwart, in: Thadden, Rudolf v./Trittel, Günter (unter Mitwirkung von Marc-Dietrich Ohse) (Hg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999, S. 395-456.
- Deutinger, Stephan: Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hg.): Bayern im Bund, Band 1, München 2001, S. 33-118.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft: Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit vom 1. April 1955 bis zum 31. März 1956, Bad Godesberg 1956.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft: Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit vom 1. April 1954 bis zum 31. März 1955, Bad Godesberg 1955.
- DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1959/60, Band 3/4. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1962.
- DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1957. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1958.
- Doehleemann, Martin (Hg.): Wem gehört die Universität? Untersuchungen zum Zusammenhang von Wissenschaft und Herrschaft anlässlich des 500jährigen Bestehens der Universität Tübingen, Lahn-Gießen 1977.
- Ders.: Der „geistige Landtag des deutschen Volkes“ 1846 und 1847 – Anmerkungen zum Selbstverständnis deutscher Bildungsbürger, in: ebd., S. 89-98.
- Drieschner, Michael: Carl Friedrich von Weizsäcker. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.
- Dueck, Colin/Takeyh, Ray: Iran's Nuclear Challenge, in: Political Science Quarterly, Jg. 122 (2007) H. 2, S. 189-205.

- Dürr, Hans-Peter/Feinberg, Eugen/Waerden, Bartel Leendert van der/Weizsäcker, Carl Friedrich von: Werner Heisenberg, München/Wien 1992.
- Dürr, Hans-Peter: Die Verantwortung naturwissenschaftlichen Erkennens, in: Müller, Hans-Peter (Hg.): Wissen als Verantwortung, Stuttgart u.a. 1991, S. 9-34.
- Ebbighausen, Rolf: Inszenierte Öffentlichkeit und politischer Skandal. Arkanpolitik und ihre Grenzen unter den Bedingungen von bürgerlichem Verfassungsstaat und Parteiendemokratie, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 231-239.
- Ders.: Skandal und Krise. Zur gewachsenen „Legitimationsempfindlichkeit“ staatlicher Politik, in: ders./Neckel, Sigward (Hg.): Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt am Main 1989, S. 171-200.
- Eckert, Michael: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 1, S. 115-143.
- Eickemeyer, Helmut (Hg.): Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 an bis zum 15. August 1951 mit einem kurzen Abriß der Gründungsgeschichte und der Überleitungsarbeiten in die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ bis Ende 1952, München 1953.
- Eilders, Christiane: Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 27-51.
- Einstein, Albert/Born, Hedwig/Born, Max: Briefwechsel. 1916-1955, München 1969.
- Eisenhuber, Günther: Manifeste des Dadaismus. Analysen zu Programmatik, Form und Inhalt, Berlin 2006.
- Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Lehren der „Göttinger Erklärung“, in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, Jg. 34 (1987) H. 11, S. 1012-1016.
- Fähnders, Walter: „Vielleicht ein Manifest“. Zur Entwicklung des avantgardistischen Manifestes, in: Asholt, Wolfgang/ders. (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“. Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 18-38.
- Falter, Annegret: Öffentliches Engagement von Wissenschaftlern in unserer Zeit, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 219-227.

- Feldman, Michael: Naturwissenschaften und die Krise der Demokratie, in: Cramer, Friedrich (Hg.): *Forscher zwischen Wissen und Gewissen*, Berlin u.a. 1974, S. 96-103.
- Fischer, Ernst Peter: *Werner Heisenberg. Das selbstvergessene Genie*, München/Zürich 2002.
- Fischer, Peter: *Atomenergie und staatliches Interesse: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955*, Baden-Baden 1994.
- Fleischmann, Rudolf: *Erinnerungen eines Zeitzeugen*, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): *Der Griff nach dem atomaren Feuer*, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 47-50.
- Ders.: *Kernphysik und Atombombe*, in: ders./Monzel, Nikolaus/Münster, Clemens/Gundlach, Gustav/Forster, Karl (Hg.): *Kann der atomare Verteidigungskrieg ein gerechter Krieg sein?*, München 1960, S. 9-39.
- Freund, Hugo: *Wir brauchen eine besondere Atompsychologie*, in: *Die Atomwirtschaft*, Jg. 1 (1956) H. 3, S. 119.
- Frevert, Ute: *Politische Kommunikation und ihre Medien*, in: dies./Braungart, Wolfgang (Hg.): *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*, Göttingen 2004, S. 7-19.
- Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler: *30 Jahre Göttinger Erklärung. Nachdenken über die Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft*, Marburg 1987.
- Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Blaubuch über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik*, Düsseldorf 1957.
- Fünfer, Ewald: *Eine abenteuerliche Aufgabe*, in: Kienle, Paul (Hg.): *Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz*, Zürich 1991, S. 57-59.
- Garceau, Oliver: *Forschung über den politischen Prozeß*, in: Schmidt, Robert H. (Hg.): *Methoden der Politologie*, Darmstadt 1967, S. 34-64.
- Geiger, Theodor: *Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft (im Original von 1949)*, in: Pöttker, Horst: *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien*, Konstanz 2001, S. 416-472.
- Gerhards, Jürgen: *Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland?* in: Göhler, Gerhard (Hg.): *Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht*, Baden-Baden 1995, S. 149-177.
- Ders./Neidhardt, Friedhelm: *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze*, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-

- Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31-89.
- Gerlach, Walther: Walther Gerlach (1889-1979). Eine Auswahl aus seinen Schriften und Briefen, hg. von: Bachmann, Hans-Reinhard/Rechenberg, Helmut, Berlin u.a. 1989.
- Ders.: Der Mensch im Atomzeitalter (Vortrag vom 12.03.1956), abgedruckt in: ders.: Humanität und naturwissenschaftliche Forschung, Braunschweig 1962, S. 148-166.
- Ders.: Über die Kosten der modernen naturwissenschaftlichen Forschung, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft 1956, S. 23-32.
- Ders.: Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke, in: Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte, Jg. 23 (1955) H. 2.
- Gleitsmann, Rolf-Jürgen: Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950-1955). Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte, Stuttgart 1986.
- Gnad, Oliver: Konfrontation und Kooperation im Kalten Krieg. Amerikanische Sicherheitspolitik 1950 bis 1956, Wiesbaden 1997.
- Gonsior, Bernhard J.: Zur strukturellen Verantwortungslosigkeit von Wissenschaft, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 195-209.
- Görlich, Ina: Zum ethischen Problem der Atomdiskussion. Verlauf der Atomdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Darstellung der durch sie aufbrechenden ethischen Probleme, Freiburg 1965.
- Gottstein, Klaus: Das politische Weltbild Carl Friedrich von Weizsäckers als Orientierungshilfe in unserer Zeit, in: Meyer-Abich, Klaus Michael (Hg.): Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für Carl Friedrich von Weizsäcker zum 70. Geburtstag, München/Wien 1982, S. 106-118.
- Grebing, Helga: Gewerkschaften: Bewegung der Dienstleistungsorganisation – 1955 bis 1965, in: Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 149-182.
- Grupp, Hariolf/Breitschopf, Barbara: Innovationskultur in Deutschland. Qualitäten und Quantitäten im letzten Jahrhundert, in: Weingart, Peter/Taubert, Niels C. (Hg.): Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006, S. 169-197.

- Hagen, Lutz M.: Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, in: Publizistik, Jg. 37 (1992) H. 4, S. 444-460.
- Hahn, Dietrich (Hg.): Otto Hahn. Begründer des Atomzeitalters. Eine Biographie in Bildern und Dokumenten, München 1979.
- Hahn, Otto: Otto Hahn. Erlebnisse und Erkenntnisse, Düsseldorf/Wien 1975.
- Ders.: Zur Geschichte der Uranspaltung und den aus dieser Entwicklung entspringenden Konsequenzen, in: Die Naturwissenschaften, Jg. 46 (1959) H. 5, S. 158-163.
- Ders.: Geleitwort, in: Löwenthal, Gerhard/Hauser, Josef: Wir werden durch Atome leben, Berlin 1956, S. 9-12.
- Ders.: Cobalt 60. Gefahr oder Segen für die Menschheit?, Göttingen 1955.
- Ders.: Warum Angst vor dem „Atom“?, in: Westermanns Monatshefte 95 (1954) H. 1, S. 37-40.
- Hahnfeld, Bernd: Atomwaffenfreies Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2007, S. 471-477.
- Hammerstein, Notker: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945, München 1999.
- Hatrup, Dieter: Carl Friedrich von Weizsäcker. Physiker und Philosoph, Darmstadt 2004.
- Haxel, Otto: Die Entwicklung der Physik und ihre Randbedingungen in der BRD 1945-1956, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 31-56.
- Ders.: Energiegewinnung aus Kernprozessen, H. 25 der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln/Opladen 1953, S. 7-19.
- Heinrich, Rudolf/Bachmann, Hans-Reinhard: Walther Gerlach. Physiker – Lehrer – Organisator. Dokumente aus seinem Nachlaß, München 1989.
- Heisenberg, Elisabeth: Das politische Leben eines Unpolitischen. Erinnerungen an Werner Heisenberg, München/Zürich 1980.
- Heisenberg, Werner: Gesammelte Werke. Collected Works, hg. von: Blum, Walter/Dürr, Hans-Peter/Rechenberg, Helmut, Band 5, München 1989.
- Ders.: Atomtechnik im Frieden (Vortrag am 07.12.1951 vor der „Wirtschaftlichen Gesellschaft“ in Münster), in: ebd., S. 128-130.
- Ders.: Atomtechnik im Frieden (am 21.-23. November 1950 in Dortmund, Essen und Gelsenkirchen gehaltener Vortrag), in: ebd., S. 125-127.

- Ders.: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1976.
- Ders.: Die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft im Spiegel der Lindauer Tagungen, in: Dées de Sterio, Alexander (Hg.): Nobel führte sie zusammen. Begegnungen in Lindau, Stuttgart 1975, S. 84-99.
- Ders.: Naturwissenschaft in der heutigen Hochschule, in: Alexander von Humboldt-Stiftung: Mitteilungen Nr. 23 (1972), S. 8-15.
- Ders.: Die Evolution ist kein Betriebsunfall, in: Reif, Adelbert (Hg.): Interviews, Hamburg 1972, S. 94-108.
- Ders.: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Geschichte eines Instituts, in: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. 1971, München 1971, S. 46-89.
- Ders.: Die Mitwirkung der Bundesrepublik an den großen internationalen Forschungsprojekten, in: Martin, Berthold (Hg.): Jahrbuch der auswärtigen Kulturbeziehungen 1965, Band 2, Bonn 1965, S. 51-56.
- Ders.: Anpassung an die moderne technische Entwicklung, in: Hess, Gerhard (Hg.): Eine Freundesgabe der Wissenschaft für Ernst Hellmut Vits zur Vollendung seines 60. Lebensjahres am 19. September 1963, Frankfurt am Main 1963, S. 77-83.
- Ders.: Die Pläne für eine Reaktorstation im Gebiet der Bundesrepublik (Vortrag, gehalten auf der fünften Tagung der Nobelpreisträger vom 11. bis 14. Juli 1955 in Lindau), in: Zimmermann, Harry W. (Hg.): Zur Ökonomik und Technik der Atomzeit, Tübingen 1957, S. 1-7.
- Ders.: Die Möglichkeiten der angewandten Atomforschung in Deutschland (Vortrag am 11.07.1956 vor dem Bayerischen Landtag, dem Bayerischen Senat und der Bayerischen Staatsregierung), herausgegeben vom Landtagsamt, München 1956.
- Ders.: Die Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschung, in: Physikalische Blätter, 5/1949, S. 1-3.
- Ders.: Wissenschaft als Mittel zur Verständigung unter den Völkern (Rede vor Göttinger Studenten am 13.07.1946), in: Deutsche Beiträge, H. 2/1947, S. 164-174.
- Ders.: Die Bewertung der „modernen theoretischen Physik“, in: Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft, Jg. 9 (1943) H. 10/12, S. 201-212.
- Hentschel, Klaus: Die Mentalität deutscher Physiker in der frühen Nachkriegszeit (1945-1949), Heidelberg 2005.
- Herbig, Jost: Kettenreaktion. Das Drama der Atomphysiker, München/Wien 1976.

- Hermann, Armin: Werner Heisenberg mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 2007.
- Ders.: Werner Heisenberg. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1994.
- Ders.: Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Geschichte der Atomphysik, Hamburg 1993.
- Ders.: Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Mißbrauch der Forscher, Stuttgart 1982.
- Hildebrandt, Gerhard: Max von Laue, der „Ritter ohne Furcht und Tadel“, in: Treue, Wilhelm/ders. (Hg.): Berlinische Lebensbilder, Band 1 Naturwissenschaftler, Berlin 1987, S. 223-244.
- Hirsch-Weber, Wolfgang/Schütz, Klaus: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin/Frankfurt am Main 1957.
- Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006.
- Höffe, Otfried: Über die Macht der Moral, in: Merkur, Jg. 50 (1996) H. 9-10, S. 747-760.
- Hoffmann, Dieter (Hg.): Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe, Berlin 1993.
- Ders.: Operation Epsilon, in: ebd., S. 9-59.
- Hoffmann, Klaus: Forschung und Verantwortung. Otto Hahn. Konflikte eines Wissenschaftlers, Frankfurt am Main 2005.
- Howe, Günter (Hg.): Atomzeitalter, Krieg und Frieden, Witten/Berlin 1959.
- Hughes, H. Stuart: Historiker und Sozialwissenschaftler, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Geschichte und Soziologie, Königstein im Taunus 1984, S. 216-242.
- Hunger, Ulrich: Die Georgia Augusta als hannoversche Landesuniversität. Von ihrer Gründung bis zum Ende des Königreichs, in: Böhme, Ernst/Vierhaus, Rudolf (Hg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Anschluss an Preußen – Der Wiederaufstieg als Universitätsstadt (1648-1866), Göttingen 2002, S. 139-213.
- Iwand, Hans: Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 185 ff.
- Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel. 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987.
- Jaspers, Karl: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, Rundfunkvortrag (Auszug), in: Kreikamp, Hans-Dieter (Hg.): Die Ära Adenauer 1949-1963, Darmstadt 2003, S. 177.



- Ders.: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewußtsein in unserer Zeit, München 1958.
- Jordan, Hermann L.: Großforschung in der BRD – Probleme der Institutionalisierung. Mobilität und Kontrolle, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 179-200.
- Jordan, Pascual: Begegnungen mit Werner Heisenberg, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 235-239.
- Kaina, Viktoria: Die Messbarkeit von Demokratiequalität als ungelöstes Theorieproblem. Zum PVS-Forums-Beitrag von Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weßels, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 518-524.
- Kamps, Klaus: Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung, Wiesbaden 2007.
- Kant, Horst: Werner Heisenberg and the German Uranium Project, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Preprint 203, Berlin 2002.
- Ders.: Otto Hahn and the Declarations of Mainau and Göttingen, als enthaltenes Werk in: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Preprint 203, Berlin 2002, S. 21-40.
- Ders.: Zur Geschichte der Physik an der Reichsuniversität Straßburg in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, Berlin 1997.
- Ders.: Verantwortung des Wissenschaftlers – Zu einigen Aspekten in der Haltung von an der Entwicklung der amerikanischen Atombombe beteiligten Wissenschaftlern, in: Schmidt, Siegfried (Hg.): Wissenschaft und Verantwortung in der Geschichte, Jena 1987, S. 109-118.
- Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, München 2005.
- Katzir-Katchalsky, Ahron: Gedanken eines Forschers über das menschliche Wertsystem, in: Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974, S. 33-45.
- Kepplinger, Hans Mathias/Bastian, Rouwen: Der prognostische Gehalt der Nachrichtenwert-Theorie, in: Publizistik, Jg. 45 (2000) H. 4, S. 462-475.
- Kepplinger, Hans Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg im Breisgau/München 1998.

- Ders.: Systemtheoretische Aspekte politischer Kommunikation, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986, S. 172-189.
- Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991.
- Ders.: „Was haben Sie denn Neues gemacht, Herr K.“. Die ständige Frage eines großen Lehrers, in: ebd., S. 78-89.
- Ders.: Statt eines Nachworts – Ein Ausblick, in: ebd., S. 220 ff.
- Kitschelt, Herbert: Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts, Frankfurt am Main/New York 1980.
- Kitzinger, Uwe W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960.
- Klatt, Johanna/Lorenz, Robert (Hg.): Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011.
- Kliemt, Hartmut: Einige Wurzeln des Unbehagens gegenüber den Wissenschaften, in: Meinel, Erhard/Englert, Elmar/ders. (Hg.): Das Unbehagen gegenüber den Wissenschaften, Heidelberg 1989, S. 5-13.
- Köcher, Renate: Botschafter zwischen fremden Welten, in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 164-166.
- Kohnert, Birger: Bewegungen gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in den Jahren 1957/58, in: Siepmann, Eckhard (Hg.)/Lusk, Irene (Bearb.): Kalter Krieg und Capri-Sonne. Die fünfziger Jahre. Politik – Alltag – Opposition, Berlin 1981, S. 102-117.
- Kraus, Elisabeth: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001.
- Landshut, Siegfried: Volkssouveränität und öffentliche Meinung, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986, S. 36-41.
- Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986.
- Langendorff, H.: Schutz gegen Atomgefahren, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 1, S. 19-20.
- Laubenthal, Barbara: „Der Tod braucht keine Papiere“ – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 266-284.

- Lehr, Günter: Beginn der Forschungspolitik in der Physik nach Kriegsende, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 57-88.
- Leibholz, Gerhard: Der Einfluss der Fachleute auf politische Entscheidungen, in: Weizsäcker, Carl Friedrich von et al.: Die politische Verantwortung der Nichtpolitiker. Zehn Beiträge, München 1964, S. 81-96.
- Leithäuser, Joachim G.: Werner Heisenberg, Berlin 1957.
- Liebert, Wolfgang/Kalinowski, Martin/Kankeleit, Egbert: Bemerkungen zum zivil-militärischen Januskopf der Nukleartechnologie, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 95-106.
- Lindner, Konrad: Carl Friedrich von Weizsäckers Wanderung ins Atomzeitalter. Ein dialogisches Selbstporträt, Paderborn 2002.
- Lösche, Peter/Walter, Franz: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996.
- Maier-Leibnitz, Heinz: Moralisch-soziale Dilemmata der Kernforschung, in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 200-219.
- Ders.: Die Verantwortungen des Naturwissenschaftlers, Berlin u.a. 1983.
- Ders.: Die Wirkung bedeutender Forscher und Lehrer – Erlebtes aus fünfzig Jahren, in: Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Vorträge N 318, Opladen 1983, S. 9-18.
- Ders.: An der Grenze zum Neuen. Rollenverteilung zwischen Forschern und Politikern in der Gesellschaft, Zürich 1977.
- Ders.: Die Rolle der Wissenschaft bei den Anfängen der Kerntechnik, München 1957 (Festrede in München am 01.12.1956).
- Malsch, Friedrich Wilhelm: Künstlermanifeste. Studien zu einem Aspekt moderner Kunst am Beispiel des italienischen Futurismus, Weimar 1997.
- Markl, Hubert: Die politische Versuchung der Wissenschaften, in: Merkur, Jg. 62 (2008) H. 5, S. 380-388.
- Marschner, Peter: Die Argumentation in der Kontroverse um den sogenannten „Julisturm“, Dissertation, Marburg 1964.
- Marten, Heinz-Georg: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.
- Maschuff, Günther: „... die Mörder sind inmitten.“ Protestliteratur unter Adenauer, in: Siepmann, Eckhard (Hg.)/Lusk, Irene (Bearb.): Kalter Krieg und

- Capri-Sonne. Die fünfziger Jahre. Politik – Alltag – Opposition, Berlin 1981, S. 118-122.
- Meitner, Lise: Otto Hahn zum 80. Geburtstag am 8. März 1959, in: Die Naturwissenschaften, Jg. 46 (1959) H. 5, S. 157-158.
- Dies.: Zur Entwicklung der Radiochemie. Otto Hahn zum 50jährigen Doktor-Jubiläum, in: Angewandte Chemie, Jg. 64 (1952) H. 1, S. 1-4.
- Merkle, Hans L.: Wissenschaftler brauchen Vertrauen, in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 146-147.
- Metzler, Gabriele: Kernphysik und Politik. Werner Heisenberg in der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Ein Forschungsbericht, in: Historisches Jahrbuch, Nr. 115 (1995), S. 208-222.
- Meyer-Abich, Klaus Michael (Hg.): Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für Carl Friedrich von Weizsäcker zum 70. Geburtstag, München/Wien 1982.
- Michaltscheff, Theodor: Die unverwüstliche Opposition. Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung 1945-1960. Aus dem Nachlaß herausgegeben und bearbeitet von Stefan Appelius, Oldenburg 1994.
- Micus, Matthias: Willy Brandt. Konkurrenzlos als Kanzlerkandidat, chancenlos als Sozialdemokrat, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 62-140.
- Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer. Briefe 1955-1957, Berlin 1998.
- Müller, Harald: Zwischen Macht und Gerechtigkeit. Zustand und Perspektiven des nuklearen Nichtverbreitungsregimes, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 425-437.
- Müller, Kay/Walter, Franz: Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2004.
- Müller, Wolfgang D.: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart 1990.
- Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991.
- Nehring, Holger: Die Anti-Atomwaffen-Proteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957-1964, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 22-31.

- Neumaier, Otto: Sind Wissenschaftstreibende für die Verwertung ihrer Forschungsergebnisse verantwortlich?, in: *Kriterion*, Jg. 14/2001, S. 19-33.
- Neuneck, Götz: Von Haigerloch, über Farm Hall und die Göttinger Erklärung nach Starnberg. Die Arbeiten Carl Friedrich von Weizsäckers zur Kriegsverhütung, Atombewaffnung und Rüstungskontrolle, in: ders./Schaaf, Michael (Hg.): *Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland*. Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006, Berlin 2007, S. 63-73.
- Ders./Schaaf, Michael: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland, in: dies. (Hg.): *Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland*. Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006, Berlin 2007, S. 31-37.
- Newman, Richard/Rael, Patrick/Lapsansky, Philip (Hg.): *Pamphlets of Protest. An Anthology of Early African-American Protest Literature, 1790-1860*, New York/London 2001.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: Manifeste und latente Funktion Öffentlicher Meinung, in: *Publizistik*, Jg. 37 (1992) H. 3, S. 279-297.
- Dies./Neumann, Erich Peter (Hg.): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957*, Allensbach am Bodensee 1957.
- Dies. (Hg.): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955*, Allensbach am Bodensee 1956.
- Oexle, Otto Gerhard: Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘, Berlin 2003.
- Osietzki, Maria: *Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945-1952*, Köln/Wien 1984.
- O.V.: Staatliche Atomausgaben seit 1956, in: *Die Atomwirtschaft*, Jg. 7 (1962) H. 12, S. 597-600.
- O.V.: Strahlengefahren, in: *Die Atomwirtschaft*, Jg. 1 (1956) H. 12, S. 403.
- O.V.: Männer rund um das Atom: Otto Hahn, in: *Die Atomwirtschaft*, Jg. 1 (1956) H. 1, S. 9.
- O.V.: Aus den Instituten, in: *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft*, H. 2/1955.
- O.V. (Interview mit Werner Heisenberg): Der Deutsche Forschungsrat, in: *Physikalische Blätter*, H. 6/1950, S. 170-172.
- Pagels, Wilhelm: *Der „Julisturm“. Eine politologische Fallstudie zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Recht in der Bundesrepublik*, Dissertation, Hamburg 1979.

- Palm, Günter: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960, Frankfurt am Main 1963.
- Paris, Rainer: Eine Gretchenfrage. Sachverständigkeit als Problem, in: Althaus, Gabriele/Berking, Helmut/Evers, Ursula/Thiessen, Rudi (Hg.): *Avanti Dilettanti. Über die Kunst, Experten zu widersprechen*. Urs Jaeggi zum 60. Geburtstag, Berlin 1992, S. 183-193.
- Pesch, Jürgen Peter: Staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik im Spannungsfeld zwischen Regierung, Parlament und privaten Experten, untersucht am Beispiel der deutschen Atompolitik, Dissertation, Freiburg 1975.
- Peter, Karl Heinrich (Hg.): *Proklamationen und Manifeste*, Stuttgart u.a. 1964.
- Petermann, Thomas: Technikfolgen-Abschätzung im Deutschen Bundestag – ein Institutionalisierungsprozess, in: ders. (Hg.): *Frankfurt am Main/New York 1992*, S. 209-224.
- Peters, Birgit: *Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung*, Opladen 1996.
- Peters, Hans Peter: Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nicht-experten, in: Kerner, Max (Hg.): *Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt*, Aachen u.a. 1996, S. 61-88.
- Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): *Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen*, Wiesbaden 2008.
- Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 44 (1994) H. 39, S. 11-20.
- Prüß, Karsten: Die Entwicklung der Schwerionenforschung in der BRD, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): *Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik*, Bielefeld 1981, S. 217-254.
- Ders.: *Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Projekt Wissenschaftsplanung*, Frankfurt am Main 1974.
- Przyrembel, Alexandra: Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen der ‚Verwaltenden‘ von Wissen während des Nationalsozialismus, Berlin 2004.
- Radkau, Joachim: Der atomare Ursprung der Forschungspolitik des Bundes, in: Weingart, Peter/Taubert, Niels C. (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*, Weilerswist 2006, S. 33-63.

- Ders.: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Hamburg 1983.
- Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt am Main/New York 1988.
- Rechenberg, Helmut: Kopenhagen 1941 und die Natur des deutschen Uranprojekts, in: Kleint, Christian/ders./Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 160-191.
- Ders.: Vom Atomkern zum kosmischen Wirbel, in: Physik Journal, H. 6/2002, S. 59-61.
- Rese, Alexandra: Wirkung politischer Stellungnahmen von Wissenschaftlern am Beispiel der Göttinger Erklärung zur atomaren Bewaffnung, Frankfurt am Main u.a. 1999.
- Röhl, Hans Christian: Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre rechtlichen Determinanten, Baden-Baden 1994.
- Rosenbrock, Gerd: Zum Gesellschaftsbild von Naturwissenschaftlern, in: Doehlemann, Martin (Hg.): Wem gehört die Universität? Untersuchungen zum Zusammenhang von Wissenschaft und Herrschaft anlässlich des 500jährigen Bestehens der Universität Tübingen, Lahn-Gießen 1977, S. 166-176.
- Rucht, Dieter: Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik. Verbreiterung, Professionalisierung, Trivialisierung, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 4-11.
- Ruhrmann, Georg: Risikokommunikation und die Unsicherheiten der Gentechnologie. Entwicklung, Struktur und Folgeprobleme, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 131-164.
- Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung in der BRD, Köln 1980.
- Saage-Maaß, Miriam: Die Göttinger Sieben – demokratische Vorkämpfer oder nationale Helden? Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur in der Rezeption des Hannoverschen Verfassungskonfliktes, Göttingen 2007.

- Salomon, Jean-Jacques: Forschung und die Verantwortung des Wissenschaftlers in unserer Gesellschaft, in: Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974, S. 81-93.
- Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politische Kultur. 10 Thesen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 5/1996, S. 265-280.
- Schäffle, Albert: Die geistige Reaktion der Massen auf die Autorität: Öffentlichkeit, Publikum, öffentliche Meinung und Tagespresse (im Original von 1896), in: Pöttker, Horst: Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien, Konstanz 2001, S. 114-126.
- Schenk, Michael/Pfenning, Uwe: Individuelle Einstellungen, soziale Netzwerke, Massenkommunikation und öffentliches Meinungsklima: Ein analytisches Interdependenzmodell, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 165-184.
- Schimank, Uwe/Lange, Stefan: Hochschulpolitik in der Bund-Länder-Konkurrenz, in: Weingart, Peter/Taubert, Niels C. (Hg.): Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006, S. 311-346.
- Schirmacher, Arne: Nach der Popularisierung. Zur Relation von Wissenschaft und Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 34 (2008) H. 1, S. 73-95.
- Ders.: Physik und Politik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Max Born, Werner Heisenberg und Pascual Jordan als politische Grenzgänger, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, Jg. 30 (2007) H. 1, S. 13-31.
- Ders.: Wiederaufbau ohne Wiederkehr. Die Physik in Deutschland nach 1945 und die historiographische Problematik des Remigrationskonzepts, Arbeitspapier des Münchner Zentrums für Wissenschafts- und Technikgeschichte 2005.
- Schmidt, Christian: Maßnahmen zur Eindämmung der nuklearen Sicherheitsrisiken, in: Politische Studien, Jg. 58 (2007) H. 416, S. 19-25.
- Schmidt-Tiedemann, K. Joachim: Experten und Bürger – Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 27-43.
- Schneider, Erich: Größe und Verfall der deutschen Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg, in: o.V.: Bilanz des Zweiten Weltkriegs. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft, Oldenburg 1953, S. 249-264.



- Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989.
- Schultz, Joachim: Literarische Manifeste der „Belle Epoque“. Frankreich 1886-1909. Versuch einer Gattungsbestimmung, Frankfurt am Main/Bern 1981.
- Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg im Breisgau/München 1976.
- Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen u.a. 1969.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991.
- Ders.: Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 4, S. 567-593.
- Ders.: Die Ära Adenauer 1949-1957, Stuttgart 1981.
- Schwitalla, Johannes: Deutsche Flugschriften 1460-1525. Textsortengeschichtliche Studien, Tübingen 1983.
- See, Klaus von: Die Göttinger Sieben. Kritik einer Legende, Heidelberg 1997.
- Siepmann, Eckhard (Hg.)/Lusk, Irene (Bearb.): Kalter Krieg und Capri-Sonne. Die fünfziger Jahre. Politik – Alltag – Opposition, Berlin 1981.
- Sime, Ruth Lewin: Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung, Berlin 2004.
- Sonntag, Philipp: Der Streit um die atomare Bewaffnung. Argumente der Ära Adenauer, Schriftenreihe Militärpolitik-Dokumentation, Jg. 6 (1982) H. 25, Frankfurt am Main 1982.
- Speer, Albert: Erinnerungen, Berlin 1972.
- Stamm, Thomas: Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965, Köln 1981.
- Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- Telschow, Ernst: Was tut uns Not? 10 Forderungen für die Entwicklung der Atomenergie in der Bundesrepublik, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 197-204.
- Thadden, Rudolf von: Die Göttinger Sieben zwischen Universität und Öffentlichkeit, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obrigkeitwillkür und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 13-31.
- Thoß, Bruno: Die Doppelkrise von Suez und Budapest in ihren Auswirkungen auf Adenauers Sicherheits- und Europapolitik 1956/57, in: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 574-588.

- Thränert, Oliver: Nukleare Anarchie oder globale Null? Atomwaffen und Neue Weltordnung, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 6/2009, S. 28-31.
- Trischler, Helmuth: Problemfall – Hoffnungsträger – Innovationsmotor. Die politische Wahrnehmung der Vertragsforschung in Deutschland, in: Weingart, Peter/Taubert, Niels C. (Hg.): Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006, 236-267.
- Ders.: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Horst (Hg.): Bayern im Bund, Band 3, München 2004, S. 117-194.
- Trömel, Martin: »... denn schließlich hatte ich doch selbst diese Tragödie mit ausgelöst«. Otto Hahn im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, in: Forschung Frankfurt, H. 3-4/2004, S. 70-76.
- Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, Band 1 A-M, München 2002.
- Völklein, Ulrich: Die Weizsäckers. Macht und Moral – Porträt einer deutschen Familie, München 2004.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57, Berlin 1957.
- Waldherr, Annie: Gatekeeper, Diskursproduzenten und Agenda-Setter – Akteursrollen von Massenmedien in Innovationsprozessen, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 171-195.
- Walker, Mark: Otto Hahn: Responsibility and Repression, in: Physics in Perspective, H. 8/2006, S. 116-163.
- Ders.: Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Berlin 2005.
- Ders.: Von Kopenhagen bis Göttingen und zurück. Verdeckte Vergangenheitspolitik in den Naturwissenschaften, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 247-259.
- Ders.: Heisenberg. Das Schicksal eines Physikers im NS-Staat, in: Kultur & Technik, H. 4/1995, S. 26-31.
- Ders.: Selbstreflexionen deutscher Atomphysiker. Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993) H. 4, S. 519-542.
- Walter, Franz: Manifest der Friedensbewegung im Herbst der Kanzlerschaft Schmidt. Der „Krefelder Appell“ von 1980, in: Klatt, Johanna/Lorenz, Ro-

- bert (Hg.): Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011, S. 255-284.
- Ders.: Erich Ollenhauer. Lauterkeit und Phlegma, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 45-61.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band: Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München 2008.
- Weingart, Peter/Taubert, Niels C. (Hg.): Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006.
- Weiss, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung, in: Bösch, Frank/Frei, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 73-120.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von: Lieber Freund! Lieber Gegner! Briefe aus fünf Jahrzehnten, München/Wien 2002.
- Ders.: Keine Geschichtsklitterei. Stellungnahme (zur Verleihung des Nobelpreises ausschließlich an Hahn vom 30.05.1996), in: Kultur & Technik, H. 2/1997, S. 34.
- Ders.: Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler), in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 229-235.
- Ders.: Farm Hall und das deutsche Uranprojekt. Ein Gespräch, in: Hoffmann, Dieter (Hg.): Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe, Berlin 1993, S. 331-360.
- Ders.: Bewußtseinswandel, München/Wien 1988.
- Ders.: Die Unschuld der Physiker? Ein Gespräch mit Erwin Koller, Zürich 1987.
- Ders.: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981, München 1984.
- Ders.: Wahrnehmung der Neuzeit, München/Wien 1983.
- Ders.: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München/Wien 1977.
- Ders.: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München/Wien 1976.
- Ders. et al.: Die politische Verantwortung der Nichtpolitiker. Zehn Beiträge, München 1964.
- Ders.: Militärische Tatsachen und Möglichkeiten, in: Howe, Günter (Hg.): Atomzeitalter, Krieg und Frieden, Witten/Berlin 1959, S. 23-59.

- Ders.: Ich – Du und Ich – Es in der heutigen Naturwissenschaft, in: Merkur, Jg. 12 (1958) H. 120, S. 124-128.
- Ders.: Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Göttingen 1957.
- Wendel, Günter: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft, Berlin 1975.
- Wenzel, Harald: Obertanen. Zur soziologischen Bedeutung von Prominenz, in: Leviathan, Jg. 28 (2000) H. 4, S. 452-476.
- Wild, Wolfgang: Fehler sind gut, solange es jedes Mal andere sind ..., in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 104-106.
- Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977.
- Winnacker, Karl/Wirtz, Karl: Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, Düsseldorf/Wien 1975.
- Wirtz, Karl: Programmfragen der Kernenergiegewinnung. Überlegungen über bestreitbare Wege, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 7-8, S. 250-253.
- Ders.: Die Atomenergie-Konferenz in Genf vom 8. bis 20. August 1955, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 205-211.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.-13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis, Materialien Nr. 127, Bonn 1998.
- Zacher, Hans F.: Nachruf auf Carl Friedrich von Weizsäcker, in: Personalien. Beilage zum Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft 2007, München 2008, S. 23-26.
- Zeit, Katharina: Max von Laue (1879-1960). Seine Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2006.
- Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden 1968.
- Zimmerli, Walther Ch.: „... eigenmächtig den Gehorsam zu versagen ...“ Recht und Moral – Die Göttinger Sieben, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obergewalt und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 33-55.
- Zimmermann, Ekkart: Krisen, Staatsstriche und Revolutionen. Theorien, Daten und neuere Forschungsansätze, Opladen 1981.
- Zimmermann, Rolf: Moral als Macht. Eine Philosophie der historischen Erfahrung, Reinbek bei Hamburg 2008.

## PRESSEERZEUGNISSE

- Altner, Helmut: Die Franzosen reagierten positiv, in: Vorwärts, 26.04.1957.
- Bagge, Erich: Atomenergie für Friedenszwecke, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.12.1947.
- Becker, Wolfgang: Macky, Mecky, Mucky und der Atom-Protest, in: Der Spiegel, 08.08.1977.
- Besser, Joachim: Die Rebellion des Gewissens, in: Die Welt, 17.04.1957.
- Borch, Herbert v.: Radford und der Schrecken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.11.1953.
- Dahlkamp, Jürgen et al.: Widerstand zwecklos, in: Der Spiegel, 11.06.2007.
- Daniel, Jens: Philosophus Mansisses, in: Der Spiegel, 16.07.1958.
- Deutsche Physikalische Gesellschaft e.V.: Verzicht auf Atomwaffen: 50 Jahre „Göttinger Erklärung“, in: Pressemitteilung 6/2007, 09.03.2007.
- Eickemeyer, Helmut: Gebt der Forschung materielle Lebensmöglichkeiten, in: Industriekurier, 30.12.1950.
- Eppler, Erhard: Leise reden im Tumult, in: Die Zeit, 03.05.2007.
- Erlor, Fritz: Sicherheit gegen äußere Gefahren, in: Vorwärts, 26.04.1957.
- Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Betrachtungen zum 30. Jahrestag der Göttinger Erklärung, in: Sozialdemokratischer Presse-dienst, 10.04.1987.
- Franke, Klaus/Schulz, Matthias: „Ich gebe zu, ich war verrückt“ (Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker), in: Der Spiegel, 22.04.1991.
- Friedmann, Werner: Das Risiko des Irrtums, in: Süddeutsche Zeitung, 11.05.1957.
- Grossner, Claus: Die Quantenphysik der Weltpolitik, in: Die Zeit, 16.04.1970.
- Hahn, Dietrich (Interview mit Carl Friedrich v. Weizsäcker): Aber dann ist der Urankern zerplatzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.1998.
- Hahn, Otto: Die Max-Planck-Gesellschaft, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.03.1948.
- Hampe, Michael: Teilung des Atoms, Einheit der Natur, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.04.2007.
- Heisenberg, Werner: Das Dritte Reich versuchte nicht, die Atombombe zu bauen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.12.1967, Beilage „Bilder“ und Zeiten, S. 4.
- Ders.: Friedliche Atomtechnik. Die Anwendung der Atomenergie in Deutschland, in: Deutsche Universitätszeitung, Jg. 8 (1953) H. 6, S. 10-13.
- Ders.: Die Rolle der Wissenschaft im öffentlichen Leben, in: Deutsche Universitäts-Zeitung, Jg. 6 (1951) H. 6, S. 15-16.

- Ders.: Die Einheit der Forschung, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 24.12.1949.
- Ders.: Die Sorge um die Naturwissenschaft, in: Göttinger Universitätszeitung, 16.01.1948.
- Ders.: Entgegnung zum Artikel „Deutsche und jüdische Physik“, in: Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe/Ausgabe A, 28.02.1936.
- Hermann, Armin: Atombombe, nein danke!, in: Berliner Zeitung, 12.04.2007.
- Ders.: Chefsache Kernkraft, in: Berliner Zeitung, 04.05.2005.
- Jordan, Pascual: Die Verantwortung des Wissenschaftlers, in: Der Mittag, 25.04.1957.
- Karisch, Karl-Heinz: Die Rebellion der Physiker, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2007.
- Klinge, Frauke: Kampf dem Atomtod, in: Neues Deutschland, 12.04.2007.
- Koch, Klaus: Der Tod der Pioniere, in: Süddeutsche Zeitung, 26./27.07.2008.
- Kraushaar, Wolfgang: Der Aufschrei der Jugend, in: Der Spiegel, 29.03.1999.
- Krieger, David: Noch immer nahe dem Untergang, in: Frankfurter Rundschau, 04.08.2005.
- Kriener, Manfred: Das atomare Glück, in: Die Zeit, 14.09.2006.
- Kröncke, Gerd: Spät regt sich die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05.07.1981.
- Krüger, Paul-Anton (Interview mit Mohamed ElBaradei): „Die Bedrohung durch Atomwaffen ist gestiegen“, in: Süddeutsche Zeitung, 26.09.2008.
- Kühne, Ulrich (Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker): Wir hatten Angst, dass uns eine Atombombe auf den Kopf fällt, in: Süddeutsche Zeitung, 08.02.2002.
- Lindinger, Manfred: Synthesen eines Jahrhundertmannes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.04.2007.
- Löhr, Wolfgang: Der Physiker, der die Bombe nicht liebte, in: die tageszeitung, 30.04.2007.
- Müller, Rolf S./Petermann, Jürgen (Interview mit Werner Heisenberg): „Gott sei Dank, wir konnten sie nicht bauen“, in: Der Spiegel, 03.07.1967.
- Müller-Martin, Josef: Im Atomdunst, in: Die Zeit, 16.05.1957.
- O.V.: Göttinger Erklärung wird 50, in: Süddeutsche Zeitung, 14.04.2007.
- O.V.: „Wir können nicht schweigen“ – 50 Jahre Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2007.
- O.V.: Weltweit beachteter Forscher-Protest gegen atomare Bewaffnung, in: Agence France Presse, 11.04.2007.
- O.V.: Wann und wie, in: Der Spiegel, 10.02.1969.
- O.V.: Heißer Asphalt, in: Der Spiegel, 20.05.1968.
- O.V.: Diese Herren, in: Der Spiegel, 19.02.1968.

- O.V.: Wer ist Willy?, in: Der Spiegel, 08.03.1961.
- O.V.: Ich zweifle, ich glaube, in: Der Spiegel, 16.07.1958.
- O.V.: Prof. Weizsäcker berichtigt CDU-Propaganda, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 14.07.1958.
- O.V.: Vor einem neuen Manifest der „Achtzehn von Göttingen“?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 13.01.1958.
- O.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, 1. Fortsetzung, in: Der Spiegel, 15.05.1957.
- O.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957.
- O.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, in: Der Spiegel, 08.05.1957.
- O.V.: Albert Schweitzers Mahnruf, in: Die Zeit, 25.04.1957.
- O.V.: Atomeinsatz, in: Der Spiegel, 24.04.1957.
- O.V.: Die Achtzehn, in: Der Spiegel, 24.04.1957.
- O.V.: Die Superbombe, in: Der Spiegel, 24.04.1957.
- O.V.: Auch in England erheben Wissenschaftler ihre Stimme, in: Die Welt, 18.04.1957.
- O.V.: Das Kommuniqué der Atomkonferenz, in: Die Welt, 18.04.1957.
- O.V.: Kanzler und Atomforscher dringen auf Abrüstung, in: Die Welt, 18.04.1957.
- O.V.: Ohne Entscheidung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.04.1957.
- O.V.: Adenauers taktisches Meisterstück, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.04.1957.
- O.V.: Die Regierung plant Appell zur atomaren Abrüstung, in: Die Welt, 17.04.1957.
- O.V.: Ardenne begrüß die Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.04.1957.
- O.V.: Bundeskanzler wurde informiert, in: dpa, 15.04.1957.
- O.V.: Scharfe Spannung nach der Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.04.1957.
- O.V.: 18 deutsche Forscher warnen vor Atomwaffen, in: Die Welt, 13.04.1957.
- O.V.: Adenauer: „Atomare Aufrüstung bedrückt mich“, in: dpa, 13.04.1957.
- O.V.: Beschwörender Appell der deutschen Atomforscher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.1957.
- O.V.: Bitte um Vertrauen, in: dpa, 13.04.1957.
- O.V.: Die Bombe, in: Die Welt, 13.04.1957.
- O.V.: Ein Alarmruf, in: Die Welt, 13.04.1957.
- O.V.: Metallgewerkschaft gegen Umrüstung auf atomare Waffen, in: dpa, 13.04.1957.
- O.V.: Hier gibt es kein Ausweichen!, in: Vorwärts, 05.04.1957.
- O.V.: Cäsar und Schwarzer Löwe, in: Der Spiegel, 27.03.1957.

- O.V.: Schwedische Erinnerung, in: Der Spiegel, 20.03.1957.
- O.V.: Der Atom-„Fortschritt“, in: Vorwärts, 18.01.1957.
- O.V.: A-Bomben muß man haben, in: Der Spiegel, 02.01.1957.
- O.V.: Strauß: „Neben Butter auch Kanonen“, in: dpa, 13.10.1956.
- O.V.: Überholt wie Pfeil und Bogen, in: Der Spiegel, 13.07.1955.
- O.V.: Für Atombombe unzuständig, in: Die Welt, 02.02.1950.
- Paul, Reimar: Das Manifest der Physiker, in: die tageszeitung, 12.04.2007.
- Podak, Klaus: Ein aufgeklärter Mystiker, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2007.
- Reuth, Ralf Georg: Weizsäckers Atombomben-Patent, in: Welt am Sonntag, 20.03.2005.
- Richter, Nicolas/Avenarius, Tomas/Zekri, Sonja: Das Geheimnis der Kuppel, in: Süddeutsche Zeitung, 15./16.11.2008.
- Ross, Jan: Die Weisheit der Bombe, in: Die Zeit, 27.06.2002.
- Ruthenberg, Klaus: Friedrich Adolf Paneth (1887-1958), in: Hyle. International Journal for Philosophy of Chemistry, 3/1997, S. 103-106.
- Sagenschneider, Marie (Interview mit Hans-Peter Dürr): Kernphysiker: Atomkraft ist nicht beherrschbar, in: Kulturinterview (Deutschlandradio Kultur), 12.04.2007.
- Schöne, Albrecht: Vom Betreten des Rasens, in: Die Zeit, 11.12.1987.
- Schulz, Hans-Dieter: Der Bundeshaushalt, in: Telegraf, 10.05.1957.
- Seelig, Carl: Eskapaden eines deutschen Atomphysikers, in: Vorwärts, 11.10.1957.
- Sommer, Theo: Vernunftslobbyist, in: Die Zeit, 03.05.2007.
- Strauß, Franz Josef: Die klare Konzeption, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22.10.1960.
- Strubel, Robert: Der Kurs der CDU, in: Die Zeit, 23.05.1957.
- Stürmer, Michael: Im Banne des Atoms, in: Die Welt, 30.04.2007.
- Uexküll, Gösta von: Nach dem Göttinger Appell, in: Die Zeit, 25.04.1957.
- Walker, Mark: Die drei von der Uranstelle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.02.2002.
- Walter, Franz: Spaltung des Bürgertums. Warum die „Erklärung der Göttinger Achtzehn“ vor 50 Jahren historische Folgen hatte, in: Die Welt, 12.04.2007.
- Wehner, Herbert: Entscheidung über Leben und Tod, in: Vorwärts, 29.03.1957.
- Weinstein, Adelbert: Eine apokalyptische Waffe?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.10.1953.
- Wendland, J.: Warnung vor dem Atomkrieg, in: VDI nachrichten, 20.04.2007.
- Zank, Wolfgang: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: Die Zeit, 26.07.1996.



Zehrer, Hans: Der Riß im Vorhang, in: Die Welt, 20.04.1957.

Ders.: Atomwaffen – ja oder nein?, in: Die Welt, 15.04.1957.

## ONLINE-PUBLIKATIONEN

Bentele, Ulrich: „Wir sind dem Risiko entgangen, Atommacht zu werden“ (Interview mit Eberhard Umbach vom 11.04.2007), in: tagesschau.de, einsehbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/meldung41502.html>, eingesehen am 02.01.2008.

Gathmann, Florian/Hengst, Björn: Randalé spaltet Protestbewegung, in: Spiegel Online, 03.06.2007, einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,486398,00.html>, eingesehen am 05.08.2008.

Grosse, Eckart: Vortrag über Wolfgang Paul am 23.09.2000, in: <http://gaebler.info/ahnen/paul/wolfgang.htm>, eingesehen am 04.10.2007.

Hauswedell, Corinna: Die „Göttinger 18“ und das friedenspolitische Engagement von Wissenschaftlern heute, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier Nr. 25, H. 2/1997, einsehbar unter: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-97/9720601m.htm#Corinna>, eingesehen am 28.12.2007.

Dies.: Keine Kenntnis von den Erkenntnissen? 30 Jahre „Göttinger Erklärung“, in: Wissenschaft und Frieden, H. 2/1987, einsehbar unter: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-87/8720200m.htm>, eingesehen am 28.12.2007.

Hüllbüsch, Ursula (Bearbeiterin): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 9. 1956, in: „Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online“, einsehbar unter: <http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0020/k/k1956k/bild1/index.html>, eingesehen am 03.01.2008.

Kant, Horst: „Zu einigen historisch-kulturellen Hintergründen der Göttinger Erklärung von 1957, Vortrag vom 13.04.2007, online einsehbar unter: [www.vdw-ev.de/festveranstaltung/Vortrag%20Kant.pdf](http://www.vdw-ev.de/festveranstaltung/Vortrag%20Kant.pdf), eingesehen am 14.01.2008.

Lindner, Konrad: Souveräne Stimme der Gelehrten, in: Deutschlandradio Kultur, 02.04.2008, einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/zeitreisen/763341/>, eingesehen am 30.07.2008.

O.V.: Biographie Wolfgang Paul, einsehbar unter: [http://pi.physik.uni-bonn.de/wpaul/wp\\_bio.php](http://pi.physik.uni-bonn.de/wpaul/wp_bio.php), eingesehen am 04.10.2007.

O.V.: Opposition verlangt Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland, in: Spiegel Online, 23.06.2008, einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,561306,00.html>, eingesehen am 26.09.2008.

- O.V.: Einmischung der Wissenschaftler, in: Deutschlandradio Kultur, 11.04.2007, einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/zeitreisen/613597/>, eingesehen am 30.07.2008.
- Petermann, Thomas: Technikkontroversen und Risikokommunikation, in: TAB-Briefe Nr. 20, (Juni 2001), einsehbar unter: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief20.pdf>, S. 5 ff., eingesehen am 14.08.2008.
- Rumpf, Matthias: Politischer Paukenschlag, in: Deutschlandfunk, 12.04.2007, einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kalenderblatt/610050/>, eingesehen am 30.07.2008.
- Schaaf, Michael: „Ich wollte erkennen, ob Atombomben möglich sind“. Ein Gespräch mit Carl Friedrich von Weizsäcker, einsehbar unter: [http://censis.informatik.uni-hamburg.de/publications/Art\\_M\\_Schaaf\\_Weizsaeck.pdf](http://censis.informatik.uni-hamburg.de/publications/Art_M_Schaaf_Weizsaeck.pdf), eingesehen am 10.11.2008.
- Schlüpmann, Klaus: Vergangenheit im Blickfeld eines Physikers. Hans Kopfermann (1895-1963), einsehbar unter: <http://www.aleph99.org/etusci/ks/index.htm>, eingesehen am 02.11.2007.
- Schildt, Axel: Bürgermacht gegen die Bombe, in: Spiegel Online/einestages, 17.04.2008, einsehbar unter: [http://einestages.spiegel.de/static/topicalbum/background/1812/buergermacht\\_gegen\\_die\\_bombe.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbum/background/1812/buergermacht_gegen_die_bombe.html), eingesehen am 17.04.2008.
- Walter, Franz: Aufstand der Atomforscher, in: Spiegel Online, 10.04.2007, einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,476288,00.html>, eingesehen am 30.07.2007.

## Kurzbiografien der Göttinger Achtzehn

---

\*\*\* **Friedrich (Fritz) Arnold Bopp** (27.12.1909 in Frankfurt am Main – 14.11.1987 in München) studierte von 1929 bis 1934 in Frankfurt am Main und Göttingen Physik, Mathematik und Elektrotechnik. Anschließend Assistent in Göttingen, promovierte er dort 1937. In den Jahren 1936 bis 1941 arbeitete er als Assistent in Breslau, wo er sich 1940 habilitierte und bis 1944 als Dozent lehrte. Nachdem er von 1941 bis 1947 auch am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin geforscht hatte, erhielt er 1947 in München eine außerordentliche Professur, kurz darauf 1950 einen Lehrstuhl für theoretische Physik. Von 1963 bis 1965 amtierte er zudem als Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, war Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und wurde 1978 emeritiert.

\*\*\* **Max Born** (11.12.1882 in Breslau – 05.01.1970 in Göttingen) studierte von 1901 bis 1906 Physik und Mathematik. Nach seiner Promotion 1906 arbeitete er als Assistent in Breslau und Göttingen und habilitierte sich währenddessen 1909. 1914 erhielt er in Berlin einen Lehrstuhl, wurde 1915 in Breslau Professor für Physik und wechselte 1919 nach Frankfurt am Main. Zwei Jahre später trat Born eine Professur für theoretische Physik in Göttingen an. Wegen seines jüdischen Familienhintergrunds verlor Born 1933 seinen Lehrstuhl und emigrierte nach England, 1936 wurde er Professor für Naturphilosophie in Edinburgh. 1938 ausgebürgert, nahm Born die britische Staatsbürgerschaft an. Nach seiner Emeritierung 1953 kehrte er nach Deutschland zurück und lebte in Bad Pyrmont. Für seine Forschungen auf dem Gebiet der Quantenmechanik wurde er 1954 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

\*\*\* **Rudolf Fleischmann** (01.05.1903 in Erlangen – 03.02.2002 in Erlangen) studierte in Erlangen Mathematik und Physik auf Lehramt, promovierte 1929 und arbeitete anschließend als Assistent in Göttingen. 1932 wechselte er an das

Physikalisch-Radiologische Institut nach Heidelberg, zwei Jahre darauf an das dortige Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizin, wo er längere Zeit mit dem späteren Nobelpreisträger Walther Bothe forschte. 1941 wurde er als außerordentlicher Professor an die Reichsuniversität Straßburg berufen, Ende 1944 geriet er in US-amerikanische Gefangenschaft. Im Anschluss an seine Entlassung trat er 1947 in Hamburg eine Professur für Experimentalphysik an. 1953 ging er nach Erlangen zurück, wo er an der dortigen Universität ein Zentrum für kernphysikalische Forschung aufbaute; 1969 wurde er emeritiert.

\*\*\* **Walther Gerlach** (01.08.1889 in Biebrich/Wiesbaden – 10.08.1979 in München) war in den Jahren 1921 bis 1924 Professor in Frankfurt am Main, anschließend in Tübingen, von wo er 1929 nach München wechselte und dort bis 1957 auch Direktor des I. Physikalischen Instituts war. Während des Zweiten Weltkriegs leitete er von 1943 bis zum Kriegsende die Fachsparte Physik und die Arbeitsgemeinschaft für Kernphysik im Reichsforschungsrat. Nach knapp einjähriger Internierung in England kehrte er auf seinen Münchner Lehrstuhl zurück, war zudem 1948 bis 1951 Rektor der Universität. Von 1949-1951 war er Vizepräsident der Notgemeinschaft, anschließend bis 1961 Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

\*\*\* **Otto Hahn** (08.03.1879 in Frankfurt am Main – 28.07.1968 in Göttingen) studierte ab 1897 Chemie und promovierte 1901, nach sechsjähriger Assistentenarbeit u.a. in London und Montreal erfolgte 1907 seine Habilitation. Von 1910 bis 1934 besaß er in Berlin eine universitäre Professur. 1912 wurde Hahn Abteilungsleiter im Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, 1928 schließlich dessen Direktor. 1938 gelang ihm zusammen mit Fritz Straßmann die Spaltung eines Atomkerns (Uran), wofür ihm 1944 der Nobelpreis verliehen wurde. 1946 aus britischer Gefangenschaft entlassen, amtierte er bis 1960 als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (zuvor: Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft).

\*\*\* **Otto Haxel** (02.04.1919 in Neu-Ulm – 26.02.1998 in Heidelberg) studierte Ingenieurwissenschaften und Technische Physik in München und Tübingen, promovierte 1933 und habilitierte 1936 in Berlin. Von 1945 bis 1950 forschte er als Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Physik. Er wurde 1947 Professor in Göttingen, wechselte 1950 auf einen Lehrstuhl nach Heidelberg, wo er gleichzeitig Direktor des Physikalischen Instituts wurde. Von 1970 bis 1974 war er Geschäftsführer der Karlsruher Gesellschaft für Kernforschung mbH, in den Jahren 1978 bis 1982 präsidierte er in der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

und von 1970 bis 1975 war er wissenschaftlich-technischer Direktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe.

\*\*\* **Werner Karl Heisenberg** (05.12.1901 in Würzburg – 01.02.1976 in München) begann 1920 in München sein Physikstudium, promovierte dort 1923 und habilitierte sich ein Jahr später in Göttingen. In den Jahren 1924 bis 1926 gastierte er an Niels Bohrs Kopenhagener Institut, um anschließend an der Universität Leipzig eine Professur anzutreten und das Direktorat des dortigen Instituts für theoretische Physik zu bekleiden. Im Jahr 1932 erhielt er für seine quantenmechanischen Arbeiten den Nobelpreis. 1942 wurde Heisenberg Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin, wo er zugleich eine Universitätsprofessur erhielt. Nach einjähriger Internierung in England setzte er 1946 sein Direktorat der nunmehr in Göttingen als Max-Planck-Institut firmierenden Einrichtung fort, 1958 erfolgte ein Umzug nach München. Von 1953 bis 1975 amtierte er als Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung.

\*\*\* **Hans Kopfermann** (26.04.1895 in Breckenheim – 28.01.1963 in Heidelberg) begann 1913 Physik in Erlangen und Göttingen zu studieren und nahm von 1914 bis 1918 als Soldat am Ersten Weltkrieg teil. 1919 gehörte er in München dem Freikorps Epp an. 1923 promovierte er in Göttingen, um anschließend als Assistent am Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie zu arbeiten. Nach seiner Habilitation 1932 ging er als Oberassistent an die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg und wurde dort außerordentlicher Professor. 1937 erhielt er eine Professur in Kiel, wo er 1941 auch Dekan der philosophischen Fakultät wurde. 1942 ging er als Professor nach Göttingen und wurde dort zudem Direktor des II. Physikalischen Instituts. 1953 wechselte er nach Heidelberg, wo er als Direktor das I. Physikalische Institut leitete.

\*\*\* **Max Felix Theodor von Laue** (09.10.1879 in Pfaffendorf/Koblenz – 24.04.1960 in Berlin) studierte Physik, promovierte und habilitierte sich bis zum Jahr 1906. Von 1906 bis 1912 lehrte und forschte er als Privatdozent am Institut für theoretische Physik in München. Nachdem er anschließend bis 1914 in Zürich eine außerordentliche Professur bekleidet hatte, avancierte er in Frankfurt am Main zum Ordinarius für Physik. 1914 erhielt er für die Beugung von Röntgenstrahlen den Nobelpreis. 1919 nach Berlin gewechselt, wurde er dort als Nachfolger von Max Planck Direktor des Instituts für Theoretische Physik und übte bis 1943 eine Professur aus, zusätzlich war er stellvertretender Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin-Dahlem. In den 1920er Jahren saß

er der Physikalischen Gesellschaft vor, war stellvertretender Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Physik sowie Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften und theoretischer Berater der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin. Nach dem Zweiten Weltkrieg aus britischer Internierung zurückgekehrt, war er von 1947 bis 1951 in Göttingen Professor, im Anschluss daran bis 1959 Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem (das heutige Fritz-Haber-Institut).

\*\*\* **Heinz Maier-Leibnitz** (28.03.1911 in Esslingen – 16.12.2000 in Allensbach) studierte Physik in Stuttgart und Göttingen. Nach seiner Promotion 1935 arbeitete er am Kaiser-Wilhelm-Institut in Heidelberg. Von 1949 bis 1952 war er dort Professor und anschließend bis 1979 in München. Dort leitete er zugleich das Laboratorium für Technische Physik. Daneben war er von 1967 bis 1972 Direktor des Laue-Langevin-Instituts in Grenoble. Von 1974 bis 1979 amtierte er als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

\*\*\* **Josef Mattauch** (21.11.1895 in Mährisch-Ostrau – 10.08.1976 in Weidling) studierte ab 1913 Chemie, Mathematik und Physik in Wien, wo er bis 1920 promovierte. Anschließend arbeitete er dort am Physikalischen Institut, ehe er sich 1928 habilitierte; danach avancierte er dort zum Assistenten. Von 1937 bis 1939 war er Professor in Wien, wechselte dann nach Berlin in das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, wo er die physikalische Abteilung leitete und als außerplanmäßiger Professor an der dortigen Universität lehrte. In den Jahren 1948/49 war er Professor in Tübingen und Bern, seit 1946 leitete er zudem bis 1956 als Direktor das Mainzer Max-Planck-Institut für Chemie.

\*\*\* **Friedrich Adolf Paneth** (31.08.1887 in Wien – 17.09.1958 in Mainz) studierte von 1906 bis 1910 in Wien und München Chemie, habilitierte sich in Glasgow und arbeitete anschließend als Assistent, ab 1918 als Professor in Prag, ab 1919 in Hamburg. Von 1922 bis 1929 war er Professor in Berlin sowie von 1933 bis 1939 in Königsberg und London. Nach seiner Emigration infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme arbeitete er von 1939 bis 1953 auf einer Professur in Durham. 1953 avancierte er zum Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz.

\*\*\* **Wolfgang Paul** (10.08.1913 in Lorenzkirch – 06.12.1993 in Bonn) studierte Physik und Ingenieurwissenschaften, 1939 promovierte er. Seit 1944 Dozent, avancierte er 1950 in Göttingen zum Professor. 1952 wechselte er an die Universität in Bonn und wurde Leiter des dortigen Physikalischen Instituts. Zusätzlich

arbeitete er ab 1954 am Genfer CERN, war 1956 an der Gründung des Hamburger DESY beteiligt und gehörte ab 1958 dem wissenschaftlichen Rat der Kernforschungsanlage Jülich an. Von 1964 bis 1967 war er am CERN Direktor des Physikdepartements, in den Jahren 1970 bis 1973 saß er dem Direktorium des DESY vor. In den Jahren 1979 bis 1989 präsidierte Paul der Alexander von Humboldt-Stiftung. Für die Entwicklung der sogenannten „Paul-Falle“ wurde ihm 1989 der Nobelpreis verliehen.

\*\*\* **Wolfgang Riezler** (14.11.1905 in Freiburg im Breisgau – 27.09.1962 in Bonn) studierte von 1923 bis 1929 Physik in Erlangen und München. Nach seiner Promotion im Jahr 1929 forschte er für zwei Jahre als Stipendiat in Freiburg im Breisgau, 1930/31 war er zugleich Research Student in Cambridge. Nach seiner anschließenden Assistenzzeit in Rostock habilitierte er sich 1935 und ging an das Physikalische Institut Bonn. Von 1942 bis 1944 führte er in Paris Arbeiten am Collège de France aus. Nach dem Krieg hatte er 1948 in Bonn eine Ordinariatsvertretung inne, wurde dort 1952 außerordentlicher, im folgenden Jahr schließlich ordentlicher Professor. Zusätzlich amtierte er als Direktor des Instituts für Strahlen- und Kernphysik.

\*\*\* **Friedrich (Fritz) Wilhelm Straßmann** (22.02.1902 in Boppard – 22.04.1980 in Mainz) schloss ein Studium der Chemie ab, promovierte 1929 in Hannover und war ab 1934 Mitarbeiter am Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie. Von 1946 bis 1970 bekleidete er in Mainz eine Professur, parallel war er von 1946 bis 1953 Direktor des dortigen Max-Planck-Instituts für Chemie.

\*\*\* **Wilhelm Walcher** (07.07.1910 in Kaufbeuren – 09.11.2005 in Marburg) studierte in München und Berlin. Nach seinem Abschluss als Diplom-Ingenieur 1933 arbeitete er bis zu seiner Promotion 1937 an der Technischen Hochschule Berlin. Anschließend forschte er bis zu seiner Habilitation 1942 in Kiel. Von dort wechselte er als Oberassistent und Dozent nach Göttingen, 1947 trat er eine Professur für Experimentalphysik in Marburg an, wo er als Direktor auch das Physikalische Institut leitete. Er war 1949 Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät, von 1959 bis 1961 Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und von 1961 bis 1967 Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Seine Emeritierung erfolgte 1978.

\*\*\* **Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker** (28.06.1912 in Kiel – 28.04.2007 in Söcking/Starnberger See) studierte Physik, Mathematik und Astronomie in Berlin, Göttingen und Leipzig. Von 1933 bis 1936 forschte er in Leipzig, an-

schließlich an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Chemie und Physik in Berlin. In den Jahren 1942 bis 1945 war er Professor in Straßburg. 1946 aus britischer Internierung nach Westdeutschland zurückgekehrt, wurde er im Göttinger Max-Planck-Institut für Physik Abteilungsleiter und parallel an der benachbarten Universität Professor. 1957 übernahm er einen Philosophielehrstuhl in Hamburg, den er bis 1969 innehatte. Von 1970 bis 1980 leitete er als Direktor das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg und war daneben Professor in München.

\*\*\* **Karl Eugen Julius Wirtz** (24.04.1910 Köln – 1994) studierte von 1929 bis 1934 in Bonn, Freiburg und Breslau Physik, Chemie und Mathematik. Nach seiner Promotion 1934 wurde er in Leipzig wissenschaftlicher Assistent und habilitierte sich 1938 in Berlin. Seit 1937 arbeitete er überdies am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin und wurde 1945 für ein Jahr interniert. Von 1946 bis 1957 forschte er als Abteilungsleiter im Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen und avancierte im Anschluss daran zum Leiter des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnik am Kernforschungszentrum Karlsruhe.



## Dank

---

Danksagungen gelten inzwischen als Forschungsquelle. Von ihnen versprechen sich Wissenschaftler Aussagen über soziale Beziehungen, transnationale Kultureigenheiten und sogar geschlechtliche Machtverhältnisse.<sup>1</sup> Doch der im Folgenden ausgesprochene Dank gilt natürlich nicht allein als Untersuchungsmaterial der erst noch im Entstehen begriffenen Dankesforschung, sondern ist mir tatsächlich ein wichtiges Anliegen.

Zu außerordentlichem Dank bin ich Franz Walter verpflichtet. Nicht allein, dass er in den vergangenen Jahren in mir eine Faszination für politologische Themen entfacht hat und zu meiner Freude in vielen Arbeitsaufträgen mein historisches Interesse berücksichtigte – auch und vor allem gewährte er mir Unterstützung und Freiräume, die vermutlich in der universitären Sphäre keinesfalls selbstverständlich sind, ertrug mit großer Geduld manch stürmische Spracheskapade und ermutigte mich bei Recherchen und Projekten immer wieder aufs Neue. Dass ich das Dissertationsvorhaben gestemmt, mich derart in die „Göttlinger Erklärung“ vertieft habe, verdankt sich jedenfalls vor allem seiner Hilfe, seinen Anregungen.

Im Institut für Demokratieforschung mitsamt dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem dortigen Kolloquium hat sich mir zudem eine fantastische Arbeitsatmosphäre geboten – intellektuelle Inspiration ebenso wie freundschaftlicher Zusammenhalt.

Mein Dank gilt freilich auch noch weiteren Freunden und Kollegen. So meinem langjährigen Bürokollegen Matthias Micus, der mir immer mit fachkundigen Ratschlägen zur Seite stand – seiner Auffassungsgabe und seiner Kritik verdanke ich viel. Diese Arbeit wäre auch nicht zu denken ohne die inspirierenden Gespräche mit Johanna Klatt, die wir viele Monate lang über Manifeste geführt

---

1 Um auch in einer Danksagung eine Fußnote zu platzieren: Vgl. Plamper, Jan: Danke, danke, danke, in: Die Zeit, 24.07.2008.

haben. Danken möchte ich auch Clemens Wirries, der mich stets mit aufschlussreichem und seltenem Material versorgt hat. Dank schulde ich nicht zuletzt Prof. Heinz-Georg Marten, der sich die Zeit genommen hat, meine Arbeit zu begutachten.

Die sympathische und gänzlich unkomplizierte Zusammenarbeit mit den „transcripts“ soll hier nicht unerwähnt bleiben – namentlich danke ich Christine Jüchter, Kai Reinhardt und Johanna Tönsing.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch meinen Freunden, die mich allzeit uneingeschränkt unterstützt haben, an deren Beistand und Gesellschaft ich mich etliche Semester habe erfreuen dürfen: Felix Bartenstein, Sebastian Forstmann, Enno Stachnick, Julian Ulrich, Florian und Maximilian Unzicker.

Widmen möchte ich diese Arbeit meiner Familie: meinen Eltern Doris und Michael, meiner Schwester Marleen – und Katharina.

# Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen



JOHANNA KLATT, ROBERT LORENZ (Hg.)

## **Manifeste**

Geschichte und Gegenwart des politischen Appells

2010, 446 Seiten, kart., 32,80 €,  
ISBN 978-3-8376-1679-8



FRANZ WALTER

## **»Republik, das ist nicht viel«**

Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus

Juni 2011, 456 Seiten, kart., ca. 29,80 €,  
ISBN 978-3-8376-1832-7

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten  
finden Sie unter [www.transcript-verlag.de](http://www.transcript-verlag.de)

